

<https://philosophia-perennis.com/2020/03/06/europol-groesste-terrorismusgefahr-in-eu-geht-vom-islam-aus-rechter-terror-kaum-vorhanden/>

Europol: Größte Terrorismusgefahr in EU geht vom Islam aus, rechter Terror kaum vorhanden

Von David Berger

6. März 2020

Der neueste, allgemein verfügbare „Terrorism Situation and Trend Report“ von Europol, der Polizeibehörde der EU steht im krassen Gegensatz zu den Aussagen deutscher Politiker: Nach ihm geht die größte Gefahr in Europa vom islamischen Terrorismus aus, danach kommt der linke Terrorismus. Und: Rechten Terrorismus gibt es fast nicht.

Von der Kanzlerin bis zum Extremismusbeauftragten des Kleingärtnervereins von Hintertupfing schallt es derzeit in geschlossener Einmütigkeit durch unser Vaterland: „Der Rechtsextremismus ist derzeit die größte Gefahr überhaupt!“

Dschihad-Terror stellt alle anderen Terrorarten in den Schatten

Umso erstaunlicher ist, dass das die neueste Veröffentlichung von „Europol“ komplett anders sieht. In ihrem neuesten „Terrorism Situation and Trend Report“ sieht die Polizeibehörde der EU die Gefahren ganz woanders.

Gleich im Vorwort des fast 100 Seiten umfassenden Reports heißt es: „Im Jahr 2018 stellte der Terrorismus weiterhin eine große Bedrohung für die Sicherheit in den EU-Mitgliedstaaten dar. Bei schrecklichen Anschlägen, die von Dschihadisten wie denen in Trèbes, Paris, Lüttich und Straßburg verübt wurden, kamen insgesamt dreizehn Menschen ums Leben und viele weitere wurden verletzt.“

Neuer Trend: Biochemische und nukleare Kampfstoffe

Eine besondere Gefahr sieht der Report dabei in der Verwendung chemischer, biologischer und nuklearer Kampfstoffe:

„Im Jahr 2018 gab es drei Vorfälle mit chemischen, biologischen, radioaktiven oder andere nuklearen (CBRN) Kampfstoffen.

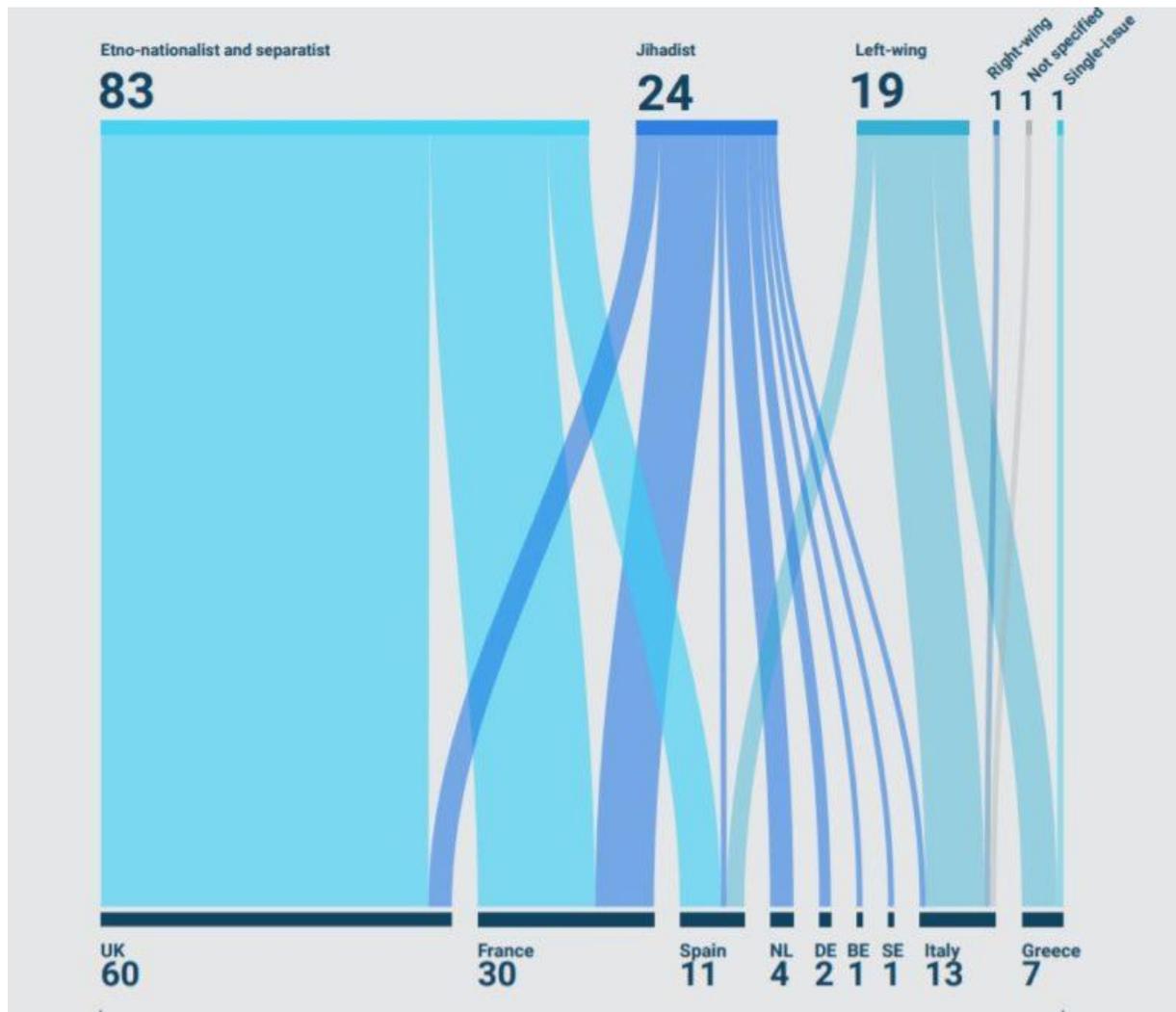
Im Mai 2018 wurde ein ägyptischer Staatsangehöriger in Frankreich verhaftet wegen des Verdachts der Planung eines Terroranschlags. In seiner Wohnung in Paris wurden Schwarzpulver aus Pyrotechnik extrahiert und mehrere Tutorials gefunden, die erklären, wie man eine IED herstellen und wie man Ricin verwendet, um einen Terroranschlag verüben.

Im Juni wurden die Planungen für einen terroristischen Anschlag mit Ricin Köln (Deutschland) aufgedeckt. Die Polizei fand eine große Menge von bereits produziertem Rizin in der Wohnung eines tunesischen Staatsbürgers. Der Verdächtige, angeblich vom IS inspiriert, plante das Ricin mit Sprengstoff zu kombinieren und dann möglichst breit zu streuen. Im Zusammenhang mit der Untersuchung wurde auch seine Ehefrau verhaftet.

Im November wurde in Sardinien (Italien) ein ebenfalls libanesischer Bürger wegen der Planung eines chemisch-

**biologischen Anschlags verhaftet. Sein Ziel war es, mit einer Mischung von tödlichen Giften das Trinkwasser verunreinigen.“
Rechter Terrorismus im Vergleich unbedeutend**

Und ganz eindeutig geht dann auch aus der Studie hervor: Die größte Gefahr in Europa geht vom islamischen Terrorismus aus, danach kommt der linke Terrorismus. Und: Rechten Terrorismus gibt es fast nicht. Ein eindeutiges Bild gewährt hier [folgendes Schaubild](#), das die gescheiterten, vereitelten oder vollendeten Extremismusattacken in der EU im Jahr 2018 erfasst.



Neuester Bericht nur für Politiker zugänglich

Und für alle, die jetzt ins Feld führen, dass es sich da ja um einen alten Bericht handelt. Der neueste liegt anscheinend auch schon vor. Ist aber nur für einen kleinen Kreis an Politikern zugänglich. Nicolaus Fest hat ihn bereits gesehen und zeigt auf, dass sich an der beschriebenen Tendenz nichts geändert hat. Ganz im Gegenteil:

<http://www.pi-news.net/2020/03/europol-bericht-groesste-gefahr-durch-islamischen-terrorismus/>

VIDEOKOMMENTAR VON DR. NICOLAUS FEST

Europol-Bericht: Größte Gefahr durch islamischen Terrorismus

8. März 2020

Die Ergebnisse des neuesten Europol-Berichts zum Terrorismus könnten viele verunsichern, vor allem die Bundesregierung. Das ist vermutlich auch der Grund, weshalb er klassifiziert ist, das heißt geheim gehalten wird: Man darf den Bericht nur in einem Sicherheitsraum lesen, muss zuvor sein Handy abgeben und es ist verboten, Notizen zu machen.

Der EU-Abgeordnete der AfD, Dr. Nicolaus Fest, hat in diesem Bericht gestöbert. Die Ergebnisse in aller Kürze:

1. Die mit weitem Abstand größte Gefahr in Europa geht vom islamischen Terrorismus aus.

2. Danach folgt die Gefahr, die vom Linksterrorismus ausgeht. Vor allem in Südeuropa entfaltet er mörderische Wirkung, aber auch im Rest Europas verursachen ihm zurechenbare Gruppierungen wie die Antifa großes Unheil.

3. Eine Bedrohung von Rechts gibt es nicht. Was hierzulande als „Rechtsterrorismus“ bezeichnet wird, sind in der Regel Anschläge von einzelnen Verwirrten ohne klares Weltbild.

Warum ist dieser Bericht also geheim? In diesem Jahr beginnt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

In Deutschland läuft seit langer Zeit eine Kampagne gegen die AfD, der man eine

Wesensverwandtschaft mit verwirrten Terroristen zu attestieren versucht.

Die Experten von Europol sagen: Das ist Blödsinn!

Sehen Sie hierzu das Video von Nicolaus Fest.

<http://www.pi-news.net/2020/11/gedenken-an-theo-van-gogh-und-alle-terroropfer-des-politischen-islams/>

AM 2. NOVEMBER WAR DER 16. TODESTAG DES NIEDERLÄNDISCHEN FILMEMACHERS

Gedenken an Theo van Gogh und alle Terroropfer des Politischen Islams

5. November 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 2. November 2004 wurde der niederländische Filmmacher und Islamkritiker Theo van Gogh vom marokkanischen Moslem Mohammed Bouyeri in Amsterdam ermordet. Der Marokkaner war zornig über den Film „Submission“ (Unterwerfung), in dem Theo van Gogh zusammen mit der damaligen niederländischen Parlaments-Abgeordneten Ayaan Hirsi, eine Ex-Moslemin aus Somalia, in künstlerischen Form auf die Unterdrückung der Frau im Politischen Islams einging.

Frauenfeindliche Koranverse auf nackter Frauenhaut, nur durch einen halbdurchsichtigen Schleier verdeckt, stellte für den Moslem Mohammed Bouyeri eine solch schwerwiegende „Beleidigung“ des Islams dar, dass er den 47-

jährigen Filmemacher, der am frühen Morgen auf seinem Fahrrad auf dem Weg zu seiner Arbeit war, anschoss und erstach.

Angeleitet von dutzenden zeitlos gültigen Koranversen, in denen das Töten der sogenannten „Ungläubigen“ befohlen wird. Wenn sie die Ausbreitung des Islams behindern, den Islam oder den „Propheten“ beleidigen, oder sich der Unterwerfung widersetzen.

Mohammed Bouyeri hatte beim Töten auch keinerlei schlechtes Gewissen, da laut Koran Allah durch seine Hände tötete: *„Nicht ihr habt sie getötet, sondern Allah hat sie getötet.“*

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) reist seit 2015 jedes Jahr mit einer Delegation nach Amsterdam, um am 2. November am Denkmal von Theo van Gogh einen Kranz niederzulegen und des Islamkritikers zu gedenken. 2020 ging es wegen der Corona-Maßnahmen leider nicht. Daher dieses Video, um an seinen Todestag zu erinnern.

Theo van Gogh ist ein relativ frühes Opfer der verhängnisvollen Islamisierung Europas in der Neuzeit, die sich insbesondere auch in den vergangenen Wochen durch die rasch aufeinanderfolgenden Terror-Anschläge in Frankreich, Österreich und Deutschland mit voller Wucht bemerkbar macht. Von der Ermordung Theo van Goghs am 2. November 2004 in Amsterdam geht eine blutrote Linie bis zu dem kaltblütigen Mord an dem homosexuellen Touristen aus Krefeld am 4. Oktober 2020 in Dresden, der Köpfung des Geschichtslehrers Samuel Paty am 16. Oktober in Paris, den drei erstochenen Christen am 29. Oktober in der Kirche Notre Dame in Nizza und den vier erschossenen Bürgern am 2. November in der Wiener Innenstadt.

In den 16 Jahren zwischen 2004 und 2020 wurde Europa von dutzenden brutalen islamischen Terror-Anschlägen mit hunderten von Toten erschüttert:

Am 11. März 2004 sprengten zehn moslemische Terroristen Züge in Madrid in die Luft. Es gab 191 Tote und 2051 Verletzte, 82 davon schwer. Es war der schwerste Anschlag in der Geschichte Spaniens.

Am 7. Juli 2005 sprengten sich in London vier Selbstmord-Rucksackbomber in drei U-Bahn-Zügen und einem Doppeldeckerbus in die Luft. Mit 56 Toten und über 700 Verletzten ist 7/7 bis heute der schwerste Anschlag zu Land in der Geschichte Großbritanniens.

Am 7. Januar 2015 drangen zwei maskierte algerische Moslems von Al-Qaida in die Redaktionsräume der Zeitschrift Charlie Hebdo in Paris ein, töteten zehn Redakteure und Zeichner, dazu einen zum Personenschutz abgestellten Polizisten, verletzten mehrere Anwesende und ermordeten auf ihrer Flucht einen weiteren Polizisten.

Einen Tag später am 8. Januar erschoss ein weiterer schwerbewaffneter Täter im Süden von Paris eine Polizistin. Am 9. Januar überfiel er einen jüdischen Supermarkt im Pariser Osten, tötete vier Menschen und nahm weitere als Geiseln. Der Moslem aus Mali bekannte sich telefonisch zum Islamischen Staat und erklärte, sein Vorgehen stehe in Verbindung mit dem Anschlag auf Charlie Hebdo. Er wurde bei der Erstürmung des Supermarktes durch die Sicherheitskräfte erschossen.

Am 14. und 15. Februar 2015 kam es in Kopenhagen zu zwei weiteren Terror-Anschlägen des Politischen Islams. Der erste am 14. Februar auf das Kulturzentrum Krudttønden, wo eine Diskussionsveranstaltung zur Thematik Kunst, Blasphemie und Meinungsfreiheit stattfand. Der schwedische Karikaturist Lars Vilks war dabei Primärziel der Attacke. Getötet wurde aber der dänische Dokumentarfilmer Finn Nørgaard, drei Polizeibeamte wurden verletzt.

In der folgenden Nacht wurde die Kopenhagener Synagoge angegriffen, ein jüdischer Wachmann erschossen und zwei Polizeibeamte verletzt. Die Einsatzkräfte stellten den jordanischen Moslem Omar Abdel Hamid El-Husseini und erschossen ihn nach Gegenwehr.

Am 13. November 2015 fanden in Paris an acht verschiedenen Orten koordinierte islamische Attentate statt. 130 Menschen wurden getötet und 683 verletzt, darunter 97 schwer. Zu den Anschlägen bekannte sich der Islamische Staat.

Unter anderem richtete sich die Angriffsserie gegen die Zuschauer des Fußball-Freundschaftsspiels Frankreich-Deutschland im Stade de France, gegen die Besucher eines Rockkonzerts im Bataclan-Theater und gegen die Gäste zahlreicher Bars, Cafés und Restaurants. Es handelte sich um mehrere Schusswaffenattentate, ein Massaker mit Geiselnahme sowie sechs Detonationen, die von Selbstmordattentätern mit Sprengstoffwesten ausgelöst wurden.

Am 22. März 2016 sprengten sich zwei moslemische Terroristen am Flughafen Brüssel und in der Brüsseler Innenstadt in die Luft. Es kamen 32 Menschen aus 22 Ländern ums Leben, mehr als 300 wurden verletzt.

Am 14. Juli 2016 pflügte der tunesische Moslem Mohamed Bouhlel mit einem Lkw durch eine große Menschenmenge auf der Strandpromenade in Nizza, auf der Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag stattfanden. 86 Personen wurden getötet und mehr als 400 zum Teil schwer verletzt. Die Terrororganisation Islamischer Staat bekannte sich zu dem Anschlag.

Am 19. Dezember 2016 raste der tunesische Moslem Anis Amri mit einem Sattelzug über den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche. Zwölf Menschen starben, 67 wurden zum Teil schwer verletzt.

Am 22. Mai 2017 sprengte sich ein moslemischer Selbstmordattentäter nach einem Popkonzert im Foyer der Manchester Arena in die Luft. 23 Menschen wurden getötet, über 800 verletzt. Unter den Todesopfern waren auch Kinder, das jüngste war acht Jahre alt. Zwölf der Verletzten waren jünger als 16.

Am 17. August 2017 wollte eine Terrorzelle um den Imam Abdelbaki Es Satty ursprünglich zwei Sprengstoffanschläge durchführen. Da der Gruppe das explosive Gemisch aber am Vortag versehentlich explodierte, wobei zwei der Terroristen umkamen, stiegen sie auf Fahrzeug-Attacken um. Ein Attentäter fuhr mit einem Lieferwagen durch das Zentrum von Barcelona, tötete dabei 14 Menschen und verletzte 118.

Eine zweite Terrorgruppe wurde in Cambrils in einem Pkw gestellt. Bei der anschließenden Verfolgungsjagd töteten sie eine Frau und verletzten sieben Menschen, bevor sie selber von den Polizisten erschossen wurden. Die Terror-Organisation „Islamischer Staat“ bekannte sich zu den Anschlägen.

Angesichts der Terrorflut scheint das Fass mittlerweile selbst bei toleranzbesoffenen und willkommenskultur-durchdrungenen Politikern Westeuropas übergelaufen zu sein. So langsam beginnen sie das ideologische Motiv für das Töten, den Terror, den Dschihad und die ausufernde Gewalt zu identifizieren: Den Politische Islam, dessen Ziel die totale Machtübernahme und die Installierung eines Islamischen Staates mit dem „göttlichen“ Gesetz der Scharia ist.

Vor allem in Frankreich und Österreich scheinen verantwortliche Politiker jetzt bereit zu sein, die Auseinandersetzung ohne Tabus anzugehen. Österreichs

Kanzler Sebastian Kurz will den Politischen Islam verbieten und Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin sieht im Politischen Islam den „Todfeind der Republik“. **Hunderte radikale Moslems und Hass-Prediger wurden in Frankreich bereits ausgewiesen, einige Hetzer-Moscheen geschlossen und dutzende Polizei-Aktionen gegen extremistische Islam-Organisationen durchgeführt.**

Wir gedenken aller Opfer der Terror-Anschläge des Politischen Islams. Anlässlich dieses Videos insbesondere Theo van Gogh. Auf dass ihr Tod nicht umsonst war und die Lebenden zum Widerstand mahnt.

Die Bürgerbewegung Pax Europa setzt ihre Aufklärungskampagne über den Politischen Islam am Freitag in Halle und am Samstag in Leipzig fort. Jeweils von 12-19 Uhr:

Wer diese hochnotwendige Arbeit unterstützen möchte, kann [Mitglied bei der BPE](#) werden oder [mit einer Spende](#) dazu beitragen, dass es auch im nächsten Jahr Kundgebungen, Infostände, Protestaktionen, Flyerverteilungen und Informationsbriefe an Politiker gibt.

Michael Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder [bei Patreon](#).

<http://www.pi-news.net/2020/11/12-jahre-terror-anschlag-von-mumbai-und-seine-bombige-vorgeschichte/>

AUSLÖSER: EIN VON MOSLEMS ZERSTÖRTER HINDU-TEMPEL UND DIE AUF IHM ERRICHTETE MOSCHEE

12 Jahre Terror-Anschlag von Mumbai und seine „bombige“ Vorgeschichte

26. November 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Vor 12 Jahren, am 26. November 2008, erlebte Indien sein 9/11. Zehn Moslems aus Pakistan versetzten die Stadt Mumbai, früher auch als Bombay bekannt, in einen apokalyptischen Terror. In fünf Zweier-Killer-Kommandos griffen sie den Hauptbahnhof, zwei Luxushotels und

Cafes an, wo sie möglichst viele ausländische Nicht-Moslems finden und töten wollten.

In Terror-Ausbildungslagern im Gebirge Pakistans waren sie zuvor mit Koranbefehlen wie „Tötet die Ungläubigen, wo immer Ihr sie findet“ gedrillt worden. Wie ein überlebender Terrorist später im Verhör aussagte, wurden ihnen auch Bilder angeblicher Gewalttaten gegen moslemische Glaubensbrüder in Indien, Tschetschenien und Palästina gezeigt. Die zehn moslemischen Glaubenskrieger sollten auch Rache für die vorgebliche Zerstörung der Babri-Moschee in Indien nehmen.

Wie so oft, sind aber die historischen Fakten der zerstörerischen Tatsachen genau andersherum: Indien war vor der islamischen kriegerischen Expansion hauptsächlich hinduistisch geprägt. **Etwa 80 Millionen Hindus wurden durch die moslemische Invasion im Lauf der Zeit getötet.** Im Jahr 1528 befahl der moslemische Mogulherrscher Zahir ad-Din Muhammad, der von seinen Gefolgsleuten „Babur“ genannt wurde, was „Tiger“ bedeutet, auf den Grundfesten eines dort vorher stehenden und von den moslemischen Eroberern zerstörten Hindutempels eine Moschee zu errichten: Die Babri-Moschee.

Den Hindus war ihr Tempel im indischen Ayodhya aber heilig, denn der Legende nach soll an diesem Ort vor 900.000 Jahren Rama, eine Inkarnation des Gottes Vishnu, geboren worden sein. Man kann sich vorstellen, was es für die indischen Hindus bedeutet, dass dieser Tempel zerstört und auf den Trümmern eine Moschee errichtet wurde. So lief es bekanntermaßen überall in den Ländern, die der Islam kriegerisch eroberte. Von Saudi-Arabien aus 56 an der Zahl. Die Umwandlung der früher prächtigsten christlichen Kirche Hagia Sophia in eine Moschee ist ein aktuelles Beispiel dieser Transformation.

Was aus moslemischer Sicht allerdings völlig logisch ist: **Nach der Lehre des Islams waren alle Menschen schon immer Moslems. Abraham, Moses und auch Jesus sind in dieser Vorstellung alles Propheten des Islams. Christen, Juden, Hindus und alle anderen Gläubigen seien aber vom wahren Glauben abgefallen und hätten ihre Schriften verfälscht. Daher trifft der Koranbefehl „vertreibt sie, von wo sie Euch vertrieben haben“ auch auf jedes Land dieser Erde zu.**

Folgerichtig auch die Unterteilung der Erde in das „Haus des Islams“, das dar-al-Islam, die 57 Länder, wo der Islam wieder herrscht, und das dar-al-harb, das „Haus des Krieges“, die Länder, in denen Moslems noch in der Minderheit sind und noch die „Ungläubigen“ herrschen. Dort sollen sie laut Ideologie des Politischen Islams den Kampf führen, bis auch dort der Islam herrscht:

„Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und nicht an den Jüngsten Tag glauben und nicht verbieten, was Allah und Sein Gesandter verboten haben, und nicht die Religion der Wahrheit befolgen – von denjenigen, denen die Schrift gegeben wurde –bis sie den Tribut aus der Hand entrichten und gefügig sind“

(Koran, Sure 9, Vers 29)

Dieser Kampf soll bis zur Weltherrschaft geführt werden:

„Er ist es, Der Seinen Gesandten mit der Rechtleitung und der Religion der Wahrheit gesandt hat, um ihr die Oberhand über alle Religion zu geben, auch wenn es den Götzendienern zuwider ist.“

(Sure 9, Vers 33)

Den Hindus war es natürlich zuwider, dass ihr heiliger Tempel zerstört und daraus eine Moschee gemacht wurde. In der Nacht vom 22. zum 23. Dezember 1949 stellten Hindus in der Moschee die Bildnisse von Rama und seiner Gattin Sita auf. Das führte zu heftigen Kontroversen. 1950 erließ ein Gericht eine einstweilige Verfügung, nach der die Hindu-Götterbildnisse nicht beseitigt werden dürfen und die Anbetung dieser Götterbildnisse gestattet werden muss. Aus moslemischer Sicht ist das inakzeptabel.

So gab es ständige Auseinandersetzungen, Gewaltausschreitungen und Morde. 1992 eskalierte der Streit, es kamen 2000 Menschen ums Leben, die Moschee wurde zerstört. Die Hindus errichteten wieder ihren Tempel, damit dort wieder Gottesdienste zur Anbetung Ramas und Sitas stattfinden konnten. Dies ist aber bis heute nur unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen möglich. Moslems wurde das Betreten des Geländes aus genau diesen Sicherheitsgründen verboten. Das Oberste Gericht Indiens sprach schließlich die heilige Stätte den Hindus zu. Die indische Regierung wurde aber auch verpflichtet, ein Grundstück für den Neubau einer Moschee bereitzustellen.

Diese Vorgehensweise im hinduistischen Indien konnten und wollten viele Moslems nicht akzeptieren. Die islamischen Terror-Organisationen Laschkar-e-Taiba, was wörtlich „Armee der Reinen“ bedeutet, die Indischen Mudschaheddin sowie die Vereinigung „StudentsIslamic Movement of India (SIMI)“ führten 13 Jahre lang Bombenanschläge in Mumbai durch. In erster Linie aus Rache für die Zerstörung der Babri-Moschee. Aber auch um „Schrecken in die Herzen der Ungläubigen zu werfen“, wie es der Koran befiehlt, damit sich der Islam weiter ausbreiten kann:

„Wir werden in die Herzen derjenigen, die ungläubig sind, Schrecken einjagen dafür, daß sie Allah andere Götter beigesellt haben, wozu Er keine Ermächtigung offenbart hat.“

(Sure 3, Vers 151)

Die Chronologie der fürchterlichen Bombenanschläge, die Mumbai erschütterten:

9. November 1991: Anschlag auf einen Vorortzug, zehn Fahrgäste starben, etwa 60 wurden verletzt.

12. März 1993: 13 Bomben detonierten in Hotels und auf Marktplätzen. 257 Menschen wurden getötet und mehr als 700 verletzt. Es waren die tödlichsten Anschläge, die Indien je erlebte. Einhundert Beteiligte wurden im Zusammenhang mit den Attentaten verurteilt, elf erhielten die Todesstrafe, die aber in zehn Fällen in lebenslange Haftstrafen umgewandelt wurde. Ein Drahtzieher wurde am Galgen hingerichtet. Radikale Moslems protestierten gegen diese Bestrafung.

6. Dezember 2002: Am 10. Jahrestag der Zerstörung der Babri-Moschee explodierte eine Bombe in einem Autobus, tötete zwei Menschen und verletzte 28.

27. Januar 2003: Einen Tag vor dem Besuch des indischen Ministerpräsidenten Atal Bihari Vajpayee tötete eine Fahrrad Bombe neben einer Bus-Haltestelle einen Menschen und verletzte 25.

13. März 2003: Einen Tag nach dem zehnten Jahrestag der Bombenanschläge in Mumbai explodierte eine Bombe in einem Zug neben einer Haltestelle. Zehn Menschen wurden getötet, 70 verletzt.

28. Juli 2003: Eine Bombe in einem Autobus tötete vier Menschen, 32 wurden verletzt.

25. August 2003: Fast zeitgleich explodierten zwei Autobomben, eine davon bei einem Hindu-Tempel, eine neben dem indischen Wahrzeichen „Gateway of India“. 60 Menschen starben, 150 wurden verletzt. Nur wenige Stunden vor den Detonationen hatte die indische Regierung einen archäologischen Bericht über die religiöse Stätte in Ayodhya herausgegeben, den Ort des Hindu-Tempels und der Babri-Moschee, der sowohl von Hindus als auch von Moslems beansprucht wird.

11. Juli 2006: Während einer der Hauptverkehrszeiten im Nahverkehr der Stadt, in der viele Menschen auf dem Heimweg von der Arbeit waren, explodierten von 18:24 bis 18:35 sieben Bomben in der S-Bahn. 209 Menschen wurden getötet und 714 verletzt. Die achte Bombe konnte entschärft werden.

Wie am 11. September 2001 in New York und am 11. März 2004 in Madrid erfolgte der Anschlag am 11. des Monats. Eine Widmung an den Koranvers 111 der 9. Sure:

„Allah hat von den Gläubigen ihre eigene Person und ihren Besitz dafür erkaufte, daß ihnen der Paradiesgarten gehört: Sie kämpfen auf Allahs Weg, und so töten sie und werden getötet.“

25. Juli 2008: Bei einer Anschlagserie wird eine Frau getötet und 15 weitere Menschen verletzt.

Dies sind nur die Bombenanschläge auf Mumbai. Viele weitere fanden in der Hauptstadt Neu-Delhi und anderen Städten statt. Verantwortlich zeichneten sich die Terror-Gruppen Laschkar-e-Taiba und die Indischen Mudschahedin sowie die

Vereinigung „StudentsIslamic Movement ofIndia“ (SIMI). Vier Monate später kam es zu dem verheerenden Terror-Anschlag von zehn Attentätern in Mumbai. Der tragische dortige Tod von Ralph Burkei ist Thema im zweiten Teil dieser Videoserie über das 9/11 Indiens.

Michael Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUBH. Oder [bei Patreon](#).

<http://www.pi-news.net/2020/11/drahtzieher-und-einzelheiten-des-terror-anschlags-von-mumbai/>

VERBINDUNGEN REICHEN ÜBER DEN GEHEIMDIENST BIS IN REGIERUNGSKREISE PAKISTANS

Drahtzieher und Einzelheiten des Terror-Anschlags von Mumbai

29. November 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der islamische Terror-Anschlag von Mumbai dauerte drei Tage. Vom 26. bis zum 28. November 2008. Die zehn Terroristen aus Pakistan waren so grausam, skrupellos und menschenverachtend, dass die indische Polizei und herbeigeordnete Spezialeinheiten drei volle Tage und Nächte benötigten, um die Allah-Krieger auszuschalten. Diese koordinierte Attacke, bei der fünf Zweier-Killerkommandos eine Millionenstadt in Angst und Schrecken versetzen, lieferte die Vorlage für spätere große Anschläge in Paris und Brüssel. Er gibt auch einen tiefen Einblick in die brutale Ideologie des Politischen Islams, die seit 1400 Jahren für Gewalt, Kriege und Terror verantwortlich ist.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) hat zu diesem Anschlag ein dreiteiliges Video produziert, das die wichtige [Vorgeschichte des Anschlags](#) dokumentiert, den dramatischen Tod des Münchners Ralph Burkei beschreibt und die Drahtzieher dieses bis in alle Einzelheiten perfekt geplanten Operation beleuchtet. Sie kommen allesamt aus der Islamischen Republik Pakistan.

Zehn moslemische Terroristen fuhren am 22. November 2008 von der pakistanischen Hafenstadt Karatschi mit einem Boot Richtung Indien. Sie kaperten ein indisches Fischerschiff und zwangen den Kapitän mit seinen vier Besatzungsmitgliedern, Kurs auf Mumbai zu nehmen. Kurz vor der Ankunft am 26. November ermordeten die Terroristen alle fünf und suchten ihre Ziele in der indischen Stadt auf. Gedrillt von der Terror-

Organisation Laschkar-e Taiba in Ausbildungslagern im Gebirge Pakistans, von dutzenden Koranversen indoktriniert, die das Töten von Ungläubigen befehlen, wo immer sie gefunden werden, schossen sie mit ihren Kalaschnikows wahllos in Menschenmengen von Andersgläubigen am Hauptbahnhof, im Taj-Mahal-Hotel, im als Touristenmagnet bekannten Leopold Cafe, in der jüdischen Einrichtung Nariman House, in der Frauen- und Kinderklinik CamaAlbless Hospital und im Hotel Hilton Trident Oberoi.

Alle zehn waren bis auf die Zähne bewaffnet. Auf ihren Rücken trugen sie 10 kg schwere Sprengstoffbomben, denn sie sollten und wollten diesen Anschlag nicht überleben. Sie waren überzeugt, nach dem Wunsch ihres Gottes Allah zu handeln, der laut Koran Sure 9 Vers 111 ihr Leben für das Paradies erkaufte, damit sie töten und getötet werden. So ermordeten sie 174 in ihren Augen minderwertige „Kuffar“, „Ungläubige“, und verletzten 304. Dabei gingen sie völlig skrupellos und absolut menschenverachtend vor. Schließlich waren sie wohl auch der Überzeugung, dass Allah durch ihre Hände töte, wie im Koranvers Sure 8 Vers 17 dargelegt.

An der Planung und Finanzierung der Anschläge waren mehrere ehemalige und aktive Offiziere des pakistanischen Geheimdienstes „Inter-Services Intelligence“ beteiligt. Dieser ISI gilt als einer der mächtigsten und am besten ausgestatteten Nachrichtendienste der islamischen Welt und als ein Staat im Staate in Pakistan mit zum Teil eigener Außenpolitik.

Der pakistanische Moslem Daood Sayed Gilani, der sich für seine amerikanische Staatsbürgerschaft den Namen David Coleman Headley gab, ist eine der Schlüsselfiguren des Terror-Anschlags von Mumbai. Der Sohn eines pakistanischen Diplomaten und einer amerikanischen Botschaftsmitarbeiterin kundschaftete die Terrorziele in Mumbai aus, vor allem das TajMahal. Hierzu nutzte er seine Hochzeitsreise mit Ehefrau Nr. drei, einer Marokkanerin, und quartierte sich in diesem Luxushotel ein. So konnte er den zehn Terroristen genaueste Informationen liefern.

Der gläubige Moslem hatte zwischen 2002 und 2005 mehrere Terror-Trainingslager in Pakistan absolviert. Er war von der die ganze Welt schockierenden Wirkung des Mumbai-Anschlags so begeistert, dass er nach dem gleichen Muster selber eine Terror-Attacke durchführen wollte. Und zwar in Kopenhagen, da die dortige Zeitung Jyllands Posten Mohammed-Karikaturen veröffentlicht hatte. Weitere Angriffsziele waren der Hauptbahnhof, ein Luxushotel und die Haupt-Synagoge. Im Redaktionsgebäude von Jyllands Posten sollten Geiseln genommen werden, vor den Live-Kameras der Welt geköpft und die abgetrennten Köpfe aus den Fenstern geworfen werden.

Immer wieder dieses Köpfen. Leider liefern der Koran und das Leben des Propheten Mohammed die Vorlagen dazu.

Da David Coleman Headley alias Daood Sayed Gilani aber bereits im Visier der US-Geheimdienste war, wurde er auf direkte Anweisung von Präsident Obama am Flughafen in Chicago festgenommen, bevor der Halb-Pakistaner nach Kopenhagen fliegen und seinen Anschlag durchführen konnte.

Das Land des Vaters von David Coleman Headley, Pakistan, spielt ein mörderisches Doppelspiel. Nach außen täuscht es vor, im Kampf gegen den Terror zu helfen. Aber nach innen gibt es Terroristen die Möglichkeit, das Land als Rückzugsraum und als Drehkreuz für Reisen zu nutzen. Die Verstrickungen gehen aber offensichtlich noch viel weiter.

Auch die Arte-Dokumentation „**Das Geschäft mit dem Terror**“, die am 26. November 2020 um 2:05 ausgestrahlt wurde, ist der Überzeugung, dass die Aktivitäten der Terror-Organisation Laschkar-e Taiba, was „Armee der Reinen“ bedeutet, von Teilen der pakistanischen Armee und des Geheimdienstes ISI unterstützt wird.

Die zehn Terroristen wurden von einem Kommandozentrum im pakistanischen Karatschi gesteuert und hatten ständig Telefonkontakt mit ihrer Einsatzleitung. Einer davon war Sayid Mir, der als Chefplaner des Anschlags gilt.

Die Gespräche wurden vom indischen Sicherheitsdienst abgehört und aufgezeichnet. Im Doku-Spielfilm „**Hotel Mumbai**“, der 2018 veröffentlicht wurde, sind sie **authentisch wiedergegeben**. So befahl Sayid Mir den Terroristen im TajMahal-Hotel per Telefon:

„Lasst Eure Handys an. Ich will ihre Schreie mit eigenen Ohren hören. Diese Tiere haben nichts Menschliches, Abdullah, vergiß das nicht. Keiner von ihnen verdient Allahs Gnade.“

Zu dieser Überzeugung kam Sayid Mir wohl durch den Koranvers 8:55: *„Gewiß, die schlimmsten Tiere bei Allah sind die, die ungläubig sind und auch weiterhin nicht glauben“*

So antwortete Terrorist Abdullah auch folgsam:

„Ja, Bruder. Allahuakbar – Allah ist der Allergrößte.“

Vor der Hinrichtung von Geiseln wies Sayid Mir an:

„Abdullah. Der Zeitpunkt ist gekommen. Von Mumbai bis Washington soll man ihre Schreie hören. So wie wir die Schreie unserer muslimischen Brüder hörten.“

Abdullah antwortete mit „Allahu Akbar.“

Eine junge Frau, deren Ehemann gerade vor ihren Augen erschossen worden war, begann islamische Gebete zu sprechen, in der Hoffnung, dass sie als Moslemin gilt und dadurch verschont wird. So konnte sie sich retten.

Als die Terroristen im Feuer der indischen Spezialkräfte lagen, rief Sayid Mir vom sicheren Karatschi aus durch das Telefon:

„Allah erwartet Euch. Um Allahs Willen dürft Ihr nicht zurückweichen. Seid tapfer, meine Löwen. Die ganze Welt sieht Euch zu. Allah erwartet Euch im Paradies. Lasst die Handys an, damit die ganze Welt Euch brüllen hören kann.“

Die beiden Terroristen erhoben sich anschließend aus ihrer Deckung, schossen und schrien:

„Gelobt sei Allah. Allahu Akbar“.

Dann wurden sie getötet. Man hatte sie offensichtlich zu der Überzeugung gebracht, dass ihr Leben von Allah für das Paradies gekauft wurde, damit sie töten und getötet werden. Exakt so, wie es im Koran in Sure 9 Vers 111 befohlen ist.

Einer der zehn Terroristen von Mumbai überlebte angeschossen. Bei der Befragung durch die Polizei sagte er, dass ihnen von den Terror-Ausbildern auf den Weg gegeben wurde:

„Ihr seid Muslime. Die Ungläubigen haben Euch betrogen. Sie haben Euch in Armut zurückgelassen und weitergemacht. Geht. Und kämpft den Dschihad.“

Die Hintermänner, die die Terroristen indoktrinierten, so dass sie bereit waren, ihr eigenes Leben zu opfern, sind bis heute auf freiem Fuß. Sie werden in Pakistan gedeckt. Der überlebende Terrorist sagte aus:

„Sie haben uns immer wieder gesagt: Das ist der Dschihad. Es ist ein sehr ehrbarer und wagemutiger Job.“

Der damalige Ministerpräsident PervezMusharraf antwortet in der Arte-Dokumentation auf eine Frage zur Terror-Organisation Laschkar-e taiba:

„Warum nennen Sie sie Terroristen? Ich nenne sie Mudschaheddin-Gotteskrieger. Laschkar-e taiba ist die beste Hilfsorganisation der Welt.“

In Pakistan steckt also offensichtlich von höchsten Regierungskreisen über die Armee und dem Geheimdienst bis zu Terror-Organisationen vieles unter einer Decke. Ausgerechnet an dieses Land wurden seit 9/11 von der westlichen Allianz 35 Milliarden Dollar gezahlt, da man hoffte, in Pakistan einen Verbündeten im Anti-Terror-Kampf zu haben. Dem ist ganz offensichtlich nicht so. Mit dem Geld wurde wohl eher der Terror finanziert. In der Arte-Dokumentation wird dies folgerichtig als ein „mörderisches Geschäftsmodell“ bezeichnet.

Der frühere CIA-Chef Michael Hayden stellt Pakistan als einen „Verbündeten aus der Hölle“ dar. Er bestätigt, dass dieses Land islamische Terrorgruppen unterstützt und sagt:

„Sie glauben, dass der Islam sie vereint“.

Diese Aussage eines langjährigen Geheimdienstchefs ist sehr bedeutungsvoll. Der Terror wird nie aufhören, wenn ihm nicht die ideologische Grundlage entzogen wird. Die Partei, bei der ich früher als Münchner Pressesprecher und im Integrationsausschuss mitarbeitete, die CSU, beschreibt es in ihrem Ende 2016 verabschiedeten Leitantrag erstaunlich deutlich:

„Der Politische Islam nutzt den Koran zur Legitimation von Gewalt und führt Kriege im Namen der Religion. Der Dschihad wird vom Politischen Islam zur Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt benutzt.

Die Religion des Terrors ist der Politische Islam. Es gibt keine andere Ideologie, die den weltweiten Terror qualitativ wie quantitativ so prägt wie der Politische Islam. Durch ihn wird der islamistische Terror legitimiert und motiviert. Islamistische Terroristen rufen bei einem Anschlag „Allah ist groß“ und sehen sich als Märtyrer.

Deshalb ist es falsch zu sagen, der Terror habe nichts mit dem Islam zu tun. Überall, wo sich Terroristen auf den Koran berufen, wo der Islam für Gewalt missbraucht wird, wo muslimische Geistlichkeit Terror predigt, hat der Terror mit dem Politischen Islam zu tun. Wer den Zusammenhang von Politischem Islam und Terror nicht wahrnimmt, wird die weltweit agierende Ideologie der Gewalt nicht stoppen. Wer blauäugig die offensichtlichen Motive der Täter verneint, wird die Gewalt im Namen der Religion nicht beenden. Wer den Zusammenhang von Politischem Islam und Terror verneint, der hat den Kampf gegen den Terror schon verloren.“

Nun muss die CSU das in diesem Leitantrag erkannte nur noch politisch anpacken. Was sie bisher aus opportunistischen Gründen vermieden hat. Aber allzu lange können sich die „Christ-Sozialen“ nicht mehr verweigern. Der Druck der befreundeten Partei ÖVP aus Österreich unter Kanzler Sebastian Kurz wird immer größer. Dort arbeitet man, sogar in der Koalition mit den Grünen, am Verbot des Politischen Islams. Auch in Deutschland werden die Stimmen von immer mehr Politikern und Journalisten lauter, das Schweigen zur Bedrohung durch diesen Politischen Islam zu beenden. So war beispielsweise am 23. November in einem Gastkommentar in der BILD-Zeitung zu lesen:

„Europa muss dem Politischen Islam den Kampf ansagen“

Verfasser waren die Direktorin des Amerikanisch-Jüdischen Komitees in Europa und dessen Berliner Direktor. Es ist höchste Zeit, dass jetzt noch weitere jüdische und endlich auch christliche Organisationen ihr Schweigen beenden und sich an der Aufklärungsarbeit beteiligen. Das feige Wegducken trägt dazu bei, dass der Terror niemals aufhört und auch in Deutschland noch sehr viele Menschen sterben werden müssen. Wie Ralph Burkei.

Erst, wenn dem Terror endlich der ideologische Nährboden entzogen wird, besteht die Chance, das seit 1400 Jahren andauernde Töten zu beenden. Das Verbot des Politischen Islams ist unabdingbar.

Und es hilft überhaupt nicht weiter, wenn ständig gebetsmühlenhaft betont wird, dass so viele Moslems so friedlich sind. Ja klar, denn gottseidank beschäftigen sich viele nicht mit der Ideologie. Aber es sind genügend, die es tun und damit immenses Unheil über die Menschheit bringen und gebracht haben. Und damit muss endgültig Schluss sein. An diesem historisch unerhört wichtigen Vorhaben können sich übrigens alle wirklich friedlichen und demokratisch gesonnenen Moslems beteiligen. Wir reichen ihnen die Hand dazu.

Michael Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder [bei Patreon](#).

<http://www.pi-news.net/2020/12/video-kopfabshneider-von-paris-in-tschetschenien-wie-popstar-beerdigt/>

MOSLEMS RUFEN „TAKBIR - ALLAHU AKBAR“

Video: Kopfabshneider von Paris in Tschetschenien wie Popstar beerdigt

8. Dezember 2020

Von MANFRED W. BLACK | Der tschetschenische Mörder Abdullah Anzorov (18), der am 16. Oktober den französischen Mittelschullehrer Samuel Paty (47) in der Nähe seiner Schule im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine auf offener Straße bestialisch enthauptete, ist in Tschetschenien auf islamische Art feierlich zu Grabe getragen worden.

Dort ist der Mörder jetzt ein Held. In dem Land, das die Familie des Gewaltverbrechers angeblich als „Flüchtlinge“ verlassen hatte, um in Frankreich „Schutz“ zu suchen.

Französische Polizisten hatten Anzorov bei dem Versuch, ihn festzunehmen, erschossen. Die Enthauptung des Lehrers war in diesem Jahr bereits das fünfte islamisch begründete Attentat allein in Frankreich. Ermordet wurde der Geschichtslehrer, weil er in seinem Unterricht Karikaturen behandelt hatte, die den Islam kritisch beleuchten.

Zuvor hatte er seinen Schülern – mit Rücksicht auf deren religiösen Gefühle – angeboten, den Klassenraum zu verlassen, bevor er die Zeichnungen zeigte. Dieses empathische Verhalten Samuel Patys änderte nichts daran, dass sich zahlreiche Moslems in Conflans-Sainte-

Honorine, und weit darüber hinaus, in ihrer „Ehre“ gekränkt fühlten. Mit tödlichen Folgen.

„Flüchtling“: In seinem Heimatland plötzlich wie ein Held begraben
„Flüchtlinge“ weigern sich in westeuropäischen Ländern, in ihre Heimatländer zurückzukehren, weil sie dort angeblich schlimmer Verfolgung ausgesetzt sind. Was vom Wahrheitsgehalt solcher Behauptungen zu halten ist, zeigt die Beisetzung des Mörders von Conflans-Sainte-Honorine.

Plötzlich wird der angeblich „Geflüchtete“ von seiner Familie in die Heimat überführt. Ohne irgendeine Schwierigkeit in Tschetschenien, einer autonomen Republik Russlands.

Der Gewaltverbrecher wurde offenbar 2002 in Moskau geboren. Seine Familie stammt aus Tschetschenien. Die Familie hat Russland im Jahr 2007 verlassen, sie beantragte Asyl in Frankreich.

Nach längeren Anhörungsverfahren ist dieser Antrag 2010 von der zuständigen Behörde, dem „Office français de protection des réfugiés et apatrides“ (Ofpra), abgelehnt worden. Begründung: Die Schilderungen des Familienvaters über die angeblichen Verfolgungsgründe seien nicht überzeugend.

Gegen diese Entscheidung klagte der Tschetschene. Tatsächlich ist der Ablehnungsbescheid von der Berufungsinstitution für Asylangelegenheiten, dem „Cour nationale du droit d’asile“ (CNDA), 2011 aufgehoben worden. Dadurch wurde für die Familie de facto ein dauerhafter Aufenthalt in Frankreich ermöglicht. Weiterhin natürlich rundum versorgt durch den französischen Sozialstaat.

Moslems beerdigen den Mörder wie einen Popstar

Mehr als 200 Personen waren zur Beerdigung des Mörders in Tschetschenien angereist. Beerdigt wurde der Gewaltverbrecher „wie ein Held“ („Wochenblick.at“). Jetzt ist ein Video von der Beisetzung aufgetaucht.

Der Film zeigt hunderte Menschen, die an der Begräbniszeremonie im Heimatdorf Anzorovs, im tschetschenischen Shalazi, teilgenommen haben. Der Mörder wurde als „Löwe des Islam“ gefeiert und als leuchtendes Vorbild angepriesen.

Das Video präsentiert die Menge, die immer wieder „Allahu Akbar“ rief, als der islamische Terrorist einmal durch den Ort getragen wurde, um ihn so auf besondere Weise „zu ehren“. 65 Polizisten hatten zuvor die Zufahrtstraßen von Shalazi gesperrt. Ziel: Die Anreise weiterer Trauergäste möglichst zu verhindern. Mindestens weitere „60 Polizeibeamte sicherten die Beerdigung“ („Der Spiegel“).

Es gibt inzwischen Berichte, wonach in Shalazi eine Straße inoffiziell nach AbdullakhAnzorov umbenannt worden ist. Die Popularität des erschossenen Mörders erinnert an die Begeisterung, die sonst verstorbenen Pop-Stars zuteil wird.

Das Video, das während der Beerdigung aufgenommen wurde, „erfährt in der arabischen Welt virale Verbreitung“ („Wochenblick“). Längst sehen radikale Moslems weltweit in dem 18-Jährigen einen Helden, der den vorbildlichen Märtyrertod gestorben ist.

Moslemischer Staatsführer bezeichnet Macron als „Terroristen“

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat den Mord an dem Geschichtslehrer als „typischen islamistischen Terrorangriff“ bezeichnet. Er sagte, dass „unser Landsmann getötet wurde, da er Kindern die Freiheit der Meinung

beibringen wollte". Worte, die in Deutschland wohl kaum noch ein Regierungschef so formulieren würde.

Die britische Zeitung „Daily Mail“ berichtet unterdessen, tschetschenische Zeitungen hätten geschrieben, dass Macron „die Menschen zum Terrorismus zwingt und ihnen keine andere Wahl lässt, da er die Karikaturen rechtfertigt“. Der tschetschenische Präsident Ramzan Kadyrow hat daraufhin Macron vorgeworfen, „Muslime provoziert zu haben“ („Der Spiegel“). Kadyrow bezeichnete den französischen Staatschef als „Terroristen“. Über den ermordeten Lehrer Samuel Paty sagte Kadyrow, er habe die Schüler „provokiert“. Der tschetschenische Regierungschef warnte davor, die religiösen Gefühle von Muslimen zu verletzen.

Absurde „Flüchtlings“-Politik des Westens

Meldungen der russischen Agentur „Interfax“ zufolge erklärte inzwischen Kremlsprecher Dmitrij Peskow zu den Berichten über die Beerdigung in Tschetschenien, dass die Regierung Russlands den Terroranschlag in Frankreich verurteile. Offiziell hatten die russischen Behörden bisher „stets eine Verbindung des Attentäters mit seiner alten Heimat zurückgewiesen“ („Der Spiegel“). Diese Geschichte zeigt, wie absurd die „Flüchtlings“-Politik des Westens ist. Doch die westeuropäischen Regierungen scheuen sich konsequent, Recht und Gesetz durchzusetzen, wenn es um „Schutzsuchende“ geht. Vor dem Hintergrund solcher weltweiten religiös-politischen Hetze gegen den „Westen“ ist davon auszugehen, dass in Westeuropa noch etliche weitere islamische Terrorakte wie in Conflans-Sainte-Honorine folgen werden – mit dem Ziel, die Meinungsfreiheit in der westlichen Welt zu untergraben. Und damit auch die Demokratie.

<https://philosophia-perennis.com/2021/01/04/nigeria-muslimische-extremisten-richten-fuenf-christen-hin/>

Nigeria: Muslimische Extremisten richten fünf Christen hin

Von

[David Berger](#)

4. Januar 2021



(c) Screenshot AMAQ

(David Berger) Muslimische Terroristen haben fünf der elf am Weihnachtsfest entführten Christen im Nordosten Nigerias hingerichtet. Sie brüsten sich mit der Tat in einem Video, das der Islamische Staat über die AMAQ-Nachrichtenagentur veröffentlicht hat. So u.a. ein Bericht von „[Morning Star News](#)“.

Das 49-sekündige Video, datiert vom 29. Dezember, zeigt fünf bewaffnete Mitglieder der Provinz Islamischer Staat Westafrika (ISWAP), die sich hinter fünf Männern in orangefarbenen Gewändern aufstellen, die mit auf dem Rücken gefesselten Händen knien. Auf die Aufforderung in der Hausa-Sprache, ihre Namen zu nennen, sagt jeder der knienden Männer der Reihe nach seinen Namen und fügt hinzu: „Ich bin ein Christ.“

Die Christen des gottlosen Treibens beschuldigt

Morning Star News, das über das Martyrium berichtet, nennt die Namen der hingerichteten Christen: Uka Joseph, Sunday, Wilson, Joshua Maidugu und Garba Yusuf.

In der in Nordnigeria verbreiteten Hausa-Sprache sagt einer der ISWAP-Kämpfer dann: „Dies ist eine Warnung an die Christen in allen Teilen der Welt und die in Nigeria. Wir haben nicht vergessen, was ihr unseren Brüdern in der Stadt ZangonKataf und anderen Teilen Nigerias angetan habt. Benutzt die Köpfe dieser fünf eurer Brüder, um mit euren gottlosen Feiern fortzufahren.“

Die fünf Christen werden daraufhin erschossen.

Ähnlich schockierende Nachrichten kommen aus dem Staat Niger, der im Süden an Nigeria grenzt. [Vatikan-News](#) meldet dazu: „Mindestens 70 Zivilisten sind am Samstag Opfer von Terrorangriffen in Niger geworden. Terroristen hatten zwei Dörfer im Nordwesten des Landes nahe bei der malischen Grenze attackiert, wie ein Regierungsbeamter bestätigte. Erst am vergangenen Sonntag hatten in Niger die Wahlen für einen neuen Präsidenten stattgefunden.“

Fast 40.000 Menschen von den BokoHaram-Muslimen getötet

Daneben wurde nun bekannt, dass der am vergangenen Wochenende entführte Weihbischof aus dem Erzbistum Owerri, Moses Chikwe, sowie dessen Fahrer wieder frei sind. „Die

Entführten sollen am Neujahrstag im Rahmen eines Polizeieinsatzes befreit worden sein“, so [Domradio](#).

Die Zusammenhänge verbal verschleiern berichtet die FAZ in einem aktuellen Beitrag zu dem Ausmaße des Islam-Terrors in Nigeria:

„Die Dschihadisten terrorisieren mit ihren Angriffen vor allem den Nordosten Nigerias. Doch ihr Einfluss reicht inzwischen in die ganze Sahelzone.“

Und weiter: „In der Regel sind es grausame Nachrichten, wenn über die Terrororganisation BokoHaram berichtet wird. Immer wieder verüben die Dschihadisten Anschläge und Überfälle auf Dörfer, Kirchen oder Schulen in Nigeria und der Tschadsee-Region, ermorden Zivilisten, Sicherheitskräfte und Politiker. Nach Informationen des Nigeria Security Tracker, einer Plattform des amerikanischen Council on Foreign Relations, sind in Nigeria seit 2009 fast 40.000 Menschen dem Konflikt mit BokoHaram zum Opfer gefallen.“

<https://philosophia-perennis.com/2021/02/02/die-islamisierung-der-franzoesischen-schulen/>

Die Islamisierung der französischen Schulen

Von

[PP-Redaktion](#)

-

2. Februar 2021

0

Wenn Extremisten es geschafft haben, Frankreichs Schulen und Universitäten einzuschüchtern, warum sollten sie dann nicht in der Lage sein, die gesamte Gesellschaft zu unterwerfen? Ein Gastbeitrag von Giulio Meotti

„Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Oberst, und so vielen anderen, wird sich Mila niemals unterwerfen“, [schrieb](#) der Vater des französischen Teenagers in einem von *Le Point* veröffentlichten Brief an den Direktor ihrer Schule. Am 18. Januar 2020 machte die damals 16-jährige [Mila O.](#) während ihres Instagram-Livestreams [beleidigende Kommentare](#) über den Islam.

„Während ihres Livestreams fragte ein muslimischer Junge sie in den Kommentaren nach einem Date, aber sie wies ihn ab, weil sie lesbisch ist. Er reagierte, indem er sie des Rassismus beschuldigte und sie eine ‚dreckige Lesbe‘ nannte. In einem wütenden [Nachfolge-Video](#), gestreamt unmittelbar, nachdem sie beleidigt wurde, reagierte Mila, indem sie sagte, sie ‚hasst Religion‘.“

„Der Koran ist eine Religion des Hasses; darin gibt es nur Hass...“

Mila fuhr fort: „Der Koran ist eine Religion des Hasses; darin gibt es nur Hass... Der Islam ist sch*tt...“ Seitdem hat sie etwa [50.000 Nachrichten und Briefe](#) erhalten, die Drohungen enthalten, sie zu vergewaltigen, ihr die Kehle durchzuschneiden, sie zu foltern und zu enthaupten. Sie musste immer wieder von einer Schule zur anderen wechseln.

Jetzt steht Mila wieder einmal ohne Schule da. In einem sozialen Netzwerk gab sie versehentlich den Namen ihrer neuen Militärschule an. Deren Leitung schloss sie prompt aus, weil sie eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit der Schüler sei. „Ich bin am Boden zerstört über so viel Feigheit“, **schrieb** Milas Vater. „Nicht einmal die Armee kann sie beschützen und ihr erlauben, ihre Ausbildung fortzusetzen, was können wir tun, wir, ihre Eltern? Diese Beobachtung ist für uns ein Horrorfilm“. Nicht einmal die französische Armee kann sie beschützen? „Sie ist 17 Jahre alt und lebt jetzt wie die Mitarbeiter von Charlie Hebdo, in einem Bunker; es ist unerträglich!“ **sagte** Milas Anwalt, Richard Malka.

Im Islam gibt es keine Gewissensfreiheit

Wenige Tage später erhielt „Caroline L.“, Professorin an der juristischen Fakultät der Universität Aix-Marseille, unzählige Morddrohungen, in denen ihr vorgeworfen wurde, „islamophob“ zu sein. Der Staatsanwalt von Aix-en-Provence eröffnete eine Untersuchung wegen „öffentlicher Beleidigung wegen Religionszugehörigkeit“. Ihr „Verbrechen“? Die Professorin hatte dort ihren Studenten **erklärt**:

„Im Islam gibt es keine Gewissensfreiheit. Wenn du von einem muslimischen Vater abstammst, bist du ein Muslim auf Lebenszeit. Eine Art sexuell übertragbare Religion. Eines der größten Probleme, die wir mit dem Islam haben, und leider ist es nicht das einzige, ist, dass der Islam die Gewissensfreiheit nicht anerkennt. Das ist absolut grauenhaft.“

Das Pierre-Joël-Bonté-Gymnasium in Riom (Puy-de-Dôme) wurde am 11. Januar aufgrund von „Beleidigungen und Todesdrohungen“ gegen Lehrer geschlossen. „Wir haben beschlossen, die Schule nach Beleidigungen und Todesdrohungen zu schließen, um Schüler und Mitarbeiter zu schützen“, **erklärte** ein Sprecher der Schule. Einige Stunden später **bat eine Lehrerin** in Toulouse, Fatiha Boudjahlat, um Polizeischutz, nachdem sie erhebliche Drohungen erhalten hatte.

Im Jahr 2015 **kündigte der Islamische Staat an**, dass französische Schulen angegriffen werden müssen und forderte seine Anhänger auf, „**die Lehrer zu töten**... **Laut Gilles Kepel**, einem Experten für Islamismus, „ist die Schule für die Anhänger des politischen Islam zu einer Zitadelle geworden, die es einzureißen gilt.“

Schulen überall auf der Welt Ziel von Gewaltkampagnen der Islamisten

Ein Artikel in *L'Express* **zeigt auf tragische Weise auf**, dass Schulen überall auf der Welt das Ziel von Gewaltkampagnen der Islamisten sind. Im Jahr 2014 wurde eine Militärschule in Peshawar, Pakistan, Ziel eines tödlichen islamistischen Anschlags, der 132 Schüler das Leben kostete. Die pakistanische Taliban-Bewegung hat laut einem **Bericht** der NGO International Crisis Group zwischen 2009 und 2012 900

Schulen **angegriffen**. Die Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai, bekannt für ihren Kampf um die Bildung von Mädchen, wurde von den Taliban in Swat in den Kopf **geschossen**. Boko Haram, verantwortlich für zahlreiche Anschläge in Nigeria, **nimmt in Anspruch**, 276 Highschool-Mädchen in Chibok entführt zu haben. Bei einem Angriff von mit al-Qaida verbundenen Islamisten auf die kenianische Universität Garissa wurden 142 Studenten **getötet**. In Burkina Faso haben mehr als 2.000 Schulen ihre Türen **geschlossen**.

In Frankreich brodelt ein Krieg niedriger Intensität, der auf eine Radikalisierung der Bildung abzielt. Obwohl viele Muslime eine solche Veränderung nicht unterstützen würden, scheint der aktuelle Versuch 1989 begonnen zu haben,

während der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution und der französischen Veröffentlichung von Salman Rushdies fiktivem Roman „Die satanischen Verse“. Ein College in Creil **verweigerte** drei Schülerinnen, die den islamischen Schleier trugen, die Zulassung. Die französischen Behörden versuchten durch Dialog und Beschwichtigung, die Situation zu beruhigen. In einem Aufruf, der von *Le Nouvel Observateur* veröffentlicht und von den Autoren Alain Finkielkraut und Elisabeth Badinter unterzeichnet wurde, **prangerten** jedoch mehrere Intellektuelle das „München der republikanischen Schule“ an.

Französische Lehrer bezahlen mit ihrem Leben

Die Islamisierung des französischen Bildungswesens schreitet nun in rasantem Tempo voran. 1989 lautete der Aufschrei: „**Lehrer, lasst uns nicht kapitulieren!**“,. Seitdem haben einige französische Lehrer, die sich geweigert haben zu kapitulieren, mit ihrem Leben bezahlt.

Im Oktober 2020 wurde ein französischer Geschichtslehrer, Samuel Paty, von einem tschetschenischen Terroristen **enthaupdet, weil er seine Arbeit getan hatte: seine Schüler dazu zu erziehen, die Grundwerte der westlichen Gesellschaften und die über den Türen ihrer Schule angebrachten Worte (*Liberté, égalité, fraternité*) zu respektieren, weil er mit ihnen über Meinungsfreiheit diskutiert und ihnen die Mohammed-Karikaturen von *Charlie Hebdo* gezeigt hatte.**

„Das Zusammenleben ist eine Fabel“, **schrieb** Alain Finkielkraut nach der Enthauptung von Paty, „die verlorenen Gebiete der Republik sind die Gebiete, die der Hass auf Frankreich erobert hat. Die Augen haben sich geöffnet, die Beweise können nicht mehr versteckt werden“.

Der französische Bildungsminister Jean Michel Blanquer **enthüllte, dass es nach der Enthauptung von Paty zu 800 islamistischen „Zwischenfällen“ an französischen Schulen gekommen ist.**

An der Battières-Schule in Lyon, wo Samuel Paty seine Karriere begonnen hatte, wurde ein anderer Lehrer physisch bedroht. Dieser Geschichts- und Geografielehrer hatte vor einer fünften Klasse eine Unterrichtsstunde zum Thema Meinungsfreiheit gehalten, die den Lehrplänen der Schule entsprach. Dabei wies er unter anderem darauf hin, dass Emmanuel Macron nicht „islamfeindlich“ sei. Der Vater eines Schülers suchte den Lehrer auf und forderte ihn vor Zeugen verbal heraus. „Er war lautstark und sehr aufdringlich, was er in seinem Unterricht sagen dürfe und was nicht“, **sagte ein Zeuge. Der schockierte Lehrer wurde krankgeschrieben und gebeten, die Schule zu wechseln.**

An einem Gymnasium in Caluire-et-Cuire, in der Nähe von Lyon, **drohte ein Schüler einem Lehrer, ihm „den Kopf abzuschneiden“.**
In Gisors **verteilte ein Mädchen ein Foto der Enthauptung von Paty an ihre Mitschüler. In **Albertville**, Savoyen, musste die Polizei vier zehnjährige Kinder und ihre Eltern vorladen, weil sie im Klassenzimmer sagten: „Dieser Lehrer hat den Tod verdient“. In Grenoble wurde ein extremistischer Muslim verhaftet, weil er gedroht hatte, einen Geschichts- und Geografielehrer namens Laurent, der in einer Reality-TV-Show auftritt, zu enthaupten. „Ich werde dich enthaupten“, **sagte** er. Laurent war offenbar dabei, ein Video zu Ehren von Paty vorzubereiten.**
An der Pierre-Mendès-France-Schule in Saumur **sagte ein Schüler zu seinem Lehrer: „Mein Vater wird dich enthaupten“.**

Es ist sogar unmöglich geworden, eine genaue Liste dieser Vorfälle zu erstellen. Sie passieren jeden Tag in Frankreich.

Selbstzensur unter Lehrern

Eine neue Umfrage **offenbart** das Ausmaß der Selbstzensur unter französischen Lehrern. Um mögliche Vorfälle zu vermeiden, gibt jeder zweite Lehrer zu, sich im Unterricht selbst zu zensieren. Mittels Angst, Terror und Einschüchterung erntet der Islamismus, was er gesät hat. Wie wir den Islamismus in die Schule lassen, lautet der Titel des neuen Buches von Jean-Pierre Obin über den Aufstieg des Islamismus an französischen Schulen. Obin, ein ehemaliger Generalinspekteur des nationalen Bildungswesens, koordinierte 2004 einen Bericht über Erscheinungsformen religiöser Zugehörigkeit an Schulen. Es war nicht der erste Bericht eines französischen Bildungsinsiders. Bernard Ravet war 15 Jahre lang Direktor von drei der problematischsten Schulen in Marseille. In seinem Buch „Schuldirektor oder Imam der Republik?“ schrieb Ravet:

„Seit mehr als zehn Jahren klopft der Fanatismus an die Tür von Dutzenden von Einrichtungen... Er hat Zentimeter für Zentimeter in das physische Territorium der Republik einzudringen versucht, indem er seine Zeichen und Normen durchgesetzt hat“

Der französische Philosoph Robert Redeker **schrieb** im Jahr 2006: „Der Islam versucht, Europa seine Regeln aufzuzwingen: die Öffnung von Schwimmbädern zu bestimmten Zeiten ausschließlich für Frauen, das Verbot, diese Religion zu karikieren, die Forderung nach einer besonderen diätetischen Behandlung muslimischer Kinder, der Kampf für das Tragen des Schleiers in der Schule, der Vorwurf der Islamophobie gegen Freigeister.“

Nach den Schulen kommt die Gesamtgesellschaft

Seine Kolumne in *Le Figaro* trug den Titel „Angesichts der islamistischen Einschüchterung, was sollte die freie Welt tun?“ Einige Tage später begann Redeker, Morddrohungen zu erhalten. „Ich kann nicht arbeiten und bin gezwungen, mich zu verstecken“, **sagte** Redeker. „So haben es die Islamisten irgendwie geschafft, mich auf dem Territorium der Republik zu bestrafen, als wäre ich eines Meinungsverbrechens schuldig.“

Wir hätten diesem ersten Fall mehr Aufmerksamkeit schenken sollen. Es war der erste in einer langen Reihe von Angriffen auf französische Lehrer und Schulen. Vierzehn Jahre später hat Samuel Paty mit seinem Leben bezahlt, ein Universitätsprofessor erhielt gerade erst **Personenschutz** und ein anderer musste nach Drohungen seine Schule **verlassen**. Wenn Extremisten es geschafft haben, Frankreichs Schulen und Universitäten einzuschüchtern, warum sollten sie dann nicht in der Lage sein, die gesamte Gesellschaft zu unterwerfen?

*

Giulio Meotti, Kulturredaktor für Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor. Sein Beitrag erschien zuerst bei Gatestone Institut. Übersetzung von Daniel Heiniger.

Nach Enthauptung von Paty

Weiterer Lehrer fürchtet um sein Leben

Ein Philosophielehrer aus einer Pariser Trabantenstadt warnt nach dem Mord an Samuel Paty vor dem wachsenden Einfluss der Islamisten in französischen Städten. Frauen und Mädchen dürften nicht mehr in Cafés gehen. Nun erhält er Morddrohungen und steht unter Polizeischutz.

Knapp vier Monate nach der Enthauptung des französischen Geschichtslehrers Samuel Paty durch einen Islamisten fürchtet erneut ein Pädagoge um sein Leben: Die Staatsanwaltschaft von Versailles ermittelt nach eigenen Angaben im Fall des Philosophielehrers Didier Lemaire. Er hatte nach dem Mord an Paty Mitte Oktober vor einem wachsenden Einfluss von Islamisten gewarnt und erhielt daraufhin Morddrohungen.

Lemaire steht inzwischen unter Polizeischutz. Er hatte Anfang November in der Zeitschrift "L'Obs" einen offenen Brief veröffentlicht, in dem er dem französischen Staat vorwirft, keine wirksame Strategie gegen den Islamismus zu haben. In seinen 20 Berufsjahren als Gymnasiallehrer in dem Pariser Vorort Trappes sei er "Zeuge eines wachsenden islamistischen Einflusses" geworden, schrieb er darin.

"Ich will nicht unter ständiger Angst leben", sagte Lemaire am Sonntag im Nachrichtensender LCI. Er erhalte Morddrohungen und werde auf der Straße angefeindet, weil er nach der Ermordung des Geschichtslehrers am 16. Oktober in einem Meinungsbeitrag zum "Widerstand gegen die islamistische Gefahr" aufgerufen habe. In einer Zuschrift drohte man ihm, er werde als "zweiter Samuel Paty" enden.

"Wir haben nicht mehr viel Zeit, bevor die Situation eskaliert. Viele Kinder werden zum Hass auf Frankreich erzogen", schrieb Lemaire, der seit 20 Jahren an einer weiterführenden Schule in Trappes nordwestlich von Paris unterrichtet. In der Vorstadt leben 30.000 Menschen aus 70 Herkunftsländern. Im Nachrichtensender BFM-TV beschrieb der Lehrer am Sonntagabend die beschleunigte Islamisierung in Trappes. "Es gibt keine gemischten Friseursalons mehr. In den Cafés werden keine Frauen geduldet. Schon kleine Mädchen werden vollverschleiert auf die Straße geschickt", sagte er. Auch an seiner Oberschule nehme der Druck der Islamisten zu. Für die meisten Jugendlichen führe das zu schier unlösbaren Loyalitätskonflikten. In dem Beitrag für das Nachrichtenmagazin "L'Obs" nach der Ermordung Patys hatte er gefordert, die Schüler besser vor dem ideologischen und sozialen Druck der Islamisten zu schützen.

In dem Vorort südwestlich von Paris liegt eine von mehr als 60 Trabantensiedlungen, die Frankreichs Regierung mit Hilfe einer verstärkten Polizeipräsenz aus der Hand von Islamisten "zurückerobern" will. Mehr als 50 Bewohner von Trappes sollen sich seit 2013 Dschihadisten im Irak und in Syrien angeschlossen haben.

Der Geschichtslehrer Paty war im Oktober in einem anderen Vorort nordwestlich von Paris von einem Islamisten aus Tschetschenien getötet worden. Der Terrorist mit russisch-tschetschenischen Wurzeln wurde später von Sicherheitskräften erschossen. Sein Motiv war nach bisherigen Erkenntnissen, dass Paty im Unterricht Karikaturen des Propheten Mohammed gezeigt hatte. Die französischen Behörden nahmen seitdem zahlreiche Social-Media-Kontakte des Attentäters fest. Gegen mehrere Verdächtige laufen im Fall Paty Ermittlungsverfahren - darunter auch gegen Schüler der Schule in Conflans-Sainte-Honorine.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte das Zeigen von Mohammed-Karikaturen anschließend verteidigt. Daraufhin kam es zu Protesten in muslimisch geprägten Ländern und Boykottaufrufen gegen Frankreich.
Quelle: ntv.de, mau/AFP

<https://kopp-report.de/generalbundesanwalt-ueber-3000-islamistische-terrorverfahren-seit-grenzoeffnung-2015/>

Stefan Schubert

Generalbundesanwalt: Über 3000 islamistische Terrorverfahren seit Grenzöffnung 2015
Auf Anfrage des Autors bestätigt der Generalbundesanwalt für das abgelaufene Jahr 381 neue Terrorverfahren mit Bezug zum islamistischen Terrorismus. Trotz dem unter der Merkel-Regierung zur Staatsdoktrin erhobenen »Kampf gegen rechts« belegen die aktuellen Zahlen eindeutig, dass das Sicherheitsrisiko durch den radikalen Islam die bedrohlichste Gefahr für die Bürger dieses Landes und die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt. Insgesamt hat die Bundesanwaltschaft (GBA) im Jahr 2020 rund 600 Terrorverfahren neu eingeleitet. Die 381 Verfahren im Bereich islamistischer Terrorismus bedeuten somit einen Anteil von über 63 Prozent aller Terrorfälle in Deutschland. Trotz expliziter Nachfrage blieb der GBA die genaue Anzahl der Terrorverfahren im Bereich Links- und Rechtsextremismus schuldig. »Man wolle keine Rückschlüsse auf die Überwachungsintensität dieser Szenen liefern«, lautet die nicht nachvollziehbare Argumentation der Pressestelle. Befremdlich ist dieses Agieren zudem, da nach einer parlamentarischen Anfrage der Opposition die beiden Zahlen herausgegeben werden müssen und damit öffentlich werden.

Der Flüchtlingswelle folgt die islamistische Terrorwelle

Wir befinden uns mittlerweile im 6. Jahr der merkelschen »Grenzöffnung«, wobei die mediale Sprachpolizei versucht, diesen Begriff weitgehend zu tabuisieren. Wie immer die politisch korrekte Bezeichnung auch lauten mag, der 13. September 2015 wird als der Tag in die deutschen Geschichtsbücher eingehen, an dem Angela Merkel der Bundespolizei, vormals dem Bundesgrenzschutz, untersagte, Deutschlands Grenzen, die Identität des Landes, die Sozialsysteme und im Besonderen die Sicherheit der Bürger zu schützen.

Die Analyse der Terrorzahlen der vergangenen Jahre sagt zudem mehr über die tatsächliche Sicherheitslage im Land aus, als die unter Manipulationsverdacht stehende Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) aus dem Hause Seehofer.

Der Verlauf des Flüchtlingsstroms und dessen höchst problematischer Anteil an Islamisten und Terroristen lassen sich somit direkt an den Zahlen des Generalbundesanwalts ablesen. Demnach leitete der Generalbundesanwalt seit 2015 insgesamt 3026 islamistische Terrorverfahren ein. Eine geradezu unfassbare Zahl. Zudem, wenn man sich vergegenwärtigt, dass beispielsweise ein Verfahren gegen eine fünfköpfige IS-Zelle in Berlin in die Statistik mit einem Terrorverfahren Eingang findet.

Die Anzahl der Islam-Terroristen in Deutschland hat nach Schätzungen von Sicherheitsexperten längst fünfstelligen Dimensionen angenommen.

Es folgen unstrittige Fakten. Diese wurden dem Autor nach Anfrage von der Pressestelle des Generalbundesanwaltes in Karlsruhe mitgeteilt:

- 2015 wurden 108 Terrorverfahren mit islamistischem Bezug eröffnet.
- 2016 hat sich die Zahl mit 201 islamistischen Terrorverfahren fast verdoppelt.
- 2017 schlägt sich die Flüchtlingswelle mit 1052 Terrorverfahren in der Statistik nieder.

- **2018 wurden 884 islamistische Terrorverfahren dokumentiert.**
- **2019 kamen weitere 400 islamistische Terrorverfahren hinzu.**
- **2020 sind 381 weitere islamistische Terrorverfahren eingeleitet worden.**

Die Gesamtsumme der islamistischen Terrorverfahren durch den GBA summiert sich seit 2015 somit auf 3026 Terrorfälle.

Die offenen Grenzen, die Migrations-Agenda der Bundesregierung, der Kontrollverlust und das Staatsversagen, wie das Nicht-Abschieben von Islamisten und Terrorismusverdächtigen, haben zu einer dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage geführt. Jederzeit rechnen die Sicherheitsbehörden mit neuen islamistischen Terroranschlägen. Dies stellt auch kein kurzfristiger Kollateralschaden der Flüchtlingspolitik dar, um es einmal zynisch zu umschreiben, sondern wird zur Belastung für nachfolgende Generation werden. Ein Blick nach Frankreich, England und Belgien lassen eine baldige und anhaltende Eskalation befürchten.

Derweil können Bundesminister wie Heiko Maas öffentlich und unwidersprochen Falschnachrichten verbreiten: »Es gibt keine Verbindung, keine einzig nachweisbare Verbindung zwischen dem Terrorismus und den Flüchtlingen – außer vielleicht eine: nämlich dass die Flüchtlinge vor den gleichen Leuten in Syrien flüchten, die verantwortlich sind für die Anschläge in Paris«, so der damalige Bundesjustizminister im ARD-Morgenmagazin.

Während AfD-Mitgliedern gefühlt Zitate bis aus dem Teenager-Alter vorgeworfen werden, musste sich Herr Maas für diese vorsätzlichen Fake News niemals medial rechtfertigen, entschuldigen oder gar zurücktreten.

Dabei reicht ein Blick in die Pressemitteilungen des GBA aus, um zu erkennen, dass Terroristen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in großer Anzahl als Terrorverdächtige in Deutschland enttarnt wurden.

Kriegsverbrecher statt »Flüchtlinge«

Nehmen wir eine aktuelle Pressemitteilung der Bundesanwaltschaft vom 18. Januar 2021, die für jeden Bürger unter generalbundesanwalt.de frei zugänglich ist. Dort heißt es:

»Anklage gegen ein mutmaßliches Mitglied sowie einen mutmaßlichen Unterstützer der ausländischen terroristischen Vereinigung Jabhat al-Nusra (JaN) wegen u.a. des Vorwurfs eines Kriegsverbrechens erhoben.

Die Bundesanwaltschaft hat am 16. Dezember 2020 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf Anklage gegen den syrischen Staatsangehörigen Khedr A. K. sowie den syrischen Staatsangehörigen Sami A. S. erhoben.

Die Angeschuldigten sind hinreichend verdächtig, im Zusammenhang mit einem nichtinternationalen bewaffneten Konflikt eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person gemeinschaftlich getötet zu haben (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 VStGB, § 211 Abs. 2 Var. 4 StGB).

Sie verbrachten gemeinsam mit den weiteren Beteiligten den gefesselten und bereits durch schwere Misshandlungen gezeichneten Gefangenen zum Hinrichtungsort. Khedr A. K., mit einem Schnellfeuergewehr bewaffnet, übernahm dort die Bewachung des Gefangenen und die Abschirmung der Hinrichtung. Sami A. S. wiederum filmte entsprechend der vorherigen Planung die Erschießung und kommentierte die Aufzeichnung in verherrlichender Art und Weise. Die Aufnahme stellte er anschließend der Terrororganisation Jabhat al-Nusra für deren Propagandaarbeit zur Verfügung.«

Die uns von den Mainstream-Medien angekündigten »hilfsbedürftigen Flüchtlinge« entpuppten sich in diesem Fall als brutale Mörder und Kriegsverbrecher. Wie hoch die Dunkelziffer in diesem epochalen Migrationsstrom insgesamt ist, bleibt jedoch bisher unbekannt.

Die AfD-Fraktion versucht zwar durch zahlreiche Anfragen an belastbare Zahlen zu gelangen, doch wird die größte Oppositionspartei im Bundestag durch die Bundesregierung in dreister, geradezu anti-demokratischer Weise, ausgebremst. Wer über einen hohen Blutdruck verfügt, sollte sich die [Drucksache Deutscher Bundestag 19/25939](#) besser nicht durchlesen. Für alle hartgesottenen ist das hier hinterlegt Dokument sehr aufschlussreich. Im Besonderen mit welchen hanebüchernen Begründungen die Nicht-Beantwortung von parlamentarischen Anfragen abwürgt werden:

»Eine Beantwortung der Frage kann wegen des damit verbundenen unzumutbaren Aufwands nicht erfolgen. (...) Zum derzeitigen aufenthaltsrechtlichen Status des genannten Personenkreises kann das BAMF auf Grund der Kompetenzverteilung keine Auskünfte erteilen. (...) Die weitere Beantwortung kann aus Gründen des Staatswohles nicht offen erfolgen. Sie enthalten unter dem Aspekt des Staatswohles schutzbedürftige Informationen, die im Zusammenhang mit nachrichtendienstlichen Aufklärungsmethoden und Vorgehensweisen des BfV unter Einfluss von Kooperationen mit anderen Behörden, anderen Nachrichtendiensten im Rahmender Aufgabenwahrnehmung gezogen werden.«

Nichtsdestotrotz, im Dokument werden durchaus Zahlen und Fakten genannt, welche allerdings *Die Destabilisierung Deutschlands* untermauern.

Die folgende Einschätzung aus dem Bundesinnenministerium, die auch in der Drucksache nachzulesen ist, müsste eigentlich vor jeder Bundestagsitzung durch den Bundestagspräsidenten verlesen werden, damit die Abgeordneten an die Folgen ihrer desaströsen Politik erinnert werden:

»Die Bedrohungslage für Deutschland befindet sich unverändert auf einem hohen Niveau. Deutschland steht weiterhin im unmittelbaren Zielspektrum von internationalen terroristischen Organisationen. Mit einer anhaltend hohen Gefahr jihadistisch motivierter Gewalttaten ist auch im Jahr 2021 zu rechnen.«

» Zum Telegram-Kanal von Autor Stefan Schubert: *Schuberts Lagemeldung*.

Bestellinformationen:

» Wisnewski: *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2021*, 288 Seiten, 14,99 Euro – [hier](#) bestellen!

» Stefan Schubert: *Anis Amri und die Bundesregierung*, 240 Seiten, 19,99 Euro – [hier](#) bestellen!

» Stefan Schubert: *Die Destabilisierung Deutschlands*, 336 S., ~~22,99~~ 9,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Mittwoch, 10.02.2021

<https://www.welt.de/politik/ausland/article229216753/Wegen-Mohammed-Bildern-Proteste-gegen-Lehrer-an-englischer-Schule.html>

Wegen Mohammed-Bildern – Proteste gegen Lehrer an englischer Schule

Stand: 26.03.2021 | Lesedauer: 2 Minuten

Seit Tagen gibt es Proteste vor einer Schule in West Yorkshire, zeitweilig musste diese gar geschlossen werden: Ein Lehrer hatte offenbar Karikaturen des Propheten Mohammed im Unterricht behandelt. Nun bekommt der Pädagoge Todesdrohungen.

Für die rund 980 Kinder der Batley Grammar School gab es am Freitag überraschend schulfrei: Zuvor hatten sich rund 50 Menschen zum wiederholten Male vor dem Gebäude versammelt und so die Abläufe massiv behindert.

Nun hat sich auch die britische Regierung in den Streit eingeschaltet: Sie verurteilte die Proteste, die sich explizit gegen einen Lehrer wenden, der an einer Schule Zeichnungen des islamischen Propheten Mohammed gezeigt hatte. „Es ist niemals akzeptabel, Lehrer einzuschüchtern oder ihnen zu drohen“, sagte ein Sprecher des Bildungsministeriums.

Der Pädagoge, der an der Grammar School in der Grafschaft West Yorkshire arbeitet, wurde bereits am Donnerstag vom Dienst suspendiert. Wie die „Daily Mail“ berichtet, wurde der Mann mit seiner Freundin mittlerweile an einen unbekanntem Ort gebracht, weil es auch Todesdrohungen gegen ihn gegeben haben soll. Zuvor wurde offenbar von Kritikern sein Name in den sozialen Medien publiziert.

Muslimischer Geistlicher hielt Reden

Der Mann hatte zu Beginn der Woche im Religionsunterricht Zeichnungen des Propheten Mohammed gezeigt, Berichten zufolge sollen es Karikaturen aus dem französischen Satiremagazin „Charlie Hebdo“ gewesen sein. Nach Ansicht der Protestierenden ist das ein Angriff auf den Islam, der Mohammed-Abbildungen ablehnt.

„Fällt der Begriff Islamophobie, wird nur noch geprügelt“

Laut britischen Medienberichten stammt ein Drittel der Schülerinnen und Schüler der Batley Grammar School aus Familien muslimischen Glaubens. Einige Demonstranten, die dafür teils sogar aus anderen britischen Städten angereist waren, hätten sich nicht nur vor dem Gebäude versammelt, sondern auch Parolen und Lieder gesungen. Zudem hätten muslimische Geistliche Reden gehalten, in denen die Entlassung des Mannes gefordert wurde. Ob auch Eltern unter den Protestierenden waren, ist hingegen unklar.

Mittlerweile wurde eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle eingeleitet. „Die Art der Proteste, die wir gesehen haben, mit Drohungen und Missachtung der Corona-Beschränkungen, ist vollkommen inakzeptabel und muss aufhören“, hieß es vom Bildungsministerium.

<http://www.pi-news.net/2021/03/nach-mohammed-kritik-lehrer-muss-sich-vor-moslems-verstecken/>

GRAMMAR-SCHOOL IN GROSSBRITANNIE

Nach Mohammed-Kritik: Lehrer muss sich vor Moslems verstecken

27. März 2021

Von MANFRED W. BLACK | Erst hat es massive Angriffe auf islamkritische Lehrer in Frankreich gegeben, die einem Mittelschullehrer das Leben gekostet haben. Nun gibt es zahllose scharfe Attacken moslemischer Organisationen auf einen Lehrer einer britischen Grammar School, die zu etwa 70 Prozent von moslemischen Schülern besucht wird.

Schule muss geschlossen werden

Mehrere Tage wurde vor einer Schule im englischen Batley (Grafschaft West Yorkshire) in massiver Form protestiert. Für zwei Tage musste die [Grammar School](#), die von knapp 1000 Schülern besucht wird, sogar geschlossen werden. Ein Lehrer hatte „Charlie-Hebdo-Karikaturen“ im Religionsunterricht behandelt, die den Propheten Mohammed in bissiger Form karikieren. „Nun bekommt der Pädagoge Todesdrohungen“ ([„Die Welt“](#)).

Der Leiter der Schule, die in etwa mit einem deutschen Gymnasium vergleichbar ist, hatte Mitte der Woche versucht, den Konflikt zu entschärfen. Er bot Schülern und Eltern seine „aufrichtige und vollständige Entschuldigung“ an.

Es sei „völlig unangebracht“, im Unterricht Bilder zu zeigen, die „tief verletzen“ könnten, schrieb der Direktor – und kündigte eine

Untersuchung an. Das ging den aufgebrachten Demonstranten allerdings längst nicht weit genug.

Der Lehrer wird suspendiert

Immer wieder wurde in sozialen Netzen zur demonstrativen „Verteidigung der Ehre unseres Propheten Mohammed“ vor der Schule aufgerufen. Dort sind militante Lieder gesungen worden.

Unmissverständlich forderten die Demonstranten die sofortige Entlassung des Lehrers und eine Beteiligung an der geplanten Untersuchung.

Ein örtlicher Imam, der an den Kundgebungen teilnahm, erklärte in einer Rede, es müsse sichergestellt werden, dass „so etwas nie wieder geschieht“.

An den radikalen Demonstrationen beteiligten sich moslemische Eltern, deren Kinder die Schule besuchen. Vor allem aber waren schulfremde Moslems aus der Region angereist, die durch radikale Aufrufe in Sozialen Medien aufgestachelt wurden.

Im Netz waren zu den Demonstrationen auf Bildern und Videos „wütende bärtige Männer zu sehen, die ihre Masken abreißen und laut schreien“ („Tagespost“).

Wenig später verkündete der Direktor der Grammar School die Suspendierung des Pädagogen. Ob mit Einwilligung des Bildungsministeriums, ist bisher nicht klar. Der Lehrer und seine Freundin sind an einen unbekanntem Ort gebracht worden, weil die Behörden offensichtlich um das Leben des Pädagogen fürchten. Die britische „Free Speech Union“ kritisierte, die Schule sei vor einem „Zensur-Mob“ eingeknickt.

Wohlfeile Worte aus der Politik

Der Tory-Abgeordnete [Sajid Javid](#) übte ebenfalls Kritik am Schulleiter. In Großbritannien dürfe Religion auch „hinterfragt“ werden, sagte der frühere Schatzkanzler. „Diese hart errungene Freiheit muss von jeder öffentlichen Institution durchgesetzt werden.“

Bildungsminister Gavin Williamsen (Conservative Party) erklärte in London, Schulen seien „frei, das ganze Spektrum von Themen, Ideen und Materialien in ihrem Unterricht zu verwenden, auch wenn sie schwierig oder kontrovers sind – sofern sie der Pflicht zur politischen Ausgewogenheit entsprechen“.

Dann kam eine Einschränkung des Ministers: Dies gelte es „mit der Notwendigkeit auszubalancieren, Respekt und Toleranz zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens zu fördern“.

Moslems: „Sadistisch verhalten“

Doch auch diese Erklärung war islamischen Vereinigungen nicht genug. Es sei „alarmierend, dass das Bildungsministerium die Spaltung fördert, indem es Eltern und Schüler angreift“, erklärte der Vorsitzende der Ramadhan-Stiftung in Manchester, Mohammed Shafiq.

Und die lokale islamische Wohltätigkeitsgruppe „Purpose of Life“ („Sinn des Lebens“) drohte der Schule, ihre Unterstützung zu entziehen, sofern der Lehrer nicht „dauerhaft beseitigt“ werde. Er habe sich „sadistisch verhalten“.

Die Vereinigung schrieb – auf den Pädagogen bezogen, der namentlich genannt wurde –: „Auch liberale Demokratien haben Grenzen der Redefreiheit.“

Schüler initiieren Petition

Aber es gab auch andere Stimmen. [Das berichtet die „Daily Mail“](#). So wurde von Schülern der Grammar School eine Petition gestartet, die schon von weit mehr als 3000 Menschen unterzeichnet worden ist. Hier wird gefordert, dass der Lehrer wieder an seine Schule zurückkehrt. Er sei weder rassistisch noch islamophob. Die Protestler dagegen hätten sich nicht friedlich verhalten, sondern sogar die Polizei aggressiv angeschrien und Zugänge zur Schule versperrt.

Was in naher Zukunft mit dem Lehrer passiert, ist unklar. Ob und wann seine Suspendierung rückgängig gemacht wird, steht in den Sternen. [Die „FAZ“ stellt dazu](#) in ihrer Berichterstattung im letzten Satz eines Artikels lakonisch fest: „In Großbritannien gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Skandale um den Einfluss islamischer Gruppen an Schulen.“

Die „Junge Freiheit“ kommentiert knapp: „Die Unterwerfung unter islamische Vorgaben vollzieht sich schrittweise.“

Böse Erinnerungen an Frankreich

Der Streit um den Lehrer in Batley weckt nicht nur in England unheimliche Erinnerungen an den Fall des Lehrers Samuel Paty im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine. Im Oktober 2020 war der Mittelschullehrer von einem 18 Jahre alten tschetschenischen Moslem auf offener Straße enthauptet worden, nachdem Paty Charlie-Hebdo-Zeichnungen in seiner Klasse gezeigt und besprochen hatte.

Wenig später wurde dem Philosophielehrer Didier Lemaire in Trappes (nahe Paris) im Netz nach dem Leben getrachtet, weil er bekannt gemacht hatte, dass in seinem Ort radikale islamische Organisationen immer wieder Juden attackiert und die Kommune weitgehend zu einer Ortschaft gemacht haben, in denen französische Gesetze de facto kaum noch Geltung haben.

Laut Lemaire gelten vielmehr die Normen der Scharia und die Entscheidungen der islamischen „Friedensrichter“. Praktisch alle Juden seien aus Trappes geflohen – die meisten nach Israel. Selbst gemäßigte Moslems würden es teils vorziehen, in anderen Ortschaften zu leben. Didier Lemaire hat aus den Bedrohungen weit reichende persönliche Konsequenzen gezogen, [er kündigte kürzlich an](#), den Schuldienst quittieren zu wollen. Ihm war es wohl auch eine Warnung, dass 2015 islamische Extremisten die Redaktion der französischen Satirezeitung „Charly Hebdo“ überfielen und 12 Menschen töteten.

Terroristen töten Dutzende Menschen bei Überfall in Mosambik

Dschihadisten haben bei einem großangelegten Angriff auf eine Küstenstadt im Nordosten Mosambiks Dutzende Menschen getötet. Mindestens sieben Menschen seien am Freitag umgebracht worden, als sie versuchten, aus einem Hotel in der Küstenstadt Palma zu flüchten, sagte Regierungssprecher Omar Saranga. Zahlreiche weitere Zivilisten seien zuvor bei den Kämpfen in der Stadt getötet worden. Tausende Menschen sind auf der Flucht.

- "Eine Gruppe von Terroristen" sei in Palma eingedrungen und habe "Dutzende hilflose Menschen feige ermordet", sagte Saranga. Die Dschihadisten hatten die Küstenstadt in der Grenzregion zu Tansania am Mittwoch überfallen. Nach zweitägigen Gefechten übernahmen sie am Freitagabend die Kontrolle über die 75.000-Einwohner-Stadt.
- Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hatte zuvor mitgeteilt, Zeugen hätten von auf der Straße liegenden Leichen berichtet sowie von dschihadistischen Kämpfern, die wahllos auf Menschen und Gebäude geschossen hätten.
- Seit drei Jahren kommt es dort immer wieder zu Angriffen radikalislamischer Banden, bei denen nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen mindestens 2600 Menschen getötet und 670.000 in die Flucht getrieben wurden.

<http://www.pi-news.net/2021/04/anschlag-am-us-capitol-taeter-ein-moslem-der-nation-of-islam/>

**"BRUDER NOAH X" TÖTETE IN WASHINGTON EINEN POLIZISTEN UND
VERLETZTE EINEN SCHWER**

Anschlag am US-Capitol: Täter ein Moslem der „Nation of Islam“

3. April 2021



Der 25-jährige Moslem Noah Green (l.) tötete am Freitag gegen 13 Uhr Ortszeit an einem Zugang zum Sitz des US-Kongresses in Washington den 41-jährigen Polizisten William Evans (r.).

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Freitag Mittag überfuhr Moslem Noah Green mit seinem Auto am bewachten Capitol in Washington DC zwei Polizisten und krachte dann in eine Absperrung. Als der 25-jährige Rechtgläubige aus seinem Fahrzeug ausstieg, hatte er ein Messer in der Hand. Auf Warnrufe anderer Polizisten reagierte er nicht, sondern ging mit dem Messer auf die Beamten los, die ihn dann folgerichtig erschossen.

Einer der beiden Polizisten, William „Billy“ Evans (41), erlag seinen Verletzungen durch die Auto-Attacke. Der zweite Beamte wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert, scheint aber zu überleben.

Da der Täter nicht ins vom Mainstream bevorzugte „Framing“ passt, berichten bisher nur wenige US-Medien über den Sachverhalt. [Fox News meldet](#), dass Noah Green ein Anhänger von [Louis Farrakhan](#) ist, dem Führer der religiös-politischen Bewegung „Nation of Islam“. Green spendete dieser Organisation 1085 Dollar, worauf er ein Dankschreiben mit ihrem Logo erhielt, das er am 17. März stolz auf Facebook präsentierte.

Die [New York Times berichtet](#), dass Green auf Facebook auch Reden von Elijah Muhammad veröffentlichte, dem Führer der „Nation of Islam“ von 1934 to 1975, und von Louis Farrakhan, der von Muhammad den Namen „Abdul Haleem Farrakhan“ erhielt. In einer, die Farrakhan 1996 in der Maryam-Moschee in Chicago hielt, sagt er die „Heilige Zerstörung der Vereinigten Staaten“ voraus ([„The Divine Destruction Of America“](#)). In anderen Reden nannte er [Hitler einen „großen Mann“](#), äußerte sich anti-jüdisch, bezeichnete die christliche Religion als eine „Lüge“ und behauptete, dass Osama bin Laden nicht für den Terror-Anschlag an 9/11 verantwortlich gewesen sei. Diesen Farrakhan bezeichnete der

Attentäter Green in seinem Facebook-Post vom 17. März als seinen „geistigen Vater“, der „von Allah mit Segen erfüllt“ worden sei.

Die [New York Post beschreibt](#) einen Facebook-Post von Noah Green, den er als „Bruder Noah X“ unterzeichnete und sich damit auch als Fan des früheren Wortführers der „Nation of Islam“, [Malcom X](#), outet. **Darin kündigt Green an, dass Allah ihn „für andere Dinge ausgewählt“ habe, was auch als Ankündigung des Anschlags gesehen werden kann.**

An der Christopher Newport University in Virginia spielte Green in einem Football-Team. Auf seinem Athleten-Profil gab er laut Fox-News an, dass die Person der Zeitgeschichte, die er am liebsten getroffen hätte, Malcom X. sei. [Sky News meldet](#), dass Green im vergangenen Dezember seinen Namen in einen islamischen umwandeln wollte, aber den Termin für die Anhörung dazu offensichtlich verpasste.

In deutschen Medien ist, wie zuletzt auch [bei dem moslemischen Attentäter](#) auf den Kosher-Supermarkt in Boulder, nichts von der Identität des Attentäters zu erfahren. [Das Handelsblatt schreibt](#), dass „ein Auto“ in zwei Polizisten gefahren sei und kein terroristischer Hintergrund vorliege. Das Motiv des „Autofahrers“ sei unbekannt. [Die Bild dokumentiert](#) in einem 45-Sekunden Video einen „Vorfall mit einem Auto“, nennt einen „Mann“ ohne Hinweis auf seine Identität, bringt im Artikel dann aber immerhin ein Foto des dunkelhäutigen Attentäters. [Der Tagesspiegel](#) bringt den „Autofahrer“ indirekt mit Trump-Fans in Verbindung. In den [ARD-Tagesthemen um 23:15 Uhr](#) erzählte die Korrespondentin Claudia Buckenmaier direkt vor Ort aus Washington, dass es sich um einem „25-jährigen US-Amerikaner aus Indiana“ handele, der „keine Verbindungen zu radikalen Gruppierungen“ habe.

Gut, dass es die Freien Medien gibt: Bereist am frühen Freitag Abend hatte Oliver Flesch in seinem „1984-Magazin“ ein [Video von „News Now“ präsentiert](#), in dem zu sehen ist, wie der dunkelhäutige Attentäter auf einer Bahre abtransportiert wird. Kurz vor Mitternacht lieferte er die [wichtige Information](#), dass der Täter Anhänger der „Nation of Islam“ ist.

Es ist davon auszugehen, dass der komplette mediale Mainstream in Deutschland diesen Vorfall jetzt in der Schublade verschwinden lässt. Vermutlich hoffte man vergeblich, dass der Täter ein weißer Trump-Fan ist, um dann Sondersendungen am Fließband bringen zu können. Aber bei einem Moslem, der auch noch dunkelhäutig ist, gilt: Verharmlosen, vertuschen und verschweigen.

Michael Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUBH. Oder [bei Patreon](#).

<https://www.n-tv.de/panorama/Syrer-wollte-Unglaeubige-ermorden-article22484276.html>

[Zwei Männer niedergestochen: Syrer wollte "Ungläubige" ermorden - n-tv.de \(n-tv.de\)](#)

MONTAG, 12. APRIL 2021

Zwei Männer niedergestochen Syrer wollte "Ungläubige" ermorden

In Dresden steht ein junger Mann aus Syrien vor Gericht, der einen Mann in Dresden erstochen und einen weiteren schwer verletzt hat - er hielt sie für Homosexuelle. Im Prozess, der nun begonnen hat, will er schweigen. Doch gegenüber einem Gutachter hat er sich bereits auf irritierende Weise geäußert.

Er wollte als Anhänger des Islamischen Staates in Deutschland Ungläubige töten und dann ins Kalifat auswandern: Ein 21 Jahre alter Syrer muss sich seit diesem Montag am Oberlandesgericht (OLG) Dresden für Mord, versuchten Mord und schwere Körperverletzung verantworten. Seine Opfer waren zwei Männer aus Nordrhein-Westfalen. Ein 55-Jähriger aus Krefeld starb, ein 53-Jähriger aus Köln überlebte schwer verletzt. Der Angeklagte habe die Männer für ein homosexuelles Paar gehalten und sie für die aus seiner Sicht "schwere Sünde" mit dem Tode bestrafen wollen, sagte ein Vertreter der Bundesanwaltschaft zum Auftakt vor dem Staatsschutzsenat. Der Angeklagte kam 2015 als Flüchtling nach Deutschland. 2018 war er vom OLG Dresden wegen Werbung für das Terrornetzwerk Islamischer Staat (IS) zu einer Jugendstrafe verurteilt worden, die nach Angriffen auf Beamte im Gefängnis erhöht wurde. Ende September 2020 wurde er aus der Haft entlassen, am 4. Oktober griff er die beiden Touristen an. Knapp drei Wochen später wurde der 21-Jährige gefasst. Der Beschuldigte selbst will sich im Prozess nicht zu dem Verbrechen äußern und sich "schweigend verteidigen", wie es sein Anwalt ausdrückte. Dennoch wurden schon zu Beginn zahlreiche Details der Tat und ihrer Umstände bekannt. Denn der Arzt und forensische Psychiater Nobert Leygraf aus Münster hatte sich im März stundenlang mit dem Angeklagten in der Justizvollzugsanstalt Dresden unterhalten. Dabei zeigte sich der Syrer auskunftsbereit. Demnach trug er sich schon in der Haft mit dem Gedanken, "Ungläubige" zu töten. Er bezog sich dabei auf eine Sure aus dem Koran, wonach man auf dem Wege Gottes jene bekämpfen soll, die einen selbst bekämpfen. Am 4. Oktober 2020 betete der Syrer den Angaben zufolge erst in der Moschee. Dann hörte er sich eine Predigt und religiöse Lieder an, um sich so für die Tat zu rüsten. Am Abend fuhr er mit der Bahn in Die beiden Touristen wurden nach Darstellung der Bundesanwaltschaft als "Repräsentanten einer vom ihm als 'ungläubig' abgelehnten freiheitlichen und offenen Gesellschaftsordnung" Zufallsopfer. Dem Gutachter hatte er berichtet, die beiden Männer hätten sich an den Händen gehalten. Homosexuelle dürfe man als Feinde Gottes bekämpfen und töten. Denn schließlich habe Gott Frau und Mann geschaffen, um Kinder zu zeugen - so das Weltbild des Angeklagten. Der Angriff erfolgte von hinten. Kurz davor sollen dem 21-Jährigen nach eigenem Bekunden noch einmal Zweifel gekommen sein. Doch durch einen Schwur gegenüber Gott habe er sich verpflichtet gefühlt, die Tat auszuführen. Der Syrer stach fast gleichzeitig auf beide Männer ein, die zu Boden gingen und um Hilfe riefen. Der Täter flüchtete und versteckte sich in einem Haus, erst am Morgen kehrte er in seine Unterkunft zurück. Nach den Worten von Leygraf hatte sich der Beschuldigte bei seinem Gespräch mit ihm nachdenklich und auf eine "irritierende Weise selbstkritisch" zu der Tat geäußert. Denn er machte sich Vorwürfe, nicht stark genug gewesen zu sein. Er habe zwar zugestochen, aber "nicht mit dem Herzen." Auch dass eines der beiden Messer abbrach, wertete als Beleg für mangelnde Stärke. Etwas Falsches habe er in der Tat nicht erkennen können, sagte er dem Gutachter. Einen Fehler sah er lediglich darin, sich vorher nicht mit Vertretern des Kalifats verständigt und dem IS einen Treueschwur geleistet zu haben.

Quelle: ntv.de, vpe/dpa

<https://www.n-tv.de/politik/In-Mosambik-entsteht-ein-IS-Kalifat-article22306377.html>

In Mosambik entsteht ein IS-Kalifat

Von Nicole Macheroux-Denault, Kapstadt

50598444352_4285671dad_5k.jpg

Die ankommenden Flüchtlinge berichten von Gräueltaten.

Im ostafrikanischen Mosambik nehmen islamistische Rebellen große Teile einer Provinz ein, an deren Küste riesige Offshore-Gasfelder liegen. Mit unfassbar grausamen Angriffen vertreiben sie die Bevölkerung und internationale Investoren.

"Das geht nicht! So kann es nicht weiter gehen", sagt der UNHCR-Chef für das südliche Afrika, Valentin Tapsoba. "Die internationale Gemeinschaft kann die Lage in Cabo Delgado nicht mehr ignorieren." Der Südafrikaner wirkt aufgebracht. "Ich habe so etwas Schlimmes noch nie gesehen. Jeden Tag kommen neue Binnenflüchtlinge an", sagt Tapsoba bei einer digitalen Pressekonferenz mit internationalen Journalisten. **Es ist ein verzweifelter Versuch, zu Corona-Zeiten Aufmerksamkeit auf einen Konflikt im südostafrikanischen Mosambik zu lenken, der in der nördlichen Hemisphäre bisher keine Augenbraue hat zucken lassen. Im Kern geht es um Terrorismus, Ressourcen und viel Geld. Und wie so oft sind die Ärmsten der Armen die Leidtragenden.**

560.000, also über eine halbe Million der zwei Millionen Einwohner der Provinz Cabo Delgado, wurden seit dem Beginn grausamer Terrorattacken im Oktober 2017 vertrieben. Zum Vergleich: In Griechenland befinden sich derzeit laut UNO Flüchtlingshilfe 119.500 Flüchtlinge und Migranten. "Die Situation in Cabo Delgado ist eine Katastrophe", sagt Tapsoba. Die Hintergründe sind vielschichtig und die Informationen über die Angreifer unübersichtlich.

Anfang 2020 gab es in Cabo Delgado nur 90.000 Binnenflüchtlinge. "Das zeigt, die Situation eskaliert", meint Myrta Kaulard, ständige Koordinatorin der Vereinten Nationen in Mosambik. **"Die Menschen erzählen von Enthauptungen, schrecklicher Gewalt", berichtet die Italienerin. "Die meisten Flüchtlinge sind traumatisiert, vor allem die Frauen. Viele berichten von Verwandten, die spurlos verschwunden sind." Mitarbeiter der Vereinten Nationen hätten keinen direkten Zugang zu der Krisenregion mehr, fügt Kaulard hinzu. "Es ist zu gefährlich, sie mit Hilfsgütern dorthin zu schicken und ehrlich gesagt, unsere Möglichkeit zu helfen, ist ohnehin sehr eingeschränkt. Wir haben kein Geld." Auch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) hat laut Regionaldirektorin Lola Castro keinen Zugang zu den westlichen und südlichen Gebieten der Provinz mehr.**

Gerüchte über Angreifer

Cabo Delgado im Nordosten Mosambiks, an der Grenze zu Tansania gelegen, ist den meisten Europäern wohl unbekannt. Vielleicht weckt aber der Name der Provinzhauptstadt Pemba

Erinnerungen. Die Hafenstadt wurde im April 2019 schwer von dem Tropensturm "Kenneth" beschädigt. Über 600 Menschen starben. Zwei Jahre später fliehen Tausende in das immer noch beschädigte Pemba sowie in naheliegende, nur rudimentär eingerichtete Flüchtlingslager. Lange war unklar, wer hinter den grausamen Attacken steckt. Die Angreifer zeigen ihre Gesichter nicht, wenn sie Dörfer ausrauben. Lange gingen wilde Gerüchte um, genährt von Spekulationen über die neu entdeckten, riesigen Gasfelder. Die französische Ölgesellschaft Total ist einer der Hauptinvestoren. Aber auch die nordamerikanische Gesellschaft Anadarko Petroleum und die italienische ENI sowie kleinere europäische Unternehmen wollten investieren. 2023 sollten die Explorationen beginnen, ein 20,6-Milliarden-Euro-Projekt. Jetzt hat Total seine ausländischen Mitarbeiter aus Mosambik abgezogen. In der nahen Umgebung der Total-Anlagen war es immer wieder zu Attacken gekommen.

Die meisten Angriffe sind Anhängern der islamistischen Gruppierung AhluSunnah Wal Jammah (ASWJ), der "Jünger der Tradition des Propheten", zuzuschreiben. Spätestens seit dem Auftauchen eines Videos Anfang vergangenen Jahres, auf dem Kämpfer mit Flaggen des sogenannten Islamischen Staats posieren, ist eine Verbindung zu dieser Terrorgruppe bestätigt. Der hat inzwischen auch für zahlreiche Angriffe in Cabo Delgado Verantwortung übernommen. Vielleicht einzigartig an der Situation ist die Abwesenheit eines Anführers oder eines Manifestes. Die Strategie scheint tatsächlich so einfach wie grausam zu sein: die Region mit brutalen Angriffen zu leeren, um mit den wenigen, die bleiben wollen, ein Kalifat aufzubauen.

Mosambiks Regierung hat die Kämpfer lange als Macheten schwingende Banditen beschrieben und machtlos zugehört, wie ihr die Kontrolle über große Teile der Provinz verloren ging. Die Nachricht von einem schrecklichen Massaker, bei dem Bewohner des Dorfes Muatide auf einem Platz enthauptet wurden, stellt sie als unwahr dar. In den Flüchtlingslagern berichten jedoch viele Menschen davon. Die Terroristen kontrollieren inzwischen wichtige Versorgungsstraßen, Wasserwege und strategische Städte in Cabo Delgado und haben erste Dörfer im grenznahen Tansania angegriffen.

Der UNHCR-Chef für das südliche Afrika war mit einer Delegation anderer UN-Organisationen im Dezember persönlich in Cabo Delgado. "Es gibt nicht genug zu essen", berichtet Valentin Tapsoba. Auch Wasser sei knapp. Die meisten Flüchtlinge kämen bei Familien in sicheren Gebieten unter. Meist seien es keine Familienangehörigen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sei unfassbar groß. "Manche Familien nehmen bis zu 60 Flüchtlinge auf", sagt Tapsoba. Viele haben bei der überstürzten Flucht ihre Ausweispapiere nicht mitgenommen. Ohne die können Kinder aber nicht zur Schule gehen. "Es besteht die Gefahr, dass eine ganze Generation hier keinen Zugang zu einer Ausbildung haben wird."

"Die internationale Gemeinschaft muss die Regierung von Mosambik bei der Wiederherstellung der Sicherheit in Cabo Delgado unterstützen", fordert Alessandra Casazza, Beraterin für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Auch WFP-Regionalchefin Castro sieht dringenden Handlungsbedarf: "Wir müssen Hilfe aufstocken." Denn ohne Geld von der internationalen Gemeinschaft und ohne den Willen der mosambikanischen Regierung, den Konflikt anzugehen, stehen die Menschen in Cabo Delgado allein da.

Quelle: ntv.de

„Der Westen gibt den Kampf gegen Radikalisierung auf“

Von

PP-Redaktion

22. April 2021

Dschihad und kommunistische Verfolgung von Christen

Am Donnerstag, 22.4. stellte »Kirche in Not« in Berlin den aktuellen Bericht zur »Religionsfreiheit weltweit 2021« vor, nach dem Christen die am häufigsten verfolgte Religionsgruppe der Welt darstellen.

Verstöße gegen die Religionsfreiheit seien in nahezu einem Drittel der Länder der Erde (31,6 %), in denen wiederum zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, an der Tagesordnung, so **»Kirche in Not«**. In 62 von insgesamt 196 Ländern, in denen fast 5,2 Mrd. Menschen leben, werde die Religionsfreiheit schwerwiegend verletzt., Zu den schlimmsten Rechtsverletzern gehören mit China, Indien, Pakistan, Bangladesch und Nigeria einige der bevölkerungsreichsten Staaten der Erde.

Der Bericht warnt vor »transnationalen dschihadistischen Netzwerken«, die sich über den Äquator ausdehnten und die Errichtung transkontinentaler »Kalifate« anstrebten. »Der sogenannte Islamische Staat (IS) und al-Qaida schließen sich – mit ideologischer und materieller Unterstützung aus dem Nahen Osten – mit einheimischen bewaffneten Milizen zusammen und treiben deren Radikalisierung voran, um entlang des Äquators ‚Provinzen des Kalifats‘ zu errichten.« Ein »Halbmond dschihadistischer Gewalt« erstreckte sich in Subsahara-Afrika von Mali bis **Mosambik** und weiter über die Komoren im Indischen Ozean bis hin zu den Philippinen im Südchinesischen Meer.

Cyber-Kalifat

Ein global expandierendes »Cyber-Kalifat« sei nunmehr ein gängiges Instrument der Online-Rekrutierung und Radikalisierung im Westen. Islamistische Terroristen nutzten hochentwickelte digitale Technologien zur Rekrutierung, Radikalisierung und zum Angriff. Anti-Terror-Einheiten hätten mehrere Angriffe verhindern können, aber die Online-Kommunikation der Terroristen nicht einstellen können. **Im Gegenteil würden im Westen Instrumente, mit denen sich Radikalisierung vorbeugen lasse, über Bord geworfen, so der Bericht. **Audiatu** berichtet bereits, wie Muslimbruder-nahe NGOs wie das »**Europäische Netzwerk gegen Rassismus**« (ENAR) im EU-Parlament mit Steuermitteln die Terrorismusbekämpfung in Europa als »Rassismus« darstellen.**

Religiöse Minderheiten würden außerdem für die Corona-Pandemie verantwortlich gemacht, vor allem in Ländern wie China, Niger, der Türkei, Ägypten und Pakistan. Dies äußere sich in verstärkter Diskriminierung, die sich z. B. in der Verweigerung des Zugangs zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung.

Sexuelle Gewalt als Methode des Dschihad

Auch werde sexuelle Gewalt »als Waffe gegen religiöse Minderheiten« eingesetzt. In immer mehr Ländern seien Verbrechen gegen Mädchen und Frauen zu verzeichnen, die entführt, vergewaltigt und durch Zwangskonversion zum Glaubenswechsel gezwungen würden.

»Angesichts der wachsenden Zahl derartiger Rechtsverletzungen, die häufig straffrei begangen werden, mehren sich Hinweise, dass es sich um eine fundamentalistische Strategie handeln könnte, mit der letzten

Endes das »Verschwinden« bestimmter Religionsgemeinschaften beschleunigt werden soll.«

Amtskirchen desinteressiert

In China sorgten 626 Mio. KI-gestützte Überwachungskameras und Smartphone-Scanner an wichtigen Fußgängerkontrollpunkten, die mit Analyseplattformen verbunden und an ein integriertes Sozialkreditsystem gekoppelt sind, dafür, dass religiöse Oberhäupter und Gläubige sich an die Verordnungen der Kommunistischen Partei halten müssten. In China und Myanmar seien 30,4 Mio. Muslime (darunter Uiguren und Rohingya) schwerwiegender Verfolgung ausgesetzt. Auch die 96 Millionen [Christen in China](#) seien massiver staatllicher Willkür ausgesetzt, [so der Bericht](#).

»Die Amtskirchen in Deutschland haben sich leider vom Schutz von Christen weltweit verabschiedet, und spenden lieber Steuergelder für die Anhänger der gewalttätigen Antifa«, so Joachim Kuhs, Vorsitzender der »Christen in der AfD«.
»Zum Glück gibt es noch Organisationen wie Kirche in Not, die ein Licht auf das größte Verbrechen unserer Zeit richtet.«

Morgen, Freitag, 23.4. wird die Bundesregierung ihren Bericht zur [weltweiten Lage der Religionsfreiheit](#) (2018 – 2019) vorlegen.

<http://www.pi-news.net/2021/04/bombe-in-moschee-toetet-30-moslems-kaum-ein-medium-berichtet/>
Bombe in Moschee tötet 30 Moslems – kaum ein Medium berichtet

27. April 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | In einer Moschee in Afghanistan explodierte Mitte Februar eine Bombe. 30 Moslems starben. Die Detonation erfolgte im Bezirk DaulatAbad nordwestlich von Masar-i-Scharif. Dort befindet sich das größte Feldlager der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Aber nahezu die komplette deutsche Medienlandschaft verschwieg den Vorfall.

Warum, wird klar, wenn man sich genauer ansieht, was hier geschah. Denn es handelte sich nicht um einen Anschlag auf eine Moschee, dann wäre mit Sicherheit breit berichtet worden. Nein, in der Moschee wurde an einer Bombe gebastelt. Und zwar von den Taliban. Die Allah-Krieger machten wohl einen Fehler beim Zusammenbau des Sprengsatzes, so dass sich 30 Dschihadisten selbst in die Luft jagten.

Das afghanische Verteidigungsministerium informierte am 13. Februar über die Einzelheiten. Unter den 30 Toten seien sechs Ausländer, was darauf schließen lässt, dass die ebenfalls in Afghanistan operierenden Terrorgruppen al-Qaida und Islamischer Staat an diesen Anschlagsvorbereitungen beteiligt waren.

Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid dementierte zwar und behauptete, dass die Explosion in einem „leeren Raum“ erfolgt sei und es „keine Opfer“ gegeben habe. Aber das ist natürlich eine ganz bewusste Verschleierung des Geschehens, praktizierte Taqiyya, Täuschung der Ungläubigen.

Autobomben und am Wegesrand deponierte Sprengsätze gehören zu den Standardwaffen der radikal-islamischen Taliban im Kampf gegen die Regierung in Kabul, die als Feind des Islams angesehen wird. Am gleichen Tag, als die Meldung über die Explosion in der Moschee bekannt wurde, zündete ein Selbstmordattentäter eine Autobombe bei einem Kontrollpunkt in der Südprovinz Kandahar. Zwölf Polizisten wurden verletzt. In Kunar, östlich von Kabul, wurden bei einem Angriff fünf Polizisten getötet.

Über die Bombenexplosion in der Moschee berichteten in Deutschland nur der Focus und t-online. Für alle anderen Mainstream-Medien stimmte vermutlich das Narrativ nicht: Erstens waren Moslems nicht die Opfer, sondern selbst die Täter. Zweitens macht sich die Nachricht nicht sonderlich gut fürs Islam-Image, wenn in einer Moschee Bomben gebaut werden. Schließlich sind Moscheen doch „Gotteshäuser“, in denen nur gebetet wird. Oder?

Man muss es immer und immer wieder betonen: Der Islam ist eben bei weitem nicht nur eine Religion, sondern vor allem auch eine Politische Ideologie. Dieser Politische Islam macht einen Großteil des Gesamtkonstruktes Islam aus, hat einen weltlichen Machtanspruch mit Kampf- und Kriegs-Legitimation, bestimmt Gesetze und regelt das Zusammenleben der Menschen bis ins Detail.

So sind Moscheen in der 1400-jährigen Geschichte des Islams schon immer nicht nur Orte zum Beten, sondern auch Treffpunkte für Versammlungen, Beratungen und auch Planungen von Kriegszügen gewesen. Daher wundert es nicht, dass die Taliban ihre Bombe in einer Moschee zusammenbauten.

Nach dem Truppenabzug der USA und der NATO wird aus Afghanistan mit Sicherheit wieder ein Zentrum des fundamentalen Politischen Islams werden. Es muss dann nur noch eine Führungsfigur mit imperialem Anspruch wie Osama bin Laden auftauchen, dann werden von dort die Radikalisierungs-Impulse wieder in die Welt hinausgesendet werden. Und dann beginnt auch wieder der Terror-Export. Anschläge von der Größenordnung wie 9/11 könnten dann auch in Europa stattfinden.

In den 20 Jahren, in denen die Alliierten in Afghanistan stationiert waren, wurde versäumt, das Problem ideologisch anzugehen. In den Schulen hätte ein ganze Generation von jungen Afghanen im Sinne der Demokratie erzogen werden können. Das afghanische Volk ist genauso wenig genetisch auf Burka programmiert wie das persische auf Tschador, wo vor der Machtübernahme des Politischen Islams 1979 die Frauen genauso unterwegs waren wie im Westen:

...

Ähnlich sah es in den 70er Jahren auch in Kabul aus, wie es „Die Presse“ im März 2018 [dokumentierte](#):

...

Menschen können zu Totalitarismus oder eben zur Demokratie erzogen werden. In Deutschland wurde ab 1945 entnazifiziert, und genauso hätte man Afghanistan „entislamifizieren“ können. Durch konsequentes Verbot des Politischen Islams, was auch das Ende der Scharia bedeutet hätte. Der Rest-Islam wäre auf das Spirituelle und Soziale begrenzt gewesen. Im Irak hat man dies auch versäumt. Es wären gewaltige Kraftanstrengungen gewesen, die sich aber letztlich gelohnt hätten. Anstelle dessen hat man bewusst die Augen vor dem wirklichen Problem verschlossen.

Das Problem ist global. Solange dieses fundamentale Gedankengut in den Köpfen tickt, solange das Mutterland Saudi-Arabien die Welt mit zig Milliarden Dollar islamisiert, solange re-islamisierte Länder wie die

Türkei einen Ideologie-Export durchführen, solange Islamische Republiken wie der Iran und Pakistan einen Terror-Export betreiben, so lange wird dieser Kampf im Westen gegen Dschihadisten, Terroristen und antidemokratische Unterwanderung weitergehen. Wir können uns in unseren demokratischen Ländern nicht in einer Wagenburg verschanzen. Das Problem muss global an der ideologischen Wurzel gepackt werden. Und das geht nicht gegen Menschen, sondern für Menschen. Für ihre Freiheit. Und unsere. Geistige wie körperliche.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann [hier Mitglied werden](#).

<http://www.pi-news.net/2021/05/frankreich-nach-terror-attacken-waechst-wut-der-sicherheitskraefte/>

Frankreich: Nach Terror-Attacken wächst Wut der Sicherheitskräfte

2. Mai 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Freitag, den 23. April wurde eine Polizistin völlig unvermittelt im Polizeirevier der Stadt Rambouillet im Südwesten von Paris [erstochen](#). Von einem tunesischen Moslem, der „Allahu akbar“ rief, während er der 49 Jahre alten Mutter von zwei Kindern sein Messer mehrfach in die Kehle stieß. Bevor der Tunesier weiter ins Revier stürmen konnte, griff ein Polizeikollege zu seiner Dienstwaffe und erschoss ihn.

„Allahu Akbar“ wird in der Berichterstattung vieler Mainstream-Medien über diesen Terror-Anschlag immer noch meist mit „Gott ist groß“ übersetzt. Es muss aber heißen „Allah ist am Größten“, so wie es auch offiziell [im Muezzinruf übersetzt](#) wird.

Damit ist die absolute Vorrangstellung Allahs über allem anderen ausgedrückt. Aus der Sicht des Politischen Islams ist Allah ohnehin der einzige Gott. Dadurch wird allen anderen Religionen das Existenzrecht abgesprochen. Folgerichtig bezeichnet der Koran auch alle Nicht-Moslems als „Ungläubige“ .

Die Polizistin Stéphanie kannte ihren Mörder nicht. Sie kam nach ihrer Pause ahnungslos in den Eingangsbereiches des Polizeireviers zurück und wurde dort von dem 36-jährigen Tunesier willkürlich als Opfer ausgewählt. Weil sie Polizistin ist und den demokratischen laizistischen Staat Frankreich repräsentiert. Ihre 13 und 18 Jahre alten Töchter stehen nun ohne ihre Mutter da. Und ihr Ehemann, ein Bäcker, ohne seine Ehefrau.

Die Staatsanwaltschaft präsentierte zwei Tage nach dem Anschlag Einzelheiten zum Tathergang, die auf eine Radikalisierung des Täters im Sinne des Politischen Islams schließen lassen. So sah der Tunesier vor

der Tat ein dschihadistisches Video auf seinem Smart Phone. Während der Tat hörte er sich über Kopfhörer Aufrufe zum Dschihad an. Auf seinem Facebook-Profil reagierte der zutiefst gläubige Moslem auf die Ermordung des Lehrers Samuel Paty, indem er „Respekt für den Propheten Mohammed“ forderte und zum Boykott französischer Waren aufrief. Zudem beschwerte er sich über die Islamfeindlichkeit der Franzosen.

Dieser tunesische Moslem war 2009 illegal nach Frankreich eingewandert und bekam 2019 einen befristeten Aufenthaltstitel, da er als Lieferfahrer arbeitete. Genauso wie er waren auch die Attentäter der Terrorwelle des vergangenen Herbstes relativ kurz zuvor nach Frankreich eingewandert. Diese Anschläge verliefen parallel zum Prozess gegen Unterstützer des Charlie-Hebdo-Attentats.

Im September 2020 attackierte ein pakistanischer [Moslem zwei Journalisten](#) vor der früheren Charlie-Hebdo-Redaktion mit einem Beil, weil er sich über die Karikaturen geärgert habe. Er war drei Jahre zuvor als „unbegleiteter Minderjähriger“ aus Pakistan nach Frankreich gekommen.

Im Oktober wurde der Lehrer Samuel Paty von einem 18-jährigen tschetschenischen [Moslem geköpft](#), weil er im Unterricht die Mohammed-Karikaturen im Rahmen der Meinungsfreiheit mit seinen Schülern diskutiert hatte. Die Familie des Tschetschenen hatte 2007 in Frankreich Asyl beantragt.

Zwei Wochen später ermordete ein tunesischer [Moslem drei Menschen](#) in einer Kirche in Nizza. Er war erst wenige Tage vor seiner Tat illegal nach Frankreich eingereist.

Polizisten sind immer wieder Angriffsziel des Politischen Islams. Im Oktober 2019 erstach der [radikalisierte Moslem Mickael Harpon](#), der als Verwaltungsangestellter im Polizeihauptquartier in Paris arbeitete, vier seiner Kollegen mit einem Messer.

Im April 2017 tötete der in Frankreich geborene algerischstämmige [Moslem Karim Cheurfi](#) auf dem Pariser Champs-Élysées einen Beamten und verletzte zwei weitere. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ reklamierte die Tat für sich. Bereits 2003 hatte der Algerier versucht, drei Menschen zu töten, darunter zwei Polizisten, und dafür nur 5 Jahre Haft bekommen.

Im Juni 2016 erstach der pakistanischstämmige [Moslem Larossi Abballa](#) in Magnanville westlich von Paris einen Polizisten und dessen Lebensgefährtin, die im Innenministerium arbeitete. Abballa, der sich zuvor zum Islamischen Staat bekannte und wegen „Vorbereitung von Terroranschlägen“ vorbestraft war, skandierte bei seinen Morden „Allahu Akbar“.

Auch Soldaten sind das Ziel von Angriffen: Im Februar 2017 attackierte [ein radikaler Moslem](#) unter „Allahu Akbar“-Rufen mit einer Machete eine Militärpatrouille in der Nähe des Pariser Louvre-Museums und verletzte einen Soldaten schwer.

Im März 2017 [griff ein Moslem](#) eine Soldatin am Hauptstadtflughafen Orly an. Bevor er erschossen wurde, rief er, er wolle für „Allah“ sterben. Er hatte auch einen Behälter mit Kraftstoff bei sich, den er offensichtlich für seinen Anschlag nutzen wollte.

Im August 2017 hatte ein in [Mauretanien geborener Moslem](#) am Eiffelturm gegenüber einer Patrouille von Soldaten sein Messer gezückt und Allahu Akbar“ gerufen.

Ebenfalls im August fuhr im Pariser Vorort Levallois-Perret ein Moslem mit seinem Fahrzeug [in eine Gruppe Soldaten](#) und verletzte sechs, drei von ihnen schwer.

Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung wachse unter Frankreichs Sicherheitskräften [nun die Wut](#). Innenminister Gérald Darmanin, der aus einer algerischen moslemischen Familie stammt und den Politischen Islam bereits als den [„Todfeind der Republik“](#) bezeichnet hatte, nannte ihn nun als „die größte Gefahr“ für das Land. Er müssten nun endlich echte Kontrollen an den EU-Außengrenzen erfolgen.

Die Vorsitzende der Hauptstadtregion, Valérie Pécresse, forderte: *„Die Verbindung zwischen Terrorismus und Einwanderung darf nicht länger geleugnet werden.“*

Der Sprecher der Polizeigewerkschaft Alliance, Grégory Goupil, drückte es unmissverständlich aus:

„Wir wollen keine schönen Reden, sondern endlich wirksame Maßnahmen. Wir spüren den Hass auf uns Polizisten jeden Tag. Wir brauchen mehr Mittel, um unsere Sicherheit zu verbessern.“

Marine Le Pen, Vorsitzende der Partei Rassemblement National, forderte, die Einbürgerung von illegalen Einwanderern per Gesetz zu unterbinden. Solche Forderungen stoßen derzeit auf große Zustimmung, da die Sicherheitslage merklich angespannt ist.

An vielen sozialen Brennpunkten gebe es trotz der Corona-Ausgangsbeschränkungen Kleinkriege mit der Polizei, die es laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung selten in die Schlagzeilen schaffen würden. Kurz vor dem Terroranschlag auf die Polizistin seien Feuerwehrleute, die einen Brand in einer Schule in Lille löschen sollten, mit Feuerwerkskörpern angegriffen und an der Arbeit gehindert worden. In Tourcoing im Norden des Landes lieferten sich Jugendbanden seit mehreren Nächten Straßenschlachten mit der Polizei. Auch aus Plaisir in der Nähe von Paris und aus Aubenas an den Ausläufern des Zentralmassivs gebe es Meldungen von gewalttätigen Ausschreitungen und Brandstiftungen.

Der Unmut in der Polizei sei durch ein mildes Gerichtsurteil jetzt noch gewachsen. 2016 waren Polizisten [bei einem Brandanschlag](#) in der berühmten Vorstadt La Grande Borne im Süden von Paris nur knapp dem Tod entgangen. Sechzehn Jugendliche hatten an einer Straßenkreuzung Brandsätze in die Polizeiautos geworfen und die Beamten am Aussteigen gehindert. Vier Polizisten, darunter zwei Frauen, erlitten schwere Brandverletzungen.

Vergangene Woche aber sprach das zuständige Berufungsgericht in Paris acht Angeklagte frei, bei fünf in erster Instanz verurteilten Tätern wurde das Strafmaß gesenkt. Bei der Urteilsverkündung haben die Verurteilten die Freigesprochenen und die Polizisten tätlich angegriffen, es kam zu einer Schlägerei im Gerichtssaal.

Der Anwalt Thibault de Montbrial, der eine durch Brandverletzungen gezeichnete Polizistin verteidigte, beklagte das allgemeine Klima der Straflosigkeit. Der Rechtsstaat würde mit diesem Urteil seinen Untergang unterschreiben.

Genau in dieses Bild passt auch das folgende unfassbare Urteil: Die französische Jüdin Sarah Halimi war am 4. April 2017 [von einem Moslem aus Mali](#) unter „Allahu Akbar“-Rufen aus ihrer Pariser Wohnung im dritten Stock in den Tod gestürzt worden. Bereits im Dezember 2019 entschied ein Gericht, dass der Täter aufgrund seines Marihuana-

Konsums und daraus folgender Wahnvorstellungen schuldunfähig sei und ihm deswegen nicht der Prozess gemacht werden könne. Das oberste ordentliche Gericht lehnte eine Beschwerde dagegen nun am 14. April ab. Der Täter befindet sich derzeit in der Psychiatrie.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kritisierte diese Entscheidung: Es sollte einen nicht von strafrechtlicher Verantwortung entlasten, dass man Drogen nimmt und dann durchdreht. Er forderte das Justizministerium auf, so schnell wie möglich eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen.

Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums kommentierte deutlich:

„Man bekämpft Antisemitismus durch Bildung, eine Null-Toleranz-Politik und mit schweren Strafen. Das ist aber nicht die Botschaft, die von der Entscheidung dieses Gerichts ausgeht. Halimi ist eindeutig aus antisemitischen Gründen ermordet worden. Der abscheuliche Mord schadet nicht nur dem Opfer und dessen Familie, sondern dem Sicherheitsgefühl der gesamten jüdischen Gemeinde.“

Unterdessen warnen 20 Ex-Generäle [in einem Brandbrief](#) vor einem „Bürgerkrieg“ durch Linke und Islamisten. Die Gewalt steige von Tag zu Tag, es gebe keine Zeit mehr zu zögern, sonst würde ein Bürgerkrieg dem wachsenden Chaos ein Ende bereiten und die Zahl der Toten in die Tausende gehen.

Bezeichnenderweise steigt nun der Druck auf die Unterzeichner dieser Warnung. Es werden [harte Konsequenzen](#) und [scharfe Sanktionen](#) angedroht. Den zutiefst besorgten Militärs wird unter anderem unterstellt, sie hätten [einen „Putsch“ geplant](#).

Frankreich ist uns bei der Unterwanderung durch den Politischen Islam um einige Jahre voraus. Ein Blick dorthin sollte uns eine deutliche Warnung sein. Und ein dringender Appell, das [Verbot des Politischen Islams](#) intensiv anzugehen.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann [hier Mitglied werden](#).

<https://www.n-tv.de/politik/Rivalen-melden-Tod-von-Boko-Haram-Chef-article22601878.html>

MONTAG, 07. JUNI 2021

Bei Kampf in die Luft gesprengt? Rivalen melden Tod von Boko-Haram-Chef
Seit Jahren sorgt die Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria für Angst und Schrecken. Nun soll der Kopf der Dschihadisten tot sein. Nach Darstellung einer verfeindeten Miliz hat er sich bei einem Gefecht selbst in die Luft gesprengt

Der Anführer der Islamistengruppe Boko Haram, Abubakar Shekau, hat sich nach Angaben einer rivalisierenden Miliz im Kampf selbst getötet. Shekau habe sich bei Kämpfen im Sambisa-Wald im Bundesstaat Borno in die Luft gesprengt, teilte die Dschihadistengruppe

Islamischer Staat Provinz Westafrika (Iswap) am Sonntag in einer Audiobotschaft mit. Vor zwei Wochen hatte es Berichte über seinen Tod gegeben.

In der undatierten Audiobotschaft, die der AFP übergeben wurde, hieß es, Iswap-Kämpfer hätten Shekau in dessen Haus angegriffen. Der Boko-Haram-Anführer sei geflüchtet und habe sich fünf Tage lang mit Getreuen im Wald versteckt. Als ihn die Iswap-Kämpfer schließlich aufgespürt hätten, habe sich Shekau in die Luft gesprengt.

Lieber im Jenseits gedemütigt statt auf der Erde

Shekau habe es vorgezogen, "im Jenseits gedemütigt zu werden, anstatt auf der Erde gedemütigt zu werden", hieß es in der Audioaufnahme der Iswap-Miliz, auf der mutmaßlich die Stimme ihres Anführers Abu Musab Al-Barnawi zu hören ist. Die Audiobotschaft wurde von einer Quelle übergeben, die auch frühere Botschaften der Islamisten übermittelte.

Der Anführer der BokoHaram sei ein "großer Unruhestifter, Verfolger und zerstörerischer Führer der Nation" gewesen, hieß es weiter. "Das war jemand, der unvorstellbaren Terrorismus und Gräueltaten begangen hat." Wegen seiner Brutalität und Rücksichtslosigkeit hatten sich selbst radikale Islamisten von Shekau, dessen genaues Alter nicht bekannt war, distanziert.

Unter seiner Führung war BokoHaram auch für die Entführung von 276 Schülerinnen in Chibok im Jahr 2014 verantwortlich. Der Vorfall sorgte weltweit für Empörung. Shekau war in der Vergangenheit schon mehrfach für tot erklärt worden. Die jüngsten Meldungen wurden von BokoHaram zunächst nicht kommentiert. Die nigerianische Armee erklärte, sie prüfe die Angaben.

Shekau hatte die Führung der Extremistengruppe übernommen, nachdem Boko-Haram-Gründer Mohammed Yusuf 2009 vom Militär getötet worden war. Iswap, der westafrikanische Ableger der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS), hatte sich 2016 von der Gruppe BokoHaram abgespalten, die bereits seit 2009 gewaltsam für einen islamistischen Staat im Nordosten Nigerias kämpft. **Durch die Angriffe der Milizen und ihre Kämpfe mit der Armee wurden in den vergangenen Jahren mehr als 40.000 Menschen getötet, zwei Millionen weitere ergriffen die Flucht.**

Quelle: ntv.de, jpe/AFP

<https://philosophia-perennis.com/2021/06/13/sawsan-chebli-in-deutschland-leben-muslimische-kinder-24-7-mit-der-angst-von-rechten-ermordet-zu-werden/>

SawsanChebli: In Deutschland leben muslimische Kinder 24/7 mit der Angst, von Rechten ermordet zu werden!

Von

[Michael van Laack](#)

13. Juni 2021

(Michael van Laack) Für die „StaatssekretärfürAlles und Nichts“, die voreinigigenTagenausihrem Twitter-Winterschlaferwachtist, scheintvollkommenklar: In KanadawurdeeinemuslimischeFamilie von einemAutofahrergezieltgetötet. Somit ist auch das Leben muslimischer Kinder in Deutschland permanent bedroht. Der Fukushima-Effekt: In Japan explodieren AKWs, in Deutschland schafft man die Atomkraft ab. In Kanada wird eine muslimische Familie ermordet, in Deutschland droht ein neues Weimar.^



Sawsan ... · 16 Min.

Ein Mann überfährt in Kanada gezielt Muslime. Vier Menschen sterben. Es handelt sich um eine muslimische Familie, die ausgelöscht wurde. Nirgendwo sind Muslime sicher. Muslimische Kinder wachsen inzwischen mit dem Gefühl auf, dass sie jederzeit Ziel rechten Hasses sein können.

Es gibt da überhaupt nichts zu diskutieren. Die Tat in der kanadischen Provinz Ontario ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber der typische Reflex deutscher Muslime, die sich ohnehin in der Opferrolle wesentlich besser gefallen als in der Rolle der schweigenden Mehrheit bei Taten islamischer Mörder ist das genau so wenig. SawsanChebli freilich ist dafür bekannt, Morde, Totschläge und sonstige schwere Verbrechen (wie Vergewaltigungen) durch Mitglieder ihrer Community zu verharmlosen oder am besten zu beschweigen.

Lautes Schweigen bei Verbrechen muslimischer „Bürger“ ist obligatorisch. Bei Taten psychisch kranker „Deep State-Fans“ haben freilich sogleich alle Kirchenglocken zu läuten und den Moschee-Gemeinden ist ein lautstarkes Trauer-„AllahuAkhbar“ des Muezzins zu genehmigen. Bleibt dies samt öffentlichkeitswirksamer Selbstanklage deutscher Politiker und Inhaftungnahme der AfD aus, interpretieren Menschen wie Chebli das gern als Beweis dafür, dass immer noch vielen alten weißen Männern und Frauen der aus dem Kaiserreich ererbte Rassismus innewohnt, der zur germanischen Islamophobie mutiert sei.



Twitterschweigen wäre Gold, liebe Sawsan!

Deshalb zum Schluss ein persönliches Wort an meine Lieblingssozialdemokratin: Liebe Sawsan, geh in Dich und anschließend in einen weiteren Twitter-Sabbat. Du hast mit Deinen Tweets in den vergangenen Jahren schon genug zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen, als dass Du glauben könntest, mit kommentaren wie diesem Deiner eigentlichen Aufgabe auf den letzten Metern vor deiner Abberufung noch gerecht werden zu können: der Integration von Migranten und Flüchtlingen.

Denn dieser Tweet bestätigt lediglich: Das Einzige, was Du – auch wenn Du es vielleicht gar nicht einmal beabsichtigen solltest – zu säen imstande bist, ist auf der einen Seite Hass und Angst und auf der anderen die unselige Bestätigung von Ressentiments!

<https://www.n-tv.de/politik/Chef-von-Boko-Haram-ist-tot-article22624981.html>

DONNERSTAG, 17. JUNI 2021

Terrorgruppe bestätigt Chef von Boko Haram ist tot

2009 wird Abubakar Shekau Chef von Boko Haram. Unter seiner Führung töteten die islamistischen Terroristen rund 35.000 Menschen und zwingen Millionen zur Flucht. Immer wieder gibt es Gerüchte über eine Tötung von Shekau. Jetzt hat er sich wohl selbst das Leben genommen.

Die nigerianische Extremistengruppe Boko Haram hat den Tod ihres Anführers Abubakar Shekau bestätigt. In einem Video sagt der mutmaßliche neue Boko-Haram-Chef Bakura Modu, Shekau sei als "Märtyrer" gestorben. Er wirft der rivalisierenden Dschihadistenmiliz Islamischer Staat Provinz Westafrika (ISWAP) vor, Shekau getötet zu haben.

In dem kurzen Video präsentiert sich der auch unter dem Namen Sahaba bekannte Modu als neuer Anführer von Boko Haram. Das Video wurde der Nachrichtenagentur AFP von einer Quelle aus dem Umfeld von Boko Haram zugeleitet.

ISWAP-Chef Abu Musab Al-Barnawi hatte bereits Anfang des Monats in einer Audiobotschaft mitgeteilt, dass Shekau tot sei. Nach Darstellung Al-Barnawis beging Shekau auf der Flucht vor ISWAP-Kämpfern Suizid. Er habe sich bei Kämpfen in einem Wald im Bundesstaat Borno in die Luft gesprengt.

Der Anführer der Boko Haram sei ein "großer Unruhestifter, Verfolger und zerstörerischer Führer der Nation" gewesen, erklärte der ISWAP-Chef damals. "Das war jemand, der unvorstellbaren Terrorismus und Gräueltaten begangen hat." Wegen seiner extremen Brutalität hatten sich selbst radikale Islamisten von Shekau, dessen genaues Alter nicht bekannt war, distanziert. Unter seiner Führung hatte Boko Haram auch 276 Schülerinnen in Chibok im Jahr 2014 entführt. Der Vorfall sorgte weltweit für Empörung.

ISWAP spaltete sich 2016 von Boko Haram ab. Die seither mit Boko Haram rivalisierende Gruppe kritisierte Shekau dafür, dass er muslimische Zivilisten angreifen ließ und Frauen als Suizid-Attentäterin einsetzte. Zu den Zielen von Boko Haram gehören die Einführung der Scharia in ganz Nigeria und das Verbot westlicher Bildung. Berichte über einen angeblichen Tod von Shekau hatte es immer wieder gegeben, zuletzt 2016, als Nigerias Armee erklärte, er sei bei einem Luftangriff gestorben. Boko Haram bestätigte die Berichte damals nicht.

Quelle: ntv.de, ino/AFB

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/124692/Vier-Tote-bei-Angriffen-auf-Helfer-von-Polio-Impfkampagne-in-Afghanistan?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Vier Tote bei Angriffen auf Helfer von Polio-Impfkampagne in Afghanistan

Dienstag, 15. Juni 2021

Dschalalabad – Im Osten Afghanistans sind bei Angriffen auf Helfer einer Impfkampagne gegen Kinderlähmung heute mindestens vier Menschen getötet und vier weitere verletzt worden. „Sie waren dabei, Kinder gegen Polio zu impfen“, sagte Osman Taheri, Sprecher des Gesundheitsministeriums. Die Angriffe seien an drei verschiedenen Orten binnen zwei Stunden erfolgt.

Die Impfkampagne in der Provinz Nangarhar werde deshalb vorläufig ausgesetzt, sagte ein weiterer Vertreter der Gesundheitsbehörden. Bereits Ende März hatten bewaffnete Angreifer drei Helferinnen der Polio-Impfkampagne in der Provinzhauptstadt Dschalalabad getötet.

Ein Polizeisprecher in der Provinz Nangarhar bestätigte die neuen Angriffe. **Im Bezirk Chogjani wurden den Angaben zufolge zwei Impfhelfer getötet und einer verletzt. Zwei weitere wurden in Surchrod getötet. In Dschalalabad wurden drei Impfhelfer verletzt.**

Das Poliovirus löst Kinderlähmung aus. Es wird vorwiegend durch Schmierinfektionen übertragen und kann bleibende Lähmungen der Arme oder Beine verursachen oder sogar zu einer tödlichen Lähmung der Atemmuskulatur führen.

Die Krankheit wurde in den meisten Ländern ausgerottet, doch in Afghanistan und Pakistan, wo das Misstrauen gegenüber Impfstoffen weit verbreitet ist, werden immer wieder Fälle gemeldet. Gruppierungen wie die radikalislamischen Taliban verbreiten das Gerücht, dass Impfstoffe Teil einer westlichen Verschwörung seien, die darauf abziele, muslimische Kinder unfruchtbar zu machen. © afp/aerzteblatt.de

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mali-bundeswehr-soldaten-bei-schwerem-anschlag-angegriffen-a-7cd931aa-6cfc-43bb-9797-eefa413e0b00>

Uno-Mission in Mali

Schwerer Sprengstoffanschlag auf Bundeswehrsoldaten

Beim Bundeswehreinsatz in Mali hat es einen Anschlag auf deutsche Soldaten gegeben. Nach ersten Meldungen wurde durch ein mit Sprengstoff beladenes Auto fast ein Dutzend Soldaten verletzt, drei davon schwer.

Von Matthias Gebauer

25.06.2021, 12.42 Uhr

Beim Bundeswehreinsatz in Mali ist es zu einem schweren Angriff auf deutsche Soldaten gekommen. Nach SPIEGEL-Informationen wurde ein kleines Camp im Norden des Landes, das die deutschen Soldaten im Auftrag der Mission »Minusma« bei der Ortschaft Tarkint errichtet hatten, am Freitag von einem sprengstoffbeladenen Auto attackiert. Im Militärjargon spricht man von einem Anschlag mit einem sogenannten »vehicle-borne improvised explosive device« (VBIED).

Die SPIEGEL Gruppe ist nicht für den Inhalt verantwortlich.

Bei der Attacke auf die Bundeswehr wurde laut den ersten internen Meldungen der Truppe fast ein Dutzend deutscher Soldaten verletzt, drei davon offenbar schwer. Die am schwersten Verwundeten werden derzeit über das Nachbarland Niger nach Deutschland ausgeflogen.

Das Einsatzführungskommando in Potsdam bestätigte auf SPIEGEL-Anfrage, es habe »einen Vorfall im deutschen Einsatzkontingent« gegeben. Mehr Details könne man wegen des noch unklaren Lagebilds noch nicht mitteilen.

Bereits am Vortag gab es einen Anschlag

Die Attacke ereignete sich nach ersten Erkenntnissen am frühen Morgen gegen sieben Uhr Ortszeit gut 150 Kilometer nördlich des deutschen Camps nahe der Ortschaft Tarkint.

Offenbar hatten die Soldaten über Nacht eine sogenannte »Temporary Operating Base« (TOB) errichtet, da es bereits am Vortag bei der Begleitung malischer Soldaten zu einem

minder schweren Sprengstoffanschlag gekommen war. Dabei wurde ein Fahrzeug beschädigt.

In Berlin ist das Verteidigungsministerium wegen des Vorfalls alarmiert. Ressortchefin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) lässt sich minütlich über den Stand der Dinge unterrichten.

Von dem Lager in Gao schickt die Bundeswehr regelmäßig Aufklärungs-Patrouillen in die Region Gao und in die Gebiete südlich der Stadt. Die Patrouillen begleiten auch immer wieder malische Einheiten und Konvois.

Mit den Militärstreifen verdichtete die Bundeswehr ihr Lagebild über den Einfluss terroristischer und krimineller Gruppen, die rund um das Feldlager aktiv sind. Die Patrouillen bewegen sich in gegen Anschläge und Beschuss geschützten Fahrzeugen. Die Soldaten führen aber auch abgesetzt von den Fahrzeugen direkte Gespräche mit der Zivilbevölkerung. Rund tausend Bundeswehrsoldaten sind in Mali stationiert

Die Bundeswehr beteiligt sich seit mehreren Jahren an der Uno-Mission »Minusma«. Sie soll die Umsetzung eines zwischen den verschiedenen Ethnien in der Region ausgehandelten Friedensvertrags überwachen. Die Bundeswehr hat in Mali um die tausend Soldaten stationiert und ist gemeinsam mit anderen Nationen in einem riesigen Camp nahe dem Flugfeld von Gao untergebracht.

Der Anschlag verdeutlicht erneut die volatile Lage im Norden Malis, wo einerseits Tuareg-Stämme, aber auch terroristische Gruppen mit Verbindungen zu al-Qaida und der Terrormiliz »Islamischen Staat« (IS) um die Vorherrschaft und lukrative Schmuggelrouten kämpfen.

Die Uno-Mission hatte in den letzten Monaten ihren Bewegungsradius erweitert, um ein besseres Lagebild zu bekommen. Oft begleiten die unbewaffneten »Heron«-Drohnen der Bundeswehr die Patrouillen aus der Luft. Die Drohnen können die Lage am Boden allerdings nur beobachten. Deswegen fordert die Bundeswehr schon seit Jahren, dass auch bewaffnete Drohnen für den Einsatz in Mali beschafft werden. Dafür gibt es aber in der Großen Koalition keine Mehrheit.

https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Dieser-Mann-besiegt-die-USA-article22664950.html

DIENSTAG, 06. JULI 2021

Person derWoche Dieser Mann besiegt die USA

Von Wolfram Weimer

Nach dem Abzug der westlichen Truppen überrennen die radikalislamistischen Taliban weite Teile Afghanistans. Die USA wirken wie Verlierer, für die Afghanen beginnt das Grauen. Der brutale Religionsführer und Massenmörder Hibatullah Achundsada übernimmt die Macht - wer ist der Mann?

Die Taliban überrennen Afghanistan. Wo immer westliche Truppen in diesen Tagen abziehen, erstürmen radikalislamistische Milizen die Stellungen. Reihenweise fallen ihnen Militärbasen und Polizeistationen zu, viele Regierungssoldaten ergeben sich und liefern den Taliban Waffen und Fahrzeuge kampflos aus. Die aktuelle **Auswertung des "Long War Journal"** zeigt, dass die Taliban bereits 157 der 407 Distrikte Afghanistans beherrschen,

große Gebiete auch im Norden des Landes, wo die Bundeswehr stationiert war. Taliban-Kämpfer sind in die Städte Kundus, Faisabad, Masar-i-Scharif und Taloqan vorgedrungen. Nach heftigen Kämpfen mit den afghanischen Regierungstruppen haben die Taliban nun auch einen Schlüsselbezirk in ihrer ehemaligen Bastion Kandahar eingenommen. Eine Massenflucht der Zivilbevölkerung hat begonnen. Der Fall dieses Distrikts Panjwai erfolgte nur zwei Tage nach dem Abzug der US-Truppen vom Luftwaffenstützpunkt Bagram in der Nähe von Kabul, von dem aus die Amerikaner zwei Jahrzehnte lang die Operationen gegen die Taliban und ihre Al-Kaida-Verbündeten geleitet hatten. Panjwai ist nicht nur der Schlüssel zur Eroberung der Provinzhauptstadt Kandahar. Es hat für die Taliban auch eine hohe symbolische Bedeutung, denn ihr Anführer Hibatullah Achundsada stammt aus Panjwai. Achundsada ist der neue starke Mann Afghanistans. Er trägt den Titel "Emir-al-Momineen" (Befehlshaber der Gläubigen), trumpft dieser Tage als Glaubenskrieger auf und lässt die Weltöffentlichkeit in einer offiziellen Botschaft gönnerhaft wissen, die Taliban betrachteten den Abzug der ausländischen Truppen als "einen guten Schritt". "Leider hat die amerikanische Seite bisher wiederholt gegen das unterzeichnete Abkommen verstoßen und der Zivilbevölkerung enorme menschliche und materielle Verluste zugefügt", maßregelt Achundsada die Weltmacht und droht: Wenn die USA ihre Verpflichtungen nicht einhielten, sollten sie für die Folgen zur Rechenschaft gezogen werden. Achundsada bezieht sich auf die Entscheidung der Biden-Regierung, das finale Abzugsdatum auf den 11. September 2021 zu verschieben - den 20. Jahrestag der Al-Kaida-Terrorattacken auf Amerika.

Brutaler Hardliner

Achundsada und seine Milizen wollen nach dem Abzug der Amerikaner wieder ein islamisches Emirat mit Scharia und strikter Geschlechtertrennung gründen. Die Tage von Demokratie, Menschen-, Frauen- und Freiheitsrechten wären gezählt - 20 Jahre westlicher Militärpräsenz drohen damit grandios zu scheitern.

Achundsada gilt damit in der islamischen Welt als der Mann, der die USA besiegt hat. Er baut Tag für Tag mit neuen Eroberungen seine Machtbastion aus. Und viele Afghanen haben furchtbare Angst davor. Denn Achundsada eilt der Ruf eines brutalen Hardliners voraus. Zum Auftakt seines Eroberungszugs kam es zu einem perfiden Angriff auf eine Mädchenschule in Kabul mit 58 Todesopfern. Das Attentat wirkt wie eine drastische Schockbotschaft für das, was nun bevorsteht: brutale Unterdrückung, insbesondere von Frauen und Mädchen. Zunächst hatten die Attentäter eine Autobombe vor der Schule gezündet. Viele Schülerinnen liefen darauf in Panik aus dem Gebäude. Kurz danach wurden zwei weitere Sprengkörper zur Explosion gebracht, um möglichst viele Mädchen zu töten. Die US-Regierung sprach von einem barbarischen Anschlag, in einer Erklärung der deutschen Botschaft hieß es: "Kinder zu töten, ist ein Anschlag auf die Zukunft Afghanistans."

Mädchen die Schulbildung zu verweigern ist ebenso Taliban-Programm wie nicht-islamische Kulturgüter zu zerstören. So war Achundsada einer der Anführer, die 2001 die Buddha-Statuen der Weltkulturerbestätte Bamiyan hatten zerstören lassen. Mittlerweile ist Achundsada, Sohn eines Imams, 60 Jahre alt und seit zwei Jahrzehnten zunächst der theologische und jetzt der militärisch-politische Führer der Taliban. Er finanziert seine Truppen vor allem durch Drogenhandel. Zeitweise fungierte er im Taliban-System als erbarmungsloser oberster Richter der Scharia-Gerichte, er wird von den UN für Massaker mitverantwortlich gemacht, insbesondere gegen Angehörige der mehrheitlich schiitischen Hazara-Volksgruppe. Vertreter der Vereinten Nationen vergleichen die systematischen Massaker mit den ethnischen Säuberungen, die während des Bosnienkrieges stattgefunden haben.

"Achundsada zieht den Krieg dem Frieden vor"

Für den Westen, die NATO und die USA ist die rasante Machtübernahme der Taliban ein Desaster. Alle Bemühungen, nach jahrelangen Friedenseinsätzen das Land an eine zivile Regierung zu übergeben, drohen zu scheitern. Eine dauerhafte Teilung der Macht zwischen den verfeindeten Gruppen - "power sharing" schien der Schlüssel zum Frieden - sei sehr unwahrscheinlich, und die jüngsten Gebietsgewinne der Taliban deuteten auf eine gewaltsame Übernahme hin, sagte Madiha Afzal, eine Analystin der Brookings Institution in Washington, der Nachrichtenagentur Bloomberg.

Auch die UNO blickt mit Entsetzen auf die Taliban-Offensive. Die Zahl der zivilen Opfer sei schon im ersten Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 29 Prozent gestiegen, so **Deborah Lyons**, die oberste UN-Gesandte in Afghanistan vor dem Sicherheitsrat. "Die Aktionen auf dem Schlachtfeld sind weit größer als der Fortschritt am Verhandlungstisch", warnt sie.

Achundsadas Leben ist von Gewalt dominiert. Sein Sohn Abdur Rahman starb bei einem Selbstmordanschlag auf eine afghanische Militärbasis. Sein Bruder wurde im August 2019 von einer Bombe getötet. Er selbst überlebte einen Attentatsversuch durch den afghanischen Geheimdienst. Während einer seiner Vorlesungen stand eines Tages ein Mann unter den Studenten und richtete eine Pistole auf Achundsada aus nächster Nähe, doch die Waffe klemmte und er überlebte. Der pakistanische Sicherheitsanalyst Baschir Bisan beschreibt ihn so: "Achundsada zieht Krieg dem Frieden vor und das Töten dem Leben."

Das Amt des Talibanführers übernahm er am 25. Mai 2016 als Nachfolger von Mullah Akhtar Mansour. Mansour starb durch den Angriff einer US-Drohne auf sein Auto. Der Angriff war von US-Präsident Barack Obama genehmigt worden. Bis dahin war Achundsada Stellvertreter von Mansour. Angeblich hatte Mansour ihn in seinem Testament als seinen Nachfolger benannt. Doch die Berufung ist bis heute unter den Taliban-Anführern umstritten. Achundsada muss sich insbesondere der Konkurrenz von Mullah Yaqoob und Sirajuddin Haqqani erwehren. Um seine Macht zu sichern, kommt ihm die jetzige Rückeroberung Afghanistans gerade recht. Im Mai 2017 veröffentlichte Achundsada ein 122-seitiges Taliban-Handbuch, wie man den Dschihad zu führen habe. Darin kündigt er einen langfristigen Dschihad nach dem Abzug der westlichen Truppen bereits an: "Es ist falsch, wenn jemand sagt, dass der Dschihad sofort nach dem Weggang der Ungläubigen aufhören sollte." Und er macht in dem Buch auch klar, dass es "eine Sünde" sei, dem Führer nicht zu vertrauen; und wenn man den Anweisungen des Führers nicht folge, so sei das gleichbedeutend mit dem Ungehorsam gegenüber dem Propheten und Gott. Achundsada will nicht nur die Macht über Afghanistan, er fordert auch unbedingten Gehorsam.

Quelle: ntv.de

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/afghanistan-4-todesstrafen-nach-lynchmord-an-farkhunda-13577848.html>

LYNCH-URTEIL IN AFGHANISTAN:

Vier Todesstrafen und eine tote Heldin

VON FRIEDERIKE BÖGE-AKTUALISIERT AM 06.05.2015-13:13

Der brutale Mord an einer jungen Studentin wegen angeblicher Koranverbrennung hat die afghanische Gesellschaft aufgewühlt. Wie konnte so etwas trotz aller Aufklärungskampagnen passieren? Die Täter wurden jetzt verurteilt.

Im Gerichtssaal waren noch einmal die Videoaufnahmen des grauenhaften Lynchmordes gezeigt worden. Passanten hatten sie mit ihren Mobiltelefonen gemacht und ins Internet gestellt. Darauf war zu sehen, wie eine Horde junger Männer im Zentrum der afghanischen Hauptstadt Kabul eine halbe Stunde lang auf die Studentin Farkhunda eintraten und einschlugen. Wie sie ihren blutüberströmten Körper mit langen Holzbrettern malträtierten, wie einzelne Männer sich aus der

Menge lösten, der am Boden liegenden Frau gegen den Kopf traten und dabei jubelten. Wie das Opfer minutenlang immer wieder versuchte, auf die Täter einzureden, um ihnen zu erklären, dass sie zu Unrecht beschuldigt worden war, einen Koran verbrannt zu haben. Wie manche Polizisten dem Treiben teilnahmslos zusahen, während andere Polizisten das Opfer auf ein Dach manövierten, um es aus den Fängen seiner Mörder zu befreien, es dann aber geschehen ließen, dass die Frau sogleich wieder vom Dach gestoßen wurde. Wie schließlich einer der Täter mit seinem Auto über den leblosen Körper raste und andere ihn in Brand steckten und über die Brüstung ins Bett des fast trockenen Kabul-Flusses warfen.

49 Angeklagte standen vor Gericht, unter ihnen 19 Polizisten, die der unterlassenen Hilfeleistung beschuldigt wurden. Nach nur vier Tagen Verhandlung ergingen an diesem Mittwoch die Urteile: Vier der Beschuldigten wurden zum Tod durch den Strang verurteilt, acht weitere zu 16 Jahren Haft. 18 der Angeklagten wurden freigesprochen. Über die Schuld der Polizisten will das Gericht am Sonntag befinden.

Greuel zur besten Einkaufszeit

Der Mord an 28 Jahre alten Farchunda, die wie viele Afghanen keinen Nachnamen hatte, hat die afghanische Gesellschaft aufgewühlt wie nur wenige Verbrechen zuvor. Wie war es möglich, dass auf einem der belebtesten Plätze der Hauptstadt zur besten Einkaufszeit eine solche Greuelat geschehen konnte? Was offenbart sie über die Gewaltbereitschaft ganz normaler Bürger? Viele der Täter kommen aus der Mittelschicht und trugen westliche Kleidung. Und wie radikal-islamistisch ist die afghanische Gesellschaft 14 Jahre nach dem Sturz der Taliban und dem Beginn der westlichen Intervention, nachdem Milliarden Dollar in Bildungs- und Aufklärungskampagnen, an liberale Medien und Frauenorganisationen geflossen sind?

Wochenlang rangen Aktivisten der Zivilgesellschaft und ultrakonservative Geistliche um die Deutungshoheit über Farchundas Schicksal. Denn beide Seiten reklamieren sie als Heldin und Vorkämpferin für sich. Anfangs hatten mehrere Imame die Täter in ihren Freitagspredigten sogar noch in Schutz genommen oder als Verteidiger des Islams gelobt, weil es zunächst geheißen hatte, Farchunda habe einen Koran verbrannt und sei deshalb getötet worden. Doch nach Ermittlungen der Polizei und einer Untersuchung des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten ergab sich ein ganz anderes Bild: Demnach war Farchunda eine tiefreligiöse Studentin des Islamischen Rechts, die sich gegen abergläubische Praktiken engagierte.

Von der Koranschänderin zur orthodoxen Hardlinerin

In dem Heiligenschrein, vor dem sie gelyncht wurde, betrieben selbsternannte Mullahs und Heiler einen florierenden Handel mit Zetteln, auf die sie Koranverse kritzeln und als Talisman gegen Krankheit, Unglück und Unfruchtbarkeit verkauften. Farchunda soll regelmäßig hierhergekommen sein, um gegen diese in Afghanistan weitverbreitete Praxis anzugehen. Augenzeugen berichteten, der Verwalter des Schreins habe die junge Frau aus Angst um seine Einnahmequellen fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt. Da die Studentin zudem keine afghanische Burqa, sondern einen arabischen Vollschleier trug und sich nach Angaben ihrer Familie einer orthodoxen Richtung des Islams verschrieben hatte, gilt sie nun auch unter Afghanistans Hardlinern als Vorbild.

Frauenrechtlerinnen und Aktivisten für Meinungsfreiheit sehen in dem Lynchmord dagegen einen weiteren Beleg für ein Klima der Intoleranz und Verachtung für westliche Werte und die Rechte von Frauen. Große symbolische Wirkung hatte die Beerdigung Farchundas, bei der Frauenrechtlerinnen den Sarg trugen – ein Akt, der in Afghanistan sonst nur Männern vorbehalten ist. Bei zahlreichen Demonstrationen trugen die Aktivisten zudem Masken mit dem Foto des blutverschmierten Gesichtes Farchundas, das kurz vor ihrem Tod aufgenommen worden war.

Das ikonische Bild wurde tausendfach in den sozialen Netzwerken weiterverbreitet und gerann zum Symbol für die unbeschreibliche Brutalität der Mörder. All das setzte die afghanischen Ermittlungs- und Justizbehörden unter hohem Druck, die Täter schnell festzunehmen und zu verurteilen.

Menschenrechtler kritisierten das Verfahren, in dem Geständnisse nach Angaben einiger Betroffener durch Folter erpresst worden sein sollen. Der Fall dürfte nun in die Revision gehen.

<https://www.pi-news.net/2021/08/die-13-vom-islamischen-staat-getoeteten-us-soldaten-sind-helden/>

Die 13 vom Islamischen Staat getöteten US-Soldaten sind Helden

31. August 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 26. August sprengte sich ein Selbstmordattentäter des Islamischen Staates-Khorasan am Flughafen Kabul in die Luft. Er tötete 182 Menschen, darunter 13 US-Soldaten. Junge Menschen, die meisten zwischen 20 und 23 Jahre alt, die brutal aus ihrem Leben gerissen wurden. Im Video (*oben*) sind sie zu sehen.

Die 23-jährige Unteroffizierin Nicole Gee hielt fünf Tage vor dem Anschlag fürsorglich ein afghanisches Baby im Arm. KareemNikoui (20) hatte einen Tag vor seiner brutalen Ermordung seinen Eltern ein Video geschickt, in dem er am Flughafen von Kabul mit afghanischen Kindern spricht und ihnen Süßigkeiten schenkt. RyleeMcCollum (20) wäre in drei Wochen zum ersten Mal Vater geworden, er hatte gerade erst geheiratet. Im Video ist auch ihr Mörder vom Islamischen Staat zu sehen.

Die Bild-Zeitung hat ihren Artikel über die getöteten US-Soldaten zutreffend „[Ihr seid Helden](#)“ betitelt. Sie standen stellvertretend für den Einsatz des Westens für Freiheit, Demokratie, Frauenrechte. Ihre grausame Ermordung zeigt auf, wie kompromisslos diese Ideologie Politischer Islam gegen all diese Werte steht. Für die Dschihadisten zählen nur die von ihrem Gott Allah erlassenen Gesetze, die in einem islamischen Kalifat konsequent umgesetzt werden müssen.

Der Tod der dreizehn Amerikaner sollte endlich in den Köpfen der verantwortlichen Politiker die Erkenntnis reifen lassen, dass diese Ideologie unverzüglich tabulos kritisiert und letztlich umfassend entschärft werden muss. Wenn die vielen Kampf-, Kriegs-, Gewalt- und Tötungsbefehle des Korans nicht für ungültig erklärt werden, werden wir in eine noch schlimmere Apokalypse von Terror-Anschlägen hineingezogen. Europa wird auch sein 9/11 erleben, denn Afghanistan dürfte bald ein Terror-Nest werden, das seine knallharte Ideologie wieder exportieren wird. Der Irak könnte eines der nächsten Übernahmeziele sein, aber Europa ist selbstverständlich im Visier der Gotteskrieger. Und die Sympathisanten dieser Ideologie leben mitten unter uns, denn der Politische Islam ist ein fester Bestandteil des Gesamtkonstruktes Islam und ist durch das Vorleben des Propheten Mohammed in seiner Ausführung detailliert festgelegt.

Daher gibt es auch weltweit keine einzige Demonstration von Moslems gegen die Übernahme Afghanistans durch die Taliban. Da dies exakt der Ideologie des Politischen Islams entspricht. Wären irgendwo Mohammed-Karikaturen gezeigt worden, hätte es weltweit hunderte Protest-Demonstrationen gegeben. Alleine das zeigt schon, wie intensiv das Gedankengut von Taliban & Co in vielen Köpfen von Moslems weltweit verankert ist.

Wenn der Tod der 13 Amerikaner einen Sinn haben soll, dann der, dass die Aufklärungsarbeit über diese brandgefährliche Ideologie weiter vorankommt. In der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ist zumindest ein kleiner

Fortschritt zu beobachten. Es scheint sich in der Sprachregelung so langsam durchzusetzen, dass Taliban & Co eine strikte Auslegung des Islam betreiben, wie es die Tagesschau am 16. August in den 20-Uhr-Hauptnachrichten einem Millionenpublikum vermittelte:

Der Islamische Staat orientiert sich in dieser strikten Auslegung noch genauer an den Vorgaben des Korans und des Propheten. Die Tagesschau [meldete am 27.](#)

[August:](#)

*Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ bekannte sich inzwischen zu dem blutigen Anschlag. Der IS in Afghanistan agiert unabhängig von den Taliban und tritt für eine noch **extremere Auslegung des Islam** ein.*

Wichtig ist, dass der falsche Begriff „Islamismus“ offensichtlich kaum mehr verwendet wird, was ein weiterer Lichtblick ist. Ebenfalls am 27. August kam von der Tagesschau, dass ein weiterer Unterschied zwischen dem Islamischen Staat und den Taliban in der Auffassung über den weltweiten Export des Terrors besteht:

Für den IS sind die Taliban nicht radikal genug und werden deshalb von ihm bekämpft. Ein weiterer Akteur in der Region ist Al Kaida: Auch diese Terrororganisation operiert weiterhin in Afghanistan und steht in einem Spannungs- und Wettbewerbsverhältnis sowohl zum IS als auch zu den Taliban. Tatsächlich sieht es danach aus, dass die Taliban aktuell kein Interesse daran haben, dass von Afghanistan aus Terror „exportiert“ wird, um die Konsolidierung ihrer Machtübernahme in Afghanistan nicht durch neuerliche westliche Interventionen zu gefährden. Sobald die Taliban Afghanistan aber unter ihre Kontrolle gebracht haben, dürften sie ihr Land wieder als Ausbildungslager für Terroristen zur Verfügung stellen. Die Geschichte wird sich dann wiederholen – wenn der Tod der 13 US-Soldaten nicht für einen Weckruf sorgt.

Ein Lichtblick hierzu kommt aus Österreich, wo Kanzler Sebastian Kurz im Kampf gegen den Politischen Islam für ein Verbot der Scharia eintritt. Beim Parteitag der ÖVP am vergangenen Samstag, bei dem Kurz mit einer Zustimmung von 99,4 % als Vorsitzender wiedergewählt wurde, ist ein Leitantrag verabschiedet worden, der sich als Vision für die politische Arbeit der kommenden Jahre verstehe. [Der Standard berichtet:](#)

Das Papier gibt einen harten Migrationskurs vor. So wird etwa gefordert, dass Sozialleistungen an die Integration geknüpft werden. Deutsch- und Wertekurse sollen ausgebaut werden. Im Kampf gegen den politischen Islam will die ÖVP ein dezidiertes Scharia-Verbot.

Österreich ist für einen solchen Kanzler zu beneiden. Wir haben bei diesem Thema in Deutschland leider nur die Auswahl zwischen Pest und Cholera.

Die 13 US-Soldaten würden eher in Frieden ruhen können, wenn ihr Tod wenigstens etwas bewirken würde. Wir werden weiterhin beständig darauf drängen, dass sich etwas bewegt.

Michael Stürzenberger [PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN:HU70117753795954288500000000, BIC:OTPVHUHB. Oder [bei Patreon](#).

<http://www.pi-news.net/2021/09/20-jahre-9-11-hamburg-als-operationsbasis-was-wusste-scholz/>

20 Jahre 9/11: Hamburg als Operationsbasis – Was wusste Scholz?

11. September 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | An diesem Samstag jährt sich der bisher größte Terror-Anschlag des Politischen Islams zum zwanzigsten Mal. Auf vielen TV-Sendern liefen in der vergangenen Woche Dokumentationen, die das verheerende Geschehen aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten. **Dass sich das wichtigste Planungszentrum und die Operationsbasis für diesen barbarischen Anschlag auf Zivilisation, Demokratie und Freiheit unbehelligt in Hamburg befand, ist bezeichnend für die Blindheit deutscher Politiker und Sicherheitsbehörden gegenüber den Gefahren des Politischen Islams. Teil dieses geradezu vorsätzlichen Wegschauens ist auch der damalige Hamburger Innensenator Olaf Scholz, der zwei Wochen vor der Bundestagswahl gute Chancen hat, neuer Bundeskanzler zu werden.**

Ungestört trafen sich drei der vier Terror-Piloten zusammen mit dutzenden Unterstützern in der Hamburger Al-Quds-Moschee und spornten sich zusammen mit weiteren radikalen Moslems zu diesem Anschlag an. Als diese Tatsachen nach 9/11 bekannt wurden, brauchte Hamburg weitere neun Jahre, um dieses [Terrornest endlich zu schließen](#). Kein Wunder, dass der laut Verfassungsschutz [„weisungsgebundene Außenposten“](#) und das „bedeutende Propagandazentrum“ des Mullah-Regimes der Islamischen Republik Iran, das Islamische Zentrum Hamburg, ebenfalls von der rot-grünen Hamburger Regierung toleriert und gefördert wird. So ist dieses IZH in den Staatsvertrag eingebunden, den man mit moslemischen Verbänden in der Hansestadt geschlossen hat. Ebenfalls kein Wunder, dass zwei der derzeit fünf Verfahren, die gegen mich wegen Kritik am Politischen Islam laufen, von Hamburg aus geführt werden.

Knapp 3000 Menschen wurden am 11. September 2001 getötet. In den beiden Türmen des World Trade Centers, im Pentagon und in dem von heldenhaften Passagieren zum Absturz gebrachten vierten Flugzeug in Pennsylvania, das sonst entweder ins Capitol oder ins Weiße Haus in Washington gesteuert worden wäre. Und das Sterben geht unaufhörlich weiter: **zigtausende der 100.000 Helfer wurden krank durch das Einatmen von Asbest, Glasfasern, Dioxine, Blei und Schwefelsäure im Staub von einer Million Tonnen Schutt an der Einsturzstelle. Tag für Tag sterben viele weiterhin nach und nach an Krebs. Inzwischen werden alleine 68 verschiedene Krebsarten auf die [„9/11“-Gifte zurückgeführt](#).**

Ein Bestandteil dieses Staubes waren auch die pulverisierten Überreste der Menschen, die von einstürzenden Türmen getötet wurden. Und aus Hamburg werde ich jetzt tatsächlich auch für meine Verwendung des Begriffs „pulverisiert“ angeklagt! Ich hätte damit die „Ehre Hinterbliebener“ und den „postmortalen Achtungsanspruch der Verstorbenen“ verletzt. Dies sei nach Einschätzung der Polizeibehörde Hamburg eine „abwertende Rede über Tote“ und eine „Pietätsverletzung“. Aus Sicht der Polizeibehörde könnten durch diese

„spöttischen Formulierungen“ die Tatbestände des § 189 StGB (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) oder des § 168 StGB (Störung der Totenruhe) verwirklicht sein, da ich diese Begriffe bewusst genutzt hätte, um ein „Pikiert-Sein herbeizurufen“, das wiederum die durch mich „beabsichtigte Aufstachelung gegen den Islam“ zum Ziel habe. Es wird deutlich, wie geradezu händeringend man in Hamburg auf der Suche nach angeblichen Tatbeständen ist, für die man mich vor Gericht zerren kann.

Ein kleiner Tipp an die eifrigen Ankläger von Polizei und Staatsanwaltschaft in Hamburg: Der Spiegel macht sich auch „schuldig“, den „postmortalen Achtungsanspruch der Verstorbenen“ zu verletzen: „Mediziner suchen 1124 Opfer [im Knochenpulver](#)“. Ebenso die Welt: „Die meisten Opfer verbrannten, [lösten sich zu Staub auf](#)“.

Hinsichtlich einer etwaigen Tatbestandsverwirklichung § 189 und § 168 StGB bedürfe es dann aber noch einer weiteren Prüfung durch die Staatsanwaltschaft. Da sind wir dann aber mal gespannt, wie die Hamburger Staatsjuristen das bewerten. **Der Staatsanwalt, der die Anklage in einem anderen Verfahren in Hamburg gegen mich führt, sagte mir in der Verhandlung allen Ernstes „Ist Ihnen klar, dass Sie aus einem 1400 Jahre alten Buch zitieren“, als ich über die Gefährlichkeit von Koranbefehlen sprach. Solche Angestellten der Staatsjustiz in Hamburg haben offensichtlich nicht die blasseste Ahnung von der Bedrohung, die vom zeitlos gültigen Koran und dem Politischen Islam ausgeht. Und dieses totale faktische Unwissen scheint in diesen Kreisen in Hamburg weit verbreitet zu sein. Olaf Scholz war damals als Innensenator verantwortlich für die Sicherheit in Hamburg. Aber er zeigte sich sogar ein Jahr nach den Anschlägen noch als unwissend über das Terrorzentrum, das sich mitten in seiner Stadt befand und zu dem Zeitpunkt immer noch fortbestand. In der ZDF-Dokumentation [„9/11 – Verschwörung in Hamburg – Die Geheimnisse der Terrorzelle“](#) wird aufgezeigt, wie bedeutsam die Hansestadt für die Vorbereitung und Durchführung dieses Anschlags war. Olaf Scholz (Foto oben Screenshot aus ZDF-Doku) ist darin in einem Interview aus dem Jahre 2002 zu sehen (ab Minute 38:30):**

„Ich habe ohnehin in der ganzen Situation nach dem 11. September sehr deutlich festgestellt, dass die Voraussetzung für den Erfolg der Gruppe, die hier tätig gewesen ist, wohl gewesen ist, dass es eben keine große Gemeinschaft von militanten Extremisten gegeben hat. Das wäre dann nämlich aufgefallen, denn wenn es eine große Szene gibt, dann müssen die miteinander reden, telefonieren, Vereinigungen und Veranstaltungen haben. Und dann kann man sie auch besser identifizieren, als wenn es nur ganz wenige sind.“

So eine Aussage fast ein Jahr nach den Anschlägen ist eine sicherheitspolitische Bankrotterklärung. Bereits wenige Tage nach 9/11 war klar, dass in Hamburg ein dichtes Netz von terrorbereiten radikalen Moslems am Werke war. Treffpunkte waren die Dschihadisten-WG in der Marienstraße 54 im Stadtteil Harburg, die „Islam AG“ mit einem „Gebetsraum“ in der Technischen Universität Hamburg und die Al-Quds-Moschee im Stadtteil St. Georg. Das Netz der direkt in den Anschlag vom 11. September eingebunden Aktivisten in Hamburg ist groß, wie die ZDF-Doku aufzeigt:

Dazu gesellte sich ein Umfeld von 23 weiteren radikalen Moslems, die in der Terror-WG Marienstraße gemeldet waren und sich als Finanziere, Organisatoren, Logistiker und Statthalter betätigten. Hamburg war auch laut ZDF die „Operationsbasis“ für 9/11. All diese Erkenntnisse, die die

Sicherheitsbehörden sehr schnell zusammenfügten, leugnete Olaf Scholz in der Öffentlichkeit:

„Nein, die Gefahr ist nicht unterschätzt worden, auch jetzt ergibt sich eigentlich, dass Hamburg eine Stadt ist, in der man nicht damit rechnen muss, dass es sehr viel islamistischen Extremismus gibt.“

So jemand als Bundeskanzler könnte ein Sicherheitsrisiko für unser Land werden. **Die Islam-Verharmlosungs-Doktrin, die von linken Medien und Politikern schon damals ins Volk gehämmert wurde, zeigt sich auch bei der in Hamburg lebenden deutschen Mutter des Terrorpiloten Said Bahaji. Anneliese Bahaji wird in der ZDF-Doku mit dieser Interviewaussage über ihren Sohn zitiert:**

„In keiner Weise ist er gewaltbereit gewesen. Das lag so fern. Er war sehr religiös eingestellt. Aber das vereinbart sich ja nicht miteinander.“

Merke: Islam bedeutet Frieden. Gewalt und Terror haben nichts mit dem Islam zu tun. Der Islam gehört zu Deutschland. Diese pausenlos verbreitete Gehirnwäsche wirkt bei vielen Menschen. Sie glauben es und werden blind. Und viele linke Politiker ziehen diese islamverharmlosende Linie aus ideologischen Grundüberzeugungen durch.

Auf diese Weise läuft das im von Rot-Grün mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit regierten Hamburg: Erst beherbergt man das maßgebliche Terrornest für 9/11, dann drückt man in der Verfolgung der geistigen Urheber jahrelang beide Augen zu, rollt radikalen Moslems des Politischen Islams weiterhin den roten Teppich aus und kriminalisiert dann noch diejenigen, die über die ideologische Grundlage des Terrors aufklären.

So wird mir vorgeworfen, dass ich in einer Rede am 7. November 2018 die Gegend um den Hamburger Hauptbahnhof als „islamisch besetzte Zone“ bezeichnete. Dies sei „Volksverhetzung“. Aber genau diese Beobachtung wurde durch den pakistanischstämmigen Journalisten Shams-Ul-Haq bestätigt, der nur einen Monat nach meiner Rede am 8.12.2018 [in der Hamburger Morgenpost](#) in dem Artikel „Autor undercover in Hamburgs Moscheen – Islamisten tanzen uns auf der Nase herum“ schreibt:

„Hinterm Hamburger Hauptbahnhof gibt es eine bemerkenswerte Dichte an Moscheen. Mindestens 20 islamische Gebetshäuser sind dort dicht beieinander. Meist handelt es sich bei diesen Moscheen offiziell um Kulturvereine. Darüber hinaus wird noch in etlichen Hinterzimmern und Wohnungen gepredigt, die nirgendwo als Gebetshäuser registriert sind. Ich habe viele der radikalen Moscheen in der Hansestadt besucht. Das Ergebnis: Sogar schon kleine Kinder werden im Islamunterricht systematisch mit salafistischen Gedanken infiziert. All das geschieht, ohne dass die breite Öffentlichkeit davon Kenntnis nimmt. Das ist beunruhigend.

Welche Bedeutung Hamburg in der Szene hat, war lange völlig unbekannt. Dann kam der 11. September 2001. Die Nachricht, dass Mohamed Atta und seine Mitstreiter eine Wohnung in der Marienstraße in Harburg bewohnten, dass sie allesamt in Hamburg radikalisiert worden sind, schockte die Öffentlichkeit. Seither überrascht es niemanden mehr, dass es sich bei Hamburg um einen islamistischen Hotspot handelt.“

Aber ich wurde wegen angeblicher „Volksverhetzung“ verurteilt. Berufung läuft natürlich. Hamburg ist auf dem besten Wege, nicht nur als Operationsbasis für 9/11 „Weltruhm“ erlangt zu haben, sondern auch als Bekämpfer der Aufklärung über den Politischen Islam in der allerersten Reihe zu stehen.

Der Weg zu 9/11 war lang und breit. Bereits 1993 wollte Al-Qaida die Türme des World Trade Centers zum Einsturz bringen. Die Dschihadisten brachten einen LKW mit 600 Kilogramm Sprengstoff in der Tiefgarage des Nordturms zur Explosion. Ziel war, den Nordturm auf den Südturm

stürzen zu lassen, damit es bis zu 100.000 Tote in Manhattan gibt. Aber es war zu wenig Sprengstoff, und er war nicht ideal platziert. Daher gab es „nur“ sechs Tote und über 1000 Verletzte. 1998 wurden fast zeitgleich die US-Botschaften in Nairobi, Kenia und Daressalam, Tansania in die Luft gesprengt. Insgesamt waren 224 Tote und über 4000 Verletzte zu beklagen. 2000 wollte Al-Qaida zehn Flugzeuge gleichzeitig entführen, der Plan wurde vereitelt. Dann folgte mit 9/11 die Krönung aller Terror-Bestrebungen von Bin Laden & Co gegen die USA. Die Bürgerbewegung Pax Europa hat diesen langen Weg zu 9/11 [in einem Video](#) dokumentiert.

All diese Anschläge waren Teil des [20-Jahres-Planes](#) der Al-Qaida. Osama Bin Laden verhiess den Mitgliedern seiner 1987 gegründeten Al-Qaida genau das, was auch der Prophet Mohammed seinen Gefolgsleuten versprach:

„Wer sich als Märtyrer im Dschihad opfert, wird im Paradies mit 72 Jungfrauen belohnt“.

Dem folgten selbst gebildete und studierte Moslems wie Mohammed Atta, Ziad Samir Jarrah und Marwan al-Shehhi. Die Anleitungen Bin Ladens zum Kampf gegen die USA wurden in seiner 20-seitigen Broschüre „Die Gründe für den Dschihad gegen Amerika“ auch in Hamburger Kreisen radikaler Moslems verteilt. Dies war die ideologische Grundlage, um sich im Sinne des Politischen Islams als Selbstmordattentäter gegen die USA einzusetzen. Direkt nach den Anschlägen dankte Osama bin Laden Allah für die erfolgreiche Durchführung und sagte, in der ZDF-Doku in Wort und Bild festgehalten:

Die Muslimbrüder, 1928 gegründet, haben [diese Dschihad-Ideologie](#) des Propheten Mohammed verinnerlicht und umfassend auf der Welt verbreitet. Und die Saat ist weiter mitten unter uns. **Innenminister Horst Seehofer gab am Freitag bekannt, dass die Sicherheitsbehörden seit 2000 insgesamt [23 schwere Terroranschläge](#) in Deutschland verhindern konnten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält rund 2.000 radikale Moslems in Deutschland für besonders gefährlich und traut ihnen potenziell Terror bis hin zu Anschlägen zu.** Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan befeuert diese Szene zudem.

Solange der Politische Islam und die Scharia nicht verboten werden, geht dieser Terror unaufhörlich weiter. Bis es auch ein 9/11 in Europa gibt.

Michael Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN:HU70117753795954288500000000, BIC:OTPVHUHB. Oder [bei Patreon](#).

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/127081/9-11-Angriffe-Mehr-Tote-durch-Spaetfolgen-als-durch-Anschlaege?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

9/11-Angriffe: Mehr Tote durch Spätfolgen als durch Anschläge

Mittwoch, 8. September 2021

New York – Die Zahl der Toten durch Spätfolgen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA übersteigt offenbar die Zahl der Opfer am Tag des Angriffs. Das teilte heute der Verwalter des Fonds mit, der nach den Angriffen zur Entschädigung der Opfer aufgelegt wurde. Demnach wurden 3.900 Entschädigungsanträge im Namen von bereits Verstorbenen gestellt.

Den Angaben zufolge sind seit 2011 mehr als 67.000 Anträge von Menschen eingegangen, die sich am 11. September in der Nähe eines der Anschlagorte befanden und in der Folge erkrankten. In den meisten Fällen handelt es sich um Menschen, die in der Nähe des World Trade Centers lebten oder arbeiteten, als die Türme einstürzten.

Durch den Einsturz hatte sich eine Wolke giftiger Dämpfe über das gesamte Viertel von New York gelegt. Viele Anwohner und Einsatzkräfte erkrankten später an Krebs.

Bei dem Anschlag waren zwei entführte Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers gesteuert worden. Ein weiteres Flugzeug stürzte in Virginia ins Pentagon und eine vierte Maschine krachte in ein Waldgebiet in Pennsylvania. Fast 3.000 Menschen starben insgesamt.

Kurz darauf wurde ein Entschädigungsfonds für Angehörige und Überlebende eingerichtet. 2011 wurde dieser Fonds gesetzlich neu aufgelegt und auf neue Zielgruppen ausgedehnt, nachdem sich insbesondere bei Feuerwehrleuten und Helfern Krebserkrankungen häuften. 2019 wurde die Laufzeit bis 2090 verlängert.

Nach Angaben der Fondsgesellschaft erhielten bislang über 40.000 Menschen knapp neun Milliarden Dollar. © afp/aerzteblatt.de

Themen: USA

Der Politische Islam tötet!

Europa 2015 - 2019: Berlin, Nizza, Manchester, Paris, London, Stockholm, Madrid, Brüssel, ...

40 Terroranschläge
393 Tote
1216 Verletzte

Ursache: Befehle zum Jihad im Koran	Ziele: Tötung möglichst vieler Nichtmoslems Zerstörung der Demokratie Errichtung eines islamischen Gottesstaates
---	--

Quelle: www.lageschau.de/lebensfinder/hintergrund/islamistischer-terror
Bundesamt für Verfassungsschutz - Übersicht ausgewählter islamistisch-terroristischer Anschläge

BPE
PAX EUROPA

<https://philosophia-perennis.com/2021/10/29/dschihadistischer-voelkermord-an-christen-in-nigeria-verschaerft-sich/>

Dschihadistischer Völkermord an Christen in Nigeria verschärft sich

Von

David Berger

29. Oktober 2021

Was **mehrere** internationale **Beobachter** seit Jahren als „**reinen Völkermord**“ an Christen in Nigeria bezeichnen, hat eine neue Dimension erreicht. Ein Gastbeitrag von **Raymond Ibrahim**.

Seit der islamische Aufstand im Juli 2009 ernsthaft begann – zuerst durch BokoHaram, eine islamistische Terrororganisation, und später durch die Fulani, die muslimische Hirten sind, die ebenfalls radikalisiert und von der dschihadistischen Ideologie motiviert sind – wurden mehr als 60.000 Christen ermordet oder bei Razzien entführt. Die entführten Christen sind nie in ihre Häuser zurückgekehrt und ihre Angehörigen glauben, dass sie tot sind. Darüber hinaus wurden im gleichen Zeitraum etwa 20.000 Kirchen und christliche Schulen angezündet und zerstört. Nicht weniger als 43.000 „christliche Todesfälle“

Einige dieser Tatbestände sind in einem **Bericht** der Internationalen Gesellschaft für bürgerliche Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit vom 4. August 2021, auch bekannt als „Intersociety“, einer gemeinnützigen Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Nigeria, dokumentiert. Obwohl der gesamte Bericht lesenswert ist, folgen einige bemerkenswerte Auszüge:

„Die Gesamtzahl der ‚direkten‘ christlichen Todesfälle ... von Juli 2009 bis Juli 2021 ... wird von unabhängiger Seite auf nicht weniger als 43.000 geschätzt Die Morde sind auf die Verbreitung des radikalen Islamismus in Nigeria zurückzuführen...“

„Die islamischen Dschihadisten und ihr ‚Esprit de Dschihad‘ in den nigerianischen Sicherheitskräften sind für mindestens [zusätzliche] 18.500 christliche Todesfälle verantwortlich, die auf das Verschwindenlassen zurückzuführen sind, oder für diejenigen, die entführt wurden und höchstwahrscheinlich nicht lebend zurückkehren werden... Während die meisten der von Dschihadisten in Nigeria entführten Muslime später bedingungslos in ihre Familien entlassen werden, werden die meisten ihrer christlichen Kollegen in Gefangenschaft getötet oder gewaltsam zum Islam konvertiert...“

Die ganze Palette der Grausamkeiten

„Zu den Gräueltaten der Dschihadisten, die sich hauptsächlich gegen Christen richten... gehören: Massaker, Tötungen, Verstümmelungen, Aufschlitzen von Kehlen und Gebärmutter, Enthauptungen, Folter, Entführungen, Geiselnahmen, Vergewaltigungen, Befleckungen von Mädchen, Zwangsheiraten, Verschwindenlassen, Erpressungen,

gewaltsame Bekehrungen und Zerstörung oder Verbrennung von Häusern und Zentren der heiligen Anbetung und des Lernens sowie gewaltsame Besetzung von Ackerland, Zerstörung und gewaltsame Ernte von landwirtschaftlichen Nutzpflanzen und andere international verbotene Handlungen...

„In den letzten zwölf Jahren... wurden mindestens 17.500 Kirchen und 2.000 christliche Schulen und andere Lernzentren von den Dschihadisten angegriffen und ganz oder teilweise zerstört, niedergebrannt oder dem Erdboden gleichgemacht. In den letzten sieben Monaten des Jahres 2021 ist beispielsweise die Zahl der bedrohten oder angegriffenen und zerstörten oder niedergebrannten Kirchen auf über 300 gestiegen....

„In denselben letzten zwölf Jahren wurde auch von unabhängiger Seite festgestellt, dass nicht weniger als 30 Millionen Christen vor allem in Nordnigeria [wo eine muslimische Mehrheit lebt] und ihre ethnische Religion bedroht waren und zehn Millionen von ihnen heimatlos gemacht wurden, sechs Millionen aus ihren Häusern oder geopolitischen Orten zum fliehen gezwungen wurden, um zu vermeiden, dass sie zu Tode gehackt werden und wo über vier Millionen zu Binnenvertriebenen [Internal DisplacedPersons] wurden...“

Obwohl der letzte Monat, der in den Berichtszeitraum von Intersociety aufgenommen wurde, der Juli 2021 war, gehen die Massaker und Gräueltaten seitdem unerbittlich weiter. Einige Beispiele nur vom August 2021 sind:

In einem Gebiet des Bundesstaates Plateau töteten Fulani-Terroristen in den ersten drei Augustwochen „70 Christen, vertrieben 30.000 weitere und brannten 500 Häuser [und 1.000 Bauernhöfe] nieder“, laut einem [Bericht](#) vom 25 August. Davidson Malison, ein lokaler christlicher Führer aus einem der betroffenen Gebiete, [klagte](#):

„Uns als Nation und Volk sind unaufhörliche Tränen in die Augen gelaufen. Der Terror, der von Fulani-Hirten über die Christen in Irigwe entfesselt wird, hält unvermindert an und dies ohne Anzeichen von Reue oder Bedauern.“

Völkermord unter Aufsicht der Sicherheitsbehörden

ReverendRonku Aka, ein weiterer Führer der christlichen Gemeinde von Irigwe, [hielt fest](#):

„Während die Fulani-Hirten meine Gemeinden angriffen, waren die Soldaten und andere Sicherheitsagenten in der Nähe. Als die Fulani-Invasoren die Angriffe durchführten, erwarteten wir, dass sie sich den Invasoren stellen und die Zerstörung stoppen würden, doch das ist nicht geschehen.“

Als Aka die Soldaten mit ihrer Untätigkeit konfrontierte, [antworteten sie](#), dass sie „keinen Befehl erhalten [hätten], die Angreifer abzuwehren“.

ElishiDatiri, ein weiterer christlicher Führer in der Region, dessen Herde in dieser Runde des Dschihad abgeschlachtet wurde, [erklärte](#) die Situation, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen:

„Leider werden dieses Blutbad, der Völkermord und die mutwillige Zerstörung von Eigentum direkt unter den Augen des Sicherheitspersonals begangen, für das die Regierung Milliarden von Steuergeldern ausgibt, um Leben und Eigentum aller Nigerianer zu schützen. Das Militär kollaboriert in vielen Fällen mit den Fulanis, um diese heimtückischen Handlungen durchzuführen. Die direkte Beteiligung des Militärs an der Zerstörung von Ackerland und Eigentum von Christen hat viele Male zu vielen Petitionen, Pressekonferenzen / -mitteilungen und in einigen Fällen zu physischen Demonstrationen der christlichen Gemeinden

geführt, die den Abzug des Militärs fordern ... Es gibt einen anhaltenden Angriff auf Christen, der von den Fulanis vorangetrieben und von den Sicherheitsbehörden unterstützt wird, die die Verantwortung tragen, Leben und Eigentum zu schützen ... Wir möchten mit tiefer Besorgnis die inakzeptable Plünderung unseres Landes unter der direkten Aufsicht konstituierter Behörden mit der Verantwortung zur Wahrung und Hochhaltung aller Rechte der Menschen, wie sie in der nigerianischen Verfassung verankert sind, zur Kenntnis geben.“

Einem anderen Bericht vom 30. August zufolge ermordeten die islamischen Hirten während mehrerer Razzien im nigerianischen Bundesstaat Kadu im Laufe des Monats August weitere 36 Christen – oft unter eindeutig islamischen Schlachtrufen wie „Allahu Akbar“, ohne dass die Behörden eingeschritten wären.

„Noch nie eine bösartigere Regierung gesehen“

Während der Beerdigung von 17 dieser Christen hat Rev. Jacob Kwashi, ein anglikanischer Bischof, der in den letzten Wochen und Monaten viele andere Beerdigungen für ermordete Christen geleitet hatte, seine Zunge gelöst: „Wir haben in diesem Land noch nie eine bösartigere Regierung gesehen wie die heutige. Die Regierung unterstützt das Blutvergießen in Nigeria voll und ganz. Wir werden getötet, nur weil wir keine Muslime sind. Diese bösen Fulani-Dschihadisten genießen die Unterstützung der Regierung, Menschen zu töten, ihre Häuser und ihr Ackerland zu zerstören, doch wenn wir versuchen, uns zu verteidigen, verhaftet die Regierung unsere Leute. Was ist das für eine Gerechtigkeit?“

In der Nacht zum 24. August drangen in Jos Nord, Bundesstaat Plateau, „dschihadistische Fulani-Hirten“ in ein weiteres christliches Dorf ein, wo sie einem anderen Bericht zufolge „von Haus zu Haus gingen und Bewohner töteten“. Als sie fertig waren, lagen 37 weitere Christen ermordet am Boden.

In den Morgenstunden des 3. August überfielen Fulani-Terroristen vier weitere Dörfer mit christlicher Mehrheit, töteten zwischen 22 und 27 Menschen, zündeten Hunderte von Häusern an und zerstörten systematisch die Ernte und das Getreide des Bauerndorfes. Im Gespräch über diesen Angriff sagte Jonathan Asake, ein ehemaliges Mitglied des nigerianischen Repräsentantenhauses:

„Es gibt einen anhaltenden Völkermord im Süden von Kaduna, der gegen die indigene christliche Bevölkerung gerichtet ist, und das Ziel ist es, uns zu zwingen oder einzuschüchtern, unseren Glauben aufzugeben oder unser angestammtes Land für die bewaffneten Hirten zu verlassen. Einige der angegriffenen Dörfer... wurde in den letzten sechs Jahren mindestens dreimal angegriffen, wobei Massengräber, in denen Dutzende begraben wurden, Zeugnis für das, was wir sagen, ablegen. Keine einzige Kirche oder Schule ist stehen geblieben. In all den Jahren wurde kein einziger Hirte festgenommen. Es ist bedauerlich, dass während die Regierung des Bundesstaates Kaduna und die Bundesregierung so tun, als wären sie blind dafür, der Rest der Welt, insbesondere die westlichen Medien, glauben, dass unser Leben keine Nachricht wert ist.“

Regierungsbehörden beginnen mit Abriss der Kirchen

Am 5. August zerstörten Regierungsbehörden eine Kirche in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno im Norden Nigerias, die mehrheitlich muslimisch ist. Der Sohn des Pastors, Ezekiel Bitrus Tumba, 29, wurde erschossen, weil er versucht hatte, einzugreifen und den Abriss seiner Kirche zu verhindern. Am Sonntag, dem 8. August,

versammelten sich Christen um die Ruinen ihrer Kirche und hielten Gottesdienst. Ein Christ schrieb auf Facebook: „Sie haben das Gebäude abgerissen, weil sie dachten, es sei die Kirche. [Doch] die Kirche ist für immer unaufhaltsam und unzerstörbar.“

Möglicherweise als Reaktion darauf wurden vier weitere örtliche christliche Kirchen **abgerissen**, alle unter dem Vorwand, dass sie keine entsprechenden Genehmigungen besäßen, die im mehrheitlich muslimischen Bundesstaat Borno fast unmöglich zu bekommen sind. Ein christlicher Führer vor Ort **bemerkte**:

„Wenn Sie eine Kirche bauen wollen, werden sie Ihnen keine Genehmigung geben, weil die Regierung jeden [feuern] wird, der ein Dokument zum Bau einer Kirche vorschlägt/unterzeichnet.“

Laut einem anderen **Bericht** vom 10. August:

„Sunnitische muslimische Fulani-Hirten drangen in das christliche Waisenhaus in Miango, Nigeria ein und brannten jedes Gebäude nieder. Die 147 Kinder und das Personal wurden wenige Stunden vor dem Anschlag vom 2. August 2021 evakuiert. Die Kinder waren bei früheren Anschlägen von sunnitischen muslimischen Terroristen wie BokoHaram zu Waisen gemacht worden.

„Während Fulani-Hirten in die Gebiete von Miago und Jos vordrangen, zerstörten sie 500 Häuser, 5 Kirchen und töteten 68 Christen. Viele wurden verwundet. Das nigerianische Gesetz verbietet jedem, in Nigeria eine Schusswaffe zu besitzen, aber seltsamerweise besaßen die Fulani Waffen genau wie die der Armee.“

Muslime behaupten, das habe alles mit Religion nichts zu tun

Die Regierung unter Präsident **MuhammaduBuhari** bestreitet natürlich jegliches Fehlverhalten. Sie besteht auch seit langem darauf, dass keiner dieser Morde etwas mit Religion zu tun hat – weder mit dem muslimischen Glauben der Fulani-Täter noch mit dem christlichen Glauben ihrer getöteten Opfer. Vielmehr sind Gewalt und Blutvergießen nach Angaben der nigerianischen Regierung ein Nebenprodukt von Landstreitigkeiten, Armut und Ungleichheit.

Obwohl die westlichen Mainstream-Medien – und eine beliebige Anzahl **westlicher Politiker** – dieses Narrativ nur zu gerne wiederholen und einen in Wirklichkeit vom Dschihadismus angeheizten Völkermord an Christen als Nebenprodukt von wirtschaftlichen Problemen präsentieren, lassen sich nur wenige nigerianische Christen täuschen.

„Da die Regierung und ihre Apologeten behaupten, dass die Morde keinen religiösen Unterton haben“, fragte einmal die Christliche Vereinigung Nigerias, „warum zielen die Terroristen und Hirten auf die überwiegend christlichen Gemeinschaften und christlichen Führer ab?“

Die Christliche Vereinigung Nigerias hat außerdem **gefragt**:

„Wie kann es ein [säkularer oder ökonomischer] Zusammenstoß sein, wenn eine Gruppe [Muslime] beharrlich angreift, tötet, verstümmelt, zerstört und die andere Gruppe [Christen] beharrlich getötet, verstümmelt und ihre Kultstätten zerstört werden?“

Mit den **Worten** von Schwester Monica Chikwe, einer Nonne der HospitalerSistersof Mercy:

„Es ist schwer, nigerianischen Christen zu sagen, dass dies kein religiöser Konflikt ist, da sie Fulani-Kämpfer sehen, die ganz in Schwarz gekleidet sind und ‚Allahu Akbar!‘ und ‚Tod den Christen‘ brüllen.“

*

Raymond Ibrahim, Autor des kürzlich erschienenen Buches **SwordandScimitar** („Schwert und Krummsäbel“), ist Distinguished Senior

Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum. Beim Gatestone Institut ist sein Beitrag zuerst erschienen. Übersetzung Daniel Heiniger.

https://www.focus.de/panorama/welt/in-dueren-razzia-gegen-islamisten-clique-eduard-k-scharre-neue-dschihad-generation-um-sich_id_24378571.html

"Neue Dschihad-Generation entsteht" Im Wald übten Eduard K. (22) und seine jungen Eiferer schon den "heiligen Krieg"

FOCUS-Online-Reporter Axel Spilcker

Samstag, 30.10.2021, 18:51

Das Schaubild in den Räumen des Staatsschutzes der Kölner Polizei glich einem Stern. Über ein Jahr lang hatten die Ermittler im Präsidium alle brisanten Kontakte einer Islamisten-Gruppe aus Düren zur gewaltbereiten Extremistenszene in Deutschland und halb Westeuropa zusammengetragen.

Die Verbindungslinien zu Dschihadisten in zahlreichen anderen Bundesländern erinnerten an einen großen Himmelskörper. Die aufwändigen Nachforschungen der Ermittlungsgruppe (EG) „Stern“ förderten ein besorgniserregendes Bild zu Tage.

Nach FOCUS-Online-Informationen hatte sich in Düren offenbar eine militante Szene radikal-islamischer Salafisten rund um den 22-jährigen Konvertiten Eduard K. gebildet. Die siebenköpfige Kerntruppe junger Eiferer trainierte für den Kampf gegen die Ungläubigen (Kuffar). Observationsteams beobachteten die mutmaßlichen Sympathisanten der Terror-Miliz „Islamischer Staat“ (IS) bei zwei Übungen in einem Waldstück bei Düren.

Trainingsanleitungen aus IS-Anschlagsvideos

Gezielt warfen die jungen Männer Ende November 2020 Äxte in Bäume oder maßen sich im Messerkampf. Die Trainingsanleitungen sollen aus IS-Anschlagsvideos stammen.

Kilometerlange Märsche und das Übernachten in der kalten Wildnis standen ebenfalls auf dem Programm. Beinahe täglich trafen sich die Verdächtigen im Alter zwischen 16 und 22 in einer Garage in Düren.

Neben Box- und Schießtraining mit einer Schreckschusspistole legten die Salafisten ihren Teppich aus, um zu beten. Anschließend schwärmte die Radikalen-Riege über den „Heiligen Krieg gegen die Kuffar“. Dort soll der islamistische Gefährder Eduard K. das Leben in einem Kalifat nach der Sharia (islamische Gesetzessammlung), angepriesen haben. Ahnungslos, dass heimlich installierte Kameras und Mikrofone alles aufnahmen, spielte man Hardcore-Nasheeds (islamische Gesänge) über den Dschihad ab.

Razzia in Niedersachsen und NRW

Am Donnerstagmorgen schlug die EG „Stern“ im Auftrag der landesweiten Schwerpunktabteilung gegen Terrorismus der Düsseldorfer Generalstaatsanwaltschaft zu. 330 Polizeibeamte durchsuchten Objekte in Düren, gleichzeitig durchleuchteten niedersächsische Kollegen die Räume zweier einschlägig bekannter Extremisten in Salzgitter. Auf Grund von Querverbindungen zur Dürener Zelle seien „Mobiltelefone und Datenträger sichergestellt worden“, teilte ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Celle mit.

Gegen die Beschuldigten aus NRW und Niedersachsen ermitteln die Strafverfolger wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Bei einem der Beschuldigten fand sich ein Live-Video über das Training mit der Axt auf seinem Handy.

Neue Dschihad-Generation

Der Fall belegt aus Sicht des Leitenden Kölner Kriminaldirektors Klaus-Stephan Becker einmal mehr, „dass derzeit eine neue Dschihad-Generation hierzulande entsteht.“ Mit Blick auf die Razzia in Düren

oder den geplanten Anschlag durch einen 16-jährige Syrer in Hagen konstatiert Becker, „dass die Akteure immer jünger werden, die Szene hat kein Nachwuchsproblem“.

Zudem hätten Erfolge der Taliban in Afghanistan die Szene geradezu aufgestachelt. Ähnlich wie bei der Migrationswelle 2015 aus Syrien und dem Irak fürchtet der Kölner Kripo-Chef, dass Terroristen über den neuerlichen Flüchtlingsstrom vom Hindukusch unentdeckt nach Deutschland einsickern könnten. „Das islamistische Terrorisiko ist noch nicht vorbei“, betont Becker. Zumal die Nachforschungen der Kölner Polizei gegen die Dürener Gruppe ein riesiges Islamisten-Netzwerk enthüllten, in dem zahlreiche Protagonisten unter Terrorverdacht stehen.

Islamisten-Netzwerk
Die Geschichte begann im Jahr 2019. Seinerzeit hatte die Kölner Polizei vier Verdächtige aus Düren im Zuge der Gefahrenabwehr für zwei Wochen im Langzeitgewahrsam festgesetzt. Zwei von ihnen arbeiteten seinerzeit auf einer Baustelle in der Kölner City. Belauschte Telefonate legten den Verdacht nahe, dass man ein Attentat in der Innenstadt beabsichtigte. So gab es Treffen mit einer hessischen Extremisten-Truppe, die einen Autobombenanschlag geplant haben soll. Die Staatsschützer fürchteten, dass die Kölner Lichter oder der Christopher Street Day das Ziel sein könnten.

Zu den festgesetzten Islamisten aus Düren zählte auch Eduard K. Nachdem die Vier wieder freikamen, weil sich der Verdacht nicht erhärten ließ, avancierte der deutsche Konvertit in Düren zu einer charismatischen Figur. Mit 17 auf dem Gymnasium zum Islam übergetreten, spielte er den Erkenntnissen zufolge Ende 2019/Anfang 2020 eine führende Rolle, neue Anhänger zu gewinnen. Alarmiert stellte der Aachener Staatsschutz fest, dass der Kreis um K. bis zum Frühling 2020 etwa 30 Jugendliche und junge Männer mit der Salafisten-Ideologie indoktrinierte. Der jüngste Rekrut war gerade einmal 15 Jahre alt.

Deutscher Konvertit Eduard K.

Eduard K. gerierte sich als Experte in islamischen Glaubensfragen, parlierte die Koran-Suren auf arabisch und setzte zu Hause ein erzreaktionäres Regiment durch. Seine Frau durfte nur vollverschleiert aus dem Haus, schuldete ihm unbedingten Gehorsam. Selbst, wenn es die Fenster zu putzen galt, musste sie Handschuhe tragen, damit niemand von außen ihre Haut sehen konnte.

Auch knüpfte die Dürener Zelle zahlreiche Beziehungen zum Who is Who der westeuropäischen islamisch-terroristischen Garde: Zur tadschikischen Terror-Connection Takim etwa, deren Mitglieder sich derzeit vor dem Düsseldorfer Staatsschutzsenat wegen einem Mordversuch gegen einen Islam-Kritiker oder Anschlagpläne mit Drohnenbomben auf US-Militärstützpunkte verantworten müssen.

Hochbrisanter Islamisten-Zirkel

Bereits im Sommer 2020 exerzierten Mitglieder der Dürener Gruppe mit islamistischen Gefährdern aus dem Raum Braunschweig/Salzgitter Messerattacken. Auch hier führt die Spur in einen hochbrisanten Zirkel: Einer der niedersächsischen Protagonisten stand fünf Jahre zuvor im Mittelpunkt von Terrorwarnungen, die zur Absage des Länderspiels gegen die Niederlande in Hannover führte. Die Linien auf dem Schaubild des gewaltbereiten Netzwerks nahmen zu.

Bei den Nachforschungen gegen die Dürener Verdächtigen nutzten die Kölner Ermittler alle verdeckten Maßnahmen, die Richter möglich machten: Telefone wurden angezapft, Autos und Wohnungen verwantzt, Überwachungskameras installiert und die regen Reisebewegungen auch über internationale Grenzen hinweg beobachtet.

Dabei registrierten die Ermittler Verbindungen zu den militanten Milieus in Hamburg, Berlin, Ludwigshafen oder nach Ostdeutschland. Stets kamen die Dürener mit bekannten Dschihadisten zusammen. So etwa mit hessischen Radikalen, die im Verdacht standen, das Radrennen rund um den Henniger Turm für ihre Attacken zu benutzen.

Salafisten-Community

Oft ging es ins Ausland: Zur Extremistenszene nach Brüssel, Lüttich oder ins belgische Verviers, nach Wien, Graz oder zur berüchtigten Salafisten-Community ins schweizerische Winterthur.

Im Oktober 2020 stellte sich hoher Besuch aus der Alpenrepublik ein. Mit einem weiteren Mitstreiter kam der eidgenössische Besar D. zu den „Brüdern“ nach Düren. Bis heute wissen die rheinischen Strafverfolger nicht, was den Islamisten in den Aachener Raum führte.

Fakt ist, dass der Besucher in das Wiener Attentat vom 2. November mit vier Toten und 22 Verletzten involviert sein soll und kurz nach dem Terrorakt in Haft ging.

Dürener Fall

Längst wurde der Dürener Fall im bundesweiten Gemeinsamen Terrorzentrum (GTAZ) in Berlin behandelt. Seit dem Versagen der Sicherheitsbehörden im Fall des Berliner Attentäters Anis Amri reagiert die deutsche Terrorabwehr besonders sensibel, wenn es um die Aufklärung einer derart gut vernetzten Islamisten-Clique ging, die immer wieder vom IS und dem Dschihad schwärmte.

Im Frühjahr 2021 sprachen die GTAZ-Experten noch von einem Top-Fall. Dann aber tat sich nichts Nennenswertes mehr. Die Kampfübungen wurden eingestellt, man verhielt sich auffällig ruhig. Somit ist noch unklar, ob die Dürener Beschuldigten bereits konkrete Anschlägepläne verfolgten. Durch die Razzia und die Auswertung beschlagnahmter Handys und Datenträger erhoffen sich die Behörden nun Antworten.

FOCUS-Online-Interview mit Herbert Reul

Im Interview mit FOCUS Online äußert sich NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zu der Razzia in Düren.

Herbert Reul (CDU) Innenminister von Nordrhein-Westfalen, äußert sich auf einer Pressekonferenz. Oliver Berg/dpa Herbert Reul (CDU) Innenminister von Nordrhein-Westfalen, äußert sich auf einer Pressekonferenz.

FOCUS Online: Herr Minister Reul, wie schätzen Sie die Razzia gegen die Dürener Islamistengruppierung ein ?

Herbert Reul: Da muss man vorsichtig sein, da die Ermittlungen in diesem Fall noch laufen. Klar ist, dass die Anschlaggefahr in Deutschland und in NRW unverändert groß ist. Der Fall in Düren zeigt, dass man diese Szene sehr ernst nehmen muss. Wenn da Menschen unterwegs waren, die eine Islamisten-Gruppe gebildet und Kampftrainings durchgeführt haben, die diverse Kontakte ins islamistisch-terroristische Spektrum innerhalb Deutschlands und im Ausland hatten, dann ist das schon besorgniserregend.

Und auch, wenn wir am Ende keine konkreten Hinweise auf einen geplanten Anschlag finden sollten, dann war es trotzdem gut, dass der polizeiliche Staatsschutz eingeschritten ist. Wir handeln bevor es zu spät und sind hier äußerst wachsam.

Derzeit wird meist über die Terrorgefahr durch Rechts- und Linksextremisten gesprochen, ist darüber die gewaltbereite Islamisten-Szene in Vergessenheit geraten?

Reul: Für uns stellen alle drei Felder ernstzunehmende Bedrohungen dar. Zwar ist die Zahl militanter Linksextremisten nicht ganz so groß, aber die Qualität ist ernst zu nehmen. Bei den Rechtsextremisten stellen wir eine deutliche Zunahme gerade unter jungen gewaltbereiten Männern fest, beim Islamismus handelt es sich oft um gefährliche Einzeltäter; nicht selten haben sie sich im Internet radikalisiert. Der Hagener Fall, bei dem ein 16-jähriger Jugendlicher einen Sprengstoffanschlag auf die örtliche Synagoge verüben wollte, ist das Muster schlechthin. Der Tatverdächtige wurde über soziale Netzwerke von einem Mentor in den Bau einer Bombe eingewiesen. Wir können froh sein, dass unsere Sicherheitsbehörden sorgfältig aufpassen, und uns auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten hilft, geplante Attentate zu verhindern. Deshalb ist diesmal zum Glück nichts passiert, aber ich will auch nicht verschweigen, dass jederzeit etwas geschehen könnte.

"Manchmal auch ein Stück Zufall"

Dass die Behörden den Hagener Anschlagplaner verhindert haben, war reiner Zufall muss einem dies nicht zu denken geben?

Reul: Mittlerweile ist es recht einfach, sich mit ein paar Klicks eine Anleitung zum Bau eines Sprengkörpers aus dem Netz herunterzuladen. In diesem Fall war es ja auch so, dass der Beschuldigte keine Probleme hatte, einen Experten aus dem Ausland zu finden, der ihn in der Herstellung unterrichtet hat.

Das ist sicher manchmal auch ein Stück Zufall, dass die hiesigen Behörden darauf aufmerksam werden und eingreifen. Gleichzeitig profitieren wir immer wieder von der ausgezeichneten Zusammenarbeit aller Akteure; man ist im ständigen Austausch, das hilft ungemein. Am Ende kann man die Vorbereitung solcher Taten angesichts der Flut der Chats und Bewegungen im Netz allerdings nicht völlig unterbinden.

<https://www.pi-news.net/2021/12/auto-attentaeter-von-wisconsin-ein-nation-of-islam-anhaenger/>

Auto-Attentäter von Wisconsin ein „Nation of Islam“-Anhänger?

21. Dezember 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Vor genau einem Monat fuhr in der Kleinstadt Waukesha im US-Bundesstaat Wisconsin der farbige Darrel Brooks mit seinem roten SUV vorsätzlich in eine vorweihnachtliche Straßenparade und tötete dabei sechs Menschen, darunter einen achtjährigen Jungen. Über 60 Menschen verletzte er, 20 davon schwer.

Während sich in deutschen Medien das Framing absurderweise **darauf beschränkte, dass „ein Auto in eine Menschenmenge fuhr“ und sogar von einem „Unfall“ **berichtet wurde**, wobei der Fahrer angeblich „**auf der Flucht**“ vor was auch immer gewesen sein soll, erfuhr man in US-Medien, was sich **wirklich abgespielt** hatte. Jenseits des linksgrünen Wunschdenkens, bei dem es natürlich nicht sein darf, dass ein Farbiger mit Absicht in einen fröhlichen Weihnachtsumzug rast und dabei **ausschließlich weiße Menschen tötet**.**

Der 39-jährige Darrel Brooks begann **seine kriminelle „Karriere“** bereits mit 17, als er wegen schwerer und vorsätzlicher Körperverletzung eine dreijährige Bewährungsstrafe erhielt. Aber bereits 2002 und 2003 wurde er wegen diverser Vergehen erneut straffällig, so dass er im Gefängnis landete. 2005 zog er nach Nevada und vergewaltigte ein minderjähriges Mädchen, das daraufhin schwanger wurde. Obwohl ihm ein Kontaktverbot zu dem Mädchen auferlegt wurde, rief er sie mit einer gestohlenen Telefonkarte an und belästigte sie an einer Bushaltestelle. So landete er wieder im Gefängnis, aber nur für 129 Tage. Brooks wurde daraufhin in Nevada offiziell als Sexualstraftäter registriert.

Zwischen 2009 und 2011 saß Brooks wegen einer Reihe von Verbrechen im Gefängnis, darunter Widerstand gegen Beamte, Strangulation und versuchte Erstickung. Während einer Verkehrskontrolle sprang ein Polizist aus Milwaukee in Brooks' Auto, aus Angst, er würde überfahren, denn Brooks fuhr einfach los, während der Polizist mit ihm sprach. Im Auto rang der Beamte um die Kontrolle über das Lenkrad. Schließlich gelang es ihm, das Auto zu stoppen und die Schlüssel abzuziehen. Brooks rannte davon und versteckte sich in einem Kinderspielhaus, wo er aufgegriffen und in Gewahrsam genommen wurde. Ein kleiner Vorgeschmack auf das, was Brooks später noch mit seinem Auto anrichten würde.

2016 wurde Brooks erneut festgenommen, weil er sich nicht als Sexualstraftäter registriert hatte. Im Juli 2020 feuerte er während eines Streits um ein Handy mit einer Waffe auf seinen Neffen. Die Beamten fanden bei Brooks eine gestohlene Beretta 9-mm-Pistole und eine durchsichtige Plastiktüte mit drei mehrfarbigen Methamphetamin-Drogenpillen darin.

Er wurde in zwei Fällen wegen rücksichtsloser Gefährdung der Sicherheit zweiten Grades und des Gebrauchs einer gefährlichen Waffe angeklagt und angewiesen,

sich von seinem Neffen und seiner Mutter fernzuhalten. Brooks drohten 10 Jahre Haft wegen des Verbrechens. Aber als das Gericht ihm aufgrund eines Rückstands an Fällen und COVID-19-bedingten Verzögerungen kein schnelles Verfahren garantieren konnte, wurde er im Februar 2021 freigelassen. Gegen eine lächerlich niedrige Kautions von 500 Dollar – ein verhängnisvoller Fehler der Gutmenschen-Justiz.

Anschließend ging Brooks nach Georgia, wo er etwas mehr als drei Monate nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wegen familiärer Gewalt festgenommen wurde.

Von dort kehrte er nach Wisconsin zurück, wo seine Vorliebe für Gewalt wieder aufkeimte, als er seine Ex-Freundin im Motel angriff und ihr das Handy aus der Hand schlug. Dann verfolgte er sie mit seinem Ford Escape, als sie zu fliehen versuchte. Er holte sie an einer Tankstelle ein und forderte sie auf, in sein Auto zu steigen. Als sie sich weigerte, schlug er ihr ins Gesicht und überfuhr sie dann mit seinem Fahrzeug, wobei die Frau Verletzungen im Gesicht davontrug. Ihre Lippe war angeschwollen, sie hatte Blut im Gesicht und Reifenspuren am linken Hosenbein. Das nächste Warnzeichen, was Brooks mit seinem Auto anzurichten gewillt ist.

Die Ex-Freundin berichtete später der Polizei, dass Brooks ihr mehrmals gedroht hatte, sie zu töten, und zuvor versucht hatte, sie zu ersticken. Der Grund: Eifersucht und Kontroll-Versuche.

Brooks wurde wegen rücksichtsloser Gefährdung der Sicherheit und ordnungswidrigem Verhalten angeklagt, erhielt jedoch eine „unangemessen niedrige“ Kautions von nur 1.000 US-Dollar. Der Bezirksstaatsanwalt ließ ihn frei, eine erneut verhängnisvolle Fehlentscheidung, die nur drei Wochen später sechs Menschenleben kostete und zu schwerwiegenden Verletzungen von 60 weiteren Menschen führte.

Kurz bevor Brooks in die Weihnachtsparade raste, hatte er eine weitere „häusliche Auseinandersetzung“ mit seiner Ex-Freundin. Als Brooks daraufhin vermutlich wutschnaubend wegfuhr, steuerte er auf die Weihnachtsparade zu, durchbrach Barrikaden und pflügte sich durch die Teilnehmer der Veranstaltung. Er soll dabei „keine Emotionen im Gesicht“ gehabt haben, wie die Polizei mitteilte. Seine Fahrweise habe keinen Zweifel daran gelassen, dass er absichtlich Menschen umfuhr.

Von all dem hat man in deutschen Medien nichts erfahren. Sobald klar war, dass es ein farbiger Täter war, klinkte sich die Gutmenschen-Presse aus. Keine Frage, was los gewesen wäre, wenn ein weißer Rassist in eine Freudenfeier von Schwarzen hineingerast wäre und dabei getötet hätte: tagelange Sondersendungen rund um die Uhr, Verurteilung von Rassismus und Rechtsextremismus in 24-Stunden-Dauerschleifen. Aber so: Schweigen im Walde.

Doch es geht noch weiter, und da setzt auch das Video-Gespräch mit dem Islam-Experten Irfan Peci (*oben*) an: Offensichtlich hatte Brooks über die „FivePercent Nation“-Bewegung eine Verbindung zur „Nation of Islam“.

Die freie Journalistin Laura Loomer untersuchte die Veröffentlichungen von Darrel Brooks in den sozialen Medien und sicherte sie, bevor dessen Seiten abgeschaltet wurden. Brooks hatte eine Vielzahl von entlarvenden Inhalten gepostet, unter anderem Rassismus gegen Weiße und Verehrung von Malcom X, dem langjährigen Aushängeschild der „Nation of Islam“, sowie der Bewegung „FivePercent Nation“ die sich auch als eine Art schwarz-moslemische Elite ansieht. Loomer titelt [ihren aufsehenerregenden Artikel](#):

„Exklusiv: Darrell Brooks gehört zur Sekte der Schwarzen Vorherrschaft des Islam, die als „Fünf-Prozent-Nation“ bezeichnet wird, und beging den Auto-Jihad“

Dabei verlinkt sie auch die [gesicherten Postings und Videos](#) von Darrel Brooks. Eine wahre Fundgrube an schwarzem Rassismus und Verherrlichung der „Nation of Islam“. Es finden sich dort sogar Antisemitismus und Sympathie für Hitlers Abneigung gegen Juden. Auch der bekannte Islamkritiker Robert Spencer hat dieses hochbrisante Thema [in einem Beitrag](#) für den Geller Report aufgegriffen. In dem Video (*oben*) mit Irfan Peci sind die wichtigsten Postings von Darrel Brooks illustrierend eingebildet.

Staatsanwältin Susan Opper hatte dem Kommissar des Waukesha County Court, Kevin Costello, während der ersten Anhörung von Brooks gesagt:

„Es gibt keine Worte, um das Risiko zu beschreiben, das dieser Angeklagte für unsere Gemeinde darstellt.“

Wenn sie zu dem Zeitpunkt gewusst hätte, dass Brooks auch noch Verbindungen zu den Bewegungen „FivePercent Nation“ und „Nation of Islam“ hat, würde sie dieses Risiko noch viel höher bewerten.

Es bleibt zu hoffen, dass US-Medien diese Tatsachen während des Prozesses thematisieren. Im Idealfall greift es dann auch hierzulande ein Mainstream-Medium wie beispielsweise die Bild-Zeitung auf. Ähnlich wie den [Fall von NemiEl-Hassan](#), was ebenfalls Irfan Peci aufdeckte und durch den öffentlichen Druck der Bild-Zeitung dann auch Wirkung zeigte. Leider bleiben viele dieser wichtigen Fakten bisher in dem noch kleinen Feld der Freien Medien und Islamkritiker hängen.

Genauso wie die Auto-Attacke von Noah Green, der am Karfreitag dieses Jahres am Washingtoner Capitol ebenfalls eine Sperre durchbrach und zwei Polizeisten überfuhr, was einer nicht überlebte. Anschließend stieg Green mit einem Messer bewaffnet aus und rannte auf weitere Polizisten zu, die ihn erschossen. Auch Noah Green war ein Anhänger „Nation of Islam“, wie US-Medien und [PI-NEWS berichteten](#). In deutschen Mainstream-Medien kein Wort davon.

Noch weiter zurück liegen die Sniper-Morde von zwei Schwarzen in Washington und Virginia, die 2002 mit einem Scharfschützengewehr aus einem Auto heraus mindestens zehn Menschen erschossen. Einer der beiden, John Muhammad, war zum Islam konvertiert. Sein 17-jähriger Kumpan hatte ebenfalls Dschihad-Phantasien, die er auch noch im Gefängnis zu Papier brachte. Beide waren sie Anhänger der „Nation of Islam“. Auch dies ist in dem Gespräch mit Irfan Peci (*Video oben*) thematisiert.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann [hier Mitglied werden](#).

<https://unser-mittleuropa.com/1-milliarde-euro-aus-katar-um-europa-und-die-welt-zu-islamisieren/>

1 Milliarde Euro aus Katar, um Europa und die Welt zu islamisieren

21. 01. 2022

Vom Middle East Forum (MEF) aufgedeckte Dokumente enthüllen, dass die katarische Regierung in großem Umfang „humanitäre“ Hilfe nutzt, um fast 1 Milliarde Dollar an islamistische Organisationen in aller Welt zu verteilen.

Der vom Forum verarbeitete und übersetzte Datensatz enthält knapp 46.000 Zuschüsse sowie Hunderttausende von Unterzuschüssen, die von der Sheikh Eid Bin Mohammad Al Thani Charitable Association, auch bekannt als Eid Charity, vergeben wurden. Die Mittel gingen zwischen 2004 und 2019 an 288 islamische Organisationen in Höhe von insgesamt mehr als 770 Millionen US-Dollar.

In offiziellen Dokumenten des katarischen Regimes wird die Eid Charity als eine „halbstaatliche Organisation“ bezeichnet.

Ihre radikalen Ursprünge standen nie in Frage. Die Carnegie Endowment for International Peace bezeichnete Eid Charity als „die wahrscheinlich größte und einflussreichste von Salafisten kontrollierte aktivistische Hilfsorganisation der Welt“. Ihr Gründer, Abdulrahman al-Nuaimi, wurde 2013 vom US-Finanzministerium wegen seiner engen Verbindungen zu Al-Qaida als „Specially Designated Global Terrorist“ (SDGT) eingestuft.

Trotz seiner Vorgeschichte genießt Eid Charity einen guten Ruf, vor allem bei internationalen Organisationen und NG Os. Diese neueste Entdeckung könnte das ändern.

Im Jemen scheint Eid Charity fast 20 Millionen Dollar an mit Al-Qaida verbundene Wohltätigkeitsorganisationen wie Al Ihsan Charitable Society, Rahma Charity und Al Hikma Yemeni Charitable Society gespendet zu haben. Al Ihsan wird von Abdullah Mohammed al-Yazidi angeführt, der Mitglied des Hadhrami-Innenrats von Al Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) war. Bei der Rahma Charitable Foundation handelt es sich um eine von den USA als terroristisch eingestufte Organisation, die von der Regierung als „AQAP-Tarnorganisation“ bezeichnet wird.

In den palästinensischen Gebieten verteilte die Eid Charity 3 Millionen Dollar an das katarische Komitee für den Wiederaufbau des Gazastreifens, das öffentlich den von den USA benannten Palästinensischen Islamischen Dschihad unterstützt. Sie spendete 5 Millionen Dollar an die Islamische Wohltätigkeitsgesellschaft in Hebron, obwohl sie vom deutschen Geheimdienst als „direkt mit der Hamas verbunden“ bezeichnet wird.

In Pakistan wurden 830 Zuschüsse in Höhe von insgesamt fast 11 Mio. USD von der Eid Charity an eine Organisation vergeben, die offenbar dem Namen und den Standorten des Al-Furqan Foundation Welfare Trust entspricht, den das US-Finanzministerium als „eine wichtige Leitung für die finanzielle und materielle Unterstützung terroristischer Gruppen und ihrer Aktivitäten in Pakistan und Afghanistan, in einigen Fällen unter dem Deckmantel der humanitären Arbeit“ bezeichnet. Das Finanzministerium stellt außerdem fest, dass Al-Furqan „terroristische

Organisationen wie Al-Qaida, die Taliban und Lashkar-e-Tayyiba finanziell und anderweitig unterstützt hat“.

In anderen Teilen der Welt, von Ägypten bis Indien, von Ostafrika bis Indonesien, finden sich unter den Nutznießern von Wohltätigkeitsprojekten im Rahmen des Zuckerfestes häufig Anhänger der radikalen Salafisten.

Sogar im Westen haben Islamisten von der Großzügigkeit Katars profitiert. Im Vereinigten Königreich verteilte die Eid Charity 2 Millionen Dollar an den Al Muntada Al Islami Trust, eine salafistische Vereinigung, die mit dem ISIS-Finanzier Nabil al-Awadi in Verbindung steht.

In Frankreich spendete sie riesige Summen an führende Einrichtungen der Muslimbruderschaft, was die Behauptungen in den Qatar Papers, einer investigativen Studie der französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot aus dem Jahr 2019, untermauert.

In Schweden spendete die Eid Charity fast 1 Million Dollar an die Al-Rashideen-Moschee, auch bekannt als Gävle-Moschee. Im Jahr 2014 applaudierte der Imam der Moschee, Abu Raad, der ISIS für die Eroberung der irakischen Stadt Mosul und forderte seine Anhänger sogar auf, die Terrororganisation zu unterstützen.

Und in den Vereinigten Staaten leitete die Eid Charity knapp 100.000 Dollar über Kanada an das Colorado Muslim Community Center weiter, eine Einrichtung, die von dem salafistischen Geistlichen Karim Abu Zaid kontrolliert wird, einem unverhohlenen Apologeten der Taliban.

Zwar gab es schon früher zahlreiche anekdotische Beweise, die das katarische Regime mit der Finanzierung des globalen Islamismus in Verbindung brachten, doch diese vom Middle East Forum aufgedeckten Dokumente sind die bisher umfangreichsten Beweise.

Der Datenbestand ist riesig, und es sind noch Zehntausende von Dokumenten zu prüfen. Doch selbst wenn dies nur ein kleiner Teil der Gesamtausgaben Katars für seine islamistischen Partner in aller Welt ist, zeigen diese neu entdeckten Informationen deutlich, dass Katar an der Spitze einer neuen globalen sunnitisch-islamistischen Achse steht.

<https://www.pi-news.net/2022/02/fakt-narrativ-1000-deutsche-beim-is-begingen-voelkermord/>

FAKT-Narrativ: 1000 Deutsche beim IS begingen Völkermord

17. Februar 2022

In der ARD-Sendung "Fakt" am Dienstag wurde gebetsmühlenartig das Wort „deutsch“ bemüht, um die Verbrechen des IS mit einem guten Anteil auch den Deutschen in die Schuhe schieben zu können.

Kann es sein, dass den Deutschen irgendetwas fehlt? Brauchen sie einen neuen Schuldskult? Ein neues schlechtes Gewissen, weil das alte überstrapaziert wurde? Man konnte den Eindruck während der ARD-Sendung „Fakt“ am Dienstag

gewinnen. Dort wurde gefühlt ein Dutzend Mal das Wort „deutsch“ bemüht, um die Verbrechen des IS mit einem guten Anteil auch den Deutschen in die Schuhe schieben zu können.

Beispiele aus dem [Video der Sendung \(ab 19:58 min\)](#), in dem eine Jesidin von ihrem Schicksal erzählt:

(21:08 min) Der erste Sklavenhalter sei ein deutscher IS-Terrorist gewesen.

(22:16 min) Nach drei Monaten verkaufte der deutsche IS-Mann sie weiter, der neue Besitzer wieder ein Terrorist, [...] wieder ein Deutscher. [...]

(22:50 min) Der deutsche Terrorist wollte ihre Tätowierung beseitigen.

Die Beispiele werden anschließend verallgemeinert und in eine vierstellige Größenordnung gehoben ab 23:15 min:

Eine Jesidin im Teenageralter, vergewaltigt und gequält von deutschen IS-Kämpfern. Mehr als 1000 Deutsche hatten sich der Terrormiliz angeschlossen, die jesidischen Opfer in den Flüchtlingslagern haben bislang kaum Gerechtigkeit erfahren.

Eine „Berlinerin“, Katharina Dönhoff, die sich angeblich für Bildung einsetzt, bemerkt anschließend, dass es „viele deutsche Männer“ gebe, die seit 2014 zum Islamischen Staat gegangen seien. Und wenn sie dann sagt, „die Taten“ müssten endlich als „Völkermord“ anerkannt werden, weiß man, wer gemeint ist, auch wenn hier die Deutschen nicht ausdrücklich genannt werden. Doch der Kontext um diese Aussage herum zeigt, mit den Völkermördern sind hier die Deutschen gemeint.

Die Entwicklung dieses Narrativs in der Fakt-Sendung ist besonders perfide, weil an manchen Stellen doch eingestreut wird, um was für „Deutsche“ es sich hier eigentlich handelt. Achmed heißt zum Beispiel einer. Und wenn er „mit seiner Familie in Deutschland“ telefonierte, sprach er auf Arabisch. Auch die mutmaßliche „deutsche“ IS-Terroristin am Ende des Beitrags hat den wenig deutsch klingenden Namen Jala und spricht ebenfalls mit arabischem Akzent. Fazit: Die gegen alle Warnungen massenweise nach Deutschland geholten IS-Fanatiker aus arabischen Ländern werden jetzt auch noch dazu benutzt, um den einheimischen Deutschen nach bekanntem Muster ein schlechtes Gewissen zu erzeugen.

<https://www.n-tv.de/politik/Radikale-IS-Moschee-in-NRW-verbotten-article23186080.html>

POLITIK

"Gewächshaus des Islamismus

"Radikale IS-Moschee in NRW verboten

10.03.2022, 15:43 Uhr

Ein verurteilter IS-Unterstützer aus dem Umfeld des Attentäters Anis Amri besuchte die Moschee, sie soll ein Rekrutierungszentrum für IS-Kämpfer gewesen sein. Jetzt verbietet NRWs Innenminister den islamistischen Verein in Dortmund. Bei einer Razzia werden Beweismittel sichergestellt.

Mit einer Razzia hat die Polizei das Verbot des als islamistisch eingestuften Moscheevereins "Islamischer Kulturverein Nural-Islam" in Dortmund durchgesetzt. "Was wir heute geschlossen haben, war ein Gewächshaus des Islamismus", sagte NRW-Innenminister Herbert Reul. Rund 150 Polizisten seien am frühen Morgen im Einsatz gewesen, um die Moscheeräume und die Wohnungen der Vereinsfunktionäre zu durchsuchen. Mobiltelefone, Laptops, Datenspeicher, ein Auto und Kontoguthaben in Höhe von 54.000 Euro seien beschlagnahmt worden.

Funktionäre des Moscheevereins seien Vertreter der radikal-salafistischen Ideologie und stünden ideologisch der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) nahe, sagte Reul. Dieses menschenfeindliche Gedankengut hätten sie an Mitglieder und Moscheebesucher, darunter auch Kinder, weitergegeben. In Predigten sei wiederholt gegen Andersgläubige gehetzt worden, so der Innenminister. Der Verein sei zudem Rekrutierungszentrum für das IS-nahe Abu-Walaa-Netzwerk gewesen, das die Ausreise von mindestens sieben jungen Männern in die Kampfgebiete des IS organisiert habe.

Auf die Frage, warum der Verein erst jetzt verboten wurde, sagte Reul: "Manchmal muss man Geduld haben. Bei Verbotsverfügungen, die später vor Gericht landen, muss man ganz sicher sein." In der Moschee sei auch der inzwischen vom Oberlandesgericht Celle als IS-Unterstützer zu acht Jahren Haft verurteilte Boban S. ein- und ausgegangen, der direkten Kontakt zum IS-Attentäter Anis Amri gehabt habe. Ein europaweit bekannter Salafisten-Prediger sei mehrfach in die Moschee eingeladen gewesen.

Das Verbot sei unabdingbar für die Sicherheit im Land, aber auch weltweit, betonte Reul. Damit werde das Risiko terroristischer Anschläge gesenkt. Trotz des Ukraine-Kriegs und des Rechts-Terrorismus sei die abstrakte Gefahr durch den Islamismus unverändert hoch. Das NRW-Innenministerium hatte den Verein per Bekanntmachung im Bundesanzeiger verboten. **Der Verein richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung, heißt es darin.**

Laut der Bekanntmachung ist dem Verein fortan jede Tätigkeit untersagt. Es ist zudem verboten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Auch mehrere Internetauftritte werden demzufolge verboten. In der Nähe einer Dortmunder Moschee standen am Donnerstag etliche Einsatzfahrzeuge der Polizei. Bei dem Gebäude handelt es sich um ein Haus mit mehreren Etagen.

Quelle: ntv.de, jhe/dpa

<https://unser-mittleuropa.com/aegypten-moslems-schlachten-drei-kopten-wegen-70-jahre-alter-fehde-ab-dorf-gemeinschaft-feiert-die-tat/>

Ägypten: Moslems schlachten drei Kopten wegen 70 Jahre alter Fehde ab – Dorfgemeinschaft feiert die Tat

16. 03. 2022

Einem Bericht zufolge erschossen sechs Muslime im ägyptischen Gouvernement Minya drei koptische Christen, tanzten bei der Ermordung und verstümmelten ihre Leichen mit der Begründung, sie wollten den Tod ihres eigenen Familienmitglieds vor 70 Jahren rächen.

Die Angreifer aus dem Dorf Jaweer töteten die drei Brüder – Youssef Youssef Youssef, Afifi Youssef Youssef und Bushra Youssef Youssef – während sie am 1. März auf einem landwirtschaftlichen Feld im Dorf Ibshadat im Bezirk Mallawi arbeiteten, berichtete die in den USA ansässige Organisation International Christian Concern.

Die Muslime hätten sie erschossen, ihre Körper verstümmelt und bei der Tat getanzt, so ICC. Das Dorf Jaweer, aus dem sie stammten, habe ebenfalls mit Musikinstrumenten gefeiert, als sie die Nachricht hörten. Als die Angreifer in ihr Dorf zurückkehrten und „Allahu Akbar“ oder „Allah ist größer“ riefen, wurden sie von der Polizei gefasst und verhaftet. Später gestanden sie ihre Verbrechen und zeigten sogar, wie sie die Christen getötet hatten.

Sie stehen nun wegen der Ermordung der drei Kopten, von denen einer sechs Kinder hatte, vor Gericht.

Einige Quellen berichteten, dass die Verstümmelung der Leichen darauf hindeutet, dass die Gewalt mit der religiösen Identität zusammenhängt und die Morde des Islamischen Staates widerspiegelt.

Nach Angaben der Gruppe Open Doors USA, die die Verfolgung von Christen überwacht, gehört Ägypten zu den 20 Ländern mit der schlimmsten Verfolgung von Christen in der Welt.

Die Vorfälle von Christenverfolgung in Ägypten reichen von der Belästigung christlicher Frauen auf der Straße bis hin zur Vertreibung christlicher Gemeinden durch extremistische Mobs, berichtet die Gruppe auf ihrer Website.

Christen werden in der Regel als Bürger zweiter Klasse behandelt, und das Gebiet des Gouvernements Minya ist berüchtigt für die höchste Zahl von Angriffen auf Gläubige.

Die ägyptische Regierung äußert sich positiv über die ägyptische christliche Gemeinschaft, aber das Fehlen einer ernsthaften Strafverfolgung und die mangelnde Bereitschaft der lokalen Behörden, die Christen zu schützen, machen sie anfällig für alle Arten von Angriffen, insbesondere in Oberägypten, erklärt die Gruppe. „Aufgrund des diktatorischen Charakters des Regimes sind weder Kirchenführer noch andere Christen in der Lage, sich gegen diese Praktiken auszusprechen.“

<https://philosophia-perennis.com/2022/04/01/pakistan-lehrerinnen-enthaupten-ex-kollegin-wegen-beleidigung-mohammeds/>

Pakistan: Lehrerinnen enthaupten Ex-Kollegin wegen „Beleidigung“ Mohammeds

Von

David Berger

-

1. April 2022

0

Drei Lehrerinnen haben in Pakistan am Dienstag ihre ehemalige Kollegin enthauptet, nachdem diese von einem Mädchen beschuldigt worden war, den Propheten Mohammed in einem ihrer Träume beleidigt zu haben.

Erneut kam es in Pakistan zu einem brutalen Verbrechen im Namen des Islam und der dort geltenden „Blasphemie-Selbstjustiz“. In dem streng islamischen Land kann quasi jeder der Blasphemie beschuldigt und anschließend zum Tode verurteilt werden. Oftmals nehmen die moslemischen Bürger das Recht aber in die eigenen Hand und töten angeblich „Ungläubige“ öffentlich und äußerst brutal. [So erging es nun auch einer ehemaligen Lehrerin einer Koranschule.](#)

„Im Traum den Propheten beleidigt“

Die drei Lehrerinnen haben ihre ehemalige Kollegin am Dienstag enthauptet, nachdem diese von einem Mädchen beschuldigt worden war, den Propheten Mohammed beleidigt zu haben. Das Mädchen hatte behauptet, die angebliche Straftat sei ihr in einem Traum erschienen (!), wie Polizeiquellen der Agentur EFE berichteten.

Das 24-jährige Opfer wurde in der Stadt Dera Ismail Khan in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa im Nordwesten Pakistans ohne ein ordentliches Verfahren hingerichtet, erklärte der örtliche Polizeichef Najamul Hasnain.

Die drei Lehrerinnen, die derselben Familie angehören, sagten der Polizei nach ihrer Verhaftung, dass sie von einem 13-jährigen Mädchen, mit dem sie verwandt sind, über die Blasphemie informiert wurden.

Gotteslästerung gegen den Propheten

„In ihrer Aussage sagten die drei Frauen, dass das Mädchen, mit dem sie verwandt sind, in ihren Träumen gesehen hat, dass Safora Bibi Gotteslästerung gegen den Propheten begangen hat, also haben sie sie umgebracht“, sagte Sagheer Gilani, ein hoher Polizeibeamter aus der Stadt Dera Ismail Khan.

Die Quelle erklärte, dass die 24-jährige Bibi gegen 7.30 Uhr Ortszeit in der Koranschule, in der sie arbeitete, ankam, wo sie die drei Frauen traf, die ebenfalls als Lehrerinnen in einer anderen religiösen Einrichtung in der Gegend arbeiten.

Die Inhaftierten im Alter von 24, 21 und 17 Jahren hätten das Opfer nach einem Streit ermordet, fügte Gilani hinzu. „Die Polizei untersucht die Geschehnisse aus allen Blickwinkeln, denn Menschen benutzen den Vorwurf der Blasphemie, um sich der Justiz zu entziehen“, sagte er abschließend.

Blasphemiegesetz gegen Minderheiten

Alle an diesem Verbrechen Beteiligten stammen aus Waziristan, einer abgelegenen Region an der pakistanischen Grenze zu Afghanistan, die schon mehrfach als Schauplatz der Radikalisierung und als Versteck für terroristische Gruppen gedient hat.

Das pakistanische Strafgesetzbuch enthält immer noch archaische Gesetze, die angebliche Verbrechen der Blasphemie gegen den Islam oder den Propheten Mohammed mit Geldstrafen bis hin zum Tod ahnden. Menschenrechtsorganisationen haben angeprangert, dass die Norm auch zu einem gängigen Instrument für die Beilegung von persönlichen Streitigkeiten und Racheakten geworden ist. Aber auch um religiöse Minderheiten einzuschüchtern und zu dezimieren.

Zwar obliegt es den zuständigen Behörden, Strafmaßnahmen gegen die mutmaßlichen Gotteslästerer zu ergreifen, doch wurden in den letzten Jahren angesichts der Passivität der Verantwortlichen mehr als 70 Menschen von wütenden islamischen Mobs getötet, bevor es überhaupt zu einem Prozess kam.

Angebliche Koranverbrennung

Im Februar letzten Jahres lynchte ein gewalttätiger Mob einen Mann, der nach Angaben seiner Verwandten an einer psychischen Störung litt und den die Angreifer der Gotteslästerung beschuldigten, nachdem er im Osten Pakistans angeblich einige Seiten des Korans verbrannt hatte.

Im vergangenen Dezember hatte ein gewalttätiger Mob in der pakistanischen Stadt Sialkot im Nordosten des Landes einen Mann srilankischer Herkunft gelyncht und in Brand gesteckt, weil er angeblich Gotteslästerung begangen hatte. Diese Tat wurde von internationalen Organisationen und der Regierung Sri Lankas scharf verurteilt. – soweit ein Bericht von „Unser Mitteleuropa“.

Entführt, vergewaltigt, getötet und auf den Müll geworfen: Das Schicksal christlicher Kinder im islamischen Pakistan

Neben den Muslimen selbst ist die Gruppe, die am meisten unter dem fanatischen Islam in Pakistan leidet, die christliche Minderheit, unter dieser besonders kleine Mädchen. Unter dem Titel „Entführt, vergewaltigt, getötet und auf den Müll geworfen: Das Schicksal christlicher Kinder im islamischen Pakistan“ – habe ich darauf bereits 2018 hingewiesen. An dieser Situation hat sich bislang nichts geändert:

<https://unser-mittleuropa.com/nigeria-4650-christen-starben-wegen-religioeser-gewalt/>

Nigeria: 4650 Christen starben wegen religiöser Gewalt

14. 04. 2022

Gezielte Gewaltangriffe gegen christliche Minderheit im tödlichsten Land für Christen

Immer wieder werden Kirchenleiter und christliche Gemeinden im Norden Nigerias Opfer von islamistischen Angriffen. Nie starben im bevölkerungsreichsten Land Afrikas so viele Christen aufgrund religiöser Gewalt wie heute.

Mussa Adamo ist Pastor in Nordnigeria. Er steht Menschen bei, die nach Überfällen auf ihre Dörfer traumatisiert sind. »Für Christen ist das Leben gefährlich in unserer Region«, sagt er. Die Islamisten der BokoHaram oder radikale Gruppen der Fulani-Nomaden überfallen immer wieder ganze Dörfer. Mussa Adamo erklärt: »Sie können jederzeit zuschlagen.« Sie würden versuchen herauszufinden, ob eine Person christlich oder muslimisch sei. »Als Christ steht man vor großen Problemen.«

Tödlichstes Land für Christen geworden

In den letzten Jahren ist Nigeria zum tödlichsten Land für Christen geworden. Im vergangenen Jahr waren 80 Prozent der Christen, die weltweit aufgrund ihres Glaubens getötet wurden, Nigerianer. Auf dem Weltverfolgungsindex 2022 liegt Nigeria auf dem siebten Rang, so weit vorne wie nie zuvor. Im Berichtszeitraum wurden 4650 Christen nachweislich wegen ihres Glaubens ermordet (gegenüber 3530 im Vorjahr). Weiters wurden 2510 Christen entführt und verschleppt (gegenüber 990 im Vorjahr).

Dazu kommen 470 Kirchen, die geschlossen und/oder demoliert (gegenüber 270 im Vorjahr) sowie mehr als 1000 private Häuser, die zerstört wurden. Außerdem wurden über 1000 Geschäfte, die Christen gehörten, beschädigt.

»Es ist schwierig, ein Grundstück für eine Kirche zu kaufen. Moscheen erhalten dagegen rasch eine Bewilligung« erklärt Mussa Adamo. Für Christen ist es auch nicht einfach, Arbeit bei öffentlichen Behörden und Einrichtungen zu erhalten.

Mussa Adamo spricht von einer gezielten Taktik. »Jahr für Jahr wird diese weiter vorangetrieben. BokoHaram hat zahlreiche Kirchen zerstört. Eine, die beispielsweise wieder aufgebaut wurde, wurde erneut niedergerissen. Oft fehlt das Geld oder die Menschen haben Angst. Auch die Sicherheitskräfte sind nicht in der Lage, Christen zu schützen. Und bei Nothilfe werden Christen einfach übergangen.«

Ganze Region in Strudel der Gewalt gezogen

Die Widrigkeiten in Nordnigeria stehen in einem größeren Kontext. Die Länder in Subsahara-Afrika erfreuten sich jahrelang relativ großer Stabilität. »Sie waren Reiseziele, die große internationale Veranstaltungen wie die Rallye Paris-Dakar beherbergt hatten, die durch die Wüste Sahara nach Dakar, der Hauptstadt Senegals führte«, bilanziert Illia Djadi, Open-Doors-Chefanalyst für Subsahara-Afrika. »Das ist nicht mehr möglich, denn in den letzten zehn Jahren hat sich die Sicherheitslage in dieser Region massiv verschlechtert.«

Durch den aufflammenden Islamismus spitzte sich unter anderem die Situation in Burkina Faso dramatisch zu. Dieses westafrikanische Land hat eine lange Kultur der Toleranz. Unabhängig von der religiösen und ethnischen Herkunft lebten die Menschen in Frieden, bis die christliche Minderheit im Jahr 2019 zur Zielscheibe von einsickernden islamistischen Extremistengruppen wurde.

Zwei Millionen Menschen auf der Flucht

Gleich wie in Burkina Faso ist insbesondere in Nordnigeria eine enorme Fluchtbewegung entstanden. »Mehr als zwei Millionen Menschen sind im Nordosten Nigerias aus ihrer Heimat vertrieben«, erklärt Illia Djadi. Darüber hinaus geschehen immer wieder Entführungen und Morde gegen Christen, ohne dass sie die westliche Öffentlichkeit erreichen.

Mehrfach wurden christliche Schulen und Internate überfallen. So wurde beispielsweise am 5. Juli 2021 in Maramara im Bundesstaat Kaduna ein Internat überfallen und 140 Schüler entführt.

Etappenweise wurden die Schüler in den folgenden Wochen bis auf einen wieder freigelassen. »Und wir erinnern uns vielleicht an die Entführung der Chibok-Schülerinnen im Jahr 2014, als 276 Mädchen entführt wurden. Dieser Vorfall wurde sogar in den westlichen Medien berichtet. 100 von ihnen werden immer noch vermisst«, betont Djadi.

»Wir verzeichnen einen Anstieg des religiösen Extremismus in Afrika südlich der Sahara. Radikale Predigten und Lehren führen zu Feindseligkeit gegenüber religiösen Minderheiten wie den Christen. In ganz Afrika südlich der Sahara sind islamistische Aufstände und bewaffnete Gruppen mit Verbindungen zu Al-Qaida oder dem Islamischen Staat weit verbreitet«, analysiert der Subsahara-Experte. Dies betrifft insbesondere Länder wie Mali, Niger, Burkina

Faso oder die Zentralafrikanische Republik. Und BokoHaram sorgt neben Nigeria auch in Kamerun, Tschad und Niger für Übergriffe. »Wir sehen auch, dass sich dieser islamistische Aufstand nach Ostafrika ausweitet. Das gilt für die Al-Shabab-Gruppe in Somalia, aber auch in Kenia und in der Mitte des Kontinents. Im Osten der Demokratischen Republik Kongo operiert eine islamistische Gruppe, die mit dem Islamischen Staat verbunden ist, und tötet ebenfalls erbarmungslos Menschen.«

Schockierende Realität

Kurt Iglar, Geschäftsführer von Open Doors Österreich, spricht von einer schockierenden Realität, mit der die Christen in diesen Gegenden konfrontiert sind. »Es ist eine alltägliche Situation geworden, mit der Christen in Nigeria und in der gesamten Sahel-Region konfrontiert sind. Sie sehen regelmäßig Tod, Verfolgung und Hungersnot ins Auge. Mädchen und Frauen sind der Gefahr ausgesetzt, entführt und vergewaltigt zu werden. Tausenden von ihnen ist das bereits zugestoßen.«

Für viele Christen ist der Gang in die Kirche oder auf den Markt wie eine Reise mit einem One-Way-Ticket. »Es gibt keine Garantie, dass sie zurückkommen. Viele sind gegangen und nie zurückgekommen. Das ist die Realität.« Deshalb fordert Open Doors ein klares Hinsehen und ein aufrichtiges Engagement des offiziellen Österreich. »Behörden und Richter müssen Christen zu ihrem Recht verhelfen und ihren Schutz gewährleisten. Österreich mit seiner rechtsstaatlichen Tradition kann und darf hier nicht schweigen.«

Quelle: [Open Doors – Im Dienst der verfolgten Christen weltweit.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/wegen-koran-verbrennung-buergerkriegszustaende-in-schwedischer-kleinstadt-videos/>

Wegen Koran-Verbrennung: Bürgerkriegszustände in schwedischer Kleinstadt – UPDATE „Allahu Akbar“-Rufe und brennende Polizeiwagen

16. 04. 2022

– **UPDATE** –

Die Ausschreitungen breiten sich, wie erwartet, auch in anderen Landesteilen Schwedens aus. Unter „Allahu Akbar“-Gebrüll zünden jugendliche Moslems mittlerweile am hellichten Tag und offenbar ungehindert Streifenwagen der Polizei an.

In der schwedischen Stadt Örebro herrscht derzeit Ausnahmezustand. Der Grund sind anhaltende und gewalttätige

Ausschreitungen der großen lokalen Moslem-Bevölkerung, weil ein dänischer Aktivist es wagte, in der Stadt öffentlich einen Koran zu verbrennen. Die Videos zeugen bereits von bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Dänischer Politiker verbrannte Koran

Der dänische Politiker Rasmus Paludan reiste nach Schweden, um zu demonstrieren, dass das Land bereits in den Händen des Islams und seiner Anhänger sei. Und das sogar in den kleineren Städten. Als Beispiel dafür verbrannte er im südschwedischen Örebro (Provinz Östergötlandslän), das eine große muslimische Bevölkerung aufweist, öffentlich eine Kopie des Korans, um die Reaktionen zu dokumentieren. Dies ging natürlich nur unter großem Polizeischutz.

In einem nahe gelegenen Viertel brach daraufhin ein Aufstand aus.

Moslems zünden Polizeiautos an

Wie Videos zeigen, überrannte ein aufgebrachter Mob von Moslems sämtliche anwesenden Polizeistreifen und demolierte deren Einsatzfahrzeuge, die sogar in Brand gesteckt wurden. Vier Polizisten wurden bei ihrem Rückzug (!) verletzt. Hinter dem organisierten Vorgehen sollen lokale Vertreter der Muslimbruderschaft stecken, die vor allem die jungen Gläubigen immer wieder gegen die „Kuffar“ aufhetzen.

Die Aufstände dürften sich auch schon auf andere, größere schwedische Städte mit größeren Populationen von Moslems ausgeweitet haben.

<https://www.bild.de/news/ausland/news-ausland/schweden-rechtsradikale-wollen-koran-verbrennen-polizisten-verletzt-79791658.bild.html>

RECHTE PLANTEN KORAN-VERBRENNUNG

Schlimme Gewaltexzesse in Schweden

Autos in Flammen ++ Polizisten mit gebrochenen Armen ++ Angreifer sollen „Allahu Akbar“ gerufen haben ++

16.04.2022 - 20:55 Uhr

Stockholm – Widerliche Gewaltexzesse erschüttern Schweden!

In Linköping und Örebro brannten Donnerstag und Karfreitag Polizeiautos. Ein Dutzend Polizisten wurden von überwiegend jungen Männern teilweise schwer verletzt. Diese fühlten sich offenbar durch geplante islam- und fremdenfeindliche Demonstrationen provoziert und die Tatsache, dass diese genehmigt wurden.

Bei einer Gegendemonstration in Örebro ging dieses Polizeifahrzeug in Flammen auf. Mehrere Polizisten wurden verletzt

Die islam- und einwanderungsfeindliche Gruppe „Stram Kurs“ (deutsch: harter Kurs) hatte zu Demonstrationen aufgerufen und angekündigt, dabei einen Koran verbrennen zu wollen. Viele Schweden waren entsetzt, organisierten Gegendemonstrationen.

Obwohl die Aktion letztendlich nicht stattfand, kam es zu heftiger Gewalt und Krawallen. Schon am Donnerstag griffen Vermummte in Linköping die Polizei an, schlugen Scheiben von Einsatzwägen ein. Die Angreifer sollen „Allahu Akbar“ gerufen haben, zwei Autos brannten aus. Drei verletzte Polizisten mussten in ein Krankenhaus gebracht werden. Die „Stram Kurs“-Demonstration hätte in einem Viertel stattfinden sollen, in dem besonders viele Muslime leben.

Am Freitag eskalierte die Situation sogar noch stärker, in Örebro wurden neun Polizisten verletzt. Beamte seien von Steinen getroffen worden, manche hätten auch gebrochene Arme, sagte eine Polizeisprecherin der Zeitung „Aftonbladet“. In Örebro brannten vier Polizeiautos, laut Polizei waren dort bis zu 500 Menschen beteiligt. Videos zeigen, wie wütende Vermummte Polizeibarrikaden einreißen, dann mit schweren Steinen nach den Beamten werfen. Nur mit Mühe können die Beamten entkommen.

Rechtfertigt die Aktion der Islamfeinde diese brutalen Attacken? „In Schweden ist es den Menschen erlaubt, ihre Meinung zu äußern, ob sie nun gut oder schlecht ist, das ist Teil unserer Demokratie“, stellt die schwedische Premierministerin Magdalena Andersson klar. Weiter: „Egal, was man denkt, man sollte niemals zu Gewalt greifen. Das akzeptieren wir nicht und wir werden es auch nie akzeptieren.“

„Stram Kurs“ wird vom vorbestraften Anwalt und Politiker Rasmus Paludan (40) angeführt. Die ursprünglich dänische Bewegung fällt in Skandinavien immer wieder mit fremdenfeindlichen Aktionen auf. Zentrale Forderung ist, alle Menschen aus Dänemark abzuschieben, die einen nicht-westlichen Migrationshintergrund haben.

Stram Kurs hat für heute eine weitere Demonstration in der Stadt Landskrona angemeldet

<https://www.bild.de/news/ausland/news-ausland/molotowcocktails-auf-polizisten-schon-wieder-krawalle-in-schweden-79799158.bild.html>

MOLOTOWCOCKTAILS AUF POLIZISTEN, BRENNENDE AUTOS, VIELE VERLETZTE

Krawalle in Schweden greifen auf weitere Städte über

Artikel von: CONSTANTIN WEEG veröffentlicht am

18.04.2022 - 17:56 Uhr

Schweden kommt nicht zur Ruhe! Wieder brannten Autos, wieder flogen Steine auf Polizisten. Es ist der traurige Höhepunkt einer Gewaltserie, die das Land seit mehreren Tagen erschüttert. Nachdem schon Donnerstag und Freitag überwiegend junge muslimische Männer auf die Polizei losgingen, setzte sich die Gewalt fort. Am Wochenende brannten in der schwedischen Stadt Malmö (351 000 Einwohner) mehrere Fahrzeuge und Mülltonnen. Ein Bus fing Feuer, nachdem ein „brennendes Objekt“ hineingeworfen wurde. Auch Polizisten wurden mit Molotow-Cocktails angegriffen, außerdem flogen Steine auf die Beamten. Zeugen hörten zahlreiche „Allahu Akbar“-Rufe.

Hintergrund der Gewaltorgie sind Kundgebungen des rechtsextremen Politikers Rasmus Paludan (40). Dessen islam- und einwanderungsfeindliche Gruppe „Stram Kurs“ (deutsch: harter Kurs) hatte in mehreren Städten zu Demonstrationen aufgerufen und angekündigt, dabei Korane verbrennen zu

wollen. Dies nahmen junge Männer zum Anlass für unfassbare Gewaltexzesse in schwedischen Städten.

Unfassbare Gewaltexzesse: Junge Männer feiern, dass sie einen Polizeiwagen in Brand gesteckt haben

Foto: Kicki Nilsson/AP

Brutale Attacken in mehreren Städten

In den Städten Linköping und Örebro und waren bereits mehrere Polizeiautos angezündet worden. Die fremdenfeindlichen Aktionen hätten in Stadtteilen stattfinden sollen, in denen besonders viele Muslime leben. Ein Mob aus überwiegend jungen Männern formierte sich, die Situation eskalierte. Donnerstag und Freitag wurden etwa ein Dutzend Polizisten verletzt. Auch in Stockholm kam es zu Ausschreitungen mit gefährlichen Steinwürfen.

Schlimme Gewaltexzesse in Schweden

Gewaltexzesse erschüttern Schweden! In der Stadt Örebro brannten Polizeiautos.

Rechtfertigt die Aktion der Islamfeinde diese brutalen Attacken? „In Schweden ist es den Menschen erlaubt, ihre Meinung zu äußern, ob sie nun gut oder schlecht ist, das ist Teil unserer Demokratie“, stellt die schwedische Premierministerin Magdalena Andersson klar. Weiter: „Egal, was man denkt, man sollte niemals zu Gewalt greifen. Das akzeptieren wir nicht und wir werden es auch nie akzeptieren.“

Die Kundgebung am Samstag hätte eigentlich in Landskrona stattfinden sollen, wurde aber auf einen Parkplatz in Malmö verlegt, um Ausschreitungen zu vermeiden. Zum Glück wurden keine Polizisten verletzt. Es seien mehrere Anzeigen wegen Vandalismus erstattet worden.

<https://www.pi-news.net/2022/04/malmoe-zdf-macht-aus-migrantengewalt-rechte-ausschreitungen/>

Malmö: ZDF macht aus Migrantengewalt „rechte Ausschreitungen“

19. April 2022

Die aktuellen Ausschreitungen in Schweden sind für deutsche Medien ein weiterer willkommener Anlass, das Prinzip „wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt“ zur journalistischen Matrix zu erheben: Auf den Straßen randaliert ein teils offen islamistischer Migrant mob, in deutschen Wohnzimmern werden die Gebührenzahler mit Schnurren über rechtsreaktionäre Straßengewalt berieselt. Was in dem skandinavischen Land indes wirklich geschieht, kann sich jeder vergegenwärtigen, der Originalvideos von Augenzeugen und Erlebnisberichte im Netz, aber auch erhellende [Artikel der freien Medien](#) bereit ist zu rezipieren. Nochmals fürs Protokoll: Der Hauptgrund für die seit Tagen tobenden heftigen Ausschreitungen und „Osterunruhen“ dort sind muslimische Männer, die eine Orgie der Gewalt angezettelt haben – nachdem eine politisch relativ unbedeutende migrations- und islamkritische Gruppierung namens „*Stram Kurs*“ („*Strammer Kurs*“) des Politikers und Rechtsanwalts Rasmus Paludan in mehreren schwedischen Städten Versammlungen abhielt, in deren Rahmen – als maximale Provokation – stets eine Ausgabe des Koran verbrannt werden soll. Am Wochenende war es deshalb in Malmö zu heftigen Zusammenstößen gekommen, die sich [schnell zu einem Flächenbrand](#) ausweiteten und in dessen Zuge auch Polizisten angegriffen wurden. Hierbei wurden zahllose Autos abgefackelt, geplündert und weitere heftige Akte des Vandalismus begangen.

Kriminelle Banden involviert

Die Gewalt eskalierte über die Feiertage immer weiter, Schweden versinkt [teilweise regelrecht im Chaos](#). Etliche Polizisten wurden verletzt, Molotowcocktails in besetzte Nahverkehrsbusse geschleudert, die anschließenden Löschversuche wurden behindert. Auch Journalisten wurden **tätlich angegriffen. Die [vorläufige Bilanz](#) lautete heute früh: 26 verletzte Polizisten, mindestens 14 andere Verletzte, 20 beschädigte**

oder zerstörte Polizeifahrzeuge und eine durchschnittliche Zahl von 200 gewalttätigen Teilnehmern. Von den sechs genehmigten Veranstaltungen seien zwei ganz, eine zum Teil abgehalten worden, drei konnten wegen der Ausschreitungen nicht stattfinden. Landespolizeichef Thornberg erklärte: *„Wir haben schon früher gewalttätige Ausschreitungen gesehen... aber ich möchte sagen, dass dies etwas anderes ist.“* Die Polizei habe den starken Verdacht, *„dass diejenigen, die Polizei und Rettungsdienste angreifen, mit kriminellen Banden in Verbindung stehen.“*

Angesichts dieses Ausbruchs von Barbarei blieb der schwedischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson wieder einmal nur die **phrasenhafte Beteuerung demokratischer Grundrechte**, die man – nicht nur in Schweden – zusehends weniger schützen könne: *„In Schweden ist es den Menschen erlaubt, ihre Meinung zu äußern, ob sie nun gut oder schlecht ist, das ist Teil unserer Demokratie. Egal, was man denkt, man sollte niemals zu Gewalt greifen. Das akzeptieren wir nicht und wir werden es auch nie akzeptieren.“* Amen! Natürlich stoßen solche hilflosen Appelle bei ihren Adressaten auf taube Ohren, sofern sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden.

Bekanntes Muster

Das Muster, das sich in Europa von den Gewaltexzessen nach der Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. über die Mohammed-Karikaturen in Dänemark bis zum Terroranschlag auf die Redaktion des französischen Satiremagazins Charlie Hebdo wiederholt, hat sich damit ein weiteres Mal manifestiert. Dasselbe gilt für die „Berichterstattung“ der meisten Medien hierzulande zu den Ereignissen. Das ZDF ragt hierbei wieder einmal heraus, indem es die wahren Sachverhalte regelrecht auf den Kopf stellt: Unter der Überschrift *„Rechte Demos: Ausschreitungen in Schweden“* wird da etwa nassforsch behauptet: *„In Schweden ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen, nachdem rechte Kundgebungen genehmigt wurden.“* Weiter heißt es allen Ernstes: *„Nach der Genehmigung rechter Kundgebungen ist es in der Nacht in Schweden erneut zu Krawallen gekommen. In Malmö stand ein Bus in Flammen, nachdem Unbekannte ein brennendes Objekt auf das Fahrzeug geworfen hatten, wie der schwedische Sender SVT berichtete. Es gab auch Gegendemonstranten.“* Damit wird bewusst der Eindruck erweckt, dass nicht etwa marodierende Muslime, die mit keinem Wort erwähnt werden, sondern Rechtsradikale durch Schweden ziehen.

So irrsinnig und verachtenswert die provokanten und hetzerischen Aktionen von „Stram Kurs“ auch sein mögen: Sie bleiben doch von der Meinungsfreiheit gedeckt. Allerdings rächt sich in Schweden nun ein weiteres Mal eben eine Migrationspolitik, die sich in ihrer Wahnwitzigkeit nur mit der Deutschlands messen kann. Das Land wird seit Jahren von Verbrechen im Zuge der Migration heimgesucht. **Bereits 2020 räumte der damalige Ministerpräsident Stefan Löfven angesichts der explodierenden Kriminalität von Migrantengruppen ein:** *„Wenn man eine Einwanderung hat mit einer Größenordnung, die eine Integration erschwert, so führt dies zu sozialen Spannungen.“* Zu solchen Erkenntnissen konnten sich in Deutschland Vertreter des linken Mainstreams noch nicht durchringen; anscheinend ist der Leidensdruck noch nicht groß genug, und es braucht auch bei uns noch mehr Stelldicheins der „Party- und Eventszene“, bis die Politik das Ausmaß ihrer Verirrungen begreift. Die Zustände in Schweden dürften jedenfalls ein Fanal dafür sein, was auch uns bald bevorsteht.

(Im Original erschienen auf ansage.org)

<https://unser-mittleuropa.com/wegen-koran-verbrennung-buergerkriegszustaende-in-schwedischer-kleinstadt-update-mainstream-medien-geben-rechten-demos-schuld/>

Wegen Koran-Verbrennung: Bürgerkriegszustände in schwedischer Kleinstadt – UPDATE Schule in Brand gesteckt!

19. 04. 2022

Die Ausschreitungen der „Rechtgläubigen“ aus dem Morgenland dauern an. Mittlerweile dokumentieren zahlreiche Videos und Fotos die Zerstörungswut sowie die völlig unfähig agierende Polizei. Mit der Schusswaffe wird höchstens gedroht, benutzt wird sie freilich nicht, obwohl bereits Schulen angezündet werden. [So geschehen im Migrantenviertel von Malmö, Rosengård](#). Dort wurden nicht nur Jugendliche erwischt, wie sie an einer Tankstelle Benzin in PET-Flaschen füllten, um anschließend Brandsätze zu basteln, sondern auch bei der Brandschatzung einer Grundschule.

— **UPDATE** —

Mittlerweile sind die landesweiten Massenausschreitungen hunderter Moslems in Schweden auch in den Mainstream-Medien angekommen. Und was nicht sein darf, muss natürlich umgeframt werden. So berichten die Staatssender aus Deutschland (ZDF) und Österreich (ORF), dass die Bürgerkriegszustände die Schuld „rechter Demonstranten und Provokateure“ wären. [Der ORF sieht „ultrarechte“ Übeltäter](#), und auf Provokation abzielenden Auftritte eines islamfeindlichen Politikers. Bei den „Gegendemonstrationen“ wäre es folglich zu „Ausschreitungen“ gekommen:

Ähnlich berichtet das ZDF. „Rechte Demos“ wären verantwortlich für die schweren Ausschreitungen. Beide Mainstream-Medien beklagen zudem indirekt, dass die rechten Kundgebungen überhaupt stattfinden durften:

— **UPDATE** —

Die Ausschreitungen breiten sich, wie erwartet, auch in anderen Landesteilen Schwedens aus. Unter „Allahu Akbar“-Gebrüll zünden jugendliche Moslems mittlerweile am helllichten Tag und offenbar ungehindert Streifenwagen der Polizei an.

In der schwedischen Stadt Örebro herrscht derzeit Ausnahmezustand. Der Grund sind anhaltende und gewalttätige Ausschreitungen der großen lokalen Moslem-Bevölkerung, weil ein dänischer Aktivist es wagte, in der Stadt öffentlich einen Koran zu verbrennen. Die Videos zeugen bereits von bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Dänischer Politiker verbrannte Koran

Der dänische Politiker Rasmus Paludan reiste nach Schweden, um zu demonstrieren, dass das Land bereits in den Händen des Islams und seiner Anhänger sei. Und das sogar in den kleineren Städten. Als Beispiel dafür verbrannte er im südschwedischen Örebro (Provinz Östergötlandslän), das

eine große muslimische Bevölkerung aufweist, öffentlich eine Kopie des Korans, um die Reaktionen zu dokumentieren. Dies ging natürlich nur unter großem Polizeischutz.

In einem nahe gelegenen Viertel brach daraufhin ein Aufstand aus.

Moslems zünden Polizeiautos an

Wie Videos zeigen, überrannte ein aufgebrachter Mob von Moslems sämtliche anwesenden Polizeistreifen und demolierte deren Einsatzfahrzeuge, die sogar in Brand gesteckt wurden. Vier Polizisten wurden bei ihrem Rückzug (!) verletzt. Hinter dem organisierten Vorgehen sollen lokale Vertreter der Muslimbruderschaft stecken, die vor allem die jungen Gläubigen immer wieder gegen die „Kuffar“ aufhetzen.

Die Aufstände dürften sich auch schon auf andere, größere schwedische Städte mit größeren Populationen von Moslems ausgeweitet haben.

<https://www.pi-news.net/2022/04/islam-woche-23-is-folterknecht-in-berlin-grinsender-messer-afghane/>

Islam-Woche #23: IS-Folterknecht in Berlin/grinsender Messer-Afghane

21. April 2022

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Für seinen 23. Islam-Wochenrückblick hat „Islamistenjäger“ Irfan Peci wieder vier Ereignisse ausgewählt, die nach seiner Einschätzung besonders gravierend für die fortschreitende Islamisierung unseres Landes sind. Auf Platz 4 landet eine Islam-Konvertitin aus Hamburg, die 2014 mit ihrer damals dreijährigen Tochter gegen den Willen des leiblichen Vaters nach Syrien zum Islamischen Staat (IS) ausreiste. Zusammen mit ihrem neuen moslemischen Mann und einem weiteren gemeinsamen einjährigen Kind begab sie sich also ganz bewusst in ein Kriegsgebiet. [Seit dem 6. April](#) muss sich die jetzt 38-jährige mutmaßliche IS-Anhängerin vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht verantworten – unter anderem wegen schwerer Kindesentziehung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Die Moslemin war im vergangenen Oktober mit ihrer mittlerweile 11-jährigen Tochter und einem zweiten Kind nach Deutschland zurückgekommen. In einer Gruppe von 8 Frauen und 23 (!) Kindern, die die Bundesregierung nach langen Verhandlungen aus einem kurdischen Gefangenenlager per Flugzeug „heimholen“ ließ. Bei ihrer Ankunft auf dem Frankfurter Flughafen wurde die 38-Jährige sofort verhaftet. Irfan Peci erinnert daran, dass naive deutsche Medien wie die Zeit diese eigentlich unverantwortliche Rückhol-Aktion als vermeintliche „Befreiung“ feierten, obwohl es sich bei diesen Mosleminnen um potentiell gefährliche Anhängerinnen des Politischen Islam handelt. Außenministerin Baerbock bezeichnete die 27 Kinder pauschal als „Opfer des IS“, die ein „Recht auf eine bessere Zukunft“ fernab der „tödlichen IS-Ideologie“ und auf ein „Leben in Sicherheit“ hätten. Ohne zu wissen, inwieweit diese Kinder bereits so ideologisch indoktriniert sind, dass auch sie eine potentielle Gefahr für UNSERE Sicherheit darstellen.

Jetzt, vor Gericht, zeigt sich die Moslemin betont westlich gekleidet und ohne Kopftuch. Ganz offensichtlich, um einen „guten Eindruck“ zu machen und dadurch wohl einen Freispruch zu erreichen. Es dürfte sich hierbei um die korankonforme Täuschung der Ungläubigen, die sogenannte „Taqiyya“, handeln. Irfan Peci betont, wie radikal die Gehirnwäsche vieler Islam-Konvertitinnen ist, die zum IS gingen. Eine freute sich sogar über den Kriegstod ihres 15-jährigen Sohnes als Dschihadist des IS, da er ja nach islamischer Auffassung dadurch direkt ins Paradies zu Allah und den 72 Jungfrauen kommt.

Auf Platz drei kommt der afghanische Messerstecher Abdul Malik A., der in Berlin die Hobby-Gärtnerin Regina G. niederstach und jetzt grinsend vor Gericht sitzt. Auch in diesem Fall wird offensichtlich versucht, das klar radikal-islamische Motiv zu vertuschen und den afghanischen Moslem in die Psycho-Ecke zu verfrachten. Daher befindet er sich auch nicht im Gefängnis, sondern in einem Psycho-Krankenhaus mit vermutlich überaus fürsorglicher Behandlung, da er ja schließlich „schwer traumatisiert“ und „hilfsbedürftig“ mit seinen „paranoiden Wahnvorstellungen“ sein muss. Der afghanische Moslem stellt auch sichtlich zufrieden fest, dass „das Essen dort auch besser“ sei als im Knast. Was der deutsche Staat nicht alles für seine moslemischen Schutzbedürftigen unternimmt, damit sie sich bei uns wohlfühlen.

Auf den Einwand der Richterin, dass das Opfer heute gelähmt ist, antwortet der Moslem:

„Allah sieht alles. Fehler passieren. Ich bin kein Terrorist. Schicken Sie mich in die Heimat zurück. Oder lassen Sie mich frei!“

Bei dem überbordenden Verständnis, der absoluten Toleranz, kompletten Rücksichtnahme und kompromisslosen kulturellen Sensibilität vieler deutscher Richterinnen ist schon fast zu befürchten, dass dieser afghanische Fundamental-Moslem tatsächlich bald wieder frei herumläuft. Er mag ja schließlich Blumen, wie er sagt, und lächelt so nett. Man muss mit größten Befürchtungen dem Urteilsspruch am 24. Mai entgegensehen.

Auch bei diesem Fall zeigt sich wieder einmal die völlige Faktenbefreiung in deutschen Gutmenschenhirnen, die absolut keine Ahnung von der Gefährlichkeit des Politischen Islam haben, denn sie verstehen ganz einfach nicht, warum der Afghane vermeintlich „motivlos“ auf eine Frau einstach. Genauso wie der frauenmordende somalische Moslem in Würzburg, dem mittels „Gutachtern“ und dem besten Strafverteidiger Würzburgs jetzt auch „Schuldunfähigkeit“ attestiert wurde. Diese totale Ahnungslosigkeit, die offensichtlich so gut wie den gesamten Staatsapparat umfasst, stellt eine akute Gefährdung des öffentlichen Lebens in Deutschland dar. Daher ist auch die kompromisslose Aufklärung über diesen Politischen Islam so wichtig.

Irfan Peci zeigt in seinem Video nochmal auf, wie brutal, gewissenlos und radikal-islamisch motiviert dieser Messer-Überfall des Afghanen am 4. September des vergangenen Jahres in Berlin auf die nichtsahnende Regina war, die nur ein Blumenbeet pflegte. Jetzt ist Regina ein halbseitig gelähmter, sprachbehinderter Pflegefall.

Auf Platz zwei kommt ein vermeintlicher syrischer „Flüchtling“, der sich jetzt laut Bundesanwaltschaft als mutmaßlicher brutaler IS-Folterknecht entpuppte und in Berlin festgenommen wurde. Als Mitglied des Islamischen Staates soll er im Osten Syriens Menschen gefesselt, ausgepeitscht und mit Stromschlägen malträtiert haben. Die Opfer, darunter ein 13-jähriger Junge, wurden an der Decke aufgehängt und mal mit Peitschen, Kabeln und einem Wasserschlauch geschlagen sowie mit spitzen und schweren Gegenständen gefoltert.

Dem syrischen Radikal-Moslem werden nun unter anderem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorgeworfen. Ein Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof soll nun entscheiden, ob er in Untersuchungshaft kommt. Auch hier ist wieder zu befürchten, dass der Syrer aufgrund richterlicher Rücksichtnahme für das moslemische Schutz-Klientel wieder auf freien Fuß gesetzt wird.

Platz 1 belegt der Muezzinruf, der jetzt während des Ramadan auch wieder [in Krefeld ertönt](#). Das erste Mal sandte er seine totalitäre Botschaft am Samstag, den 2. April, danach an den vier folgenden Freitagen. Tufan Ünal, der Vorsitzende der Türkischen Union von Krefeld, hatte sichtlich erfreut mitgeteilt, dass die Stadt dem Antrag zur Genehmigung des Rufes zugestimmt habe. Lediglich mit ein paar bürokratischen Auflagen: so dürfe er nicht länger als fünf Minuten dauern und eine bestimmte Dezibel-Marke nicht überschreiten. Zudem meinte Ünal allen Ernstes, dass der Muezzinruf „ein wichtiges Zeichen für Toleranz und Weltoffenheit“ der Stadt sei, das jetzt, da es in Europa Krieg gebe, „noch wichtiger“ geworden sei. Ihm sei auch wichtig zu betonen, dass der Muezzin-Ruf im Einvernehmen mit den anderen Religionsgemeinschaften erfolge. Es gebe regelmäßige Kontakte und Gesprächsrunden, in denen über solche Dinge gesprochen werde.

Die Naivität der Vertreter dieser „anderen Religionsgemeinschaften“ ist unübertroffen. Mit diesem Muezzinruf wird ihnen schlichtweg die Existenz abgesprochen und der alleinige Machtanspruch des Politischen Islams verkündet, und sie freuen sich vor lauter Toleranz-Besoffenheit auch noch darüber. Irfan Peci betont ebenfalls die gefährliche Botschaft des Muezzinrufes und warnt eindringlich vor der Ahnungslosigkeit hiesiger Politiker, Kirchenvertreter und Journalisten, die einer totalitären Ideologie aus Unkenntnis auch noch den roten Teppich ausrollen.

Hier auch der Islam-Wochenrückblick #22, der aufgrund der Arbeitsbelastung wegen der BPE-Kundgebung in München vom vergangenen Samstag bisher noch nicht bei PI-NEWS erschienen ist:

Platz 4: 17-jähriger syrischer „Asylant“ plante einen Anschlag auf die Synagoge in Halle, um möglichst viele Juden zu töten und bekommt eine Bewährungsstrafe.

Platz 3: Jack Wolfskin wirbt mit moslemischer Frau, bei der aufgrund ihres Niquabs nur noch die Augen zu sehen sind.

Platz 2: Freispruch im Berufungsverfahren für zwei Syrer, die eine 14-jährige deutsche Flüchtlingshelferin vergewaltigten.

Platz 1: In Pakistan köpfen drei Lehrerinnen ihre Kollegin, weil sie angeblich den Islam verhöhnte.

Auf dem [Telegram-Kanal „Islamistenjäger“](#) veröffentlicht Irfan Peci täglich viele wichtige Meldungen und Videos rund um die Islamisierung. Ein Abonnement empfiehlt sich unbedingt. Bisher folgen ihm knapp 11.000 Interessierte.

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA (BPE) klärt seit 2003 über den Politischen Islam auf. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte vermittelt die BPE der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen. Zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit kann man [hier Mitglied werden](#). Abonnieren Sie auch den [offiziellen Telegram-Kanal](#).

<https://www.pi-news.net/2022/04/prozess-wuerzburg-schuld-unfaehigkeit-des-somalischen-killers/>

Prozess Würzburg: „Schuld-Unfähigkeit“ des somalischen Killers

28. April 2022

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 22. April hat in Würzburg der Prozess gegen den somalischen Moslem Abdirahman Jibril A. begonnen, der am 25. Juni des vergangenen Jahres in Würzburg drei Frauen tötete. Vier weitere Frauen verletzte er schwer. Ebenso ein 11-jähriges Mädchen und einen 16-Jährigen. Drei Menschen kamen mit leichten Verletzungen davon. Dabei benutzte der Somalier ein 32 Zentimeter langes Küchenmesser mit einer 20 Zentimeter langen Klinge, das er aus der Haushaltsabteilung des Kaufhauses entwendete, in dem er sein mörderisches Treiben begann.

Der moslemische Killer soll aufgrund „psychischer Probleme“ angeblich „schuldunfähig“ sein. Laut Gutachtern habe er „Wahnvorstellungen“ und „Halluzinationen“.

Sehen wir uns die Fakten an: Der Moslem aus Somalia rief während des Tötens mindestens zwei Mal „Allahu Akbar“, was „Allah ist am Größten“ bedeutet und häufig von radikal-islamischen Terroristen während ihrer Attentate ausgerufen wird.

Laut Sicherheitskreisen sagte Abdirahman Jibril A. nach seiner Festnahme, dass er „seinen Dschihad“ verwirklicht habe, also seinen „Heiligen Krieg“. Bei den Vernehmungen gab der Moslem an, „Stimmen im Kopf“ hätten ihn angewiesen, mit einem Messer möglichst viele Menschen zu töten. Er habe sich in Deutschland „ungerecht behandelt“ gefühlt und sich rächen wollen.

Am Tag des Attentates soll der Somalier eine SMS an seine Mutter verschickt haben, einem Abschiedsbrief gleich, in dem er ihr mitteilte, dass man sich im „Paradies“ wiedersehen würde. Das ist typisch für einen geplanten Märtyrertod, der nach der Ideologie des Politischen Islams mit dem Paradies belohnt wird, wo auf den Dschihadisten 72 willige Jungfrauen und ewige sexuelle Freuden warten. Am Krankenhausbett habe der gläubige Moslem Berichten zufolge dann auch noch zu „Allah“ gebetet.

Fünf Monate vor der Bluttat soll Abdirahman Jibril A. in seiner Obdachlosenunterkunft einen Mitbewohner mit einem Messer bedroht haben. **Vergangenheit bei radikal-islamischer Terror-Miliz „al-shabaab“ Ein Zeuge aus dieser Unterkunft meldete, dass er ein Telefonat des Somaliers aus einem benachbarten Zimmer mitgehört habe, wonach jener in den Jahren 2008 und 2009 für die radikal-islamische Terror-Organisation Al-Shabaab in Somalia Zivilisten, Journalisten und Polizisten getötet haben soll. Die Generalbundesanwaltschaft ermittelte, stellte dann aber das Verfahren ein, weil keine Beweise aufzutreiben waren und der Somalier seiner Altersangabe nach zum Tatzeitpunkt erst elf oder zwölf Jahre alt gewesen wäre. Was allerdings nicht stimmt, denn der Moslem hatte bei der Erfassung seines Asylantrages mit seinem Geburtsdatum gelogen. Er wäre vielmehr 19 oder 20 Jahre alt gewesen. Dazu später mehr.**

In dem Logo von al-shabaab ist der Koran **mit zwei Waffen** zu sehen. Vielleicht kommen die Stimmen im Kopf von Abdirahman Jibril A. ja aus dem Koran – dort stehen schließlich an 27 Stellen die „Tötet die Ungläubigen, wo immer Ihr sie findet“-Befehle. Das Wort „töten“ ist im Koran sogar 187 mal zu finden. Wenn der Somalier dies von klein auf bei al-shabaab eingehämmert bekam, und er schon als junger Mann tötete, kann es schon sein, dass sich das in seinem Kopf festsetzte und er deswegen seinen Dschihad auch in Deutschland irgendwann fortsetzen wollte.

Freitag ein beliebter Anschlags-Tag bei radikalen Moslems

Dass der somalische Moslem seine Attacke an einem Freitag durchführte, ist auch kein Zufall: Denn der Freitag ist laut „The Religion of Islam“ der **wichtigste Tag für Moslems**, „bedeutungsvoller“ und „vorteilhafter“ als jeder andere.

In den Überlieferungen des Propheten Muhammad steht, dass der beste Tag vor dem Angesicht Allahs der Freitag ist, der Tag der Versammlung. So soll auch an einem Freitag einer der „größten“ Verse des Koran offenbart worden sein, und zwar Sure 5 Vers 3:

„Heute habe Ich euch eure Religion vervollkommnet und Meine Gnade an euch vollendet und Euch den Islam zum Glauben erwählt.“

Am Freitag sollen sich Moslems versammeln, um gemeinsam zu beten. Vor dem Gebet hören sie einen Vortrag, der sie mit „wertvollem Wissen“ über Allah und die Religion des Islam „stärken“ soll. Nicht selten werden Moslems dabei in Moscheen von radikalen Imamen mit den Kampf-Befehlen des Korans aufgehetzt und ziehen dann anschließend zu Terror-Attacken los.

Dass Abdirahman Jibril A. auf ihm unbekannte Menschen losging, mit unvorstellbarer Wucht sein Messer immer wieder in sie hineinrammte und dabei auf ihren Kopf, Hals und Nacken zielte, kennt man auch von anderen Attentaten des Politischen Islams.

„Stimmen im Kopf“

All diese Tatsachen werden aber von der Justiz ignoriert. Der somalische Moslem soll ausschließlich in die Psycho-Ecke verschoben und jegliches radikal-islamische Motiv abgestritten werden. Die **Abendzeitung titelt:**

„Stimmen im Kopf, aber wohl keine Terror“

Das klingt verdächtig. Man fragt sich unweigerlich, wer da mit welchem Hintergrund in der Redaktion an der Tastatur sitzt.

Oberstaatsanwältin Judith Henkel schilderte zu Prozessbeginn, dass der Somalier seine Opfer willkürlich ausgesucht habe, um seinem Plan entsprechend möglichst viele Menschen zu töten und sich für die ihm widerfahrene „Ungerechtigkeit“ zu rächen.

Da fragt man sich natürlich, welche „Ungerechtigkeit“ dem somalischen „Schutzsuchenden“ angeblich widerfahren sei, der bei uns gastfreundlich aufgenommen und während seines gesamten Aufenthaltes vom deutschen Sozialstaat durchgefüttert wurde.

Dabei beschiss der Somalier schon bei seiner Ankunft in Deutschland im Jahr 2015 und behauptete, er sei 1997 geboren. Vermutlich, um sich mit dem dadurch vorgetäuschten Alter von 18 Jahren die bevorzugte Schutzbehandlung als „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ zu erschleichen. Nach seiner Festnahme im vergangenen Jahr gab er zu, schon im Jahr 1989 geboren zu sein. Demnach war er zum Tatzeitpunkt 32 Jahre alt.

Motiv Rachsucht

Oberstaatsanwältin Henkel sagt, der Somalier sei trotz der bei ihm vorliegenden „paranoiden Schizophrenie“ von Rachsucht beherrscht gewesen.

Ich kenne diese Judith Henkel noch aus ihrer Zeit als junge Staatsanwältin von mehreren Gerichtsverfahren gegen mich in München. Sie war resolut GEGEN meine Aufklärungsarbeit eingestellt und absolut NICHT an Fakten über den Politischen Islam interessiert.

So erklärt sich auch, dass Henkel diese Rachsucht, diesen Plan, wahllos zu töten, diese Kaltschnäuzigkeit, Gewissenlosigkeit, Brutalität und Unbarmherzigkeit nicht mit der Ideologie des Politischen Islams in Einklang bringen kann und will. Würde sie sich mit den „Tötet die Ungläubigen, wo immer Ihr sie findet“-Befehlen des Korans auseinandersetzen, könnte sie ahnen, woher die Stimmen im Kopf des somalischen Moslems stammen.

Propaganda-Maschinerie des Regierungsapparates

Aber der Täter muss, vor allem auch nach dem Wunsch der regierenden Politiker, „schizophren“, „paranoid“ und „wahrnehmungsgestört“ sein.

In Würzburg kann nicht sein, was nicht sein darf. Hinter den Kulissen scheint von Anfang an die Parole ausgegeben worden zu sein: diese Tat darf NICHTS mit dem Islam zu tun haben. Der Islam MUSS in der Außendarstellung eine friedliche Religion sein. Abdirahman Jibril A. HAT ausschließlich psychisch gestört zu sein. Man wollte die Bevölkerung in altbewährter Tradition wohl „nicht verunsichern“. Und so lief die Propaganda-Maschinerie des Regierungsapparates sofort mit vollen Touren an. Merkels Regierungssprecher [Steffen Seibert twitterte](#) bereits einen Tag nach dem Attentat:

„Die Ermittlungen werden ergeben, was den Amokläufer von Würzburg antrieb. Sicher ist: Seine entsetzliche Tat richtet sich gegen jede Menschlichkeit und jede Religion.“

Damit war das Ergebnis der Ermittlungen nach dem ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung bereits vorweggenommen. Bayerns

Ministerpräsident [Markus Söder sekundierte pflichtbewusst:](#)

„Gut und böse sind keine Frage der Religion und Ethnie.“

Würzburgs Oberbürgermeister, CDU-Mann Christian Schuchardt, assistierte dieses Framing durch [seinen Offenen Brief](#), den er zwei Tage nach dem Terror-Anschlag an die Bürger der Stadt richtete:

„Die Verbrechen Einzelner sind niemals auf Bevölkerungsgruppen, Religionen, Staatsangehörigkeiten zurückzuführen.“

Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden, blies [ins gleiche Horn:](#)

„Dunkle Wolken sind über meine Heimatstadt Würzburg gezogen. Uns, Christen, Juden und Muslime, eint der gemeinsame Glaube an Gott. Ich hoffe, dass es durch die schreckliche Tat gelingt, die Stadtgemeinschaft in Würzburg noch enger zusammenzuschweißen.“

Was für ein Irrsinn – ein Funktionär des Judentums, das vom Politischen Islam als etwas kompromisslos zu bekämpfendes Minderwertiges angesehen wird, schwafelt vom „gemeinsamen Glauben“.

Aus diesem rückgratlosen Appeasement spricht die Befürchtung, dass die Stadtgemeinschaft in Würzburg durch einen solchen schwerwiegenden radikal-islamischen Terroranschlag tiefe Risse bekommen könnte, was wohl unter allen Umständen zu verhindern sei. Selbst unter Leugnung der Realität und der Fakten.

Der beste Strafverteidiger Würzburgs für den somalischen Mörder Und so wurde dem somalischen Moslem von der Stadt Würzburg auch der nach Einschätzung von Juristen beste Strafverteidiger der Stadt [an die Seite gestellt:](#) Rechtsanwalt Dr. Hans-Jochen Schrepfer, der übrigens

im Auftrag des Bayerischen Justizministeriums auch als Dozent in der Referendarausbildung im Bereich Strafrecht **tätig ist**.

Im Sinne der Bayerischen Staatsregierung sozusagen hatte Dr. Schrepfer ab sofort die Kontrolle über alle Vernehmungen. So ein erfahrener Strafrechtler weiß natürlich, dass bei einer vermeintlichen „psychischen Erkrankung“ die Schuldunfähigkeit folgt, es also keine Anklage vor einem Strafgericht gibt.

Zu Prozessbeginn betrieb Schrepfer gegenüber den Journalisten im Verhandlungsgebäude bestes Marketing für seinen Mandanten. So habe sich der Moslem seiner Aussage nach „für die Tat entschuldigt“ und empfinde „Mitgefühl“. Er „bedauere das Leid“, das er vor allem den Opfern und den Angehörigen zugefügt habe. „Innere Stimmen“ hätten ihn zu der Attacke bewegt.

Da könnten einem ja fast die Tränen kommen. Das arme Psycho-Opfer. Und der Rechtsanwalt ist **sich ganz sicher**:

„Zu keinem Zeitpunkt hat es terroristische Motive gegeben“

Ganz so, wie es die Regierenden gerne hätten. Auch die Generalstaatsanwaltschaft München ist auf Linie und **teilt mit**, dass die Ermittlungen „keine Hinweise auf islamistische Motive“ für die Tat ergeben hätten. So habe man keine Verbindungen zum Islamischen Staat finden können. Man wolle den „Flüchtling“ nun dauerhaft in einer geschlossenen Abteilung eines psychiatrischen Krankenhauses unterbringen lassen.

Das alles wirkt wie eine umfassende Vertuschungs-Aktion.

Oberstaatsanwältin Judith Henkel beschrieb, dass der somalische Moslem die Arg- und Wehrlosigkeit der Geschädigten bewusst ausgenutzt und in feindseliger Willensrichtung gegen die Opfer gehandelt habe. Ein Großteil der Tatopfer hätte keine Möglichkeit gehabt, den Angriff durch den Beschuldigten vorauszuahnen, sondern sich in völliger Sicherheit gewöhnt. Die natürliche Abwehrbereitschaft und Abwehrfähigkeit hätten deshalb gänzlich gefehlt.

Die Opfer des somalischen Messermörders

Die Bild-Zeitung hat den Tathergang protokolliert und gibt den Opfern ein Gesicht. An diesem Freitag Nachmittag geht der Terror um 17:03 Uhr in einem Kaufhaus am Barbarossaplatz los. Abdirahman Jibril A. sticht der 39-jährigen Stephanie zweimal von hinten mit seinem langen Küchenmesser in Hinterkopf und Nacken. Sie schwebt nach der Attacke in akuter Lebensgefahr und bleibt für immer querschnittsgelähmt.

Die 26-jährige Jessica sieht den Messerstecher, will fliehen, scheitert aber an einer verschlossenen Tür. Weil sie sich mit ihrem Einkaufskorb wehrt, bleibt es bei Schnitten an Schulter und Stirn.

Die 24-jährige Stefanie will ein Kleid für eine Hochzeit kaufen, erstarrt beim Blick des Blutbades, rennt noch davon und wird vor dem Notausgang von Abdirahman Jibril A. zu Fall gebracht. Er fixiert sie mit seiner rechten Hand und sticht sechs Mal auf ihren Nacken ein. Die junge Frau stirbt durch Blutverlust.

Auf der Suche nach weiteren Opfern trifft der Somalier in der Damenwäsche-Abteilung auf die 82-jährige Johanna. Er tötet sie mit vier Stichen in den Hals.

All das geschieht noch in derselben Minute: Die 49-jährige Lehrerin Christiane fährt mit ihrer 11-jährigen Tochter die Rolltreppe hinab, hat von dem Amoklauf nichts mitbekommen. Der Täter rammt ihr die Klinge von hinten zweimal in den Hals und sticht drei weitere Male auf die am Boden liegende Brasilianerin, die der Kriminalität in ihrer Heimat

entkommen wollte, ein. Sie stirbt. Ihre Tochter rennt schreiend davon, während Kaufhausdetektiv Hossein Gläser auf den Killer wirft.

Eine halbe Minute später vor dem Kaufhaus: Die 52-jährige Gabriele tröstet die nach ihrer Mama rufende Elfjährige, sieht Abdirahman Jibril A. nicht auf sich zukommen. Drei Stiche treffen ihren Nacken und die Schulter. Das Kind will fliehen, wird auch attackiert. Drei Stiche treffen das Mädchen in den Nacken.

Das nächste Opfer ist ein 16 Jahre alter Junge, der am Barbarossaplatz sitzt. Der somalische Moslem sticht zehnmal auf dessen Hals und Kopf ein. Der Jugendliche wird lebensgefährlich verletzt und leidet bis heute an Lähmungserscheinungen.

Als nächstes sticht Abdirahman Jibril A. die 73-jährige Ingrid nieder, die schwer verletzt überlebt, weil Sicherheitsmann Oliver eingreift. Er berichtet Bild:

„Ich habe ihn mit einem Schirm und einem Stuhl attackiert, hoffte, dass er das Messer verliert. Doch seine toten Augen waren starr, das war ein wilder Mordtrieb. Ich bin gestolpert, da ist er auf mich losgegangen. 50 Zentimeter waren zwischen mir und dem Messer, viel hätte nicht mehr gefehlt, dann wäre ich heute nicht mehr da.“

Zeugen schlagen mit einem Stuhl nach Abdirahman Jibril A. und ziehen den Sicherheitsmann weg. Trotz Todesangst setzt der 39-jährige Oliver die Verfolgung fort.

Auch der Kaufhausdetektiv Moradi heftet sich an die Fersen des Angreifers. Der 57-Jährige rennt ihm wie auch andere mutige Passanten durch die Innenstadt hinterher und versucht, ihn in Schach zu halten. Moradi, der 2005 aus dem Iran nach Deutschland flüchtete, sagt, dass er den schwarzen Blick des Täters bis heute nicht vergessen kann.

Die Polizei trifft um 17:06 Uhr ein und kann den Somalier mit einem Schuss in den Oberschenkel stoppen. Diese blutige Apokalypse hat gerade mal drei Minuten gedauert.

27 Prozesstage für den somalischen Messermörder

Für den Prozess hat das Gericht 27 Termine für die Hauptverhandlung abgestimmt, was sich voraussichtlich bis zum 23. September hinzieht. Das Verfahren wird abwechselnd in drei großen Hallen durchgeführt, da das öffentliche Interesse sehr groß und die Räume des Justizentrums zu klein sind. Im Mainfrankensaal in Veitshöchheim, in der Weißen Mühle in Estenfeld und in einer Veranstaltungshalle in Würzburg ist ausreichend Platz.

Wenn trotz der umfangreichen Ermittlungsakten, die in 55 Ordnern zusammengefasst sind, das radikal-islamische Motiv komplett unter den Teppich gekehrt werden sollte, dann kann man durchaus von einer juristischen Bananenrepublik sprechen. Die BPE und PI-NEWS bleiben an dem Thema dran und verfolgen die weitere Entwicklung dieses Prozesses ganz genau.

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA (BPE) klärt seit 2003 über den Politischen Islam auf. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte vermittelt die BPE der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen. Zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit kann man [hier Mitglied werden](#). Abonnieren Sie auch den [offiziellen Telegram-Kanal](#).

<https://www.n-tv.de/politik/Zahlreiche-Tote-nach-Explosion-in-Kabuler-Schule-article23275535.html>

Täter noch nicht bekannt

Zahlreiche Tote nach Explosion in Kabuler Schule

19.04.2022, 13:39 Uhr

Im Westen Kabuls wurden zuletzt mehrmals Anschläge gegen die dort lebenden Schiiten verübt. Nun kommt es erneut zu mehreren Explosionen auf einem Schulgelände. Nach örtlichen Berichten werden dabei bis zu 25 Menschen getötet. Bislang bekennt sich keine Gruppe zu dem Bombenanschlag.

Bei Explosionen an einer Schule in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind zahlreiche Menschen getötet worden. Laut ersten Angaben der Taliban-geführten Polizei wurden mindestens sechs Menschen getötet und elf weitere verwundet. In örtlichen Berichten war die Rede von bis zu 25 Toten, auch gab es Listen mit einer höheren Zahl von Verletzten. Vor dem Krankenhaus warteten Dutzende Menschen auf Neuigkeiten zu verwundeten Angehörigen.

Dem Innenministerium zufolge ereigneten sich die Detonationen an einer Mittelschule für Jungen im westlichen Stadtteil Dascht-e Bartschi. Bislang bekannte sich keine Gruppe zu dem Anschlag. Die Taliban sperrten das Gelände ab und nahmen einigen Journalisten ihre Kameras ab, sodass es kaum möglich war, sich ein Bild des Geschehens zu machen.

Kritik an Vorgehen der Taliban UN: Mehr IS-Angriffe in Afghanistan

"Die Explosion passierte vor dem Tor, als die Schüler gerade aus der Schule kamen, ich sah viele Menschen vor meinen Augen fallen", berichtete ein Lehrer der Schule. Zusätzlich zu den zwei Explosionen an der Schule soll sich laut dem Polizeisprecher Chalid Sadran eine dritte Detonation in einem englischen Sprachzentrum in der gleichen Gegend ereignet haben. Ein Sicherheitsbeamter sagte, die Explosionen stammten von einer Handgranate. Zuletzt gab es mehrere Anschläge im Westen Kabuls, wo viele Angehörige der schiitischen Hasara leben. Einen Großteil der Angriffe beanspruchte die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) für sich. Die sunnitischen Extremisten betrachten Schiiten als Abtrünnige vom wahren Glauben, obwohl auch sie Muslime sind. Bei Bombenanschlägen nahe einer Schule ebenfalls in dem Stadtteil im Mai 2021 wurden mindestens 85 Zivilisten - vor allem junge Mädchen - getötet und Dutzende weitere verletzt.

Quelle: ntv.de, mbu/dpa/AFP

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/225174?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Radikalisierung: Einschätzung der Gefährdung

Dtsch Arztebl 2022; 119(20): A-912 / B-755

Allroggen, Marc; Rau, Thea; Heimgartner, Anna; Fegert, Jörg M.

Terrorakte und extremistisch motivierte Gewalttaten in den vergangenen Jahren zeigen, dass diese auch ein Thema in der Krankenbehandlung sein können (1). Dennoch spielen

Radikalisierungsprozesse und extremistische Einstellungen von Patientinnen und Patienten in der Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten beziehungsweise Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten bislang nur eine untergeordnete Rolle.

Unter Radikalisierung wird dabei ein Prozess verstanden, bei dem zunehmend gesellschaftliche Grundwerte infrage gestellt werden (2), wobei es sich dabei bei den meisten Menschen um eine

gedankliche oder gesellschaftskonforme Auseinandersetzung mit radikalen Veränderungen handelt (zum Beispiel bei Demonstrationen; [2, 3]). **Dahingegen werden mit Extremismus politische Einstellungen bezeichnet, die sich mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Werten nicht vereinbaren lassen. Häufig kommen illegale oder gewalttätige Methoden zum Einsatz, um die extremistischen Ziele zu verfolgen (3). Radikalisierungsprozesse beziehen sich dabei nicht nur auf klassische Phänomenbereiche wie Islamismus, Linksextremismus oder Rechtsextremismus, sondern auch zum Beispiel auf radikale Einstellungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und damit verbundenen Einschränkungen.**

Mögliches Spannungsfeld

Neben der Behandlung von Opfern von extremistischer Gewalt und deren Angehörigen stellt sich die Frage, wie im Rahmen der Krankenbehandlung eine Einschätzung eines Gefährdungspotenzials bei Patienten, die sich radikalieren oder aggressive Fantasien äußern, vorgenommen werden kann und wie bereits frühzeitig krisenhaften Lebensverläufen, die einen Radikalisierungsprozess begünstigen können, begegnet werden kann. **Dabei besteht anhaltend die Diskussion über ein mögliches Spannungsfeld zwischen berufsständischer Schweigepflicht und therapeutischer Beziehung in der Behandlung von Patienten mit radikalen Einstellungen (4).**

Insbesondere die Bedeutung von psychischen Erkrankungen im Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen und extremistischer Gewalt wird seit vielen Jahren immer wieder kontrovers diskutiert. Auch wenn Untersuchungen zeigen, dass in der Bevölkerung psychische Störungen häufig als Ursache extremistischer Gewalt angesehen werden (4, 5), sind die Zusammenhänge zwischen Radikalisierungsprozessen, extremistischen Gewalttaten und psychischen Störungen komplex. Bisherige Untersuchungen gehen davon aus, dass die Prävalenz psychischer Erkrankungen unter extremistischen Personen insgesamt nicht höher als in der allgemeinen Bevölkerung ist (6). Gleichzeitig können frühkindliche negative Beziehungs- und Misshandlungserfahrungen, Entwicklungskrisen sowie narzisstische, paranoide oder auch antisoziale Persönlichkeitszüge einen Radikalisierungsprozess bedingen oder verstärken (7, 8). Die Früherkennung von ungünstigen Entwicklungsverläufen, in denen sich insbesondere junge Menschen im Rahmen einer Identitätskrise und einer Auseinandersetzung mit ihrer Biografie einer extremistischen Gruppe zuwenden und dort Halt suchen, kann daher einen wesentlichen präventiven Aspekt darstellen, bei dem Ärzte und Psychotherapeuten eine zentrale Rolle spielen können.

Psychische Auffälligkeiten

Einige, insbesondere schwere psychische Erkrankungen, können zudem mit einem erhöhten Risiko für aggressives Verhalten einhergehen (9). Insbesondere bei extremistischen Einzeltätern, die sich beispielsweise nicht in der Gruppe radikalieren, sondern über virtuelle soziale Netzwerke oder Informationen im Internet, finden sich häufig entsprechende psychische Auffälligkeiten (10, 11). Meist ist dabei eine Differenzierung schwierig, inwieweit primär psychopathologische Auffälligkeiten eine Gewalttat oder eine Radikalisierung begründen können. In der Behandlung von Patienten mit schweren psychischen Störungen und gleichzeitig extremistischen Einstellungen ist daher eine Gefährdungseinschätzung durch Behandelnde besonders relevant.

Ein weiterer Aspekt ist bislang in der anhaltenden Diskussion um Zusammenhänge zwischen Radikalisierung und psychischen Störungen und den Umgang mit diesen Patienten kaum beachtet worden, nämlich, dass psychische Störungen auch in Zusammenhang mit dem Radikalisierungsprozess entstehen können, zum Beispiel durch die Konfrontation mit Gewalt oder einer Distanzierung von Angehörigen und von sozialen Bezügen. Zudem können in Zusammenhang mit dem Ausstieg aus einer extremistischen Gruppe und der Abwendung von extremistischen Einstellungen Belastungssituationen entstehen (12, 13).

Die komplexen Zusammenhänge zwischen psychischen Erkrankungen, Belastungen und Radikalisierung zeigen, dass eine Notwendigkeit besteht, Ärzte und Psychotherapeuten für die Themen von Betroffenen zu sensibilisieren und entsprechendes Hintergrundwissen und

Handlungskompetenz für die Behandlung von Patienten mit extremistischer Einstellung zu vermitteln.

Bisherige Erfahrung von Psychotherapeuten in der Therapie von Patienten mit extremistischer Einstellung zeigen, dass der Zugang zur therapeutischen Behandlung auf ganz unterschiedlichen Wegen erfolgen kann. So kann beispielsweise während der Unterbringung in einer Justizvollzugsanstalt oder im Rahmen einer Bewährungshilfe ein Kontakt entstanden sein. Genauso kann auch eine Vorstellung in psychotherapeutischen Ambulanzen zur Abklärung etwaiger Krankheitsbilder oder in niedergelassenen Praxen erfolgen, zum Beispiel auf Empfehlung von spezialisierten Fachberatungsstellen oder sogenannten Ausstiegsprogrammen, die Personen und ihre Angehörigen beraten (14). Dieser Zugang ist allerdings nicht selbstverständlich, denn Personen mit extremistischer Einstellung finden häufig keinen Zugang zu entsprechenden Diensten und Unterstützungsangeboten und nicht allen ist bekannt, welche Art der Behandlung Psychiaterinnen und Psychiater oder Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten anbieten können und wie sie davon profitieren können (13). Um die Berufsgruppe stärker in die Extremismusprävention einzubinden, ist es daher wichtig, diese mit anderen Einrichtungen und Diensten zu vernetzen, die mit entsprechenden Personengruppen arbeiten, damit systematisch ein Kontakt initiiert werden kann und Betroffene adäquat betreut werden können (15).

Extremismusprävention

Ein Projekt des Universitätsklinikums Ulm zum Thema Extremismusprävention durch Qualifizierung und Vernetzung, welches Angehörigen von Heilberufen mehr Sicherheit im Umgang mit der Thematik geben soll, setzt an den Verschränkungen der verschiedenen Akteure in der Extremismusprävention wie Fachberatungsstellen und Sicherheitsbehörden mit medizinischen Fachkräften an. Im Rahmen des vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten dreijährigen Forschungsprojektes sollen Empfehlungen erarbeitet werden, wie auf behördlicher Ebene und auf der Ebene von in der Praxis tätigen Fachkräften in Fällen einer Radikalisierung kooperiert werden kann. Dabei werden vor allem Themen wie Vertraulichkeit in der Behandlung, der therapeutische Zugang zu Patienten mit extremistischen Einstellungen sowie der Umgang mit Gefährdungssituationen im Beratungs- und Behandlungskontext diskutiert.

Die Arbeitsgruppe an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie am Universitätsklinikum Ulm stellt Ärzten und Psychotherapeuten eine Handlungsempfehlung im Umgang mit radikalisierten Patienten zur Verfügung. Diese ist unter folgendem Link abrufbar: <http://daebl.de/GS75>

Zitierweise dieses Beitrags: Dtsch Arztebl 2022; 119(20): A 912–3.

Anschrift für die Autorinnen und Autoren:

Dr. biol. hum. Thea Rau

Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Universitätsklinikum Ulm,
Steinhövelstraße 5, 89075 Ulm,
thea.rau@uniklinik-ulm.de

Literatur im Internet: www.aerzteblatt.de/lit2022 oder über QR-Code

1. Dom G, Schouler-Ocak M, Bhui K, et al.: Mass violence, radicalization and terrorism: a role for psychiatric profession?. *European psychiatry* 2018; 49: 78–80 CrossRef MEDLINE
2. Borum R: Radicalization into violent extremism I: a review of social science theories. *Journal of strategic security* 2011; 4(4): 7–36. [J Strateg Secur CrossRef
3. Borum R: Radicalization into violent extremism II: a review of conceptual models and empirical research. *Journal of strategic security* 2011; 4(4): 37–62. [JStrategSecur CrossRef

4. Rau T, Mayer S, Fegert JM, Allroggen M: Einstellung der Allgemeinbevölkerung zur Schweigepflicht von Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen bei Patient:innen mit extremistischer Einstellung. *Psychotherapeut* 2021; 1–7 CrossRef
5. Schomerus G, Stolzenburg S, Bauch A, Speerforck S, Janowitz D, Angermeyer MC: Shifting blame? impact of reports of violence and mental illness in the context of terrorism on population attitudes towards persons with mental illness in Germany. *Psychiatry research* 2017; 252: 164–168 CrossRef MEDLINE
6. Trimbur M, Amad A, Horn M, Thomas P, Fovet T: Are radicalization and terrorism associated with psychiatric disorders? a systematic review. *Journal of psychiatric research* 2021; 141: 214–222. [*J Psychiatr Res* CrossRef MEDLINE]
7. Campelo N, Oppetit A, Neau F, Cohen D, Bronsard G: Who are the European youths willing to engage in radicalisation? a multidisciplinary review of their psychological and social profiles. *European psychiatry* 2018; 52: 1–14 CrossRef MEDLINE
8. Rau T, Heimgartner A, Allroggen M: Risiko- und Schutzfaktoren im Kontext von Radikalisierung und extremistischer Gewalt. Themenübersicht und Implikationen für die Wissenschaft und Praxis. *Praxis der Rechtspsychologie* 2021; 31(1): 5 – 27 CrossRef
9. Whiting D, Lichtenstein P, Fazel S: Violence and mental disorders: a structured review of associations by individual diagnoses, risk factors, and risk assessment. *The Lancet Psychiatry* 2020; 8(2): 150–161. [*Lancet Psychiatry* 2020 CrossRef]
10. Corner E, Gill P, Mason O: Mental health disorders and the terrorist: a research note probing selection effects and disorder prevalence. *Studies in Conflict & Terrorism* 2016; 39(6): 560–568 CrossRef
11. Kenyon J, Baker-Beall C, Binder J: Lone-actor terrorism – a systematic literature review. *Studies in Conflict & Terrorism* 2021; 1–24 CrossRef
12. Allroggen M: Psychische Störungen als Ursache und Folge von Radikalisierungsprozessen und extremistischen Gewalttaten. In Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): *Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit. Begleitbuch zum Qualifizierungslehrgang (Umfeld-)Beratung im Phänomenbereich islamistisch begründeter Extremismus. Beiträge zu Migration und Integration, Band 9.* Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2021; 63–65.
13. Rau T, Heimgartner A, Fegert JM, Allroggen M: Haben radikalisierte Personen Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung?. *Psychotherapeut* 2020; 65(4): 297–303.
14. Sischa K: Zur Rolle von Psychotherapie in der Ausstiegsbegleitung und Deradikalisierung. 2020. <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311879/zur-rolle-von-psychotherapie-in-der-ausstiegsbegleitung-und-deradikalisierung/> (last accessed on March 24. 2022)
15. Allroggen M: Psychische Störungen im Zusammenhang mit Radikalisierung. 2020. <https://www.bpb.de/themen/infodienst/306897/psychische-stoerungen-im-zusammenhang-mit-radikalisierung/> (last accessed on March 24. 2022)

Online-Befragung bei Heilberufen

Um besser einschätzen zu können, ob Psychotherapeuten und Ärzte Kontakt mit Patienten haben, die sich im extremistischen Milieu bewegen oder radikale Einstellungen vertreten, wird bis Juni/Juli dieses Jahres durch das Universitätsklinikum Ulm eine deutschlandweite anonyme Online-Befragung bei Angehörigen von Heilberufen durchgeführt, an der bereits kurz nach Start schon viele Fachkräfte teilgenommen haben. Die Befragung thematisiert sowohl bisherige Erfahrungen mit Patientinnen und Patienten mit extremistischen Einstellungen als auch Erfahrungen mit Patienten, die Kontakt zu solchen Personen haben. Außerdem werden Erfahrungen und Einstellungen zur Behandlung von Patienten mit extremistischen Einstellungen erfragt. Um ein gutes Gesamtbild zu erhalten, können auch diejenigen Ärzte und Psychotherapeuten teilnehmen, die keinen Kontakt mit solchen Personengruppen haben. Die Ergebnisse der Online-Befragung sollen in eine E-Learning-Fortbildung zur Weiterbildung von Angehörigen von Heilberufen einfließen, welche im kommenden Jahr

entwickelt wird. Die Teilnahme an der Online-Befragung „Extremistische Einstellung bei Patient:innen – Anonyme Online-Studie zu Häufigkeiten, Kontextfaktoren und Handlungsbedarfen“ ist über folgenden Link möglich: <https://ww2.unipark.de/uc/BefragungExtremismus/>

<https://philosophia-perennis.com/2022/06/06/nigeria-mehr-als-50-todesopfer-bei-islamistischem-anschlag-auf-pfingstmesse/>

Nigeria: Mehr als 50 Todesopfer bei islamistischem Anschlag auf Pfingstmesse

Von

[David Berger](#)

6. Juni 2022

(David Berger) Bei einem blutigen Terroranschlag auf eine katholische Kirche in Nigeria sind zahlreiche Gläubige getötet worden. NBC-News geht von mehr als 50 Todesopfern aus. Die „Tagesschau“ spricht davon, dass die Hintergründe des Vorfalles noch unklar seien.

Mit Waffen und Sprengstoff überfiel am Pfingstsonntag Morgen eine Gruppe von Angreifern eine Messfeier zum Hochfest in der nigerianischen Stadt Owo (Bundesstaat Ondo im Südwesten Nigerias). Dabei wurden nach Angaben der Behörden zahlreiche Menschen getötet und verletzt. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor.

Bei dem Ort des Angriffs handelt es sich um die römisch-katholische St. Franziskus-Kirche in Owo. Die Täter konnten entkommen.

Gläubige liegen in Blutlachen

Nigeria ist seit vielen Jahren für eine immer weiter um sich greifende blutige Verfolgung der Christen durch fanatische Muslime bekannt. Die Dschihadisten arbeiten hier eng mit anderen kriminellen Banden zusammen.

„Voice of America“ sprach mit dem Abgeordneten Ogunmolasuyi Oluwole: die Angreifer hätten die katholische Kirche St. Francis im Bundesstaat Ondo angegriffen, als sich die Gläubigen am Pfingstsonntag versammelt hatten. Unter den Toten sind viele Kinder, sagte er. Adelegbe Timileyin, der die Region Owo im nigerianischen Unterhaus vertritt, ergänzte, dass auch der den Gottesdienst zelebrierende Priester unter den Todesopfern sei.

Die Behörden haben noch keine offizielle Zahl der Todesopfer bekanntgegeben. Timileyin sagte, es seien mindestens 50 Menschen getötet worden, obwohl andere die Zahl höher ansetzten. Auf Videos, die vom Ort des Anschlags zu stammen, sind Gläubige zu sehen, die in Blutlachen liegen, während die Menschen um sie herum weinen.“

„Tagesschau“: „Hintergründe noch unklar“

Die „Tagesschau“ spricht wieder einmal davon, dass die „Hintergründe noch unklar sind“. Zur Begründung führt sie dabei an, dass es zwar in Nigeria tatsächliche dschihadistische Angriffe auf Christen gebe, bislang aber an diesem Ort noch kein derartiger Anschlag stattgefunden habe. Schließlich sei der Süden Nigerias vor allem christlich geprägt, während die Muslime im Norden lebten. Auf die Idee, dass sich dschihadistische Anschläge daher – nachdem der Norden bereits komplett islamisiert ist – gerade im Süden anbieten, kommt die „Tagesschau“ freilich nicht.

Papst Franziskus zeigte sich über die große Zahl der Opfer entsetzt und versprach „für die Opfer und das Land“ zu beten. Politiker Nigerias verurteilten den Anschlag als „abscheuliche Ermordung von Gläubigen“, als einen „gemeinen und satanischen Angriff“.

Jagd auf Christen eine „Art Volkssport“ in Nigeria

Marco Gallina kommentiert auf [Tichys Einblick](#) heute den Vorfall: „Nigeria besteht aus einem muslimischen Norden und einem christlichen Süden. Seit Jahren ist die Jagd auf

Christen im Norden des Landes zu einer Art Volkssport geworden. Abspaltungen von Boko Haram treiben hier ihr Unwesen, entführen oder töten christliche Gruppe. Berüchtigt sind die Milizen der Fulbe bzw. Fulani, die laut Aussage Professor Obiora Ike, einem Menschenrechtsaktivist und katholischen Monsignore, einen Genozid gegen die christliche Bevölkerung verüben. Gegenüber der christlichen Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) sagt er, dass Christen in Nigeria „systematisch enteignet und permanenter Verfolgung“ ausgesetzt seien.

Mehr als 30.000 seien im letzten Jahrzehnt getötet worden. „Viele weitere wurden entführt, misshandelt oder aus ihren Häusern vertrieben. Inzwischen gibt es in Nigeria über zwei Millionen Vertriebene ...

Unrühmliche Rolle der USA

Eine unrühmliche Rolle spielen die USA in dem Konflikt. Aus geopolitischen Erwägungen wird der Konflikt runtergespielt. Nigeria wurde trotz der mörderischen Säuberungsaktionen im Norden des Landes von der Liste der Länder gestrichen, in der religiöse Verfolgung besteht (CPC). Erst vor wenigen Tagen, am 24. Mai, hat CSI deswegen den US-amerikanischen Außenminister Anthony Blinken dazu aufgefordert, die Afrika-Politik seines Staates zu ändern. Zum Anlass nahm CSI-Präsident John Eibner den Fall Yakubu. „In Afrika stellt sich die Frage, ob die Vereinigten Staaten weiterhin mit autoritären Regimen, korrupten Eliten und deren islamischen Netzwerken zusammenarbeiten wollen. Oder ob die USA die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Religionsfreiheit tatsächlich ernst nehmen“, sagte Eibner.

Die Streichung Nigerias von der CPC-Liste signalisiere Tätern und Opfern, dass religiös-ideologisch motivierte Verbrechen, insbesondere durch islamistische Netzwerke, kaum Relevanz für das US-Außenministerium hätten. Die Folge sei eine Zunahme der religiösen Verfolgung. Schon 2020 warnte CSI vor einem Völkermord in Nigeria. Die Tötung von Christen habe seitdem in Nigeria aber eher zugenommen.“

<https://unser-mittleuropa.com/zusammenarbeit-malis-mit-russland-erfolg-gegen-afrikanischen-islamischen-terror-nun-in-reichweite/>
Zusammenarbeit Malis mit Russland – Erfolg gegen afrikanischen islamischen Terror nun in Reichweite?

09. 06. 2022

Russische Unterstützung könnte islamischem Terror in Mali ein Ende setzen
Selbst in Bamako dürfte man bereits erkannt haben, dass die „Hilfe durch den Westen und auch die, der deutschen Bundeswehr“ wohl kaum zum erhofften Ziel, einer effektiven Bekämpfung des islamistischen Terrors im westafrikanischen 20 Mio. Einwohner Binnenstaat, führen wird.

In diesem Gebiet, der Sahelzone, die sich südlich der Sahara vom Atlantik bis zum Roten Meer erstreckt, sind etliche bewaffnete Terror-Gruppen aktiv. Sie schworen entweder der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) oder al-Qaida, die Treue. In Mali laufen zudem der EU-Ausbildungseinsatz EUTM und der UN-Stabilisierungseinsatz MINUSMA, an denen die Bundeswehr mit gut 1.350 Soldaten ebenfalls beteiligt ist.

Nach „Kapitulation Frankreichs“ nun Russland am „Ruder“

Paris hatte 2013 die Opération Serval in Mali begonnen. Ein Jahr später wurde sie durch die größere Opération Barkhane ersetzt, die auf die Bekämpfung von Aufständen in der gesamten Sahelzone abzielte. Diese umfasst neben Mali auch den Tschad, Burkina Faso, Niger und Mauretanien.

Nachdem die, in Mali stationiert gewesenen französischen Einheiten offenbar die Aussichtslosigkeit der Situation im Kampf gegen den islamischen Terror in Mali erkannt hatten und abgezogen waren, beginnt nun Russland mit dem „Aufräumen“.

Die „Schutzmacht“ des Teiles der, vom späten 19. Jahrhundert bis 1960 beherrschten, ehemaligen französischen Kolonie Französisch-Sudan, hat sich somit ihrer „Schutzfunktion“ in Mali kurzer Hand entledigt.

In Mali kämpft man seit zehn Jahren mit Unterstützung ausländischer Streitkräfte gegen bewaffnete islamistische Terror-Einheiten. Nachdem sich die Beziehungen zwischen Frankreich und der malischen Militär-Regierung, die im Vorjahr die Macht übernommen hatte, zunehmend verschlechterten, zogen sich die französischen Streitkräfte aus Mali. Seitens der EU wurde im April die Anzahl an Militärischen Kräften, des sogenannten „militärischen Ausbildungspersonals“, im westafrikanischen Staat drastisch reduziert. An die Stelle der „Ausbildner“ traten nun russische Einheiten mit „Durchschlagskraft“. Angeblich soll es sich dabei um die „hocheffiziente“ Gruppe Wagner, handeln.

Westen fürchtet russischen Druck auf Europa

Im „Westen“ rumort es deshalb gewaltig, wird doch etwa davon gesprochen, dass „*die umstrittene Gruppe der Wagner-Söldner in ihren Einsätzen vor keinen Mitteln zurück schrecken würde*“. Man befürchte dahinter eine Destabilisierungsstrategie des Kreml, um den Druck auf Europa zu erhöhen“, heißt es in den Westmedien.

Jedes Mittel ist also recht, um dem „bösen Russen“ sogar über die „Afrika-Schiene“, die übelsten Absichten gegenüber Europa an zu dichten. Das eigene 10-jährige Versagen in der Unterstützung Malis gegen den islamistischen Terror, bleibt dabei freilich unerwähnt und wird bewusst unter den „großen europäischen Teppich“ gekehrt.

Seitens der UNO heißt es etwa dazu, „die Sicherheitslage in Mali hätte sich innerhalb kürzester Zeit drastisch verschlechtert. In den ersten drei Monaten dieses Jahres seien über 300 Zivilisten bei Attacken **vom Militär oder von Islamisten** getötet worden“, erläutert wenig aufschlussreich, ein jüngst veröffentlichter UN-Bericht.

Lawrow bestätigt Einsatz der Wagner-Gruppe

Der russische Außenminister Sergej Lawrow bestätigte Anfang Mai erstmals den Einsatz von Wagner-Söldnern in Mali und Libyen, in Form von Militärberatern, allerdings nicht in „offizieller Mission Russlands“.

Ein bekannt gewordener Vorfall aus Mali zeigt wohl deutlich, dass man es mit der Bekämpfung des Islamistischen Terrors von Seiten der Wagner-Einheiten sehr ernst nimmt. Gegenüber der *New York Times* wurde von Augenzeugen berichtet, dass fünf Hubschrauber plötzlich im Tiefflug über eine Stadt geflogen waren, die

sich seit 2015 in der Gewalt eines lokalen Ablegers der Terrorgruppe al-Kaida befand.

Dabei wären Schüsse abgefeuert worden, einige bewaffnete islamistische Kämpfer hätten versucht zu fliehen, während andere das Feuer auf die Hubschrauber eröffnet hätten. In den folgenden Tagen wären zahlreiche mutmaßliche Al-Kaida Mitglieder und Sympathisanten, ausnahmslos Männer in einem naheliegenden ausgetrockneten Flussbett vom malischen Militär und deren "Hilfstruppen", hingerichtet worden.

Erschreckende Ereignisse zweifellos, doch ein Kampf gegen den islamischen Terror, der, wie die Welt in den letzten gut 20 Jahren erfahren musste, keinerlei Regeln kennt, kann nun mahl, so bitter dies auch sein mag, nicht durch „militärische Ausbildungsmissionen“ gewonnen werden.

Seitens der Militär-Regierung in Bamako hieß es dazu, „*man habe in einem Einsatz gegen Aufständische 203 Dschihadisten „neutralisiert“.*

Spanien und GB fordern NATO-Maßnahmen gegen russische Aktivitäten in Afrika

Die deutsche Bundeswehr verlängerte kürzlich ihre Beteiligung an dem UNO-geführten Einsatz MINUSMA zum Schutz der Zivilbevölkerung in Mali um ein weiteres Jahr.

Spanien und Großbritannien hingegen forderten jüngst zusätzliche Maßnahmen der NATO gegen russische Aktivitäten in Afrika.

Die Verteidigungsminister der beiden Staaten sprachen sich dafür aus, die NATO müsse in ihrem neuen strategischen Konzept auch die Südflanke des Militärbündnisses besonders berücksichtigen. Ende Juni ist ein NATO-Gipfel in Madrid geplant, bei dem ein neues strategisches Konzept entwickelt werden soll. Wir stellen uns möglicher Weise nicht ganz unberechtigt die Frage, wie viele „Fronten“ plant die NATO sich noch zu schaffen, um ihr „Überleben“ rechtfertigen zu können?

Mali lobt russische Zusammenarbeit in den höchsten Tönen

Der malische Außenminister Abdoulaye Diop lobte die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation im Militärbereich hingegen in den höchsten Tönen. Die malische Armee sei nun (endlich) zu einer Offensive gegen terroristische Gruppen übergegangen. Diop hatte erklärt, dass „sein Land dank der Sicherheitskooperation mit Russland und der Einfuhr russischer Militärausrüstung unabhängige Luftkampfkapazitäten aufbauen und eine Gegenoffensive gegen Terroristen starten könne“, wie auch Sputnik berichtete.

Dazu erklärte der malische Chefdiplomat, „ich muss Ihnen sagen, dass unsere Zusammenarbeit mit Russland bereits beeindruckend gute Ergebnisse hervorbringt. Heute kann Mali dank russischer Hilfe unabhängig Aufklärung betreiben und auch aus der Luft operieren. Die derzeit laufenden Militäroperationen werden von den malischen Streitkräften vollständig koordiniert.“

„Die bilaterale militärisch-technische Zusammenarbeit besteht schon seit Jahren und wurde 2019 in einem Abkommen erneuert, in dessen Rahmen Mali militärische Ausrüstung, Flugzeuge, Waffen und andere Ausrüstungsgegenstände aus Russland bezieht sowie einschlägige technische Unterstützung und Fachwissen vermittelt bekommt“.

Der Import von Waffen aus Russland ermöglichte es Mali, seine Verteidigungsstrategie zu ändern und fast im gesamten Land Gegenoffensiven gegen Terroristen zu starten“, betonte der Minister.

„Eine Zeit lang blieben wir auf dem Boden, in den Lagern (und kamen nicht voran), und die Terroristen griffen uns an. Jetzt, da die malische Armee in die

Offensive geht, sind unsere Truppen mobiler geworden, dank der Luftunterstützung, die den Soldaten hilft, sich zu bewegen. Wir rücken vor, führen Angriffe durch, und dank dieser groß angelegten Operationen wird die Terrorgruppe getroffen", erläuterte er weiter.

Unterstützung bei Krisenbewältigung Afrikas durch Russland

Im Anschluss an die Verhandlungen mit Diop in Moskau in der vergangenen Woche hatte der russische Außenminister Sergei Lawrow erklärt, dass „Moskau Mali weiterhin bei der Verbesserung der Kampffähigkeit seiner Streitkräfte unterstützen werde, da Russland daran interessiert sei, dass die Krisen in Afrika so schnell wie möglich gelöst werden“.

„Die russische Hilfe habe auch dazu beigetragen, die Sicherheitslage im Land zu stabilisieren, damit Tausende malischer Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren könnten, fügte Diop hinzu.

„Während der drei- bis viermonatigen Operation konnten mehr als 100.000 Menschen in ihre Heimat zurückkehren. In vielen Siedlungen wurden bereits Märkte eröffnet, die Menschen gehen ihrem gewohnten Leben nach und bestellen ihre Felder, erklärte der malische Minister.

„Westlicher“ Putschversuch in Mali vereitelt

Der Besuch Diops in Russland fand vor dem Hintergrund eines versuchten Militärputsches in Mali statt. Nach Angaben des malischen Ministeriums für Territorialverwaltung und Dezentralisierung unternahm eine Gruppe von Militärs, die von einem „westlichen Staat“ unterstützt worden sein sollen, am 12. Mai einen Putschversuch in dem afrikanischen Land, der jedoch vom Rest der Armee verhindert werden konnte..

Wie zu erwarten wird der „Westen“ das afrikanische Territorium nicht ohne „Interventionen“ dem Einflussbereich Russlands überlassen wollen. Mali hatte bereits Anfang Mai jeglicher weiterer Militär-Kooperation mit Frankreich eine klare Absage erteilt.

Die Kündigung aller Verträge und Vereinbarungen, unter anderem als Reaktion auf das angekündigte Ende des französischen Militäreinsatzes (mit rund 4.300 Mann), werde innerhalb von sechs Monaten in Kraft treten. Oberst Abdoulaye Maïga erklärte diesen Schritt in einer Fernseh-Ansprache mit den Worten, „*„Die Regierung der Republik Mali nimmt seit einiger Zeit mit Bedauern eine tiefgreifende Verschlechterung der militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich zur Kenntnis.“*

Bei Demonstrationen in der Hauptstadt Bamako waren Transparente mit der Aufschrift „Frankreich, Gärtner des Terrorismus“ zu lesen gewesen.

Allgemein sieht man den Rückzug Frankreichs aus diesem Teil seiner ehemaligen, nunmehr vom islamischen Terrorismus gequälten Kolonie, als „Niederlage des Westens im Kampf gegen den Islamismus“. Nun „springt“ also einmal mehr Russland ein, um ein Zeichen gegen den Terror zu setzen.

<https://unser-mitteuropa.com/scharia-in-england-muslime-stuermen-kinos-um-blasphemischen-film-ueber-mohammed-zu-verhindern/>

Scharia in England: Muslime stürmen Kinos, um „blasphemischen Film“ über Mohammed zu verhindern

12. 06. 2022

[Islamisten rufen zu Massendemonstrationen und Randalen in England](#) wegen des Films „The Lady of Heaven“ auf, einem Film über das Leben von Fatima, der Tochter von Mohammed. Viele Kinos sagten die Vorführung des Films ab, da er als „blasphemisch“ eingestuft wurde.

Kinos sagen bereits Vorführungen ab

Seit Tagen gibt es Proteste in den Städten mit der stärksten islamischen Präsenz, von Birmingham (fast die Hälfte der Bevölkerung ist inzwischen islamisch) bis Bradford, von Sheffield bis Leeds.

Die nationale Kinokette Cineworld beschloss, die Vorführungen auszusetzen und begründete dies mit der Notwendigkeit, „die Sicherheit unserer Mitarbeiter und Kunden zu gewährleisten“: Dies löste jedoch eine Diskussion und Kontroverse über die Meinungsfreiheit und das Konzept der Blasphemie aus (in Großbritannien gibt es kein Gesetz, das diese bestraft). Und die Spaltungen reichten bis in die Regierung von Boris Johnson.

Proteste von Regierungsberater organisiert!

Sie setzen die Scharia mit Drohungen durch. Wenn Christen gegen einen Film protestieren würden, in dem ein schwuler Jesus vorkommt, würden sie ihn sogar im Einheitsfernsehen ausstrahlen.

Angeführt wird der Protest gegen den Film von Qari Asim, Imam der Moschee in Leeds und Regierungsberater für Islamophobie.

Asim bezeichnete den Film als „verunglimpfend und herabwürdigend“, so dass er „den Muslimen viel Leid zufüge“. Der Geistliche fügte hinzu, dass „wir mit vielen Brüdern und Imamen zusammengearbeitet haben, um mit den Kinos zusammenzuarbeiten, in einigen Orten waren wir erfolgreich und diese Kinos werden den Film nicht mehr zeigen, in anderen Orten verhandeln wir weiter“.

Sie „verhandeln“ weiter – unter „Allahu Akbar“-Gebrüll

Es gibt auch mehrere Videos im Internet, die den Moment festhalten, als der Manager des Cineworld in Sheffield am Sonntagabend vor die vor dem Kino versammelte Menge von Muslimen trat und den Abbruch der Vorführung ankündigte. Allahu Akbar“, riefen die islamischen Demonstranten.

<https://www.pi-news.net/2022/06/islam-woche-27-riesenmoschee-in-bochum-dschihadbuch-bei-ditib-koeln/>

Islam-Woche #27: Riesenmoschee in Bochum – Dschihadbuch bei DITIB-Köln

19. Juni 2022

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | In seinem 27. Islam-Wochenrückblick hat „Islamistenjäger“ Irfan Peci wieder vier Ereignisse herausgesucht, die besonders deutlich die rasch voranschreitende Islamisierung kennzeichnen. **So hat sich in Österreich die Zahl der Moslems in Österreich [seit 2001 verdoppelt](#). Mittlerweile leben 745.600 Moslems in unserem Nachbarland. 1971 waren es noch 22.300 Moslems – also in 50 Jahren eine Vervielfachung um den Faktor 34. Und so dürfte es exponentiell weitergehen, bis in einigen Jahrzehnten gesellschaftliche Mehrheiten erreicht sind.** 284.000 Moslems leben übrigens in der Hauptstadt Wien.

Ähnlich läuft die Entwicklung natürlich auch in Deutschland. So wird eine Großmoschee nach der anderen gebaut, wie beispielsweise in Bochum. **Der im vergangenen Jahr vom Verfassungsschutz beobachtete „Islamische Kulturverein Bochum“ will [eine Riesen-Moschee](#) mit einer Fläche von 13.700 Quadratmetern errichten. Kostenpunkt: Fünf Millionen Euro. Die bisherige Moschee ist nach „Khalid ibn Al-Walid“ benannt, einem der laut Irfan Peci „brutalsten Dschihad-Feldherrn“ der Geschichte. Er war ein Gefährte des Propheten Mohammed, der ihm den Namen „Schwert Allahs“ verlieh.**

Und selbst Mohammed wurde dieser Khalid ibn Al-Walid bisweilen zu brutal, wenn jener ungerechtfertigte Massaker an der Zivilbevölkerung anrichtete, wie beispielsweise im Jahr 630 am Stamm der Banu Dschadhima. Im Spätherbst 632 ließ er zwölf Männer von dem Stamm der Yaru hinrichten, obwohl sie behaupteten, Moslems zu sein. Khalid ibn Al-Walid heiratete anschließend die Frau des soeben getöteten Anführers Malik ibn Nuwaira, die als besonders schön galt. All dies ist selbst [auf Wikipedia nachzulesen](#).

Dieser Khalid ibn Al-Walid galt als besonders rücksichtloser und erfolgreicher Eroberer für die Sache des Politischen Islams. Von ihm ist der Satz überliefert:

„Niemals werde ich der sein, der ein Schwert in die Scheide steckt, das Allah gegen die Ungläubigen gezogen hat.“

Und nach so einem brutalen Killer und gnadenlosen Feldherrn ist die bisherige Moschee in Bochum benannt. Da „freut“ man sich doch schon auf die Vergrößerung in eine Riesen-Moschee.

Für Irfan Peci stellen sich in diesem Zusammenhang noch weitere Fragen: Woher hat die Gemeinde 5 Millionen Euro? Was ist mit Auslandsfinanzierung? Warum regt sich in Bochum kaum Widerstand gegen dieses Projekt?

Auf Platz zwei seines Wochenrückblicks setzt Irfan Peci den CDU-Ausländerbeauftragten Gerd Mackenroth, der eine [Zuwanderung für Sachsen fordert](#). Dies sei „dringend“ nötig. Die Zuwanderung müsse in Sachsens Gesellschaft „grundverankert“ werden, sonst würde man dort „verarmen“, nicht nur „wirtschaftlich“, sondern „auch menschlich“. In dem diesbezüglichen mdr-Artikel wird auch behauptet, dass „Rassismus, Ablehnung anderer und Gewalt gegen sie“, also Ausländer, in Sachsen „Alltag“ sei. Dies würden Betroffene „jeden Tag erleben“, es würde sich „in Polizeimeldungen, Statistiken und persönlichen Schilderungen zeigen“.

Irfan Peci kommentiert, dass dies eine dreiste Unverschämtheit gegen die Bevölkerung Sachsens sei. Genau das Gegenteil sei richtig: Täglich würde man von Ausländergewalt lesen.

Dass es in Sachsen kaum pauschale Ausländerfeindlichkeit gibt, kann auch der islamkritische pakistanisch-stämmige Feroz Khan berichten, der ganz bewusst nach Dresden gezogen ist. In Sachsen verspürt die Bevölkerung vielmehr keine

Lust, ihr schönes Land so islamisieren zu lassen wie es sich in westlichen Bundesländern vollzieht. Es geht selbstverständlich nicht pauschal um „Ausländer“, sondern um jene, die massive Probleme verursachen, und darunter sind eben viele Moslems. Es ist eine regelrechte Frechheit, dass CDU-Mackenroth den Sachsen unter dem Vorwand eines angeblichen Arbeitskräftemangels sozusagen eine Zwangs-Islamisierung verordnen will.

Platz eins im Wochenrückblick belegt die Skandalmeldung aus Köln, dass die dortige DITIB-Zentralmoschee ein Buch vertreibt, in dem die Steinigung als Errungenschaft durch den Islam gepriesen, die strikte Geschlechtertrennung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens befürwortet und die Verschleierung gefordert wird, zumal sie auch „vor Hautkrebs“ schütze.

Der Dschihad wird in dem Buch als „Pflicht für alle Muslime“ dargestellt. Dschihad bedeute, sich für die „Herrschaft des Islams auf der Welt“ mit seinem „Leben, Besitz und seiner Zunge“ auf das „Äußerste“ einzusetzen. **Hierzu solle die Regierung der Kuffar (Ungläubigen) abgesetzt werden. So heißt es auf Seite 334:**

„Die Verpflichtung und Haltung gegenüber einer solchen Regierung ... besteht aus dem Versuch, diese Regierung zu verändern und seine Existenz zu beenden.“

Das Weltherrschaftsziel wird an anderer Stelle bekräftigt:

„Der Dschihad wird geführt, um auf dem Angesicht der gesamten Erde die Herrschaft der Wahrheit zu errichten.“

Damit bleiben keine weiteren Fragen mehr offen – die totalitäre Herrschaftsideologie Politischer Islam lässt ihre Masken fallen.

Aufgedeckt hat den Skandal der deutsch-algerische Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi, der in der Kölner Zentralmoschee in dem Buch „Grundwissen für Frauen – Gemäß der hanafitischen Madhab“ las. Die hanafitisch Rechtsschule ist im sunnitischen Islam übrigens die vorherrschende Rechtsschule und gilt bezeichnenderweise als [die „liberalste“](#). Auf 527 Seiten wird in dem von der DITIB vertriebenen Buch erklärt, was islamkonformes Leben ist. Wie das [Oberösterreichische Volksblatt berichtet](#), stellt der Verkauf dieses Buches in der Kölner DIZIB-Zentralmoschee einen echten Skandal dar:

Politisch brisant ist der Verkauf in der Kölner Zentralmoschee. Sie gehört der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (Ditib), welche dem türkischen Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) untersteht. Dieses wiederum ist direkt beim Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan angesiedelt. Ein Blick in die Online-Bibliothek von Diyanet weist die türkische Ausgabe von „Grundwissen für Frauen“ („Büyük Kadın İlmihali“) als Bestandteil der dortigen Präsenzbibliothek aus – eingetragen mit Standortnummer 297.411 PEH im 1. Stock. Das heißt: Im unmittelbaren Verantwortungsbereichs Erdogans wird – durch Ditib auch auf Deutsch – Literatur verbreitet, die grausame Körperstrafen und den Dschihad gegen Nicht-Muslime propagiert.

So kann der lange Arm des radikalen Islam-Funktionärs Erdogan ungehindert in Deutschland herumfuhrwerken, ohne dass ihm Einhalt geboten wird. Über die DITIB verbreitet sich der Politische Islam rasch in unserem Land aus.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) reagiert auf diese Entwicklungen und hat in Köln eine Kundgebung für den 13. August auf dem Bahnhofsvorplatz Domseite angemeldet, die bereits bestätigt wurde. An den nächsten beiden Wochenenden ist die BPE zunächst in Bayern unterwegs. Irfan Peci wird überall mit von der Partie sein:

Die Kundgebung in Würzburg findet am Jahrestag des tödlichen Attentats des somalischen Moslems auf Frauen statt. Die BPE wird an diesem 25. Juni der Opfer gedenken und vor allem auch aufzeigen, welche Rolle der Politische Islam den Frauen zuweist und welche Bedeutung die Gewalt in dieser Ideologie hat.

In Ingolstadt wird das Thema die dortige bosnische „Islamische Kulturgemeinschaft“ mit angeschlossener Moschee sein, die bis zur Enthüllung durch Irfan Peci und der Veröffentlichung [im BPE-Video am 11. Mai](#) noch bis mindestens 14. Mai nach dem bosnischen SS-Sturmbannführer Husein Dozo benannt war – siehe screenshot vom 14.5.22:

Danach änderten die Bosnier hektisch [ihre Internetseite](#), nennen sich nun „Bosniakisches Kulturzentrum“, bestreiten die faktisch belegten Vorwürfe, verleumden das faktisch unwiderlegbare BPE-Video als „tendenziös, islamfeindlich und propagandistisch“, diffamieren die BPE als „extremistische, rechtspopulistische und islamfeindliche Gruppe“ und behalten sich laut Eintrag vom 20.5.22 [gar rechtliche Schritte](#) (!!)
vor.

Daher dürfte die BPE-Kundgebung in Ingolstadt am 1. Juli auf dem Paradeplatz ganz besonders interessant werden:

In Kürze werden noch weitere Termine im Rahmen der BPE-Sommer-Tour durch Deutschland veröffentlicht. Ab Ende Juli geht es mit Kundgebungen in Hessen, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und Schleswig-Holstein weiter. Die genauen Daten werden auf der [neugestalteten BPE-Seite](#) unter „Aktivitäten“, auf dem [YouTube-Kanal der BPE](#) und dem [YouTube-Kanal von EWO Live](#) veröffentlicht, wo auch die Livestreams der Veranstaltungen übertragen werden.

Wer unterdessen über die unheilvollen Entwicklungen im Zuge der Islamisierung auf dem Laufenden bleiben möchte, abonniere am Besten den [Telegram-Kanal von Irfan Peci](#). Dort berichtet er täglich über die wichtigsten Ereignisse.

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA (BPE) klärt seit 2003 über den Politischen Islam auf. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte vermittelt die BPE der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen. Zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit kann man [hier Mitglied werden](#). Abonnieren Sie auch den [offiziellen Telegram-Kanal](#)

<https://www.pi-news.net/2022/06/terror-in-oslo-iraner-schiesst-um-sich-2-tote-viele-verletzte/>

Terror in Oslo: Iraner schießt um sich – zwei Tote, viele Verletzte

25. Juni 2022

74

Oslo: Der 42-jährige Iraner Zaniar Matapour (kleines Bild) erschoss in der Nacht zum Samstag zwei Menschen und verletzte 21.

Am Samstag, in der Nacht vor einer geplanten „Pride-Parade“, gegen 1.15 Uhr wurden der Osloer Polizei Schüsse in bzw. vor einem Schwulenclub im Zentrum der Stadt gemeldet. Zeugen sprachen von panisch davonlaufenden Menschen und einem Mann, der eine Waffe aus einer Tasche geholt und das Feuer auf die Anwesenden eröffnet habe. Tormod Bakke Johnsen berichtet gegenüber [Dagbladet](#), er sei auf dem

Weg zu einem Taxi gewesen als der Täter an ihm vorbeikam, „Allahu Akbar“ gerufen und geschossen habe.

Einige Passanten sollen versucht haben, den Angreifer festzuhalten, ehe die Polizei ihn schon kurz nach der Tat verhaften konnte. Beim Täter handle es sich um den 42-jährigen Iraner Zaniar Matapour, berichtet das norwegische [Blatt NRK](#). Bislang werden zwei Tote und 21 Verletzte gemeldet, zehn davon sollen zum Teil schwer bzw. lebensbedrohlich verletzt sein.

Matapour kam, laut [lokaler Medien](#), mit zwölf Jahren als „Flüchtling“ ins Land, ist kurdischer Abstammung, mittlerweile norwegischer Staatsbürger und u.a. wegen Drogendelikten polizeibekannt. 2019 wurde [das Goldstück](#) wegen versuchten Mordes und unrechtmäßigen Besitzes einer Schusswaffe festgenommen und angeklagt – die Richter ließen ihn aber wieder laufen. Er hat die Schule nicht abgeschlossen und soll – wie könnte es anders sein – seit 2007 unter „psychischen Problemen“ leiden. Man habe eine paranoide Schizophrenie diagnostiziert, heißt es.

Was in Deutschland oft Tage und ewiges Herumgeschwafel diverser Politiker und Medien braucht, ging in Norwegen ganz flott – die Polizei stufte die Tat rasch und folgerichtig als Terroranschlag und Hassverbrechen ein.

Die „Pride-Parade“ wurde abgesagt. Damit hat vermutlich nicht nur der Täter erreicht was er wollte, sondern es hat auch die sich permanent produzierende woke Minderheit, die so gerne der Mehrheit das Leben diktieren will und meist für noch mehr Einwanderung aus Steinzeitkulturen votiert erlebt, dass bunt und gaga sich nur schlecht mit dieser Art von kultureller „Bereicherung“ verträgt. Die Polizei selbst hat Oslo aber bereits [2013 für verloren erklärt](#). (Isg)

<https://philosophia-perennis.com/2022/06/26/warum-ist-fuer-die-uno-ein-moschee-massaker-so-viel-schlimmer-als-unzaehlige-kirchenmassaker/>

Warum ist für die UNO ein Moschee-Massaker so viel schlimmer als unzählige Kirchenmassaker?

Von
[PP-Redaktion](#)

-
26. Juni 2022

Die Vereinten Nationen haben kürzlich den 15. März zum „Internationalen Tag zur Bekämpfung von Islamophobie“ [erklärt](#). Dieses Datum wurde gewählt, weil an diesem Tag einer der schlimmsten Terroranschläge auf Muslime verübt wurde. Ein Gastbeitrag von [Raymond Ibrahim](#)

Am 15. März 2019 drang der bewaffnete Australier [Brenton Tarrant](#) in zwei Moscheen in Neuseeland ein und eröffnete das Feuer auf unbewaffnete und hilflose muslimische Gläubige; dabei wurden 51 Menschen getötet und 40 verletzt.

Den Islam als besonders schutzbedürftig erklärt

Dieser Vorfall wurde nicht nur im gesamten Westen verurteilt – und das zu Recht. Er hat auch die UNO veranlasst, den Islam als besonders schutzbedürftig einzustufen. Diese Reaktion wirft jedoch eine wichtige Frage auf: Wenn ein nicht-muslimischer Angriff auf eine Moschee für die UNO ausreicht, um einen besonderen Tag für den Islam zu institutionalisieren, was ist dann mit den zahllosen, oft schlimmeren muslimischen Angriffen auf nicht-muslimische Gebetsstätten? Warum hat die UNO auf sie nicht in ähnlicher Weise reagiert?

Denken Sie an einige der tödlichen muslimischen Angriffe auf christliche Kirchen – viele davon, um die religiöse Feindseligkeit zu unterstreichen, gerade zu Ostern oder Weihnachten – in den letzten Jahren:

- **[Sri Lanka](#) (21. April, 2019): Am Ostersonntag haben muslimische Terroristen drei Kirchen und drei Hotels bombardiert; 359 Menschen wurden getötet und mehr als 500 verletzt.**
- **[Nigeria](#) (20. April 2014): Am Ostersonntag setzten islamische Terroristen eine voll besetzte Kirche in Brand; 150 Menschen wurden getötet.**
- **[Pakistan](#) (27. März 2016): Nach den Gottesdiensten am Ostersonntag bombardierten islamische Terroristen einen Park, in dem sich Christen versammelt hatten; mehr als 70 Christen – meist Frauen und Kinder – wurden getötet. „An den Wänden unseres Hauses klebte Menschenfleisch“, [erinnerte](#) sich ein Zeuge.**
- **[Irak](#) (31. Okt. 2011): Islamische Terroristen stürmten während des Gottesdienstes eine Kirche in Bagdad und eröffneten wahllos das Feuer, bevor sie ihre Selbstmordwesten zündeten. Fast 60 Christen – darunter Frauen, Kinder und Säuglinge – wurden getötet (drastische Bilder der Auswirkungen [hier](#)).**
- **[Nigeria](#) (8. April 2012): Am Ostersonntag detonierten von Muslimen gelegte Sprengsätze in der Nähe von zwei voll besetzten Kirchen; mehr als 50 Menschen wurden getötet und eine unbekannte Zahl von Menschen verletzt.**
- **[Ägypten](#) (9. April 2017): Am Palmsonntag verübten Muslime einen Bombenanschlag auf zwei überfüllte Kirchen; mindestens 45 Menschen wurden getötet, mehr als 100 verletzt.**
- **[Nigeria](#) (Dez. 25, 2011): Während des Weihnachtsgottesdienstes beschossen und bombardierten muslimische Terroristen drei Kirchen; 37 Menschen wurden getötet und fast 57 verwundet.**
- **[Ägypten](#) (11. Dezember 2016): Bei einem islamistischen Selbstmordattentat auf zwei Kirchen wurden 29 Menschen getötet und 47 verwundet (drastische Bilder der Auswirkungen [hier](#)).**
- **[Indonesien](#) (13. Mai 2018): Muslime verübten einen Bombenanschlag auf drei Kirchen; 13 Menschen wurden getötet und Dutzende verwundet.**
- **[Ägypten](#) (1. Januar 2011): Muslimische Terroristen haben während der Silvestermesse eine Kirche in Alexandria bombardiert; mindestens 21 Christen wurden getötet. Augenzeugen zufolge wurden „Leichenteile auf der Straße verstreut“ und „in die Kirche gebracht, nachdem einige Muslime begonnen hatten, sie mit Füßen zu treten und dschihadistische Rufe wie ‚Allahu Akbar!‘ zu rufen“.**
- **[Philippinen](#) (27. Januar 2019): Muslimische Terroristen verüben einen Bombenanschlag auf eine Kathedrale; mindestens 20 Menschen werden getötet und mehr als 100 verletzt.**
- **[Indonesien](#) (24. Dez. 2000): Während des Heiligabend-Gottesdienstes sprengten muslimische Terroristen mehrere Kirchen; 18 Menschen wurden getötet und über 100 verletzt.**
- **[Pakistan](#) (15. März 2015): Muslimische Selbstmordattentäter töteten bei Anschlägen auf zwei Kirchen mindestens 14 Christen.**

- **Deutschland** (19. Dezember 2016): In der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin fuhr ein muslimischer Mann mit einem Lastwagen in einen Weihnachtsmarkt; 13 Menschen wurden getötet und 55 verwundet.
- **Ägypten** (29. Dez. 2017): Muslimische Bewaffnete schießen auf eine Kirche in Kairo; neun Menschen werden getötet.
- **Ägypten** (6. Januar 2010): Nach der Heiligabendmesse (nach dem orthodoxen Kalender) erschossen Muslime sechs Christen, als sie ihre Kirche verließen.
- **Russland** (18. Februar 2018): Ein muslimischer Mann, der ein Messer und eine doppelläufige Schrotflinte bei sich trug, betrat eine Kirche und eröffnete das Feuer; dabei wurden fünf Menschen – alles Frauen – getötet und mindestens fünf verwundet.
- **Frankreich** (26. Juli 2016): Muslime drangen in eine Kirche ein und schlitzten dem sein Amt versehenden Priester, dem 84-jährigen Pater Jacques Hamel, die Kehle auf und nahmen vier Nonnen als Geiseln, bis die französischen Behörden die Terroristen erschossen.

Die obige Liste ist, wohlgemerkt, kaum vollständig; es gab viele ähnliche Angriffe auf Kirchen – allein in Ägypten, [hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#), und [hier](#). Da es jedoch keine oder nur wenige Todesopfer gab, wurde in der westlichen Presse, wenn überhaupt, nur wenig über sie berichtet.

Desinteresse an Christenverfolgung in Nigeria

Dies gilt insbesondere für die abgelegenen – und nach Ansicht der westlichen Medien offenbar „unwichtigen“ – Regionen wie Nigeria, wo die Christen **stündlich** in einem von den Muslimen inszenierten **Völkermord** ausgerottet werden. So heißt es in einem **Bericht** vom August 2021, dass die Muslime allein zwischen 2009 und 2021 60.000 Christen getötet haben, während sie im selben Zeitraum 17.500 Kirchen und 2.000 christliche Schulen zerstörten oder in Brand setzten. Wie viele undokumentierte Seelen kamen bei diesen weitgehend unberichteten Terroranschlägen ums Leben?

In der obigen Liste der tödlichen muslimischen Anschläge auf Kirchen sind die vielen verpfuschten Anschläge nicht enthalten, z. B. ein **Anschlag auf eine Kirche** am 28. März 2021 während des Palmsonntagsgottesdienstes, bei dem nur die Selbstmordattentäter – ein muslimischer Mann und seine schwangere Frau – starben.

Allein bei diesen tödlichen Anschlägen auf Kirchen haben Muslime Hunderte von Christen massakriert, wobei die Tausenden von Christen und anderen westlichen Menschen, die bei Anschlägen außerhalb von Kirchen massakriert wurden, noch nicht einmal mitgerechnet sind, darunter der **11. September 2001**, die Anschläge auf das **Londoner** Nahverkehrssystem am 7.7.2005, die Anschläge auf **Charlie Hebdo** und das **Bataclan**-Theater in Paris, der Anschlag auf Las Ramblas in **Barcelona**, der Anschlag in **Nizza** am 14. Juli, der Anschlag auf die jüdische Schule in **Toulouse**, der Terroranschlag auf den Wintermarkt in **Berlin** und auf den Karikaturzeichner in **Kopenhagen**, um nur ein paar zu nennen.

Warum kein Tag gegen Christianophobie?

Daher die ursprüngliche Frage: Wenn *ein* nicht-muslimischer Anschlag auf eine Moschee, der 51 muslimische Todesopfer forderte, für die UNO ausreichte, um einen „internationalen Tag zur Bekämpfung der Islamophobie“ einzuführen, warum haben dann so viele muslimische Anschläge auf Kirchen, die Tausende von christlichen Todesopfern forderten, für die UNO nicht ausgereicht, um einen „internationalen Tag zur Bekämpfung der Christianophobie“ einzuführen?

Anders ausgedrückt: Warum ist ein äußerst verwerflicher, aber einzelner Vorfall, bei dem ein westlicher Mann 51 Muslime tötete, für die UNO von weitaus größerer

Bedeutung als die unzähligen Fälle, in denen Muslime eine unberichtete Anzahl Christen töteten?

Wenn sie jemals in die Enge getrieben und gezwungen würden, diese Diskrepanz zu erklären, würden die Vereinten Nationen zweifellos sagen, dass all diese Angriffe auf Kirchen und andere Einrichtungen, so bedauerlich sie auch sein mögen, kein Muster erkennen lassen, wie es bei der „Islamophobie“ der Fall sei; dass die Anschläge auf Kirchen allesamt Nebenprodukte des Terrorismus seien (der Berichten zufolge in keiner Weise mit dem Islam in Verbindung steht), getrieben durch wirtschaftliche Probleme, territoriale Streitigkeiten und Ungleichheit, mit einem Wort: „Misständen“. Man löse diese vorübergehenden Probleme und die Angriffe auf Kirchen hören auf.

In der Realität scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein: Während der Angriff auf die neuseeländische Moschee tatsächlich eine Ausnahme war – was durch seine Einzigartigkeit belegt wird – sind muslimische Angriffe auf Kirchen nicht nur heute, sondern im Laufe der Geschichte äußerst häufig. In der Türkei kann man zum Beispiel sehen, was aus dem großen christlichen Byzantinischen Reich geworden ist, nachdem es im siebten Jahrhundert erstmals von Arabern überfallen wurde, bis hin zum Fall Konstantinopels durch Sultan Mehmet II. im Jahr 1453 und bis zum Völkermord an Armeniern, Assyrern und pontischen Griechen Anfang des 20. Jahrhunderts. Wie hier zu sehen ist, vergeht heute in der muslimischen Welt und zunehmend auch im Westen kaum ein Monat, in dem nicht mehrere Anschläge auf oder Belästigungen von Kirchen stattfinden. Auch wenn einige davon glücklicherweise nicht tödlich endeten, unterstreichen sie doch alle die Abneigung des Islams gegenüber Kirchen und, wie es scheint, gegenüber allen religiösen Strukturen oder Symbolen, die nicht Teil des Islams sind.

Es ist aufschlussreich, dass diejenigen, die Kirchen terrorisieren, oft wenig miteinander gemein haben: Sie kommen aus ganz unterschiedlichen Nationen (Nigeria, Irak, Philippinen usw.), gehören verschiedenen Rassen an, sprechen verschiedene Sprachen und leben unter unterschiedlichen sozioökonomischen Bedingungen. Das Einzige, was sie *gemeinsam haben* – und was sie anscheinend dazu bringt, Kirchen anzugreifen und Christen zu ermorden – scheint ihre Religion zu sein.

Bedauerliche Nebenprodukte fehlplatziertes „muslimischer Misstände“

Mit anderen Worten: Die muslimischen Angriffe auf Kirchen scheinen einen ideologischen Ursprung zu haben, sind systemisch und daher ein tatsächliches, andauerndes Problem, auf das die internationale Gemeinschaft hinweisen und das sie lindern muss.

Die UNO möchte jedoch, dass wir all diese andauernden Massaker an christlichen Gläubigen als bedauerliche Nebenprodukte fehlplatziertes „muslimischer Misstände“ ignorieren und beiseite schieben – und uns stattdessen auf einen einzigen, wenn auch zugegebenermaßen schrecklichen Vorfall konzentrieren.

Für die UNO stellt ein einzelner Vorfall offensichtlich ein „Muster“ dar – eines, das dringend anerkannt und auf das reagiert werden muss. Die Reaktion besteht darin, all diejenigen zum Schweigen zu bringen, zu ignorieren oder anzugreifen, die das umfassend dokumentierte reale Muster von Missbrauch und Gewalt gegen Nicht-Muslime aufdecken – und genau *darum* geht es bei der „Bekämpfung der Islamophobie“.

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches „Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam“ („Verteidiger des Westens: Die Christlichen Helden, die sich dem Islam entgegenstellten“), ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum. Der Beitrag erschien zuerst bei Gatestone Institut. Übersetzung von Daniel Heniger.

<https://www.pi-news.net/2022/07/hamburg-haftstrafe-fuer-potentiellen-dschihad-massenmoerder/>
Hamburg: Haftstrafe für potentiellen Dschihad-Massenmörder

9. Juli 2022

Von Manfred W. Black | Ein spektakuläres Urteil hat das Hamburger Hanseatische Oberlandesgericht gefällt: Ein Deutsch-Marokkaner ist zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil er minutiös einen tödlichen Terror-Anschlag geplant hatte ([PI-NEWS berichtete](#)).

Der Angeklagte sei eine „tickende Zeitbombe“ gewesen, sagte die Vorsitzende Richterin am Freitag, deren Namen aus Sicherheitsgründen in einigen Medien nicht genannt wird.

Fast viele Tote

Wohl wahr: Der angeklagte Deutsch-Marokkaner, den das Hamburger Abendblatt „Mahmut C.“ nennt (der richtige Name – Abdurrahman C. – wurde geändert), hat in vielen Einzelheiten einen Terroranschlag mit verheerenden Folgen geplant. Es hätte fast „eine große Anzahl von Toten und Verletzten“ gegeben, erklärte das Oberlandesgericht in seiner Urteilsbegründung, das den 21-jährigen Angeklagten nun wegen detaillierter Vorbereitung eines solchen Anschlags verurteilt hat: zu acht Jahren Freiheitsstrafe.

Allerdings kann gegen das Urteil Revision eingelegt werden. Die Verteidigung hatte für eine maximal dreijährige Haft-Sanktion plädiert. Vor Gericht weigerte sich der Angeklagte, sich zu den Tatvorwürfen zu äussern. **„Überführt wurde er durch eine Beweislage, die erdrückend ist“ (Die Welt). Er zeigte bis zuletzt keinerlei Reue.**

Mit der nunmehr verhängten Freiheitsstrafe erhielt der Deutsch-Marokkaner sogar ein Jahr mehr, als die Bundesanwaltschaft zuvor beantragt hatte. Die Vorsitzende Richterin sagte, der muslimische Angeklagte sei „von einem unbändigen Hass auf vermeintlich Ungläubige und Andersgläubige“ angetrieben gewesen.

C. hat „aufgrund seiner radikal-islamistischen und Al-Kaida-nahen Einstellung seinen Anschlag am 20. Jahrestag der Attentate vom 11. September 2001 verüben wollen, die er bewundert habe“ (Abendblatt).

Die OLG-Senatsvorsitzende: Für seine geplante Tat habe er sich sehr lange „konspirativ und generalstabsmäßig vorbereitet“. Deswegen komme für ihn auch keine – mildere – Jugendstrafe in Frage.

Der Deutsch-Marokkaner hat sich das Material für den Bau eines hoch potenten Sprengsatzes beschafft und ausserdem „versucht, über das Darknet eine Schusswaffe mit Munition und eine Handgranate zu erwerben“ (Abendblatt).

An einen verdeckten US-Ermittler geraten

Bei den Verhandlungen mit dem vermeintlichen Verkäufer der Waffen sei der Angeklagte freilich an einen verdeckten Ermittler in den USA geraten, der wiederum die deutschen Polizei-Behörden informierte.

Auf diese Weise konnte Abdurrahman C. am 26. August vergangenen Jahres festgenommen werden, als er versuchte, eine geordnete Handgranate und eine russische Makarow-Pistole in Besitz zu nehmen. Dass die Umsetzung der Anschlagpläne unmittelbar bevorstand, gilt auch dadurch als erwiesen, dass C. im Internet ausgiebig über Fluchtrouten in die Türkei recherchierte.

Weiter erläuterte die Gerichtsvorsitzende: Den Nährboden für die Radikalisierung mit dem „Hinwenden zur gewaltverherrlichenden und menschenverachtenden Ideologie von Al Kaida“ habe bereits das familiäre Umfeld gebildet, in dem der junge Mann aufwuchs.

Schon der Vater war Dschihadist

Bereits der Vater des Verurteilten sei der dschihadistisch-salafistischen Ideologie gefolgt und habe Kontakte zum Umfeld der Terrorzelle vom 11. September gepflegt.

Das Abendblatt berichtete, schon als Jugendlicher habe C. damit begonnen, „sich mit Al Kaida zu beschäftigen“. Demnach lud er zahllose Dateien herunter, „in denen Gewalttaten gegenüber vermeintlich Ungläubigen gebilligt und der Märtyrertod glorifiziert wurde“.

Auch habe er sich mit Reden von Osama bin Laden beschäftigt, die Anschläge verherrlichen. In Chats habe der Verurteilte die Meinung vertreten, dass Menschen, die den Propheten beleidigen, getötet werden müssen.

In einer Internet-Nachricht hatte der Angeklagte eine Passage zustimmend zitiert, in der es hieß: „Wir werden euch Ungläubige töten auf eine Art und Weise, dass die Köpfe rollen werden.“

Der in Hamburg geborene Dschihadist hat sich nach Überzeugung des Gerichts dafür entschieden, „den Weg des gewaltsamen Dschihad durch einen Anschlag zu beschreiten“. Dieses Ziel habe er „mit Eifer“ betrieben. „Dem Zufall sollte nichts überlassen bleiben.“

Viele Fragen blieben offen

Die Frage, ob die Familie des Deutsch-Marokkaners einst als vermeintliche „Flüchtlinge“ nach Deutschland gekommen ist, blieb in der Urteilsverkündung unbeantwortet. Warum diese Terroristen-Familie nie ausgewiesen wurde? Auch diese Frage wurde vor Gericht nicht geklärt. Schon gar nicht wurde klar, in welchem Ausmaß diese – angeblich „Schutz suchende“ – marokkanische Familie über sehr viele Jahre in den Genuss der deutschen Sozialhilfe gekommen ist, die vom hiesigen Steuerzahler tagtäglich bezahlt wird.

<https://philosophia-perennis.com/2022/07/10/schwarze-leben-die-nicht-zaehlen-50-christen-in-ihrer-kirche-ermordet/>

Schwarze Leben, die nicht zählen: 50 Christen in ihrer Kirche ermordet

Von
David Berger
10. Juli 2022
0

Anfang Juni ermordeten islamische Terroristen mehr als 50 Christen, die friedlich in der katholischen Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo Gottesdienst feierten. Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria angegriffen, beschossen oder in Brand gesteckt. Wo bleibt die Empörung? Wo sind die „Hashtags“ zur Unterstützung der christlichen

Nigerianer? Warum sind diese schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur diese nicht?

Am ersten Sonntag im Juni dieses Jahres stürmten islamische Terroristen die katholische Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo und [massakrierten](#) mehr als 50 Christen, die friedlich ihrem Gott huldigten. Einem [Bericht](#) zufolge zeigten Videos, „wie die Gläubigen in Blutlachen lagen, während die Menschen um sie herum wehklagten“. So schrecklich dieses Massaker auch erscheinen mag, es ist nur die sprichwörtliche „Spitze des Eisbergs“: Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria überfallen, beschossen oder in Brand gesteckt. Im Folgenden werden nur drei Beispiele genannt:

- [Ostersonntag](#), 20. April 2014: Islamische Terroristen steckten eine vollbesetzte Kirche in Brand; 150 Christen wurden getötet und unzählige verletzt.
- [Ostersonntag](#), 8. April 2012: Von Muslimen gelegte Sprengsätze detonierten in der Nähe von zwei voll besetzten Kirchen; mehr als 50 Christen wurden getötet und eine unbekannte Zahl von Menschen verletzt.
- [Weihnachtstag](#), 25. Dezember 2011: Muslimische Terroristen beschossen und bombardierten drei Kirchen; 37 Christen wurden getötet und 57 verwundet. Christen in einem Völkermord ausgelöscht

Nach Angaben mehrerer Nichtregierungsorganisationen (z. B. [hier](#) und [hier](#)) werden die Christen in Nigeria in der Tat [in einem Völkermord ausgelöscht](#). [Alle zwei Stunden](#) wird in Nigeria ein Christ getötet. Einem [Bericht](#) vom August 2021 zufolge wurden seit Beginn des islamischen Aufstands im Juli 2009 – zunächst durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram und später durch muslimische [Fulani](#)-Hirten, die ebenfalls von einer dschihadistischen Ideologie motiviert sind, die sie dazu treibt, christliches („ungläubiges“)

Land [einzunehmen](#) – mehr als 60.000 Christen entweder bei Überfällen ermordet oder entführt und nie wieder gesehen. In dieser Zeit wurden etwa 20.000 Kirchen und christliche Schulen von Muslimen, die „Allahu Akbar“ („Allah ist größer“) schrien, in Brand gesteckt und zerstört.

Vor weniger als einem Monat veröffentlichte der Islamische Staat in Nigeria ein Video, das zeigt, wie seine Mitglieder [20 Christen abschlachten](#). Obwohl es sehr an das Video aus dem Jahr 2015 erinnert, in dem eine andere Meute muslimischer Terroristen [21 koptische Christen in Libyen abschlachtet](#), wurde in den Medien deutlich weniger darüber berichtet. Über das Video der Kopten aus dem Jahr 2015 wurde [sechsmal weniger in den Medien berichtet](#) als über die [Tötung eines Gorillas](#), die zur gleichen Zeit stattfand. Das Video der nigerianischen Christen vom letzten Monat fand in den westlichen Medien kaum Beachtung – als wollte man damit andeuten, dass das rituelle Abschlachten von Christen so abgedroschen geworden ist, dass es nicht mehr der Berichterstattung wert ist.

Wo bleibt der Aufschrei?

Wo bleibt der Aufschrei? Als der Australier Brenton Tarrant 2019 in Neuseeland zwei Moscheen [angriff](#) und 51 Muslime tötete, stand die ganze Welt auf und verurteilte die Tat. Die Vereinten Nationen reagierten auf diesen [seltenen und abwegigen Anschlag](#) mit der Gründung einer Initiative zur [Bekämpfung der Islamophobie](#). Wo bleiben nach Jahren und Jahrzehnten der Angriffe die UNO-Initiativen zur „Bekämpfung des Antisemitismus“ und zur „Bekämpfung des Völkermords an Christen“?

Die UNO scheint nur daran interessiert zu sein, zuzusehen, wie ihre Mitglieder ihre Regeln verletzen. Die [völkermörderischen Drohungen](#) Irans, die gegen die UNO-Charta [verstoßen](#), sind ein Grund für den [Ausschluss](#). Die UNO ignoriert unaussprechliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie die Sklaverei ([hier](#) und [hier](#)) oder Chinas [Lügen](#) über die Übertragbarkeit von COVID-19 von Mensch zu Mensch, während sie stattdessen [Israel zu Unrecht verfolgt](#), eine Demokratie, die die Menschenrechte für alle ihre Bürger – ob Muslime, Juden oder Christen – tatsächlich wahr.

Was werden die UNO und andere große Regierungsorganisationen nun als Reaktion auf die Schüsse in einer weiteren Kirche und die Ermordung von mehr als 50 Christen tun? Wahrscheinlich nichts – abgesehen davon, dass sie versuchen werden, jeden zum Schweigen zu bringen, der versucht, die Ideologie zu entlarven, die viele der Mörder erwiesenermaßen antreibt (Siehe etwa hier und hier). Wir wissen das, weil die UNO und viele Mitglieder des Klerus absolut nichts als Reaktion auf die zahllosen anderen muslimischen Angriffe auf Kirchen unternommen haben, die im Laufe der Jahre Tausende von christlichen Menschenleben gefordert haben – abgesehen von dem Versuch, die Motivation der Mörder zu vertuschen, wie z. B. mit Ausreden wie „High auf Cannabis“ oder „Geisteskrankheit als Verteidigungsstrategie“.

Erst vor zwei Wochen, als Mitglieder des Europäischen Parlaments, eines der gesetzgebenden Organe der Europäischen Union, den Vorschlag unterbreiteten, eine Debatte über die zunehmende Christenverfolgung in der ganzen Welt zu führen – ironischerweise im Zusammenhang mit der jüngsten Gräueltat in Nigeria: der Steinigung und Verbrennung der christlichen Studentin Deborah Samuel – weigerte sich die Mehrheit des Europäischen Parlaments, von denen die meisten den linken Parteien angehören, die Debatte überhaupt zu führen.

In den Medien sucht man Begriffe wie „Muslim“ oder „Islam“ vergeblich. Das Ignorieren der Ermordung von Christen ist natürlich nur ein Teil des Puzzles; das Vertuschen der religiösen Identität ihrer Mörder ist der andere. Bei der Beschreibung des Massakers an mehr als 50 Christen am vergangenen Sonntag tauchten die Worte „Muslim“, „Islam“ oder gar „Islamist“ in dem AP-Bericht nicht auf. Stattdessen heißt es: „Es war nicht sofort klar, wer hinter dem Angriff auf die Kirche steckte“. Um diese Zweideutigkeit aufrechtzuerhalten, unterlässt es die AP, darauf hinzuweisen, dass islamische Terroristen im Laufe der Jahre in Nigeria regelmäßig Kirchen gestürmt und viele Christen abgeschlachtet haben – eine Tatsache, die vielleicht einen Hinweis darauf geben könnte, „wer hinter dem Angriff steckt“. Aber das Verschweigen dessen, was den Christen in Nigeria widerfährt, ist eine alte Taktik der „Mainstream-Medien“.

Man denke nur an die Worte von Johnnie Carson, dem stellvertretenden US-Außenminister für afrikanische Angelegenheiten unter Präsident Barack Obama. Nachdem muslimische Terroristen in Nigeria am Ostersonntag 2012 mehr als 50 christliche Gottesdienstbesucher abgeschlachtet hatten, sagte Carson: „Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einen wichtigen Punkt zu betonen, und zwar, dass die Religion nicht die Ursache für extremistische Gewalt [in Nigeria] ist.“ Stattdessen sind „Ungleichheit“ und „Armut“ – um den ehemaligen Präsidenten Bill Clinton zu zitieren – „der Treibstoff für all diese Dinge“ („diese Dinge“ sind die Massaker an Christen durch Muslime). Ein Jahrzehnt – und unzählige christliche Leichen später – haben die USA ihren Standpunkt nicht geändert.

Schlimmer noch: Die Reaktion der Regierung Biden auf den dschihadistischen Ansturm auf die Christen in Nigeria – wo jeden Tag 13 Christen abgeschlachtet werden – bestand darin, Nigeria von der Liste der besonders besorgniserregenden Länder des Außenministeriums zu streichen: Länder, die Verletzungen der Religionsfreiheit begehen oder tolerieren.

Wo bleibt die Empörung? Wo sind die „Hashtags“ zur Unterstützung der christlichen Nigerianer? Warum sind *diese* schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur *diese* nicht?

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam („Verteidiger des Westens: Die christlichen Helden, die sich dem Islam entgegengestellt haben“, ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum. Bei Gatestone erschien dieser Artikel zuerst. Übersetzung Daniel Heiniger.

<https://journalistenwatch.com/2022/07/18/deutschland-terrorverfahren-hintergrund/>

95 % der in Deutschland eingeleiteten Terrorverfahren haben einen islamischen Hintergrund

Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser wird nicht müde, vor der Gefahr von Rechts zu warnen. Die Dame mit der offensichtlich sehr linken Gesinnung erwähnt die Hauptgefahr – den islamischen Terror – wenn überhaupt nur rudimentär.

Ein Beitrag von Ulrike Braukmann bei [PaxEuropa](#)

Die Terrorismusabteilung des Generalbundesanwalts hat dagegen ganz konkrete Zahlen. So wurden in den letzten 1,5 Jahren, im Zeitraum vom 01.01.2020 – 01.06.2022, 757 Ermittlungsverfahren im Bereich islamistischer Terrorismus eingeleitet. Im selben Zeitraum wurden 26 Verfahren gegen Rechtsterrorismus eingeleitet. Immerhin wurden noch 17 Verfahren gegen Linksterrorismus eingeleitet.

Innerhalb dieser drei Phänomenbereiche machen die Verfahren zum islamistischen Terrorismus demnach knapp 95 Prozent aus, die Verfahren zum Rechtsterrorismus lediglich rund drei und die Verfahren zum Linksterrorismus lediglich rund zwei Prozent. Dies teilte die Bundesanwaltschaft auf Anfrage mit.

Ebenfalls auf den Bereich islamischen Terrorismus beziehen sich die meisten Anklagen im genannten Zeitraum.

Der Generalbundesanwalt Peter Frank sagte: „Der islamistisch motivierte Terrorismus dominiert unsere Arbeit nicht nur zahlenmäßig. Auch in der Sache zeigen diverse Verfahren, dass die Gefahr durch islamistische Anschläge im Inland fortbesteht.“

Viele Ermittlungsverfahren betreffen Rückkehrer aus den Kriegsgebieten des Islamischen Staates. Ebenso Helfer, die den IS aus Deutschland unterstützt haben. Die Bundesanwaltschaft wird tätig, die Tat von einer „besonderen Bedeutung“ ist.

Tod für "Gotteslästerer" in Pakistan

von [Raymond Ibrahim](#)

3. August 2022

Englischer Originaltext: [Death for "Blasphemers" in Pakistan](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

Am 4. Juli 2022 wurde ein christlicher Mechaniker, der seit fünf Jahren unter der falschen Anschuldigung der "Blasphemie" wegen angeblicher Beleidigung des muslimischen Propheten Mohammed inhaftiert war, von einem pakistanischen Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Fünf Jahre zuvor, am 5. Juni 2017, war Ashfaq Masih, 34, in einen Streit mit Muhammad Naveen geraten, einem Konkurrenten, der in der Nähe von Masih's Werkstatt eine Mechanikerwerkstatt eingerichtet hatte. Laut Masih's [Nicht-Schuldig-Plädoyer](#) war Muhammad "eifersüchtig, weil mein Geschäft besser lief", und drohte mir nach dem Streit "mit schlimmen Konsequenzen". Am folgenden Tag, dem 6. Juni, geschah [laut Aussage](#) Masih's folgendes:

"Muhammad Irfan kam in mein Geschäft, um die Räder seines Motorrads auszuwuchten. Ich wuchtete das Rad aus und verlangte den zwischen uns vereinbarten Betrag für meine Arbeit. Muhammad Irfan weigerte sich, mir Geld zu geben, und sagte: 'Ich bin ein Anhänger von Peer Fakhir [einem muslimischen Asketen] und verlange kein Geld von mir.' Ich sagte ihm, dass ich an Jesus Christus glaube und nicht an Peer Fakhir, und dass er mir bitte meine Arbeit vergüten möge."

Zu diesem Zeitpunkt ging Muhammad Irfan in das Geschäft des Konkurrenten Muhammad Naveed – oder kehrte vielleicht dorthin zurück – und kurz darauf hatte sich ein muslimischer Mob um das Geschäft des Christen gebildet. Wie Masih [erklärt](#):

"Die beiden haben sich gegen mich verschworen und eine falsche Anzeige gegen mich erstattet. Ich erzählte einem Polizeibeamten die wahre Geschichte, aber er notierte meine Version gar nicht, sondern führte die Untersuchung ex-parte durch. Ich habe weder ein abfälliges Wort gegen den Propheten Mohammed geäußert noch würde ich so etwas denken."

Neben dem rivalisierenden Ladenbesitzer Muhammad Naveed brachte Muhammad Irfan, der Kläger, auch zwei andere Muslime – Muhammad Nawaz und Muhammad Tahir – dazu, zu lügen und der Polizei zu [sagen](#), sie hätten "gehört, wie Masih sich abfällig über den muslimischen Propheten geäußert hat", obwohl keiner von ihnen bei der Auseinandersetzung zwischen Irfan und Masih anwesend war.

Masih wurde nach Abschnitt 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuchs angeklagt, der [besagt](#):

"Wer den heiligen Namen des heiligen Propheten Muhammad (Friede sei mit ihm) durch Worte, in gesprochener oder geschriebener Form, oder durch sichtbare Darstellung oder durch irgendeine Unterstellung, Anspielung oder Andeutung direkt oder indirekt beschmutzt, wird mit dem Tode oder mit lebenslanger Haft bestraft und muss außerdem mit einer Geldstrafe rechnen."

Das Problem mit diesem Gesetz ist nicht so sehr, dass die Strafe extrem und unwiderruflich ist, sondern vielmehr, dass Muslime es regelmäßig ausnutzen, um persönlichen Groll gegen nicht-muslimische Minderheiten in Pakistan zu befriedigen. Tatsache ist, dass die nicht-muslimischen Minderheiten Pakistans, zumeist Christen und Hindus, es besser wissen, als irgendetwas zu sagen, das als Beleidigung des muslimischen Propheten missverstanden werden könnte – sie kennen die schlimmen Folgen sehr genau. Von Jugend an wird ihnen beigebracht, dem islamischen Propheten nichts als **Ehrerbietung** entgegenzubringen. Das hält die Muslime jedoch nicht davon ab, diese "Ungläubigen", mit denen sie ein Problem haben, fälschlicherweise der angeblichen Beleidigung Mohammeds zu beschuldigen.

Amnesty International stellte diese Dynamik in einem **Bericht fest, der vor fast drei Jahrzehnten, im Jahr 1994, erstellt wurde:**

"In allen Fällen, die Amnesty International bekannt sind, wurden die Anklagen wegen Blasphemie [in Pakistan] offenbar willkürlich erhoben, und zwar ausschließlich aufgrund der religiösen Minderheitenüberzeugungen der Betroffenen... In all diesen Fällen deuten die vorliegenden Beweise darauf hin, dass die Anklagen als Maßnahme zur Einschüchterung und Bestrafung von Angehörigen religiöser Minderheiten erhoben wurden ... Die Feindseligkeit gegenüber religiösen Minderheiten schien in vielen Fällen durch persönliche Feindschaft, berufliche oder wirtschaftliche Rivalität oder den Wunsch, politische Vorteile zu erlangen, verstärkt zu werden. Infolgedessen ist Amnesty International zu dem Schluss gekommen, dass die meisten der Personen, die sich heute wegen Blasphemie angeklagt oder verurteilt sehen, Gefangene aus Gewissensgründen sind, die ausschließlich wegen ihrer tatsächlichen oder unterstellten religiösen Überzeugungen inhaftiert sind, womit ihr Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verletzt wird [Hervorhebung hinzugefügt]."

Der Eindruck, dass in pakistanischen Gerichtssälen standgerichtliche Schauprozesse abgehalten werden, wenn es um Blasphemie geht, scheint eine angemessene Beschreibung des jüngsten Prozesses von Ashfaq Masih zu sein. Obwohl die Christen in Pakistan wissen, dass sie äußerst vorsichtig sein müssen, wenn sie *irgend etwas* sagen, was als Beleidigung Mohammeds missverstanden werden könnte, **erklärte die Staatsanwaltschaft:**

"Am 15. Juni 2017 um 12 Uhr mittags hat der Angeklagte Ashfaq Masih, während er in seinem Geschäft saß, blasphemische Worte über

den Propheten Mohammed geäußert und Worte gesagt, die nicht wiedergegeben werden können."

Der dem Fall vorsitzende muslimische Richter Khalid Wazir, ging sogar so weit, zu erklären, dass "es unvorstellbar ist, dass ein Muslim eine derartige Geschichte frei erfinden würde", während er gleichzeitig die von Masih's Verteidigungsteam vorgelegten Beweise als "unglaublich" bezeichnete. So verkündete Khalid am 4. Juli 2022, dass der 34-jährige Christ, der eine Frau und eine kleine Tochter hat, "am Hals aufgehängt werden soll, bis der Tod eintritt, vorbehaltlich der Bestätigung durch das ehrenwerte Hohe Gericht".

Angesichts der Tatsache, dass Masih in den vergangenen fünf Jahren bereits im Gefängnis gelitten hatte, war seine Familie entsetzt, als der Richter das Todesurteil verkündete. Er durfte seine 2019 verstorbene Mutter nicht sehen oder bei ihr sein, weil er hinter Gittern saß. Seitdem "wurde der Fall mehrfach vertagt, neu angesetzt, der Richter erschien nicht, die Zeugen erschienen nicht und sogar der Anwalt des Klägers registrierte seine Präsenz nicht."

Laut Masih's älterem Bruder, Mehmood:

"Das plötzliche Urteil verblüffte mich und ich wusste nicht, was ich tun sollte. Ich konnte mich kaum zusammenreißen, kam aus dem Gerichtssaal und fing an zu weinen, weil es für mich das Ende der Welt war. Ich eilte nach Hause und informierte meine Familie. Auch meine Frau und meine Kinder begannen zu weinen. Als sich die Nachricht verbreitete, begannen meine Verwandten uns zu besuchen, um uns zu trösten, aber das war nicht leicht für mich, denn Masih ist mein einziger Bruder und ich liebe ihn sehr."

Nasir Saeed, der Direktor des Centre for Legal Aid Assistance and Settlement, einer Wohltätigkeitsorganisation, die verfolgte Christen in Pakistan unterstützt, sagte zu diesem Urteil, es sei "sehr traurig, aber zu erwarten". Er fügte hinzu:

"Ich kann mich an keinen Fall erinnern, in dem die untere Instanz eine Kautionsbewilligung oder jemanden freiließ, der wegen des Blasphemiegesetzes angeklagt war. Die Richter sind sich bewusst, dass solche Fälle dazu dienen, die Gegner zu bestrafen und einen persönlichen Groll gegen sie auszutragen, insbesondere gegen Christen. Aufgrund des Drucks der islamischen Gruppen zögern die Richter der unteren Instanzen stets, die Opfer freizulassen, treffen aber populäre Entscheidungen, um ihre Haut zu retten und ihre Last auf das Oberste Gericht abzuwälzen. Masih's Fall war völlig klar: Der Ladenbesitzer wollte ihn weg haben, und Naveed war ein geschäftlicher Konkurrent, der ihn in einen falschen Blasphemie-Fall verwickelte. Er ist unschuldig und hat bereits fünf Jahre im Gefängnis verbracht für ein Verbrechen, das er nie begangen hat."

Masihs Fall ist nun mindestens das dritte Todesurteil dieser Art seit Anfang dieses Jahres.

Im Februar 2022 wurde Zafar Bhatti, 58 – ein weiterer Christ, der eine lebenslange Haftstrafe verbüßt hatte, weil er fälschlicherweise beschuldigt worden war, in einem Text Mohammed gelästert zu haben – zum Tode verurteilt.

Im Januar 2022 wurde Aneeqa Atteeq, eine Muslimin, zum Tode verurteilt, nachdem ein pakistanisches Gericht sie für schuldig befunden hatte, Mohammed in Textnachrichten, die sie über WhatsApp an einen Mann geschickt hatte, beleidigt zu haben. Sie hatte eine plausible, wenn auch nicht prosaische Erklärung angeboten: Der Mann, der sie angezeigt hatte, wollte sich an ihr "rächen", weil sie seine Annäherungsversuche zurückgewiesen hatte.

So schrecklich es auch ist, in einem pakistanischen Gerichtssaal der Blasphemie beschuldigt zu werden, so ist es noch viel schlimmer, in die Hände eines pakistanischen Mobs zu geraten. Einem zehn Jahre alten Bericht zufolge wurden in Pakistan allein zwischen 1990 und 2012 "zweiundfünfzig Menschen unter dem Vorwurf der Blasphemie außergerichtlich ermordet."

Jüngst wurde im März 2022 Safoora Bibi von einer muslimischen Frau und ihren beiden Nichten durch Aufschlitzen der Kehle ermordet, nachdem ein Verwandter der drei Mörderinnen nur *geträumt* hatte, Bibi habe gegen Mohammed gelästert.

Im Februar 2022 steinigte ein muslimischer Mob einen geistig behinderten Mann zu Tode, nachdem das *Gerücht* aufgetaucht war, er habe ein Exemplar des Korans verbrannt.

Im Dezember 2021 stürmte ein Mob eine Fabrik, ermordete und verbrannte die Leiche eines Mannes aus Sri Lanka, nachdem das *Gerücht* aufgekommen war, er habe Mohammed gelästert. Zumindest hat es den Anschein, dass der Mob ihn getötet hat, bevor er seine Leiche verbrannte, im Gegensatz zu einem jungen christlichen Paar, das 2015 von einem anderen pakistanischen Mob bei lebendigem Leib verbrannt wurde, weil *Gerüchte* behaupteten, es habe den Islam beleidigt.

Diese unsägliche Art der Ermordung von vermeintlichen "Gottestäserern" hat sich in letzter Zeit auch in Nigeria gezeigt. Vor zwei Monaten steinigten und verbrannten einige Universitätsstudenten Deborah Emmanuel, eine christliche Studentin, die zuvor die sexuellen Annäherungsversuche eines muslimischen Mannes zurückgewiesen hatte. Dieser rächte sich, indem er lautstark behauptete, sie habe Mohammed, den Propheten des Islam, gelästert. Es dauerte nicht lange, da hatte sich ein Mob gebildet und sie ermordet.

So repressiv die "Blasphemiegesetze" in Pakistan auch sind, sie sind nicht auf ein Land beschränkt oder ein Nebenprodukt eines Landes. Sie sind bedauerlicherweise ein Nebenprodukt des Islam. Sie sind nicht nur in der gesamten islamischen Welt anzutreffen (z. B. in [Indonesien](#), [Iran](#), [Malaysia](#), [Oman](#) und [Bangladesch](#)), sondern haben auch im Westen Einzug gehalten – in [Frankreich](#) und [Spanien](#).

"Wenn man den Propheten berührt", [teilte uns](#) ein muslimischer Geistlicher, Yello Babo, mit, der die Steinigung und Verbrennung von Deborah Emmanuel durch einen Mob in Nigeria verteidigte, "werden wir alle zu Verrückten... Jeder, der den Propheten berührt, wird nicht bestraft, sondern einfach getötet!"

[Raymond Ibrahim](#), Autor des neuen Buches "[Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam](#)" ("Verteidiger des Abendlandes: Die christlichen Helden, die dem Islam die Stirn boten"), ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

<https://www.pi-news.net/2022/09/australischer-imam-70-prozent-der-moscheen-im-westen-sind-radikal/>

Australischer Imam: „70 Prozent der Moscheen im Westen sind radikal“

21. September 2022

23

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Imam Dr. Mustafa Rashed ist Professor für vergleichendes Recht und Religionswissenschaft, Autor von über 30 Werken, Präsident der „International Organisation for Human Rights“ mit Sitz in Sydney, UN-Weltfriedensbotschafter, Jurist, ehemaliger Richter und Aufklärer in Islamfragen. Der libanesisch-deutsche Regisseur, Drehbuchautor, ehemalige Fernsehjournalist und Videoproduzent [Imad Karim](#) hat mit ihm ein hochinteressantes Gespräch (*Video oben*) über die Probleme geführt, die durch **den Politischen Islam entstehen.**

Dr. Mustafa Rashed, der sich schon öfters in Europa ein Bild über die hiesige Moschee-Szene machte, äußerte sich erstaunlich deutlich. Er gilt international als entschiedener Gegner des Politischen Islams und wird seit Jahren von radikalen Moslems mit dem Tode bedroht.

Dem Politischen Islam müsse der Boden entzogen werden, sagt der modern eingestellte australische Imam. Leider würden 70% der islamischen Medien weltweit unter dem Einfluss von Radikalen stehen. Die Lehre des Politischen Islam müsse verbannt werden.

Blasphemiegesetze, also das Verbot, Religionen zu kritisieren, seien nichts anderes als Unterdrückungsgesetze. Sie richteten sich gegen die Freiheit, die Meinungsfreiheit, kritische Zeitgeister und mutige Reformer. Zum Begriff der „Islamophobie“ meinte Imam Dr. Mustafa Rashed, dass Muslime selber schuld daran seien, das Menschen Angst vor dem Islam hätten. Nicht-Moslems hätten berechnete Angst vor dem Islam. Gerade, wenn ein Moslem morde, zerstöre und dabei „Allahu Akbar“ rufe. So würden für sie der Islam mit Terror und Moslems mit Terroristen

gleichgesetzt. Wie könne man einem Nicht-Moslem, der Zeuge dieses Terrors werde, übel nehmen, dass er Angst vor dem Islam habe. Es sei kein Wunder, denn 95% aller Terror-Anschläge weltweit würden von Moslems verübt. In der gesamten islamischen Welt herrschten Diktatoren und Despoten. Islamische Gesellschaften seien von Unkultur, Unmoral und Räubertum geprägt.

Die Frage von Imad Karim, ob er eine Gefahr für den Westen durch eingewanderte radikale Moslems sehe, beantwortete der Imam eindeutig mit „Ja“. Von den Radikalen ginge eine sehr große Gefahr aus. Er habe mehrere westliche Regierungen davor gewarnt. Wenn ein Terrorist eingebürgert sei, müsse man dies rückgängig machen. Radikale Fundamentalisten seien hochgefährlich. Imam Dr. Mustafa Rashed verglich sie mit einer Schlange, die nur darauf warte, zuzubeißen. Zur Problematik von Frauenunterdrückung und Vergewaltigungen in der islamischen Welt erklärte er, dass dies „unsere größte Katastrophe“ sei. Namhafte Islamgelehrte würden den Männern erlauben, ihre Ehefrauen jederzeit zu vergewaltigen. In Ägypten sei dies im Fernsehen gang und gebe. Es würden alte menschenfeindliche Moralvorstellungen, uralte archaische Prinzipien und Kodexe herrschen. Männer gehörten zur „ersten Klasse“ und seien die „unbestrittenen Herrscher“. Diese Traditionen müssten beseitigt werden, es bräuchte eine Revolution und richtige Reformen. Es müsse endlich eine Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in den islamischen Ländern erreicht werden.

Imad Karim wollte von dem Imam wissen, ob er Moslems im Westen mehrheitlich für radikal oder moderat halte. Die Mehrheit sei liberal, antwortete Dr. Mustafa Rashed, aber diejenigen, die das Sagen hätten, seien radikal. 30% der Moslems seien radikal und dominierten die moslemischen Communities im Westen. Diese Leute würden den Politischen Islam bilden, pflegen und anwenden. Sie würden legalistisch arbeiten, seien organisiert, würden in den Moscheen den Ton angeben und die religiösen Islamschulen dominieren.

Der australische Imam berichtete, dass er eine Rundreise durch Europa gemacht und viele islamische Institutionen besucht habe. Er wisse, wer dort das Sagen habe. 70% der Moscheen in Europa würden von legalistischen Aktivisten des Politischen Islams geführt. Dies gelte auch für die religiösen Schulen.

In Frankreich habe er an einer Exkursion durch viele Moscheen und Schulen teilgenommen. Anschließend habe er den französischen Innenminister Bernard Cazeneuve, einen Sozialisten, getroffen und ihm gesagt, dass 70% der Moslems, die er bei der Exkursion getroffen habe, zu Terroranschlägen neigen würden. Er solle sich in Acht nehmen und mit baldigen Anschlägen rechnen. Damals habe der Innenminister seine Warnungen ignoriert und auch danach keine weitere Aufmerksamkeit geschenkt. Vier Tage später hätten die Anschläge im Konzertsaal Bataclan und am Fußballstadion stattgefunden.

Das war im November 2015. Mittlerweile heißt der Innenminister Gerald Moussa Darmanin, ein Sohn algerischer Einwanderer, der sich bestens mit dem Politischen Islam auskennt. Am 6. Juli 2020 äußerte er sich zu der von ihm ausgehenden Gefahr unmissverständlich:

Der Imam sagt, viele Entscheidungsträger im Westen hätten aus Unwissenheit ein Problem. Sie würden die Kultur und Tradition der islamischen Welt nicht verstehen. Sie würden glauben, man lebe mit ihnen zusammen und alles sei gut.

Imad Karim sprach Dr. Mustafa Rashed auch auf meine Verurteilung in Hamburg zu [sechs Monaten Haft ohne Bewährung](#) an. Der Imam sagte:

„Ich selbst kritisiere dauernd den Politischen Islam und jeder hat die Pflicht, ihn zu kritisieren, weil er nicht mit den Muslimen gleichzusetzen ist. Der Politische Islam besteht aus radikalen Muslimen und Terroristen. Dieser Unterschied muss gemacht und gewürdigt werden. Auch die Gerichte müssen das begreifen und dieser Richter hat nichts verstanden. Weil er davon ausging, dass dieser Mann den Islam beleidigen würde. Aber das tut er nicht. Dieser Mann kritisiert eine Richtung, den Politischen Islam, der sowohl für uns, Muslime, als auch für die anderen eine Gefahr darstellt.

Dieser Richter hat nichts begriffen. Er verurteilt jemanden, der ihn und die Anderen warnt. Jemanden, der Angst um die Zivilgesellschaft hat. Anstatt die Verbrecher zu verurteilen, verurteilt der Richter einen Unschuldigen, der sich Sorgen um das Land und den inneren Frieden macht.

Imam Dr. Mustafa Rashed bot an, dass er Deutschland bei der Bekämpfung des Politischen Islams zur Verfügung stehe. Er habe bereits in Frankreich einen präventiven Maßnahmenkatalog erstellt und geeignete islamische Ansprechpartner vorgeschlagen. Wir würden alle im gleichen Boot sitzen und es sei unser gemeinsames Ziel, dass wir alle friedlich miteinander leben können. Es bleibt zu hoffen, dass Parteien und Organisationen in Deutschland auf diesen Imam zugehen und seine Unterstützung annehmen. Ob die derzeitige Bundesregierung auf diesen guten Vorschlag eingeht, ist eher fraglich, nachdem sie ja vor Kurzem auch die Arbeit des Expertenrates zum Politischen Islam [einstellte](#). Das Beispiel Frankreich aber zeigt, dass man nur lange genug hartnäckig dranbleiben muss, bis die verantwortlichen Politiker das Problem erkennen. Die sich stetig verschlimmernden Zustände im Zuge der Islamisierung dürften bei der Erkenntnisgewinnung helfen.

An dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank an Imad Karim, dass er dieses wichtige Gespräch mit dem australischen Imam führte und daraus dieses hervorragende Video produzierte.

Michael Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN:HU70117753795954288500000000, BIC:OTPVHUHB.

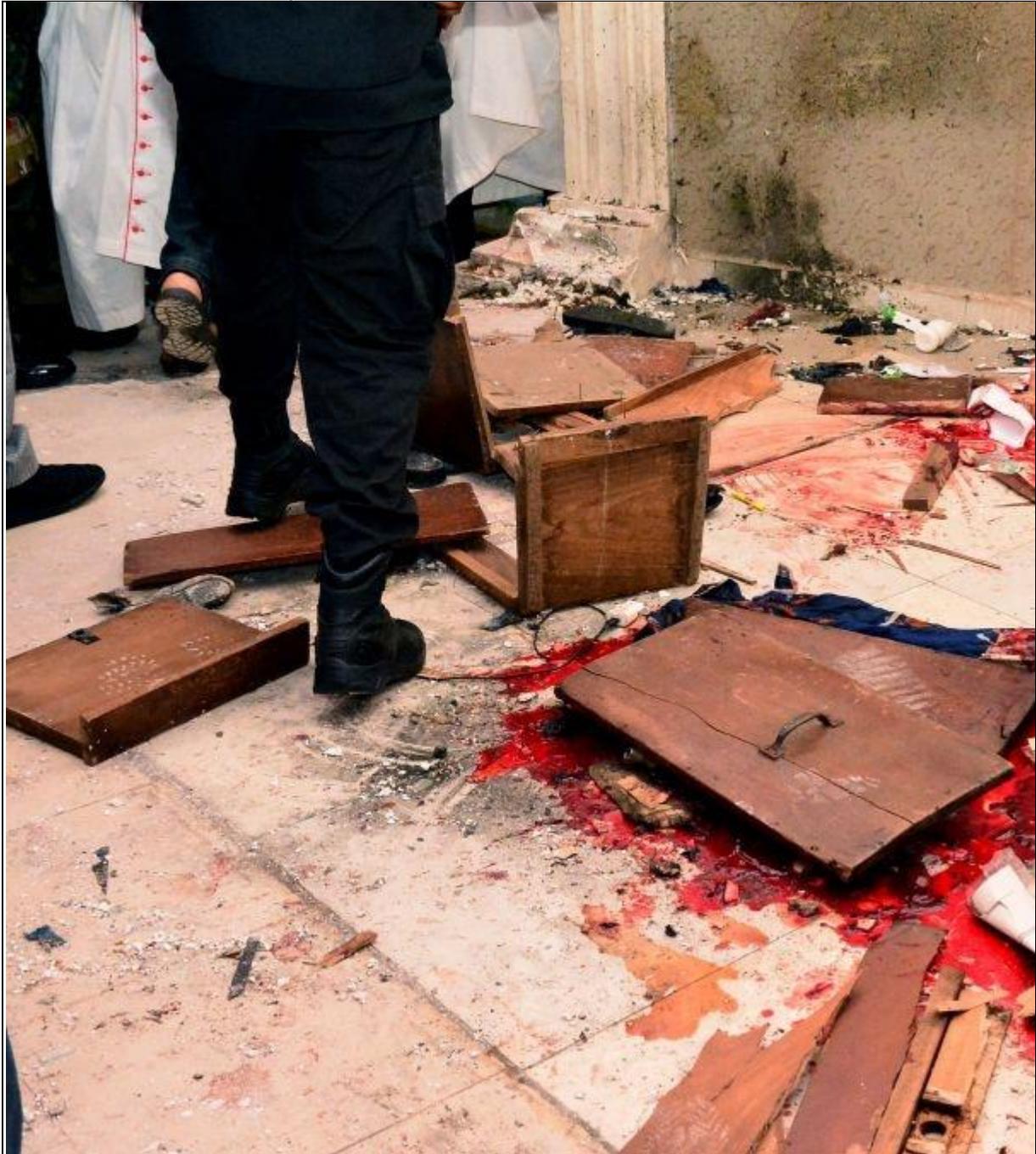
Schwarze Leben, die *nicht* zählen: 50 Christen in ihrer Kirche ermordet

von [Raymond Ibrahim](#)

8. Juli 2022

Englischer Originaltext: [The Black Lives that Don't Matter: 50 Christians Murdered in Their Church](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger



Am vergangenen Sonntag ermordeten islamische Terroristen mehr als 50 Christen, die friedlich in der katholischen Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo Gottesdienst feierten. Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria angegriffen, beschossen oder in Brand gesteckt. Wo bleibt die Empörung? Wo sind die "Hashtags" zur Unterstützung der christlichen Nigerianer? Warum sind diese schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur diese nicht? Abgebildet: Der blutverschmierte Fußboden der katholischen Kirche St. Francis, am 5. Juni 2022. (Foto

von AFP via Getty Images)

Am vergangenen Sonntag, dem 5. Juni 2022, stürmten islamische Terroristen die katholische Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo und **massakrierten** mehr als 50 Christen, die friedlich ihrem Gott huldigten. Einem **Bericht** zufolge zeigten Videos, "wie die Gläubigen in Blutlachen lagen, während die Menschen um sie herum wehklagten".

So schrecklich dieses Massaker auch erscheinen mag, es ist nur die sprichwörtliche "Spitze des Eisbergs": Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria überfallen, beschossen oder in Brand gesteckt. Im Folgenden werden nur drei Beispiele genannt:

- **Ostersonntag, 20. April 2014: Islamische Terroristen steckten eine vollbesetzte Kirche in Brand; 150 Christen wurden getötet und unzählige verletzt.**
- **Ostersonntag, 8. April 2012: Von Muslimen gelegte Sprengsätze detonierten in der Nähe von zwei voll besetzten Kirchen; mehr als 50 Christen wurden getötet und eine unbekannte Zahl von Menschen verletzt.**
- **Weihnachtstag, 25. Dezember 2011: Muslimische Terroristen beschossen und bombardierten drei Kirchen; 37 Christen wurden getötet und 57 verwundet.**

Nach Angaben mehrerer Nichtregierungsorganisationen (z. B. hier und hier) werden die Christen in Nigeria in der Tat in einem Völkermord ausgelöscht. Alle zwei Stunden wird in Nigeria ein Christ getötet. Einem Bericht vom August 2021 zufolge wurden seit Beginn des islamischen Aufstands im Juli 2009 – zunächst durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram und später durch muslimische Fulani-Hirten, die ebenfalls von einer dschihadistischen Ideologie motiviert sind, die sie dazu treibt, christliches ("ungläubiges") Land einzunehmen – mehr als 60.000 Christen entweder bei Überfällen ermordet oder entführt und nie wieder gesehen. In dieser Zeit wurden etwa 20.000 Kirchen und christliche Schulen von Muslimen, die "Allahu Akbar" ("Allah ist größer") schrien, in Brand gesteckt und zerstört.

Vor weniger als einem Monat veröffentlichte der Islamische Staat in Nigeria ein Video, das zeigt, wie seine Mitglieder 20 Christen abschlachten. Obwohl es sehr an das Video aus dem Jahr 2015 erinnert, in dem eine andere Meute muslimischer Terroristen 21 koptische Christen in Libyen abschlachtete, wurde in den Medien deutlich weniger darüber berichtet. Über das Video der Kopten aus dem Jahr 2015 wurde sechsmal weniger in den Medien berichtet als über die Tötung eines Gorillas, die zur gleichen Zeit stattfand. Das Video der nigerianischen Christen vom letzten Monat fand in den westlichen Medien kaum Beachtung – als wollte man damit andeuten, dass das rituelle Abschlachten von Christen so abgedroschen geworden ist, dass es nicht mehr der Berichterstattung wert ist.

Wo bleibt der Aufschrei? Als der Australier Brenton Tarrant 2019 in Neuseeland zwei Moscheen angriff und 51 Muslime tötete, stand die ganze Welt auf und verurteilte die Tat. Die Vereinten Nationen reagierten auf diesen seltenen und abwegigen Anschlag mit der

Gründung einer Initiative zur *Bekämpfung der Islamophobie*. Wo bleiben nach Jahren und Jahrzehnten der Angriffe die UNO-Initiativen zur "Bekämpfung des Antisemitismus" und zur "Bekämpfung des Völkermords an Christen"?

Die UNO scheint nur daran interessiert zu sein, zuzusehen, wie ihre Mitglieder ihre Regeln verletzen. Die *völkermörderischen Drohungen* Irans, die gegen die UNO-Charta *verstoßen*, sind ein Grund für den *Ausschluss*. Die UNO ignoriert unaussprechliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie die Sklaverei (*hier* und *hier*) oder Chinas *Lügen* über die Übertragbarkeit von COVID-19 von Mensch zu Mensch, während sie stattdessen *Israel zu Unrecht verfolgt*, eine Demokratie, die die Menschenrechte für alle ihre Bürger – ob Muslime, Juden oder Christen – tatsächlich wahrt.

Was werden die UNO und andere große Regierungsorganisationen nun als Reaktion auf die Schüsse in einer weiteren Kirche und die Ermordung von mehr als 50 Christen tun? Wahrscheinlich nichts – abgesehen davon, dass sie versuchen werden, *jeden zum Schweigen zu bringen*, der versucht, die Ideologie zu entlarven, die viele der Mörder erwiesenermassen antreibt (Siehe etwa *hier* und *hier*). Wir wissen das, weil die UNO und viele Mitglieder des Klerus absolut nichts als Reaktion auf die zahllosen anderen muslimischen Angriffe auf Kirchen unternommen haben, die im Laufe der Jahre *Tausende von christlichen Menschenleben* gefordert haben – abgesehen von dem Versuch, die Motivation der Mörder zu vertuschen, wie z. B. mit Ausreden wie "*High auf Cannabis*" oder "*Geisteskrankheit als Verteidigungsstrategie*".

Erst vor zwei Wochen, als Mitglieder des Europäischen Parlaments, eines der gesetzgebenden Organe der Europäischen Union, den Vorschlag unterbreiteten, eine Debatte über die zunehmende *Christenverfolgung* in der ganzen Welt zu führen – ironischerweise im Zusammenhang mit der jüngsten Gräueltat in Nigeria: der *Steinigung und Verbrennung* der christlichen Studentin Deborah Samuel – *weigerte sich* die Mehrheit des Europäischen Parlaments, von denen die meisten den linken Parteien angehören, die Debatte überhaupt zu führen.

Das Ignorieren der Ermordung von Christen ist natürlich nur ein Teil des Puzzles; das Vertuschen der religiösen Identität ihrer Mörder ist der andere. Bei der Beschreibung des Massakers an mehr als 50 Christen am vergangenen Sonntag tauchten die Worte "Muslim", "Islam" oder gar "Islamist" in dem *AP-Bericht* nicht auf. Stattdessen heißt es: "Es war nicht sofort klar, wer hinter dem Angriff auf die Kirche steckte". Um diese Zweideutigkeit aufrechtzuerhalten, unterlässt es die AP, darauf hinzuweisen, dass islamische Terroristen im Laufe der Jahre in Nigeria regelmäßig Kirchen gestürmt und viele Christen abgeschlachtet haben – eine Tatsache, die vielleicht einen Hinweis darauf geben könnte, "wer hinter dem Angriff steckt". Aber das Verschweigen dessen, was den Christen in Nigeria widerfährt, ist eine alte *Taktik der "Mainstream-Medien"*.

Man denke nur an die *Worte* von Johnnie Carson, dem stellvertretenden US-Außenminister für afrikanische Angelegenheiten unter Präsident Barack Obama. Nachdem muslimische Terroristen in Nigeria am Ostersonntag 2012 mehr als 50

christliche Gottesdienstbesucher abgeschlachtet hatten, sagte Carson: "Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einen wichtigen Punkt zu betonen, und zwar, dass die Religion nicht die Ursache für extremistische Gewalt [in Nigeria] ist." Stattdessen sind "Ungleichheit" und "Armut" – um den ehemaligen Präsidenten Bill Clinton zu zitieren – "der Treibstoff für all diese Dinge" ("diese Dinge" sind die Massaker an Christen durch Muslime). Ein Jahrzehnt – und unzählige christliche Leichen später – haben die USA ihren Standpunkt nicht geändert.

Schlimmer noch: Die Reaktion der Regierung Biden auf den dschihadistischen Ansturm auf die Christen in Nigeria – wo jeden Tag 13 Christen abgeschlachtet werden – bestand darin, Nigeria von der Liste der besonders besorgniserregenden Länder des Außenministeriums zu streichen: Länder, die Verletzungen der Religionsfreiheit begehen oder tolerieren.

Wo bleibt die Empörung? Wo sind die "Hashtags" zur Unterstützung der christlichen Nigerianer? Warum sind *diese* schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur *diese* nicht?

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam ("Verteidiger des Westens: Die christlichen Helden, die sich dem Islam entgegengestellt haben", ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus241653371/Psychisch-krank-Der-ungeheuerliche-Verdacht-gegen-den-Messerangreifer-aus-dem-ICE.html?>

KRANKHEIT VORGETÄUSCHT?

Der ungeheuerliche Verdacht gegen den Messerangreifer aus dem ICE

Stand: 10:33 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Ibrahim Naber

Chefreporter

Abdalahman A. sticht im ICE auf Passagiere ein. Er gibt an, psychisch krank zu sein, ein Gutachten scheint das zu bestätigen. Bis die Ermittlungen plötzlich in eine andere Richtung kippen: den Grenzbereich zwischen Wahn und Islamismus. Simuliert er sein Leiden nur – und ist IS-Terrorist? Die letzten Stunden bis zum Prozessauftakt am Freitag verbringt Abdalahman A. in der Justizvollzugsanstalt Straubing, psychiatrische Abteilung. Dem 28-Jährigen, geboren in Damaskus, wurde dort zuletzt das Neuroleptikum Haloperidol verabreicht, ein Medikament gegen Psychosen. Nur zwischenzeitlich war er zuvor in den normalen Trakt verlegt worden, und das Gefängnispersonal war vorgewarnt: Schließlich hatte A. nach seiner Festnahme Ende 2021 im Bezirksklinikum Regensburg einem Pfleger ins Gesicht geschlagen und die Sicherheits scheiben im Isolierzimmer zertrümmert, Schaden: 5000 Euro.

Die eigentliche Tat, für die sich A. nun vor Gericht verantworten muss, löste am 6. November 2021 bundesweit Entsetzen aus: Mit einer acht Zentimeter langen Klinge stach A. damals im ICE 928 unvermittelt auf Fahrgäste ein. Der Zug war an dem Morgen gerade von Passau nach Nürnberg unterwegs. Kein Streit, kein Wortgefecht ging voraus, als der Angreifer sein Messer achtmal in den

Kopf- und Halsbereich des ersten Mannes rammte. Drei der vier Opfer erlitten schwere, potenziell lebensgefährliche Verletzungen. Sie überlebten.

Was diesen Fall so brisant macht, ist die Bewertung. Denn er führt in einen politisch aufgeladenen Grenzbereich, der bei Sicherheitsbehörden und in Gefängnissen seit Jahren stärker in den Fokus rückt. Die Frage, um die es hier geht, lautet: War der Messerangriff im ICE die Tat eines Irren, eines nicht zurechnungsfähigen Kranken oder die eines überzeugten Dschihadisten? Und lässt sich das in Fällen wie diesem überhaupt so klar trennen?

IS ruft seit Langem zu Anschlägen mit einfachen Tatmitteln auf

Gutachter kamen bei A. zu unterschiedlichen Ergebnissen. Klare Antworten sind im Prozess wichtig, weil sie darüber entscheiden, ob die Attacke als politisch motivierte Tat eingeordnet wird oder nicht. Und ob A. bei einem Schuldspruch im Gefängnis landet oder in einer Psychiatrie untergebracht wird.

Der Generalbundesanwalt wirft Abdalrahman A. einen islamistisch motivierten Angriff vor. Aus der Anklage geht nach WELT-Informationen hervor, dass er sich Propagandamaterial der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) beschaffte, das erstaunliche Bezüge zur Tat aufweist. Zudem legen Chatnachrichten aus dem Umfeld des Angeklagten nahe, dass er in den Dschihad ziehen wollte. Im Gegensatz zu anderen, ähnlich gelagerten Attacken gab es nach Erkenntnis der Ermittler jedoch keinen Mentor, der A. bei der Bluttat anleitete.

Terrormilizen wie der IS rufen seit langer Zeit zu Anschlägen mit einfachen Tatmitteln im öffentlichen Raum auf. Auch in Deutschland gibt es immer wieder Messerangriffe, und bei manchen ist die Motivlage eindeutig. So wie beim syrischen IS-Unterstützer Abdullah H. H., der 2020 in Dresden ein schwules Paar attackierte und einen der Männer umbrachte. Erst Tage zuvor war der Islamist, eigentlich unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden, aus der Haft entlassen worden.

Anders die Messerattacke in Würzburg 2021, als Abdirahman Jibril A. drei Frauen in der Innenstadt tötete und weitere Personen angriff. Hatte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) kurz nach der Tat noch von einem „eklatanten Verdacht“ auf ein islamistisches Motiv gesprochen, fanden Ermittler dafür keine Belege. Das Gericht stufte den Somalier vor wenigen Monaten als schuldunfähig ein und schickte ihn in die Psychiatrie. Schon vor der Attacke war er mehrfach in psychiatrischer Behandlung gewesen. Doch die Gefahr, die von ihm ausging, erkannten die Behörden nicht.

Auch im Fall von Abdalrahman A. – dem Angreifer im ICE – gingen Ermittler in den ersten Tagen nach der Tat von Schuldunfähigkeit aus. Ein Erstgutachter hatte nach der vorläufigen psychiatrischen Untersuchung eine „paranoide Schizophrenie“ und Wahnvorstellungen festgestellt. Doch es gab schon damals Beobachter, die Zweifel äußerten. Denn unmittelbar nach der Messerattacke im Zug passierte laut Zeugenaussagen etwas Eigenartiges: Der Angreifer habe sich selbst zum Opfer erklärt. „Ich bin krank. Ich brauche Hilfe“, das waren die Sätze, die sinngemäß gefallen sein sollen. Das erste Gutachten schien das zu bestätigen.

Doch als A. kurz darauf in einer Hochsicherheitszelle des psychiatrischen Krankenhauses in Regensburg untergebracht war, kamen Zweifel auf. Er soll in Gesprächen mit dem Personal nahegelegt haben, eine Erkrankung nur vorzutäuschen. Es gab von da an den Verdacht, der Messerangreifer simuliere. Nach ausführlichen Untersuchungen kam ein weiterer psychiatrischer Gutachter zu dem Schluss, dass A. nicht psychisch krank sei. Es wirft zumindest Fragen auf, warum er in der JVA zuletzt dennoch in der psychiatrischen Abteilung untergebracht war und wie das zusammenpasst.

Ermittler fanden Reihe von islamistischen Bezügen

Abdalrahman A. wurde am 3. Juli 1994 in Damaskus als drittjüngstes von acht Kindern geboren. Er wuchs im palästinensisch geprägten Stadtteil Jarmuk auf. Bei deutschen Behörden gilt die Staatsangehörigkeit als ungeklärt, manche führen ihn auch als Staatenlosen. Der Generalbundesanwalt (GBA) spricht von einem „palästinensischen Volkszugehörigen“.

Als der Bürgerkrieg in Syrien ausbrach, floh die Mutter mit mehreren Kindern nach Algerien. Dort soll A. zeitweise in einem Restaurant gejobbt haben. Im Oktober 2014 reiste er über Libyen und Italien

nach Deutschland ein. 2016 erhielt er eine befristete Aufenthaltserlaubnis, die bis Mitte 2022 verlängert wurde. Auch seine Eltern und sechs seiner Geschwister leben aktuell in Deutschland.

Vor dem Messerangriff im ICE hatten Sicherheitsbehörden A. noch nicht als islamistischen Gefährder im Visier. So werden Personen genannt, denen der Staat jederzeit einen politisch motivierten Anschlag von erheblicher Bedeutung zutraut.

Nach der Tat aber stellten Ermittler bei A. eine Reihe von islamistischen Bezügen fest. Sie werfen dem Angeklagten vor, sich dschihadistisches Propagandamaterial beschafft zu haben, in denen Kampfhandlungen und Mordanschläge dargestellt werden. Zudem wurden bei dem 28-Jährigen Reden gefunden, in denen bekannte IS-Propagandisten dazu aufrufen, Ungläubige mit einem Messer abzuschlachten; Opfer sollten demnach in ihrem eigenen Zuhause überfallen werden. Ermittler fanden auch heraus, dass A. eine Moschee in seinem damaligen Wohnort Passau besuchte, die im Visier des Verfassungsschutzes steht. Zudem gaben Bekannte von ihm in Chats an, dass der spätere Messerangreifer in den Dschihad ziehen wolle – wohl jedoch noch keinen Plan hatte, wie. Laut GBA soll er spätestens im September den Entschluss gefasst haben, Ungläubige in Deutschland zu töten.

Psychologe und Islamismus-Experte Ahmad Mansour kritisiert, dass in vielen Fällen der Fokus zu früh und zu stark auf eine psychische Erkrankung bei Tätern gelegt werde. „Ich unterstelle sogar, dass einige die Radikalisierungstendenzen bewusst kleinreden, weil es politisch bequemer ist.“

Das Versagen des Westens im Umgang mit dem politischen Islam

Er kenne keinen Terroristen aus den vergangenen Jahren, der nicht zumindest irgendeine Art von psychischer Labilität aufgewiesen habe, so Mansour. Auch der rechtsextreme Attentäter von Hanau sei psychisch krank gewesen. Es gebe zwar auch Fälle von Personen, die tatsächlich nicht mehr zurechnungsfähig seien. Oft aber habe die Ideologie großen Einfluss auf das Tatmotiv. Dass unter den Tätern häufig Geflüchtete sind, offenbart laut Experten auch ein strukturelles Problem: Der Bedarf an psychosozialer Betreuung ist hierzulande viel größer als das Angebot. Allein die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer musste in den vergangenen Jahren Tausende Hilfesuchende ablehnen, weil ihnen Mittel fehlten. Maximilian Bär, der Verteidiger von Abdalrahman A., sieht im Fall seines Mandanten bislang keine eindeutige Richtung. Es lägen sowohl Hinweise auf psychische Beeinträchtigungen zum Tatzeitpunkt vor als auch Hinweise auf islamistische Bezüge. „Die psychiatrischen Gutachter müssen im Prozess erklären, wie sie zu ihren Ergebnissen kommen und warum sie dem Erstgutachten nicht gefolgt sind. Ich bin überzeugt, mein Mandant ist psychisch krank und muss behandelt werden.“

<https://www.pi-news.net/2022/10/die-leipziger-beamten-haben-sich-als-scharia-polizei-geoutet/>

Die Leipziger Beamten haben sich als Scharia-Polizei geoutet

24. Oktober 2022

Von MARIO | Ich hatte mich vor der denkwürdigen [Veranstaltung am 20. August in Gladbeck](#) immer wieder sporadisch in den jeweiligen [EWO-Livestreams](#) mit Michael Stürzenbergers Aufklärungsfeldzug gegen den „politischen Islam“ eingeschaltet. Doch seit Gladbeck bin ich regelmäßig dabei, und zwar von Anfang bis Ende. **Dabei frage ich mich oft, ob ich dadurch lediglich meine negative Meinung und ablehnende Haltung gegenüber dem Islam und seinen Muslimen bestätigt haben will oder ob es einfach nur purer Masochismus ist zu sehen, wie unser Deutschland immer tiefer in die verhängnisvolle Islamisierung rutscht.** Als jedoch am Samstag die

Kundgebung in Leipzig gegen Ende dermaßen ausuferte ([PI-NEWS berichtete](#)), kann ich diesen Vorfall nicht mehr unkommentiert lassen.

Alle Protagonisten rund um diese so wichtige Aufklärungsarbeit sprechen von dem sog. „politischen Islam“, was ich übrigens als ein Zugeständnis an Artikel 4/1 des Grundgesetzes interpretiere. Bei all den notwendigen und wertvollen Kundgebungen ist festzustellen, dass schätzungsweise 98 Prozent der anwesenden Muslime den Begriff „politischer Islam“ und dessen Bedeutung weder erfassen noch verstehen können (abgesehen davon, dass die meisten anwesenden Muslime – als Ausdruck einer misslungenen Integration – nicht wirklich der deutschen Sprache mächtig sind bzw. sein wollen).

Muslimen dieser Welt ist die Einteilung in einen „politischen Islam“ und einen „spirituellen Islam“ absolut fremd. Ich bin mir sicher, dass hier seitens der Muslime nie eine Trennung erfolgen wird. Auch werden Muslime nie – und ich betone NIE – den Koran entschärfen, was beispielsweise von Michael Stürzenberger und seinen Mitstreitern unermüdlich gefordert wird. Und er hat Recht, wenn er auf die drohende Gefahr und die damit verbundenen katastrophalen Folgen eines demografischen Wandels aufgrund ständigen muslimischen Zuwachses hinweist.

Im Grunde genommen ist es allerdings vollkommen egal, ob Muslime die Inhalte dieser Kundgebungen verstehen. Wichtig ist, dass uns deutschen Bürgern auf äußerst anschauliche Weise das intolerante und aggressive Verhalten der Muslime etc. vor Augen geführt wird und wir daran erkennen können, welche Gefahr auf uns zurollt. Ich kann nur hoffen, dass die EWO-Aufzeichnungen von vielen deutschen Bundesbürgern gesehen werden und dieses einmalige Informationsangebot weiterempfehlen.

Wir müssen vorausschauend denken und die Zeichen der Zeit erkennen können. Aber Denken scheint für viele – und insbesondere für die politischen Befürworter einerseits des dreisten Migrationspaktes und andererseits der schleichenden Islamisierung – ein Fremdwort zu sein. Übrigens: niemand ist so blind wie die, die nicht sehen wollen (Jonathan Swift).

Da Muslime nie kooperieren werden, fürchte ich, haben wir nur zwei Möglichkeiten: uns entweder dem Islam zu unterwerfen oder den Islam per Grundgesetz zu verbieten (dazu gehört neben Kontrollen an deutschen Grenzen auch ein sofortiger, konsequenter Aufnahmestopp von Muslimen und eine rigorose Abschiebung der seit 2015 hereingeholten und hereingelassenen kulturfremden Zuwanderer und unberechtigten Asylanten etc.)!

Zu fordern, dass wir Deutsche uns entweder unterwerfen oder das Land verlassen sollen, ist eine bodenlose Frechheit. Sollten Deutsche dann ihr Land nicht verlassen und sich nicht unterwerfen, dann droht sogar der Tod. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf! Wenn ein deutscher Politiker das immer noch nicht kapiert hat oder nicht kapiieren will, dann missachtet dieser seinen geleisteten Amtseid und ich bezeichne diesen Politiker als Verräter an unserer deutschen Gesellschaft.

Wir haben in Deutschland eigene, indigene Kriminelle jeglicher Ausprägung und wir müssen uns fragen, ob wir noch mehr zivilisationsschädigende Kriminalität, vornehmlich aus dem islamischen

Kulturkreis, wirklich brauchen. Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob wir unsere freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft von innen zerstören lassen wollen oder nicht. Ich will das nicht! Die Islamisierung ist wie ein infiltrierendes malignes Krebsgeschwür, das – nicht rechtzeitig erkannt und behandelt –, zum Tode führt. Dieses aktive Desinteresse gewisser verantwortlicher Kreise an Deutschland muss politische Konsequenzen haben!

Und abschließend noch zur Leipziger Polizei: die anwesenden Beamten haben sich regelrecht als Scharia-Polizei geoutet. Shame on them! Was die Leipziger Linksextremisten anbelangt: diese disqualifizieren sich mit ihrem Verhalten selbst, merken dies aber in ihrer Einfältigkeit noch nicht einmal. Sie haben mein vollstes Mitleid.

Die Leipziger Beamten haben sich als Scharia-Polizei geoutet

24. Oktober 2022

Von MARIO | Ich hatte mich vor der denkwürdigen [Veranstaltung am 20. August in Gladbeck](#) immer wieder sporadisch in den jeweiligen [EWO-Livestreams](#) mit Michael Stürzenbergers Aufklärungsfeldzug gegen den „politischen Islam“ eingeschaltet. Doch seit Gladbeck bin ich regelmäßig dabei, und zwar von Anfang bis Ende. **Dabei frage ich mich oft, ob ich dadurch lediglich meine negative Meinung und ablehnende Haltung gegenüber dem Islam und seinen Muslimen bestätigt haben will oder ob es einfach nur purer Masochismus ist zu sehen, wie unser Deutschland immer tiefer in die verhängnisvolle Islamisierung rutscht.** Als jedoch am Samstag die Kundgebung in Leipzig gegen Ende dermaßen ausuferte ([PI-NEWS berichtete](#)), kann ich diesen Vorfall nicht mehr unkommentiert lassen.

Alle Protagonisten rund um diese so wichtige Aufklärungsarbeit sprechen von dem sog. „politischen Islam“, was ich übrigens als ein Zugeständnis an Artikel 4/1 des Grundgesetzes interpretiere. Bei all den notwendigen und wertvollen Kundgebungen ist festzustellen, dass schätzungsweise 98 Prozent der anwesenden Muslime den Begriff „politischer Islam“ und dessen Bedeutung weder erfassen noch verstehen können (abgesehen davon, dass die meisten anwesenden Muslime – als Ausdruck einer misslungenen Integration – nicht wirklich der deutschen Sprache mächtig sind bzw. sein wollen).

Muslimen dieser Welt ist die Einteilung in einen „politischen Islam“ und einen „spirituellen Islam“ absolut fremd. Ich bin mir sicher, dass hier seitens der Muslime nie eine Trennung erfolgen wird. Auch werden Muslime nie – und ich betone NIE – den Koran entschärfen, was beispielsweise von Michael Stürzenberger und seinen Mitstreitern unermüdlich gefordert wird. Und er hat Recht, wenn er auf die drohende Gefahr und die damit verbundenen katastrophalen Folgen eines demografischen Wandels aufgrund ständigen muslimischen Zuwachses hinweist.

Im Grunde genommen ist es allerdings vollkommen egal, ob Muslime die Inhalte dieser Kundgebungen verstehen. Wichtig ist, dass uns deutschen Bürgern auf äußerst anschauliche Weise das intolerante und aggressive Verhalten der Muslime etc. vor Augen geführt wird und wir daran erkennen können, welche Gefahr auf uns zurollt. Ich kann nur hoffen, dass die EWO-Aufzeichnungen von vielen deutschen Bundesbürgern gesehen werden und dieses einmalige Informationsangebot weiterempfehlen.

Wir müssen vorausschauend denken und die Zeichen der Zeit erkennen können. Aber Denken scheint für viele – und insbesondere für die politischen Befürworter einerseits des dreisten Migrationspaktes und andererseits der schleichenden Islamisierung – ein Fremdwort zu sein. Übrigens: niemand ist so blind wie die, die nicht sehen wollen (Jonathan Swift).

Da Muslime nie kooperieren werden, fürchte ich, haben wir nur zwei Möglichkeiten: uns entweder dem Islam zu unterwerfen oder den Islam per Grundgesetz zu verbieten (dazu gehört neben Kontrollen an deutschen Grenzen auch ein sofortiger, konsequenter Aufnahmestopp von Muslimen und eine rigorose Abschiebung der seit 2015 hereingeholten und hereingelassenen kulturfremden Zuwanderer und unberechtigten Asylanten etc.)!

Zu fordern, dass wir Deutsche uns entweder unterwerfen oder das Land verlassen sollen, ist eine bodenlose Frechheit. Sollten Deutsche dann ihr Land nicht verlassen und sich nicht unterwerfen, dann droht sogar der Tod. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf! Wenn ein deutscher Politiker das immer noch nicht kapiert hat oder nicht kapiieren will, dann missachtet dieser seinen geleisteten Amtseid und ich bezeichne diesen Politiker als Verräter an unserer deutschen Gesellschaft.

Wir haben in Deutschland eigene, indigene Kriminelle jeglicher Ausprägung und wir müssen uns fragen, ob wir noch mehr zivilisationsschädigende Kriminalität, vornehmlich aus dem islamischen Kulturkreis, wirklich brauchen. Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob wir unsere freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft von innen zerstören lassen wollen oder nicht. Ich will das nicht! Die Islamisierung ist wie ein infiltrierendes malignes Krebsgeschwür, das – nicht rechtzeitig erkannt und behandelt –, zum Tode führt. Dieses aktive Desinteresse gewisser verantwortlicher Kreise an Deutschland muss politische Konsequenzen haben!

Und abschließend noch zur Leipziger Polizei: die anwesenden Beamten haben sich regelrecht als Scharia-Polizei geoutet. Shame on them! Was die Leipziger Linksextremisten anbelangt: diese disqualifizieren sich mit ihrem Verhalten selbst, merken dies aber in ihrer Einfältigkeit noch nicht einmal. Sie haben mein vollstes Mitleid.

<https://philosophia-perennis.com/2022/11/06/nigeria-muslime-ermorden-fuenfzehn-christen-und-schneiden-einer-frau-die-brust-ab/>

Nigeria: Muslime ermorden fünfzehn Christen und schneiden einer Frau die Brust ab

BYDAVID BERGER

6. NOVEMBER 2022

(David Berger) Islamistische Terroristen töteten zwei Christen im Norden Nigerias, nachdem sie zuvor bei zwei Angriffen 13 weitere Christen abgeschlachtet hatten, so „Morning Star News“.

Die Terroristen griffen das Dorf Gidan Ityotyev, Obi County, gegen 23 Uhr an und töteten Moses Saaku und Aondofa Saaku und verletzten eine weitere Christin,

alle Mitglieder der Universal Reformed Christian Church (NKST in Nigeria), sagte der örtliche Gemeindeleiter Ukpuu Abaa in einer Textnachricht an Morning Star News.

„Eine Christin namens Kwaghadoo Saaku wurde verletzt, als die Fulani eine ihrer Brüste abschnitten“, sagte Abaa. „Die Fulani schossen während des Überfalls auf unser Dorf wahllos auf unsere Leute, die in ihren Häusern schliefen.“

Hunderte an Christen vertrieben

In Gidan Sule, einem überwiegend christlichen Dorf im Bezirk Keana, töteten die Terroristen in der Nacht zum 8. Oktober 10 Christen und vertrieben Hunderte von Menschen, sagte Peter Ahemba, Präsident der Tiv Development Association. Die meisten der getöteten Christen waren Frauen, Kinder und ältere Menschen, die dem Angriff nicht entkommen konnten, so Peter Ahemba in einer SMS.

„Zehn Leichen von Christen, die während des Angriffs auf die Gemeinde Gidan Sule getötet wurden, wurden am Sonntagmorgen, den 9. Oktober, von Überlebenden in der Gemeinde geborgen“, sagte Ahemba. „Die Angreifer, bei denen es sich nach unserer festen Überzeugung um Fulani und Terroristen handelt, schossen sporadisch auf Christen, die in ihren Häusern schliefen“...

Extreme Christenverfolgung in Nigeria

Nigeria war im vergangenen Jahr (1. Oktober 2020 bis 30. September 2021) weltweit führend bei der Zahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen (4.650, gegenüber 3.530 im Vorjahr), so der Bericht von Open Doors für die Weltbeobachtungsliste 2022. Auch die Zahl der entführten Christen war in Nigeria mit mehr als 2.500 am höchsten, gegenüber 990 im Vorjahr, so der WWL-Bericht.

Nigeria liegt dem Bericht zufolge mit 470 Fällen von Angriffen auf Kirchen nur noch hinter China. In der Weltbeobachtungsliste 2022 der Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, stieg Nigeria von Platz 9 im Vorjahr auf den siebten Platz auf und erreichte damit seinen bisher höchsten Rang.

https://www.focus.de/panorama/welt/bundesweite-durchsuchungen-razzia-bei-islamisten-wegen-corona-betrug_id_180288140.html

Bundesweite Durchsuchungen

Razzia bei Islamisten wegen Corona-Betrug - mehr als eine Million Euro erschlichen

Dienstag, 22.11.2022, 08:41

Das Wichtigste

Seit dem frühen Morgen durchsucht die Polizei bundesweit Dutzende Objekte wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug bei Corona-Hilfen. Er soll mehr als eine Million Euro erschlichen haben.

Die Islamismus-Abteilung des Landeskriminalamtes ist bei den Ermittlungen beteiligt.

Schwerpunkt der Razzien ist in Berlin.

Mit einer Großrazzia in mehreren Bundesländern ist die Polizei gegen einen mutmaßlichen Betrüger und seine Komplizen im Zusammenhang mit Coronahilfen vorgegangen. Der 25-jährige Verdächtige ist nach Angaben der

Polizei ein Islamist, der sich über Strohleute über eine Million Euro an Fördermitteln erschlichen haben soll. Die Polizei durchsuchte am Dienstagmorgen 57 Wohnungen und andere Räume der Komplizen des Verdächtigen in Berlin, Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. **Der Verdächtige soll sich inzwischen wieder in Syrien aufhalten.**

Die Polizei wirft dem Mann vor, mit erfundenen Angaben über Firmen Coronahilfen beantragt zu haben. Mehr als eine Million Euro soll er von der Investitionsbank Berlin (IBB) erhalten haben. Er soll dafür Namen und Steuerdaten der Strohleute benutzt haben. Die Strohleute stellten ihm demnach für die Zahlungen auch ihre Konten zur Verfügung. Die notwendigen E-Mail-Adressen für die Komplizen soll der Verdächtige eigens dafür eingerichtet haben.

Gegen den Mann wurde in der Vergangenheit mehrfach wegen Störung des öffentlichen Friedens ermittelt, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Er soll beispielsweise öffentlich Masken mit dem Gesicht des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron verbrannt haben und Videos davon im Internet veröffentlicht haben. Das geschah kurz nach einer Rede von Macron nach der Enthauptung eines französischen Lehrers durch einen islamistischen Attentäter.

Die Ermittlungen und die Auswertung der beschlagnahmten Handys und Computer dauern an. Beteiligt daran ist auch die für Islamismus zuständige Abteilung des Berliner Landeskriminalamtes (LKA). Der Schwerpunkt der Einsätze sei Berlin, sagte ein Sprecher der Polizei. Dort gab es unter anderem eine Durchsuchung im Wedding.

Die Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP) teilte mit: „Als internationale Metropole steht natürlich auch die Hauptstadt im Fokus terroristischer Netzwerke. Umso wichtiger ist es, ganz genau hinzuschauen, wenn es um die Finanzströme innerhalb extremistischer Strukturen geht.“

<https://unser-mittleuropa.com/belgien-mehr-als-ein-gerichtsurteil-im-zusammenhang-mit-terrorismus-pro-woche/>

Belgien: Mehr als ein Gerichtsurteil im Zusammenhang mit Terrorismus – pro Woche!

06. 12. 2022

Der Vlaams Belang in Belgien deckt aktuell auf:

Im Jahr 2021 wurden 75 Gerichtsurteile im Zusammenhang mit Terrorismus gefällt. „Das ist mehr als eine pro Woche“, wundert sich Senator Guy D'haeseleer, der kürzlich den Justizminister der Open Vld, Vincent Van Quickenborne, nach den Zahlen gefragt hat. Er zieht daraus die Lehre, dass „dies zeigt, dass die terroristische Bedrohung noch lange nicht verschwunden ist und dass wir ständig wachsam bleiben müssen“.

Belgien hatte proportional zu Bevölkerung meiste IS-Terroristen

Die 75 Urteile betrafen 118 Angeklagte. Sechs Jahre nach den Anschlägen in Zaventem und der U-Bahn-Station Maelbeek ist die terroristische Bedrohung nicht nur eine schmerzhafteste Erinnerung, nein, sie ist immer noch eine gefährliche Realität.

Belgien hielt den unheimlichen Rekord für die höchste Zahl – im Verhältnis zu unserer Gesamtbevölkerung – von Kämpfern in den Reihen des Daesh in Syrien in ganz Europa. Nicht weniger als 500 „Belgier“ hatten sich dieser Terrorarmee angeschlossen, die, wie wir uns erinnern sollten, die schlimmsten Gräueltaten begangen hat, die man sich vorstellen kann. Inzwischen sind viele von ihnen bereits wieder hier. Und erst in den letzten Wochen hielt es die Regierung Vivaldi für angebracht, eine Reihe von kriminellen Frauen zu repatriieren, die sich ebenfalls dieser monströsen Armee angeschlossen hatten.

Der Terrorismus stellt eine echte und dauerhafte Bedrohung für unsere Gesellschaft dar, und die 75 Gerichtsentscheidungen tun nicht viel, um etwas dagegen zu unternehmen. Ihn zu bekämpfen muss für die Regierung oberste Priorität haben. **Um den Terrorismus wirksam zu bekämpfen, muss zunächst sein Nährboden entwässert werden, der im Wesentlichen aus dem organisierten Islam und einigen seiner Anhänger besteht. Darüber hinaus müssen energische Maßnahmen ergriffen werden, um angemessen zurückzuschlagen. Beispielsweise möchte der Vlaams Belang, dass jeder, der auf der Grundlage der Antiterrorgesetzgebung verurteilt wurde und eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, die belgische Staatsbürgerschaft verliert und nach Verbüßung der Strafe für immer des Landes verwiesen wird. Außerdem muss es eine „besondere lebenslange Freiheitsstrafe“ für Terroristen geben, um sicherzustellen, dass sie nie wieder freigelassen werden können. Wann wird die Politik in diesem Land einwilligen, etwas politischen Mut zu zeigen, ohne sich hinter einer bis zum Gehnichts abgenutzten pseudo-humanistischen Rhetorik zu verstecken?**

<https://www.pi-news.net/2022/12/muenchen-14-jahre-haft-fuer-ice-messermann/>

München: 14 Jahre Haft für ICE-Messermann

23. Dezember 2022

Von MANFRED ROUHS | Still und heimlich hat das Oberlandesgericht München jenen 28-jährigen Messermann, der im November 2021 in einem ICE im Raum Nürnberg auf Reisende einstach und dabei „Allahu akbar“ gerufen hatte, zu 14

Jahren Haft verurteilt. [Das berichtet die „Legal Tribune Online“](#). Der 23. Dezember 2022 war als Datum für dieses Urteil offenbar volkspädagogisch klug gewählt. Das Urteil geht im Weihnachtsrummel unter und ist den Massenmedien bestenfalls eine Randnotiz wert.

Dabei war der Prozess durchaus – auch juristisch – spannend. Denn die Verteidigung argumentierte geschickt und setzte ihren Mandanten als psychisch gestörtes, armes Opfer widriger Verhältnisse in Szene. Der anklagende Generalbundesanwalt dagegen ging von einem religiös motivierten dschihadistischen Hintergrund der Tat aus und forderte lebenslange Haft. Die wäre nach der üblichen bundesrepublikanischen Justizpraxis allerdings nach 15 Jahren spätestens zu Ende gewesen – so dass die 14 Jahre am Antrag der Anklagebehörde recht nahe dran sind.

Zweifellos hat, zumindest abstrakt, ein Stück weit auch die Verteidigung recht: Alle Dschihadisten sind irgendwie psychisch gestört. Da der Begriff des muslimischen Dschihadismus aber weit gefasst ist und unter ihn eindeutig nicht nur mörderische Attentäter fallen, liefe die Feststellung, alle Anhänger des Dschihad seien irre, auf die Psychiatrisierung eines erheblichen Teils aller Anhänger der Weltreligion des Islam hinaus. So weit mochte das Gericht offenbar nicht gehen.

Stattdessen taten die Richter das, was sie in Fällen dieser Art meistens tun: Sie folgten der Einschätzung eines psychiatrischen Gutachters, der den in Palästina geborenen und in Syrien aufgewachsenen Mann für im rein medizinischen Sinne voll zurechnungsfähig erklärte. **Und dessen Aufgabe es nicht war, einzuschätzen, ob möglicherweise der muslimische Dschihadismus insgesamt als Geisteskrankheit einzuordnen sei.**

Niemand weiß, wie groß die Zahl der Dschihadisten ist, die unter uns leben. Folgerichtig werden uns und der Justiz Abgrenzungsfragen dieser Art noch eine ganze Zeit lang erhalten bleiben.

PI-NEWS-Autor [Manfred Rouhs](#), Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die [Zeitschrift SIGNAL](#) herausgibt und im Internet ein [Nachrichtenportal](#) betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem [ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen](#) per Streaming und stellt [politische Aufkleber](#) und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

<https://unser-mittleuropa.com/der-tod-des-christentums-in-bethlehem/>

Der Tod des Christentums in Bethlehem

10. 01. 2023

In einem [Bericht](#) vom 21. November wird festgestellt, dass „die religiös motivierten Angriffe palästinensischer Muslime auf Christen in

Bethlehem deutlich zugenommen haben“, und es werden folgende Beispiele angeführt:

„Vor etwas mehr als zwei Wochen wurde ein muslimischer Mann beschuldigt, junge christliche Frauen in der orthodoxen Kirche der Vorväter in Beit Sahour nahe Bethlehem belästigt zu haben. Kurz darauf wurde die Kirche von einem großen Mob palästinensischer Männer angegriffen, die das Gebäude mit Steinen bewarfen, während die Gläubigen im Inneren kauerten. Mehrere Gemeindemitglieder wurden bei dem Angriff verletzt.

Die Palästinensische Autonomiebehörde, die für die Sicherheit in dem Gebiet zuständig ist, unternahm nichts.

Im Oktober schossen Unbekannte auf das in christlichem Besitz befindliche Bethlehem Hotel, nachdem ein Video in den sozialen Medien das Hotel mit einer Ausstellung in Verbindung brachte, die Pappausschnitte eines Davidsterns und einer Menora enthielt. ...

Es gab keine Verhaftungen im Zusammenhang mit der Schießerei.

Der vielleicht größte Schock für die Gemeinde kam im April, als der palästinensische evangelische Pastor Johnny Shahwan von den Sicherheitskräften der Palästinensischen Autonomiebehörde unter dem Vorwurf der ‚Förderung der Normalisierung‘ mit Israel verhaftet wurde. ...

Im Januar griff eine große Gruppe maskierter Männer mit Stöcken und Eisenstangen die christlichen Brüder Daoud und Daher Nassar auf ihrem Bauernhof in der Nähe von Bethlehem an. Die palästinensischen Gerichte bemühen sich um die Beschlagnahmung des Hofes, der sich seit dem Osmanischen Reich im Besitz der Familie befindet.“

Die Verfolgung der palästinensischen Christen ist in der Tat ein seit langem bestehendes Problem, so Rabbi [Pesach Wolicki](#), Direktor des Zentrums für jüdisch-christliche Verständigung und Zusammenarbeit:

„Diese jüngsten Angriffe auf Kirchen sind leider nichts neues. Christen werden in Bethlehem schon seit vielen, vielen Jahren angegriffen. Es hat Bombenanschläge gegeben. Es gibt fast ständig physische Angriffe auf Christen. Sie finden regelmäßig statt, seit die Palästinensische Autonomiebehörde die Macht übernommen hat.“

Kamal Tarazi, ein Christ, der 2007 aus dem von der Hamas kontrollierten Gazastreifen geflohen ist, [sagt](#): „In dem Moment, in dem sie [die Hamas] die Kontrolle [über den Gazastreifen] übernahmen, begannen sie, uns zu verfolgen, unsere Kirchen zu zerstören und die Christen zu zwingen, zum Islam zu konvertieren“. Vor seiner Flucht versuchte Tarazi, sich der islamistischen Machtübernahme zu widersetzen, und rief Muslime und Christen auf, sich gegen die Hamas zu vereinen. [Daraufhin](#) „wurde ich mehrmals ins Gefängnis geworfen“, sagte er. „Wissen Sie, was ein Hamas-Gefängnis ist? Es ist die reine Folter.“

Zahlen bestätigen, dass Christen, die unter der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) leben, ständigen Misshandlungen ausgesetzt sind, die Muslime nicht erleiden. Im Jahr 1947 machten die Christen 85 % der Bevölkerung von Bethlehem aus, einer alten christlichen Hochburg. Im Jahr 2016 war ihr Anteil auf nur noch 16 % gesunken.

„In einer Gesellschaft, in der arabische Christen keine Stimme und keinen Schutz haben, ist es keine Überraschung, dass sie das Land verlassen“, [so](#) Justus Reid Weiner, ein mit der Region vertrauter Anwalt.

„Die systematische Verfolgung christlicher Araber in den palästinensischen Gebieten wird von der internationalen Gemeinschaft,

Menschenrechtsaktivisten, den Medien und NROs mit fast völligem Schweigen quittiert."

Die internationalen Medien berichten nie über Verfolgungsvorfälle. Ein christlicher Araber, der in Bethlehem wohnt, **betonte** unter der Bedingung der Anonymität, dass über alle oben genannten jüngsten Fälle nicht einmal innerhalb Israels selbst berichtet wurde.

Dann **ergänzte er**:

„Dies muss gehört werden, um die jüdische und die christliche Welt über den Zustand von Bethlehem aufzuklären. Ständig kommt es zu Zwischenfällen, sei es zwischen Nachbarn oder zwischen Menschen auf der Straße oder sogar zwischen Organisationen und Kirchen. Meistens ist es so, dass die muslimische Gemeinschaft die Minderheit, also die christliche Gemeinschaft, überfährt.“

Warum wird über die Verfolgung von Christen in Bethlehem und anderen von der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrollierten Gebieten so wenig oder gar nicht berichtet? Sicherlich nicht, weil sie weniger verfolgt werden als ihre Glaubensbrüder in der muslimischen Welt, wo der **Großteil** der weltweiten Christenverfolgung stattfindet.

„Die Angriffe von Muslimen auf Christen werden von der internationalen Gemeinschaft und den Medien oft ignoriert, die sich nur zu Wort melden, wenn sie einen Weg finden, Israel dafür die Schuld zu geben“, **schrieb** der muslimische Journalist Khaled Abu Toameh.

„Eine weitere beunruhigende Situation ist, dass die Führer der christlichen Gemeinschaft im Westjordanland zögern, die Palästinensische Behörde und ihre muslimischen Nachbarn für die Angriffe verantwortlich zu machen. Sie haben Angst vor Vergeltung und ziehen es vor, der offiziellen Linie zu folgen und Israel allein für das Elend der christlichen Minderheit verantwortlich zu machen.“

Open Doors, eine Menschenrechtsorganisation, die die Christenverfolgung beobachtet, **berichtet**, dass die palästinensischen Christen unter einem „hohen“ Grad an Verfolgung leiden:

„Diejenigen, die vom Islam zum Christentum konvertieren, sind jedoch der schlimmsten Christenverfolgung ausgesetzt, und es ist schwierig für sie, gefahrlos bei den bestehenden Kirchen mitzumachen. Im Westjordanland werden sie bedroht und unter großen Druck gesetzt, im Gazastreifen ist ihre Situation so gefährlich, dass sie ihren christlichen Glauben in äußerster Geheimhaltung leben... Der Einfluss der radikalen islamischen Ideologie nimmt zu, und die historischen Kirchen müssen in ihrem Umgang mit den Muslimen diplomatisch sein.“

Die einzigartige Situation der palästinensischen Christen – die in einem politisch umkämpften Gebiet leben, in dem das „öffentliche Image“ und damit die öffentliche Meinung alles ist – erklärt auch den Mangel an Öffentlichkeit.

Ein **Bericht** von Dr. Edy Cohen dokumentiert weitere Fälle der Verfolgung von Christen. Sie alle ereigneten sich kurz vor der Veröffentlichung des Berichts und keiner von ihnen wurde von den so genannten „Mainstream-Medien“ gemeldet:

- **25. April:** „[D]ie verängstigten Bewohner des christlichen Dorfes Jifna in der Nähe von Ramallah ... wurden von muslimischen Bewaffneten angegriffen, ... nachdem eine Frau aus dem Dorf bei der Polizei Anzeige erstattet hatte, dass der Sohn eines prominenten, der Fatah nahestehenden Führers, ihre Familie angegriffen habe. Daraufhin kamen Dutzende von bewaffneten Fatah-Anhängern in das Dorf, feuerten Hunderte von Kugeln in die Luft, warfen unter Flüchen Benzinbomben und verursachten

schwere Schäden an öffentlichem Eigentum. Es war ein Wunder, dass es keine Toten oder Verletzten gab.

- **13. Mai:** „Vandalen brachen in eine Kirche der maronitischen Gemeinde im Zentrum von Bethlehem ein, entweiheten sie und stahlen teure Ausrüstungsgegenstände der Kirche, darunter auch die Sicherheitskameras... Das ist bereits das sechste Mal, dass die maronitische Kirche in Bethlehem Opfer von Vandalismus und Diebstahl wurde, einschließlich eines Brandanschlags im Jahr 2015, der beträchtlichen Schaden anrichtete und die Kirche für längere Zeit zur Schließung zwang.
- **16. Mai:** „Die anglikanische Kirche im Dorf Aboud, westlich von Ramallah, war an der Reihe. Vandalen durchtrennten den Zaun, schlugen die Fenster der Kirche ein und brachen ein. Sie entweiheten sie, suchten nach wertvollen Gegenständen und stahlen eine große Menge an Ausrüstung.“

Diese Angriffe, die sich im Laufe von drei Wochen ereigneten, entsprechen dem gleichen **Muster von Übergriffen**, wie sie Christen in anderen muslimischen Mehrheitsregionen üblicherweise erleben. Während die **Entweihung und Plünderung** von Kirchen weit verbreitet ist, sind es auch die Aufstände des muslimischen Mobs gegen christliche Minderheiten – die in der Regel als **Dhimmis** oder „Bürger zweiter Klasse“ unter islamischer Herrschaft behandelt werden, die angeblich dankbar sein sollten, überhaupt toleriert zu werden. Wenn sie es wagen, für ihre Rechte einzutreten, wie es am 25. April **geschah**, „forderten die Randalierer in [dem Dorf] Jifna die [christlichen] Bewohner auf, die **Dschizya** zu zahlen – eine Kopfsteuer, die im Laufe der Geschichte von nicht-muslimischen Minderheiten unter islamischer Herrschaft erhoben wurde. Die jüngsten Opfer der Dschizya waren die christlichen Gemeinden im Irak und in Syrien unter der Herrschaft von ISIS“.

Schlimmer noch, wie so oft, wenn christliche Minderheiten in Ländern mit muslimischer Mehrheit angegriffen werden: „Trotz der Hilferufe der [christlichen] Einwohner [in Jifna] griff die Polizei der PA während der Stunden des Chaos nicht ein. Sie hat keine Verdächtigen verhaftet.“ Auch bei den beiden Anschlägen auf Kirchen wurden „**keine Verdächtigen festgenommen**“.

Obwohl die palästinensischen Christen unter denselben Verfolgungsmustern leiden wie ihre Glaubensbrüder in anderen muslimischen Ländern, einschließlich Anschlägen auf Kirchen, Entführungen und Zwangskonvertierungen, wurde über die Verfolgung palästinensischer Christen „in den palästinensischen Medien nicht berichtet. Tatsächlich“, **so Cohen weiter**, „wurde in vielen Fällen eine vollständige Nachrichtensperre verhängt“:

„Das Einzige, was die Palästinensische Autonomiebehörde interessiert, ist, dass solche Vorfälle nicht an die Medien durchsickern. Die Fatah übt regelmäßig starken Druck auf die Christen aus, nicht über die Gewalttaten und den Vandalismus zu berichten, unter denen sie häufig zu leiden haben, da eine solche Publizität dem Image der Palästinensischen Autonomiebehörde als einem Akteur, der in der Lage ist, das Leben und das Eigentum der christlichen Minderheit unter ihrer Herrschaft zu schützen, schaden könnte. Noch weniger möchte die Palästinensische Autonomiebehörde als radikale Organisation dargestellt werden, die religiöse Minderheiten verfolgt. Ein solches Bild könnte sich negativ auf die massive internationale und insbesondere europäische Hilfe auswirken, die die Palästinensische Autonomiebehörde erhält.“

Das Brot und Butter der Palästinensischen Autonomiebehörde und ihrer Unterstützer, insbesondere in den Medien, besteht darin, die Palästinenser im Allgemeinen als Opfer ungerechter Aggression und Diskriminierung durch Israel darzustellen. Diese Darstellung würde in Frage gestellt, wenn die internationale Gemeinschaft erfährt, dass es palästinensische Muslime sind, die ihre palästinensischen Mitchristen verfolgen – allein aufgrund ihrer Religion. Es könnte schwer sein, Mitgefühl für ein angeblich unterdrücktes Volk aufzubringen, wenn man feststellt, dass es selbst die Minderheiten in seiner Mitte unterdrückt – und das aus keinem anderen Grund als religiöser Bigotterie. Weil sie so empfindlich auf diese potenzielle Schwierigkeit reagieren, üben Beamte der Palästinensischen Autonomiebehörde Druck auf die Christen vor Ort aus, damit sie solche Vorfälle nicht melden, die die Palästinensische Autonomiebehörde als ein weiteres Regime im Nahen Osten entlarven könnten, das einer radikalen islamischen Ideologie anhängt“, so Cohen zum Schluss.

Einige palästinensische Christen sind ebenfalls mitschuldig. Mitri Rehab, ein palästinensischer Akademiker und lutherischer Geistlicher, der in Bethlehem lebt, besteht in seinem kürzlich erschienenen Buch *The Politics of Persecution* („Die Politik der Verfolgung“) darauf, dass die Verfolgung von Christen im Nahen Osten nichts mit dem Islam und alles mit westlichen oder israelischen Aktionen zu tun hat. In seinem Versuch, die Schuld auf alles andere zu schieben, bietet er in seinem Buch sogar einen Abschnitt über „den Klimawandel, der seinen Tribut an der christlichen Gemeinschaft fordern wird“.

Schließlich unterdrückt die Palästinensische Autonomiebehörde nicht nur Nachrichten über die Verfolgung von Christen, sondern sie verbreitet aktiv ein falsches Bild. Obwohl die Zahl der Christen in Bethlehem rapide abnimmt, „ist die Tatsache, dass die Palästinensische Autonomiebehörde weiterhin dafür sorgt, dass es in Bethlehem einen christlichen Bürgermeister gibt, nur Augenwischerei“, so Rabbi Wolicki.

„Es ist eine Show, die die Welt davon überzeugen soll, dass Bethlehem, der Geburtsort des Christentums, immer noch eine christliche Stadt ist. Sie ist nicht christlich. Sie ist in jeder Hinsicht muslimisch.“

In dieser Weihnachtszeit ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass das Christentum aufgrund der andauernden, aber schweigenden Verfolgung am Ort seiner Geburt – Bethlehem, dem Schauplatz der Geburt Christi – zu verschwinden droht. Dieses Schweigen verleiht dem Weihnachtslied „Stille Nacht“ eine unheilvolle Bedeutung. „Die Verfolgung“, so der jüngste Bericht, „bedroht die Existenz der ältesten christlichen Gemeinschaft der Welt“.

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches [Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam](#) („Verteidiger des Abendlandes: Die christlichen Helden, die dem Islam die Stirn boten“), ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [GATESTONE INSTITUTE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

<https://www.pro-medienmagazin.de/kongo-mindestens-zehn-tote-bei-anschlag-auf-kirche-Verdaechtiger-festgenommen>

Kongo: Mindestens zehn Tote bei Anschlag auf Kirche

Auf eine Pfingstgemeinde in Ost-Kongo ist ein Anschlag verübt worden. Die Regierung macht einen IS-Ableger für den Terror verantwortlich.

Von Johannes Schwarz

16. Januar 2023

In der Demokratischen Republik Kongo sind bei einem Bombenanschlag auf eine Kirche am Sonntag mindestens zehn Menschen getötet worden. 27 Menschen wurden verletzt. In der Kirche der Stadt Kasindi im östlichen Kongo explodierte laut dem Sender Radio Okapi während einer Konferenz ein selbstgebauter Sprengsatz.

Ein Sprecher des Militärs bezeichnete den Vorfall in der christlichen Gemeinde als „Terrorakt“. Die Armee in der östlichen Provinz Nord-Kivu teilte mit, dass Ermittlungen eingeleitet wurden. Ein kenianischer Staatsbürger gilt als verdächtig. Er wurde am Tatort ohne Papiere angetroffen. Auch wenn keine akute Gefahr drohe, warnen die Sicherheitsbehörden größere Menschenansammlungen zu meiden. Dies berichtet die Deutsche Presseagentur (dpa).

Es verdichten sich die Hinweise, dass der IS-Ableger Provinz Zentralafrika (ISCAP), auch bekannt als Alliierte Demokratische Kräfte (ADF), für den Anschlag verantwortlich ist. Sowohl Experten als auch die Regierung kommen zu diesem Schluss. Die ADF steht auf der Terrorliste der USA. Die Organisation sei für einige Anschläge und Terrorakte verantwortlich. Tausende Kongolesen seien durch die AFD getötet worden. Sowohl die kongolesische als auch das ugandische Militär gehen gegen die ADF vor.

https://www.nzz.ch/international/pakistan-parlament-verschaerft-die-blasphemie-gesetze-id.1722595?ga=1&kid=nl164_2023-1-23&mktcid=nled&mktcval=164_2023-01-24

Pakistan verschärft die Strafen für die Beleidigung der Familie des Propheten – Kritiker fürchten Missbrauch

Die Blasphemie-Gesetze stehen schon seit Jahren in der Kritik, weil sie oft zur Begleichung persönlicher Fehden und für Angriffe auf religiöse Minderheiten benutzt werden. Trotzdem will das Parlament sie nun weiter ausweiten.

Ulrich von Schwerin

24.01.2023, 05.30 Uhr

Blasphemie-Vorwürfe sorgen in Pakistan immer wieder für Streit: Im November 2018 forderten Islamisten in Karachi die Hinrichtung der Christin Asia Bibi, nachdem das Oberste Gericht ihr Todesurteil aufgehoben hatte.

Wer die Angehörigen des islamischen Propheten Mohammed, seine Gefährten oder die ersten vier Kalifen beleidigt, soll in Pakistan künftig mit lebenslanger Haft bestraft werden. So haben es die Abgeordneten in Islamabad vergangene Woche beschlossen. Offiziell soll die Verschärfung der Blasphemie-Gesetze helfen, religiöse Hetze zu verhindern. Kritiker fürchten jedoch, dass die

einstimmig verabschiedete Gesetzesreform gegen ohnehin bedrängte religiöse Minderheiten wie Schiiten, Christen, Hindus und Ahmadiyya verwendet wird.

«Angesichts der problematischen Erfahrung mit dem Missbrauch solcher Gesetze in Pakistan dürften diese Gesetzesänderungen vor allem als Waffe gegen religiöse Minderheiten und Sekten eingesetzt werden», mahnt die nichtstaatliche Human Rights Commission of Pakistan. Die Folge würden mehr Schikanen und falsche Anschuldigungen sein. Auch stehe zu befürchten, dass der Vorwurf der Blasphemie wie schon oft für persönliche Rachezüge verwendet werde.

Schon bisher konnte die Beleidigung religiöser Persönlichkeiten mit bis zu drei Jahren Haft geahndet werden. Gemäss der von der islamistischen Partei Jamaat-i-Islami eingebrachten Reform sollen aber künftig auf die Beleidigung der Familie des Propheten, seiner engsten Gefolgsleute sowie der ersten vier Kalifen nicht weniger als zehn Jahre Gefängnis stehen, wobei das Strafmass bis zu lebenslanger Haft gehen kann. Auch soll die Strafe nicht mehr auf Bewährung ausgesetzt werden können.

Dutzende Prozesse jedes Jahr

Zwar muss der Senat der Reform noch zustimmen, doch warnen liberale Stimmen schon jetzt vor negativen Folgen für das Klima im Land. Die jüngste Verschärfung der Gesetzeslage drohe auch sachliche Debatten über die Geschichte des Islam zu erschweren, da Äusserungen leicht als Beleidigung religiöser Persönlichkeiten gedeutet werden könnten, mahnte die Tageszeitung «Dawn» in einem Kommentar. «Statt fragwürdige Gesetze zu verabschieden, sollte der Staat gegen gewalttätige Hassredner durchgreifen», forderte die Zeitung.

Pakistan ist eines der wenigen Länder neben Afghanistan, Saudiarabien, Iran, Mauretanien und Brunei, in denen auf Gotteslästerung die Todesstrafe steht. Die Blasphemie-Gesetze gehen auf die britische Kolonialzeit zurück, doch wurden sie in den achtziger Jahren auf Druck der Islamisten unter dem Militärdiktator Zia ul-Haq deutlich verschärft. Während es zuvor nur eine Handvoll entsprechender Fälle gegeben hatte, ist die Zahl der Prozesse seither massiv gestiegen.

Pakistanische Menschenrechtler weisen schon lange darauf hin, dass die Gesetze unverhältnismässig oft gegen Christen, Hindus und Angehörige muslimischer Minderheiten wie die Ahmadiyya eingesetzt werden. Letztgenannte stehen besonders im Visier der Islamisten, weil sie Mohammed nicht als letzten Propheten anerkennen. Obwohl rund 90 Prozent aller Pakistaner Muslime sind, betrafen über die Hälfte der 1500 Blasphemie-Klagen zwischen 1987 und 2017 religiöse Minderheiten.

Oft geht es um Geld oder Land

Zwar ist bis heute niemand in Pakistan wegen Blasphemie hingerichtet worden, doch wurden in dem Zusammenhang bereits mehr als 70 Menschen ermordet. Immer wieder werden Personen aufgrund von Gerüchten, dass sie den Propheten beleidigt, den Koran verbrannt oder religiöse Stätten entweiht hätten, von Mobs verfolgt und gelyncht. Teilweise sind die Beschuldigten selbst im Gefängnis nicht sicher, da sie dort von Wächtern oder Polizisten attackiert werden.

Der bekannteste Fall war die Christin Asia Bibi: Sie war 2010 unter dem Vorwurf zum Tode verurteilt worden, dass sie bei einem Streit mit muslimischen Kolleginnen den Islam beleidigt habe. Der Fall führte zu einer landesweiten Kontroverse. Zwei Politiker, die sich für Bibi eingesetzt hatten, wurden ermordet. Der Oberste Gerichtshof kippte 2018 schliesslich das Todesurteil, doch musste Bibi nach Kanada fliehen, da sie in Pakistan weiter um ihr Leben fürchtete.

Oft stehen hinter den Blasphemie-Vorwürfen persönliche Konflikte um Geld, Land oder Arbeitsfragen. Der Missbrauch der Gesetze wird dadurch erleichtert, dass es keine Strafen für falsche Anschuldigungen gibt. Vorwürfe der Blasphemie werden auch oft in der Politik gegen politische Rivalen eingesetzt. So wurde dem im April gestürzten Premier Imran Khan von seinen Gegnern Blasphemie vorgeworfen. Im November wurde Khan während einer Kundgebung bei einem Attentat verletzt. Der Täter machte anschliessend religiöse Gründe geltend.

https://www.focus.de/panorama/israel-auto-rast-in-bushaltestelle-in-jerusalem-mindestens-6-verletzte_id_185444837.html

Mutmaßlicher Terrorangriff in Israel Auto rast in Bushaltestelle in Jerusalem - Kind stirbt, sechs Verletzte

- Ein Auto ist in Jerusalem in eine Bushaltestelle gerast.
- Dabei ist Berichten zufolge ein Kind gestorben, mindestens sechs Menschen wurden verletzt.
- Der Fahrer des Wagens wurde offenbar erschossen.

In Ost-Jerusalem ist ein Auto bei einer israelischen Siedlung in eine Menschenmenge gefahren. Dabei seien mindestens sechs Menschen verletzt worden, darunter zwei Kinder lebensgefährlich, teilte der israelische Rettungsdienst Magen David Adom am Freitag mit. Die „Jerusalem Post“ und Avi Majer, ehemaliger Sprecher des israelischen Militärs, sprechen von einem getöteten Kind.

Jerusalem: Auto rast in Bushaltestelle - Fahrer „neutralisiert“

Demnach ereignete sich der Vorfall an einer Bushaltestelle. Nach Angaben der israelischen **Polizei** wurde der Fahrer bei dem mutmaßlichen Terrorangriff „neutralisiert“. Es war zunächst unklar, ob er getötet wurde.

Die Sicherheitslage **in Israel** und den Palästinensergebieten hatte sich zuletzt weiter verschärft. Am Freitag vor zwei Wochen erschoss ein palästinensischer Attentäter vor einer Synagoge in Ost-Jerusalem sechs Israelis und eine ukrainische Staatsbürgerin. Am Tag zuvor wurden bei einer Razzia der israelischen Armee in der Stadt Dschenin zehn Palästinenser getötet.

Seit Jahresbeginn sind nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums 43 Palästinenser bei Konfrontationen mit der israelischen Armee oder ihren eigenen Anschlägen getötet worden.

https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/85-Peitschenhiebe-und-11-Jahre-Haft-fuer-eine-Demo-article23949269.html

Person der Woche: Mina Yaghoubi 85

Peitschenhiebe und 11 Jahre Haft für eine Demo

Von Wolfram Weimer 28.02.2023, 09:45 Uhr

Das iranische Mullah-Regime geht mit immer größerer Brutalität gegen demonstrierende Frauen vor. Eine 33-jährige Mutter und Fitnesstrainerin wird nach einer Demonstration verhaftet, gefoltert und vom Revolutionsgericht einem unmenschlichen Urteil unterworfen.

Eine iranische Fitnesstrainerin ist zu 85 Peitschenhieben und insgesamt elf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ihr Vergehen: Die 33-Jährige hatte im Oktober 2022 bei Protesten in der Industriestadt Arak einen Stein auf ein Plakat mit dem "Obersten Führer" Ali Chamenei geworfen. Das prangte am Eingang zu einem "Märtyrer-Friedhof" von vermeintlichen Revolutionshelden des islamistischen Regimes. Am 1. November wurde Mina Yaghoubi festgenommen und über mehrere Wochen hinweg brutal gefoltert. Als sie Anfang Dezember auf Kaution freigelassen wurde, war ihr Gesicht entstellt. "Lange Zeit war ich intensiven Verhören und Folter ausgesetzt, 12 Stunden am Tag", berichtete sie hernach in einem Video. Im Internet kursieren von ihrer vorübergehenden Freilassung [Videos](#) und [Fotos](#).

Ein Revolutionsgericht des Mullah-Regimes hat sie nun zu einer dreifachen Strafe verurteilt. Die Mutter einer zwölfjährigen Tochter muss elf Jahre ins Gefängnis. Zusätzlich bekommt sie 85 Peitschenhiebe und muss 124 Stunden Gräber waschen. Mit derartigen harten Strafen in Schauprozessen versucht das Regime Angst unter den Protestierenden zu verbreiten und vor weiteren Demonstrationen abzuschrecken. Yaghoubi sagte, dass sie vom Gericht mehrmals gedrängt wurde, ihre Proteste offiziell zu bereuen. Dann könne man ihre Haftstrafe verringern. Doch sie habe den Richtern entgegnet, dass sie niemals "von den Idealen der Bewegung Frauen, Leben, Freiheit" abrücken werde.

Yaghoubi wird damit zu einer weiteren Heldin der Frauenprotestbewegung. Auf mehreren Webseiten der Widerstandsbewegung wird über ihren Fall [berichtet](#). Der Nationale Widerstandsrat des Iran (NCRI) im Exil meldet Details ihrer [Verurteilung](#). Demnach hat sie eine achtjährige Gefängnisstrafe vom Revolutionsgericht und weitere drei Jahre von einem Strafgericht erhalten.

Hunderte Tote, viele Todesurteile

Die Menschenrechtsorganisation "Human Rights Activists News Agency" (HRANA) mit Sitz in den USA meldete, dass seit Beginn der Proteste im Iran vor fünf Monaten mindestens 527 Menschen getötet worden seien, darunter auch 71 Minderjährige. Insgesamt seien 20.000 Menschen festgenommen worden. Mehr als hundert von ihnen drohe ein Todesurteil, mehrere Demonstranten seien bereits hingerichtet worden.

Die Proteste in der Islamischen Republik hatten Mitte September begonnen. Auslöser war der Tod der 22 Jahre alten iranischen Kurdin Mahsa Amini. Die Sittenpolizei hatte sie festgenommen, weil sie die Zwangsvorschriften für das Tragen eines Kopftuchs nicht eingehalten haben soll. Die Frau starb am 16. September in Polizeigewahrsam. Seither gibt es Demonstrationen gegen den repressiven Kurs der Regierung sowie das islamische Herrschaftssystem.

Sharmahds Tochter in großer Sorge "Das Regime in Teheran hält sich an keinerlei Regeln"

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat am Montag in einer Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf die "brutale Unterdrückung" der Proteste und den "Tod Hunderter Frauen, Männer und Kinder" scharf verurteilt. An die Menschen im Iran gerichtet sagte sie: "Wir werden euch nicht vergessen, wir stehen jeden Tag an eurer Seite." Baerbock rief die iranische Führung auf, "die gewaltsame Niederschlagung der friedlichen Proteste zu stoppen" und keine weiteren Todesurteile zu verhängen und auszuführen.

Dreifacher Mutter droht Todesstrafe

Der UN-Menschenrechtsrat hatte im November in einer Sondersitzung eine unabhängige Untersuchung des gewaltsamen Vorgehens der Behörden gegen die Proteste im Iran beschlossen. "Niemand sollte im 21. Jahrhundert in der Lage sein,

Menschenrechte mit Füßen zu treten, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen", mahnte Baerbock.

Nach Todesurteil gegen Sharmahd Auswärtiges Amt weist zwei Iran-Diplomaten aus

Von dieser Drohung unbeeindruckt verhängt die iranische Justiz weiter hundertfach grausame Urteile. Ähnlich wie Yaghoubi ist der Fall von [Fahime Karimi](#). Die Volleyballtrainerin und Mutter von drei Kindern sitzt im berüchtigten Teheraner Gefängnis von Evin. Der Spiegel berichtet: "Immer wieder habe sie an die Zellentür gehämmert und 'Freiheit, Freiheit' gerufen, auch die Namen ihrer Kinder." Ihr wird vorgeworfen, eine Anführerin der Proteste zu sein. Nun droht ihr die Todesstrafe. Die CDU-Politikerin Julia Klöckner hat sich dieses Falles besonders angenommen und eine ["Patenschaft" übernommen](#), um die Weltöffentlichkeit über das Schicksal dieser verfolgten Mutter aufzurütteln.

Unter den vielen mutigen Frauen, die gegen das Mullah-Regime aufbegehren, ist auch die prominente Tochter des früheren iranischen Präsidenten Hashemite Rafsanjani, Faezeh Hashemi. Auch sie ist nach ihrer Teilnahme an den Protesten wegen "Propaganda" gegen die Islamische Republik zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Hashemi war Parlamentsabgeordnete und Frauenrechtsaktivistin. Sie förderte demonstrativ den Frauensport sowie das Radfahren in der Öffentlichkeit. Sie war die erste Politikerin, die es wagte, Jeans unter ihrem Tschador zu tragen. Ihr Vater war von 1989 bis 1997 Präsident. Akbar Hashemi Rafsanjani galt als gemäßigt, setzte sich für eine Verbesserung der Beziehungen zum Westen und für ein liberaleres Land ein. Davon ist Teheran derzeit brutal weit entfernt.

Quelle: ntv.de

<https://www.welt.de/kultur/plus244123949/Religion-Das-Ende-der-Christen-in-der-islamischen-Welt.html?>

VERFOLGUNG

Das Ende der Christen in der islamischen Welt

Von Alfred Schlicht

Diskriminierung und Verfolgung – das droht Christen in vielen muslimischen Ländern. Dabei existieren ihre Gemeinden dort häufig schon länger als der Islam. Dass ausgerechnet in einem besonders strengen Land jetzt erstmals Gottesdienste erlaubt wurden, ist kaum mehr als ein Hoffnungsschimmer.

Am orthodoxen Weihnachtsfest im Januar 2023 fand in Saudi-Arabien – von der Welt weitgehend unbemerkt – ein denkwürdiger Vorgang statt: An verschiedenen Orten des streng islamisch-konservativen Königreichs, das immer wieder wegen besonderer religiöser Rigidität kritisiert worden wa, wurden mit offizieller Genehmigung christliche Gottesdienste abgehalten.

Christen leben in Saudi-Arabien seit jeher unter prekären Bedingungen. Christliche Symbole durften nicht öffentlich gezeigt werden und jede Art christlicher Äußerungen, etwa auch das Drucken oder Verbreiten der Bibel, war verboten. Gottesdienste wurden, solange sie in stark reduzierter Form – also etwa ohne sakrale Musik – in privatem Rahmen stattfanden, geduldet.

Zwar besteht die ursprüngliche Bevölkerung Saudi-Arabiens, in dem die Heiligen Stätten des Islam liegen, praktisch ausschließlich aus Muslimen. Aber zahlreiche Arbeiter aus Äthiopien und Eritrea, aus Indien und von den Philippinen, sowie Experten und Wirtschaftsvertreter aus dem Westen halten

sich im Königreich auf. Besonders die oft tiefreligiösen Christen aus Ostafrika litten unter den drastischen Einschränkungen.

Am Horn von Afrika geht es auch um die Zukunft des Christentums

Die Lockerungen der Restriktionen für Nichtmuslime in einem Land, das sich als Wiege des Islam versteht, liegen im Trend. Im März 2018 bereits war der saudische Kronprinz Muhammad bin Salman in Kairo mit Papst Tewodros II., dem Oberhaupt der koptischen Kirche, zusammengetroffen. Und am 26. Februar traf der Erzbischof von Wien, Kardinal Schönborn, anlässlich eines mehrtägigen Besuchs in Saudi-Arabien, mit dem saudischen Religionsminister zusammen. Beide sprachen sich gegen religiös motivierte Gewalt aus.

Islamisch-christliche Annäherungsgesten gab es nicht nur mit Saudi-Arabien. Denn Papst Franziskus selbst hat deutliche Zeichen gesetzt dafür, dass er persönlich dem christlich-islamischen Dialog besondere Bedeutung beimisst – etwa durch seine Besuche in den Vereinigten Arabischen Emiraten 2019, im Irak 2021 und in Bahrain 2022.

Im Februar 2019 unterzeichneten der Papst und der Kairoer Groß-Imam Ahmad Muhammad al-Tayyib in Abu Dhabi ein „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“.

„Im Namen Gottes ... erklären al-Azhar al-Sharif (die Hochschule und Moschee al-Azhar in Kairo, die der Großimam leitet und vertritt) – mit den Muslimen in Ost und West – und die katholische Kirche – mit den Christen in Ost und West – gemeinsam, dass sie die Kultur des Dialogs als Weg, die allgemeine Zusammenarbeit als Verhaltensregel und das gegenseitige Verständnis als Methode und Maßstab annehmen wollen. (...) Der verdammenswerte Terrorismus ... ist nicht der Religion geschuldet – auch wenn die Terroristen sie instrumentalisieren –, sondern den angehäuften falschen Interpretationen der religiösen Texte ...“ Soweit die offiziellen Glaubensvertreter des Islam und des Christentums und ihre Bemühungen auf höchster Ebene um Verständigung und Dialog.

Einen scharfen Kontrast hierzu bietet die ernüchternde Realität, der Christen in der islamischen Welt ausgesetzt sind. Nach dem Weltverfolgungsindex – der zwar einerseits kritisiert, andererseits aber auch weithin anerkannt wird – sind unter den 15 Staaten, in denen die Lage für Christen am schlimmsten ist, nur drei nichtmuslimische. Von den zehn Staaten, in denen Christen am stärksten diskriminiert werden, ist nur eines ein nichtmuslimisches Land, nämlich Nordkorea.

Immer wieder schreckt die Weltöffentlichkeit auf, wenn besonders grausame und brutale Taten gegen Christen in der islamischen Welt verübt werden. Am Palmsonntag 2017 starben in Ägypten 40 Kopten bei Anschlägen auf Kirchen, ein Anschlag auf eine christliche Kirche am Pfingstsonntag im nigerianischen Owo kostete etwa 100 Menschenleben. Ein Experte sagte im Interview mit der Deutschen Welle im Januar 2023: „Es gibt in Nigeria Regionen, bei denen ist der Weg in die Kirche zum Gottesdienst wie ein One-Way-Ticket“ – so hoch sei die Gefahr tödlicher Gewalt.

Die Zunahme von Gewalt gegen Christen sei zwar, so das überkonfessionelle christliche Hilfswerk „Open Doors“, ein globaler Trend, doch stehen immer wieder muslimische Länder im Fokus. Massive Gewalt gegen Christen ist dabei keine ganz neue Erscheinung, sondern hat eine unselige Tradition, wobei selbst Ereignisse mit Tausenden Opfern bei uns in Vergessenheit geraten oder erst gar nicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt haben.

„Kaltblütiges, methodisches Massaker“

1933 beispielsweise wurden im Nordirak Tausende von Christen durch Militär liquidiert, selbst schwangere Frauen wurden nicht verschont, Mädchen wurden vergewaltigt. Der britische Offizier Stafford, dem wir auch ein Buch über die Ereignisse verdanken, schrieb von einem „kaltblütigen und methodischen Massaker“.

Noch viel weniger ist das weit zurückliegende Christenmassaker im Libanon und in Damaskus präsent, das im Jahr 1860 stattfand, Tausende von Opfern forderte (möglicherweise bis zu 20 000) und eine französische Militärintervention auslöste. Bei den Griechenverfolgungen in der Endphase des Osmanischen Reiches kamen zwischen 1914 und 1923 Hunderttausende Griechen ums Leben.

Die Spannungen zwischen islamischer und westlicher Welt haben vielfach zur Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern beigetragen. Oft werden Christen im Nahen Osten auch

heute noch als „westliche Agenten“ oder Speerspitze westlicher Einflussnahme mit Misstrauen betrachtet.

Dabei sind Massaker und Massengewalt nur die Spitze des Eisbergs. In allen Lebensbereichen werden Christen praktisch aller islamischen Staaten diskriminiert und marginalisiert, sind Schikanen ausgesetzt und werden in ihren Rechten eingeschränkt. Da, wo der IS herrschte, bestand Sklaverei (die selbst im rückständigen Saudi-Arabien 1963 offiziell abgeschafft wurde), der vor allem Christen, aber auch Jeziden zum Opfer fielen. Auch herrscht in den meisten islamischen Ländern keine Religionsfreiheit, sondern der Übertritt vom Islam zum Christentum ist unmöglich. Auch auf den von vielen im Westen als freundliches Urlaubsparadies betrachteten Malediven ist die Staatsangehörigkeit an das Bekenntnis zum Islam geknüpft. Als im Jahr 2011 die ägyptische Regierung einen Christen zum Provinzgouverneur ernennen wollte, führte dies zu solchen Unruhen (einschließlich Blockade der Eisenbahnlinie in die Hauptstadt Kairo), dass die Regierung einen Rückzieher machte. In Pakistan gehört die Entführung christlicher Mädchen, die dann zwangsverheiratet und zum Islam zwangskonvertiert werden, zum Alltag.

Diese düstere Lage hat zu einem Exodus der orientalischen Christen geführt, deren Gemeinden schon bestanden hatten, bevor der erste christliche Missionar deutschen Boden betrat und lange, bevor die muslimischen Eroberer ihre Länder einnahmen. Hatte die Zahl der Christen im Irak Anfang des Jahrtausends noch 1,4 Millionen betragen, sind es heute nur noch etwas über 160 000.

All dies wurde nicht verhindert oder abgemildert durch versöhnliche Worte und ausgleichende Gesten der obersten religiösen Führer von Islam und Christentum. Das durch die oben zitierte Erklärung von 2019 angestoßene Projekt eines „Abrahamic Family House“ mit einer Moschee, einer Synagoge und einer Kirche, das am 1. März 2023 in Abu Dhabi für die Öffentlichkeit geöffnet wurde, ist hoffentlich nicht lediglich ein weiterer Akt von Symbolpolitik ohne Konsequenzen.

Der Verfasser ist Autor des Buches „Die Araber und Europa“, das bei Kohlhammer erschienen ist.

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/230331?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Iran: Wegen Berufsausübung verhaftet

Dtsch Arztebl 2023; 120(11): A-465 / B-401

Kurz, Charlotte

Seit September 2022 protestieren vor allem Frauen im Iran gegen das herrschende Regime. Um die Proteste kleinzuhalten, schlagen Sicherheitskräfte der Regierung mit aller Brutalität zu. **Dabei verhaften und misshandeln sie auch Ärztinnen und Ärzte, die verletzte Protestierende behandeln.**

Verhaftet, gefoltert, getötet – obwohl eine Ärztin oder ein Arzt lediglich ihren Beruf ausübt und verletzte Menschen behandelt. Was unvorstellbar klingt, ist im Iran derzeit furchtbare Realität. Gegen Massenproteste der Bevölkerung, die seit September 2022 gegen das herrschende Regime immer wieder aufflammen, schlagen Sicherheitskräfte des Regimes mit aller Härte zurück. Dabei verhaften sie nicht nur Demonstrierende, sondern verfolgen auch Ärztinnen und Ärzte, die diejenigen behandeln, die aufgrund der Proteste verletzt worden sind.

„Im Zuge der Massenproteste wurden viele Menschen angegriffen und von Sicherheitskräften des Regimes verprügelt oder mit Schrotladungen beschossen“, berichtete der Iranexperte Dieter Karg von Amnesty International in Deutschland kürzlich bei einem Austausch mit der Bundesärztekammer (BÄK). Die Verletzungen könnten oft gar nicht versorgt werden, weil die Menschen Angst haben, in die Krankenhäuser zu gehen und sich dort behandeln zu lassen, so Karg. Denn die Ärztinnen und Ärzte sowie das Personal im Krankenhaus würden von den Sicherheitskräften bedroht und gezwungen, verletzte Demonstrierende auszuliefern. Karg zufolge müssten bei Hinrichtungen zudem immer Ärztinnen und Ärzte anwesend sein. Diese seien gegen ihren Willen verpflichtet, an der Tötung der Menschen mitzuwirken.

Regime fängt Verletzte ab

Auch der Verein deutsch-iranischer Ärzte und Zahnärzte in Hamburg (VDIAZ), die in engem Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Iran stehen, schildert diese Situationen. Verletzte Demonstrierende seien am Anfang der Proteste im vergangenen Jahr ins Krankenhaus gegangen, unwissend dass die Sicherheitskräfte in den Krankenhäusern auf sie warteten, sagte der VDIAZ. Anstatt einer medizinischen Versorgung wurden die Menschen in die Gefängnisse abtransportiert. Das Regime missbrauche zudem Krankenwagen als Transportmittel von Demonstrierenden in das Gefängnis.

„Die Ärzte dürfen weder im Krankenhaus noch privat die Verletzten behandeln“, berichtet der Verein weiter. „Einige die das trotzdem gemacht haben, haben mit ihrem Leben bezahlt.“ Darunter seien etwa die Ärztin Dr. Ayda Rostami oder der Mediziner Dr. Ebrahim Rigi. Es gebe deutliche Indizien, dass beide von Sicherheitskräften des iranischen Regimes brutal gefoltert und getötet worden sind. Rostami sei zudem vergewaltigt worden. Als Ärztinnen und Ärzte in Teheran vergangenes Jahr vor der Ärztekammer protestierten und bekräftigten, dass sie einen Eid geschworen haben und sich um die Verletzten kümmern müssen, wurden sie von den Sicherheitskräften geschlagen, mit Tränengas beworfen und festgenommen, berichtet der Verein. „In jüngster Zeit seien etwa 80 bis 100 Ärzte im Iran in Haft gewesen, die meisten sind aber wieder freigelassen worden“, ordnete der Iranexperte Karg zudem ein.

Folter und Todesurteil

Zuletzt zeigt auch der Fall des Radiologen Dr. Hamid Gharehhasanloo die perfide Vorgehensweise des iranischen Regimes. Gharehhasanloo leistete der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zufolge Anfang November 2022 medizinische Erstversorgung bei einem Milizionär des Regimes am Rande einer Demonstration. Der Milizionär starb allerdings, Gharehhasanloo wurde anschließend verhaftet. Das Regime verurteilte ihn nach einem dreitägigen Prozess kurz nach seiner Verhaftung zum Tode. Anfang Januar wurde sein Todesurteil allerdings überraschend aufgehoben, sein Verfahren wurde damit neu aufgenommen.

„In seiner Verhaftung wurde er körperlich so gefoltert, dass er eine chirurgische Behandlung benötigte“, erklärte Dr. med. Pedram Emami. Der Hamburger Ärztekammerpräsident übernahm Mitte Dezember eine politische Patenschaft für den iranischen Arzt. „Gharehhasanloo wurde in der Haft so zusammengeschlagen, dass die Lunge auf einer Seite kollabierte, er einen Pneumothorax und mehrfache Rippenbrüche erlitt“, berichtete Emami. Zudem leide Gharehhasanloo an einer chronischen Darmentzündung und hatte bereits mehrere Herzinfarkte. „Sein behandelnder Arzt

versucht seit Wochen, eine Behandlung im stationären Rahmen zu erreichen und nicht bloß auf der Sanitätsstation im Gefängnis“, sagte Emami. Offenbar mit Erfolg, denn Anfang März wurde Gharehhasanloo in stationäre Behandlung verlegt. „Bei ihm ist die Besonderheit, dass er als Arzt eine schlechte Behandlung erfährt, weil ihm seine Berufsausübung zur Last gelegt wird und als Patient ist er zudem schwer erkrankt und erhält nicht die medizinische Behandlung, die er eigentlich bräuchte“, so Emami. „Wir können nicht zusehen, dass ein Kollege wegen seiner Berufsausübung ins Gefängnis kommt und in einem Schauprozess zum Tode verurteilt wird und auch als Patient keine entsprechende Behandlung bekommt“, sagte Emami.

„Es gibt eine deutliche medizinische Unterversorgung in den iranischen Gefängnissen“, erläuterte Karg von Amnesty International. Die Behandlungsmöglichkeiten in den Gefängnissen seien sehr begrenzt. Amnesty International sei aber der Überzeugung, dass die Verweigerung medizinisch notwendiger Behandlung auch Teil der Strafe sei. „Uns sind viele Fälle bekannt, bei denen dies zu einer gravierenden Verschlechterung des Gesundheitszustandes und lebensgefährlichen Situationen führte“, so Karg.

Diese Problematik ist allerdings nicht erst durch die Proteste im September 2022 entstanden, sondern besteht bereits seit vielen Jahren. Ein Bericht von Amnesty International von vergangenen April zeigt, dass zwischen 2010 und Anfang 2022 die Gefängnisbehörden im Iran routinemäßig zu Todesfällen in Haft beitragen oder sogar herbeiführen. „So verzögern sie beispielsweise Notfallbehandlungen im Krankenhaus oder verweigern diese ganz“, schrieb die Menschenrechtsorganisation in einer Mitteilung. Die Behörden weigerten sich zudem, unabhängige und transparente Untersuchungen zu Todesfällen in Haft durchzuführen.

Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. med. (I) Klaus Reinhardt, verurteilte die Situation: „Gewaltsame Übergriffe auf iranische Ärztinnen und Ärzte sowie Bedrohungen und Einschränkungen gegen medizinisches Personal, die verletzte Demonstrierende versorgen wollen, sind unverzüglich zu beenden.“ Ärzte müssten ihrer beruflichen und ethischen Pflicht uneingeschränkt nachkommen können, um alle Patienten zu behandeln. „Dass Ärztinnen und Ärzte im Iran verhaftet, misshandelt und sogar getötet werden, weil sie ihren Beruf ausüben, verurteilen wir aufs Schärfste.“ Reinhardt verweist diesbezüglich auf die vom Weltärztebund verabschiedete Deklaration zum Schutz und Integrität medizinischen Personals in bewaffneten Konflikten und anderen Gewaltsituationen. In der Deklaration wird auf internationale Abkommen wie etwa die Genfer Konvention verwiesen, die einen sicheren Zugang zu medizinischer Hilfe und den Schutz von Gesundheitspersonal garantieren. „Die Ärzteschaft in Deutschland steht den Ärztinnen und Ärzten im Iran solidarisch zur Seite“, sagte Reinhardt.

Öffentliche Bekennung hilft

Helpen könne in dieser Situation vor allem die öffentliche Sichtbarmachung der Menschenrechtsverletzungen und gewaltsamen Übergriffe, darin sind sich die Beteiligten einig. Emami hat etwa die Patenschaft des inhaftierten Arztes Gharehhasanloo gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Kaweh Mansoori (SPD) übernommen. „Mit dem Bekenntnis zur Patenschaft fließen die Informationen zu einem“, so Emami. Die Menschen vor Ort möchten gerne mit dem Ausland Kontakt aufnehmen, wüssten aber oft nicht, an wen sie sich wenden können. Dafür seien die Patenschaften aber sehr gut geeignet, denn sobald man sich öffentlich bekennt, für eine Person einzustehen, kommen die Betroffenen auf unterschiedlichen Kanälen zu einem, so Emami. Dabei meint er das Umfeld von Gharehhasanloo. Mit ihm selbst konnte er bislang keinen Kontakt aufnehmen.

Ghareh Hassanloo hatte selbst lange gar keinen Kontakt mit seinen Angehörigen oder auch seinem Anwalt.

„Das Herstellen von Öffentlichkeit ist etwas, was jede Einzelne und jeder Einzelne tun kann. Das Weiterleiten, Teilen, Liken von Beiträgen, die über die aktuelle Situation im Iran aufklären, ist sehr wichtig“, so Emami. „Gegen die Ermüdung bei diesem Thema ist es wichtig, dass der Informationsfluss aufrechterhalten wird und Menschenrechtsverletzungen weiter öffentlich gemacht werden“, sagte Emami. „Die Bevölkerung im Iran informiert sich vor allem über soziale Medien. Die Zensur des Internets durch das Regime funktioniert immer nur temporär. Sobald das Netz wieder frei ist, gelangen auch Informationen etwa aus dem Ausland durch“, sagte Emami.

„Wir können nicht genau einschätzen, wie sehr die Informationen über die brutale Vorgehensweise in den Gefängnissen sowie die unrechtmäßigen Verhaftungen in der Bevölkerung verbreitet sind, aber ich schätze, dass das weithin bekannt ist“, sagte auch Karg von Amnesty International. „Wir sind der Meinung, dass es hilft, wenn möglichst viel Aufmerksamkeit auf die aktuelle Situation im Iran gerichtet ist. Insbesondere wenn nicht nur Menschenrechtsorganisationen wie beispielsweise Amnesty International den Fokus auf die Menschenrechtsverletzungen im Iran lenken, ist das bereits eine große Hilfe“, sagte Karg. „Politische Patenschaften aus dem Ausland können helfen. Ob sie allerdings etwas bewirken, ist nicht ganz sicher.“

Zudem gibt es weitere Hilfe aus dem Ausland. Weil es dem Verein VDIAZ zufolge im Iran derzeit keinen sicheren Ort gebe, wo sich die Verletzten behandeln lassen oder psychotherapeutische Hilfe bekommen können, bereiten iranisch-stämmige Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeuten Onlinetutorials, Videos oder kurze Erläuterungen zur Selbstversorgung oder -medikation auf. Diese richten sich explizit an verletzte Demonstrierende. Der zurzeit in New York lebende Facharzt für Innere Medizin, Kayvan Mirhadi, bietet etwa auf der Plattform Instagram als Dr. Kay telemedizinische Hilfe für Betroffene. Er erreicht damit mehr als eine Million Menschen.

Weitere Ärztinnen und Ärzte haben ebenfalls auf Instagram Anfang November 2022 die Seite „Medical Alliance for Health Services“ (MAHSA) ins Leben gerufen. Die Abkürzung MAHSA soll offenbar an die Mitte September 2022 in Polizeigewahrsam gestorbene Mahsa Amini erinnern. Aufgrund ihres Todes sind die Massenproteste gegen das Regime aufgeflammt. MAHSA bietet Videotutorials, wie etwa Verletzungen aufgrund von Schlägen auf Mund und Zähne versorgt werden können. Die Ärztinnen und Ärzte informieren in persischer Sprache zudem über die Selbstversorgung von Wunden oder Krämpfen sowie den richtigen Gebrauch von Medikamenten und Schmerzmitteln. Auch das Thema psychische Gesundheit, insbesondere im Kontext nach erlebter Gewalt, wird behandelt.

Nicht wegschauen

Wie es mit Ghareh Hassanloo ausgeht, kann niemand sagen. Obwohl es erfreulich ist, dass sein Verfahren vermutlich auch aufgrund der öffentlichen Aufmerksamkeit seit Anfang des Jahres neu aufgerollt wird, bleibt es ein Willkürverfahren. „Den Ausgang kann man nicht prognostizieren“, so Emami. Umso wichtiger sei es, dass die öffentliche Aufmerksamkeit in Richtung Iran bestehen bleibe. „Sobald keiner mehr hinschaut, könnte sonst noch Schlimmeres passieren“, sagte Emami. Charlotte Kurz

Vergiftete Schulmädchen

Aus Medienberichten wurde zuletzt bekannt, dass Hunderte Schulmädchen im Iran offenbar mit Giftgas vergiftet worden sind. In mehr als zehn Städten waren Mädchen ins Krankenhaus mit respiratorischen, kardialen und neurologischen Symptomen gebracht worden. Die Mädchen berichteten, dass sie zuvor Mandarinen und Chlor gerochen hatten. Nach dem Anschlag hatten sie Schwierigkeiten zu atmen und zeigten Symptome wie Herzrasen, Übelkeit und Lähmungserscheinungen. Die Hintergründe, etwa wer hinter den Anschlägen stecken könnten, sind unklar. Offizielle iranische Stellen verdächtigten Anfang März eine mögliche Infiltrierung islamistischer extremer Gruppen, um Mädchen davon abzuhalten, in die Schule zu gehen. Kurz darauf nahmen die Behörden offenbar erste Verdächtige in fünf Provinzen fest, berichteten iranische Nachrichtenagenturen. Die ersten Fälle der mysteriösen Vergiftungen wurden bereits im November 2022 gemeldet, betroffen sind fast ausschließlich Mädchenschulen. Iranischen Medien zufolge gab es seit November bis Anfang März mehr als 3 100 Vergiftungsfälle an Schulen.

<https://www.jihadwatch.org/2023/04/nigeria-islamic-jihadis-massacre-134-christians-mostly-women-and-children>

Nigeria: Islamische Dschihadisten massakrieren 134 Christen, meist Frauen und Kinder

27. APRIL 2023 11:00 UHR VON CHRISTINE DOUGLASS-WILLIAMS [2 KOMMENTARE](#)

Vor weniger als einer Woche [berichtete](#) Jihad Watch, dass in den ersten 100 Tagen des Jahres 2023 etwa tausend Christen in Nigeria ermordet wurden. Das Gemetzel geht weiter, über drei Millionen [Menschen wurden vertrieben](#). Die Christenverfolgung wird im Westen von den Medien weitgehend ignoriert, ebenso wie der andauernde Dschihad. Es zu benennen, macht einen "islamophob".

Das routinemäßig verwendete Wort "Hirten" in Artikeln über den Dschihad in Nigeria bezieht sich auf Dschihadisten. Das Wort "Hirten" verbirgt und verharmlost die Motive und Ziele dieser Dschihadisten sowie ihre Barbarei. Sie wollen ein Kalifat in Westafrika errichten und letztlich ein globales Kalifat.

"Islamische Extremisten töten Pastor, Hirten schlachten 134 Christen in Nigeria ab", [Morning Star News](#), 25. April 2023:

ABUJA, Nigeria (Morning Star News) – Islamische Extremisten töteten einen Pastor im Nordosten Nigerias, und Terroristen im mittleren Gürtelstaat Benue des Landes töteten in der ersten Aprilwoche 134 Christen, sagten Quellen.

Der Pastor Yakubu Shuaibu von der Kirche der Brüder in Nigeria (EYN) wurde im Bundesstaat Borno von Terroristen der Provinz Islamischer Staat Westafrika (ISWAP) getötet, die in der Nacht zum 4. April in sein Haus in Madlau, Kreis Biu, einbrachen, sagte EYN-Führer Salamatu Billi.

Sie schossen und verwundeten auch seine schwangere Frau, die im Biu General Hospital in der Stadt Biu behandelt wurde, sagte Billi. Der Pastor hinterlässt auch ein weiteres Kind.

Der Leichnam von Pastor Shuaibu wurde in seiner Heimatstadt Dzangwala im Kreis Gombi im Bundesstaat Adamawa begraben, sagte Billi. Das Ehepaar begann vor vier Jahren mit der EYN-Kirche in der Gegend zu arbeiten.

"Bitte lasst uns alle für die Genesung seiner Frau beten, dass Gott seine ganze Familie tröstet und dass die Kirche Gottes und die Geistlichen der Kirche in den Gefahrenzonen der Bundesstaaten Borno und Adamawa arbeiten", sagte Billi. "Die Jagd auf Christen, insbesondere auf Geistliche, die in der Kirche dienen, durch Terroristen im Nordosten Nigerias geht weiter. Dies ist der dritte EYN-Pastor, der innerhalb kurzer Zeit von diesen Terroristen kaltblütig getötet wurde."

ISWAP griff auch überwiegend christliche Dörfer Njimtilo, Pulka und Ajiri Mafa an, während der Pastor getötet wurde, sagte die Anwohnerin Josephine Joseph.

"Während der Anschläge zerstörten die Terroristen Häuser von Christen und plünderten ihre Häuser mit Lebensmitteln", sagte Joseph.

Im Bundesstaat Benue, im mittleren Gürtel Nigerias, töteten Fulani-Hirten vom 13. bis 2. April 10 Christen, sagte der Gouverneur von Benue, Samuel Ortom, in einer Presseerklärung.

"Innerhalb einer Woche wurden 134 Christen von Hirten getötet", sagte er. "Abgesehen von der Tatsache, dass von den 23 Kommunalverwaltungen des Staates 18 von Hirtenangriffen verwüstet und die meisten Christen in diesen Gemeindegebieten vertrieben wurden."

Die Hirten griffen die lokalen Regierungsgebiete Makurdi, Guma, Otukpo, Apa und Logo an, teilten Anwohner Morning Star News in Textnachrichten mit. Sie griffen auch Kwande County an, sagte der Anwohner Dominic Anza, Präsident der Universal Reformed Christian Church (NKST).

<https://www.jihadwatch.org/2023/05/dr-congo-muslims-ambush-farmers-near-village-murder-20-people>

DR Kongo: Muslime überfallen Bauern in der Nähe eines Dorfes und ermorden 20 Menschen

6. MAI 2023 3:00 VON ROBERT SPENCER [HINTERLASSE EINEN KOMMENTAR](#)

Dies erinnert an Mohammeds Überfall auf Khaibar. Seine Truppen griffen die Bauern dort an und massakrierten sie, als sie eines Morgens auszogen, um ihre Felder zu bestellen. Der Koran sagt den Muslimen, dass Mohammed ein "ausgezeichnetes Beispiel" (33:21) ist, dem man in allen Dingen nacheifern muss.

"20 Tote bei Angriff in der DR Kongo, die der ADF angelastet werden", [AFP](#), 10. April 2023 (Dank [an The Religion of Peace](#)):

Rund 20 Menschen wurden bei einem Angriff im Osten der DR Kongo getötet, wobei Quellen Rebellen beschuldigen, die mit der Dschihadistengruppe Islamischer Staat verbunden sind.

"Die feindliche ADF (Allied Democratic Forces) hat am Freitag gegen 4 Uhr (1400 GMT) in der Nähe des Dorfes Enebula Bauern überfallen", sagte der lokale Führer der Zivilgesellschaft, Patrick Mukohe, der AFP telefonisch.

Mukohe sagte, er habe 21 Leichen von Männern und Frauen am Ort des Mordes gezählt, etwa 30 Kilometer (20 Meilen) westlich der Stadt Oicha in der Provinz Nord-Kivu.

Jules Kambale, der in der Leichenhalle des Krankenhauses Oicha arbeitet, sagte, es habe 19 Leichen erhalten.

Charles Ehuta Omeanga, der regionale Militärverwalter, bestätigte den Angriff, den er "ADF-Terroristen" zuschrieb, sagte jedoch, er sei nicht in der Lage, einen endgültigen Tribut zu zahlen.

Die ADF, ursprünglich Aufständische in Uganda, fasste in den 1990er Jahren im Osten der Demokratischen Republik Kongo Fuß und wurde seitdem beschuldigt, Tausende von Zivilisten getötet zu haben.

Seit 2019 wurden einige ADF-Angriffe im Osten der Demokratischen Republik Kongo vom Islamischen Staat beansprucht, der die Gruppe als ihren lokalen Ableger, die Provinz Islamischer Staat Zentralafrika, bezeichnet.

In einem Video, das in den sozialen Medien geteilt und von Mukohe authentifiziert wurde, umgibt eine Menschenmenge die Leiche eines Mannes, der an einen Holzrahmen gefesselt ist und dessen Kehle aufgeschlitzt ist.

Am Donnerstag teilte die Mission der Vereinten Nationen in dem Land, MONUSCO, mit, dass Anfang der Woche mehr als 30 Menschen von der ADF in der benachbarten Provinz Ituri getötet worden seien.

<https://philosophia-perennis.com/2023/04/20/grossbritannien-hinduistische-schueler-immer-oefter-von-muslimischen-klassenkameraden-attackiert/>

Großbritannien: Hinduistische Schüler immer öfter von muslimischen Klassenkameraden attackiert

BY DAVID BERGER
20. APRIL 2023

(David Berger) In Großbritannien hat eine Studie festgestellt, dass immer öfter muslimische Schüler ihre hinduistischen Klassenkameraden in aggressiver Weise dazu auffordern, zum Islam zu konvertieren. Gehen sie nicht auf diese Missionierungsversuche ein, droht ihnen hartes Mobbing. Laut einem Bericht der englischen Zeitung **The Telegraph sind hinduistische Kinder in britischen Schulen ernsthafter Verfolgung durch Muslime ausgesetzt, wobei eine von der Henry Jackson Society durchgeführte Untersuchung ergab, dass Kinder vor allem unter dem sektiererischen Druck von islamistischen Mitschülern leiden.**

Unruhen auf der Straße nun im Klassenzimmer

„Einige der in den Klassenzimmern beobachteten Diskriminierungen zeigten Ähnlichkeiten mit den Manifestationen von Hass, die während der Unruhen in Leicester zwischen Hindus und Muslimen beobachtet wurden“, heißt es in dem bald zu veröffentlichenden Bericht.

„Es gab zahlreiche Fälle von abfälligen Äußerungen gegenüber Hindus, wie das Verspotten ihres Vegetarismus und das Herabsetzen ihrer Gottheiten, die auch von islamistischen Extremisten gemacht wurden, die sich gegen die hinduistische Gemeinschaft in Leicester versammelten“, so „The Telegraph“ weiter.

Gerüchte über Belästigung junger Frauen

In Leicester kommt es seit Monaten zu gewalttätigen Übergriffen von Islamisten auf Hindus, nachdem Radikale aus der muslimischen Gemeinschaft im Vorfeld der sektiererischen Unruhen in Leicester Gerüchte verbreitet haben, dass Hindus in Leicester Mädchen im Teenageralter belästigt hätten.

SABATINA friends oft he passion Ausgabe 2/2023 Sommer 2023

Kurzmeldungen

Ein muslimischer Vater in Pakistan tötete vor einigen Wochen seine 19-jährige Tochter in einem Gerichtssaal in Karachi. Dabei verletzte er zwei weitere Personen. Seine Tochter Hajira hatte zuvor einen Arzt geheiratet ohne seine Zustimmung einzuholen. Der Vater, Ameer Jan Mehsud, erschoss sie aus gekränkter Ehre. Allein im letzten Jahr wurden in Pakistan über 470 Frauen und Mädchen im Namen der Ehre ermordet. Die Dunkelziffer ist viel höher, da die Gesellschaft diese Morde als Familienangelegenheit betrachtet und das Tatmotiv des Ehrenmords eine hohe Akzeptanz besitzt.

Im Swattal im Nordwesten Pakistans schoss ein Polizist, der eine Mädchenschule bewachen sollte, auf einen Schulbus mit Lehrerinnen und Schülerinnen. Eine acht-jährige Schülerin wurde dabei getötet, sechs weitere Mädchen und eine Frau erlitten Verletzungen. Die Schule wird von katholischen Schwestern („Sisters of the Presentation of the Blessed virgin Mary“) betrieben und war in der Vergangenheit bereits Ziel eines Angriffs durch die Taliban. Der Angriff erfolgte in der Gegend, in der vor einigen Jahren auf die Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai geschossen wurde, die sich für die Bildung von Mädchen einsetzte.



Islamisten quälen christliche Familie

Immer wieder geraten in der Islamischen Republik Pakistan Christen unverhofft durch das Blasphemiegesetz in Lebensgefahr. So erging es auch dem 25-jährigen Babar, der als Fahrer für einen Lieferdienst Waren transportierte. An dem Tag, an dem das Unheil über ihn hereinbrach, hatte er den Auftrag, Kartons mit Büchern von einer Druckerei zu einer Madrassa (Islamschule) zu bringen. Beim Ausladen geschah es, dass ein Karton aufriss und die darin enthaltenen Bücher hinfielen. Babar verlor das Gleichgewicht und trat auf einige der offen daliegenden Bücher - als Analphabet nicht ahnend, dass es sich um Korane handelte. Sofort wurde er von dem Maulwi (Islamlehrer), mit dem zusammen er den Wagen entladen hatte, beschuldigt, Allah beleidigt zu haben, indem er auf das heilige Buch des Islam getreten hatte. Babars Erklärungen, dass es versehentlich geschehen war, weil der Karton aufriss, halfen nichts. Der Maulwi holte andere Lehrer aus der Madrassa und gemeinsam schlugen und traten sie auf den Hilflosen ein, während sie Parolen wie „Tötet den Gotteslästerer!“ schrien.

Am Abend stürmte ein aufgeregter Mob Babars Haus, zerstörte alles. Sie rissen seine Kleider vom Leib, schleiften ihn durch das Dorf und schlugen seine kleinen Kinder. Babar erzählt: „Mein Schmerz war so groß. Irgendwann wurde ich bewusstlos und erwachte, als jemand versuchte mir, einige Tropfen Wasser in den Mund zu geben!“ Seit einem halben Jahr ist nun Babar mit seiner Familie auf der Flucht, ständig in der Gefahr aufgegriffen und getötet zu werden, denn inzwischen wurde gegen ihn eine Fatwa erlassen und in den Dörfern und Städten der Umgebung hängen Plakate mit den Fotos der „Gotteslästerer“. Weder eine christliche Kirche noch Verwandte wagen es, den Verurteilten Unterschlupf zu gewähren, um nicht selber in den Fokus der Islamisten zu geraten. Sabatina gibt der Familie Zuflucht und hilft ihnen in ein sicheres Land zu fliehen.



Mary's Refuge

Ein Zuhause für eine kleine Kämpferin

Tivra* ist 8 Jahre alt. Sie hat ihre Mutter früh verloren und lebte beim Vater. Dessen Familie zwang ihn, wieder zu heiraten. Er bemühte sich, für Tivra zu sorgen, aber die Finanzen waren immer sehr knapp. Niemand kümmerte sich um das Mädchen, und sie stand in der Gefahr, ein Straßenkind zu werden.

Seit etwa 3 Jahren ist sie nun in Mary's Refuge. Anfangs war sie ein sehr unruhiges Kind. Sie war schweigsam und oft krank. Doch schon bald gelang es ihr, sich in den Schulalltag einzufügen, und es ging ihr besser. Heute ist sie ein aktives und höfliches Mädchen mit vielen Träumen und Zielen. Sie schreibt gute Noten, obwohl sie vor dem Eintritt ins Mädchenheim nie den Schulunterricht besuchen konnte und deshalb erst einmal viel aufholen musste.

Kurz vor Weihnachten wurde ihr jüngerer Bruder sehr krank. Er wünschte sich seine Schwester an seiner Seite; die beiden standen sich sehr nahe. Deswegen holte der *Name aus Sicherheitsgründen anonymisiert

Vater Tivra* nach Hause. In den nächsten Wochen ging es dem Bruder leider immer schlechter, und Anfang des Jahres verstarb er. Tivra* fühlte sich zunächst nicht in der Lage, ins Mary's Home zurückzukehren. Sie verbrachte die Trauerzeit bei ihrer Familie. Erst nach einigen Wochen kam sie zurück. Natürlich hatte sie in der Zwischenzeit viel Schulstoff verpasst. Aber sie legte einen unerwartet starken Kämpfergeist an den Tag und war in der Lage, innerhalb kurzer Zeit die schulischen Lücken zu schließen. Sie schloss das Schuljahr sogar als Klassenbeste ab!

Tivra* hat bewiesen, dass sie ein starkes, unabhängiges Mädchen ist, und sie meistert ihren Alltag sehr gut, obwohl sie mit dem Verlust ihrer Mutter und ihres Bruders und auch mit dem Leben weit weg von der Familie schon sehr viel verloren hat. Ihre Spenden machen es möglich, Mädchen wie Tivra* ein sicheres Zuhause in unserem Waisenheim Mary's Refuge zu geben und ihnen eine gute Schulbildung zu ermöglichen.



Nothilfe Deutschland

Azra* und ihre drei Söhne kamen vor sechs Jahren in einer traumatischen Flucht aus Afghanistan nach Deutschland. Damals lebte Azra's Ehemann noch in der Familie. Nahezu täglich kam es zu Übergriffen durch ihren Ehemann. Sie war in Todesangst, da er ihr immer drohte: Er entscheidet über ihr Leben und ihren Tod.

Azras* Kinder, drei Jungs, waren in dieser Zeit zerrissen: Einerseits hatten sie Sorge um ihre Mutter, andererseits lehrte der Vater sie, dass eine Frau sich unterordnen müsse. Mit Hilfe engagierter Mitarbeiter in den Behörden schaffte Azra* es, so viel Druck auf ihren Ehemann aufzubauen, dass dieser die Familie vor drei Jahren verließ. Doch die Angst, er könnte sie wieder finden, wird Azra* bis heute nicht los. Sie ist schwer traumatisiert: von der Gewalt in ihrem Land, von der Flucht und von ihrem Ehemann.

In kleinen Schritten traut sie sich, das freie Leben in Deutschland zu erkunden. Ein Kopftuch? Nein das trage sie nicht mehr, sagt sie den Sozialarbeiterinnen von Sabatina e.V. mit einem leisen Lächeln. Sie benötigt viel Vertrauen

*Namen aus Sicherheitsgründen anonymisiert

und Unterstützung, um sich ein neues, selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Sie möchte gerne Arbeit finden, besser Deutsch lernen, und endlich aus der von Schimmel befallenen Wohnung ausziehen. Derzeit versucht unser Team unter Hochdruck, eine neue Wohnung für sie zu finden.

Auch die Kinder brauchen viel Unterstützung im Alltag: Reza* und Hussain* haben als Kleinkinder die Flucht erlebt und leiden unter Traumata und Ängsten. Doch die beiden und ihr kleiner Bruder Aadil*, der in Deutschland geboren wurde, wollen eine ganz normale Kindheit erleben, sind wissbegierig und neugierig auf alles, was ihnen die neue Heimat zu bieten hat. Manchmal tun sie sich schwer mit ihrem Verhalten in der Schule und bekommen dann Ärger. Viel haben sie von ihrem Vater gelernt, das ihnen heute im Alltag Schwierigkeiten macht, und sie sind froh über die kultursensible Hilfe, mit der sie lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Azra* und ihre Jungs danken den Unterstützerinnen von Sabatina e.V. von Herzen!



Vor zwei Jahren gerieten Riaz und Saba, ein christliches Ehepaar aus Pakistan, aus finanzieller Not in die Fänge ihres muslimischen Dienstherrn, dem Inhaber einer Ziegelfabrik.

Die finanzielle Not spitzte sich weiter zu, als es bei Saba vor der Geburt ihres zweiten Kindes zu lebensbedrohlichen Komplikationen kam. Um das Leben ihres Kindes zu retten, mussten sie irgendwie versuchen, die Kosten für die notwendige medizinische Behandlung und den stationären Aufenthalt im Krankenhaus aufzubringen, die ihr finanzielles Budget bei weitem überstiegen. In ihrer Not sahen sie keinen anderen Ausweg, als sich Geld bei ihrem Dienstherrn zu leihen, der jedoch ihre Notlage schamlos ausnutzte und sie seitdem durch Wucherzinsen ausbeutet und es ihnen unmöglich macht, ihre Schulden zurückzuzahlen. Tagaus tagein müssen sie unter unmenschlichen Bedingungen in sengender Hitze für einen Hungerlohn schwerste Knochenarbeit leisten, ohne Hoffnung auf ein Leben in Freiheit. Ihr kleiner dreijähriger Sohn kennt nichts als das Elend einer Familie, die Sklavenarbeit leisten muss.

Zum Osterfest dieses Jahres hatte sich Riaz so sehr gewünscht, den Gottesdienst in seiner Kirche besuchen zu dürfen. Das wurde ihm nicht nur verwehrt; für seinen Wunsch wurde er obendrein brutal zusammengeschlagen. Dabei wurden ihm zwei Rippen gebrochen. Seitdem fällt ihm die harte Arbeit noch schwerer. Seine Frau hat uns erzählt, dass ihm das Atmen, Aufstehen und Laufen große Schmerzen bereitet. Doch bei dem geringen Lohn, der kaum für das Nötigste reicht, ist es ihm unmöglich, eine medizinische Behandlung zu bezahlen. Riaz und Saba flehen zu Gott, dass er sie und ihr Kind aus dieser schrecklichen Lage rettet und ihnen ein Leben in Freiheit schenkt.

Sobald wir genügend Spenden erhalten haben, werden wir diese Familie aus der Sklaverei befreien.

<https://de.gatestoneinstitute.org/19834/vergewaltigung-versklavung-nicht-muslimischer-frauen>

Das "Recht" auf Vergewaltigung und Versklavung nicht-muslimischer Frauen

von [Raymond Ibrahim](#)
23. Juli 2023

Englischer Originaltext: [The 'Right' to Rape and Enslave Non-Muslim Women](#)
Übersetzung: Daniel Heiniger

In Großbritannien, wo es seit langem eine große muslimische Minderheit gibt, wurden Tausende britischer Mädchen in verschiedenen Regionen von "Grooming Gangs", die größtenteils aus Muslimen bestanden und dies offenbar als ihr islamisches Recht betrachteten, missbraucht und gruppenvergewaltigt. **Im Bild: Die englische Stadt Rotherham (ca. 265.000 Einwohner), in der mindestens 1.400 Kinder von einer Bande überwiegend muslimischer Männer pakistanischer Abstammung sexuell missbraucht wurden. (Bildquelle: Wikimedia Commons)**

Letzten Monat [sagte](#) ein muslimischer Mann in Frankreich zu einem minderjährigen Mädchen, mit dem er auf Facebook gechattet hatte: "Ich werde euch alle verbrennen. Ich werde euch die Kehle durchschneiden. Ich werde dich und deine Mutter vergewaltigen, weil ich das Recht dazu habe".

Als sie sich weigerte, ihn zu heiraten, ging er zu noch ernsteren Drohungen gegen sie und ihre Familie über – einmal schrieb er: "Bald werden wir euch die Kehlen durchschneiden und mit euren Köpfen Fußball spielen". Der Mitteilung war ein Video beigelegt, das die Szene einer Enthauptung zeigte.

Nach dem im französischen Bericht angegebenen Namen zu urteilen, scheint Fabio Califano, der später verhaftet wurde, zum Islam konvertiert zu sein.

Der Vater des Mädchens, der als "am Boden zerstört und wütend" beschrieben wird, reagierte auf die Terrordrohungen, mit denen seine Familie und er konfrontiert waren, mit den Worten: "Der Islam ist nicht das, was ich gehört habe... Religion ist Frieden, Toleranz, Respekt... Wir leben seit einem Jahr in Angst!"

Das ständige Narrativ ist, dass der Islam Frieden bedeute. Was nicht gesagt wird, ist, dass dieser Frieden *erst dann* eintritt, wenn *jeder* den "[Frieden](#)" des [Muslimseins](#) genießt. Bis dahin wird oft das genaue Gegenteil propagiert: der Dschihad, die Gewalt im Dienste des Islam. Viele Muslime wollen natürlich nur ein ruhiges Leben führen, eine gute Arbeit haben und die Segnungen dieses

Lebens genießen. Andere jedoch, wie westliche Konvertiten zur "Religion des Friedens", werden plötzlich und unerklärlicherweise zu Terroristen.

Leider hallen Aussagen wie "wir werden euch die Kehlen durchschneiden und mit euren Köpfen Fußball spielen" durch die Jahrhunderte. Mu'izzi, ein persischer Dichter aus dem elften Jahrhundert, versuchte zum Beispiel, einen Emir dazu anzustiften, alle Christen im Nahen Osten abzuschlachten:

"Um der arabischen Religion willen ist es eine Pflicht, o König der Ghazi, das Land Syrien von Patriarchen und Bischöfen zu säubern und das Land Rum [Anatolien] von Priestern und Mönchen zu befreien. Du solltest diese verfluchten Hunde und erbärmlichen Kreaturen töten... Ihr solltet ihnen die Kehlen durchschneiden... Ihr solltet in der Wüste aus den Köpfen der Franken Polobälle machen und aus ihren Händen und Füßen Polostöcke."

[Hillenbrand, Carole, *Turkish Myth and Muslim Symbol: The Battle of Manzikert* ("Türkischer Mythos und muslimisches Symbol: Die Schlacht von Manzikert"), Edinburgh: Edinburgh University Press, 2007, 151-152.]

Die Zeile, die aus dem Zitat von Califano heraussticht, ist jedoch: "Ich werde dich und deine Mutter vergewaltigen, *weil ich das Recht dazu habe*".

Es ist nicht das erste Mal, dass ein muslimischer Mann darauf besteht, dass er das vom Islam verliehene "Recht" hat, nicht-muslimische Frauen zu versklaven und zu vergewaltigen.

Solche Männer zitieren routinemäßig dieselben *Hadithe* und Verse aus dem Koran. Die Verse 4:3 und 4:24 erlauben es muslimischen Männern beispielsweise, sexuelle Beziehungen zu so vielen Frauen zu haben, wie "ihre rechte Hand besitzt", d. h. so viele Frauen - natürlich alles Nicht-Muslime - wie sie während eines Dschihads gefangen nehmen können:

Koran 4:3: "Und wenn ihr fürchtet, gegenüber den Waisen nicht gerecht zu sein, dann heiratet, was euch an Frauen beliebt, zwei, drei oder vier. Wenn ihr aber fürchtet, (sie) nicht gleich zu behandeln, dann nur eine, oder was eure rechte Hand (an Sklavinnen) besitzt. Das bewirkt es eher, daß ihr euch vor Ungerechtigkeit bewahrt." [Übersetzung Adel Theodor Koury]

Koran 4:24: "Und (verboten ist es euch) mit verheirateten Frauen zu heiraten, ausgenommen die Sklavinnen, die sich unter euren Händen befinden (Kriegsgefangene). (Das ist es,) Was Allah für euch geschrieben (zum Gebot gemacht) hat. Und erlaubt sind euch alle anderen, um die ihr bittet (ihnen ihre Morgengaben zu geben und sie zu nehmen) mit eurem Vermögen, unter der Bedingung anständig zu sein und keine Unzucht zu begehen. Und wenn ihr Nutzen von ihnen haben wollt, gebt ihnen ihre Morgengabe, die für euch Pflicht ist. Und es soll keine Sünde über euch sein, nach diesem Gebot, euch

über etwas zu einigen, worüber ihr einverstanden seid. Wahrlich, Allah ist Allwissend, Weise." [Übersetzung Imam Iskender Ali Mihr]

Der Koran verwendet Sprache, [hier](#) diskutiert, die solche Frauen als *Dinge* und nicht als Personen darstellt. Wörtlich übersetzt heißt es in Koran 4:3, dass Muslime mit dem kopulieren dürfen, "*was*" - nicht *wen* - "eure rechte Hand besitzt", wie es in Adel Theodor Kourys Übersetzung heißt:

"... Wenn ihr aber fürchtet, (sie) nicht gleich zu behandeln, dann nur eine, oder was eure rechte Hand (an Sklavinnen) besitzt..." ([Koran 4:3](#)).

(Klicken Sie [hier](#) und [hier](#) für weitere muslimische Schriften, die Sexsklaverei befürworten).

Um zu verstehen, wie solche Schriften und die Terminologie das Denken der Dschihadisten prägen, lesen Sie die folgenden Auszüge aus einem [Bericht](#) der *New York Times*: "ISIS verankert eine Theologie der Vergewaltigung":

In den Augenblicken, bevor er das 12-jährige Mädchen vergewaltigte, nahm sich der Kämpfer des Islamischen Staates die Zeit, zu erklären, dass das, was er zu tun im Begriff war, keine Sünde sei. Da das Mädchen im Teenageralter eine andere Religion als den Islam praktizierte, *gab ihm der Koran nicht nur das Recht, sie zu vergewaltigen - er billigte und ermutigte es sogar, wie er betonte.*

Er fesselte ihre Hände und knebelte sie. Dann kniete er sich neben das Bett und warf sich zum Gebet nieder, bevor er sich auf sie legte.

Als es vorbei war, kniete er sich wieder hin, um zu beten, und beendete die Vergewaltigung mit einem Akt religiöser Hingabe.

"Ich habe ihm immer wieder gesagt, dass es weh tut - bitte hör auf", sagte das Mädchen, dessen Körper so klein ist, dass ein Erwachsener ihre Taille mit zwei Händen umfassen könnte. "Er sagte mir, *dass es ihm laut Islam erlaubt sei, eine Ungläubige zu vergewaltigen. Er sagte, dass er Gott näher kommt, wenn er mich vergewaltigt*", sagte sie in einem Interview an der Seite ihrer Familie in einem Flüchtlingslager hier, in das sie nach 11 Monaten Gefangenschaft geflohen war. [Hervorhebungen hinzugefügt.]

Der [Bericht](#) fährt weiter:

Eine 34-jährige Jesidin, die von einem saudischen Kämpfer in der syrischen Stadt Shadadi gekauft und wiederholt vergewaltigt wurde, beschrieb, wie es ihr besser ging als der zweiten Sklavin im Haushalt - einem 12-jährigen Mädchen, das trotz starker Blutungen tagelang vergewaltigt wurde.

"Er hat ihren Körper zerstört. Sie war schwer infiziert. Der Kämpfer kam immer wieder und fragte mich: 'Warum riecht sie so schlecht?' Und ich sagte,

sie hat eine Infektion im Inneren, Sie müssen sich um sie kümmern", so die Frau.

Ungerührt ignorierte er die Qualen des Mädchens und setzte das Ritual des Betens vor und nach der Vergewaltigung des Kindes fort.

"Ich sagte zu ihm: 'Sie ist doch nur ein kleines Mädchen', erinnert sich die ältere Frau. "Und er antwortete: 'Nein. Sie ist kein kleines Mädchen. Sie ist eine Sklavin. Und sie weiß genau, wie man Sex hat.' "

"Und Sex mit ihr zu haben, gefällt Gott", sagte er.

Auch wenn die [Mainstream-Medien und Experten](#) behaupten, dass diese Überzeugungen "[überhaupt nichts mit dem Islam zu tun haben](#)", sind sie in der muslimischen Gesellschaft weit verbreitet. Auch wenn es die Annahme gibt, dass solche Überzeugungen auf ISIS und andere fanatische Dschihadisten beschränkt seien, deuten die Beweise eindeutig auf das Gegenteil hin.

In Pakistan zum Beispiel wurden drei christliche Mädchen, die nach einem langen Arbeitstag nach Hause gingen, von vier "reichen und betrunkenen" Muslimen - kaum Kandidaten für ISIS - in einem Auto [angesprochen](#). Sie "benahmen sich daneben", riefen "anzügliche und unzüchtige Kommentare" und bedrängten die Mädchen, in ihr Auto zu steigen, um "mitzufahren und etwas Spaß zu haben". Als die Mädchen die "Einladung" ablehnten und hinzufügten, dass sie "fromme Christinnen seien und keinen Sex außerhalb der Ehe praktizierten", wurden die Männer wütend und jagten die Mädchen. "Wie könnt ihr es wagen, vor uns wegzulaufen", [schrien](#) die Männer. "Christliche Mädchen sind nur für eines bestimmt: das Vergnügen muslimischer Männer". Die Männer ramnten dann die drei Mädchen mit ihrem Auto, töteten eines und verletzten die beiden anderen schwer.

Bei einem anderen Vorfall, wo ein Menschenrechtsaktivist über die Vergewaltigung eines 9-jährigen christlichen Mädchens durch einen anderen muslimischen Mann redete, [enthüllte er](#):

"Solche Vorfälle kommen oft vor. Christliche Mädchen werden als Ware betrachtet, die man nach Belieben schädigen darf. Sie zu missbrauchen ist ein Recht. Nach der Mentalität ihrer Gemeinschaft ist es nicht einmal ein Verbrechen. Die Muslime betrachten sie als Kriegsbeute." [Hervorhebung hinzugefügt].

Erst kürzlich wurde in einem [Bericht](#) vom 3. Juni 2023 das Leiden vieler Hindus als "Ungläubige" in Pakistan beschrieben und es werden einige [zitiert](#), die geflohen sind:

"In Pakistan gibt es keinen Unterschied zwischen Fleisch und Frauen... Wären wir da geblieben, wären unsere Frauen in Stücke gerissen worden."

Die Behandlung und der sexuelle Missbrauch "ungläubiger" Frauen, die früher nur in Ländern der Dritten Welt wie Pakistan und in den von ISIS kontrollierten Gebieten zu finden waren, werden im Westen immer mehr zum Alltag.

In Deutschland leben manche muslimische Migranten ihre Überzeugung aus, "[alle deutschen Frauen sind für Sex da](#)". Bei den Neujahrsfeiern 2016 in Köln [belästigten](#) Migranten schließlich tausend Frauen.

In Großbritannien, wo es seit langem eine große muslimische Minderheit gibt, wurden Tausende britischer Mädchen in verschiedenen Regionen von "[Grooming Gangs](#)", die größtenteils aus Muslimen bestanden und dies offenbar als ihr islamisches Recht betrachteten, [missbraucht und gruppenvergewaltigt](#). Ein Vergewaltigungsopfer [sagte](#):

"Die Männer, die mir das angetan haben, zeigen keinerlei Reue. Sie sagten mir, dass das, was sie taten, in ihrer Kultur in Ordnung sei."

Ein muslimischer Imam in Großbritannien [gestand](#), dass muslimischen Männern beigebracht wird, dass Frauen "Bürger zweiter Klasse sind, kaum mehr als Hab und Gut, über das sie absolute Autorität haben", und dass die Imame eine Doktrin predigen, "die alle Frauen verunglimpft, aber Weiße [gemeint sind Nicht-Muslime] mit besonderer Verachtung behandelt".

In einem anderen Fall [erklärte](#) ein anderer Muslim, der wegen Vergewaltigung verurteilt wurde, vor einem britischen Gericht, dass das gemeinsame Benutzen von nicht-muslimischen Mädchen für Sex "Teil der somalischen Kultur" und "ein religiöses Gebot" sei.

Ob nun von "frommen" Muslimen als "religiöses Gebot" betrachtet – wie von einem ISIS-Vergewaltiger gegenüber seinem 12-jährigen Opfer [zitiert](#) – oder als Teil der pakistanischen (asiatischen), somalischen (afrikanischen) oder "französisch konvertierten" islamischen Kultur, die untermenschliche Behandlung und sexuelle Erniedrigung von nicht-muslimischen Frauen und [Kindern](#) durch muslimische Männer, die dies als ihr "Recht" ansehen, ist offenbar ein weiterer "Exotismus", den der Westen auf dem Altar des Multikulturalismus annehmen soll.

[Raymond Ibrahim](#), Autor von [Defenders of the West](#) ("Verteidiger des Westens") und [Sword and Scimitar](#) ("Schwert und Krummsäbel"), ist Distinguished Senior Shillman Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

Sie versprachen ihren Mitschülern: „Wir wollen alle Christen in der Klasse erschießen“

Wie falsch es war, dieser Ideologie Tür und Tor zu öffnen, zeigen zwei jugendlichen Moslems in Österreich. Die beiden Allahgläubigen im Alter von 16 und 15 Jahren versprachen ihren Mitschülern an der Mittelschule Bruck: „Wir wollten alle Christen in der Klasse erschießen“.

„Ich bin wütend auf den Westen“ und man müsse „das Kalifat wieder herstellen“. Das und andere islamische Vorstellungen, was man so mit uns vor hat, verbreitete ein 16-jähriger in Österreich geborener Muslim in den sozialen Netzwerken. Der österreichische Lehrling, der sich im Netz als „El Terror“ ausgab, fiel unter anderem in einer Telegram-Gruppen auf. Gemeinsam mit einem 15-jährigen aus Mazedonien stammenden Glaubensbruder plante er scheinbar einen Terroranschlag auf die Klasse der Mittelschule des Jüngeren in Bruck an der Mur.

„Wir wollten alle Christen in der Klasse erschießen“, bekannten die beiden Muslime dann auch vor Gericht. Laut der Kleinen Zeitung zeigten sich die beiden überzeugt davon, Allah hätte ihnen vergeben, und sagten: „Christen zu töten, bringt uns ins Paradies.“ Die Jugendlichen hätten über die sozialen Medien mitgeteilt, daß sie bei einem Terroranschlag statt „langweiliger Messerangriffe“ lieber mit Sprengsätzen vorgehen wollten.

Nun standen die beiden jungen Muslime am 16. Juli wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung und krimineller Organisation im österreichischen Leoben vor Gericht. Dass Österreich ebenso wie Deutschland längst schon jegliche Kontrolle verloren hat und auch nicht gewillt ist, diese wieder zu erlangen, zeigt nicht nur das ergangene Urteil, sondern auch das nicht mehr zu ertragende Gewäsch der SPD-Bürgermeisterin der betroffenen Gemeinde. **Während das Gericht zusätzlich zu der Haftstrafe Bewährungshilfe sowie ein Deradikalisierungs- und Anti-Gewalttraining anordnete**, zeigt sich die SPÖ-Funktionärin, deren Partei maßgeblich Österreich diese Zustände bescheret hat, wieder einmal erschüttert. „Dass es auch bei uns Jugendliche gibt, die sich im Untergrund für den islamistischen Terror radikalieren, ist äußerst bedenklich“. Diesen Entwicklungen müsse das Land gemeinsam mit Eltern und Jugendlichen entgegenwirken.

Die FPÖ indes forderte höhere Strafen für Täter: „Es braucht jedenfalls auch eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für derartige Fälle“, forderte der Vorsitzende [der FPÖ Steiermark](#), Mario Kunasek. „Dieser Fall belegt eindeutig, wie omnipräsent die Gefahr ausgehend vom Radikal-Islam in der Steiermark ist. Umso erschreckender ist es, daß ÖVP und SPÖ dieses Thema auf Landesebene totschiweigen.“

<https://www.pi-news.net/2023/08/graz-is-soeldner-schmiedet-noch-hinter-gittern-neue-terrorplaene/>

Graz: IS-Söldner schmiedet noch hinter Gittern neue Terrorpläne

31. August 2023

Von ALEX CRYSO | **Was können neun Jahre Gefängnis schon bewirken, wenn nur die Gehirnwäsche und die Indoktrinierung richtig sitzen? Obwohl ein junger Österreicher namens Lorenz K. im April 2018 wegen Terrorplänen im Namen des IS für lange Zeit hinter Gitter wanderte, soll er noch während der Haftstrafe an neuen Anschlägen gefeilt haben. Im Herbst muss sich der inzwischen 24-Jährige, dessen Eltern albanische Einwanderer sind, [erneut vor Gericht verantworten.](#)**

Bereits vor fünf Jahren wurde Lorenz wegen einer ganzen Bandbreite von terroristischen Straftaten verurteilt: Mordversuch, dem Hantieren mit gefährlichen Sprengmitteln sowie dem Mitwirken in verbrecherischen Organisationen. Mittlerweile kommen nicht nur schwere Sachbeschädigungen hinzu, denn ab November 2019 hatte Lorenz mit weiteren terroristischen Aktivitäten trotz seiner Inhaftierungen in den Justizanstalten von Stein und Graz begonnen. Unter anderem soll der IS-Anhänger mit Hilfe von illegal beschafften Mobiltelefonen neue Terrorpläne entwickelt haben.

Im gesamten deutschsprachigen Raum genießt Lorenz zudem einen traurigen Kultstatus, der etwa an die Antifa-Schlägerin Lina E. oder die beiden feigen Stuttgarter Gewalttäter Jo & Dy, die in absoluter Überzahl von 50 linken Krawallos drei wehrlose Mitglieder der alternativen Gewerkschaft Zentrum Automobil niederschlugen, erinnert. Auch Lorenz gilt weiterhin als Gefährder, um nicht nur direkten Kontakt zu anderen gleichgesinnten Terroristen in der Haftanstalt zu hegen, sondern dort auch das Gedankengut des IS hinter Gefängnismauern zu verbreiten.

Zu IS-Anhängern außerhalb der Strafanstalt hatte er ebenfalls einen regen Kontakt. Seine Gesinnung legte er nach der Verurteilung von 2019 demonstrativ nicht ab. Als geistiges Vorbild wird der Hassprediger Ebu Tejma genannt, mittlerweile gilt Lorenz K. als einer der Hauptakteure der radikal-islamischen Szene Österreichs. Bei seinem ersten Gefängnisaufenthalt kam er bereits 2015 zum Islam.

Als 17-Jähriger hatte er dann aus radikal-islamischen Gründen einen Anschlag auf den US-Truppenstützpunkt in Ramstein geplant, Ende November 2016 wollte er einen damals Zwölfjährigen zu einem Selbstmord-Attentat auf dem Weihnachtsmarkt in Ludwigshafen anstiften. Von einem unbenannten IS-Anhänger wurde ein weiterer Selbstmordanschlag eingefordert. Anscheinend sollte dabei eine Nagelbombe zum Einsatz kommen.

Lorenz war im Gefängnis im Besitz von IS-Hinrichtungsvideos und Filmen, die die Anleitung zum Bau von Sprengkörpern zeigen. Dass er trotz Verboten und strengen Sicherheitsvorkehrungen ständig über Handys verfügte, machte auch die österreichischen Behörden stutzig. Unter anderem wurde ihm über einen Laib Brot ein solches Gerät

zugeschmuggelt. Sogar eine IS-Fahne soll Lorenz K. in der Zelle schon gehört haben.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/zentralratschef-mazyek-deutet-islamistischen-angriff-zu-antimuslimischem-rassismus-um/ar-AA1hht9a?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=e413085e6a29444bbebfa5a4a2afbb65&ei=16>

Zentralratschef Mazyek deutet islamistischen Angriff zu antimuslimischem Rassismus um

Artikel von Frederik Schindler

In Berlin wird ein Mann krankenhauserreif geschlagen – nach bisherigem Ermittlungsstand der Polizei, weil er als Nichtmuslim eine islamische Gebetsmütze trug. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, macht daraus einen „klassisch islamfeindlichen Akt“.

© Bereitgestellt von WELT

Sonntagabend in Berlin-Neukölln, ein Mann bestellt sich in einem Lokal in der Schillerpromenade ein Bier. Der 34-jährige Deutsche ist kein Muslim, trägt aber eine islamische Gebetsmütze als modisches Accessoire. Plötzlich treten zwei Männer an ihn heran. Einer der beiden entreißt ihm die Kopfbedeckung, fordert ihn auf, sich vorher zu überlegen, welche Mütze er trägt – und schlägt ihm mit der Faust mehrfach ins Gesicht.

Davon geht die Berliner Polizei nach bisherigem Ermittlungsstand aus, wie sie am Montag meldete. „Gestern Abend wurde in Neukölln ein Mann offenbar aus religiösen Gründen krankenhauserreif geschlagen“, heißt es in der

Polizeimeldung über eine „Körperverletzung mit religiösem Hintergrund“. **Der 34-Jährige sei von Rettungskräften mit einer gebrochenen Nase, einer Platzwunde an der Lippe und einem gelockerten Zahn ins Krankenhaus gebracht worden. Der Polizeiliche Staatsschutz im Landeskriminalamt ist eingeschaltet.**

Aus der Meldung wird deutlich: Zwei muslimische Fundamentalisten hielten wohl nichts davon, dass ein Nichtmuslim eine islamische Gebetsmütze trägt – und schlugen deshalb mehrfach zu. „Offenbar aus fanatisch-religiösen Gründen“, berichtete der „Tagesspiegel“. Im „Spiegel“ hieß es lediglich, dass ein Mann „offenbar wegen seiner islamischen Gebetsmütze“ verprügelt worden sei. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, hatte schnell nach den ersten Meldungen eine eigene Interpretation. Von einem „klassisch islamfeindlichen Akt“ schrieb er auf der Plattform X (vormals Twitter). Das Opfer sei schließlich „muslimisch gelesen“ worden. „Wer das nicht versteht; erst nachdenken, dann schreiben“, schrieb Mazyek weiter – und setzte den Hashtag #AntimuslimischerRassismus.

Der inzwischen gelöschte Tweet von Aiman Mazyek X
/@aimanMazyek/Screenshot WELT

Der inzwischen gelöschte Tweet von Aiman Mazyek X
/@aimanMazyek/Screenshot WELT

© Bereitgestellt von WELT

Der Islamverbandsfunktionär macht aus einem möglicherweise islamistisch motiviertem Übergriff eine antimuslimische und rassistische Gewalttat – und instrumentalisiert den Vorfall damit für seine Interessen. Mazyek postete dazu den Text aus dem „Spiegel“, aus dem die Hintergründe ebenfalls nicht klar hervorgehen. Vor

seiner deutlichen Einschätzung sah er sich aber offensichtlich weder die Originalquelle – also die Pressemeldung der Berliner Polizei – an, noch hielt er es für möglich, dass es sich bei den Tätern um fundamentalistische Muslime handelt.

Gründungsmitglied und größter Mitgliedsverband des Zentralrats der Muslime ist die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (Atib), die vom Bundesamt für Verfassungsschutz den türkisch-rechtsextremen Grauen Wölfen zugerechnet wird.

Mitglied in Mazyeks Zentralrat ist auch das Islamische Zentrum Hamburg, laut Verfassungsschutz ein „bedeutendes Propagandazentrum des Iran in Europa“. Sogenannte legalistische Islamisten nutzen tatsächliche

Diskriminierungserfahrungen von Muslimen in Deutschland als Mobilisierungsthema für ihre Propaganda.

„Dann hat Mazyek Täter und Opfer umgekehrt“

Die Autorin Sineb El Masrar, die sich in ihrer Arbeit seit vielen Jahren kritisch mit konservativ-orthodoxen Islamverbänden beschäftigt, kritisiert Mazyek deutlich.

„Obwohl bei diesem furchtbaren Vorfall noch einiges unbekannt ist, werden gerade in islamistischen und dem Islamismus gegenüber unkritischen Kreisen die Opfer von schwerer Gewalt für unseriöse Kampagnen im Namen des sogenannten antimuslimischen Rassismus instrumentalisiert“, sagte El Masrar WELT. „Erst nachdenken, dann schreiben“, das sollte Herr Mazyek einfach selbst beherzigen.“

Der Neuköllner Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) verweist im Gespräch mit WELT darauf, dass allein in den vergangenen Wochen in Berlin neben der aktuellen Gewalttat gegen den Mann mit der Gebetsmütze ein

Hebräisch sprechender Tourist, ein lesbisches Paar und ein schwuler Mann brutal zusammengeschlagen wurden. „Das ist eine erschreckende Gewaltserie, die zeigt, dass freiheitliche Werte im Alltag regelmäßig angegriffen werden“, sagte Hikel. „Jedem Neuköllner muss klar sein, dass in einem freiheitlichen Land die individuelle Freiheit und Lebensführung der Einzelnen nicht angegriffen werden dürfen.“

Der Kommunalpolitiker übt ebenfalls Kritik an der Instrumentalisierung der neuen Gewalttat. „Sollte die Darstellung der Polizei zutreffen und die Täter waren tatsächlich muslimische Fundamentalisten, hat Aiman Mazyek mit seiner voreiligen Stellungnahme Täter und Opfer umgekehrt“, sagte Hikel. „Ich plädiere nach solchen Vorfällen für Besonnenheit, wenn man sich verantwortungsvoll äußern will.“

Mazyek löschte nach einer WELT-Anfrage sein Online-Posting, reagierte aber nicht auf Fragen hierzu. Auf der Plattform X stellte er seine Falschbehauptung nach der Löschung nicht klar und postete auch keinen Kommentar zu dem möglicherweise islamistisch motivierten Angriff.

<https://journalistenwatch.com/2023/10/10/gazastreifen-kill-kill-kill/>

Gazastreifen: Kill! Kill! Kill!

Vom schriftlichen Kampf gegen das grundverlogene Narrativ des "Wertewestens" im Ukrainekrieg desillusioniert, seelisch erschöpft und regelrecht angewidert, kommt nun die Eskalation im Nahen Osten dazu. Mir stellen sich inzwischen ganz andere Fragen, als die, die im Augenblick wieder aufgeworfen werden.

von Max Erdinger

Bukowski: *"Wir werden alle sterben, ausnahmslos alle, was für ein Zirkus! Das allein sollte uns zur Liebe füreinander führen, aber das tut es nicht. Wir werden von Trivialitäten verängstigt und abgeflacht, vom Nichts aufgeessen."* – Klingt gut. Geben Sie es ruhig zu: Es klingt gut. Doch, doch, doch, doch ... – aber es ist dennoch gelogen. Der erste Teil stimmt: *"Wir werden alle ausnahmslos sterben ..."*. Der zweite nicht. "Wir" werden nämlich nicht, wie Bukowski behauptet, *"von Trivialitäten verängstigt und abgeflacht, vom Nichts aufgeessen."* Wäre das in seinem Fall so gewesen, dann hätte es ihm gar nicht auffallen können. Er selbst wurde offenbar nicht von *"Trivialitäten verängstigt und abgeflacht, vom Nichts aufgeessen"*. Das "wir" im zweiten Teil stimmt nicht. Das "wir" im zweiten Teil dient schon wieder einmal nicht der Wahrheit, sondern einer Absicht. Alle außer Bukowski sollen zur Einsicht kommen. Er selber hat sie schon. Aber gut. Dann stellt sich mir auch die Frage, weshalb ich überhaupt noch etwas schreibe. Logo: weil ich ebenfalls eine Absicht habe. "Wir" – und ich meine wirklich "wir alle gemeinsam" – werden damit leben müssen, daß alle jederzeit irgendwelchen Absichten folgen. Wenn jemand behauptet, etwas Bestimmtes sei ihm unabsichtlich passiert, dann folgt das der Absicht, keine Absicht unterstellt zu bekommen.

Einen Moment Geduld, bitte. Zur Hamas und zum Gazastreifen komme ich schon noch. Nur noch ein kleiner Gedankensplitter vorher. Haben Sie sich schon einmal überlegt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, daß jemand von "dein Vorteil" redet, wenn er insgeheim "mein Vorteil" denkt?

Der Mißbrauch Ihrer "Menschlichkeit"

Die sozialen Netzwerke sind wieder voll mit Flaggen. Dieses Mal ist es die israelische. Eine deutsche sieht man vergleichsweise selten. Die ukrainische rutscht in der Bekenntis-Hitparade nach Monaten auf Platz 1 deutlich ab und befindet sich allenfalls noch unter den Top-Ten. So betrübt ist der Schauspieler Selenskyj darüber, daß er

inzwischen schwarz trägt statt olivgrün. Würde man ihn fragen, ob er mit diesem Farbwechsel einer Absicht folgt, würde er das vermutlich verneinen.

Es gibt aber auch Bilder aus Israel. Da platzen Sie so sehr vor Wut und Verzweiflung wie ich. Da kommt in Ihnen so sehr die Rachsucht hoch wie in mir. Ich zeige Ihnen hier einmal drei.



Familie Kedem, von Hamas-Terroristen ermordet, ausgelöscht – Screenshot Facebook

Das war die Familie Kedem. Sie wurde von Hamas-Terroristen ermordet. Das ist so unsagbar traurig, daß mich der Wunsch nach einer Bestrafung der Täter schier zerreißt. Wenn ich wüsste, daß die Täter bestraft werden, ginge es mir augenblicklich besser. Wenn ich es mir nicht nur einbilde. Mein Gefühl sagt mir das aber.

Ein [#Israel](#) Ehepaar versteckt seine 10 Monate alten Zwillinge, bevor [#Hamas](#) in ihr Haus eindringen. Die Eltern sterben gegen die Angreifer.



Ermordet: Junges Elternpaar – Screenshot Facebook

Ermordet: Dasselbe junge Elternpaar mit den Zwillingen, zehn Monate alt. Die Babies haben überlebt – Screenshot Facebook

Das junge Elternpaar, wird kolportiert, habe die Zwillinge in einen Schutzraum gebracht, ehe es in sein Haus zurückkehrte, um dort die Ankunft der Terroristen zu erwarten. Die Idee dahinter sei gewesen, daß die Terroristen keinen Gedanken an das Vorhandensein der beiden Kleinen verschwenden sollen. Die Babies wurden später vom Opa und dem Onkel gefunden und sind jetzt in Sicherheit. Ihre Eltern sind ermordet worden. Es zerreißt einem das Herz. Sie hatten beide in der israelischen Armee gedient, hatten Waffen und Munition im Haus und haben wenigstens noch sieben der Terroristen erledigt, ehe sie selbst ihr Leben verloren. Die Terroristen lagen erschossen vor dem Haus der jungen Familie. Warum zerreißt es einem das Herz? Weil man es weiß. Weil man die Bilder sieht und weil man die Geschichten

dazu erzählt bekommt. Es gibt nicht umsonst den Satz: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.

Sind Sie nun informiert?

Jein. Sie sind zwar informiert, andererseits aber auch wieder nicht. Sie haben diese Bilder gesehen und diese Geschichten gelesen. Sie wissen aber natürlich, daß es "solche" Bilder auch aus anderen Weltgegenden gibt – und daß Sie die "solchen" Bilder eher nicht gesehen haben. Das heißt, es gibt Bilder und Geschichten, die Sie wahrnehmen sollen – und es gibt solche, die Sie nicht wahrnehmen sollen. Es gibt Geschichten, die Sie nicht an sich heranlassen sollen. Ein Beispiel: Haben Sie im Presse-Mainstream des "Wertewestens" schon einmal Aufnahmen von den Tatorten in Südafrika gesehen, an denen ganze Familien weißer Farmer bestialisch abgeschlachtet worden sind? Es sind viele. Haben Sie Fotos dieser Familien aus deren glücklichen Zeiten gesehen? Hat Ihnen jemand die Geschichten dieser Familien erzählt? Wenn Sie das interessiert, dann müssen Sie aufwendig danach suchen. Auf dem medialen Servierteller präsentiert wird Ihnen das nicht. Warum nicht? Weil Ihre "Menschlichkeit" im einen Fall gefragt ist und im anderen Fall nicht. Das heißt, daß jemand plant, einen Nutzen aus Ihrer Menschlichkeit zu ziehen – und zwar für sich. Ich sage Ihnen, mir steht wirklich das Wasser in den Augen, wenn ich die oben gezeigten Bilder sehe. Es ist einfach unfassbar traurig.

Ich werde aber auch wahnsinnig wütend, sobald ich mir überlege, wer hier mit meiner "Menschlichkeit" Schindluder treiben wollen könnte. Ich weiß nämlich, wer mir solche Bilder nicht nur aus Südafrika nicht, sondern auch aus dem Donbass nicht gezeigt hat. Hier ist eines. Es stammt aus dem Jahr 2022 und ist in Kramatorsk entstanden, nachdem dort im April eine fehlgeleitete, ukrainische Tochka U-Rakete eingeschlagen war. Veröffentlicht wurde das Bild vom Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) am 23. August 2023. Der dazugehörige Text ist einfach infam.



Jana

(11) verlor beide Beine – Screenshot RND

Das RND: *“Die elfjährige Jana ist eines von zahllosen zivilen Opfern des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine: Bei einem Raketeneinschlag hatte das Mädchen im April beide Beine, aber nicht seinen Lebensmut verloren. Jetzt lernt die junge Ukrainerin wieder laufen.”* – Merken Sie, wie Sie manipuliert werden sollen? Es gab im April 2022 noch keinen russischen Beschuß von Kramatorsk. “Opfer des russischen Angriffskriegs” wird hier verwendet, um nicht sagen zu müssen, daß es eine ukrainische Tochka U gewesen ist, derentwegen Jana ihre Beine verloren hat. Und überhaupt: Das Schicksal von mindestens 10.000 ermordeten ethnischen Russen im Donbass durch die Armee ihrer eigenen “souveränen Nation” ab dem Februar 2014 war zu keinem Zeitpunkt ein großes Thema im “wertewestlichen” Medien-Mainstream. Mit Beginn der russischen SMO am 24. Februar 2022 war es dann gar keines mehr.

Die Palis plattmachen

Den Gazastreifen habe ich seit über zehn Jahren bereits als ein Ding der Unmöglichkeit begriffen. Und ich sage auch ganz ehrlich, daß ich die Leute nicht leiden kann, die dort wohnen. Ich konnte sie noch nie ausstehen. Was soll man auch von Leuten halten, die die Leichen von Israelis, vermeintlicher oder tatsächlicher Verräter, die hingerichtet wurden, triumphalisch an Seilen hinter ihren Autos und

Motorrädern her durch Gaza-Stadt schleifen, mit Steinen nach Hunden werfen und sie mit Fußritten traktieren, Schlachtrituale pflegen, die jegliches Mitgefühl für die Angst und die Schmerzen der Kreatur vermissen lassen und eine Terrororganisation als "Regierung" akzeptieren? Dieses ganze aggressive Lärmen und das Parolengeschrei, diese Zusammenrottungen im kollektiven Hass ... – es geht mir total gegen den Strich. Mir geht die Mullah-Diktatur im Iran gegen den Strich und wenn ich die schwulen Erhängten sehe, die dort an Baukränen baumeln, oder die vergewaltigten Frauen, die gehängt werden, weil sie in größter Not ihre Peiniger umbrachten – dann dreht sich mir der Magen um. Ich verachte diese "Kultur". Die verachten dafür meine.

Der israelische Verteidigungsminister bezeichnete die Hamas-Terroristen vorgestern als "menschliche Tiere". So kommen sie mir ebenfalls vor und zwar schon lange. Aber: Ich kenne keinen "Palästinenser" persönlich. Das Bild, das ich von ihnen als einem Kollektiv habe, stammt aus jahrzehntelangem Medienkonsum. Ich halte es für möglich, daß es auch unter diesen "Palästinensern" nachdenklichere Charaktere geben könnte. Ich kenne sie eben nicht. Ich habe überhaupt wenig persönliche Erfahrung mit Arabern und Moslems. In Tunesien wollte mich mal einer beim Geldwechseln beschleißen und als ich mir das nicht gefallen lassen wollte, stimmte er ein riesiges Gezeter an, als ob nicht er mich – sondern ich ihn über den Tisch hätte ziehen wollen. So etwas kann ich auf den Tod nicht ausstehen. Ein anderer wollte zehn Dollar dafür haben, daß er "freundlicherweise" mit meiner Kamera ein Foto von meiner Frau und mir gemacht hat. Die zehn Dollar wollte er erst danach haben. Vorher kein Wort davon. Eine Tour durch die nördliche Sahara ist mir in Erinnerung geblieben – und die ist auch nicht die beste.

Die "Palästinenser" sind über die Jahre heftig von der EU gefüttert worden. 1,2 Milliarden Euro sollen es allein in den vergangenen drei Jahren gewesen sein. Damit hätte sich einiges anstellen lassen im Gazastreifen. Eigene Kraftwerke hätten entstehen können, Meerwasserentsalzungsanlagen hätten gebaut werden können, kurz: es hätte eine weitgehend autonome Infrastruktur entstehen können, welche die Abhängigkeit von Wasser- und Elektrizitätslieferungen aus Israel zumindest reduziert hätte. Gekauft wurden aber Waffen. Gepredigt wurde nicht der Frieden, sondern der Hass. Und ich habe die Idee, daß Moslems und Juden in Israel dauerhaft in Frieden zusammenleben könnten, seit eh und je für Wunschdenken gehalten. Für Deutschland sehe ich das genauso. Es gibt jede Menge Judenhasser im Land – und

fast alle sind sie importiert worden. Weil alle nur noch unterscheidungslos “die Menschen” sind.

Das ändert aber nichts daran, daß der kleine Gazastreifen mit über zwei Millionen Einwohnern, ungeachtet jeglicher Abneigung gegen die “die Menschen” dort, der am dichtesten besiedelte Landstrich auf der Welt ist. Als der Gazastreifen entstand, waren es weniger als eine Million “Palästinenser”, die dorthin abgeschoben worden waren. Was die Besiedlungsgeschichte Israels angeht, mag ich mich schon deswegen nicht äußern, weil ich mich frage, was angesichts der riesigen Flächen in den angrenzenden Ländern das Problem sein soll. Israel ist ungefähr so groß wie Hessen. Was ist denn mit der arabischen Solidarität unter Brüdern? Es ist nicht einzusehen, warum im Gazastreifen überhaupt zwei Millionen Einwohner aufeinanderhocken müssen. Fakt ist aber, daß sie nunmal da sind, daß sie essen und trinken müssen, daß es dort ebenfalls Neugeborene, Kleinkinder und Kranke gibt, von denen sich niemand die Hamas ausgesucht hat. Das ist menschliches Leben! Und zwar ungeachtet meiner Abneigung gegen diese Leute oder der Abneigung von sonst jemandem. Klar kotzt es mich an, wenn ich Bilder von palästinensischen Babies sehe, die in ihrer Krippe liegend mit einem Patronengürtel “dekoriert” werden. Aber was können diese Babies dafür?

Als ich gelesen habe, daß in quasiautomatischer Beantwortung aller Fragen nach Verantwortlichkeiten, nach Versagen und Schuld, vom israelischen Energieminister der Stopp aller Wasserlieferungen in den Gazastreifen verkündet wurde, daß dort kein Strom mehr ankommt und daß folglich die Krankenhäuser dort ebenfalls keinen mehr haben, obwohl es inzwischen auch im Gazastreifen 2.500 Verwundete und über 560 Tote nach den Revanchebombardements der Israelis gibt, daß keine Nahrungsmittel mehr in den Gazastreifen gelangen und so weiter – da stand mir die Kinnlade dann doch weit offen vor Erstaunen. Da frage ich mich ehrlich, ob die israelische Regierung noch alle Latten am Zaun hat. Was soll das werden? Heißt es etwa hundert Augen um ein Auge und hundert Zähne um einen Zahn? Oder heißt es doch Auge um Auge, Zahn um Zahn? Zwei Millionen Lebewesen ohne Wasser, ohne Nahrung, ohne Strom, kurz davor, bei einer Bodenoffensive gar plattgemacht zu werden? Weil die “Menschlichkeit” im “Wertewesten” daheim ist? Bei aller Abneigung gegen die “Palis” und bei aller Verachtung für die Hamas: Das ist ein Zivilisationsbruch. Da fehlt jede Verhältnismäßigkeit. So geht das nicht. Da bin ich draußen. Da mache ich nicht mit. Da hört’s einfach auf!

Ein Muster?

Daß die fürchterliche Terrorattacke der Hamas in einem abgrundtiefen Hass der “Palästinenser” auf die Israelis wurzelt, ist ein alter Hut. Nichts Neues. Deshalb wurde das israelische Staatsgebiet auch so gut geschützt wie kaum ein anderes. Der Gazastreifen war das am besten bewachte Gebiet der Welt. Das heißt, in Israel hatte man die unschöne Tatsache akzeptiert, daß man gehasst wird ohne Ende. Und genau deswegen hatte man auch verstanden, daß man sich vor diesem Hass schützen muß. Israel hat die wohl beste Armee der Welt und die besten Geheimdienste. Die Terrorattacke der Hamas konnte trotzdem geschehen – und bislang weiß kein Mensch, weshalb überhaupt. Was jahrzehntelang fast einwandfrei funktioniert hatte, funktionierte dieser Tage auf einmal nicht mehr. Die internationale Verwunderung ist groß. Wie konnte das passieren?

Benjamin “Bibi” Netanyahu bestreitet, daß es Gespräche mit dem ägyptischen Geheimdienst gegeben habe und daß seine Regierung bereits zehn Tage vor der Attacke davor gewarnt worden sei. Die ägyptische Behauptung steht dem aber nach wie vor entgegen. Und es steht ein ganz böser Verdacht im Raum. Der sieht so aus: Die derzeitige Regierung Israels, zum großen Teil bestehend aus Fundamentalisten und religiösen Fanatikern, wollte mit der Hamas endgültig aufräumen und brauchte einen international akzeptierten Grund dafür, mit dem Aufräumen zu beginnen. Deshalb könnten die ägyptischen Warnungen als unwillkommen beiseite geschoben worden sein. Das würde bedeuten, daß die vielen israelischen Opfer, um die unsereiner am heutigen Tag trauert, deswegen zu Opfern der Hamas werden konnten, weil die israelische Regierung zugelassen hat, daß sie zu Opfern wurden. Merkwürdig ist doch die Behauptung, um die Versagensursachen auf israelischer Seite müsse man sich nicht jetzt sofort kümmern, sondern erst später, nachdem die Hamas wieder verjagt und “anständig” Rache genommen wurde. Das ist doch offensichtlicher Quatsch. Das könnte ohne weiteres zugleich passieren. Oder sind alle Israelis beim Mossad, bei Schin Bet und der Unit 8200 zur Ursachenforschung unfähig, weil sie allesamt und ohne Ausnahme die Hamas aus dem Land jagen und den Gazastreifen plattmachen müssen? Wer soll so etwas glauben? Und wer soll glauben, daß niemand ein Interesse daran hätte, die Ursachenforschung nach hinten zu verschieben? Das läuft doch hier schon wieder nach dem Muster “Putins aggressiver und gänzlich unprovokierter Angriffskrieg” , der dreckigsten Lüge des Jahrhunderts? Klar hat die Hamas fürchterlich gemordet. Aber wer hat es nicht verhindert, obwohl ihm klar gewesen ist, daß die Hamas bei der erstbesten

Gelegenheit morden würde? Wer hat ihr diese Möglichkeit verschafft? Außerdem: Wer kann so vermessen gewesen sein, daß er angenommen haben muß, das alles seien keine Fragen, die sich die Weltöffentlichkeit als allererstes stellen würde? Kann es eine derartige Abgehobenheit, eine derartige Arroganz überhaupt geben?

Aufklärung, aber dalli!

Meinereiner will das geklärt haben, bevor er sich mit der Tatsache konfrontiert sieht, daß in Westeuropa die importierten Moslems gar austicken und in Frankreich sowie hierzulande und anderswo ihre Messer zücken, Sprengstoffanschläge verüben, brandschatzen und alles zu Kleinholz schlagen, weil die Israelis zwei Millionen "Palästinensern" mit einer Begründung final den Garaus machen wollen, die momentan – leider, leider – noch stark nach "Sender Gleiwitz" und "unprovoked russischer Angriffskrieg" aussieht. Ich will verdammt nochmal wissen, welche hundsmiserablen Pfeifen dafür verantwortlich sind, daß Löcher in den weltweit am besten gesicherten Grenzzaun geschnitten werden konnten, daß Hamas-Terroristen kilometerweit ins Land vordringen konnten, einen ganzen "Rave" von 260 jungen Leuten auf einem Musikfestival massakrieren konnten und daß über hundert Geiseln in den Gazastreifen verschleppt werden konnten, darunter ein 6 Monate altes Baby. Ich will wissen, ob – und wenn ja – welchem zynischen, politischen Kalkül die oben abgebildeten, ermordeten Familien geschuldet sind. Wer sie umgebracht hat, weiß ich schon. Der Teufel soll ihre Mörder holen. Und nur die.

Ich will wissen, woher die Arroganz einer israelischen Regierung kommt, die offensichtlich glaubt, sie könne sich aussuchen, welche Fragen sie in welcher Reihenfolge aufzuklären hat, obwohl klar ist, daß es in der EU gewaltig rumsen wird und daß es auch hier Opfer geben wird, wenn der importierte islamische Mob austickt, weil sie den Gazastreifen plattmacht und hier alles "I Stand With Israel" skandiert. "I Stand" nämlich nicht mit Israel, sondern mit den Israelis, die dort leben. Leben! Ich bin immer auf der Seite des Lebens. Um die Toten tut es mir immer nur leid. Zum Toten braucht keiner mehr zu stehen. Der hat nichts mehr davon. Und ich will wissen, wer es so verbockt hat, daß die israelischen Toten nicht mehr leben. Ganz ehrlich: Ich habe allmählich die Schnauze gestrichen voll von "wertewestlichen Regierungen" ganz allgemein, weil sich bei mir von Tag zu Tag der Eindruck verdichtet, daß die mit nichts anderem mehr beschäftigt sind, als ihre eigenen Nationen zu plündern, zu verraten und zu verkaufen. Ich wüsste auch nicht, weshalb ich ausgerechnet die gegenwärtige Regierung Israels von einem solchen Verdacht

ausnehmen sollte. Wer daran denkt, zwei Millionen Lebewesen egal welcher Art verdursten, verhungern und medizinisch unbehandelt zu lassen, dem traue ich jede andere Abgefemtheit in jeder Größenordnung ebenfalls zu. Ich will wissen, warum die Hamas diesen Angriff durchführen konnte. Daß das Erzverbrecher sind, weiß ich schon. Ich will wissen, ob die israelische Regierung ebenfalls aus welchen besteht. Danach sehen wir weiter. Und wirklich erst dann.

Solange das nicht klar ist, nenne ich jeden Deutschen und jeden Europäer, der schon wieder mit seinen Bekenntnisfähnchen wedelt, eine grottendämliche Schafsnase. So viel ist nämlich klar: Wenn sich jemand gewaltig ins eigene Knie geschossen hat, dann sind es a) – die Europäer mit ihren bruzndämlichen Russlandsanktionen und ihrem “I Stand With Ukrainisch-Korruptistan” – sowie mit ihrem Import eines latent gewalttätigen Mobs aus islamischen Ländern – und b) – die Palästinenser im Gazastreifen, die sich einer Hamas-“Regierung” beugen, die mit ihrem Terrorangriff auf Israel dafür gesorgt hat, daß es diesen zwei Millionen Palis im Gazastreifen für ein bißchen Kurzfristjubiläum langfristig an den Kragen gehen wird. Was für eine Korrespondenz! Die Palis im Gazastreifen werden von ihrer Hamas den Israelis ausgeliefert – und Tausende von Israelis möglicherweise der Hamas von ihrer eigenen Regierung. Das kann man doch nicht übersehen, daß hier ein riesiges Fragezeichen im Raum hängt!? So viel Blödheit ist doch selbst heutzutage so unwahrscheinlich, daß man es im Kopf nicht mehr aushält!

Der ägyptische Geheimdienst behauptet: Die israelische Regierung wusste zehn Tage vor dem Terrorangriff der Hamas Bescheid, daß ein “dickes Ding” kommen wird. Netanyahu sagt, das stimmt nicht. Da steht im Moment Aussage gegen Aussage. Der Terrorangriff der Hamas war eine “bestens” koordinierte Land-Wasser-Luft-Operation. So etwas zu planen, ist keine Kleinigkeit. Das ist auch nicht in fünf Minuten organisiert. Und an den israelischen Geheimdiensten soll das vorbeigegangen sein? Eine derartig komplexe “Operation”? Wer soll das glauben? Die könnten sich doch seit ein paar Tagen gleich selber einsalzen, wenn dem so wäre. Noch in der Woche vor dem fürchterlichen Angriff behauptete Jake Sullivan in Washington, “the Middle East” – bei uns der “Nahe Osten” – sei so ruhig, daß es fast schon langweilig ist. Warum? Es gibt jede Menge Fragen, die verhindern müssten, daß hier schon wieder Bekenntnisdrang herrscht. Die CIA und der Mossad sind in ihrer Einheit so etwas wie ein sich selbst abschleckendes Eis am Stil. Ist Mr. Burns schon gefeuert worden? Ist der Mossad-Chef Barnea schon weg vom Fenster? Er ist Netanyahu direkt unterstellt. Nicht? Immer noch da? Warum ? – Jede Menge Fragen, die geklärt sein sollten, bevor

hier weitere blutige Tatsachen geschaffen werden. Das ist der derzeitige Stand der Dinge.

<https://www.bz-berlin.de/deutschland/experten-warnen-haben-hunderttausende-antisemiten-reingelassen>

12.10.2023, 11:35 Uhr

Eskalation auch bei uns?

Experten warnen: „Haben Hunderttausende Antisemiten reingelassen“ Pro-palästinensische Demonstranten in Duisburg

Von Frank Schneider und Sebastian Geisler

Die Aufnahmen sorgen für Entsetzen. In Deutschland feiern Menschen, augenscheinlich aus dem migrantischen Milieu, ganz offen die barbarischen Tattataten in Israel, sprechen sogar in TV-Kameras, dass sie die Anschläge der Hamas gutheißen.

Offensichtlich haben die Hamas-Terroristen Sympathisanten und Anhänger in unserem Land. Hass gegen Juden auf unseren Straßen!

Der Staatsschutz spricht allein in Nordrhein-Westfalen von 150 „Anhängern“ der Hamas, dazu gut 200 Sympathisanten, geht von einem vierstelligen Mobilisierungspotenzial aus. Doch DAS sind nur die erfassten Fälle. Der Judenhass ist weitverbreitet.

Bereits Samstagabend löste die Polizei eine Versammlung von Israel-Hassern auf der Sonnenallee auf
Ethnologin Susanne Schröter (66, Direktorin des Forschungszentrum Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt) zu BILD: „Wir haben ein riesiges Problem. Wir haben Hunderttausende Menschen mit antisemitischem Weltbild nach Deutschland reingelassen, die in ihren Herkunftsländern mit dieser menschenverachtenden Ideologie aufgewachsen sind. Diese haben sie bei der Einreise in unser Land mitgebracht. Die Folgen sehen wir in diesen Tagen auf unseren Straßen.“

Bedeutet: ein riesiges Gefährdungspotenzial für die Sicherheit von Juden in Deutschland!

Ein weiteres großes Problem, das Schröter sieht: „Der importierte Antisemitismus ist in Deutschland lange verharmlost und relativiert worden. Linke Kreise haben ihn durch ihre Darstellung Israels als angeblichen ‚Apartheidstaat‘ und ihr Gerede vom ‚Siedler-Kolonialismus‘ befördert – bis hinein in unsere Universitäten. Bei diesem Schulterchluss wiederholt sich eine unheilvolle Allianz zwischen Kräften in Deutschland und in Nahost. In der Zeit des Nationalsozialismus haben palästinensische Islamisten mit den Nazis zusammengearbeitet.“

Das Bundeskriminalamt schreibt in einer Lage-Einschätzung, die BILD vorliegt: „Im Zuge einer zu erwartenden israelischen Gegenoffensive entfaltet vornehmlich der Phänomenbereich religiöse Ideologie eine hohe Gefährdungsrelevanz.“

„So ist insbesondere mit demonstrativen Aktivitäten in Verbindung mit verbalen Unmutsbekundungen vor israelischen Einrichtungen sowie Gebetshäusern, insbesondere in Berlin zu rechnen.“

„Darüber hinaus sind Sachbeschädigungen nicht nur mittelbar, sondern auch unmittelbar im Nahbereich israelischer Einrichtungen einzukalkulieren sowie bei zufälligem Aufeinandertreffen der beiden 'Lager' körperliche Auseinandersetzungen einzukalkulieren.“

Ein leitender Staatsschützer zu BILD: „Nach dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas wird Israel im Gazastreifen massiv gegen die Hamas vorgehen, das wird auch dort zu vielen Toten führen. Diese Bilder wird die Terrororganisation natürlich für sich nutzen, es ist sogar zu befürchten, dass sie gezielt auch Opfer instrumentalisieren wird, Kinder und Frauen möglicherweise sogar als lebendige Schutzschilder benutzt. Diese schlimmen Bilder werden zu einer sehr hohen Emotionalisierung und damit auch Solidarisierung in der muslimischen Welt führen.“

Hinweise auf konkrete geplante Anschläge in Deutschland gebe es aktuell nicht.

Klar ist: Die Sicherheitslage in Deutschland kann sich nach Einschätzung der Staatsschützer stündlich ändern. Es herrsche „im muslimischen Milieu eine extreme Unruhe und Anspannung“.

Die Terrororganisation Hamas versucht bereits, ihre Anhänger weltweit zu mobilisieren und aufzuwiegeln. Es kursieren Aufrufe für „Aktionen“ an diesem Freitag. Was genau das für Deutschland bedeutet, können die Sicherheitsbehörden noch nicht sagen.

Für das Wochenende sind bundesweit zahlreiche Solidaritätskundgebungen von Palästinenser-Sympathisanten angemeldet. Allein in Nordrhein-Westfalen sind am Samstag in Köln, Düsseldorf und Aachen Demonstrationen mit insgesamt mehreren Hunderten Teilnehmern geplant.

„Flächenbrand auf Deutschlands Straßen“

Zur Lage in Deutschland sagt er: „Das Problem sind in Deutschland nicht die wenigen bekannten Hamas-Unterstützer, die sind eigentlich eher nur Spenden-Sammler. Das Problem ist, und das sehen wir ja schon durch unzählige Beiträge bei Social Media, dass viele gerade zugewanderte Muslime nicht nur Verständnis für den verheerenden Terrorangriff haben, sondern ihn sogar befürworten, sich regelrecht darüber freuen.“

Seine Warnung: „Wenn jetzt Israel in den Gazastreifen einmarschiert, könnte das zu einem Flächenbrand auch auf Europas und damit auch Deutschlands Straßen führen.“

„Sogar Terroranschläge sind nicht auszuschließen“

Weiter sagt der Staatsschützer: „Es könnte während oder nach Demonstrationen zu spontanen Angriffen auf Synagogen oder jüdische Einrichtungen kommen. Es könnten auch kleine konspirative Gruppen gezielt solche Einrichtungen angreifen. Betroffen sind da besonders Regionen wie Berlin, Hamburg, das Rhein-Ruhr-Gebiet und der Frankfurter Raum. Je nach weiterer Entwicklung sind sogar Terroranschläge nicht auszuschließen.“

„Wir werden sozusagen durch die Entwicklung im Nahen Osten ferngesteuert.“

Hinzu komme, dass der Iran diese Eskalation wolle, der iranische Geheimdienst erst vor Monaten in Deutschland Angriffe auf Synagogen in NRW befohlen habe.

Ein Problem: „Es könnten auch radikale Muslime gewalttätig werden, die wir bislang überhaupt nicht auf dem Schirm haben. Aus einer Gruppe heraus könnten sich plötzlich Dynamiken entwickeln, die wir nicht voraussehen können“, warnt der Staatsschützer.

Angriffe auf israelische Ziele in Deutschland möglich

Auch das Bundeskriminalamt warnt: „Insbesondere bei einem über einen längeren Zeitraum andauernden Konflikt dürfte es zu einer Vielzahl von Aufrufen auf dschihadistischen Propagandakanälen an allein/eigenständig handelnde Personen oder (Kleinst-)Gruppen kommen, Angriffe auf israelische Ziele in Deutschland bzw. in Europa durchzuführen.“

Und weiter: „Es muss in Betracht gezogen werden, dass bereits radikalisierte Einzelpersonen oder (Kleinst-)Gruppen ihren Fokus nun verstärkt auf israelische Sicherheitsinteressen in Deutschland oder Europa richten.“

„Werden sofort hart einschreiten“

Und auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (71, CDU) warnt in BILD: „Wir müssen wachsam bleiben. Judenhasser glauben auch bei uns in Deutschland daran, jetzt Auftrieb zu bekommen. Sie irren sich gewaltig.“

Reul kündigt an: „Unsere Demokratie hält die Versammlungsfreiheit aus – aber Hetze und Antisemitismus werden wir konsequent unterbinden und sofort hart einschreiten. Ein besonderes Augenmerk haben wir auf unsere jüdischen Einrichtungen. Der Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist theoretische und praktische Staatsräson.“

<https://journalistenwatch.com/2023/10/20/wir-haben-es-mit-bestien-zu-tun-israelische-rettungskraefte-berichten/>

Wir haben es mit Bestien zu tun: Israelische Rettungskräfte berichten
Für all jene, die ein "ja, aber" im Palästinensergepäck haben, klar zu machen, mit was für Bestien wir es zu tun haben: Die Schilderung israelischer Rettungskräfte, wie sie eine vierköpfige Familie vorfanden. Es sind Nachrichten aus der islamischen Hölle.

"Wir gingen in das erste Haus. Wir sahen ein Paar – Vater und Mutter, auf den Kniend sitzend auf dem Boden. Sie knieten vorher, jetzt lagen sie mit dem Kopf nach unten, die Hände auf dem Rücken gefesselt. Erschossen. Auf der anderen Seite des Esszimmers – gegenüber den Eltern – ein 7-jähriger Junge und ein 6-jähriges Mädchen. Die Hände ebenfalls auf dem Rücken gefesselt. Erschossen. Zuvor wurden sie alle gefoltert. Augen herausgerissen. Finger abgeschnitten. Wer war zuerst dran? Schauten die Eltern zu, während ihre Kinder gefoltert wurden? War es umgekehrt? Gleichzeitig? In der Mitte des Raums stand ein Tisch. Die Terroristen saßen da und aßen das Samstagsmahl, das für die Familie angerichtet war."

Und auch jetzt werden wieder viele dieser Gutmenschen sagen, man dürfe jetzt auf keinen Fall vergessen, auch über die humanitäre Hilfe für Gaza zu sprechen. Und man müsse jetzt ausgewogen bleiben. Links-woke Massenmigrationsjubler – davon kann man fest ausgehen – würden, wäre die aktuelle Stimmung nicht "kritisch", ohne mit der Wimper zu zucken, Palästinenser in Scharen nach Deutschland holen. Nachdem dies aktuell nicht umzusetzen ist, werden Steuergelder nach Gaza- und andere Palästinensergebiete verschoben, die von der Hamas für ihren Terror genutzt werden.

Hier gibt es aber gar nichts mehr auszuwiegen. Wir haben es mit Bestien zu tun und sie befinden sich bereits mitten unter uns hier in diesem Land. Sie feiern diese islamischen Menschenschinder aus den Reihen der Hamas für solche Taten. Das passiert mitten in Deutschland. Jetzt. Und alle schauen zu!

https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Grassierender-Judenhass-ist-die-Folge-falscher-Multikulti-Toleranz-article24482601.html

Der Staat wurde ausgehöhlt

Grassierender Judenhass ist die Folge falscher Multikulti-Toleranz

Ein Gastkommentar von Falko Liecke

23.10.2023, 13:47 Uhr

FALKO LIECKE

Mit 22 Jahren trat der 1973 in Berlin geborene Liecke der CDU bei. Seit 2023 ist der Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Zuvor war Falko Liecke 14 Jahre lang Bezirksstadtrat in Berlin-Neukölln. Der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Berlin ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Falko Liecke war von 2009 bis 2023 Bezirksstadtrat von Berlin-Neukölln. Die Hauptprobleme des Bezirks laut Liecke: "Die organisierte Kriminalität durch Clans und die Bildung, die ein Trümmerhaufen ist - trotz aller Bemühungen."

Judenhass wird durch den politischen Islam befeuert. Dass der in Deutschland genau wie der Antisemitismus wächst, ist das Resultat falsch verstandener Toleranz. Der Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt zu schützen hat, wurde zu lange ausgehöhlt. Das muss ein Ende haben. Dringend.

Ich habe nie verstanden, warum die Warnungen des Verfassungsschutzes, der sich die Finger wund schrieb, in den Wind geschlagen wurden, und warum nie auf diejenigen gehört wurde, die genau das vorhersagten, was wir jetzt in deutschen Städten und ganz besonders in Berlin erleben: offen gezeigter Antisemitismus. Über Jahre hinweg wurden die Zustände, die ich aus meiner Zeit als Stadtrat in Neukölln nur zu gut kenne, ignoriert oder sogar schönegeredet. Tagtäglich waren sie mir in Schulen, Jugendeinrichtungen und auf der Straße begegnet. Ich habe sie offen angesprochen. Doch was ich auch sagte, landete im Nichts. Schlimmer noch: Ich wurde als Rassist und Rechtspopulist gebrandmarkt, erst recht, nachdem mein Buch erschien, in dem ich prognostizierte, was uns heute fassungslos macht.

Seit 2015 äußerte sich Liecke wiederholt kritisch zur Integrationspolitik. Er sprach sich für das Verbot verschiedener Moschee-Vereine aus und verlangte, den Einfluss von Islamverbänden zu minimieren. Zudem regte er ein Vollverschleierungsverbot für Deutschland an. Von Flüchtlingen und Migranten forderte Liecke die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes. Auch im Bereich der frühkindlichen Förderung und der Jugendkriminalität verlangte Liecke, stärker auf migrantische Milieus zu schauen. Und nicht zuletzt gegenüber der Clankriminalität muss der Staat laut Liecke entschiedener auftreten. 2022 erschien sein Buch "Brennpunkt Deutschland: Armut, Gewalt, Verwahrlosung - Neukölln ist erst der Anfang".

Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Jugendorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und ein Teil der Medien: Sie alle tragen Mitverantwortung, dass der politische Islam durch Verharmlosung in Deutschland an Boden gewinnen konnte und weiter gewinnt – und damit der Antisemitismus wächst. Die Multikulti-Idee und falsch verstandene Toleranz fallen uns jetzt tonnenschwer auf die Füße. Die widerwärtigen Attacken gegen Synagogen sind die traurige Folge dieses Irrtums. Der Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt zu schützen hat, wurde zu lange ausgehöhlt. Das muss ein Ende haben. Dringend.

Der Islamismus ist es, der den fanatischen und von Vernichtungswillen getragenen Judenhass über Straßen, Schulhöfe und die politischen Ränder tief in die Gesellschaft trägt, sogar dahin, was wir "die Mitte" nennen. Ich übertreibe nicht. Und wer das gerade denkt, hat das historische Ausmaß des Problems nicht verstanden. Der eliminatorische Antisemitismus ist in Deutschland wieder gesellschaftsfähig. Nicht etwa der dumpfe Hass von alten und neuen Rechtsextremisten. Der ist und bleibt in den weit überwiegenden Teilen des Landes verpönt und verabscheut.

Es ist der Hass auf jüdisches Leben, der als Befreiungskampf, Identitätspolitik und internationale Solidarität daherkommt. Nach den Massakern in Israel ließen Antisemiten und Linksextremisten ihre Masken fallen. Ein Bezirksverordneter aus Neukölln stachelte Eltern und Schüler einer Schule zum Widerstand gegen die Polizei auf und verteilte Flugblätter, die zur Auslöschung Israels aufriefen. Ein Abgeordneter des Berliner Landesparlaments erfand angebliche Gesinnungstests für arabischstämmige Kinder an einer Grundschule und hetzte damit offensiv auf X (vormals Twitter). Der linke politische Rand hat ein Antisemitismusproblem. Das auszusprechen war jahrelang gefährlich und wurde als rechts oder reaktionär abgetan. Besser wurde es damit nicht.

Darum ist es auch keine Überraschung, dass sich Antisemitismus und Hass ganz offen auf unseren Straßen ausbreiten. Schon im Mai 2021 kam es zu schwersten Ausschreitungen mit fast hundert verletzten Polizisten entlang der berühmt-berüchtigten Neuköllner Sonnenallee. Über mehrere Tage hinweg fanden damals mehrere Versammlungen in Neukölln statt, bei denen teils unter dem Deckmantel der Kritik an Israel, teils offen, Judenhass in die Öffentlichkeit getragen wurde. Ein Vorbote für das, was nun auf breiter Front ausgebrochen ist.

Die Versammlungen selbst haben mich schon damals nicht überrascht. Sie tun es auch heute nicht. Überraschend war zu diesem Zeitpunkt aber die gezielt gesuchte Eskalation der Gewalt von Teilen der Zuwanderer aus der arabischen Welt und ihren – in der Regel linken – Sympathisanten. Linke betrachteten das als Klassenkampf. Und arabische Migranten waren ihre willigen Mitstreiter. Wenn man sich klarmacht, dass viele von ihnen hierzulande geboren und deutsche

Staatsangehörige sind, den Konflikt in der Heimat ihrer Eltern und Großeltern daher nie selbst erfahren haben und dennoch von schier endlosem Judenhas getrieben werden, muss einem angst und bange werden.

In diesen Familien werden extreme Feindbilder kultiviert und zum Bestandteil ganzer Generationsidentitäten geformt, die zwischen legitimer Kritik am Handeln des Staates Israel und der Verachtung für Menschen jüdischen Glaubens nicht unterscheiden können oder wollen. Dieser Hass ist verbindendes Narrativ für Zehntausende aus den palästinensischen Autonomiegebieten, dem Libanon, Syrien und anderen Staaten des Nahen Ostens. Über Generationen tradiert und kultiviert, durch Islamisten befeuert, hat er sich ausgebreitet und ist fest in diesen Communitys verankert.

Genau jetzt könnte sich etwas ändern. Der Traum von Multikulti ist am 7. Oktober 2023 möglicherweise für viele Linke genau da geplatzt, wo er einst begann: auf der Neuköllner Sonnenallee, die für fast alles steht, was Integrationsfantasien der vergangenen Jahre hierzulande bewirkt haben. Ich hege die leise Hoffnung, dass immer mehr Menschen in der nach wie vor strukturell linken Hauptstadt ihre Fehler erkennen und angesichts der Monstrosität ihres Irrtums endlich einlenken.

Die Ansage von Bundeskanzler Olaf Scholz, "wir müssen im großen Stil abschieben" ist wichtiger Teil dieses Erweckungsprozesses. Eine Ankündigung reicht jedoch nicht aus. Schon allein, weil es dafür zu spät ist. Die allermeisten Täter haben mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie sind hier geboren, haben – oft genug erfolglos – unsere Schulen besucht und werden hier bleiben. Wenn aber aus "schneller abschieben" auch "keinen von denen mehr reinlassen" wird, liegt die Lösung zum Greifen nahe.

Die harte Arbeit geht erst los. Die echte Integration von Menschen, die unsere Gesellschaft nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und menschlich bereichern, wird schwer genug. Aber sie muss sein. Erfolge sind sichtbar. Überall: in Neukölln wie auch im Rest des Landes. Es ist schwer genug, dringend benötigte Zuwanderung zu organisieren, der Bevölkerung zu erklären und Ängste vor ihr zu nehmen. Gerade weil es politische Vagabunden in Deutschland gibt, die Furcht vor Veränderung zu ihrem Geschäft machen, ohne selbst Antworten auf die Fragen von morgen zu haben. Aber passieren muss etwas – auch damit Juden wieder sicher hier leben können.

Quelle: ntv.de

<https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/denken-sie-auch-ja-aber-israel-dann-lesen-sie-diesen-bericht-85833338.bild.html>

**Denken Sie auch „Ja, aber Israel ...“? Dann lesen Sie diesen Bericht!
So vergingen sich Hamas-Terroristen und Gaza-Mob an Zivilistinnen**

23.10.2023 - 09:07 Uhr

Es sind Verbrechen, die so schlimm sind, dass Worte sie kaum wiedergeben können.

Im Interview mit der britischen Zeitung „Daily Mail“ erzählt Shari, eine Israelin, die die Leichen verstümmelter Terror-Opfer vor deren Bestattung säubert, über das Grauen, das diese Menschen vor ihrem Tod erleben mussten.

Beim palästinensischen Überfall auf Israel am 7. Oktober wurden mehr als 1400 Menschen ermordet, zu einem großen Teil handelte es sich um Zivilisten. Viele Israelis wurden vor ihrer Ermordung brutal gefoltert und misshandelt.

„Was diese Barbaren diesen Menschen angetan haben, ist unbeschreiblich“, sagt Shari. Sie meldete sich freiwillig, um die Leichen der ermordeten Frauen zu präparieren „und ihnen den

Respekt zu erweisen, den sie verdienen“. Sie habe „nie erwartet, mit dem konfrontiert zu werden, was ich gesehen habe“.

Dramatische Sprachnachrichten Vater muss Hamas-Horror mithören



[Hilfsorganisation enthüllt, „Die Terroristen aßen, als sie Kinder folterten“
Immer neue Gräueltaten! Die Terroristen trennten sogar Körperteile ihrer Opfer ab.](#)

Dann zählt Shari auf, was sie seit dem 7. Oktober gesehen hat.

Hamas-Terroristen und zivile Mobs aus Gaza hätten „Massenvergewaltigungen“ begangen, „die so brutal waren, dass sie den Opfern das Becken brachen“. Unter den Opfern seien „Frauen, Großmütter, Kinder“.

Sie habe Opfer gesehen, „denen die Köpfe abgeschlagen wurden. Frauen, die in ihren Nachtkleidern aufgewacht sind und erschossen wurden. Die Gesichter wurden weggesprengt. Zertrümmerte Köpfe, aus denen das Gehirn herausquoll“, so Shari.

Frauen und Kinder seien „zu Kohle verbrannt“ worden. Es gebe zahlreiche Leichen „mit auf dem Rücken gefesselten Händen“.

„Schlimmer als im schlimmsten Horror-Film“

Auch Armee-Rabbiner Haim Weisberg berichtet von Verbrechen, wie Juden sie seit Ende des Holocaust nicht mehr erleiden mussten. Und noch immer ist das endgültige Ausmaß des Grauens nicht klar.

„Wir haben bereits die Leichen von 800 Menschen identifiziert und arbeiten an weiteren 500“, so Weisberg. „Aber jeden Tag erhalten wir mehr Leichen. Letzte Nacht wurden 73 weitere gefunden.“

Auch Weisberg berichtet von schlimmsten Misshandlungen: „Wir haben Babys mit abgetrennten Köpfen. Leichen ohne Hände, ohne Beine, ohne Genitalien.“

Ein anderer Arzt, der bei der Identifizierung der Leichen hilft, sagte: „Wenn man sich den schlimmsten Horrorfilm aller Zeiten vorstellt, dann ist die Realität der Verletzungen der Leichen, die wir sehen, schlimmer, viel schlimmer.“

[https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/wir-befinden-uns-gegen%C3%BCber-dem-radikalen-islam-im-dritten-weltkrieg/ar-](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/wir-befinden-uns-gegen%C3%BCber-dem-radikalen-islam-im-dritten-weltkrieg/ar-AA1ilo5R?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=79287b6bc6e84432b5b1110e70f53683&ei=18)

[AA1ilo5R?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=79287b6bc6e84432b5b1110e70f53683&ei=18](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/wir-befinden-uns-gegen%C3%BCber-dem-radikalen-islam-im-dritten-weltkrieg/ar-AA1ilo5R?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=79287b6bc6e84432b5b1110e70f53683&ei=18)

„Wir befinden uns gegenüber dem radikalen Islam im Dritten Weltkrieg“

Artikel von Paul Ronzheimer

Paul Ronzheimer im Interview mit Israel Katz Eyal Warshavsky

Israel Katz ist einer der wichtigsten Minister im Kabinett von Benjamin Netanjahu. Im Interview erklärt er, wie er Deutschlands Haltung zur Terror-Attacke des 7. Oktober wahrnimmt. Und gibt Einblicke in die Überlegungen seiner Regierung mit Blick auf die Geiseln in Gaza.

Israel Katz (68) ist derzeit Energieminister, wird ab Januar Außenminister Eyal Warshavsky

Israel Katz (68) ist derzeit Energieminister, wird ab Januar Außenminister Eyal Warshavsky

© Bereitgestellt von WELT

WELT: Wie nehmen Sie die politischen Reaktionen aus Deutschland seit dem 7. Oktober, seit der Terror-Attacke wahr?

Israel Katz: Ich bin Sohn von Holocaust-Überlebenden. Darum ist alles, was die deutsch-israelischen Beziehungen und das persönliche Thema betrifft, für mich sehr komplex. Ich muss sagen, dass jetzt, nachdem wir vonseiten der Hamas einen Nazi-Angriff erlitten haben und andere Sachen, die wir uns nicht hätten vorstellen können, die ich aus den Erzählungen meiner Eltern kenne, jetzt also, wo wir gehört und gesehen haben, wie diese Sachen hier stattfinden, schätze ich sehr die Position der deutschen Regierung und des Großteils des deutschen Volkes, das sich mit uns identifiziert und uns unterstützt. Für mich ist das rührend und emotional.

WELT: Sind die Reaktionen mit denen nach dem 11. September vergleichbar?

Katz: Für den Staat Israel ist es dem sehr ähnlich, was am 11. September in den USA passiert ist. Wenn wir die Bevölkerungsgröße in den Vergleich ziehen, dann ist es das 500-fache von dem, was dort passiert ist. Über 1400 Kinder, Frauen, Erwachsene sind ermordet worden, auf die grausamsten Arten und Weisen, die man sich vorstellen könnte. Darum gibt es kaum eine Familie in Israel, die nicht davon betroffen ist. Verwandte, Bekannte, das Trauma ist sehr groß, die Identifikation sehr tief, aber auch die Entschlossenheit ist ebenso tief, die Hamas zu eliminieren.

WELT: Erwarten Sie militärische Unterstützung?

Katz: Der Staat Israel hat schon immer darauf geachtet, seine Kriege alleine zu führen. Selbst gegenüber den USA. Wir werden finanziell und militärisch unterstützt, aber wir kämpfen alleine. **Wir befinden uns gegenüber dem radikalen Islam im Dritten Weltkrieg. Deshalb geht es nicht nur um Israel. Das Engagement in Europa – und in den USA, was selbstverständlich ist, aber auch viele Staaten in Europa – ist für mich sehr nachvollziehbar. Denn es ist nicht nur unser Krieg. Der Krieg ist auch innerhalb Europas. In radikalen Gemeinschaften. Und alle haben auch ihre Lektion gelernt, dass der Extremismus letzten Endes zum Ausdruck kommt. Heute wird dieser Weltkrieg vom Iran geführt.**

WELT: Wie meinen Sie das?

Katz: **Der Iran hat im Nahen Osten Proxys: die Hisbollah im Libanon, die Chuten im Jemen, die schiitischen Milizen im Irak, er hat natürlich auch in Syrien Kräfte, sowie die Hamas und den Islamischen Dschihad in Gaza. Und er hat Zellen in Europa, ein System, das er zu einem einzigen Zweck aufgebaut hat: die von ihm geführte schiitische, radikal-islamische Revolution zu exportieren. Und hier, in puncto Atomwaffen: Sollte er, Gott behüte, darüber verfügen, wird es unmöglich, gegen diese Akteure zu handeln, und zwar aufgrund der iranischen Bedrohung. Es reicht, dass er drohen kann. Darum befinden wir uns inmitten des Dritten Weltkriegs und die Welt, meine ich, versteht es mehrheitlich – die westlichen Staaten, die Regierungen und große Teile der Öffentlichkeit – und unterstützt den Staat Israel, der an der Front steht.**

WELT: Sie sagten am 13. Oktober: „Die Grenze ist überschritten. Wir werden die Terrororganisation Hamas bekämpfen und sie zerstören. Die gesamte Zivilbevölkerung in Gaza wird aufgefordert, den Gazastreifen sofort zu verlassen. Wir werden siegen. Sie werden keinen Tropfen Wasser oder eine einzige Batterie erhalten, bis sie die Welt verlassen.“ Was wollen Sie damit sagen?

Katz: Es geht nicht nur darum, dass unsere Bürger und Soldaten angegriffen worden sind und wir handeln müssen. Hier sind über 200 Menschen als Geiseln entführt worden. Gegenüber diesen Entführten – darunter deutsche und amerikanische Bürger, viele andere, Israelis – mussten und müssen wir in moralischer Hinsicht eine humanitäre Formel aufstellen: Humanitäres für

Humanitäres. Jede humanitäre Hilfe setzt die Freilassung der Entführten voraus. Das ist für mich das moralische Gebot, darum habe ich es so gesagt und diese Linie vertreten. Wir haben die Stromlieferung aus Israel ausgeschaltet, das Wasser aus Israel, die Brennstofflieferungen nach Gaza auch, um Druck auszuüben, die Entführten freizulassen.

WELT: Was hat zum Umdenken geführt?

Katz: Dann ist der Präsident der USA gekommen und hat die Regierung gebeten, humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Da wir seine Freundschaft sehr schätzen und seine Umstände verstehen, haben wir den Weg gefunden, im Süden Gazas, in den wir auch die Bevölkerung aus dem Norden verweisen, humanitäre Hilfe zu bringen. Das findet statt. Wir haben kein Interesse daran, die Bevölkerung verhungern zu lassen. Wir wollen die Hamas überwältigen. Darum rufen wir sie dazu auf, in den Süden zu gehen. Dort bekommen sie Wasser, Essen, Medikamente und alles andere. Ich betone nochmals: Wir sind humane Menschen. **Wir sind das moralischste Militär der Welt. Es gibt viele Staaten, die ich kenne, die Sie kennen, die nach solchen Begebenheiten das Nachbarland ausradiert hätten. Wenn es in den USA, Gott behüte, so einen Angriff aus Mexiko auf Texas gegeben hätte, gäbe es kein Mexiko.**

WELT: Aber die Zivilisten können nicht fliehen. Die Grenzen sind dicht.

Katz: Der Punkt ist ganz klar: Uns wäre es lieber, dass Al-Sisi, der ägyptische Präsident, den Grenzübergang in Rafah aufmacht und sie so lange auf dem Sinai weilen lässt. Er stimmt nicht zu, was wir akzeptieren. Wir haben einen Friedensvertrag. Darum akzeptieren wir seine Entscheidung. Im Süden vom Gaza-Tal gibt es eine Fläche mit Raum, dort wird nicht bombardiert, wer sich dort aufhält, bleibt unversehrt. Dorthin geht die humanitäre Hilfe: Wasser, Essen, Medikamente und alles andere. **Wer in den Süden geht, bleibt unversehrt. Wir lassen sie ziehen. Es ist die Hamas, die versucht, sie daran zu hindern. Weil sie sie bei den Krankenhäusern und an anderen Orten festhält, sie will sie dort als Schutzschilder für die untergründige Terrorstadt, die sie dort gebaut hat. Sie hält sie dort fest.**

WELT: Die UN warnen, dass bereits Benzin für Generatoren von Krankenhäusern knapp wird.

Katz: Das Kabinett hat entschieden: Humanitäres für Humanitäres. Danach haben wir auf Bitte des US-Präsidenten hin ein Model entwickelt, das die Gewährung humanitärer Hilfe ermöglicht, ohne unsere Sicherheit zu beeinträchtigen. **Aber wenn der Generalsekretär der UNO zur Rafah-Grenzübergangsstelle kommt und dort nicht über die Entführten spricht, ist es Heuchelei sondergleichen. Im Gegensatz zu Deutschland und anderen Staaten, die Position beziehen und Israels Recht auf Selbstverteidigung unterstützen, hat der Generalsekretär der UNO es noch nicht getan. Er handelt parteiisch, aber wir gewähren, wie gesagt, die humanitäre Hilfe, gemäß unseren Erwägungen und unter Beibehaltung unserer Sicherheit.**

WELT: Wird die Bodenoffensive stattfinden?

Katz: Ja, es beginnt zu dem Zeitpunkt und auf dem Weg, den wir für richtig halten. Ich sage nochmals: Der Großteil der freien Welt will, dass Israel die Hamas niederschlägt, denn es ist auch ihr Krieg, der Krieg von Deutschland, von England, von Frankreich, von allen und auch von den USA und vielen anderen Staaten. Wir haben uns verpflichtet, dies zu leisten, für die ermordeten Opfer, für die Sicherheit des Staates Israel und für die Entführten, weil das der richtigste Weg ist, den Druck zu steigern und ihre Freilassung zu bekommen. Wir handeln aktuell von allem aus der Luft und wenn wir es für richtig halten, richtig für uns, für unser Interesse und aus unseren militärischen Erwägungen, betreten wir Gaza auch mit Bodentruppen, um die ganze Infrastruktur der Hamas zu eliminieren.

WELT: Wie gefährlich wird dieser Krieg?

Katz: Was die Tunnel angeht: es gibt dafür keine historische Präzedenz, dass eine unterirdische Terrorstadt erbaut worden ist. In Vietnam gab es Tunnel, aber keine unterirdische Terrorstadt aus dem ganzen Geld, das nach Gaza geflossen ist, was Israel erlaubt hat, aus Katar und anderen Geberländern – das ging nur in die Tunnel, nicht an die Bevölkerung. Das Geld wurde für Tunnel verwendet, für Waffen. Und nun werden wir dort kämpfen.

WELT: US-Präsident Joe Biden soll Sie gewarnt haben, nicht die gleichen Fehler zu machen wie die USA nach 9/11.

Katz: Ich denke nicht, dass er „gewarnt“ hat, er hat einen Ratschlag erteilt. Er hat über die amerikanische Lektion gesprochen und es gibt viele Unterschiede zwischen den USA und Israel. Zuerst waren ihre Feinde im Irak, danach im Afghanistan, Tausende Kilometer entfernt. Die USA sind eine Weltmacht und hat andere Erwägungen. Unsere Feinde stehen vor unseren Fenstern, sie sind bereits in unsere Häuser eingedrungen, in unseren Häusern, nicht fernab wie nach dem 11. September. Darum respektieren wir den US-Präsidenten, der uns keine Anweisungen gibt, Israel trifft alleine seine Entscheidungen, wir bekommen gute Ratschläge und Unterstützung. **Die USA haben seine Flugzeugträger hierher gebracht, um den Iran und die Hisbollah abzuschrecken, da es hier um einen Weltkrieg geht, um einen Dritten Weltkrieg, gegen den radikalen Islam, mit russischer Beteiligung und einem ganzen Hintergrundspiel, dem sich die USA entgegenstellen. Aber den direkten Krieg mit der Hamas und, Gott behüte, der Hisbollah führen wir alleine.**

WELT: Werden Sie weitere Geiseln freibekommen?

Katz: Wir handeln auf jede Art und Weise und mit jedem Akteur, um die Entführten freizubekommen. Ich dachte, dass der humanitäre Druck die Freilassung von vielen hätte bewirken können, aber jetzt ist der Druck einigermaßen wieder offen. Ich sah im humanitären Druck einen Weg zur Freilassung der Entführten. Aber wir müssen auf jede Art und Weise handeln, die dazu führen kann. Aber es kann unser Handeln nicht verhindern einschließlich der Bodenoffensive, wenn wir uns dazu entschließen, denn das ist es, was die Hamas möchte. Was die Hamas möchte ist, dass wir uns mit den Entführten beschäftigen und unser Militär nicht reingeht, um ihre Infrastruktur zu eliminieren. Das wird nicht passieren, aber wir tun alles mit jedem, was geht, um sie nach Hause zurückzubringen.

WELT: Wie sehr können Sie überhaupt Rücksicht auf die Geiseln nehmen?

Katz: Wir kennen unseren Feind. Die Hamas ist eine mörderische, keine menschliche Organisation. Sie hat gemordet, auch ohne angegriffen worden zu sein. Und sie hat nicht nur gemordet. Sie hat enthauptet, vergewaltigt, Säuglinge entstellt, das Schrecklichste überhaupt hat sie vollzogen. Darum kann keiner die Verantwortung für ihr Verhalten auf sich nehmen. Sie kann ohne Zusammenhang morden. Aktuell gehen wir davon aus, dass sie die Entführten als Verhandlungsspielkarte behalten will. Sie kann damit aber nicht den Angriff verhindern. Wir handeln anhand von geheimdienstlichen Informationen. Wir tun alles, was wir in diesem Krieg können, um Entführte herauszubringen. Es ist wie gesagt ein doppelter Auftrag: die Hamas zu eliminieren, ihre Infrastruktur als Militär, als Organisation, als Regierung; und die Entführten zu befreien, ohne die Hamas sie dazu missbrauchen zu lassen, um den Einmarsch zu verhindern und sich selbst zu schützen. Das wird nicht passieren.

<https://journalistenwatch.com/2023/11/01/der-tiefe-hass-auf-juden-im-radikalen-politischen-islam/>

Der tiefe Hass auf Juden im radikalen Politischen Islam

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA warnt seit vielen Jahren vor den brandgefährlichen Bestandteilen des Politischen Islams. Einer davon ist der tiefsitzende Hass auf Juden in dieser totalitären Ideologie. **Als der "Prophet" Mohammed mit dem Versuch scheiterte, Juden auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabiens seine neue Religion argumentativ schmackhaft zu machen, wechselte er seine Strategie und begann, Juden knallhart zu bekämpfen. Im Koran ist dies an vielen Stellen in erschreckender Form festgehalten. Allah habe die Juden wegen ihres Unglaubens verflucht, einige in Affen und Schweine verwandelt, sie seien die schlechtesten Geschöpfe, die in der Hölle landen, sie sollen unterworfen werden und anschließend die Strafsteuer in Demut entrichten. Wer sich weigert und wehrt, soll bekämpft und getötet werden. Anhänger des Politischen Islams sehen in diesen Anweisungen Allahs aus dem 7. Jahrhundert zeitlos gültige Befehle und sind bereit, diese auszuführen. So werden die damaligen Pogrome gegen Juden auf die heutige Zeit übertragen. Die [Charta der Hamas](#) zeugt davon: es geht um die Vernichtung des jüdischen Staates und die Tötung von Juden.**

Ihr historisches Vorbild sind die Taten des Feldherrn Mohammed, der im Jahr 627 zwischen 600 und 900 gefangene Juden vom Stamm der Banu Quraiza [in Medina köpfen](#) ließ. Der Sieg seiner Armee über die Juden [in der Oase Khaibar](#) im Jahr 629, in dessen Folge die gefangenen jüdischen Kämpfer getötet und die Frauen versklavt wurden, führt bis heute zu dem Schlachtruf, der gerne von IS-Terroristen verwendet wird, aber auch bei Demonstrationen in Deutschland immer wieder erschallt:

„Juden, erinnert euch an Khaibar. Die Armee Mohammeds kommt zurück, um euch zu besiegen.“

Durch die weltweite militärische Expansion des Politischen Islams ab dem Jahr 632 folgten weitere Massaker gegen Juden. In Granada geschah im Jahr 1066 das erste Pogrom auf europäischem Boden. Eine fanatische Menschenmenge radikaler Moslems [tötete gut 4000 Menschen](#). Damit wurde fast die ganze jüdische Bevölkerung der Stadt elimiert.

Die Markierung von Juden durch ein gelbes Abzeichen ist eine islamische Erfindung aus dieser Zeit. Auch wenn es zwischendurch pragmatische Phasen gab, als beispielsweise die im 15. Jahrhundert in Spanien vertriebenen Juden durch das osmanische Reich aufgenommen wurden, hörte die islamische Judenverfolgung nie auf.

Als Juden im 19. und 20. Jahrhundert vermehrt in das Gebiet des heutigen Israels zurückkehrten, flammte der Hass des Politischen Islams erneut massiv auf.

Besonders aggressiv entlud er sich beim [Massaker von Hebron](#) 1929, bei dem 133 Juden getötet wurden und die gesamte jüdische Bevölkerung aus der Stadt 30 Kilometer südlich von Jerusalem vertrieben wurde.

Nach der von den Vereinten Nationen beschlossenen Gründung des Staates Israel wurden 1948, 1967 und 1973 Angriffskriege gegen den jungen jüdischen Staat geführt, da dieser in der totalitären Sichtweise des Politischen Islams dort

keine Existenzberechtigung hat. Es folgten mehrere Intifadas, viele Selbstmordanschläge und Terror-Attacken bis zu dem 9/11 Israels am 7. Oktober, an dem die Hamas-Terroristen grausame Morde an 1400 israelischen Zivilisten verübten.

Dazu kommt die auf Fake News basierende Hasspropaganda von Hamas & Co. Niemand sollte sich wundern, dass der barbarische Hamas-Terror nicht zu Protestdemos gegen diesen unfassbaren Zivilisationsbruch führte, sondern ausschließlich zu Solidaritäts-Demos "Pro Palästina".

Zehntausende fanatisierte Moslems auf deutschen Straßen öffneten vielen Menschen hierzulande die Augen, was sich bei uns für eine gefährliche Ideologie ausbreitet. Es werden Erinnerungen an dunkelste Zeiten der deutschen Geschichte wach, in der übrigens auch gut 30.000 Anhänger des Politischen Islams in moslemischen SS-Divisionen auf Seiten der Nazis und Hitler standen.

Diese "Tradition" lebt gerade wieder sehr lebendig auf. Der skandalöse [Ruf eines radikalen Moslems](#) bei einer Pro-Palästina-Demo in Hamburg ist beileibe kein Einzelfall:

"Ich bin für Hitler - vergast die Juden"

Bei Aufklärungs-Kundgebungen der BPE im vergangenen Jahr waren solche üblen Aussagen in ähnlicher Form mehrfach zu hören. Sie stehen ganz im Zeichen des damaligen Paktes zwischen National-Sozialismus und dem Politischen Islam. Beide Ideologien vereint in ihrer totalitären Gesinnung, ihrem tiefen Hass auf Juden und der Bereitschaft, ihren alleinigen Machtanspruch mit brachialer Gewalt durchzusetzen.

Hitler wird bis heute von radikalen Moslems in vielen islamischen Ländern verehrt. "Mein Kampf" ist dort vielfach ein Bucherfolg, auch in der Türkei. Der Juden Hass der Nazis ist zurückgekehrt, für jeden sichtbar. Sehr vital und lebendig, nur in einem anderen Gewand.

Viele der Heuchler, die sonst hierzulande bei jeder Gelegenheit "Nie wieder" rufen und lautstark protestieren, schweigen jetzt. Von Grönemeyer, Lindenberg, Toten Hosen, Ärzten, Feine Sahne Fischfilet und vielen weiteren "aufrechten Kämpfern" in der Künstlerszene ist jetzt kein Pieps zu hören. Man müsste sich nur mal vorstellen, wie laut ihr (natürlich berechtigtes) Protestgeheule wäre, wenn Neonazis seit drei Wochen in Massen solche hasserfüllten Slogans durch ganz Deutschland plärren würden. Aber jetzt - peinliches Schweigen im Walde. Das ist erbärmlich, feige und niederträchtig.

Bei der BPE-Kundgebung am 19. August des vergangenen Jahres in Marl sagte ein türkischstämmiger Moslem:

"Und der Adolf hat einen Fehler gemacht, dass er die kompletten Juden nicht vergast hat, das war sein einziger Fehler."

Ich fragte nach, um sicherzugehen, dass er das tatsächlich so meint, dass Hitler also alle Juden hätte vergasen sollen? Seine unmissverständliche Antwort: "Selbstverständlich. Hundertprozentig. Warum wird, warum greift Israel an jedem muslimischen Feiertag Palästina an? Warum bringen die immer kleine Kinder um? Ein 14jähriges Kind wurde mit Handschellen gefesselt und abgeführt, warum?"

Dieser Moslem fühlte sich absolut im Recht und auch sicher. Im Livestream von EWO-Live dokumentiert bei Timecode 1:10:00:

Zwei Wochen zuvor bekannte eine Moslemin bei der BPE-Kundgebung in Hanau am 29. Juli, dass sie Adolf Hitler gut findet. Zu sehen in diesem Video: Drei Jahre zuvor äußerte ein vollbärtiger Moslem bei der BPE-Kundgebung in Deggendorf am 13. September 2019:

“Juden sind keine Menschen.”

Festgehalten in diesem Video der Kundgebung von EWO-Live:

Bei der gleichen Kundgebung zeigte eine Moslemin ganz stramm den Hitlergruß, als wir unsere schöne deutsche Nationalhymne “Einigkeit und Recht und Freiheit” abspielten:

All diese bezeichnenden Aussagen stehen keinesfalls isoliert im luftleeren Raum, sondern haben bei den Demonstrationen radikaler Moslems auf deutschen Straßen Tradition. Alexander Kissler hat dies in einem Artikel bei Cicero bereits im Jahr 2014 mit dem bezeichnenden Titel [“Der Judenhass ist wieder da”](#) dokumentiert:

„ [Hamas, Hamas, Juden ins Gas!](#)“ lautete der Ruf, der eben nicht von stiernackigen Neonazis, sondern von enthemmten Muslimen in Gelsenkirchen erscholl. So wie es auch nicht die Springerstiefel-Fraktion war, die in [Frankfurt am Main](#) „[Kindermörder Israel!](#)“ skandierte und Plakate trug mit der Botschaft „[Ihr Juden seid Bestien](#)“. In [Berlin](#) wiederum hieß es „[Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!](#)“ und „[Scheiß-Juden, wir kriegen euch!](#)“. Ein Imam rief dazu auf, allen „[zionistischen Juden](#)“ den Tod und entsetzliche Qualen zu bereiten, [ein israelisches Paar wurde angegriffen](#). In [Hannover](#) wurde „Free Palestine“ zum Vorwand, „mit Anlauf und einem Sprungtritt“ einen Mann zu verletzen, der sich erdreistete, eine Israel-Fahne zu tragen. Und in [Nürnberg](#) stürmten junge Männer mit Salafistenkäppis und Palästina- und Türkei-Flaggen an der Seite von Frauen mit Kopftüchern eine „[Burger King](#)“-Filiale, damit an diesem vermeintlichen Symbolort [jüdischen Kapitalismus](#) Israel in Grund und Boden geschrien werden konnte.

Der barbarische Hamas-Angriff am 7. Oktober ist nur noch die extreme physische Manifestation dessen, was in ganz vielen Köpfen radikaler Anhänger des Politischen Islams tickt. In Gaza wird vielen moslemischen Kindern der Hass auf Juden bereits mit der Muttermilch eingepflegt und die Gehirnwäsche-Propaganda in Kindergärten und Schulen fortgeführt. Häufig mit Schulbüchern, die auch noch von der EU und Deutschland finanziert werden.

Weltweit gilt die Solidarität hunderttausender Moslems auf den Straßen ausschließlich Palästina und damit indirekt der Hamas. Erdogan verherrlicht diese barbarische Terror-Organisation als [“Freiheitskämpfer”](#) und schürt einen neuen globalen [“Glaubenskrieg zwischen Kreuz und Mondsichel”](#), als wenn er sich die osmanischen [“Allahu Akbar”-Heere](#) vor Wien zurückwünschen würde. Der türkische Präsident droht der westlichen Welt unverhohlen: seine Nation sei [“noch am Leben”](#) und könne [“jede Nacht unerwartet kommen”](#).

Die DITIB lässt in ihren über 900 Moscheen in Deutschland jede Woche Predigten verbreiten, die von der DIYANET in der Türkei geschickt werden. Am 13. Oktober wurde Israel als [“der rostige Dolch im Herzen der islamischen](#)

Geographie" [bezeichnet](#). In der Konsequenz dieser Sichtweise muss man dann diesen Dolch folgerichtig herausreißen. Nichts anderes sagt auch der ständig skandierter Slogan "From the river to the sea - Palestine will be free".

Keine einzige Moslem-Demo weltweit stand im Zeichen der Solidarität mit den getöteten israelischen Zivilisten. Wir stehen vor einer globalen Auseinandersetzung mit dem radikalen Politischen Islam. Israels Energieminister Israel Katz, der im Januar Außenminister wird, sieht uns bereits in einem [3.](#)

[Weltkrieg mit dem radikalen Islam:](#)

"Wir befinden uns gegenüber dem radikalen Islam im Dritten Weltkrieg. Deshalb geht es nicht nur um Israel. Das Engagement in Europa und in den USA ist für mich sehr nachvollziehbar. Denn es ist nicht nur unser Krieg. Der Krieg ist auch innerhalb Europas. In radikalen Gemeinschaften. Und alle haben auch ihre Lektion gelernt, dass der Extremismus letzten Endes zum Ausdruck kommt. Heute wird dieser Weltkrieg vom Iran geführt."

Auch Israels Präsident Herzog [warnt uns eindringlich](#), dass sein Land nur das erste Opfer dieser totalitären Ideologie sein wird:

„Das ist unvorstellbar. Das ist die ‚Zivilisation‘, die von ISIS und Hamas gefeiert wird. Und ich sage allen: Leute, ihr müsst verstehen: Wenn Israel nicht da ist, ist Europa als Nächstes dran. Sie werden Europa durchkämmen. Darauf haben sie es abgesehen. Und dann auf die Vereinigten Staaten. Ihre große Vision ist eine völlig andere Version der Welt, die wir anstreben.“

Knapp [60 Terror-Organisationen](#) des Politischen Islams sind bereit, diesen Anspruch mit kompromissloser Gewalt durchzusetzen. Wieviele zig Millionen Moslems weltweit diese Ziele gedanklich unterstützen, kann nur gemutmaßt werden. Deswegen ist es jetzt höchste Zeit, den Politischen Islam in die tabulose kritische öffentliche Diskussion zu führen und seine gefährlichen Bestandteile durch Verbotverfahren unschädlich zu machen.

Der Islam, der seit 1400 Jahren eine Kombination aus Religion und Politischer Ideologie ist, muss in der Folge in eine säkulare und rein spirituelle Religion transformiert werden, die keinen Schaden mehr anrichten kann. [Geschätzt 270 Millionen Opfer](#) seit der gewalttätigen Ausbreitung dieser Ideologie im Jahre 632 über 56 Länder weltweit sollten Mahnung genug sein.

Solange der Politische Islam die Welt in das "Haus des Krieges" (Dar al-Harb) einteilt, in der diese Ideologie noch nicht herrscht, und die anderen dem "Haus des Islams" (Dar al-Islam) zugerechnet werden, wird niemals Frieden herrschen können. 57 islamische Länder haben folgerichtig nicht die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen unterzeichnet, sondern vielmehr ihre eigene "Kairoer Erklärung der Menschenrechte", die auf den Grundlagen der menschenrechtsfeindlichen Scharia basiert.

Die Zeit des Wegschauens, Verharmlosens, Beschönigens, Vertuschens und Leugnens muss jetzt endgültig vorbei sein. Sonst werden wir bald viele Gaza-Streifen in Deutschland und Europa haben. Wenn uns dann irgendwann das Problem aufgrund der demographischen Entwicklung rein zahlenmäßig überfordert, wird es in einen existentiellen Überlebenskampf münden.

Die wirklich modern eingestellten, friedlichen, demokratiebewussten und freiheitsliebenden Moslems sollten sich nun auf die richtige Seite stellen.

Schweigen angesichts der unerträglichen Auswüchse dieser Terror-Ideologie bedeutet klammheimliche Zustimmung.

Der Journalist Michael Stürzenberger arbeitete als TV-Redakteur u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim Terroranschlag des Politischen Islams in Mumbai starb.

2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier, 2009 und 2010 im Integrationsausschuss der CSU München. Dort versuchte er die Islamkritik hoffähig zu machen, was damals dort aber noch abgelehnt wurde. Von 2014 bis 2016 war Stürzenberger Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“.

Seit 2018 ist er im Bundesvorstand der Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. (BPE). Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit über einem Jahrzehnt in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen.

Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU 7011 7753 7959 5428 8500 0000 00 BIC: OTPVHUIH

<https://www.pi-news.net/2023/11/10-7-ist-das-israelische-9-11-und-wiederum-frucht-islamischer-doktrin/>

10/7 ist das israelische 9/11 – und wiederum Frucht islamischer Doktrin

Von

[**PI**](#)

5. November 2023

Der Terroranschlag der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober ist das Pendant zum Terroranschlag von Al Qaida auf Zivilisten in den USA am 11. September 2001.

Von STEFAN ULLRICH ([deusvult.info](https://www.deusvult.info)) | Der blutrünstige Terroranschlag der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober ist das Pendant zum Terroranschlag von Al Qaida auf Zivilisten in den USA am 11. September 2001 – bezüglich des Verhältnisses von Opfer- und Bevölkerungszahlen der beiden Länder sogar das „500-fache von dem“ (O-Ton des israelischen Energieministers Israel Katz). Und er hat nur vordergründig mit Israels Siedlungspolitik und Umgang mit „Palästina“ – ein von den Römern kreierte Konstrukt, um das Königreich Israel/Judäa auszumerzen und die Juden in die weltweite Diaspora zu vertreiben – zu tun. Vielmehr folgt das Gemetzel wie auch schon 9/11 und alle anderen radikalislamischen Anschläge auf den Westen akkurat der Logik islamischer Schöpfungslehre.

Nach dieser sei nämlich die gesamte Welt ein Geschenk Allahs an „den Gesandten“ (Mohammed) und die Muslime – und nicht an die „Ungläubigen“ wie z. B. Juden und Christen. Nichtmuslime haben nach der Scharia grundsätzlich überhaupt kein Recht auf irgendein (autonomes) Gebiet, schon gar

nicht unter Vorzeichen einer anderen und damit „falschen“ Religion wie z. B. des Judentums im Falle von Israel. Denn „die Religion bei Allah ist der Islam“ (Sure 3, Vers 19) und dieser damit auch „die Religion (...), mit welcher er (Allah) die Menschen schuf“ (Sure 30, Vers 30). Das bedeutet, dass nach islamischem Glauben jeder Mensch „naturgemäß“ von Geburt an muslimisch sei/war, bis Juden und Christen einige zu ihren falschen Religionen „umerzogen“ hätten (vgl. Sure 7, Vers 172).

Dementsprechend besteht der „Grundauftrag“ Allahs an die Muslime darin, jede „Anstrengung“ („Dschihad“) zu unternehmen, um das im Verlauf der Geschichte „nichtislamisch gewordene“ Gebiet („Haus des Krieges“) in das islamische („Haus des Friedens“) „zurückzuholen“ und so den vermeintlich „islamischen Urzustand“ der Welt wiederherzustellen: „Er (Allah) ist es, der seinen Gesandten (Mohammed) mit der rechten Leitung sandte und mit der Religion der Wahrheit, um ihr zum Siege zu verhelfen über alle Religion“ (Sure 61, Vers 9). Und „wahrlich vernichten werden wir die Frevler! Wahrlich, nach ihnen werden wir euch (die Muslime) das Land bewohnen lassen“ (Sure 14, Vers 14).

Es wäre daher ein fataler Irrtum zu glauben, der Terror würde beendet, wenn Israel die Siedlungspolitik einstellte, den Palästinensern mehr Rechte einräumte und/oder ihnen sogar einen eigenen Staat zubilligte. Denn der Judenstaat soll vielmehr komplett von der Bildfläche verschwinden, wie am Ende überhaupt alle Juden von dieser Erde verschwinden sollen. Hier treffen sich im Übrigen die islamische und nazistische Ideologie, was auch die große gegenseitige Bewunderung zwischen Hitler und dem Islam erklärt.

Warum aber dieser explizite Antijudaismus in den islamischen Schriften?

Antwort: Weil Juden frevelten, die Bünde mit Gott brachen, Esra „Gottes Sohn“ (Sure 9, Vers 30) nannten – wengleich nur metaphorisch, was aber Mohammed nicht begriff – , die ersten und schärfsten Kritiker des „Propheten“ unter sich hatten und Mohammed laut Sunna angeblich von einer Jüdin vergiftet worden sein soll – weswegen Allah alle Juden auf ewig verflucht habe. Zusammen mit den Christen, die Allah Jesus und Maria blasphemisch „beigesellten“ (vgl. Sure 5, Vers 116), gelten sie nach dem Koran als „die schlechtesten Geschöpfe“ (Sure 98), von denen Allah einige sogar „in Affen und Schweine verwandelt“ (Sure 5, Vers 60) habe. Im Falle des Widerstands gegen die „natürliche Ausbreitung“ des Islams hätten sie daher z. B. folgende Behandlung zu erwarten:

„Die Vergeltung derer, die gegen Gott und seinen Gesandten (Mohammed) kämpfen und Verderben auf der Erde betreiben ist, dass sie getötet oder gekreuzigt werden oder ihnen ihre Hände und Füße abgehauen werden, wechselweise rechts und links, oder sie aus dem Land vertrieben werden...“ (Sure 5, Vers 33).

Diese Bestimmung setzte bereits Mohammed selbst gegenüber dem jüdischen Stamm der Quraiza in die Praxis um, indem er alle Männer (ca. 500 bis 900) enthaupten ließ – und dies sogar nur „präventiv“, weil er sich ihrer Unterwerfung bzw. Gefolgschaft nicht sicher war – sowie gegenüber dem Mörder seines Hirten, dem er als Vergeltung Hände und Füße abschlugen und die Augen ausstechen ließ...

Es ist daher kein Zufall, dass nicht wenige der jüdischen Opfer des „kleinen“ Hamas-Holocausts vom 7.10.2023 entsprechend schreckliche Gliedmaßen-

Verstümmelungen aufweisen – so wie orientalische Christen vom IS auch nicht zufällig gekreuzigt wurden und die islamische Welt dazu im Übrigen genauso kollektiv schwieg wie aktuell zum Hamas-Horror. Denn die Christen wiederum „sagen: ‚Christus ist Gottes Sohn‘. Das ist es, was sie mit ihren Mündern reden! Sie ahmen die Rede der Ungläubigen vor ihnen nach. Gott verfluche sie! Wie können sie nur so verblendet sein?“ (Sure 9, Vers 30) Dementsprechend sind die „christlichen“ Länder Europas gleich nach Israel (der sog. „kleine Satan“) als nächstes dran und langfristig auch die USA als die „christliche“ Führungsmacht und der sog. „große Satan“ (siehe 9/11 nach Anleitung von „Märtyrervers“ 9,111). Dies bestätigt auch ein Tweet eines Hamas-Kommandeurs erst vor wenigen Tagen:

„Der gesamte Planet wird unter unserem Gesetz stehen, es wird keine Juden oder christlichen Verräter mehr geben“ (vgl. [kath.net](https://www.kath.net)).

Bei alledem handelt es sich also weder um „rechte Verschwörungstheorien“ noch „islamistischen Extremismus“, sondern schlicht um die seit 1400 Jahren bis heute punktgenau in die Praxis umgesetzte authentisch-orthodoxe Islam-Doktrin, die unter den zeitgenössischen Gegebenheiten lediglich ein etwas anderes Gesicht hat als bei den klassischen Angriffskriegen der Vergangenheit.

Deutschland, Europa, das gesamte Christentum und im Prinzip sogar die gesamte restliche nichtislamische Welt sollten daher Israel als den „Frontkämpfer“ im berechtigten und bitter notwendigen Abwehrkampf gegen den radikalen Islam entschieden beistehen und eine feste Achse mit dem Land bilden – und zwar nicht nur aus „Staatsräson“ wegen der Shoah und nicht nur, weil die Juden theologisch die „älteren Brüder“ von uns Christen sind, sondern auch – und nicht zuletzt – aus schierem eigenen Existenzinteresse und -recht!

<https://philosophia-perennis.com/2023/12/01/pakistan-hat-die-unmenschlichsten-blasphemiegesetze-weltweit/>

Pakistan hat die unmenschlichsten Blasphemiegesetze weltweit

Haider Ali, glücklich wiedervereint mit seinen Eltern.

BYPP-REDAKTION

1. DEZEMBER 2023

1549

Krieg in der Ukraine, Terror gegen Juden rund um den Gaza-Streifen, Völkervertreibung in Bergkarabach. Da wird nur allzu leicht vergessen, wie katastrophal die Menschenrechtslage in den strikt muslimisch kontrollierten Weltgegenden ist. Völlige Willkür und akute Lebensgefahr geht von den Blasphemiegesetzen in Pakistan aus; aber immerhin – ein Jugendlicher konnte jetzt befreit und gerettet werden.

Haider Ali ist 16 Jahre alt, er lebt in Pakistan, gehört zur muslimischen Mehrheit. Trotz seines jugendlichen Alters hat er bereits drei Jahre und zwei Monate Haft hinter sich – die Anschuldigung: Blasphemie; Beweise: keine. Haider saß nicht etwa in einem Jugendgefängnis, sondern in einer Zelle mit sechs weiteren erwachsenen Männern. Die Anschuldigung klingt für unsere Ohren grotesk – er soll aus einem Koran eine Seite herausgerissen haben. Bekanntgemacht hat den Fall die christliche Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI). Deren Präsident, John Eibner, kritisiert: „Haider ist einer von Tausenden Christen und Muslimen, die aufgrund des pakistanischen Blasphemiegesetzes verfolgt werden. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, hier zu helfen, und zwar unabhängig vom religiösen Bekenntnis der Betroffenen.“

Die Blasphemiegesetze haben in Pakistan faktisch ein Klima der Straflosigkeit für religiösen Terror geschaffen. Das zeigt exemplarisch der Lynchmord an einem Manager im pakistanischen Sialkot im vorletzten Jahr, wobei im Nachhinein bewiesen werden konnte, dass alle Vorwürfe frei erfunden waren. Chef der Organisation „Human Rights Focus Pakistan“, Naveed Walker, beschrieb exemplarisch, was in Pakistan in einem solchen Fall passieren kann: „Die Sicherheitskräfte sind nicht eingeschritten. Im ersten Bericht haben sie geschrieben, es sei ihnen unmöglich gewesen, 800 bis 900 Menschen zu stoppen, aber in Wirklichkeit haben sie mit 20 Minuten Verspätung gehandelt.“ Für den verfolgten Mann kam jede Hilfe zu spät.

Mehr als 240 Millionen Menschen wohnen in Pakistan, fast 97 Prozent von ihnen sind Muslime. Die in der gesamten islamischen Welt bekannte Verfolgung von tatsächlicher oder angeblicher „Blasphemie“ – also der subjektiv empfundenen Beleidigung des Korans, des islamischen Propheten Mohammeds oder Allahs – wird in Pakistan am radikalsten betrieben, und zwar mit Abschnitt 295 des pakistanischen Strafgesetzbuchs. Blasphemie ist demnach ein Kapitalverbrechen, und darauf steht Gefängnis und sogar die Todesstrafe. CSI-Präsident Eibner konkretisiert die Vorwürfe in Richtung Pakistan: „Böswillige Akteure können falsche Blasphemie-Anschuldigungen, die nur schwer zu widerlegen sind, leicht als Waffe einsetzen. Religiöse Minderheiten und Menschen mit niedrigem sozialem Status sind dann besonders gefährdet, und das betrifft durchaus auch viele Muslime.“

Wie so etwas aussieht, analysiert die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM): „Die Blasphemiegesetze sind vage ausgelegt, sodass auch friedliche Meinungsäußerungen strafbar gemacht werden können. Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Anwälte werden versucht durch konstante Drohungen einzuschüchtern.“ Bei Amnesty International (AI) kennt man konkrete Fälle: „Im Januar 2022 wurde eine Frau wegen angeblich blasphemischer Nachrichten, die sie über Whatsapp verschickt hatte, zum Tode verurteilt. Im Februar lynchte ein Mob im Bezirk Khanawal einen Mann, dem vorgeworfen wurde, er habe Seiten aus dem Koran verbrannt. Im Oktober wurde in Ghotki ein junger Mann mit Behinderungen, der jahrelang in einem lokalen Schrein gelebt hatte, von einem Mann, der ihn der Blasphemie bezichtigte, in einem Teich ertränkt.“ Gerade im letztgenannten Fall liegt die traurige Vermutung nahe, dass ein Mensch, der wegen seiner körperlichen Einschränkungen lästig wurde, unter falschem Vorwand in einer unter moslemischen Vorzeichen radikalisierten Gesellschaft schlichtweg ermordet wurde.

Seit dem Inkrafttreten dieses völlig willkürlich anwendbaren Gesetzes wurden fast 2.000 Menschen der Blasphemie beschuldigt. Dutzende Menschen verbüßen wegen entsprechender Anschuldigungen nach Schätzungen aus den USA lebenslange Gefängnisstrafen oder sind zum Tode verurteilt, seit die umstrittenen Gesetze unter dem früheren Militärrherrscher Zia ul-Haq vor mehr als 30 Jahren eingeführt wurden. Vollstreckt wurde die Todesstrafe zwar noch nie, aber es wird damit ein fatales gesellschaftliches Signal der totalen Kontrolle muslimischer Instanzen gesetzt: „78 Menschen, die nach den Blasphemiegesetzen angeklagt waren, wurden im Gefängnis

durch Mithäftlinge oder später von ihren eigenen Nachbarn ermordet“, erklärt Eibner. Die Menschenrechtsorganisation Agenzia Fides hat sogar 81 Morde in diesem Zusammenhang gezählt. Auf ihrer Seite ist zudem die Bestätigung zu finden, dass CSI aktuell vier Christen und sechs Muslime, die in Pakistan wegen Blasphemie angeklagt sind, unterstützt. Haider Ali kann all dies nur bestätigen: „Jeder Tag im Gefängnis war schrecklich“, sagt er gegenüber CSI. „Ich hatte ständig Angst, dass mich jemand umbringen würde.“

„Beim Blasphemiegesetz ist der Willkür Tür und Tor geöffnet“, bestätigt CSI-Präsident Eibner, „falsche Anklagen werden benutzt, um unerwünschte Personen aus dem Weg zu räumen. Das ist innergesellschaftlicher Terror, der sich gegen Angehörige aller Religionen richten kann, und wir versuchen, allen gleichermaßen zu helfen.“ **Diese breit gestreute Hilfe ist dringend nötig, weil eine anwaltliche Verteidigung gegen dieses Gesetz, das wie eine willkürlich eingesetzte gesellschaftliche Keule wirkt, kaum möglich ist. Die Opfer sind entweder mittellos oder werden beraubt, eine anwaltliche Verteidigung scheitert meist schon deswegen. Ständig drohen zudem Lynchmorde, und es ist egal, wie fadenscheinig und durchsichtig die falschen Beschuldigungen sind.**

Das international bekannteste Opfer der Blasphemiegesetze ist Asia Bibi. Sie wurde 2010 zum Tod durch Erhängen verurteilt, weil sie sich abfällig über den Koran geäußert haben soll. Es gab lediglich mündliche Anschuldigungen, keinerlei gerichtsfeste Beweise, der starke Verdacht reiner Willkür lag über dem gesamten Prozess. Asia Bibi sie bestritt alle Anklagepunkte vehement. Aber auch sie war mittellos, und trotz internationaler Hilfe dauerte es dementsprechend fast neun lange Jahre, die sie im Gefängnis verbringen musste, bis im Januar 2019 das Urteil durch das höchste Gericht aufgehoben wurde. Dieser späte Freispruch führte in Pakistan trotzdem zu tagelangen gewaltsamen Ausschreitungen ganz „normaler“ muslimischer Bürger. Im Mai 2019 konnte Asia Bibi nach Kanada ausreisen. 2021 bezeichnete sie das Blasphemiegesetz als „Schwert in den Händen der moslemischen Bevölkerungsmehrheit“.

Im aktuellen Fall Haider Ali deuten die Umstände der Verhaftung ebenfalls auf Willkür. Bekannt ist nur, dass ein anderer Muslim, Faisal Azi, den gerade 13-Jährigen beschuldigt hatte, Seiten aus einer Koran Ausgabe herausgerissen zu haben. Nach Haiders Verhaftung zeigte eine Behauptung Faisals dann, wie perfide das Blasphemiegesetz in Pakistan wirkt. Faisal sagte nach Angaben von CSI, er habe Haider mit der Anschuldigung „einen Gefallen getan“, weil er ihn damit vor einem Lynchmord durch radikalisierte Glaubensbrüder geschützt habe – denn es geht hier, es sei nochmals betont, um einen Konflikt unter Muslimen. Faisal wörtlich: „Die Leute wollten Haider töten, aber ich habe ihn gerettet, indem ich ihn der Polizei übergab.“

Zum Schluss war es sogar nötig, dass Haider Alis Familie an einen anderen Ort umziehen konnte, denn in Pakistan ist der Hass speziell über das „Blasphemiegesetz“ tief in die Gesellschaft eingedrungen und hat zu totaler Willkür und dem Verlust eines ausgewogenen Rechtsverständnisses in breiten Bevölkerungsteilen geführt. CSI-Präsident Eibner: „Wer auch immer der Blasphemie beschuldigt wird, berechtigt oder unberechtigt, ist fortan de facto vogelfrei. Seine gesamte Familie gerät in größte Gefahr, und es kann vorkommen, dass das Haus von Nachbarn in Brand gesteckt wird oder sogar Familienmitglieder ermordet werden.“ Am 23. November 2022 hatte er den damaligen pakistanischen Justizminister Sardar Ayaz Sadiq aufgefordert, die Blasphemie-Anklagen gegen zehn pakistanische Bürger, darunter Haider Ali, fallen zu lassen. Unter anderem hatte er kritisiert, dass „Anklagen wegen Blasphemie in Pakistan in der Regel von Polizeibeamten und anderen Anklägern gegen unschuldige Menschen erhoben werden, um Rache zu üben oder andere Formen unwürdiger persönlicher Befriedigung zu erlangen“. Und auch wenn die mörderische Problematik der

Blasphemiegesetze in Pakistan noch lange nicht behoben ist – immerhin einem jungen Moslem konnte CSI helfen.

Alles im Namen des Islam ! 🙌

PAKISTAN: 21 Kirchen in Brand gesteckt, Bibeln verbrannt, 378 Häuser christlicher Zivilisten von radikalen Islamisten zerstört. pic.twitter.com/FwbpT8uoZC

— Christoph Liebhaber- Wagner

✂ (@LiebhaberWagner) [December 1, 2023](#)

<https://journalistenwatch.com/2023/12/12/270-millionen-tote-der-islam-wirklich-eine-religion-des-friedens-oder-doch-eher-des-friedhofs/>

Dezember 12, 2023

15:00

Von: Rasender Reporter

270 Millionen Tote: Der Islam – wirklich eine Religion des Friedens, oder doch eher des Friedhofs? Im Jahr 610 n. Chr., also vor etwa 1.400 Jahren, gab es im Nahen Osten zu 0 % den [#Islam](#). Heute, nach etwa 1.400 Jahren, besteht der Nahe Osten zu etwa 90 % aus dem Islam. Der kolonialistische und mörderische Islam hat dieses islamische Reich geschaffen und das Gebiet mit allen Mitteln, insbesondere mit dem Schwert, gesäubert.

Der Staat [#Israel](#) und die koptischen Christen in Ägypten sind die beiden verbleibenden großen Außenposten der Nichtmuslime in der Region. Die Kopten in Ägypten werden vom Islam brutal verfolgt und ihre Zahl nimmt stetig ab, sie werden verfolgt, bis sie verschwinden. In Gaddafis Libyen gab es etwa 3 % Christen, etwa 180.000.

Der islamische Winter, der Gaddafi stürzte, vernichtete auch die christliche Bevölkerung in Libyen, heute leben nur noch wenige tausend Christen in Libyen. Vor etwa 20 Jahren lebten etwa 3,5 Millionen Christen in den Gebieten der ehemaligen Länder Irak und Syrien.

Heute, nach der mörderischen Verfolgung des Islam gegen sie, leben noch etwa 1 Million Christen in dieser Gegend. Bevor Bethlehem dem Islam übergeben wurde, lebten etwa 80 % Christen, heute leben in Bethlehem weniger als 10 % Christen. Die Christen im Libanon durchlaufen den gleichen Prozess, eine kontinuierliche ethnische und religiöse Säuberung. Der mörderische Islam wird nicht loslassen, bis er den Nahen Osten vollständig von denen gesäubert hat, die nicht glauben, dass Mohammed der Gesandte Allahs ist. Dann kommt Europa dran...

Ex Muslim Kian Kermanshahi

Es sind ja leider in letzter Zeit in Kreisen der AfD vermehrt “psychisch labile Einzelschwätzer” (wie zum Beispiel der Kraus und der Tillschneider) aufgetaucht, die sich in suizidaler Weise dem Islam hingezogen fühlen. Für all diese Wirrköpfe haben wir hier zwei interessante Dokumente der Zeitgeschichte.

Natürlich ist es eher lächerlich, angesichts der Kriegsverbrechen der Islamisten in Israel ständig diese makabren arithmetischen Vergleiche, sozusagen eine Art doppelte Buchführung des Horrors, eine Hierarchie der Grausamkeit aufzustellen, aber wenn man schon kontextualisieren und relativieren will, dann bitte schön richtig:

Die Tränen des Dschihad

Bei diesen Zahlen handelt es sich um eine grobe Schätzung des Todes von Nicht-Muslimen durch den politischen Akt des Dschihad.

Afrika

Thomas Sowell [Thomas Sowell, Race and Culture, BasicBooks, 1994, p. 188] schätzt, dass 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen in die islamischen Nationen Nordafrikas und des Nahen Ostens geschickt wurden. Für jeden gefangenen Sklaven starben viele andere. Die Schätzungen zu diesem Kollateralschaden variieren. Der renommierte Missionar David Livingstone schätzte, dass für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte, fünf weitere bei der ersten Razzia getötet wurden oder auf dem Zwangsmarsch an Krankheit und Entbehrungen starben. [Woman's Presbyterian Board of Missions, David Livingstone, S. 62, 1888] Zurück blieben die ganz Kleinen, die Schwachen, die Kranken und die Alten. Diese starben bald, da die Ernährer getötet oder versklavt worden waren. Bei 25 Millionen auf den Markt gebrachten Sklaven kamen also schätzungsweise etwa 120 Millionen Menschen ums Leben. Der Islam betrieb den Sklavenhandel in Afrika.

120 Millionen Afrikaner

Christen

Die Zahl der Christen, die durch den Islam den Märtyrertod erlitten, beträgt 9 Millionen [David B. Barrett, Todd M. Johnson, World Christian Trends AD 30-AD 2200, William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10] . Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in History of Asia Minor besagt, dass weitere 50 Millionen in Kriegen durch den Dschihad starben. Wenn wir also die Millionen afrikanischer Christen zählen, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, haben wir:

60 Millionen Christen

Hindus

Koenard Elst schätzt, dass im totalen Dschihad gegen Indien 80 Millionen Hindus getötet wurden. [Koenard Elst, Negationism in India, Voice of India, New Delhi, 2002, S. 34.] Das Land Indien ist heute aufgrund des Dschihad nur halb so groß wie das alte Indien. Die Berge in der Nähe von Indien werden Hindukusch genannt, was „Scheiterhaufen der Hindus“ bedeutet.

80 Millionen Hindus

Buddhisten

Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt etwa 10 Millionen. [David B. Barrett, Todd M. Johnson, World Christian Trends AD 30-AD 2200, William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1.]

10 Millionen Buddhisten

Juden

Seltsamerweise wurden nicht genügend Juden im Dschihad getötet, um die Gesamtzahl der Großen Vernichtung wesentlich zu beeinflussen. Der Dschihad in Arabien war zu 100 Prozent effektiv, aber die Zahlen gingen in die Tausende, nicht in Millionen. Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Dienern und Bürgern zweiter Klasse) des Islam und hatten keine geografische politische Macht mehr.

Dies ergibt eine grobe Schätzung von 270 Millionen Toten durch den Dschihad.

Islamische Kriege

Erste Islamisierungswelle 622 – 1095 n.Chr.

632 n.Chr. Tod Mohammeds. Zu diesem Zeitpunkt war der Islam durch Kriegszüge über weite Teile der Arabischen Halbinsel verbreitet worden. Diese Kriegszüge wurden nach dem Tode fortgesetzt und verwandelten den gesamten Mittelmeerraum für Jahrhunderte in einen Schauplatz permanenter Kriege.

635: Ein muslimisches Heer erobert das zum christlichen byzantinischen Reich gehörende Damaskus, die Hauptstadt des christlichen Syriens. Sofort beginnt die Zwangsislamisierung. Das bedeutet: Nichtmuslime müssen eine Kopfsteuer zahlen und sind praktisch aller Rechte und Schutzes beraubt. Nur wer zum Islam konvertiert, wird verschont.

636: Schlacht von Kadesia. Eroberung Mesopotamiens samt der sassanidischen Hauptstadt Ktesiphon. Sofort nach dem Gewaltsieg beginnen ausgedehnte Plünderungen. Khalif Umar ließ bei der Eroberung als Maßnahme der Zwangsislamisierung die große Bibliothek von Madâin – vergleichbar der Bibliothek zu Alexandria – verbrennen, und auch später noch suchte der

mohammedanische Fanatismus alle antiken Schriften zu vernichten, wo er ihrer nur habhaft wurde.

637: Ein muslimisches Heer erobert das zum christlichen byzantinischen Reich gehörende Jerusalem. Sofort beginnt die Zwangsislamisierung. Kirchen und Synagogen werden ausgeraubt oder geschleift, männliche Einwohner getötet, Frauen und Kinder vergewaltigt und versklavt. Priester werden zum Teil gekreuzigt.

640: Eroberung und Brandschatzung Kairos. Fast die gesamte männliche Einwohnerschaft wird niedergemetzelt, Frauen und Kinder vergewaltigt und versklavt. Die antike Bibliothek von Kairo geht in Flammen auf. Die Zwangsislamisierung beginnt umgehend.

642: Ein muslimisches Heer erobert das zum christlichen byzantinischen Reich gehörende Alexandria, die Hauptstadt des christlichen Ägyptens.

642: Entscheidungsschlacht bei Hamadan (Ekbetana) gegen das Sassanidenreich. Große Teile des heutigen Iran fallen in die Hand der muslimischen Eroberer. Das prachtvolle Ekbetana, die vermutlich älteste Stadt der Welt, wird fast vollständig zerstört. Unwiederbringliche Kunst- und Kulturschätze gehen verloren. Sofort beginnen ausgedehnte Strafaktionen, Plünderungen, Versklavungen und Zwangsislamisierung, die erst um das Jahr 900 abgeschlossen sind.

645: Ein muslimisches Heer erobert das christliche Barka in Nordafrika (Libyen) und vernichtet die uralte griechisch-römische Stadt vollständig. Die Einwohner gehen geschlossen in die Sklaverei.

650: Die letzten Gebiete des Königreichs Armenien werden überrannt, geplündert und zwangsislamisiert.

652: Ein Angriff moslemischer Piraten auf die Insel Sizilien wird zurückgeschlagen. Die Küstendörfer aber liegen in Ruinen. Viele Einwohner sind tot oder wurden versklavt.

667: Weitere Angriffe moslemischer Piraten auf die Insel Sizilien sind an der Tagesordnung, werden aber zurückgeschlagen. Küstendörfer und Kirchen müssen mehr und mehr befestigt werden.

Trotzdem werden immer wieder Einwohner verschleppt.

674: Ein muslimischer Angriff auf Konstantinopel, die Hauptstadt des christlichen byzantinischen Reiches und Sitz des christlichen Kaisers, wird abgewehrt.

700: Die italienische Insel Pantelleria wird von Moslems erobert und die Einwohnerschaft versklavt. Die Insel entwickelt sich zu einem moslemischen Piratennest.

708: Der muslimische Feldzug zur Eroberung des christlichen Nordafrikas erreicht die Atlantikküste. Auf seinem Vormarsch wurden sämtliche Städte und Siedlungen Nordafrikas geplündert und niedergebrannt. Mehr als 50% aller Einwohner Nordafrikas sind am Ende des Feldzuges tot. Millionen werden vergewaltigt, gefoltert und versklavt.

708: Sizilien wird kurzfristig von Muslimen erobert, kann jedoch unter schwersten Verlusten und Verwüstungen entsetzt werden.

708: Sizilien wird kurzfristig von Muslimen erobert, kann jedoch unter schwersten Verlusten und Verwüstungen entsetzt werden.

710: Mit der Eroberung der letzten christlichen Stadt Nordafrikas ist das gesamte ehemals christliche Nordafrika islamisiert. Fast alle der 400 christlichen Bistümer in Nordafrika gehen unter.

Nordafrika war eine einstmals blühende christliche Welt, die bedeutende Theologen des christlichen Altertums hervorgebracht hat: Tertullian, Cyprian, Athanasius, Augustinus.

711: Muslimische Heere überschreiten die Meerenge von Gibraltar und fallen in Europa ein. Beginn der Eroberung der iberischen Halbinsel (heute Spanien und Portugal). Sofort beginnt die grundlegende Zwangsislamisierung der eroberten Gebiete. Die Kopfsteuern sind höher und die Leibstrafen härter als bisher unter dem eisernen Stiefel des Islam.

711: Qutaiba ibn Muslim beginnt im Auftrag der arabischen Umayyaden die Unterwerfung von Transoxanien. Er erobert die bedeutenden Städte Samarkand und Buchara, die restlos geplündert und beinahe entvölkert werden. Die Überlebenden enden in der Sklaverei oder werden zwangsislamisiert. Auch Choresmien und das Ferghanatal werden unterworfen.

711: Entweiheung der auf dem Tempelberg befindlichen Basilika Santa Maria zur al-Aqsa-Moschee (die „entfernteste“) durch Abd el-Wahd. Heute gilt diese Moschee als drittwichtigste im Islam, weil Muhammad dort auf seiner „himmlischen Reise“ gebetet habe, obwohl er zu diesem Zeitpunkt schon 79 Jahre in Medina begraben war. Diese prächtige Kirche war einst von Kaiser Justinian (527-565) erbaut worden. Für den Islam bedeutet die Umwandlung einer berühmten Kirche zugleich

immer auch Sieg über das Christentum. Und Legendenbildungen sind in dieser Ideologie wichtiger als historische Tatsachen.

712: Die Eroberung Südspaniens ist abgeschlossen. Die nordafrikanischen Sklavenmärkte bersten über von europäischen Sklaven.

712: Islamische Eroberer erreichen die Grenzen Chinas und Indiens. Hinter ihnen stehen sämtliche eroberten Gebiete in Flammen. Bald unternehmen die Araber auch erste Vorstöße nach Sindh. Ströme von Sklaven gelangen auf die Märkte des nahen Ostens.

713: Die Araber erobern Barcelona, überschreiten die Pyrenäen und beginnen mit der Eroberung Südfrankreichs. Rund neunzig Jahre nach Mohammeds Tod stehen muslimische Heere, nicht etwa Missionare, im christlichen Reich der Franken (heute: Frankreich).

717: Ein muslimischer Angriff auf Konstantinopel, Hauptstadt des christlichen byzantinischen Reiches und Sitz des christlichen Kaisers,

wird abgewehrt. Auf dem Rückzug des islamischen Heeres werden die Ländereien östlich des Bosphorus dem Erdboden gleichgemacht, die Einwohner in die Sklaverei verschleppt.

720: Die Araber erobern in Südfrankreich Narbonne und belagern Toulouse. Der Feldzug dient weniger der Zwangsislamisierung als dem Raub und der Beschaffung von Sklaven.

720: Erneuter Landungsversuch moslemischer Truppen auf Sizilien, bei dem es zu ausgedehnten Gefechten und Verwüstungen kommt.

731: Plündernd brechen islamische Heere in Südfrankreich durch. Von Dijon bis Sens nahe der Loire, sowie Langres und Luxeuil fällt ihnen faktisch ganz Frankreich südlich der Loire in die Hände.

732: Abwehrschlacht bei Tours und Poitiers (heute: Frankreich): Sieg der europäischen Heere über die muslimischen. Die Muslime werden hinter die Pyrenäen zurückgeworfen, verwüsteten und plündern auf dem Rückzug noch das Umland und können Tausende Gefangene in die Sklaverei führen. Sie behalten aber weite Teile der iberischen Halbinsel (heute Spanien und Portugal) in ihrem Besitz.

735: Muslime greifen erneut Südfrankreich mit starken Heeren an. Zwar gelingt es ihnen nicht die angestrebten Städte und Länder zu erobern, doch alle Einwohner die ihnen in die Hände fallen werden versklavt, Frauen und Kinder zudem vergewaltigt.

751: In der Schlacht am Talas besiegt ein muslimisches Araberheer erstmalig ein chinesisches Heer.

810: Islamische Truppen besetzen Korsika und benutzen es von nun an als Basis für Angriffe auf die Südküste Frankreichs.

827: Plünderung Kretas durch Moslems

831: Moslemische Truppen erobern und brandschatzen die sizilianische Stadt Palermo.

832: Moslemische Einheiten überfallen und plündern Marseille, wobei große Mengen Sklaven und Waren erbeutet werden.

835: Von Sizilien setzen Moslems auf das Festland über und verwüsten Kalabrien.

838: Islamische Truppen überfallen erneut Südfrankreich und das Rhonetal, um zu plündern.

840: Tarent und Bari fallen in die Hände moslemischer Invasoren. Beide Städte werden aufs schwerste geplündert und gebrandschatzt. Tausende geraten in Sklaverei.

840: Das unter fränkischem Schutz stehende Benevent wird von islamischen Angreifern besetzt.

841: Brindisi fällt nach heftigen Kämpfen in die Hände moslemischer Invasoren.

841: Capua (Kampanien/Italien) wird nach kurzer Belagerung vollständig zerstört und geplündert.

843: Moslemische Truppen erobern und brandschatzen die sizilianische Stadt Messina.

843: Islamische Eroberungsversuche auf Rom scheitern. Die Stadt und das Umland werden geplündert bzw. gebrandschatzt, die Bevölkerung gefangen und versklavt.

848: Im August wird die Stadt Ragusa auf Sizilien von Moslems geplündert und zerstört, trotz der Tatsache, daß die Bewohner mit den Moslems Frieden geschlossen und ihnen die Stadt überlassen hatten.

848: Moslemische Einheiten überfallen und plündern Marseille, das Umland wird schwer verwüstet. Geiseln und Sklaven werden genommen.

850: Moslemischer Angriff auf Korsika

851 – 852: Das kurzfristig befreite Benevent (Kampanien/Italien) wird erneut von Moslems besetzt. Die Besatzer richten ein Blutbad unter der Bevölkerung an.

856: Moslemische Invasoren attackierten und zerstörten die Kathedrale von Canossa in Apulien. Die Stadt wird geplündert und Sklaven genommen.

859: Moslemische Truppen überfallen und plündern erneut in Südfrankreich.

868: Moslems erobern die Stadt Ragusa auf Sizilien endgültig.

870: Moslems erobern die Insel Malta und zerstören dort die fast 700 Jahre ununterbrochen existierende christliche Kultur.

878: Moslemische Truppen erobern und brandschatzen die sizilianische Stadt Syrakus.

880: Moslemische Truppen erobern und plündern Nizza.

882: Moslemische Invasoren errichten an der Mündung des Garigliano zwischen Neapel und Rom eine Basis, von der aus sie Kampanien sowie Sabinia im Latium angreifen.

888: Moslemische Truppen errichten in der Provence mit Fraxinetum einen neuen Brückenkopf, der sich den spanischen Mauren unterstellte. Von dort unternehmen sie Plünderungen im Westen bis nach Arles (Hauptstadt des Königreichs Burgund) sowie entlang der Rhone bis Avignon, Vienne (bei Lyon) und Grenoble.

902: Moslemische Truppen erobern und brandschatzen die sizilianische Stadt Taormina.

911: Der Bischof vom Narbonne ist nicht in der Lage von Frankreich nach Rom zu gelangen, da Moslems die Alpenpässe besetzt haben. Wegelagererei, Sklaverei und Plünderungen sind an der Tagesordnung.

918: Moslemische Truppen erobern und brandschatzen von Sizilien aus das auf dem benachbarten Festland liegende Reggio in Kalabrien.

920: Moslems stoßen aus Spanien über die Pyrenäen vor, verwüsteten ungehindert die Gascogne und bedrohten Toulouse.

934: Genua und La Spezia werden von Moslems überfallen, ausgeraubt und niedergebrannt.

935: Genua und La Spezia werden erneut von Moslems überfallen, ausgeraubt und niedergebrannt.

939: Moslemhorden stoßen im Norden über Genf bis zu den Schweizer Alpenpässen vor. Die Stadt wird ausgeraubt und Sklaven genommen.

942: Moslemische Truppen marschieren sengend und mordend durch den Südosten Frankreichs und stoßen nach Oberitalien vor.

942: Nizza wird von Moslems überfallen, ausgeraubt und niedergebrannt.

952 – 960: Ausgehend von den Alpenpässen erobern moslemische Truppen für annähernd 8 Jahre die Schweiz. Sie plünderten und zerstörten in den folgenden Jahren das Wallis, Teile Graubündens und der Ostschweiz. Zwischen 952 und 960 beherrschen die Araber nach der Schlacht bei Orbe weite Teile im Süden und Westen der Schweiz einschließlich des Grossen St. Bernhard-Passes und stoßen im Nordosten ebenfalls bis St. Gallen vor, im Südosten bis Pontresina.

942 – 965: Moslemische Truppen erobern das Herzogtum Savoyen.

906 – 972: Moslemische Truppen erobern die Provence.

964: Moslemische Truppen erobern und brandschatzen von Sizilien aus das auf dem Festland liegende Rometta.

979 – 988: Sebük Tegin erklärt den "heiligen" Krieg gegen die Hindu-Schahis, deren König Djaypal (965-1001) er 979 und 988 besiegt. Alle Festungen innerhalb Afghanistans bis an die indische Grenze fallen in die Hand seiner Moslemkrieger.

997 – 1029: Mahmud von Ghazni führt allein gegen Indien 17 Feldzüge.

1002: Bari wird erneut von Arabern erobert und zerstört.

1002: Genua wird von Moslems erobert und geplündert.

1004: Pisa wird von Moslems erobert und geplündert.

1009: Kalif Al-Hakim ordnete die systematische Zerstörung sämtlicher christlicher Heiligtümer in Jerusalem an. Auch die Grabeskirche einschließlich des Heiligen Grabes wird zerstört.

1018: Mahmud von Ghazni erobert die indische Stadt Mathura, tötet 50.000 ihrer Bewohner und versklavt den Rest.

1025: Mahmud von Ghazni erobert die indische Stadt Somnat, tötet 50.000 ihrer Bewohner und versklavt den Rest.

1070: Die Seldschuken, ein türkisches Nomadenvolk aus Innerasien, das sich im 10. Jh. n.Chr. zum Islam bekehrt hatte, gewinnt die Kontrolle über Jerusalem. Die friedliche Pilgerfahrt von Christen zu den heiligen Stätten wird zunehmend behindert.

1071: Schlacht bei Mantzikert – ein christliches byzantinisches Heer wird durch ein moslemisches Heer vernichtend geschlagen. Die moslemischen Seldschuken erobern das Kerngebiet des christlichen byzantinischen Reiches: Kleinasien.

1095: Der christliche byzantinische Kaiser Alexios I. Komnenos sendet eine Gesandtschaft an Papst Urban II. mit der Bitte um militärische Hilfe. Auf der Synode von Clermont wird der Kreuzzug beschlossen.

1099 bis 1293:

Nach knapp vierhundertundsiebzig Jahren islamischer Expansion durch das Schwert beginnen zwei Jahrhunderte der christlichen Kreuzzüge.

Zweite Islamisierungswelle 12. Jh. – 1683 n.Chr.

1194: Der moslemische General Aibak erobert die indische Stadt Anahilwar Patan, tötet 50.000 ihrer Bewohner und versklavt weitere 20.000.

1202: Der moslemische General Aibak erobert die indische Stadt Kalinjar und versklavt 50.000 ihrer Bewohner.

1206: Sultanat Delhi: General Qutb-ud-Din Aibak übernimmt durch Meuchelmord des Herrschers die Macht im Land am Indus und gründete die so genannte Sklavendynastie (1206-1290) Das ganze Land wird zwangsislamisiert. Das Sultanat geht später als „Konkursmasse“ ins ebenfalls islamische Mogulreich über.

1389: Schlacht auf dem Amselfeld: Ein christliches Heer der Serben, Bosnier und Bulgaren wird von einem moslemischen Heer vernichtend geschlagen. Die christlichen Balkanstaaten werden moslemische Vasallen.

1453: Eroberung von Konstantinopel (heute: Istanbul), des Zentrums des oströmischen Reiches und der orthodoxen Kirche. Der christliche Kaiser fällt im Kampf. Ende des christlichen byzantinischen Reiches.

1479: Osmanisch-moslemische Truppen erobern nach heftigen Kämpfen die venezianische Insel Euböa. Ein Großteil der Einwohnerschaft wird massakriert, Überlebende in die Sklaverei verkauft.

1480: Ein moslemisches Heer erobert Otranto in Italien. 1481 Rückeroberung durch ein christliches Heer.

1492: Nachdem die Spanier 1492 mit Granada das letzte moslemische Königreich in Westeuropa zurückerobert hatten, siedeln sich aus Spanien geflohene Morisken im Maghreb an. Zusammen mit einheimischen Arabern und Mauren rüsten sie große Flotten aus und beginnen von ihrer Basis Nordafrika aus als Piraten einen permanenten Krieg gegen das christliche Europa, insbesondere gegen deren Schifffahrt und Küsten. Die Raubzüge der moslemischen Piraten führen während der nächsten vier Jahrhunderte bis an die Küsten Flanderns, Dänemarks, Irlands und sogar Islands, wo sie aus küstennahen Dörfern und Städten Einwohner verschleppen und später als Sklaven verkaufen. Häufigstes Ziel der Sklavenrazzien sind jedoch die Küsten Italiens, Spaniens und Portugals.

1499 – 1503: Türkische Einheiten dringen ins oberitalienische Friaul ein und bedrohen sogar Vicenza. Die apulische Hafenstadt Otranto (ca. 100 Kilometer südöstlich von Brindisi) wird erobert und zum Brückenkopf für weitere Raub- und Kriegszüge ausgebaut.

1521: Ein moslemisches Heer erobert Belgrad.

1526: Schlacht von Mohács: Ein christliches Heer wird durch ein moslemisches Heer vernichtend geschlagen. Moslemische Heere erobern den größten Teil Ungarns und bedrohen Wien.

1526: Die Stadt Ragusa (heute Dubrovnik) wird von osmanisch-moslemischen Truppen erobert. Es folgen Plünderungen, Vergewaltigungen, Zwangsislamisierung oder Sklaverei.

1526 – 1530: Großmogul Babur erobert ausgehend vom Gebiet der heutigen Staaten Usbekistan und Afghanistan das Sultanat von Delhi sowie das indische Kernland rund um die nordindische

Indus-Ganges-Ebene und die Städte Delhi, Agra und Lahore. 100 bis 150 Millionen Menschen geraten in die Fänge dieses moslemischen Usurpators.

1529: Die erste Belagerung Wiens durch ein moslemisches Heer scheitert. Auf dem Vormarsch aber gehen die Städte Komorn und Preßburg (heute Bratislava) in Flammen auf. Die gesamten umliegenden Länder werden stark verwüstet. Abertausende geraten in moslemische Gefangenschaft und enden auf den Sklavenmärkten Istanbuls.

1534: Mit insgesamt 84 Galeeren überfallen und brandschatzen moslemische Piraten die südliche Westküste Italiens bei Reggio beginnend nordwärts durch das Tyrrhenische Meer bis hin nach Sperlonga, um anschließend beladen mit Tausenden Sklaven und unermesslicher Beute nach Istanbul zu fahren.

1537: Moslemische Piraten erobern die venetianischen Inseln Naxos, Kasos, Tinos und Karpathos.

1543: Moslemische Berberpiraten belagern und plündern die Stadt Nizza.

1544: Chair ad-Din überfällt die Insel Ischia vor der Küste Italiens, nimmt 4.000 Geiseln, die nur gegen Lösegeld entlassen werden, und versklavt weitere 9000 Einwohner, fast die gesamte Restbevölkerung.

1551: Turgut Reis versklavt die gesamte Bevölkerung der maltesischen Insel Gozo. Es werden 5.000 – 6.000 Menschen auf den libyschen Sklavenmärkten verkauft.

1554: Moslem-Piraten überfallen die italienische Stadt Vieste. Die Stadt wird geplündert, und es werden 7.000–10.000 Sklaven gemacht, um sie auf den Märkten von Istanbul zu verkaufen.

1555: Turgut Reis überfällt Bastia auf Korsika. Er versklavt 6.000 – 7.000 Menschen, die auf den libyschen Sklavenmärkten verkauft werden. Beim Rückzug lässt er zahlreiche Küstenorte in Flammen aufgehen.

1558: Moslemische Piraten der Berberküste erobern die Stadt Ciutadella (Minorca). Sie zerstören alle Gebäude, nehmen 3.000 Sklaven, die in Istanbul verkauft werden, und schlachten ansonsten die gesamte Stadt ab.

1563: Turgut Reis landet an der Küste der Provinz Grenada (Spanien). Er erobert und plündert sämtliche Küstenorte. Darunter Almuñécar, wo er 4.000 Sklaven nimmt und eine weitaus größere Anzahl niedermetzelt. In den Folgejahren werden die Balearen so häufig angegriffen, dass die gesamte Küste schließlich mit Wachtürmen und Wehrkirchen befestigt werden muss. Inseln wie Formentera werden durch Sklaverei, Massaker und Flucht vollständig entvölkert.

1565: Die Belagerung Maltas durch ein osmanisches Heer beginnt am 18. Mai und dauert bis zum Abzug der Truppen am 8. September 1565. Dabei wird die Insel fast vollständig zerstört, die Befestigungen zu Trümmern geschossen und über 42.000 Soldaten und Zivilisten getötet.

1658 – 1707: Südexpansion des Mogulreiches und Zwangsislamisierung der eroberten Gebiete.

1609 – 1616: England allein verliert 466 Handelsschiffe (zwischen 15.000 und 40.000 Menschen) an die moslemischen Berberpiraten. Die Besatzungen werden massakriert oder enden in der Sklaverei.

1617 – 1625: Attacken der Berberpiraten sind an der Tagesordnung. Überfälle ereignen sich im südlichen Portugal, Süd- und Ost Spanien, die Balearen, Island, Sardinien, Korsika, Elba, die italienische Halbinsel (besonders in Ligurien, Toskana, Lazio, Kampagnien, Kalabrien und Apulien) Weitere Überfälle und Raubzüge, inklusive Vergewaltigungen und Versklavungen, ereignen sich auf Sizilien und Malta. Größere Überfälle im Format richtiger Kriegszüge richten sich gegen die iberische Halbinsel. Diesen Attacken der Berberpiraten fallen die Städte Bouzas, Cangas, Moaña und Darbo zum Opfer.

1627: Island wird mehrfach von türkischen Piraten geplündert und ein Großteil der Bevölkerung als Sklaven an der Berberküste verkauft. Jene, die Widerstand leisten, werden in einer Kirche zusammengetrieben und dort bei lebendigem Leib verbrannt.

1631: Murat Reis überfällt mit algerischen Piraten und auch regulären osmanischen Soldaten Irland. Sie stürmen die Küste nahe Baltimore (County of Cork), brandschatzen und plündern die gesamte Stadt, nehmen beinahe alle Einwohner von Baltimore als Sklaven und verkaufen sie auf den Sklavenmärkten der Berberküste. Nur zwei kehren wieder lebend heim.

1677 – 1680: Weitere 160 britische Handelsschiffe (zwischen 8.000 und 20.000 Menschen) werden von algerischen Moslempiraten gekapert, die Besatzung massakriert bzw. versklavt.

1683: Die zweite Belagerung Wiens durch ein muslimisches Heer scheitert. Beim Vormarsch des osmanischen Heeres gehen die umliegenden Länder in Flammen auf. Alle Ortschaften werden restlos geplündert und entvölkert (Versklavung), soweit die Bewohner nicht bereits geflohen waren. Die abrückenden Osmanen hinterlassen ausschließlich verbrannte Erde.

Nach der Niederlage vor Wien war der Islam militärisch entscheidend geschwächt, so dass er nicht mehr in der Lage war, große Kriege zu führen. Dafür operierte er nach einer längeren Phase der Stagnation mit Terror:

1700 – 1750: Über 20.000 europäische Gefangene (nicht Sklaven) schmoren in algerischen Kerkern und warten auf Freikauf. Darunter nicht nur Mittelmeeranrainer sondern auch Dänen, Deutsche, Engländer, Schweden und sogar Isländer.

1822: Auf den Inseln Chios und Psara schlachten die Türken 50.000 Griechen ab und versklaven weitere 50.000.

1842 – 1846: Ermordung von 10.000 christlichen Assyrern durch die Türken.

1894 – 1896: Ermordung von 150.000 armenischen Christen durch den türkischen Sultan Abdul Hamid.

1914 – 1923: Genozid an 300.000 bis 730.000 Griechen durch die Türken vor allem in der nordtürkischen Pontus-Region.

1915 – 1918: Genozid an den Armeniern. Die islamische Regierung der Türkei nutzt die Wirren des 1. Weltkriegs zur Auslöschung der christlichen Armenier. 1,5 – 2 Millionen Armenier werden in Todesmärschen, Gefangenenlagern und bei örtlichen Massakern abgeschlachtet. Zudem werden 750.000 christliche Assyrer im Irak von den Türken ermordet.

1922: Beim Massaker von Izmir werden 25.000 Christen (Armenier und Griechen) ermordet, 200.000 vertrieben.

1933: Beim Massaker von Simmele/Irak ermorden die Türken 3.000 christliche Assyrer.

1946: Blutige Auseinandersetzungen in Britisch Indien zwischen Moslems auf der einen und Hindus / Sikh auf der anderen Seite. Aufgrund des terroristischen Drucks muss das Land 1947 trotz Widerstands von Gandhi und [Nehru](#) in das moslemische Pakistan und das säkulare Indien geteilt werden. In der Folge kommt es immer wieder zu terroristischen moslemischen Attacken von Pakistan auf Indien. Vom 26.-29. November 2008 sterben im indischen Mumbai (Bombay) der Münchner Ralph Burkei und 173 weitere Menschen bei einem Terror-Angriff von 10 pakistanischen Moslems.

1948: Als Reaktion auf die von der UN legitimierte Staatsgründung Israels am 14. Mai erfolgte noch in der Gründungsnacht der Angriff der islamischen Staaten [Ägypten](#), [Saudi-Arabien](#), [Jordanien](#), [Irak](#) und [Syrien](#) sowie [Libanon](#) auf Israel. Weitere Kriege folgten 1967 und 1973. Außerdem attackieren die moslemischen Terrorbanden PLO, Hamas und Hizbollah das einzig demokratische Land im Nahen Osten jahrzehntelang bis heute mit Raketenangriffen, Bombenanschlägen und Selbstmordattentätern.

1955: „Pogrom von Istanbul“ (plus Izmir und Ankara), angeblich nur 15 Tote, Sachschaden bis zu 500 Mill. US-Dollar, Exodus von rund 100.000 Griechen aus der Türkei (Es verblieben 2.500).

1955 – 2011: Fast 50 Jahre dauert der Unabhängigkeitskampf des christlichen Südsudan gegen die islamische Kolonialmacht Nordsudan, die ca. 2 Millionen südsudanesischen Zivilisten abschlachtet.

Rund 1.400 Jahre lang war der Süden Jagdgebiet arabischer Sklavenjäger.

Seit 1967: Weltweite dritte Islamisierungswelle

- Re-Islamisierung in Nordafrika, Nahost, sowie Mittel- und Fernost
- Ausbreitung der Muslimbruderschaft mit Tarnorganisationen
- Gründung von Gottesstaaten
- Infiltration des Westens durch Migration
- weltweiter Terrorismus im Namen Allahs
- Gründung eines Großkalifats im Irak

1969: Völkerrechtswidrige Annexion West-Papuas durch Indonesien mit nachfolgender Zwangsislamisierung und schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die Urbevölkerung bis heute – und geduldet durch die UNO Umbenennung des Landes in Irian Jaya. Militärs verschleppen und ermorden über 100.000 Menschen und sind aktiv beteiligt am illegalen Holzeinschlag, der den

Lebensraum der indigenen Bevölkerung zerstört. Durch Umsiedlungen ist ein großer Bevölkerungsteil heute indonesisch. 2003 wird die Provinz Papua-Barat gegen den Willen der Papua von West-Papua abgetrennt.

1974: Ermordung von 4.000 christlichen Zyprioten im Auftrag des türkischen Präsidenten Fahri Koroturk.

1988: Bei dem Anschlag auf ein amerikanisches Flugzeug durch libysche Agenten sterben 270 Menschen im schottischen Lockerbie.

1990 bis heute: In Kaschmir wurden bis heute ca. 10.000 Hindus von moslemischen Fundamentalisten ermordet.

1993: In Sivas in der Türkei wurde ein Hotel in Brand gesteckt, in dem alevitische Intellektuelle aus Anlass eines Festes logierten. 37 verbrennen, während draußen Tausende von Sunniten ihren qualvollen Tod feiern.

1975 – 2000: Neun Tage nach der Unabhängigkeitserklärung der ehem. portugiesischen Kolonie Osttimor wird das Land von indonesischen Invasionstruppen überfallen. Im Verlauf von 25 Jahren werden rund 23% der überwiegend christlichen Bevölkerung bzw. 183.000 Menschen getötet, unzählige vergewaltigt, gefoltert, zwangsumgesiedelt, eingesperrt, verbannt oder zwangssterilisiert.

2001-2014: Intensivierung des asymmetrischen Terror-Krieges durch die islamische Terror-Organisation Al-Qaida mit Anschlägen auf die Zivilbevölkerung wie am 11. September 2001 in New York. Aus der Al-Qaida geht ab 2006 die ISIS hervor, die 2014 den Islamischen Staat Irak/Syrien ausruft, der sich bis 2020 in ein Großkalifat ausdehnen soll, das ganz Nordafrika, Spanien, Portugal, Österreich, den Balkan, die Türkei, die arabische Halbinsel, Indien und weitere große Teile Asiens umfassen soll. Die Terrorbande Boko Haram ruft ebenfalls 2014 einen Islamischen Staat in Nigeria aus. Andere islamische Terrorgruppen wie die Al-Shabaab(Somalia), die Islamische Kampfgruppe (Libyen), die Hamas (Palästina) und die Muslimbrüder (Ägypten) verfolgen ähnliche Ziele. Aus ganz Europa reisen Moslems in den Krieg des Islamischen Staates nach Syrien und in den Irak, aus Deutschland bisher etwa 400. Viele entstammen der rasch wachsenden Bewegung der Salafisten, die sich exakt am Vorbild des Propheten Mohammed orientieren. Alle islamischen Terrorgruppen weltweit berufen sich auf die islamischen Primärquellen Koran und Sunna sowie das Leben des Propheten Mohammed.

2015 bis 2023 wurden hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Aber es geht ja munter weiter mit dem Dschihad und dem Islamterror. Und nur die heldenhaften Israelis kennen die richtige Antwort auf diesen Terror:

<https://journalistenwatch.com/2023/12/18/krippenfiguren-koepfe-und-haende-abgehackt-an-welche-religion-erinnert-das/#>

Krippenfiguren Köpfe und Hände abgehackt – An welche Religion erinnert das?

Im hessischen Rüsselsheim wurden den lebensgroßen Krippenfiguren Köpfe und Hände abgehackt. Während die Stifter der geköpften Krippenfiguren den Vorfall krampfhaft versuchen herunterzuspielen, eine kleine Preisfrage: Erinnert Sie das an irgendeine Religion?

An der evangelischen Marktkirche im Herzen der hessischen Stadt Rüsselsheim steht in der Adventszeit traditionsmäßig die Weihnachtskrippe. Lebensgroß sind die Figuren der Heiligen Familie mit Jesus. Gestiftet wurde das Krippenensemble vom Rüsselsheimer Gewerbeverein 1888 e.V..

Am Sonntagmorgen jedoch hat die Krippe Ähnlichkeit mit einem muslimischen Massaker: Allen Figuren wurden die Köpfe abgeschlagen. Josef wurde umgetreten, Maria weggeschlagen. Das Jesuskind wird unter den Trümmern gefunden. Mit brachialer Gewalt wurde einem der Heiligen Drei Könige der Kopf und die linke Hand abgetrennt.

Der Gewerbeverein, Stifter der Krippenfiguren, versucht auf Facebook den Vorfall mit aller Macht runterzuspielen und schreibt verharmlosend:

„Unbekannte Täter haben sich offenbar einen makabren Scherz erlaubt und die Köpfe der Figuren abgeschlagen.“

In den Kommentarbereichen scheint es indes so, dass die Menschen es bei Weitem nicht als „makabren Scherz“ auffassen, den man mit „Humor“ nehmen sollte, wenn der heiligen Familie die Köpfe abgeschlagen werden.

Werbung

Ein Kommentator fragt: Heute die Krippe, Morgen der Pfaffe und Übermorgen die Familie 'Almans' ?

Ein anderer stellt zu dem devoten Statement fest:

"Dieses Statement ist unfassbar! Es macht mich richtig wütend. Hier werden christliche Traditionen mit den Füßen getreten und der Gewerbeverein sieht es mit Humor und bittet die Täter um MITHILFE beim Wiederaufbau – einfach lächerlich und unfassbar! Ich hoffe die Täter werden gefunden und bestraft!"

"Mit Humor"???..mir ist eben schlecht geworden. Geköpfte Figuren, klare Aussage würd ich sagen, ziemlich unmissverständlich. Und in diesem Fall noch viel dramatischer. – Was stimmt mit euch nicht, Gewerbeverein Rüsselsheim??"

Der AfD-Politiker Georg Pazderski stellt die Denksportaufgabe in den Raum und fragt, an welche Religion abgehackte Köpfe und Hände wohl erinnern könnten:

<https://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/weihnachts-krippe-in-ruesselsheim-beschaedigt-86461932.bild.html>

Maria, Josef, die Könige, sogar der Esel
Lebensgroße Krippen-Figuren geköpft!

Die zerstörte Krippe in Rüsselsheim: Links zwei der drei Könige – geköpft! Am Boden liegt Josef, ebenfalls ohne seinen Kopf. Daneben der zerstörte Esel, rechts im Bild ein weiterer geköpfter König

Die zerstörte Krippe in Rüsselsheim: Links zwei der drei Könige – geköpft! Am Boden liegt Josef, ebenfalls ohne seinen Kopf. Daneben der zerstörte Esel, rechts im Bild ein weiterer geköpfter König

Foto: Quelle: Gewerbeverein Rüsselsheim/Instagram

TEILEN
TWITTERN

SENDEN

Von: STEFAN SCHLAGENHAUFER

17.12.2023 - 18:48 Uhr

Rüsselsheim (Hessen) – Attacke auf die lebensgroße Weihnachts-Krippe in der Opelstadt. In der Nacht zu Sonntag wurden alle Krippenfiguren geköpft: Josef, Maria, die Heiligen Drei Könige aus dem Orient – und sogar der Esel.

Die Rüsselsheimer sind geschockt: An der evangelischen Marktkirche im Herzen der Stadt, gleich neben dem Rathaus, steht in der Adventszeit die Weihnachtskrippe. Lebensgroß sind die Figuren der Heiligen Familie mit Jesus. Umringt von zwei Weihnachtsbäumen. Gestiftet vom Rüsselsheimer Gewerbeverein 1888 e.V.!

Doch am Morgen des 17. Dezember sieht die Krippe aus wie ein Schlachtfeld. Allen Figuren wurden die Köpfe abgeschlagen. Josef wurde umgetreten, Maria weggeschlagen. Jesus wird erst vermisst, später unter den Trümmern gefunden.

In kaum einem anderen Monat werden so viele Führerscheine einkassiert wie im Dezember.

Mit brachialer Gewalt wurde einem der Heiligen Drei Könige der Kopf und die linke Hand abgetrennt

Mit brachialer Gewalt wurde einem der Heiligen Drei Könige der Kopf und die linke Hand abgetrennt

Der Gewerbeverein versucht, den Vorfall runterzuspielen: „Unbekannte Täter haben sich offenbar einen makabren Scherz erlaubt und die Köpfe der Figuren abgeschlagen.“

Damit macht der Gewerbeverein die Situation nicht unbedingt besser. In Rüsselsheim kocht es. Ein Anwohner zu BILD: „Ein Scherz ist, wenn man darüber lachen kann. Was ist lustig daran, Maria und Josef zu köpfen?“

Josef, dem Vater von Jesus, wurden Kopf und Hände abgeschlagen

Josef, dem Vater von Jesus, wurden Kopf und Hände abgeschlagen

Auch im Internet ist man fassungslos über die Gewalt, die sich gegen die Weihnachtskrippe gerichtet hat. Man ist wütend auf den oder die Täter. Einer schreibt dazu bei Instagram unter die Veröffentlichung des Gewerbevereins: „Es ist eine barbarische Tat! Straftaten dürfen nicht verharmlost werden.“

Die Instagram-Veröffentlichung des Gewerbevereins

Die Instagram-Veröffentlichung des Gewerbevereins

Foto: Quelle: Gewerbeverein Rüsselsheim/Instagram

Polizei ermittelt – auch wegen religiös motivierter Straftat

Bereits 2021 und 2022 wurde einigen Figuren der Kopf abgeschlagen. Die vielen Jahrzehnte davor gab es solche Vorfälle nicht.

Der Gewerbeverein schreibt: „Trotz des bedauerlichen Vorfalls möchten wir versuchen, dieser Situation mit Humor zu begegnen (...) Wir sehen diese ‚kopflose Nacht‘ als eine Gelegenheit, zusammenzustehen und gemeinsam Licht in die Dunkelheit zu bringen.“

Licht ins Dunkel bringen wird die Polizei. Ein Sprecher bestätigt BILD, dass Anzeige erstattet wurde und die Ermittlungen bereits laufen – auch in Richtung einer religiös motivierten Straftat.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/f%C3%BCnft-und-sechstkl%C3%A4ssler-sch%C3%BCler-umzingeln-lehrerin-in-der-pause-und-rufen-allahu-akbar/ar-AA1INMq1?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=cbd82337fe9b48feaf62bcb7a2cf5773&ei=37>
Fünft- und Sechstklässler - Schüler umzingeln Lehrerin in der Pause und rufen „Allahu akbar“
Artikel von FOCUS Online

In einer Berner Schule bildet eine Gruppe von Fünft- und Sechstklässlern einen Mob um eine Lehrerin. Sie rufen „Allahu Akbar“ und weitere religiöse Parolen. Die Schule ist „schockiert“ und bestraft die Schüler mit zahlreichen Maßnahmen.

Der Vorfall ereignete sich am vergangenen Mittwoch (13. Dezember) an der Primarschule Bethlehemacker in Bern. Mehrere Fünft- und Sechstklässler sollen in der Pause einen Mob um eine Lehrerin gebildet haben. Sie hätten die Frau umringt und religiöse Parolen wie „Allahu akbar“ gerufen, zitiert der „Anzeiger Region Bern“ aus einem Elternbrief der Schule.

„Nicht tolerierbar“: Schüler umzingeln Lehrerin - Schule reagiert

Diesen Brief verschickte Schulleiter Sebastian Teuscher am Tag nach dem Vorfall an die Eltern von drei Klassen. „Die Situation hat uns als Schule schockiert. Das Verhalten der Gruppe ist nicht tolerierbar“, heißt es darin. Gegenüber dem „Anzeiger“ sagte Teuscher, der Vorfall sei „sehr irritierend“ und müsse ernst genommen werden.

Die Situation habe sich in den vergangenen Jahren eigentlich beruhigt. „Der Vorfall kam ein wenig aus dem Nichts“, so der Schulleiter. Dem Brief zufolge habe die Schule bereits Maßnahmen ergriffen. So müssen die betroffenen Schüler ihre große Pause nun getrennt und zeitversetzt von den anderen Schülern verbringen. Dabei stehen sie immer unter Aufsicht des Klassenlehrers.

Außerdem stünden Disziplinarmaßnahmen wie Verweise im Raum, und die Schüler müssten an einem Gespräch teilnehmen, in dem der Vorfall aufgearbeitet werden soll.

Laut Schulleiter Teuscher haben sich die Schüler inzwischen entschuldigt. Sie müssten aber „zuerst deutlich spüren, dass sie Grenzen überschritten haben, bevor man über Versöhnung sprechen kann“, sagte er dem „Anzeiger“.

<https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/wirtschaftskrise-was-der-fall-nigerias-%C3%BCber-den-zustand-afrikas-verr%C3%A4t/ar-AA1m9SI1?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=606284e6606347008453a927fcc5d48d&ei=28>
Wirtschaftskrise: Was der Fall Nigerias über den Zustand Afrikas verrät

Artikel von Drechsler, Wolfgang

Noch vor zehn Jahren galt Nigeria als ökonomischer Hoffnungsträger. Heute steht die größte Volkswirtschaft Afrikas exemplarisch für die Perspektivlosigkeit eines ganzen Kontinents.

Es war eine besonders brutale Attacke islamistischer Milizen: Bewaffnete Gruppen attackierten Weihnachten 20 mehrheitlich von Christen bewohnte Dörfer im nigerianischen Bundesstaat Plateau, mindestens 160 Menschen wurden dabei getötet.

Wie bereits zuvor bei ähnlichen Attacken versagte das Militär: Die ersten Soldaten tauchten erst nach zwölf Stunden am Tatort auf, obwohl die Staatsgewalt der Bevölkerung seit Jahren einen gnadenlosen und effizienten Feldzug gegen die Islamisten verspricht.

In den betroffenen Gebieten kam es nach dem Massaker zu spontanen Demonstrationen gegen die Regierung. Gouverneur Caleb Mutfwang versicherte den wütenden Demonstranten zwar, man werde noch in den letzten Tagen des Jahres Maßnahmen zur Eindämmung der Attacken auf unschuldige Zivilisten ergreifen.

Doch die wenigsten dürften ihm Glauben schenken: Ankündigungen zur Beendigung islamistischer Gewalt gab es in den vergangenen Jahren immer wieder, tatsächlich passierte kaum etwas. Islamistische Gruppen töteten in den letzten Jahren Zehntausende Menschen, vertrieben Millionen.

Die zunehmende Gewalt sorgt für Angst und Schrecken, vertreibt Menschen aus ihren Heimatregionen und vertreibt internationale Investoren. Die Folgen sind längst spürbar: Während die Bevölkerung rapide wächst, lahmt die Wirtschaft. Und die Staatsverschuldung erreicht immer neue Höhen.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/148293/Angriffe-auf-Einsatzkraefte-im-Vorfeld-von-Silvester-thematisiert?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Angriffe auf Einsatzkräfte im Vorfeld von Silvester thematisiert

Donnerstag, 28. Dezember 2023

Berlin – In den vergangenen Jahren hat es nicht nur zu Silvester immer wieder Angriffe auf Einsatzkräfte wie Rettungsdienst, Feuerwehr oder auch die Polizei gegeben. In diesem Jahr werden schon im Vorfeld die Stimmen laut, die davor warnen. Eine Umfrage des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Gesetzlichen Unfallversicherung zeigt, dass das Problem weit verbreitet ist.

Demnach gaben 49,5 Prozent der befragten Frauen und Männer im ehrenamtlichen Feuerwehrdienst an, in den vergangenen zwei Jahren Gewalt in Form von Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen erlebt zu haben.

Am häufigsten berichteten die Befragten von Beschimpfungen und Beleidigungen. Tätliche Angriffe seien deutlich seltener. Mehr als einem Drittel (35,9 Prozent) sei während eines Einsatzes angedroht worden, mit einem Fahrzeug angefahren zu werden. 14 Prozent gaben an, mit Feuerwerkskörper beworfen worden zu sein. 16 Prozent sagten, sie seien über die sozialen Medien beleidigt oder beschimpft worden.

Trauriger Alltag

Die Online-Befragung ist den Angaben zufolge die erste bundesweite Befragung zu Gewalterfahrungen von ehrenamtlichen Einsatzkräften. Mehr als 6.500 Feuerwehrleute haben demnach von Anfang November bis Mitte Dezember teilgenommen.

„Die Zahl erlebter Gewaltvorfälle gegen Einsatzkräfte ist zu hoch – und mittlerweile trauriger Alltag“, sagte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Karl-Heinz Banse. Viele Betroffene erstatteten nach wie vor keine Anzeige bei der Polizei, weil sie nicht glaubten, dass ihr Anliegen ernst genommen werde.

80 Prozent der Befragten haben laut Umfrage vor allem Respektlosigkeit und mangelnde Wertschätzung als schlimm empfunden. Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, Stefan Hussy, sagte dazu: „Respektlosigkeit und Aggression gegenüber Einsatzkräften sind keine Bagatellen.“

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) und die Deutsche Gesellschaft für Handchirurgie (DGH) riefen zu einem friedlichen Miteinander in der Silvesternacht auf. „Die Notaufnahme-kapazitäten weiter unter Druck zu setzen, indem Helfende absichtlich verletzt werden, ist grauenhaft“, sagte Steffen Ruchholtz, stellvertretender DGOU-Präsident.

Konsequente Bestrafung notwendig

Politik und Verbände mahnten ein härteres Durchgreifen an. „Es braucht mehr Respekt vor Anderen und konsequentes Bestrafen derjenigen, die sich nicht an die Spielregeln halten. Hinter jeder Uniform steckt ein Mensch“, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU). Die Hemmschwelle, „Menschen in Uniform anzugreifen und zu verletzen“, sei stetig gesunken, sagte er. „Das ist nicht hinnehmbar.“

Banse, nannte solche Taten einen Angriff gegen den Staat. Auch er forderte von der Gesellschaft mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften. „Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die das tun, auch mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden. Da hapert es noch“, sagte er.

Bundesweite Zahlen zu Übergriffen im zu Ende gehenden Jahr liegen noch nicht vor. Vom bayerischen Innenministerium hieß es bereits: „Es gibt aber wohl einen weiteren Anstieg der Fallzahlen beim Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte.“ **In Rheinland-Pfalz wurden nach Angaben des Landesinnenministeriums im ersten Halbjahr dieses Jahres 2.151 Einsatzkräfte als Opfer von Gewaltdelikten erfasst.**

Demnach waren dort 2.023 Polizeibeamte betroffen. Bei der Feuerwehr seien 16 und unter den sonstigen Rettungsdiensten 112 Opfer in den ersten sechs Monaten erfasst worden. Bei den Zahlen handelt es sich laut dem Ministerium um Opfer von in diesem Zeitraum abgeschlossenen Ermittlungsverfahren. Der Tatzeitpunkt könne deshalb auch vor 2023 liegen. 2022 gab es insgesamt mehr als 4.300 Betroffene.

Gewalttaten nehmen weiter zu

Niedersachsen rechnete mit einer Zunahme von Gewalttaten in diesem Jahr. Laut Innenministerium verzeichnet das Bundesland bei Angriffen auf die Polizei mit Stand Ende Oktober ein Plus im unteren dreistelligen Bereich im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt. In Berlin ging die Polizei für 2023 zuletzt von etwa 15 Prozent mehr Angriffen auf Polizisten und 30 Prozent mehr auf Feuerwehrleute im Vergleich zum Vorjahr aus.

Vor dem Jahreswechsel wird das Thema erneut breit diskutiert. Hintergrund sind massive Angriffe auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht vor einem Jahr. Erst im Juni war ein junger Mann in Berlin zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden, weil er nach Überzeugung des zuständigen Amtsgerichts absichtlich einen Boller in Richtung eines Polizisten geworfen hatte.

Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik sagte, die Qualität der Angriffe auf Einsatzkräfte im vergangenen Jahr sei neu, „etwa wenn Rettungskräfte in mutmaßliche Hinterhalte gelockt und angegriffen wurden“.

„Bei Teilen der Jugendlichen ist das Leben als Krimineller ein offenbar erstrebenswerter Lebensentwurf“, sagte der Vize-Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg, Lars Osburg. Dies zeige sich im Auftreten der Jugendlichen gegenüber der Polizei. Zudem diene Gangsta-Rap kriminellen Banden zur Rekrutierung neuer Mitglieder. „Wir wiederholen unsere These, dass sogenannter Gangsta-Rap einen erheblichen Teil zu dieser Entwicklung beiträgt“, sagte er.

Für die Johanniter-Unfall-Hilfe in Niedersachsen steht fest: Jeder Angriff sei einer zu viel. Im Laufe dieses Jahres sei aber kein Anstieg von Angriffen gegen Einsatzkräfte zu verzeichnen gewesen. Der Verein hofft, dass die Öffentlichkeitskampagnen der vergangenen Monate griffen und den Menschen im Bewusstsein bleibe, dass Retter nie Ziel körperlicher Angriffe sein dürfen.

Beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Wiesbaden werden Einsatzkräfte nach Angaben einer Sprecherin geschult, in solchen Situationen deeskalierend zu wirken. „Sie wissen auch, wann sie sich zurückziehen und die Polizei rufen sollten.“ Das Innenministerium in Wiesbaden teilte mit: „Im Rahmen der Aus- und Fortbildung werden Polizistinnen und Polizisten auf derartige Angriffe vorbereitet.“ © hil/dpa/afp/may/aerzteblatt.de

<https://www.pi-news.net/2023/12/silvester-berliner-polizei-bettelt-um-gnade/>

Silvester: Berliner Polizei bittet um Gnade

https://www.youtube.com/watch?v=2tnHv_NZkG4&t=32s

29. Dezember 2023

Von MANFRED ROUHS | Mit einem an Peinlichkeit kaum zu überbietenden Video bittet die Berliner Polizei darum, zum Jahreswechsel von Angriffen einer ihr feindlich gesonnenen Klientel in Stadtteilen wie Neukölln und Kreuzberg verschont zu werden. Das Kalkül der Sympathiewerbung aber geht offenbar nicht auf. Der erste Angriff auf Feuerwehrleute erfolgte bereits am Abend des 28.

Dezembers, wie ein Szenereporter berichtet:

„Mehringplatz, gestern Abend, 19 Uhr, Löschfahrzeug der @Berliner_Fw mit Pyro beschossen. Retter müssen sich ins Fahrzeug zurückziehen, @polizeiberlin muss eingreifen...“

Feuerwehrleute und die Besatzungen von Rettungsfahrzeugen werden von den Randalierern als unbewaffnete Hilfskräfte der Polizei wahrgenommen. Leichte Ziele, weil sie sich nicht wehren können.

Am Mehringplatz in Kreuzberg lebt eine gemischte, heterogene, teils migrantische, teils Alt-Linke Klientel zusammen mit Menschen, die dort von der Sozialbehörde einquartiert wurden und denen schlicht das Geld fehlt, um wegzuziehen. Die SPD-Parteizentrale, das Willy-Brandt-Haus, ist nicht weit, und Polizisten werden im Kiez als feindlicher Fremdkörper wahrgenommen.

Noch aggressiver ist die türkische und arabische, anti-israelische Klientel nicht nur, aber auch in Neukölln und in anderen Teilen Kreuzbergs, die in Repräsentanten des deutschen Staates Verbündete des ihnen verhassten „zionistischen Regimes“ sehen, mit dem sie sich im Kriegszustand wännen. Sie sind durch arabische und türkische Medienberichte aus dem Nahen Osten mit Hass bis über die Halskrause aufgeladen.

Die meisten von ihnen sehen sich auch dann nicht deutschen Normen und Gesetzen verpflichtet, wenn sie aus taktischen Gründen einen deutschen Ausweis erworben haben. Ihre Heimat liegt weit weg im muslimischen Teil der Welt, zu dem sie über die sozialen Netzwerke und über die Satellitenschüsseln auf ihren Dächern und Balkonen Kontakt halten. Ein Berliner Polizist deutscher Herkunft ist für sie der natürliche, geborene Feind – und der migrantische Joe aus dem Polizeivideo ein Verräter.



Diese Klientel will nicht einfach ausgelassen und übermütig Silvester feiern. Sie will Krieg, und Silvester ist für sie kein Grund, sondern nur der äußere Anlass für Aggressionen.

Denen kann die Berliner Polizei sinnvollerweise Räumfahrzeuge, ihr Waffenarsenal und die Innenansicht einer Gefängniszelle zeigen, falls sie Zeit und Kapazitäten für das Produzieren von Videofilmen übrig hat. Noch klüger wäre es aber vielleicht, anzuerkennen, dass diese feindliche Klientel für zivile Argumente nicht erreichbar ist.

Seit dem 28. Dezember knallt es in Berlin, und die Silvesternacht wird nicht besser werden als letztes Jahr. Daran ändert sich so lange nichts, wie der deutsche Politikbetrieb in den Großstädten ein staatsfeindliches Aggressionspotential verhätschelt, das für Vollbeschäftigung bei der Polizei sorgt, bis es des Landes verwiesen wird. Wer glaubt, dem mit Videofilmchen abhelfen zu können, verschließt die Augen vor den sozialen Realitäten nicht nur, aber gerade auch in Berlin.

PI-NEWS-Autor [Manfred Rouhs](#), Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins [Signal für Deutschland e.V.](#), der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die [Zeitschrift SIGNAL](#) herausgibt und im Internet ein [Nachrichtenportal](#) betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem [ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen](#) per Streaming und stellt [politische Aufkleber](#) und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/hamas-massaker-in-israel-recherche-enth%C3%BCllt-neue-details-%C3%BCber-extreme-sexuelle-gewalt/ar-AA1mfgIH?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=64232e5d94234abe85331c25a4c1146b&ei=24>

Hamas-Massaker in Israel: Recherche enthüllt neue Details über „extreme sexuelle Gewalt“
 Artikel von fem

Am 7. Oktober führten die [Hamas](#)-Terroristen in Israel brutale Angriffe gegen Zivilisten durch, bei denen Tausende Menschen getötet wurden. Unter den Terroropfern waren Hunderte junge Israelis – viele von ihnen wurden während eines Techno-Raves in der Negev-Wüste überfallen, die Fotos und Videos der in Panik fliehenden Menschen gingen um die Welt.

Von Anfang an wurde darauf hingewiesen, dass die Terroristen am 7. Oktober massive sexuelle Gewalt verübt haben, was die Hamas stets zurückgewiesen und die Vorwürfe als Teil der „israelischen Propaganda“ bezeichnet hatte.

Nun hat die New York Times (NYT) in einer aufwendigen zweimonatigen Untersuchung aufgedeckt, dass die Angriffe auf Frauen „keine isolierten Ereignisse waren, sondern Teil eines umfassenderen Musters geschlechtsspezifischer Gewalt“, die am 7. Oktober „systematisch verübt“ wurde. Mithilfe von Videoaufnahmen, Fotos, GPS-Daten von Mobiltelefonen und Interviews mit über 150 Menschen, darunter Zeugen, medizinisches Personal, Soldaten und Berater für Vergewaltigungsopfer, identifizierte die NYT mindestens sieben Orte, an denen israelische Frauen und Mädchen brutal misshandelt und getötet wurden.

Unter dem Titel [„Schreie ohne Worte: Wie die Hamas am 7. Oktober sexuelle Gewalt als Waffe einsetzte“](#) präsentiert die NYT die Ergebnisse ihrer Recherche und kommt dabei zu dem Schluss: Das Ausmaß der sexuellen Gewalt gegen israelische Frauen sei weitaus schlimmer als bisher bekannt. Überall dort, wo Hamas-Terroristen zugeschlagen haben, seien Frauen brutal misshandelt worden, erklärten israelische Beamte gegenüber der NYT. Zitiert werden Augenzeugen, die in anschaulichen Details beschrieben, wie sie an zwei verschiedenen Orten entlang der Route 232 die Leichen von Frauen sahen, an denen die Zeichen der erlittenen sexuellen Gewalt offensichtlich gewesen seien. Die NYT befragte mehrere Soldaten und freiwillige Sanitäter, die beschreiben, dass sie mehr als 30 Leichen von Frauen und Mädchen in zwei Kibbuzim in entsprechendem Zustand vorgefunden haben – gespreizte Beine, abgerissene Kleidung sowie deutliche Anzeichen von Missbrauch im Genitalbereich.

Neben auf Erinnerungen basierenden Berichten von Augenzeugen hatte die NYT Zugang zu Foto- und Videomaterial, welches die Brutalität der Terroristen gegenüber israelischen Frauen belegen soll und die Autoren als „extrem verstörend“ beschreiben.

Etwa „ein vom israelischen Militär zur Verfügung gestelltes Video, das zwei tote israelische Soldatinnen auf einem Stützpunkt in der Nähe des Gazastreifens zeigt, denen offenbar direkt in die Vagina geschossen worden war“. Oder das Foto einer Frauenleiche aus einem Kibbuz, der Nägel in die Oberschenkel und die Leistengegend gehämmert worden waren.

Während die Hamas die israelischen Vorwürfe der sexuellen Gewalt stets zurückgewiesen hat, sammeln die Ermittler der obersten israelischen Polizeieinheit, Lahav 433, kontinuierlich Beweise – doch zu beziffern, wie viele Frauen vergewaltigt wurden, erweise sich als extrem schwierig: „Die meisten Opfer sind tot und begraben. Keine der Überlebenden hat sich bisher öffentlich geäußert“, so die NYT. Es sei jedoch auch zu folgenschweren Entscheidungen und möglicherweise Fehlern durch die Ermittler gekommen, die eine vollständige Aufklärung verunmöglichen.

Die israelische Polizei hat gegenüber der NYT zugegeben, dass sie sich während des Schocks und der Verwirrung am 7. Oktober nicht darauf konzentrierte, Spermaproben von den Leichen der Frauen zu sammeln, Autopsien anzufordern oder die Tatorte genau zu untersuchen. In diesem Moment, so die Behörden, sei man in erster Linie darauf bedacht gewesen, die Toten zu identifizieren und zurückzuschlagen.

Aufgrund religiöser Vorschriften seien die meisten Opfer des Massakers schnellstmöglich beerdigt worden. Dadurch sei es nicht mehr möglich, die genauen Umstände ihres Todes zu rekonstruieren. Die Untersuchungseinheit müsse sich deshalb auf Bilder, Videos und die wenigen Aussagen von Überlebenden stützen. Sapir, eine 24-jährige Buchhalterin, die den Supernova-Rave besuchte, ist zu einer der wichtigsten Zeuginnen der israelischen Polizei geworden. Sie sprach auch mit der NYT: „In einem zweistündigen Interview vor einem Café im Süden Israels erzählte sie, wie sie sah, wie Gruppen von schwer bewaffneten Männern mindestens fünf Frauen vergewaltigten und töteten.“ Sie schilderte, wie sie sich am 7. Oktober um 8 Uhr morgens unter den niedrigen Ästen eines buschigen Baums direkt an der Route 232 versteckt hatte: „Ihr war in den Rücken geschossen worden, sie fühlte sich ohnmächtig. Sie deckte sich mit trockenem Gras zu und blieb so ruhig liegen, wie sie konnte“, ist in der NYT zu lesen. Sapir beschreibt, was sie aus ihrem Versteck beobachtete. Eine der fünf Frauen sei „von mehreren Männern herumgereicht worden“, man habe ihr die Hose bis zum Knie heruntergezogen. Ein Mann habe hinter ihr gestanden, sie vergewaltigt und jedes Mal, wenn sie zurückgewichen sei, habe er ihr mit einem Messer in den Rücken gestochen. Sie habe dann zugesehen, wie eine andere Frau „in Stücke geschreddert“ wurde. Während ein Terrorist sie vergewaltigt habe, habe ein anderer einen Kartonschneider gezückt und ihr die Brust abgeschnitten. Sapir legte Fotos von ihrem Versteck und ihren Wunden vor, wie die Polizeibeamten bestätigten. Viele Augenzeugenberichte ähneln sich. Etwa der von Yura Karol, ein 22-jähriger Sicherheitsberater, der sich auch an der Route 232 versteckte und auf einem der Fotos von Sapir zu sehen ist. Oder der von Rad Cohen, der der NYT berichtet, wie er von seinem Versteck an einem anderen Abschnitt der Autobahn aus gesehen hat, wie fünf Männer in Zivilkleidung, alle mit Messern und einer mit einem Hammer, eine Frau über den Boden schleiften: „Sie war jung, nackt und schrie“, so Cohen, „Sie versammeln sich alle um sie. (...) Sie stand auf. Sie fing an sie zu vergewaltigen. Ich sah die Männer in einem Halbkreis um sie herum stehen. Einer drang in sie ein. Sie schrie. Ich erinnere mich noch an ihre Stimme, Schreie ohne Worte.“

Und dann gibt es die verstörenden Schilderungen der Ersthelfer in den Kibbuzim. Acht freiwillige Sanitäter und zwei israelische Soldaten berichteten der NYT, dass sie in Be’eri und Kfar Aza in mindestens sechs verschiedenen Häusern auf insgesamt 24 Leichen von Frauen und Mädchen gestoßen seien. Sie seien nackt oder halb nackt, teilweise verstümmelt, teilweise gefesselt und oft alleine gewesen.

Weil ihre Aufgabe darin bestand, nach Überlebenden zu suchen, habe man die Tatorte in vielen Fällen jedoch nicht dokumentiert.

Den israelischen Behörden, so die NYT, mangle es nicht an Videobeweisen von den Anschlägen vom 7. Oktober.

Es gebe stundenlanges Filmmaterial von Hamas-Körperkameras, Dashcams, Sicherheitskameras und Mobiltelefonen, welches die Terroristen bei der Tötung von Zivilisten zeige, sowie viele Bilder von verstümmelten Leichen. Und trotzdem: „Wir haben null Autopsien, null“, sagt Moshe Fintzy, stellvertretender Polizeipräsident und ranghoher Sprecher der israelischen Nationalpolizei, der Zeitung.

Das liege daran, so Fintzy, dass israelische Ermittler unter Druck standen, schnellstmöglich festzustellen, wer tot und wer nach Gaza verschleppt worden sei. Nach jüdischer Tradition werden Beerdigungen zudem unverzüglich abgehalten. Dies habe dazu geführt, dass viele Leichen, die Anzeichen von sexuellem Missbrauch aufwiesen, ohne medizinische Untersuchung beigesetzt wurden, „was bedeutet, dass potenzielle Beweise nun im Boden vergraben liegen“. Neben ihm beim Interview mit der NYT sitzt Polizeihauptkommissarin Mirit Ben Mayor, die der Zeitung sagt, sie glaube, dass die Brutalität gegen Frauen „eine Kombination aus zwei grausamen Kräften“ sei: „dem Hass auf Juden und dem Hass auf Frauen“.

Einige Rettungssanitäter, die mit der NYT gesprochen haben, wünschen sich jetzt, sie hätten mehr von dem, was sie gesehen haben, dokumentiert. In Interviews sagten sie, sie hätten beim Versuch, den Toten gegenüber respektvoll zu sein, „versehentlich Beweise zerstört“.

Das sei der Fall beim Katastrophenschutzteam Zaka. Viele der Freiwilligen, die dort arbeiten, seien religiöse Juden und arbeiten nach strengen Regeln, die einen tiefen Respekt vor den Toten verlangen. „Ich habe keine Fotos gemacht, weil wir nicht fotografieren dürfen“, sagt etwa Yossi Landau, „im Nachhinein bereue ich das.“

https://www.focus.de/panorama/koeln-wien-und-madrid-im-visier-von-is-terroristen-so-gott-will-wird-es-bombe-bald-geben-neue-hinweise-zu-islamisten-anschlag-auf-koelner-dom_id_259536955.html

Köln, Wien und Madrid im Visier von IS-Terroristen, „Wann führen wir den Anschlag durch?“ Neue Hinweise zu geplantem Attentat in Köln.

FOCUS-online-Reporter Axel Spilcker

Samstag, 30.12.2023, 14:23

Deutsche Ermittler haben neue Details zu einem geplanten islamistischen Anschlag in Köln herausgefunden. Einer der Terroristen war offiziell bei deutschen Missionaren gemeldet. FOCUS online hat Einblick in das brisante Material bekommen.

Der Hinweis auf eine Terror-Zelle aus Zentralasien erfolgte Anfang Februar 2023 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Abhörmaßnahmen hatten auf die Spur von zwei Chatpartnern geführt, die im Auftrag der Terror-Miliz „Islamischer Staat“ in der afghanischen Region Khorasan, abgekürzt „ISPK“, so viele Ungläubige wie möglich töten wollten. Über Telegram erkundigte sich der Turkmene Ata A. mit dem Kürzel @saffah_777 bei seinem Chatpartner Abdusamad A.: „Wann führen wir hier einen Anschlag durch?“ Ob der „Scheikh“ nicht im Namen des ISPK ein Attentat organisieren könne?, wollte er wissen.

Terrorist hieß bei Telegram „Blutvergießer“

Abdusamad A., ein 29-jähriger Tadschike, der mit seiner Frau in die niederländische Stadt Breda unter falscher Flüchtlingslegende eingereist war, beruhigte seinen Mitstreiter aus dem nordrhein-westfälischen Ennepetal. Er möge noch abwarten. Das Gespräch aus dem Sommer 2022 führte zu umfangreichen Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft.

Allein der Telegram-Account mit dem Namen „Saffah“ ließ die Staatschützer aufhorchen. Aus dem Arabischen übersetzt bedeutet das Wort: „Killer oder Blutvergießer.“ Es sollten noch weitere fünf Monate vergehen, ehe die Ermittler in den Niederlanden sowie in NRW zuschlugen und neun Tatverdächtige nach einer großangelegten Razzia am 7. Juli verhafteten.

Islamist im Haus von deutschen Missionaren gemeldet

FOCUS online konnte Vermerke einsehen, die eine hochaktive Terror-Gruppe dokumentieren. Im Umfeld tauchte etwa der 30-jährige Mukhammadrajab B. auf. Bei einer Fahrzeugkontrolle auf der A3 an der Raststätte Urbacher Wald wurde der Tadschike vor neun Monaten als Beifahrer in einem Opel Zafira lokalisiert. Den Wagen nutzte meist ein Helfer der ISPK-Terrortruppe.

B. war im saarländischen Sankt Wendel im Haus der Steyler Missionare gemeldet. Wie sich nun herausstellte, soll sich der Islamist mit jenen drei Terrorverdächtigen in Wien ausgetauscht haben, die an Silvester offenbar Anschläge auf den Stephansdom, in Madrid und auf den Kölner Dom geplant hatten. So soll er mit einem Komplizen aus Wien auch die Sicherheitsvorkehrungen im Kölner Dom ausgespäht haben.

Nach der Festnahme kurz vor Weihnachten setzte ein saarländischer Haftrichter den Verdächtigen wieder auf freien Fuß. B. fuhr zu Freunden nach Wesel. Dort legten ihm Spezialeinsatzkräfte Handschellen an. Ein Amtsrichter folgte dem Antrag, den 30-Jährigen über den angeblich geplanten Anschlag an Silvester hinaus in Polizeigewahrsam zu nehmen.

Für einen konkreten Tatverdacht reichen die Beweise derzeit nicht aus. Bisher sei auch völlig ungewiss, wie der Terrorakt in Wien, Madrid und Köln konkret ablaufen sollte, heißt es aus NRW-Sicherheitskreisen.

„Kalifatsbrigaden“ planen Anschläge gegen deutsche Juden

Klar ist, dass die Anschlagsgefahr laut BfV-Präsident Thomas Haldenwang so hoch ist wie lange nicht mehr. Insbesondere der ISPK, die einflussreichste Terror-Filiale der selbst ernannten Kalifatsbrigaden, ruft seit Jahren zu Anschlägen gegen „die Kreuzritter und Juden“ auf. Die Kommandeure rekrutieren für ihre Missionen insbesondere Dschihadisten aus Zentralasien. Mit falschen Papieren oder Fluchtgeschichten reisen diese Zellen verstärkt nach Deutschland ein, um Asylanträge zu stellen.

Im Mai des vergangenen Jahres verurteilte der Düsseldorfer Staatsschutzsenat ein fünfköpfiges überwiegend tadschikisches Kommando zu Haftstrafen zwischen vier und neuneinhalb Jahren. Die Angeklagten hatten Bombenanschläge mit Drohnen auf US-Militärbasen in Deutschland geplant. Auch wollten sie einen Islamkritiker aus Neuss ermorden. Zudem verfügte die Gruppe über weitreichende Beziehungen zur militanten Islamistenszene in Österreich.

Islamisten erschleichen sich Aufenthaltsstatus über erfundene Flucht-Story

Nach dem Fehlschlag des ersten Terror-Kommandos sickerte die zweite Truppe im Februar 2022 nach Deutschland ein. Dieses Mal führte der Weg über die Ukraine und Polen. Ähnlich wie die Vorgänger erschlichen sich die Mitglieder mit erfundenen Geschichten über Folter und Gefängnis einen Aufenthaltsstatus.

Dabei hatte der mutmaßliche Kopf der Gruppe, Abdusamad A., genannt „der Sheikh“, bereits zwei Jahre zuvor mit zwei Anführern von ISPK-Unterstützerzellen das Vorgehen erörtert, um in Europa ein Blutbad anzurichten. Entsprechende Erkenntnisse lieferte der Bundesnachrichtendienst (BND).

In der Folgezeit reiste A. in die Ukraine. Dort beteiligte er sich an den Vorbereitungen zu einem Attentat auf ein jüdisches Neujahrsfest, das zwischen dem 18. und dem 20. September 2020 in der Stadt Uman stattfinden sollte. Das Komplott flog auf.

In der Ukraine musste der Sheikh zunächst einen Hausarrest absitzen, ehe er fliehen konnte. Ein weiteres Mitglied der Gruppe soll in Syrien in einem IS-Lager einen Gefangenen enthauptet haben. Zudem bestanden Kontakte zu zwei ISPK-Mitgliedern, die wegen eines geplanten Anschlags in Straßburg verhaftet worden waren.

Internetseiten strenggläubiger deutscher Juden im Visier der Islamisten

In Deutschland verhielt sich die Gruppe unauffällig. Sheikh Abdusamad A. erteilte aus dem holländischen Breda die Befehle. Bereits im März 2022 entdeckten die niederländischen Staatsschützer auf seinem Handy Anleitungen zum Bombenbau. Ein Jahr danach forderte er den zweiten Anführer aus Ennepetal auf, automatische Schusswaffen „für drei deutsche Brüder zu beschaffen“. Sein Gefolgsmann bekundete: „Bald wird es eine Bombe geben, so Gott will.“ Auch klickte die Gruppe Seiten an, die über den Tagesablauf strengreligiöser Juden informierten.

Bomben-Chemikalien in Baumärkten gekauft

Überdies besuchte man in NRW Bau- und Flohmärkte. Hier interessierten sich die Mudschahedin (islamistische Kämpfer) vor allem für Sanitärbedarf sowie Chemikalien, um Pools zu reinigen und Schädlinge zu bekämpfen. Alles Dinge, die sich als Basisstoffe für die Herstellung von Sprengstoffsätzen eigneten. Bei Observationen beobachteten die Staatsschützer konspirative Treffen in Bonn, Berlin, Düsseldorf, Gelsenkirchen oder in Amsterdam. Im Gruppenchat kursieren Fotos von Koffern mit Plastiktaschen, gefüllt mit einer farblosen Flüssigkeit.

IS-Witwen an Islamisten in Deutschland vermittelt

Neben Anschlagplänen sammelte die ISPK-Clique in NRW-Städten über Moscheevereine Spenden zum Freikauf von IS-Gefangenen in kurdischen Lagern in Syrien. Dabei soll auch ein bereits wegen Terror-Propaganda einschlägig verurteilter Hassprediger aus Herne eine wichtige Rolle spielen. „Geld für die Schwestern im Gefängnis“, lautete die Parole. Weitere Sammelstellen fanden sich in Moscheevereinen in Köln und Düsseldorf.

Auch aus dem so genannten „Haus des Geldes“, der Finanzverwaltung des ISPK am Hindukusch, flossen Mittel. Zudem vermittelte die Zelle IS-Witwen an Islamisten in Deutschland. Ein Mitglied der Gruppe heiratete laut dem BND die ukrainische Dschihadistin Khatidche Z. nach islamischem Ritus. Vor neun Jahren hatte sie sich dem IS in Syrien angeschlossen. Drei Ehemänner starben in Gefechten, ehe die Witwe mit ihren sechs Kindern kurdischen Freischärlern in die Hände fiel und im berüchtigten Gefangenenlager „Al Hawl“ interniert wurde.

In dem Camp zählte die Mutter zur Hardcore-IS-Fraktion, erzog ihre Kinder streng nach der Dschihad-Doktrin. Vor zwei Jahren kam die Extremistin mit ihren Nachkommen frei. Am 24. März 2022 reiste die IS-Anhängerin nebst ihren Kindern in Deutschland ein. Zunächst lebte sie mit ihrem neuen Mann in Münster, später in Bielefeld. Im Zuge der Razzia Anfang Juli 2023 gegen die zentralasiatische Terror-Zelle des Sheikhs wanderte die 38-jährige Ukrainerin neben ihrem Partner ebenfalls in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft Khatidche Z. Mitgliedschaft in der ausländischen IS-Terrororganisation vor.

In der Islamistengruppe in Deutschland zählte einzig die Sharia

Ausgelesene Chatnachrichten belegen ein radikal-islamisch salafistisches Weltbild in dem Extremistenzirkel. Die Terror-Zelle folgte insbesondere radikalen Predigern wie Abu Muhamed al Madani. Den Dschihad habe er längst angenommen, bekundete eines der Mitglieder, „aber die Religion hatte ich nicht tief verstanden.“ In der Gruppe zählte einzig die Sharia (islamische Gesetzessammlung) als Richtschnur, die Demokratie lehnte man ab.

So haderte einer der beiden Anführer damit, eine Geldbuße an die Najas (den Unrat) zu begleichen, weil er über eine rote Ampel gefahren sei. Denn ungläubige Nichtmuslime (Kufar) gelten als „unrein“, die nur durch einen Märtyreranschlag in NRW vernichtet werden können.

„Mein Tod soll nach Düsseldorf kommen“, erklärte ein Terrorverdächtiger via Chatnachricht seiner Frau.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/148320/Welternaeahrungsprogramm-Lebensmittellager-im-Sudan-gepluendert?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Welternährungsprogramm: Lebensmittellager im Sudan geplündert

Freitag, 29. Dezember 2023

Port Sudan – Die sudanesische Miliz RSF hat nach Angaben des UN-Ernährungsprogramms (WFP) am vergangenen Wochenende im sudanesischen Bundesstaat Jezira ein Lebensmittellager geplündert.

Mit den Vorräten hätten fast 1,5 Millionen Menschen einen Monat lang mit Hirse, Öl und Hülsenfrüchten ernährt werden können, hieß es in einer Mitteilung des WFP. Zudem seien spezielle Rationen für die Versorgung von rund 20.000 unterernährten Kindern und stillenden Müttern gestohlen worden.

„Die sudanesischen Menschen, die bereits verzweifelt sind und vor den Kämpfen fliehen, sind nun auch noch der Unterstützung beraubt worden, die sie benötigen“, sagte Michael Dunford, WFP-Regionaldirektor für Ostafrika. Er forderte, dass die RSF den Schutz humanitärer Hilfe garantieren müsse.

Der RSF des Milizenführers Mohamed Hamdan Daglo werden seit Beginn des Konflikts im April Plünderungen, Massentötungen, Vergewaltigungen und ethnische Säuberung vorgeworfen. In dem andauernden Machtkampf kämpft die RSF gegen die Streitkräfte des sudanesischen de-facto Staatschefs Abdel Fattah al-Burhan. Zuletzt konnte die RSF auch im Zentrum des Landes gegen die sudanesische Armee vorrücken.

Im Bundesstaat Jezira, der auch als die Kornkammer des Landes gilt, löste die RSF eine neue Fluchtbewegung aus. Hunderttausende Menschen aus der Hauptstadt Khartum hatten in den vergangenen Monaten in der regionalen Hauptstadt Wad Madani Zuflucht gesucht. © dpa/aerzteblatt.de

https://de.wikipedia.org/wiki/Rapid_Support_Forces

Rapid Support Forces

[Zur Navigation springen](#)[Zur Suche springen](#)

Die Rapid Support Forces (RSF; [arabisch](#) قوات الدعم السريع *Quwwāt ad-da‘m as-sarī*, [deutsch](#) Schnelle Unterstützungskräfte) sind eine [islamische](#), [paramilitärische](#) Gruppe im [Sudan](#), die bis zu [dessen Sturz](#) dem Kommando von Präsident [Umar al-Baschir](#) unterstand und danach an der Militärregierung beteiligt war. Mitte April 2023 versuchte die RSF die Kontrolle im Sudan zu erlangen; an vielen Orten im Land greift sie Einrichtungen der [Sudanesischen Streitkräfte](#) und deren Regierung an. Analysten gehen von geschätzten 70.000^[1] bis 100.000^[2] RSF-Kämpfern im Sudan aus.

Die RSF entstand und besteht größtenteils aus der [muslimischen Dschandschawid](#)-Miliz, die im [Darfur-Konflikt](#) auf Seiten der sudanesischen Regierung kämpfte und dabei für zahlreiche [Menschenrechtsverletzungen](#) und [Kriegsverbrechen](#) verantwortlich gemacht wird. Ihr Kommandeur ist Generalleutnant [Mohammed Hamdan Dagalo](#).^[3]

Logo der Rapid Support Forces (RSF)



Inhaltsverzeichnis

- [1Aktivitäten und Einsatzgebiet](#)
 - [1.1Zweiter Libyscher Bürgerkrieg](#)

- [1.2Krieg im Jemen](#)
- [1.3Unterbindung von Migration im Auftrag der EU](#)
- [1.4Militärputsch und Massaker an Demonstranten](#)
- [1.5Putschversuch 2023](#)
- [2Kooperation mit der Gruppe Wagner](#)
- [3Einzelnachweise](#)

Aktivitäten und Einsatzgebiet[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

Zweiter Libyscher Bürgerkrieg[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

Im Libyschen Bürgerkrieg unterstützte die RSF im Juli 2019 die [Libyan National Army](#) (LNA) unter [Khalifa Haftar](#) in [Tobruk](#) bei deren Offensive im Westen des Landes. Rund 1000 RSF-Kämpfer waren in Libyen.^[4]

Krieg im Jemen[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

Im [Jemenkrieg](#) kämpfen die RSF zusammen mit der [Sudanesischen Armee](#) auf Seiten [Saudi-Arabiens](#) gegen die [Huthi-Rebellen](#). General Dagalo bestätigte im April 2019, dass sudanesishe Truppen auch nach dem Sturz von Präsident al-Baschir weiterhin im Jemen bleiben werden, bis „die Ziele der Allianz erreicht sind“.^[5]

Unterbindung von Migration im Auftrag der EU[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

Seit der [Flüchtlingskrise in Europa ab 2015](#) arbeitet die Europäische Union im Zuge des *Khartum-Prozesses* mit einigen afrikanischen Ländern, unter anderem dem Sudan, zusammen, um illegale Migration nach Europa und Menschenschmuggel zu bekämpfen. Für den Grenzschutz, der mit finanziellen Mitteln von der EU unterstützt wird und Migranten an der Weiterreise nach [Libyen](#) und von dort nach Europa hindern soll, sind auch die RSF zuständig.^{[6][7]}

Militärputsch und Massaker an Demonstranten[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

Siehe auch: [Militärputsch im Sudan 2019](#)

Die RSF waren im Frühjahr 2019 an dem Militärputsch beteiligt, der zum Sturz von Staatspräsident [Umar al-Baschir](#) führte. General Dagalo wurde nach dem Militärputsch stellvertretender Vorsitzender des Militärrates, der vorerst die Regierungsgeschäfte übernahm. Am 3. Juni 2019 ereignete sich vor dem [Hauptquartier](#) der Armee ein [Massaker](#) an Demonstranten: Über hundert Protestierende kamen ums Leben, über 300 weitere wurden verletzt. Für das Massaker werden vor allem die RSF verantwortlich gemacht.^[8] Kämpfer der RSF sollen außerdem zahlreiche Frauen und Männer vergewaltigt haben.^{[9][7]}

Putschversuch 2023[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

Siehe auch: [Kämpfe im Sudan 2023](#)

Ab 15. April 2023 versuchte die RSF, die Kontrolle im Sudan zu erlangen. Sie griff an mehreren strategisch wichtigen Orten im Land Einrichtungen der [Sudanesischen Streitkräfte](#) und deren Regierung an.

Kooperation mit der Gruppe Wagner[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

Al Araby TV berichtete von Verbindungen zwischen dem russischen privaten [Militärunternehmen Wagner](#) und Mohamed Hamdan Dagalo. Geleakte Dokumente weisen auf die Unterstützung durch Wagner hin: Die Gruppe Wagner soll Dagalos Truppen Ausbildung und Ausrüstung einschließlich gepanzerter Fahrzeuge und [Kampfhubschraubern](#) bereitgestellt haben. Wagner soll auch während Dagalos Besuch in Russland im Jahr 2018 Sicherheitsdienste für diesen erbracht haben.^{[10][11]}

Laut [Robert Lansing Institute](#) besteht die Rolle der Gruppe Wagner in der Region vor allem darin, den von Dagalos RSF beherrschten [Goldbergbau](#) zu schützen und zu kontrollieren. Es gehe darum, Konkurrenten in der Goldbergbauindustrie in [Süd-Darfur](#) zu bekämpfen. Das Robert Lansing Institute geht davon aus, dass [Russland](#) das Gold aus dem Sudan unter Umgehung offizieller Goldexportbestimmungen nach Russland bringt und der Haushalt des Sudan Milliarden USD verliert.^[12]

Einzelnachweise[\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten\]](#)

1. ↑ Declan Walsh: *Who is General Hamdan, the leader of the Rapid Support Forces?* In: *The New York Times*. 15. April 2023, [ISSN 0362-4331](#) ([nytimes.com](#) [abgerufen am 4. Mai 2023]).

<https://journalistenwatch.com/2024/01/06/waehrend-bischoefe-gegen-rechtsextremismus-predigen-neue-details-ueber-geplanten-islam-terror-von-koeln/>

- [Januar 6, 2024](#)
- 18:00
- [Von: Kurschatten](#)

Während Bischöfe gegen Rechtsextremismus predigen: Neue Details über geplanten Islam-Terror von Köln

Nur mit sehr viel Glück konnten in Köln und Wien an Weihnachten und Silvester wieder einmal verheerende islamistische Terroranschläge verhindert werden. Und während ausgerechnet im wegen Terrorgefahr gesperrten Kölner Dom (und anderswo) in Predigten vor der "Bedrohung des Rechtsextremismus" gewarnt wird, offenbaren die Ermittlungen das Ausmaß der Abgründe der eigentlichen, verzweifelt heruntergespielten oder verschwiegenen Gefahr im Land. Laut „Bild“ geht [aus dem Antrag auf Sicherungsgewahrsam gegen die Verdächtigen aus Tadschikistan](#) hervor, dass eine „Weihnachtsveranstaltung mit hochrangigen Politikern“ und dann an Silvester am Kölner Dom ein Auto voller Bomben in eine Menschenmenge gesteuert werden sollte. Der Wagen sei von einem Mann mit türkischen Wurzeln und sechsfachen Vater besorgt worden, der in einem vierstöckigen Haus wohne, in dem unten eine Moschee sei. Der Wagen und der vorgesehene Fahrer konnten bislang nicht auffindig gemacht werden.

Zudem besteht der Verdacht, dass ein weiterer Anschlag in Madrid geplant war. Der mutmaßliche Kopf der Terrorbande „Islamischer Staat in der Provinz Khorasan (ISPK)“, Mukhammadrajab B., habe dort „bislang unbekannte Örtlichkeiten erkundet“, heißt es in dem Antrag. Am Kölner Dom hatte er diese Vorbereitungen offenbar bereits abgeschlossen. Am 8. Dezember hatte er sich mit Islamisten in Wien getroffen und den Prater und den Stephansdom ausspioniert. Einen Tag später reiste er nach Istanbul, um sich dort mit einem Unbekannten, möglicherweise dem Drahtzieher der Anschläge zu treffen. Am 19. Dezember befand er sich dann wieder auf Erkundungstour in Wien. Bundesnachrichtendienst und Bundeskriminalamt gehen davon aus, dass eine Weihnachtsveranstaltung mit hochrangigen Politikern im Stephansdom das Ziel war.

Direkte Anschlagsweisung aus Afghanistan

Mukhammadrajab B., der am 23. Dezember in Sankt Wendel (Saarland) festgenommen wurde, erhielt bereits im Mai 2023 eine „direkte Anweisung vom ISPK aus Afghanistan für Anschläge in Köln“. Anfang Dezember hatte er sich einem Islamisten getroffen, der wiederum von einem Terror-Scheich beglückwünscht wurde, „dass er sich entschieden habe, sich in das Paradies aufzumachen“. Aus Ermittlerkreisen hieß es, dies sei „das klare Zeichen, dass er die Zusage gegeben hat, als Selbstmordattentäter zu sterben“. Die Methodik weise viele Parallelen zur achtköpfigen Tadschiken-Terrorzelle „Buran“, die seit Sommer in U-Haft sitzt. Auf deren Handys wurden Videos und Fotos von einem „Jahrmarkt, der sich gemäß seiner Aussage in Köln befindet“, entdeckt. In einem Chat schrieb einer der Verdächtigen: „Heute und morgen sind bei den Nadschasen (übersetzt: Dreck) Feiertage“. Mit „Dreck“ sind Christen gemeint. Auch der Jahrmarkt war genau gefilmt worden.

Hier zeigt sich also, dass immer ausgeklügeltere Terroranschläge geplant werden. Dass Köln, Wien und vielleicht Madrid diesem Alptraum entgingen, ist nur glücklichen Umständen zu verdanken. An ernsthafte Gegenmaßnahmen ist natürlich nicht zu denken. **Die Ampel-Regierung tut nicht das Geringste, um den unaufhörlichen Zustrom muslimischer Migranten auch nur minimal zu reduzieren. Wie viele Terroristen und Sympathisanten jeden Tag nach Deutschland strömen oder**

dies in den letzten acht Jahren seit Angela Merkels Grenzöffnung für die ganze Welt bereits getan haben, weiß kein Mensch. Deutschland und auch Österreich, das den Migrationswahnsinn ebenfalls mitgemacht hat, wissen de facto nicht mehr, wer sich auf ihrem Territorium aufhält. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis es zu katastrophalen Terroranschlägen kommt. (TPL)

<https://de.gatestoneinstitute.org/20250/taegliche-dschihad-in-frankreich>

Der tägliche Dschihad in Frankreich

von [Guy Millière](#)

22. Dezember 2023

Englischer Originaltext: [Daily Jihad in France](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

Paris, 2. Dezember 2023. 21 Uhr. Ein Mann, der "Allahu Akbar!" ("Allah ist der Größte!") brüllte, [stach auf eine deutsche Touristin ein](#), die an der Seine in der Nähe des Eiffelturms spazieren ging, in einer Gegend, die als sicher gilt. Auf dem Weg ins Krankenhaus starb das Opfer. Der Mörder, der wieder "Allahu Akbar!" brüllte, griff zwei weitere Personen an und verletzte sie schwer, bevor die Polizei ihn festnahm. In einer Pressemitteilung der Regierung wurde rasch erwähnt, dass der Mörder ein französischer Staatsbürger war, der in Frankreich geboren wurde und den überaus französischen Vornamen [Armand](#) trug.

Dann schlug die Realität zu. Armand wurde tatsächlich 1997 in Frankreich geboren, aber sein ursprünglicher Vorname war Iman (vollständiger Name: [Iman Rajabpour-Miyandoab](#)) – bis 2003, als seine iranischen Eltern, die aus der Islamischen Republik geflohen waren, französische Staatsbürger wurden und seinen Namen in Armand änderten. In den Jahren 2015 und 2016 bekannte er sich zum Islamischen Staat (ISIS) und nahm über soziale Netzwerke [Kontakt](#) zu vielen Islamisten auf, die in diesem Zeitraum Terroranschläge in Frankreich verübt hatten, und [plante einen Terroranschlag](#) in Paris.

Bevor er seinen Plan ausführen konnte, wurde er 2016 verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Nach vier Jahren wurde er freigelassen und [auf die staatliche Liste](#) der besonders gefährlichen Personen gesetzt. Am Nachmittag des 2. Dezember 2023 [zeichnete er ein Video auf](#), in dem er ankündigte, er wolle "die Muslime rächen" und Ungläubige töten – was er wenige Stunden später auch tat. Innenminister Gérald Darmanin [betonte](#), dass der Mörder unter "Kontrolle" gestanden habe.

Über den Mord wurde ausführlich berichtet. Viele Journalisten [merkten an](#), dass die Ermordung einer Touristin in Paris durch einen islamistischen Ex-Sträfling bei ausländischen Besuchern Panik auslösen könnte, und die Tatsache, dass ein von den Behörden als gefährlich eingestuft islamischer Extremist frei herumläuft, könnte noch mehr Besorgnis auslösen, insbesondere mit der Erwähnung einer "psychiatrischen Behandlung". Auch Kobili Traoré, der 2017 Sarah Halimi ermordete und in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurde, wurde kürzlich für [nicht verantwortlich für seine Taten](#) erklärt und wird [bald frei sein](#).

Was in Frankreich jedoch Anlass zur Sorge geben *sollte*, ist die weit verbreitete Zunahme der islamistischen Gewalt. Offizielle Statistiken zeigen, dass es in Frankreich jeden Tag im Durchschnitt [120 Messerangriffe](#) gibt, von denen viele tödlich enden.

Obwohl die Zahl der von islamistischem Hass erfüllten Taten gegen Nicht-Muslime immer mehr zunimmt, werden die meisten von ihnen stillschweigend übergangen. Einige sind jedoch so abscheulich, dass sie von den Mainstream-Medien nicht ignoriert werden können. Der Mord in

Marseille an Laura Paumier und Mauranne Harel, zwei jungen Studentinnen, die 2017 von dem illegalen Einwanderer [Ahmed Hanachi](#) vor den Augen einer entsetzten Menge mit einem Fleischermesser [abgeschlachtet und ausgeweidet](#) wurden, war beispielsweise ein besonderer Schock. Ebenfalls in Marseille [schlitzte](#) Mohamed L., ein [radikalisierte](#) Drogendealer, im Jahr 2022 dem Militärarzt Alban Gervaise vor den Augen seiner beiden kleinen Kinder die Kehle auf, als er sie von der Schule abholte. Einen Vater vor den Augen seiner Kinder abzuschlachten, schien besonders schockierend und barbarisch. Bei beiden Gelegenheiten schrien die Mörder stolz "Allahu Akbar". Jean-Baptiste Salvaing und Jessica Schneider, zwei Polizeibeamte, wurden 2016 in ihrem Haus in der Nähe von Paris vor den Augen ihres kleinen Sohnes von dem Islamisten [Larossi Abballa gefoltert und abgeschlachtet](#).

Die Ermordung von [Fabienne Broly Verhaeghe](#), einer 68-jährigen Krankenschwester, am 18. Oktober 2023 in Lille erreichte ebenfalls ein kaum vorstellbares Ausmaß an Grausamkeit: Mohamed B., ein 17-jähriger illegaler Einwanderer, der in der Elfenbeinküste geboren wurde, brach in ihre Wohnung ein, vergewaltigte sie, skalpierte und weidete sie aus und hackte ihr die Hände ab.

Am 16. Oktober 2020 wurde [Samuel Paty](#) in der Nähe des Gymnasiums, an dem er unterrichtete, von [Abdoullakh Anzorov](#), einem 18-jährigen tschetschenischen Flüchtling, enthauptet, was Präsident Emmanuel Macron dazu veranlasste, Maßnahmen zu versprechen, die es Lehrern ermöglichen würden, [in völliger Sicherheit zu arbeiten](#). Geschehen ist gar nichts. Einem anderen Lehrer, Dominique Bernard, wurde am 13. Oktober 2023 in Arras, wo er unterrichtete, [die Kehle durchgeschnitten](#). Der Mörder, [Mohammed Mogouchkov](#), war ein 20-jähriger inguschetischer Flüchtling, gegen den ein Ausweisungsverfahren lief.

In Frankreich kommt es immer häufiger zu antisemitischen Übergriffen, die seit den grausamen Anschlägen der Terrorgruppe Hamas in Israel am 7. Oktober explodiert sind. Im Jahr 2022 wurden in Frankreich offiziell [436 antisemitische Taten](#) registriert. In den wenigen Wochen zwischen dem 7. Oktober und dem 1. Dezember 2023 wurden [1,518 antisemitische Taten](#) registriert, darunter viele körperliche Angriffe. Aus den Polizeiberichten, die vom französischen Nationalen Büro für die Überwachung des Antisemitismus ([BNVCA](#)) erstellt wurden, geht leider hervor, dass alle diese Taten von islamischen Antisemiten verübt wurden. Vom Mord an [Sébastien Sellam](#) im Jahr 2003 bis zu dem an [Mireille Knoll](#) im Jahr 2018 wurden alle Morde an Juden in Frankreich von radikalisierten Muslimen begangen.

Juden in ganz Frankreich dürfen auf der Straße [keine Kopfbedeckungen oder Davidsterne mehr tragen](#). Sie entfernen ihre Namen von ihren Briefkästen. "Zum ersten Mal seit 1945", [so die](#) französische Autorin Elisabeth Badinter, "haben viele französische Juden so sehr Angst, dass sie sich verstecken."

Ethnisch-muslimische Banden überfallen Einkaufszentren und Partys in ländlichen Dörfern. Die meisten dieser Überfälle werden in den Medien gar nie erwähnt. Einer jedoch erregte kürzlich Aufmerksamkeit: Bei einer Party am 19. November im Rathaus von Crépol, einem Dorf mit fünfhundert Einwohnern, kamen Mitglieder einer [muslimischen Bande](#), die mit langen Fleischermessern bewaffnet waren, aus der Nachbarstadt Romans-sur-Isère. Mit dem Schrei "Wir kommen, um Weiße zu töten" [griffen sie an](#) und ermordeten den 17-jährigen Thomas Perotto, dem die [Kehle durchgeschnitten](#) wurde. Siebzehn weitere Personen wurden zum Teil schwer verwundet. Der Kriminologe Xavier Raufer, der zu diesem Angriff befragt wurde, [antwortete](#), dass solche Überfälle jede Woche im ganzen Land vorkommen.

Die Regierung [verheimlichte die Namen](#) der Angreifer und tat offensichtlich alles, um den Vorfall zu vertuschen. Ein konservativer Journalist, [Damien Rieu](#), hat sie ermittelt und veröffentlicht. Obwohl der mit dem Fall betraute Staatsanwalt mehrere Zeugenaussagen erhalten hat, wonach die Angreifer sagten, sie kämen, um "Weiße zu töten", behaupten die Behörden, das Motiv für den Angriff sei "[unbekannt](#)".

Am 25. November wurde eine Gruppe junger "rechter" Franzosen, die in Romans-sur-Isère [demonstrieren wollten](#), bei ihrer Ankunft von der Polizei verhaftet und einem Richter vorgeführt. Dieser beschuldigte sie eines "vorsätzlichen rassistischen Angriffs" und [verurteilte sie unmittelbar](#) zu sechs bis zehn Monaten Gefängnis. Sie hatten niemanden angegriffen. Auf dem

Transparent, das sie mitgebracht hatten, stand lediglich: "Gerechtigkeit für Thomas". Das einzige Opfer von Gewalt an diesem Tag war einer der französischen Demonstranten, dem es gelang, der Polizei zu entkommen. Er wurde in der Stadt verfolgt und später [nackt und bewusstlos](#) mit zerfetztem Körper im Eingang eines Gebäudes aufgefunden.

Am 29. November erklärte die französische Premierministerin Elisabeth Borne, dass die jungen Leute, die ins Gefängnis kamen, es verdient hätten und dass sie eine "ernste Bedrohung für die Demokratie" in Frankreich verkörpern hätten: die "[Ultra-Rechte](#)". Die "Ultra-Rechte", fügte sie kryptisch hinzu, sei noch gefährlicher als die "extreme Rechte". Kein Wort jedoch über islamistische Gewalt.

Die französische Regierung ist sich durchaus bewusst, dass islamische "[No-Go-Zonen](#)" zunehmen und dass es jederzeit zu Unruhen kommen kann. Im Juni 2023 führte eine schief gelaufene Verkehrskontrolle der Polizei zum [Tod von Nahel Merzouk](#), einem 17-jährigen muslimischen Kriminellen und löste drei Wochen lang [Unruhen und Zerstörungen](#) aus, die auf viele Städte übergriffen. Obwohl die französischen Behörden für Oktober und November geplante Pro-Hamas-Demonstrationen [verboten](#) hatten, fanden sie dennoch statt, begleitet von [antijüdischen](#) und antifranzösischen Sprechchören. Die Polizei wurde angewiesen, nicht einzugreifen.

Die französischen Mainstream-Medien haben ausführlich über die "extreme Gefahr, die von der extremen Rechten ausgeht", [berichtet](#). Doch auch hier kein Wort über islamische Gewalt.

Einige Kommentatoren und führende Politiker haben sich dennoch zu Wort gemeldet. Der Kolumnist Ivan Rioufol [schrieb](#):

"Der rassistische Ausbruch, der in Frankreich das satanische Gemetzel der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung begleitete, hat den Zustand der Zerrissenheit der Nation offenbart, die kurz vor dem Zerreißen steht. Zwei unversöhnliche Frankreichs stehen sich bereits am helllichten Tag gegenüber: Das französische Frankreich und das islamisierte Frankreich."

Éric Zemmour, Vorsitzender der Partei der Rückeroberung, [schrieb](#):

In Frankreich leben zwei Völker, von denen das eine ständig vor den Angriffen einer immer gewalttätigeren Fraktion des anderen fliehen muss, und zwar nicht nur vor den Angriffen, die mit "Allahu Akbar"-Rufen verübt werden, sondern vor diesem echten täglichen Dschihad, den die Franzosen erleiden".

Marine Le Pen, Präsidentin des Rassemblement Nationale, [sagte](#):

"Viele Franzosen spüren es jetzt: Niemand ist mehr irgendwo sicher. Eine neue Schwelle ist überschritten worden. Wir erleben organisierte Angriffe, die von einigen kriminellen Vorstädten ausgehen, in denen bewaffnete 'Milizen' Überfälle verüben".

Während der Einfluss des fundamentalistischen Islams bei älteren Muslimen weniger ausgeprägt ist, sagen [74 % der Muslime](#) zwischen 18 und 25 Jahren in Frankreich, dass sie die islamische Scharia über die Gesetze der französischen Republik stellen.

Der Fernsehjournalist Christian Malard, der Zugang zu den Ergebnissen vertraulicher Untersuchungen hatte, die im Auftrag des französischen Innenministeriums durchgeführt wurden, [sagte](#), dass diese zeigen, dass mehr als die Hälfte der Imame in Frankreich die Überlegenheit des Islam über die westliche Kultur und die Notwendigkeit der Islamisierung Frankreichs verkünden, selbst wenn dies den Einsatz von Gewalt bedeute. Malard fügte hinzu, dass die wichtigste französische muslimische Organisation, "Muslime von Frankreich", der französische Zweig der Muslimbruderschaft – einer in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait und Ägypten verbotenen Bewegung – ein Monopol auf die Ausbildung von Imamen in Frankreich hat und französische Universitäten, Sportvereine und politische Parteien infiltriert hat. "Linke" Politiker und Journalisten, die versuchen, "rechtsextreme" Parteien zu verteufeln, indem sie sie des Antisemitismus beschuldigen, haben Schwierigkeiten, dieses Etikett aufrechtzuerhalten. Zemmour ist ein Jude, der [Israel sehr unterstützt](#). Auch Le Pens Partei unterstützt Israel und [prangert Antisemitismus](#) ohne die geringste Zweideutigkeit an. Die Parteien Reconquête und Rassemblement Nationale der "Islamophobie" zu bezichtigen, hat keine Wirkung mehr; die sich in Frankreich ausbreitende islamistische Gewalt hat immer mehr Franzosen davon überzeugt, dass es legitim ist, Angst vor dem Islam zu haben.

Jüngsten Umfragen zufolge sind [78 % der Franzosen](#) der Meinung, dass der Islamismus eine tödliche Bedrohung für Frankreich darstellt. [91 % geben an](#), dass sie über die starke Zunahme der Gewalt im Land besorgt oder sehr besorgt sind. Die antijüdischen Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober haben das Misstrauen gegenüber dem Islam noch verstärkt, und zum ersten Mal seit Jahren unterstützt eine [Mehrheit](#) der Franzosen den Kampf Israels in dem laufenden Krieg. Die wichtigste [antisemitische Partei](#) in Frankreich ist jetzt eine linke Partei, La France insoumise. Ihr Vorsitzender, Jean-Luc Mélenchon, hat Israel – nicht die Hamas – des Völkermords beschuldigt und [behauptet](#), die Hamas sei eine "Widerstandsbewegung". Er [schloss](#) eines seiner jüngsten Treffen mit den Worten "Lang lebe Gaza" und "Ewiger Ruhm denen, die Widerstand leisten". Wenn heute in Frankreich Präsidentschaftswahlen stattfinden würden, würde Zemmour mehr Stimmen erhalten als 2022, und Le Pen würde im ersten Wahlgang mit [31% bis 33%](#) der Stimmen [an der Spitze liegen](#), weit mehr als 2022. Wer auch immer ihr Gegner im zweiten Wahlgang sein würde, sie würde ihn leicht gewinnen.

Ein Wahlsieg von Le Pen würde bestätigen, dass sich in Europa noch ein großer Wandel vollziehen könnte. In Italien [gewann Giorgia Meloni](#) die Parlamentswahlen am 25. September 2022, indem sie die Islamisierung Europas anprangerte, und wurde Premierministerin. In den Niederlanden [gewann die Partei von Geert Wilders](#) am 22. November die meisten Sitze bei den Parlamentswahlen.

Der Sicherheitsexperte **Éric Delbecq**, dessen kürzlich erschienenen Buch *L'insécurité permanente* (Permanente Unsicherheit) die zunehmende Gewalt in Frankreich detailliert beschreibt, [erklärte](#) vor kurzem: "Die Franzosen scheinen zu verstehen, dass ihr Land sterben könnte. Sie beginnen zu reagieren."

Dr. Guy Millière, Professor an der Universität Paris, ist der Autor von 27 Büchern über Frankreich und Europa.

<https://philosophia-perennis.com/2024/01/18/im-kopf-von-mohamed-atta-was-al-jaseera-enthuellte/>

Im Kopf von Mohamed Atta... Was Al Jaseera enthüllte

David Berger

BY

DAVID BERGER

18. JANUAR 2024

Ein Gastbeitrag von Dieter Gellhorn

New York, Dienstagmorgen, 11. September 2001, Flug 11, American Airlines. Was dachte sich Mohamed el Amir (zu Deutsch M., der Prinz) alias Mohamed Atta (zu Deutsch M., das Geschenk), der seit seiner Reise nach Mekka 1996 bereits ein Haddsch war, als er im Cockpit der gekaperten Boeing 767 saß und dank sachgerechter Beherrschung von Steuerhorn, Fußpedale und Schubhebel sich im gleichbleibenden Tiefflug mit über 800 Stundenkilometer auf die Zwillingstürme des World Trade Centers zubewegte?

Was dachte er sich in den drei Minuten zwischen 8,43 und 8,46 US -amerikanischer Ostküstenzeit, als er dem Verlauf des Hudson River folgend bereits sicher war, sein Ziel — Dank Allahs Hilfe — nicht mehr verfehlen zu können?

Realisierte er in diesen Momenten, dass er dabei war, das Zitat aus dem Koran, das er im April 1999 auf die gerade abgegebene Diplomarbeit geschrieben hatte — das er dabei war, dieses in die Wirklichkeit umzusetzen?

Sprich:

“ Mein Gebet und meine Opferung
und mein Leben und mein Tod
gehören Allah,
dem Herren der Welten“
Qu’ran 6 – 162

Freute sich Hadschi Mohamed Atta, die christliche Führungsmacht, den engsten Verbündeten Israels, die USA, in wenigen Minuten tief zu verwunden – mit vielen Toten, tief in ihrem eigenen Territorium? War er bereits stolz, sich der Erwählung durch die Führer von Al Qaida, Osama bin Laden, Ayman Zawahiri und Chaled Scheich Mohamed, würdig zu erweisen? War er dankbar, jetzt ein Werkzeug Allahs zu sein, der in Sure 8, Vers 12 im „heiligen Koran“ von sich sagt, dass er Schrecken in die Herzen der Ungläubigen wirft? Oder freute er sich bereits in der Hauptsache auf das ihm nahe Paradies, das ihm als Märtyrer u. a. in Sure 9, Vers 111 in eben diesem Koran ja fest verheißen wurde?

In seiner Studienzeit in Hamburg, 1992 bis 1999, war Mohamed el Amir durchweg schon als ungewöhnlich frommer Moslem bekannt.

Drei entsprechende Ereignisse seien kurz erwähnt.

Zu Beginn seiner Studienzeit wohnte er acht Monate bei einer deutschen Gastfamilie, die er häufig durch seine Frömmigkeit irritierte, besonders, als er im Ramadan streng von Sonnenauf- bis – untergang fastete und sich in der Küche ganz früh das Morgenmal, das Sahur, zubereitete.

Einer deutschen Frau eines ägyptisch-stämmigen Freundes von ihm, half er — „geduldig, ruhig und ohne missionarischen Eifer“ (wie Yosri Fouda im Buch „Masterminds of Terror“ schreibt) – ihre Zweifel gegenüber dem Islam zu besiegen und zum Islam zu konvertieren.

Professor Dittmar Machule, den Mentor seiner Diplomarbeit, bat er um Hilfe, einen Gebetsraum für eine von ihm und seinem Freund Ramzi Binalshibb gegründete Islam AG an der Technischen Hochschule Hamburg zu etablieren, was dieser auch ermöglichte.

Diesem Professor, der neben anderen Professoren Mohamed el Amir in Stadtplanung und - Entwicklung unterrichtete, fielen neben seiner Frömmigkeit aber auch immer wieder seine klugen Gesprächsbeiträge auf.

Schon als Gymnasist im heimischen Kairo (Mohamed el Amir stammte aus Ägypten) war übrigens seine große Begabung für Naturwissenschaften bereits aufgefallen.

Wie konnte ein begabter Mann von 33 Jahren, dem eigentlich nach Absolvierung seines Diploms eine glänzende Zukunft offen stand, sich in eine solch massenmörderische Aktion verirren?

Diese Aktion kostete – zusammen mit der des 17 Minuten später von seinem Gesinnungsgenossen, Marvan al Shehhi, einem 23-jährigen Studenten aus den Vereinigten arabischen Emiraten, ausgeführten Attacke auf den Südturm — fast dreitausend Zivilisten das Leben, davon ca 670 sofort.

Die anderen starben innerhalb der folgenden anderthalb Stunden.

Damit nicht genug des Unheils. Über Jahre danach starben noch tausende New Yorker wegen der giftigen Ausdünstungen der noch sehr lange schwelenden Brände auf Ground Zero an Lungen- und anderen Krebsarten..

Findet man eine Antwort auf diese Frage vielleicht in dem in der islamischen Welt international breit rezipierten Buch von 1979 von Mayid Khaddur “ Das koranische Konzept vom Krieg“?

In diesem propagiert der Autor als vorgängiges Kriegsziel, SCHRECKEN IN DIE HERZEN DER FEINDE WERFEN !!.

Wenn das gelungen sei, würde es Dank der nun geschehenden Hilfe Allahs den Gewinn eines späteren größeren Krieges entscheidend befördern.

Haben sowohl die Attentäter vom Bataclan 2015 in Paris, als auch die per Video ihre grausamen Enthauptungen dokumentierenden Schlächter des Islamischen Staates in Syrien/Irak in den Jahren 2014 bis 2019, als auch die Hamasterroristen mit dem Massenmassacker vom 7. Oktober 2023 in Sderot und Umgebung genau dieses Drehbuch, genau dieses Konzept befolgt?

Warum aber überhaupt Krieg gegen Ungläubige? Was sind die theo-psycho-logischen Gründe?

Führt vielleicht die übersteigerte Verehrung der Allmacht eines Gottes wie von selbst dazu, es als eine Beleidigung dieses „Gottes“ anzusehen, wenn es Menschengruppen gibt, die ihn nicht verehren und denen es dabei gleichzeitig gut geht?

Der Koran legt solches nahe.

„Verführung zum Unglauben ist schlimmer als Töten“, Sure 2, Vers 191.

Umso mehr wirkt wohl diese Verführung zum Unglauben, wenn der Ungläubige solche Macht demonstriert, wie die USA es taten mit diesen Türmen.

Wie extrem die Muslime die Allmacht ihres allerhöchsten Allahs preisen und verehren, sieht man u. a. auch daran, dass Viele von ihnen vom allzu festen Niederwerfen vor Allah Druckwunden an der Stirn haben.

Schlechterletzt die Frage:

Warum gibt es im Koran nicht eine einzige Parabel, die Ehrerbietung gegen Ungläubige predigt, wie dies im Neuen Testament im Gleichnis vom barmherzigen Samariter geschieht?

Zurück zu den bis heute umstrittenen Fakten zu Flug 11.

War es überhaupt Mohamed Atta, der um 8,43 bis 8,46 die Steuerungen im Cockpit von Flug 11, American Airlines, Richtung Nordturm lenkte?

Sagen nicht viele, es wäre der Mossad gewesen, der dafür verantwortlich war, also ein Jude?

Sagen nicht andere, es seien leere Flugzeuge gewesen, die vom FBI/CIA mithilfe eines unterbrechungsfreien Autopiloten in den Nordturm und nach 17 Minuten in gleichem Verfahren in den Südturm gelenkt wurden.

Kurze Widerlegung:

Zu 1) Es war der Mossad, der dem CIA Mitte 2001 eine Liste mit den Namen von sechs arabischen Islamisten übergab, die in den USA Fliegen lernten.

Die Opfer in den Türmen waren überproportional viele Juden.

Zu 2) Im Schutt der Twintowertürme ist die DNA von 36 Passagieren von Flug 11 identifiziert worden.

Außerdem sind in dem weiteren Areal des World Trade Center einige erhalten gebliebene Teile dieser Boeing gefunden worden.

Die Verschwörungstheorien zu Nine Eleven sind jedoch Legion. Es ist hier nicht der Platz, sie alle zu widerlegen.

Das ist aber auch nicht nötig.

Mit Yosri Fouda und seiner zweiteiligen Sendung bei Al Jazeera, gesendet kurz nach dem ersten Jahrestag der Anschläge, haben wir einen verlässlichen Bericht des Geschehens. Vor dem Interview musste Fouda mit der Hand auf dem Koran schwören, dass er nur die von den beiden Topterroristen Kaled Scheich Mohamed und Ramzi Binalshibb zur Veröffentlichung freigegebenen Infos senden würde.

Das reichte jedoch für eine Sensation in seiner Al Jazeera Sendereihe "Top Secret", in der er in vorangehenden Sendungen über die üblen Bedingungen der Gefangenen in Guantanamo berichtet hatte.

Im Westen wußte man bis dato wenig Gesichertes.

Wohl war man anhand eines Koffers, den Mohamed Atta – nach Ansicht des Verfassers dieses Artikels absichtlich — nach seinem Flug von Portland beim Ummsteigen in Boston hat stehen lassen, informiert über seinen Namen, seine Herkunft, sein Dschihadistentum. Auch hatte man ihn ja rasch auf der Passagierliste von Flug 11 American Airlines gefunden.

Der Koffer enthielt Attas Testament in Form eines frommen Vordrucks der Al Quds Moschee in Hamburg, von ihm zusammen mit zwei Zeugen unterzeichnet, einen arabischen Koran, eine Bedienungsanleitung zum Fliegen einer 767 und eine 5-seitige geistliche Wegbegleitung für die Entführung eines Flugzeugs.

Viele der nichtamtlichen Ermittler hielten diese Beweise aber für vom FBI fingiert, um von sich selbst als Täter abzulenken. Sie erkannten nicht, dass Mohamed Atta wollte, dass die Welt — besonders die islamische Welt — erfuhr, dass er es war, der zusammen mit drei anderen muslimischen Märtyrerpiloten der USA aus Glaubensgründen den Krieg erklärt hatte!

Das Gleiche wollten auch Kaled Scheich Mohamed und Ramzi Binalshibb, die Interviewpartner von Yosri Fouda. Auch sie wollten, dass die islamische Welt erfuhr, wem sie diesen Sieg gegen das Zentrum der Welt der Ungläubigen verdankten, nämlich ihnen, Al Qaida und dessen Gründer Osama bin Laden.

Sie waren stolz auf diese Aktion!

Yosri Fouda, ein studierter junger Journalist, der damals gerade das Londoner Büro von Al Jazeera übernommen hatte, erlebte ihren Stolz.

Unter Einhaltung vieler Sicherheitsmaß= nahmen gestatteten sie ihm ein sogar zweitägiges Interview.

Darin wurde klar, dass die Idee zu einem Anschlag mit Flugzeugen schon 1996 im Kopf von Kaled Scheich Mohamed entstanden war und dass Osama bin Laden das aber erst 1998 in die engere Wahl gezogen hatte, nämlich erst in dem Augenblick, als zwei offensichtlich intelligente und zugleich glaubensbe= geisterte Männer — Mohamed Atta und Zihad Jarrah (letzterer Libanese und später Pilot von Flug 93, gerichtet gegen das Kapitol) — in einem seiner „Terrorausbildungscamps“ aufgetaucht waren.

Ramzi Binalshibb, gebürtiger Jemenit, brüstete sich gegenüber Yosri Fouda als Koordinator der Anschläge, was die Zusammenführung der Entführerteams in den USA anbetraf.

Der jedoch, der den Dschihadisten Allahs Willen erklärte — besonders auch mit seinem Dschihad Aufruf gegen die Juden und Kreuzzügler vom Februar 1998 — und ihnen aus seinem afghanischen Al Qaida- Department für Märtyrer die benötigten Begleitkämpfer für die Piloten bereitstellte, und der der letztendliche Chef des Ganzen war, das war ihrer Aussage nach Osama bin Laden.

Bin Laden bestellte z. B. bei einer persönlichen Begegnung Ende 1999 Mohamed Atta zum Anführer der Ausfühler.

Das Interview wurde 2 teilig kurz nach dem ersten Jahrestag des 11. September von Al Jaseera ausgestrahlt.

Mehr Details kamen dann noch zusammen aus den Recherchen von Yosri Fouda und seinem Kollegen, dem britischen Investigativjournalist Nick Fielding, später in Hamburg.

Osama bin Laden bekannte sich selbst übrigens erst 2006 in einem allgemein für echt gehaltenen Video zu der Verantwortung für die Anschläge.

Im angloamerikanischen Sprachraum wurde von mehreren Zeitungen, the Sunday Times, the New Yorker, the Guardian, Yosri Fouda später noch zu den Be- und Er-kenntnissen seines Terroristeninterviews interviewt, sodass seit einem weiteren Jahrestag, seit September 2003 ein breites gesichertes Wissen über Geschichte und Vorgeschichte von Nine Eleven besteht.

Dass trotzdem die westliche Welt – irritiert von einer Reihe hartnäckiger amerikanischer, isländischer und schweizerischer Verschwörungstheoretiker — die immer wieder entschlossen und glaubensstark, stolz und sogar fröhlich Tod verbreitenden Angreifer auf ihre Zivilisation bis heute nicht umrissklar erkennt, auch das — hinter dem Unheil selber — empfindet der Schreiber dieser Zeilen als ein Drama.

Spanische Ansichten

Zu dem aktuellen Buch des Autors:

Der Mediziner Dieter Gellhorn ist PP-Lesern als beliebter Gastautor bekannt, viele sind aber auch leidenschaftliche Leser seiner Bücher, die – auf historisch versierte und spannend aufbereitete Weise – die Auseinandersetzung mit dem Islam zum Gegenstand haben. Nun ist sein Buch „Spanische Ansichten“ erschienen. Eine Buchbesprechung von Hartmut Danneck, Oberstudienrat a. D.

<https://www.pi-news.net/2024/03/bpe-islam-kompakt-die-bedrohliche-bedeutung-des-ramadan/>

BPE-Islam-Kompakt: Die bedrohliche Bedeutung des Ramadan

Von

PI

14. März 2024

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Im Ramadan fasten Moslems jedes Jahr einen Monat lang von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang und sollen sich in dieser Zeit auch enthaltsam verhalten. In den Nächten dürfen sie dann wieder essen, trinken, rauchen und auch Geschlechtsverkehr mit dem Ehepartner haben.

Dieser Tagsüber-Fastenmonat verschiebt sich jedes Jahr nach dem islamischen Mondkalender. In diesem Jahr geht der Ramadan vom 10. März bis zum 9. April. Am letzten Tag beginnt dann das dreitägige Fastenbrechen, auch „Zuckerfest“ genannt, zunächst mit einem Besuch in der Moschee.

Anschließend wird viel gegessen, gerne auch Süßes. Dieses Zuckerfest, arabisch „Eid al-Fitr“, im Türkischen „Ramazan Bayrami“, ist nach dem Opferfest das zweitwichtigste Fest im Islam.

Der Grund für den Ramadan ist die [Herabsendung des Korans](#). Dies ist für alle Nicht-Moslems ein wichtiger Aspekt, denn leider stehen im Koran sehr viele feindselige Verse über die sogenannten „Ungläubigen“, also alle, die nicht den Islam als Religion haben. Also Christen, Juden, Hindus, Buddhisten sowie alle anderen Glaubensrichtungen und natürlich auch Atheisten oder Agnostiker. Über die Hälfte des Korans, etwa 64%, behandelt nur diese sogenannten „Ungläubigen“. Meistens abwertend, diskriminierend, zur Unterwerfung aufrufend, häufig mit Gewalt-, Kampf-, Kriegs- und auch Tötungsbefehlen. Viele radikale Anhänger des Politischen Islams sehen den Ramadan als eine Zeit an, in der Terror-Anschläge gegen diese „Ungläubigen“ besonders wichtig und wertvoll sind. Historisch berufen sie sich dabei auf den Propheten Mohammed, der während des Ramadans im Jahr 624 mit seiner Armee die besonders bedeutsame [Schlacht von Badr](#) gegen die Kuraisch, den mächtigsten Stamm seiner Heimatstadt Mekka, gewann. Mit diesem Sieg war der wichtigste Schritt zur Eroberung des heutigen Saudi-Arabiens getan.

Dieser Erfolg wurde in der islamisch-arabischen Welt immer wieder als Vorbild und Rechtfertigung für kriegerische Angriffe während des Ramadans hergenommen. So nannte beispielsweise der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat 1973 seinen Überraschungsangriff auf Israel im Jom-Kippur-Krieg – der auch als „Ramadan-Krieg“ bekannt ist – [„Operation Badr“](#).

Im Juni 2017 hat der Spiegel einen [höchst aufschlussreichen Artikel](#) über den Zusammenhang von Ramadan und Terror veröffentlicht. Titel: „Anschlagsserie im Ramadan – Wenn der Neumond aufgeht, beginnt das Morden.“ Darin wird der langjährige Anführer der Terror-Organisation „Islamischer Staat“, Abu Bakr al-Baghdadi, mit einer Feststellung aus dem Jahr 2014 zitiert: *„Während des Ramadans gibt es keine größere Tat als den heiligen Krieg“*

Weiter zeigt der Spiegel auf, dass 2015 der Islamische Staat eine „Ramadan-Offensive“ startete und sich zu Anschlägen in Tunesien und Kuwait bekannte.

2016 exportierten die Terroristen des Islamischen Staates während des Fastenmonats den Tod in alle Welt. Im Jemen, in Paris, in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, am Istanbul Atatürk-Flughafen, in einer Discothek in Orlando und in Bagdad wurden massive Anschläge mit knapp 500 Toten verübt.

2017 kam es zu Beginn des Fastenmonats Ramadan ebenfalls zu blutigen Terror-Attacken in Kabul, Bagdad und der ägyptischen Stadt Al-Minja, wo ein Bus überfallen und 29 koptische [Christen getötet](#) wurden.

Das ging all die Jahre so weiter. Auch jetzt drohen die Terror-Organisationen Hamas und Hizbollah mit Anschlägen zum Ramadan. Die [Bild berichtet](#):

Der Hamas-Sprecher droht unverhohlen mit einer Eskalation zum Ramadan. Bei einem Treffen in Moskau hätten sich Führungsmitglieder der Hamas und anderer Terrorgruppen darauf geeinigt, „Operationen“ gegen Israel auf die Westbank und Jerusalem auszuweiten.

Sollte es keine Fortschritte bei den Gesprächen über einen Waffenstillstand geben, würde es während des Ramadan „weitere Unruhen“ außerhalb des Gazastreifens geben. Tatsächlich dürfte das Eskalationspotential für weitere Terroranschläge in der Westbank und in Jerusalem während des Ramadan hoch sein. In der Vorstellung islamistischer Attentäter gelten Anschläge während des Ramadan als besonders erstrebenswert.

Doch nicht nur aus der Nähe droht dem jüdischen Staat während des Fastenmonats besondere Gefahr. Auch Terrorgruppen wie die Hizbollah im angrenzenden Libanon dürften während des Ramadan ihre Angriffe auf Israel verstärken.

[t-online meldet](#), dass die israelische Polizei kurz vor Beginn des Ramadan 20 radikale Moslems in Jerusalem verhaftet hat, da ihnen vorgeworfen wird, Terrorismus zu unterstützen und vorzubereiten.

t-online weiter:

Die Terrororganisation Hamas im Gazastreifen ist nach Einschätzung des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad bestrebt, die Region im „Ramadan in Brand zu setzen.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als verwunderlich, wenn nun [in Frankfurt](#) und [Köln](#) der Ramadan, in dem Moslems die Herabsendung des in weiten Teilen feindseligen Korans feiern, jetzt auch noch mit weihnachts-ähnlicher Stadtbeleuchtung gewürdigt wird.

In Frankfurt, wo dies auf Initiative des uns bestens bekannten ägyptisch-stämmigen SPD-Stadtverordneten Omar Shehata geschah und die Stadt 75.000 Euro kostet, wurde das Anschalten der Beleuchtung am Sonntag Abend mit triumphierenden „Allahu Akbar“-Rufen – „Allah ist der Allergrößte“ – begleitet.

Aber der „Islam-gehört-zu Deutschland“-frühere Bundespräsident Christian Wulff meint jetzt hochgradig naiv, dass man zur Ramadan-Beleuchtung „auch mal [ein muslimisches Lied singen](#)“ könne.

Die iranisch-stämmige Frankfurter Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg ist der Ansicht, dass die Beleuchtung „für ein friedliches Miteinander aller Menschen in Frankfurt“ stehe. Es seien „Lichter des Miteinanders, gegen Vorbehalte, gegen Diskriminierungen, gegen antimuslimischen Rassismus und auch [gegen Antisemitismus](#).“

Was für eine Verdrehung der Realität. Im Koran geht es an vielen Stellen überhaupt nicht um ein „friedliches Miteinander“, sondern um eine totale Abgrenzung von allen Nicht-Moslems, noch dazu mit vielen Gewaltaufrufen. Gepaart mit Vorbehalten und Diskriminierungen, vor allen gegen Juden, aber auch gegen Christen. Und dann soll sich diese Ramadan-Beleuchtung ausgerechnet auch noch „gegen Antisemitismus“ richten – wo doch der Politische Islam durch und durch anti-jüdisch eingestellt ist.

Diese abstrusen Vorgänge zeigen, dass die meisten Verantwortlichen in Politik, Medien und Gesellschaft viel zu wenig über die vielfältige Bedrohung durch den Politischen Islam wissen. Und manche vielleicht auch nicht nur aus faktischem Unwissen, sondern möglicherweise auch ganz bewusst die Ausbreitung dieser totalitären Ideologie fördern. Daher ist die Aufklärungsarbeit der Bürgerbewegung PAX EUROPA so immens wichtig.

Am kommenden Samstag sind wir deswegen mit unserer Kundgebungs-Tour auch wieder in Frankfurt. Nicht nur die dortige Ramadan-Festbeleuchtung, auch die [November-Razzia](#) im Zentrum der „Islamischen Kultur Frankfurt“ (IZK) im Stadtteil Rödelheim und das [geplante Moschee-Projekt](#) in Frankfurt-Griesheim, hinter dem die Muslimbrüder stecken sollen, sind neben der allgemeinen Aufklärung über den Politischen Islam wichtige Themen.

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA (BPE) klärt seit 2003 über den Politischen Islam auf. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte vermittelt die BPE der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen. Zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit kann man [hier Mitglied werden](#). Abonnieren Sie auch den [offiziellen Telegram-Kanal](#).

<https://www.n-tv.de/panorama/Hamas-veruebt-massive-sexuelle-Gewalt-gegen-Frauen-article24573855.html>

Verstörende Augenzeugenberichte

Hamas verübt massive sexuelle Gewalt gegen Frauen

02.12.2023, 15:20 Uhr

Die Berichte über sexuelle Verbrechen der Hamas gegen israelische Frauen häufen sich. Die Polizei registriert erschreckende Zeugenaussagen. Laut Frauenrechtlerinnen verfolgen die Gräueltaten eine brutale Strategie. Sie sorgen sich um die verbliebenen weiblichen Geiseln in der Gewalt der Hamas. Auch Wochen nach dem Massaker der Hamas in Israel kommen immer neue Berichte über brutale sexuelle Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen ans Licht. Viele davon sind zutiefst verstörend. Ein Helfer des Rettungsdienstes Zaka erzählte etwa vor einem parlamentarischen Sonderausschuss über das Grauen, das ihn am 7. Oktober in einem Grenzort erwartete: **"Die Leiche einer Frau, nackt, mit einem scharfen Gegenstand, der in ihrem Intimbereich steckte."** Auch an anderen Orten habe er

nach dem Massaker von Terroristen der Hamas und anderer Gruppierungen mehrere tote Frauen mit nacktem Unterleib vorgefunden, erzählte der Rettungshelfer Chaim Otmazgin.

Für befreite Geiseln beginnt Prozess des Aufarbeitens

Am 7. Oktober hatten Hamas-Terroristen aus dem Gazastreifen das schlimmste Massaker in der Geschichte Israels nahe der Grenze begangen. Dabei wurden mehr als 1200 Menschen getötet. Etwa 240 Geiseln wurden nach Gaza verschleppt, weniger als die Hälfte kamen bisher frei. Die Berichte über höchst sadistische Gewalt am Tag des Massakers nähren auch die Sorge um junge Frauen, die sich noch in der Gewalt der Terrororganisation befinden und deren Freilassung die Hamas bisher verweigert hat.

Ein Sanitäter erzählte, er habe in einem Haus im Kibbuz Be'eri ein 14-jähriges Mädchen vorgefunden, das vergewaltigt und ermordet worden sei. Sie habe auf dem Boden ihres Schlafzimmers gelegen, mit nacktem Unterleib, gespreizten Beinen und Samenspuren auf ihrem Rücken. Der Jugendlichen sei in den Kopf geschossen worden.

Was die Geiseln der Hamas erleiden mussten

Die israelische Polizei hat wegen der Berichte über massenhafte sexuelle Verbrechen an Frauen am 7. Oktober Ermittlungen aufgenommen. Eine unabhängige Expertenkommission sammelt ebenfalls Augenzeugenberichte, forensisches und anderes Beweismaterial. Die Terroristen der Hamas und anderer Gruppierungen hatten viele ihrer Gräueltaten selbst mit Bodycams dokumentiert, teilweise über soziale Medien und auch über Handys der Opfer live übertragen.

Die Polizistin Shelly Harusch erzählte bei der Sitzung eines parlamentarischen Ausschusses, es seien bisher rund 1500 Zeugenaussagen zu den Vorfällen gesammelt worden. "Die Untersuchung konzentriert sich auch auf sexuelle Vergehen gegen die Opfer." Festgenommene Hamas-Terroristen gaben im Verhör an, sie hätten auch den Auftrag gehabt, Frauen zu vergewaltigen.

Verstörende Augenzeugenberichte

Nach Polizeiangaben gibt es verschiedene Augenzeugenberichte von Vergewaltigungen durch Terroristen auf dem Nova-Musikfestival am 7. Oktober. Ein Überlebender berichtete von einer "Apokalypse der Leichen". Er habe viele junge Frauen ohne Kleidung gesehen, einige seien verstümmelt gewesen, einige mit verstümmeltem Unterleib.

Trauboth: "Geiselnahme ist eine seelische Vergewaltigung"

Eine Teilnehmerin, die sich im Gebüsch vor den Mördern versteckt hatte, berichtete von grausamen Gewalttaten an einer jungen Frau. "Sie beugten sie nach vorne und mir wurde klar, dass sie sie vergewaltigen, einer nach dem anderen. Dann wurde sie einem anderen Mann weitergegeben, der eine Uniform trug", erzählte die Augenzeugin. "Sie war am Leben, als sie vergewaltigt wurde. Er zog ihr an den Haaren und schoss ihr in den Kopf, noch während er sie vergewaltigte. Er zog noch nicht einmal seine Hose hoch. Sie schnitten ihre Brust ab und spielten damit auf der Straße."

Augenzeugen berichteten, Frauen seien neben den Leichen ihrer Freunde vergewaltigt worden.

Manche seien anschließend getötet, andere nach Gaza verschleppt worden. Auf einem von Terroristen verbreiteten Video war die Entführung einer jungen Frau mit blutgetränkter Hose zu sehen. Ein anderes Video zeigte, wie der leblose Körper der Deutschen Shani Louk auf einem Pick-up in den Gazastreifen mitgenommen wurde.

Spuren schwerer Gewalt an weiblichen Leichen

Viele der Leichen wurden nach dem Massaker zur Identifikation in das Militärkrankenhaus bei Tel Aviv gebracht. Dabei waren jeweils ein Pathologe, ein Zahnarzt sowie ein Militärfotograf anwesend. Eine freiwillige Helferin erzählte von schrecklich geschundenen Frauenkörpern, die dorthin gebracht wurden.

Die Arme und Beine einer weiblichen Soldatin seien etwa an vielen verschiedenen Stellen gebrochen gewesen. Die weiblichen Opfer seien oft einmal in den Körper und dann sehr oft in den Kopf geschossen worden. "Es ging offenbar nur um Verstümmelung", sagte sie.

Die Helferin berichtet von vielen Hinweisen auf sexuelle Verbrechen. Manche Leichen seien etwa mit blutigen Unterhosen bekleidet gewesen. Andere Mitarbeiter hätten von Leichen mit verstümmelten Geschlechtsteilen berichtet. In manchen Leichen seien Handgranaten deponiert gewesen. "Wir mussten schnell rauslaufen, um uns in Sicherheit zu bringen." Es seien daraufhin

Sprengmeister gerufen worden. Was die Beweislage erschwert: in vielen Fällen waren die Leichen in so schlechtem Zustand, dass Samen- oder DNA-Proben nicht entnommen werden konnten.

Vergewaltigung für Opfer immer noch mit Scham besetzt

Die Juraprofessorin Yifat Bitton sagt, viele der Überlebenden seien zutiefst traumatisiert und nicht alle könnten über ihre Erlebnisse sprechen. Sexuelle Angriffe seien immer noch stark mit Stigma und Scham verbunden. "Dies ist eine weitere Last für die Opfer", sagte Bitton. Es könnte dauern, bis alle von ihren schlimmen Erlebnissen erzählen. Man kenne es auch aus anderen Kriegen, dass Frauen als Mittel der Demütigung vergewaltigt wurden. Gräueltaten dieses Ausmaßes und dieser Schwere habe man aber in Israel vorher noch nicht erlebt.

Cochav Elkajam Levy, Juradozentin an der Hebräischen Universität in Jerusalem, sagte zu den Vorfällen am 7. Oktober: "Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden." Es ist wichtig, die Zeugenaussagen und Beweise zu sammeln, damit die Opfer Gerechtigkeit erfahren.

"Wir haben die Expertenkommission am 8. Tag des Krieges eingerichtet, weil immer mehr Zeugnisse brutaler Verbrechen gegen Frauen und Kinder ans Licht kamen", sagt Levy. Sie betont, bei geschlechtsspezifischer Gewalt handele es sich nicht nur um sexuelle Verbrechen. **"Die Organe von Frauen herauszuschneiden, eine Granate im Körper einer Frau zu verstecken, ein Baby vor den Augen seiner Mutter zu töten, oder Mütter vor ihren Kindern, Frauen und Kinder zu entführen - all dies ist geschlechtsspezifische Gewalt."**

Man habe auch zahlreiche Videos in sozialen Medien und Videos von Bodycams der Hamas-Terroristen ausgewertet. Mit all dem Material werden eine Datenbank und ein Archiv aufgebaut.

"Wir wollen sicherstellen, dass die Verbrechen, die am 7. Oktober an Frauen begangen wurden, nie vergessen werden." Viele Geschichten seien durch mehrere Quellen verifiziert.

Klage über verspätete Reaktion der UN-Frauen

Mehrere der israelischen Expertinnen beklagen seit Wochen mangelnde Reaktionen internationaler Frauenorganisationen. "Die mangelnde Verurteilung dieser Verbrechen untergräbt die Legitimität internationaler Einrichtungen", sagt Levy.

Sarah Weiss ist eine israelische Diplomatin und juristische Beraterin, die für Verbindungen zu den Vereinten Nationen zuständig ist. Sie beklagt, UN-Gremien wie UN-Frauen hätten zu den Verbrechen gegen israelische Frauen und Mädchen lange hartnäckig geschwiegen. "Wir sprechen hier über massenhafte sexuelle Verbrechen, deren Ziel es ist, die israelische Bevölkerung zu terrorisieren", sagt sie. "Wirklich schlimm finde ich, dass Organisationen wie UN-Frauen sich dazu nicht zu Wort gemeldet haben."

Erst acht Wochen nach dem Hamas-Terrorangriff und nach massiver Kritik schrieben die UN-Frauen dann in der Nacht zu Samstag in einem X-Post: "Wir verurteilten eindeutig die brutalen Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober. Wir sind beunruhigt über die vielen Berichte über geschlechtsspezifische Gräueltaten und sexuelle Gewalt während dieser Attacken."

Quelle: ntv.de, Sara Lemel, dpa

<https://de.gatestoneinstitute.org/20498/ramadan-monat-des-dschihad>

'Ramadan – Monat des Dschihad': Der Ramadan wird die Hamas nicht davon abhalten, Juden zu töten

von [Bassam Tawil](#)

17. März 2024

Englischer Originaltext: ['Ramadan - Month of Jihad' : Ramadan Will Not Stop Hamas From Killing Jews](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

Wer glaubt, dass die Hamas vor dem Ramadan einen Waffenstillstand anstrebt, täuscht sich. Im Laufe der Geschichte haben Muslime den Ramadan oft dazu genutzt, um Krieg gegen ihre Feinde zu führen. Beispielsweise verübten zwei palästinensische Cousins, Mohammed und Khalil Mukhamara, während des Ramadan 2016 einen Angriff mit Maschinenpistolen auf dem Sarona-Markt in Tel Aviv, bei dem vier Israelis ermordet und 40 weitere verletzt wurden. Im Bild: Freiwillige der Organisation "Zaka – Identifizierung, Extraktion und Rettung" entfernen Blutspritzer vom Ort des Terroranschlags auf dem Sarona-Markt am 8. Juni 2016. (Foto von Lior Mizrahi/Getty Images)

Internationale Vermittler und Staats- und Regierungschefs der Welt, darunter US-Präsident Joe Biden, hoffen, noch vor dem islamischen Fastenmonat Ramadan, der am 10. März beginnt, ein [Waffenstillstandsabkommen](#) zwischen Israel und der vom Iran unterstützten Hamas-Terrorgruppe zu erreichen.

Am 5. März warnte Biden vor möglichen Problemen ohne ein Waffenstillstandsabkommen bis zum Ramadan. "Es muss einen Waffenstillstand geben, denn der Ramadan – wenn wir in Situationen geraten, in denen dies bis zum Ramadan andauert – könnten Israel und Jerusalem sehr, sehr gefährlich werden", [sagte](#) er Reportern in Washington.

Solche Aussagen basieren zweifellos auf der äußerst falschen Annahme, dass Muslime im Fastenmonat keine Kriege und bewaffneten Konflikte führen. In Tat und Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Wie die *New York Times* [berichtete](#): "Es wird allgemein angenommen, dass die Belohnungen für edle Taten im Ramadan höher sind ..."

"Im heiligen Monat Ramadan", [laut Fatwa](#) 1566/10013/L=1431, "wird der Lohn der Tugenden erhöht."

Uninformierte westliche Erklärungen ignorieren auch, dass die Hamas und andere palästinensische Terrorgruppen nie gezögert haben, jüdische Feiertage zu nutzen, um Krieg zu führen, Terroranschläge zu verüben und Juden zu ermorden, einschließlich des 7. Oktober 2023, der der jüdische Sabbat *und* der Simchat-Tora-Feiertag war – gar nicht zu reden vom Beginn des Jom-Kippur-Krieges durch Ägypten und Syrien.

Die Hamas und andere palästinensische Terrorgruppen nutzen den Ramadan seit langem für Terroranschläge gegen Israel.

Die Hamas veröffentlichte über ihren militärischen Flügel, die Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden, sogar einen [Artikel](#) mit dem Titel "Ramadan – Der Monat des Dschihad, des Kampfes und des Sieges über die Feinde".

Während des Fastenmonats Ramadan, so die Hamas, "widmet sich der Dschihad-Kämpfer tagsüber dem Studium des Islam, und nachts macht er sich auf den Weg, um sein Heimatland Palästina zu verteidigen."

Der Artikel ging auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas im Jahr 2014 zurück, der zum Teil während des Ramadan stattfand. "In diesem Monat wurden außergewöhnliche islamische Siege verwirklicht", sagte die Gruppe. Während des Krieges, so heißt es in dem Artikel, "kämpfte der palästinensische Widerstand, vor allem die al-Qassam-Brigaden, die beeindruckendsten Schlachten voller Heldentum und Märtyrertum."

Im Jahr 2022 [hieß es](#) auf der Website der Hamas: "Wir begrüßen den gesegneten Monat Ramadan, den Monat des Dschihad, des Märtyrertums und der mächtigen Siege."

Im Mai 2021 veröffentlichte der Katar gehörende Fernsehsender Al-Jazeera, der als Sprachrohr der Muslimbruderschaft und der Hamas fungiert, auf seiner Website einen [Artikel](#) mit der Überschrift "Monat des Dschihad und der Siege: Wie der palästinensische Widerstand den Ramadan zur Jahreszeit der Angriffe und Siege machte". Der Autor, Adnan Abu Amer, Dozent für palästinensische Politikwissenschaft an der Al-Ummah-Universität in Gaza, listete eine lange Reihe tödlicher [Angriffe](#) der palästinensischen Terrororganisationen auf – sowohl gegen Soldaten als auch gegen Zivilisten, darunter auch Selbstmordattentate – die bewusst während des Ramadan verübt wurden .

Im Ramadan 2017 ermordeten beispielsweise drei Terroristen – Mitglieder der Familie Jabarin aus der israelisch-arabischen Stadt Umm al-Fahm – zwei israelische Grenzpolizisten auf dem Gelände der Al-Aqsa-Moschee (Tempelberg) in Jerusalem.

Ein Jahr zuvor, ebenfalls während des Ramadan, verübten zwei palästinensische Cousins, Mohammed und Khalil Mukhamara, auf dem Sarona-Markt in Tel Aviv einen Angriff mit Maschinenpistolen, bei dem vier Israelis ermordet und 40 weitere verletzt wurden.

Während des Ramadan im Jahr 2015 verübte ein palästinensischer Terrorist einen Messerangriff auf zwei israelische Polizisten in der Nähe des Damaskustors in der Altstadt von Jerusalem.

Abu Amer wies auch darauf hin, dass der Israel-Hamas-Krieg 2014 mit dem Ramadan [zusammenfiel](#) und als Modell für Widerstandsgruppen diene, da er "die bedeutendsten Heldentaten des Widerstands in der Geschichte Palästinas und des Konflikts mit der Besatzung" beinhaltet.

[Laut](#) Amer:

"Jedes Jahr zu Beginn des Ramadan betonen die militärischen Zweige der palästinensischen Widerstandsgruppen, dass dies ein [besonderer] Monat ist, in dem die Dschihad-Kämpfer tagsüber beten und nachts ihr palästinensisches Heimatland verteidigen. Es ist ein Monat, gekennzeichnet durch herausragende muslimische Siege und der Monat, in dem der Widerstand seine beeindruckendsten Helden- und Opferkriege führte. Es ist Brauch des Widerstands, seine Aktivität während des Ramadan zu verstärken. Die Ramadan-Atmosphäre erhöht die Opferbereitschaft, aufgrund seiner religiösen und psychologischen Wirkung, die von den Widerstandskämpfern automatisch gespürt wird."

Im Jahr 2021 [feuerten](#) die Hamas und der Palästinensische Islamische Dschihad, ein weiterer vom Iran unterstützter Terror-Proxy mit Sitz in Gaza, während des Ramadan Raketen auf Israel ab. Während desselben Ramadans [randalierten](#) Palästinenser im Westjordanland und in Ostjerusalem, zündeten Reifen an, warfen Steine, schossen Feuerwerkskörper und stießen mit israelischen Polizisten und Soldaten zusammen. Die Palästinenser skandierten außerdem Parolen, in denen sie die Terroristenführer der Hamas lobten.

Im Laufe der Geschichte haben Muslime den Ramadan oft dazu genutzt, Krieg gegen ihre Feinde zu führen. Im Monat Ramadan wurden fünf historische islamische [Schlachten](#) ausgetragen: Die Schlacht von Badr, die Eroberung von Mekka, die Schlacht von Tabuk, die Schlacht von Amin Jalut und die Schlacht von Hattin.

Während also Nicht-Muslime wie Biden offenbar Angst vor Gewalt und Blutvergießen während des Ramadan haben, haben die palästinensischen Terrorgruppen in ihrem eigenen heiligen Monat wiederholt großen Appetit darauf gezeigt, indem sie sich an Terroranschlägen beteiligten und Juden ermordeten.

Während des jüdischen Pessach-Feiertags im Jahr 2002, als 250 Gäste des Park Hotels in der israelischen Küstenstadt Netanya im Speisesaal des Hotels den traditionellen Pessach-Seder feierten, betrat Abdel Basset Oder, ein als Frau verkleideter palästinensischer Selbstmordattentäter, das Hotel mit einem Koffer mit starkem Sprengstoff. Er zündete die Bombe, tötete 30 Zivilisten und verletzte 150 weitere. Einige der Opfer waren Holocaust-Überlebende; die meisten waren Senioren (70 und älter).

Die palästinensischen Terrorgruppen haben schon lange bewiesen, dass sie sich nicht um Feiertage – muslimische oder jüdische – scheren, wenn es darum geht, ihr Ziel, Juden zu ermorden, voranzutreiben. Wer glaubt, dass die Hamas vor dem Ramadan einen Waffenstillstand anstrebt, täuscht sich. Wer sich Sorgen um die Heiligkeit des heiligen Monats macht, sollte sich anhören, was die Terroristen selbst sagen: Der Ramadan *steigert* sogar ihr Verlangen nach jüdischem Blut.

Bassam Tawil ist ein muslimischer Araber mit Sitz im Nahen Osten

[https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/14-j%C3%A4hrige-soll-angriff-mit-messer-und-beil-auf-ungl%C3%A4ubige-geplant-haben/ar-](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/14-j%C3%A4hrige-soll-angriff-mit-messer-und-beil-auf-ungl%C3%A4ubige-geplant-haben/ar-BB1mCD9R?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=0821c571e57e40e9b330ac9828337a1b&ei=12)

[BB1mCD9R?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=0821c571e57e40e9b330ac9828337a1b&ei=12](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/14-j%C3%A4hrige-soll-angriff-mit-messer-und-beil-auf-ungl%C3%A4ubige-geplant-haben/ar-BB1mCD9R?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=0821c571e57e40e9b330ac9828337a1b&ei=12)

14-Jährige soll Angriff mit Messer und Beil auf „Ungläubige“ geplant haben

In Graz soll eine 14-Jährige eine Attacke auf „Ungläubige“ geplant haben, Messer und Beil lagen als mögliche Tatwaffen schon bereit. Bei einer Hausdurchsuchung stießen die Fahnder auf Propagandamaterial des Islamischen Staats sowie auf zahlreiche Kampf- und Hinrichtungsvideos.

In Österreich soll eine 14-Jährige einen terroristischen Angriff mit Messer und Beil auf Passanten geplant haben. Die Verdächtige habe die möglichen Tatwaffen bereits bereitgelegt gehabt, [berichtete die Polizei am Samstag](#) unter Berufung auf Ermittlungen des Landesamts für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) Steiermark. Die Attacke sollte „Ungläubigen“ gelten. Als Tatort sei der Jakominiplatz in Graz, einer der größten Plätze der Stadt, vorgesehen gewesen. Bei einer Hausdurchsuchung stießen die Fahnder auf Propagandamaterial des Islamischen Staats (IS) sowie auf zahlreiche Kampf- und Hinrichtungsvideos. Bisherige Ermittlungen brachten auch Hinweise auf Aktivitäten in einschlägigen Chatforen. Die Datenträger werden den Angaben zufolge nun ausgewertet.

Jugendliche verweigert Angaben zur Tat

Der Hinweis einer europäischen Sicherheitsbehörde habe die österreichischen Ermittler alarmiert, berichtete die Polizei. Anhand von Chatverläufen und Social-Media-Aktivitäten sei die aus Montenegro stammende 14-Jährige in Graz ausfindig gemacht worden. Die Verdächtige verweigere bislang Angaben zum Tatverdacht, hieß es. Weitere Ermittlungen seien im Gange. Die Staatsanwaltschaft Graz habe nach richterlicher Genehmigung die Festnahme und Einlieferung der 14-Jährigen in eine Justizanstalt angeordnet.

Die Erkenntnisse der vergangenen Jahre zeigten einen klaren Trend zur Radikalisierung im und über den digitalen Raum, so die Behörden. Der hohe Stellenwert des IS in der jungen Generation beruhe vor allem auf der Vielzahl und Qualität der online verfügbaren Propagandainhalte, die eine starke Anziehungskraft auf Jugendliche und junge Erwachsene ausübten, hieß es.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/islamistische-straftaten-verdreifacht-doch-faeser-h%C3%A4lt-rechtsextreme-f%C3%BCr-die-gr%C3%B6%C3%9Fte-gefahr/ar-BB1mTt9G?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=83713d0a678f476f9415192d391d9084&ei=15>

Islamistische Straftaten verdreifacht – Doch Faeser hält Rechtsextreme für die größte Gefahr

Geschichte von Nathan Giwerzew

Die Morgenstunden des 18. Oktober 2023, Berlin-Mitte: [Unbekannte werfen Molotowcocktails auf die Synagoge Kahal Adass Jisroel](#) in der Brunnenstraße. Am Vortag setzte die islamistische

Terrororganisation [Hamis](#) die Falschmeldung in die Welt, Israelis hätten das Al-Ahli-Krankenhaus in [Gaza](#) mit Raketen beschossen und dadurch hunderte Zivilisten getötet. Wie durch ein Wunder gerät an diesem

Morgen in Berlin die Synagoge nicht in Brand, in deren Gebäude sich auch ein Kindergarten und eine jüdische Schule befinden.

Alle wissen in jenen Tagen: Der Terrorangriff der Hamas auf [Israel](#) und der anschließende Krieg in Gaza sind weltweit zu einem Brandbeschleuniger für Islamismus und für israelfeindlich gefärbten Judenhasse geworden – auch in Deutschland. Trotzdem hält Bundesinnenministerin [Nancy Faeser](#) (SPD) eisern daran fest, der Rechtsextremismus stelle die „größte Gefahr“ für die Demokratie dar. Als sie diesen Montag gemeinsam mit BKA-Präsident Holger Münch die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität für 2023 vorstellt, bekräftigt sie das abermals. [Sie nutzt die Pressekonferenz](#) vor allem dazu, Bürger „vom rechten Rand“ für die steigende Gewalt gegen Politiker mitverantwortlich zu machen.

Es fällt auf: Seit Faeser Bundesinnenministerin ist, redet sie fast nur noch über den Kampf gegen Rechtsextremismus. Er wurde zu ihrem Herzensthema, auch weil sie 2019 mit dem hessischen CDU-Kommunalpolitiker [Walter Lübcke](#) einen Freund und Weggefährten verloren hatte. Die Tat beging der Rechtsterrorist Stephan Ernst. Und so wiederholt die SPD-Politikerin seit Jahren ihr Mantra, sie werde rechtsextreme Netzwerke entwapfen und Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen.

Anscheinend ist ihr jeder Anlass recht, um immer wieder neue Aktionspläne und Maßnahmenpakete gegen Rechtsextremismus aufzusetzen. Im Januar kündigte sie ein weiteres Bündel an – kurz, nachdem die Medien-NGO Correctiv ein privates Treffen rechter Politiker und rechtsextremer Aktivisten zu einer Art zweiter Wannseekonferenz [stilisiert hatte](#). So konnte sie sich wieder ihrem Hauptfeind widmen: dem Rechtsextremismus. Der rapide Anstieg antisemitischer Gewalttaten vor allem aus dem israelfeindlichen und islamistischen Milieu schien auf einmal wie vergessen, die [Reform des Disziplinarrechts](#) hatte Priorität.

Doch die von ihr vorgestellte Statistik spricht eine andere Sprache. Extremistische Delikte aus dem Bereich „ausländische Ideologie“, also etwa Straftaten von Sympathisanten linksextremer palästinensischer Terrorgruppen, haben demnach im vergangenen Jahr um fast 57 Prozent zugenommen. Delikte des Bereichs „religiöse Ideologie“, also vor allem islamistische Straftaten, haben sich sogar verdreifacht. Rechtsextreme Delikte verzeichnen dagegen einen vergleichsweise niedrigen Anstieg von rund 22 Prozent.

Bei Straftaten im Kontext des Nahostkonflikts wird das noch deutlicher. Hier stehen die Phänomenbereiche „ausländische Ideologie“ mit knapp 64 Prozent und „religiöse Ideologie“ mit knapp 20 Prozent weit vorne – rechts motivierte Delikte machen indes nur rund 7 Prozent aller Straftaten aus. Ist das der Innenministerin bewusst? Vielleicht. Aber in ihre politische Agenda passen diese Zahlen offenbar nicht. Besonders bitter:

Knapp die Hälfte dieser Straftaten richteten sich nicht einfach gegen die Politik des Staates Israel, sondern direkt gegen Juden.

Rechtsextremismus ist ein ernstes Problem, keine Frage. Das zeigt auch die Statistik: Mit fast 26.000 Fällen stehen rechtsextreme Delikte weit vorne. Auch die meisten antisemitischen Straftaten aus dem Themenfeld der sogenannten „Hasskriminalität“, größtenteils Äußerungsdelikte, entfallen auf rechte Täter. Sicher: Kein rechtsextremer Übergriff darf verharmlost, jede Straftat muss geahndet werden.

Dennoch stellten die Ausschreitungen nach dem 7. Oktober parteiübergreifend die Gewissheit infrage, antisemitische Gewalt käme zwangsläufig von rechts. **Es ist deshalb umso frappierender, wenn Faeser noch immer ausschließlich im Rechtsextremismus die „größte“ Gefahr erblickt – trotz gestiegener Fallzahlen im Bereich der islamistischen und linksextremen Straftaten. Vielleicht ist dies auch nur das Manöver einer gewieften Parteipolitikerin, die im Wahlkampf gegen die AfD punkten möchte. Vom politischen Weitblick der Ministerin zeugt das alles jedenfalls nicht.**

<https://www.pi-news.net/2024/05/eilmeldung-aus-mannheim-messer-attentat-auf-michael-stuerzenberger/>

Eilmeldung aus Mannheim: Messer-Attentat auf Michael Stürzenberger!

31. Mai 2024

Schreckliche Nachrichten aus Mannheim: Bei der heutigen Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa in Mannheim von 12 bis 18 Uhr wurde Michael Stürzenberger gegen 11:30 Uhr von einem Mann – wahrscheinlich ein Moslem – mit einem Messer mehrfach niedergestochen. Der bärtige Mann konnte nach kurzer Zeit von der Polizei überwältigt werden. Stürzenberger erlitt durch die Einstiche schwerste Verletzungen. Wir halten unsere Leser auf dem Laufenden, sobald wir Näheres über den Gesundheitszustand von Michael Stürzenberger erfahren.

Update 12:45 Uhr:

- Nach Augenzeugenberichten erlitt Stürzenberger schwere Stichverletzungen am Gesicht. Er wurde von der Mitte des Gesichts bis zur Lippe komplett aufgeschnitten und hat auch am Bein Stichverletzungen. Er ist inzwischen in die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Ludwigshafen transportiert worden, wo auch schon Niki Lauda nach seinem schweren Unfall am Nürburgring am 1. August 1976 behandelt wurde. Nach noch nicht bestätigten Informationen soll Stürzenberger inzwischen außer Lebensgefahr sein.
- Auch ein Polizist, der den Angreifer aufhalten wollte, wurde von diesem mit einem Messer in den Rücken und in den Nacken gestochen und musste ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden.
- Der Attentäter wurde von der Polizei angeschossen, hat den Schuss aber wohl überlebt.
- Der Bereich rings um den Tatort ist inzwischen weiträumig mit Flatterband abgesperrt. Trotzdem hat sich dort eine große Zahl an Moslems eingefunden.
- Das Original-Video vom Livestream musste vom Youtube-Kanal „Augen auf!“ auf Anweisung der Polizei entfernt werden. Ein Video von der entscheidenden Szene hat der „Deutschlandkurier“ inzwischen veröffentlicht (s.o.).

Zum Verhalten der Polizisten schreibt Martin Sellner auf [Telegram](#):

„Michael Stürzenberger liegt im Spital! Jahrelang haben wir das befürchtet. Nun ist es eingetreten. Das Video vom Angriff zeigt ein Totalversagen der Polizei, das man kriminell nennen könnte. – Man lässt den bluträuschigen Migrant 15 quälend lange Sekunden messern. Mehr als acht Polizisten stehen tatenlos herum.

– Dann greift man ein. Aber man trifft den FALSCHEN! Ein Polizist wirft einen mutigen Helfer Stürzenbergers brutal zu Boden und dreht dem Messermigranten den Rücken zu(!)

– Erst als dieser Polizist dann vom Migrant hinterrücks in den Hals gestochen wird, greift die Staatsmacht ein und erschießt ihn.

Dann vergehen vier weitere Minuten, bis Beamte Stürzenberger ein Tourniquet anlegen. Wäre es eine arterielle Wunde gewesen, könnte er tot sein.“ [...]

Skandal-Aussagen von Rainer Wendt, Chef der Polizeigewerkschaft, auf Welt.de zum Attentat:

„...es sind da wohl mehrere Extremisten aufeinander gestoßen...“

<https://unser-mittleuropa.com/139087>

Islam-Hass-Video: „Vorbild Polizisten-Hals-Stecher“ – Links-Grüne Verantwortung?

Von [Redaktion Ungarn](#)

JUN 2, 2024 [#Islamismus-Hass](#)



Selbst das einstige Boulevard-Kampfblatt für den ungezügelter und unkontrollierter Flüchtlings-Zu-Zug, die [BILD](#), ist nun entsetzt, über den grenzenlosen Hass und die abgrundtiefe Menschenverachtung mancher 2015 gerufener 9islamistischer Neu-Bürger unter uns:

„Wie sicher muss sich dieser Hass-Prediger in Deutschland fühlen? Wie wenig fürchtet er unseren Rechtsstaat? Wie sehr verachtet er unsere Art zu leben, dass der Islamist, der sich im Internet Imam Meta nennt, es wagt, in einem Video die Bluttat von Mannheim zu feiern. Dass er den Mordversuch an einem Islam-Kritiker bejubelt. Und explizit das Messer-Gemetzel an einem unserer Polizisten. Wie sehr muss sich dieser Kerl vor uns ekeln?“

Am Freitagabend hatte nämlich ein gewisser „Imam Meta“ ein verstörendes Video ins Netz gestellt: Darin schreckt er auch vor weiteren Mordaufrufen nicht zurück, gegen andersdenkende Muslime, gegen Polizisten und Islamkritiker:

„Mitten in Deutschland. Auf Deutsch vorgetragen auf TikTok. Er feiert die Bluttat an einem deutschen Polizisten, der nichts anders macht, als unsere Freiheit und Sicherheit zu verteidigen.“ (BILD)

Unfassbarer islamistischer Hass-Text

„Leute, endlich gute Nachricht: Dieser Stürzenberger wurde abgestochen. Inshallah bekommt der Junge, der ihn abgestochen hat, die höchste Stufe im Paradies. Ich schwöre bei Allah, ich schicke dir Geld, mein Freund. Ich schicke dir Geld. Ich schicke dir Essen, ich trinke, ich schicke dir alles ist, inshallah passiert das mit Ex-Muslimen (...). Inshallah, jeder Islam-Kritiker. Jeder, der Islam kritisiert.“

Dann simuliert er mit seiner Hand wie ein Wahnsinniger Messer-Attacken:

„Bam, bamm, bamm ...“

Er droht offen andersdenkenden Muslimen mit Mordattacken:

„Und dieser Türke auch, dieser Türke mit seiner Mütze, mit seinem schieß Atatürk, warte ab, du wirst auch noch sehen, du schieß Dreckstürke. Der Islam, jeder Islamhasser, jeder Islamhasser, das wird passieren mit Messer.“

„Bam, bamm, bamm ...“

Und weiter:

„Digga, ich schwöre bei Allah, der ist mein Vorbild. Dieser Junge ist mein Vorbild. Er sticht sogar dem Polizei in sein Hals.“

„Bam, bamm, bamm ...“

Video-Player

00:00

00:57

BILD fragt sich desillusionierend:

„Und nun? Was passiert nach diesem Ekel-Hass-Video?“

Vermutlich gar nichts! Denn die linken deutschen Polit-Eliten werden weiterhin den selbstgerechten Multikulti-Schlaf halten.

Mit zweierlei Maß

Eine Schülerin hatte ein AfD-Video mit Schlümpfen weitergeleitet („Die Schlümpfe sind blau, Deutschland auch“) und außerdem geschrieben, dass Deutschland für sie nicht nur ein Ort auf der Landkarte sei, sondern Heimat. UNSER-MITTELEUROPA [berichtete](#).

Sofort rückte die Schlumpf-Stasi aus und holten das Mädchen mit drei (!) Polizisten aus dem Schulunterricht.

Mal sehen, welche Konsequenzen Hassverbreiter zu befürchten haben? Vielleicht eine Vorladung, weil gerade EU-Wahlen bevorstehen. Eventuell, falls überhaupt, eine sog. „Gefährderansprache“.

Links-Grüne framen ihre Verantwortung unverschämt weg

Nachdem also der ganze Multikulti-Wahnsinn nicht mehr weg-zensiert werden kann, über sich die Links-GRünen nun neuerdings darin, die Hass-Messerstechereien zu verallgemeinern und so von ihrer Verantwortung für die Willkommens-Kultur abzulenken. Und BILD framt tapfer – wie ein grünes Kampfblatt mit:

“Der Grünen-Innenexperte Konstantin von Notz (53) war am Freitag nach der Tat einer der ersten Politiker, die deutlich auf die massive Gefahr, die von Islamisten bei uns ausgeht, hingewiesen hat.“

(BILD)

Er sagt zum Video:

„Wer eine derart bestialische Tat öffentlich abfeiert, muss sofort empfindliche Konsequenzen spüren. Dieses Verhalten darf nicht geduldet werden und muss ein zügiges Strafverfahren nach sich ziehen.“

Und die ultralinke SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser (53, SPD) zeigt sich gegenüber Bild entsetzt:

▶ „Den mörderischen Messerangriff zu verherrlichen, ist widerwärtig und menschenverachtend. Wer das tut, muss mit aller Härte des Strafrechts verfolgt werden. Unsere Sicherheitsbehörden gehen dem konsequent nach.“

Wir von UME haben zu Faeser Multikulti-Wahnsinn schon mehrfach berichtet:

--

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/fortuyn-van-gogh-charlie-hebdo-islamkritiker-auf-der-todesliste/ar-BB1nyhen?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=3bc02c660a3b40cc9355a18267b894ee&ei=46>

Fortuyn, van Gogh, Charlie Hebdo – Islamkritiker auf der Todesliste
Geschichte von Lara Jäkel

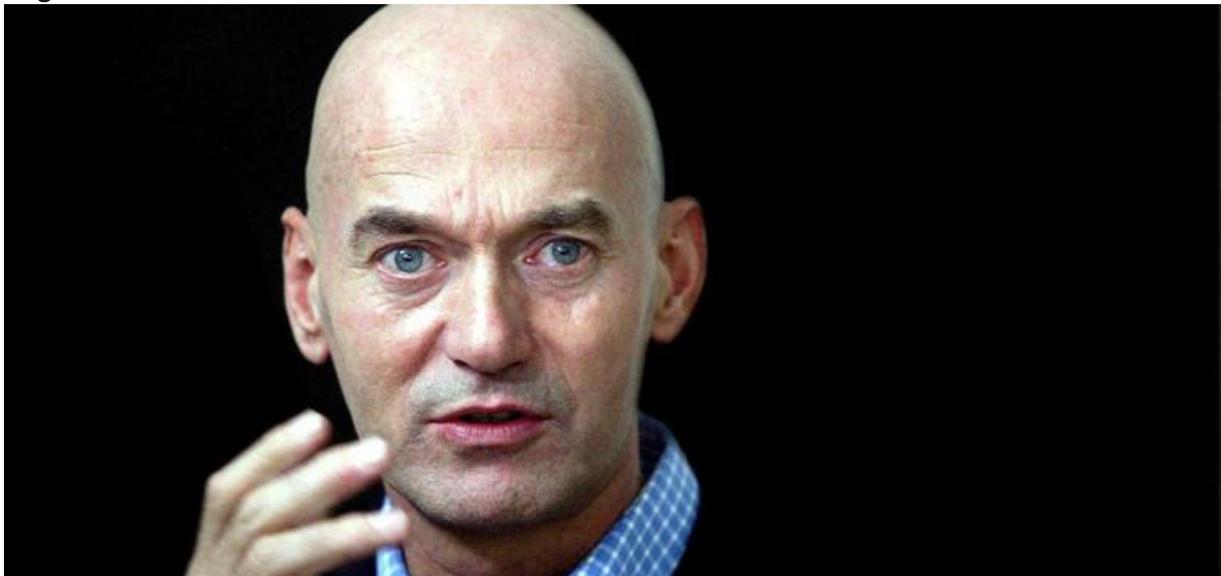
Weltweit werden Menschen mit dem Tod bedroht, wenn sie den Islam kritisieren – und oft verlieren sie durch Attentate ihr Leben oder werden verstümmelt. Der Anschlag von Mannheim ist kein Einzelfall. Die blutige Spur reicht Jahre zurück.

Vos/ANP/AFP; Bernd von Jutrczenka/dpa; Johannes Eisele via REUTERS; Julio Pelaez/MAXPPP/dpa/picture alliance; Montage: Infografik WELT© Bereitgestellt von WELT
Auf den ersten Blick wirkt die Messerattacke von Mannheim wie ein trauriger Einzelfall. Bei einer Veranstaltung des islamkritischen Vereins Pax Europa werden sechs Menschen verletzt, ein Polizist stirbt an den Folgen seiner Verletzungen. Das Motiv des Täters ist noch unbekannt, erste Erkenntnisse deuten auf einen islamistischen Hintergrund hin. Zuvor hatte der Verein um den Vorsitzenden [Michael Stürzenberger](#) Kampagnen gegen den Islam organisiert und sich dabei teils polemischer Rhetorik bedient.

Auf den zweiten Blick reiht sich die Tat ein in eine lange Geschichte von Angriffen gegen islamkritische Politiker, Künstler und Intellektuelle in ganz Europa. Ein Blick zurück offenbart mindestens sechs weitere Fälle, die sich im Detail zwar unterscheiden. Ein Muster ist aber bei allen zu erkennen: Wer sich provokant gegen den Islam äußert, droht ins Visier von Islamisten und ihren Unterstützer zu geraten.

6. Mai 2002: Anschlag auf Pim Fortuyn

Vor 22 Jahren wurde der niederländische Politiker [Pim Fortuyn](#) im Alter von 54 Jahren erschossen. Der Attentäter hatte Fortuyn nach einem TV-Interview aufgelauert und mit fünf Schüssen in Kopf, Brust und Hals getötet. Die Tat fand wenige Tage vor den niederländischen Parlamentswahlen statt, bei denen Fortuyn als Spitzenkandidat der „Liste Pim Fortuyn“ angetreten war.



Politiker Pim Fortuyn ROBERT VOS / ANP / AFP© Bereitgestellt von WELT

Seine kurze politische Karriere war geprägt von Tabubrüchen und Polemik. Er vertrat ausländerfeindliche Positionen und hatte im Wahlkampf gefordert, die Grenzen für Einwanderer aus muslimischen Ländern zu schließen. Aus seiner vorherigen Partei war er ausgeschlossen worden, weil er Artikel 1 der niederländischen Verfassung abschaffen wollte, das Antidiskriminierungsgesetz. Fortuyn bekam nach eigenen Angaben regelmäßig Morddrohungen, unter Personenschutz stand er jedoch nicht.

[Der Attentäter war ein 32-jähriger Niederländer](#) aus der Umweltbewegung. Er gab im Prozess an, durch den Mord an Fortuyn habe er „Muslime schützen“ wollen, die der Politiker als „Sündenböcke“ genutzt habe. In den Niederlanden hat das Attentat für Entsetzen gesorgt – auch, weil es die lange Tradition der Toleranz und Offenheit erschüttert hat. Die Tat hat in vielen Teilen Europas eine Diskussion über Meinungsfreiheit und Demokratie ausgelöst.

2. November 2004: Anschlag auf Theo van Gogh

Zwei Jahre später waren die Niederlande erneut Schauplatz eines Mordes. Im November 2004 wurde der niederländische Filmemacher [Theo van Gogh auf offener Straße erstochen](#). Der Täter, ein radikaler Muslim, hatte zunächst auf van Gogh geschossen, ihm dann die Kehle durchgeschnitten und mit einem Messer ein Bekenner schreiben an die Brust geheftet.

Van Gogh war an dem Morgen seines Todes auf dem Weg ins Studio, um einen Film fertigzustellen – über den Mord an Pim Fortuyn. Der Filmemacher war ein Verfechter der uneingeschränkten Meinungsfreiheit und provozierte häufig mit Tabubrüchen. Den islamischen Glauben bezeichnete er als „aggressiv und rückständig“. Kurz vor seiner Ermordung hatte er den islamkritischen Film „Submission“ produziert, der die Unterdrückung der Frau in der islamischen Welt thematisiert.



Filmemacher Theo van Gogh picture-alliance / dpa© Bereitgestellt von WELT

Der Attentäter sagte im Prozess, er halte den Mord im Kampf gegen die „Ungläubigen“ für gerechtfertigt. Der damals 26-Jährige besaß sowohl die marokkanische als auch die niederländische Staatsbürgerschaft und war dem niederländischen Geheimdienst bereits bekannt. In den Niederlanden löste der Mord einen Ausnahmezustand aus. Mehrere Wochen lang wurden Kirchen und Moscheen im ganzen Land attackiert und Themen wie Migration, Leitkultur und Integration hitzig debattiert.

2010: Anschlag auf Kurt Westergaard, Mohammed-Karikaturen

Wenige Monate nach dem Mord an van Gogh löste der dänische Karikaturist [Kurt Westergaard](#) erneut eine Diskussion über die Grenzen der Kunstfreiheit aus. Die

konservative Zeitung „Jyllands-Posten“ hatte im September 2005 mehrere Mohammed-Karikaturen abgedruckt – darunter eine von Westergaard, die den Propheten mit einer Bombe als Turban zeigte.

Die Zeichnung rief heftige Reaktionen hervor. In vielen islamischen Ländern brachen gewaltsame Proteste aus, auch mehrere dänische Botschaften wurden attackiert. Mehr als 100 Menschen starben. Auf Westergaard soll ein Kopfgeld in Höhe von elf Millionen Dollar ausgesetzt worden sein; er stand seitdem ständig unter Polizeischutz und musste immer wieder umziehen.



Zeichner Kurt Westergaard REUTERS/Johannes Eisele/Pool© Bereitgestellt von WELT
Im Jahr 2008 nahm der dänische Polizeigeheimdienst drei Männer fest, die einen Anschlag auf Westergaard geplant haben sollen. Zwei Jahre später drang ein Attentäter mit einer Axt in sein Haus ein. Westergaard blieb nur deshalb unverletzt, weil er sich rechtzeitig ins Badezimmer flüchten konnte, das zu einem Panikraum ausgebaut worden war. Laut Geheimdienst hatte der Angreifer Verbindungen zur Terrorgruppe [al-Qaida](#). Westergaard, der seit den 80er-Jahren Karikaturen für „Jyllands-Posten“ gezeichnet hatte, verteidigte die Veröffentlichung der Karikatur auch nach den Angriffen auf ihn stets unter Berufung auf die Meinungsfreiheit. Seine Werke wurden in mehreren Zeitungen in ganz Europa nachgedruckt – unter anderem in der französischen Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“.

7. Januar 2015: Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo

Das Attentat auf die Redaktion von „[Charlie Hebdo](#)“ ist in ganz Europa zum Symbol der Meinungsfreiheit geworden. Am 7. Januar 2015 drangen zwei schwerbewaffnete Männer in das Redaktionsgebäude des Satiremagazins ein und erschießen zwölf Menschen, darunter den Herausgeber, mehrere Zeichner und zwei Polizisten.

„Charlie Hebdo“ war seit Jahren bekannt für ihre provokanten Karikaturen, in denen vor allem religiöser Fundamentalismus thematisiert wird. Im Jahr 2011 veröffentlichte sie eine Sonderausgabe mit dem Titel „Charia Hebdo“; am selben Tag wurde ein Brandanschlag auf die Redaktion verübt. Das islamistische Magazin „Inspire“ schrieb Herausgeber Stéphane Charbonnier 2013 „zur Fahndung“ aus und schrieb dazu: „Eine Kugel am Tag schützt vor Ungläubigen“.



picture alliance / BeckerBredel© Bereitgestellt von WELT

Die Attentäter vom 7. Januar waren die französischen Brüder Saïd und Chérif Kouachi. Einem Augenzeugen zufolge sollen sie gerufen haben: „Wir haben den Propheten gerächt“. Sie werden nach drei Tagen gefasst und von Sicherheitskräften getötet. Später bekennt sich ein Al-Qaida-Ableger zu dem Anschlag.

In ganz Europa demonstrierten Menschen in den folgenden Tagen für die Pressefreiheit, an einem Trauermarsch in Paris nahmen 1,5 Millionen Menschen teil. Der Hashtag „[Je suis Charlie](#)“ ging um die Welt. Die überlebenden Redaktionsmitglieder setzen die Arbeit von Charlie Hebdo fort – der Name steht bis heute sinnbildlich für die Freiheit von Kunst und Kultur.

14. Februar 2015: Anschlag auf den schwedischen Künstler Lars Vilks

Auch der schwedische Künstler [Lars Vilks](#) geriet durch Mohammed-Karikaturen ins Visier der Islamisten. Für eine Ausstellung hatte er 2007 mehrere Zeichnungen angefertigt, auf denen er den Kopf des Propheten auf den Körper eines Hundes gesetzt hatte. Gezeigt wurden die Karikaturen auf der Ausstellung nicht, wohl aus Sicherheitsbedenken. Allerdings druckte eine schwedische Lokalzeitung eine der Zeichnungen ab.

Wer eine wirkliche Debatte über Meinungsfreiheit und den Islam wolle, müsse provozieren, hatte Vilks später in einem Interview über seine Karikatur gesagt. Vilks erhielt nach der Veröffentlichung zahlreiche Morddrohungen und wurde unter Personenschutz gestellt, musste zwischenzeitlich sein Haus verlassen. Der Al-Qaida-Ableger im Irak setzte ein Kopfgeld von 150.000 Dollar auf ihn aus.

Seitdem wurden mehrere Angriffe auf ihn verübt. 2010 wurde er während einer Vorlesung an der Universität Uppsala angegriffen und leicht verletzt, im selben Jahr wurden Brandbomben in sein Haus geworfen. 2014 wurde eine zum Islam konvertierte US-Bürgerin wegen Mordplänen gegen Vilks verhaftet.

Am 14. Februar 2015 schoss ein Attentäter auf ein Kulturzentrum in Kopenhagen, in dem Vilks für eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Kunstfreiheit und Islam zu Gast war. Vilks wurde nicht verletzt, allerdings wurde ein Zuschauer getötet. Die Ermittler gehen auch in diesem Fall von einem islamistischen Hintergrund aus. Vilks wollte sich von den Angriffen nicht beirren lassen: Kunst gehe mit Grenzüberschreitungen einher, war er überzeugt. Er kam Jahre später bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

12. August 2022: Anschlag auf Salman Rushdie

Das jüngste Beispiel ist der Angriff auf den Schriftsteller [Salman Rushdie](#). Im August 2022 wurde der damals 75-Jährige bei einer Veranstaltung im US-Bundesstaat New York auf der Bühne angegriffen und mit mehreren Messerstichen verletzt. Der Attentäter war der 24-jährige Amerikaner Hadi Matar, dessen Familie aus dem Libanon kommt. Er begründete seine Tat damit, dass Rushdie „ein Feind des Islams“ sei.

Schon 1989 hatte Irans geistliches Oberhaupt Ajatollah Khomeini zum Mord an Rushdie aufgerufen. Der Autor habe in seinem 1988 erschienenen Roman „[Die Satanischen Verse](#)“ den Islam und den Propheten Mohammed beleidigt. Rushdie versteckte sich danach jahrelang, um dem Todesurteil zu entkommen. Inzwischen lebt der Autor seit mehr als 20 Jahren in New York und hatte sich zuletzt in Sicherheit gefühlt – bis zu dem Tag vor zwei Jahren.



Schriftsteller Salman Rushdie dpa© Bereitgestellt von WELT

In iranischen Hardliner-Medien ist der Angriff auf Rushdie bejubelt worden. Eine Zeitung zeigte ein Bild des Autors und titelte: „Der Teufel auf dem Weg in die Hölle.“ Mehrere westliche Politiker gaben dem Iran eine Mitschuld an dem Angriff. Rushdie ist seit dem Attentat auf einem Auge blind und kann eine Hand nicht mehr bewegen. Im April veröffentlichte er ein Buch, in dem er das Erlebte verarbeitet.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus251917070/Extremismus-und-Terrorismus-Der-individuelle-Nutzen-ist-das-Gefuehl-moralischer-Ueberlegenheit.html>

„Extremisten fühlen sich in Bezug auf ihre Lebensrealität ungerecht behandelt“

Stand: 13:10 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Ricarda Breyton

Von Ricarda Breyton

Politikredakteurin

Die forensische Psychiaterin Nahlah Saimeh hat mehr als 800 Gewalttäter in Gerichtsverfahren und in der Haft begutachtet. Sie erklärt, was Menschen psychologisch zu extremistischen Attentätern werden lässt – und was es mit der Zunahme von Gruppenvergewaltigungen auf sich hat.

Nahlah Saimeh, 58, arbeitet als forensische Psychiaterin in Düsseldorf. Sie erstellt unter anderem Gutachten zur Schuldfähigkeit und Kriminalprognosen bei Entlassung aus der Haft. Über ihre Arbeit hat sie mehrere Bücher veröffentlicht.

WELT: Frau Saimeh, in Mannheim hat ein afghanischer Attentäter auf brutale Weise einen Polizisten erstochen, wohl aus islamistischen Motiven. Was geht in Menschen vor, die aus extremistischem Hass mit dem Messer auf andere Leute einstechen?

Nahlah Saimeh: Aktuelle Fälle kommentiere ich nicht. Allgemein gilt: Personen, die anfällig für extremistische Ideologien sind, pflegen Ungerechtigkeits Erzählungen, seien es individuelle, gesellschaftliche oder global bezogene. Die Menschen fühlen sich in Bezug auf ihre Lebensrealität ungerecht behandelt, nicht gesehen und in ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen. Alle extremistischen Ideologien arbeiten mit solchen Narrativen, denen nach dieser Lesart nur radikal und gewalttätig abgeholfen werden kann. Sie sagen: „Wir kennen die Ursache für Dein Leiden. Und wir beseitigen die Verursacher Deines Leidens.“

WELT: Oft heißt es, die Täter seien im Vorfeld „völlig unauffällig“ gewesen. Wächst die Bereitschaft zu extremer Gewalt schleichend? Oder ist sie „angelegt“?

Saimeh: Wenn Sie eine schwere Gewalttat planen, werden Sie ja im Alltag nicht sonderlich auffallen wollen. Und ein Einzeltäter muss sich ja mit niemandem absprechen. **Als Psychiater wissen wir, dass jeder Mensch im Grunde vier basale Grundbedürfnisse hat: Wir brauchen sichere Bindungen. Wir wollen Teilhabe, und wir wollen die Umwelt verstehen, in der wir leben, streben also nach Orientierung und Sicherheit. Außerdem wollen wir Leid vermeiden. In diesen Zeiten rasanter, großer gesellschaftlicher und globaler Umbrüche sind Sicherheit und Orientierung bedroht. Es entstehen Angst und dann Wut.**

Alle Feindbilder arbeiten mit Dehumanisierung, dem Aberkennen des Mensch-Seins und nutzen Wut als Treibstoff für Aktion. Und dann gibt es auch keine Tötungshemmung mehr. Das ist Terror.

WELT: Nun wird nicht jeder, der sich in einer Umbruchsituation befindet, zum Gewalttäter. Sind die Täter psychisch krank?

Saimeh: In den meisten Fällen sind extremistische Gewalttäter nicht psychisch krank. Am ehesten trifft das tatsächlich für Einzeltäter zu. Man darf Extremismus und Terrorismus nicht als psychiatrisches Problem betrachten. Das wäre ein fataler Fehler.

Um es klar zu sagen: Es gibt Menschen, die sind einfach gewalttätig. Sie bejahen Gewalt, und sie begeistern sich für Gewalt. Dann gibt es Menschen, die nur im Zusammenhang mit schweren psychischen Krankheiten gewalttätig werden. Andere sind eigentlich gegen Gewalt, finden aber situativ Gründe für Gewalt. Und wieder andere sind mit ihrer Lebenssituation überfordert, denken Sie zum Beispiel an häusliche Gewalt.

„Schwieriger wird es bei Menschen mit Intelligenzminderung, einem IQ von deutlich unter 70“
WELT: Die meisten Menschen dürften eine enorme Abscheu davor empfinden, einem anderen Menschen derart Gewalt anzutun. Kann diese Abscheu auch bei psychisch gesunden Menschen einfach so „ausgeschaltet“ werden?

Saimeh: Das war in der Geschichte immer so und ist auch heute so: Wenn Sie einer Ideologie anhängen, die Ihnen vermittelt, dass alle Probleme gelöst werden, wenn man bestimmte Gruppierungen, die für das Elend der Welt verantwortlich gemacht werden, eliminiert – also tötet –, dann geben Sie sich selbst eine Legitimation zum Töten. Das Töten wird zu einem vermeintlich

moralischen Akt umdefiniert. Das ist ja das Perverse. Attentate zielen auf Feindbilder, konkrete oder symbolische.

WELT: Die Geschichte zeigt, dass jede extremistische Ideologie Gewalttäter hervorgebracht hat: der Linksextremismus die RAF, der Rechtsextremismus unter anderem den NSU, der Islamismus den sogenannten Islamischen Staat. Warum gibt es einen Nährboden dafür?

Saimeh: Die Grenze zwischen Aktivismus und Extremismus verläuft da, wo Gewaltanwendung als Notwendigkeit betrachtet wird. Die faktische Gewalt-Ausübung ist dann Terrorismus. Alle extremistischen Ideologien legitimieren Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie bringen dann Gruppierungen hervor, die das in die Tat umsetzen. Das ist eine logische Konsequenz.

Für die Hinwendung zum Islamismus gibt es sehr unterschiedliche Gründe. Wenn wir auf die Einzelperson schauen, dann sind es häufig Menschen, die sich nach ganz festen, klaren und nicht hinterfragbaren Regeln für ihr eigenes Leben sehnen. Und die Gruppierungen werben auch mit einer Art sozialstaatlicher Versorgung, sodass gerade auch Menschen sich dort aufgehoben fühlen, die durch eine prekäre Lebenssituation immense Wut aufstauen und den Halt in ihrem Leben verloren haben.

„Zeigt, welche tiefen Spuren der politische Islam bereits hinterlassen hat“

WELT: Und beim Rechtsextremismus und Linksextremismus?

Saimeh: Alle extremistischen Ideologien von jeder Seite machen sich verunsicherte Bedürfnisse von Menschen zunutze und antworten mit extrem auf Schwarz-Weiß-Logik zugeschnittenen Lösungsvorschlägen, die aber im Kern immer darauf hinauslaufen, andere Menschen zu eliminieren. Die Ideologien unterscheiden sich nur in der Definition ihrer Feindbilder, ihrer vermeintlichen metaphysischen Legitimation und in den Gesellschaftsutopien.

Der individuelle psychologische Nutzen ist Identitätsstiftung über ein gemeinsames Narrativ, Vermittlung von radikaler Selbstwirksamkeit, Sicherheit und natürlich das Gefühl moralischer Überlegenheit. All diese Ideologien geben Menschen das Gefühl, an einer Bewegung teilzunehmen, die viel größer ist als man selbst. Und es geht immer um die Etablierung einer monokulturellen Gesellschaft, sei es ethnisch, sei es religiös, sei es ökonomisch.

WELT: Sie haben nicht nur Extremisten begutachtet, sondern auch viele Sexual-Gewalttäter. Es gibt hier in den vergangenen Jahrzehnten eine interessante Entwicklung: Auf der einen Seite nehmen schwere Gewalttaten wie Sexualmorde ab. Auf der anderen Seite werden aber zunehmend Vergewaltigungen angezeigt, darunter Gruppenvergewaltigungen. Wie ordnen Sie das ein?

Saimeh: In den 70er-Jahren gab es 60 bis 70 Sexualmorde pro Jahr. In den letzten zehn Jahren liegen die Zahlen je Jahr fast durchweg im einstelligen Bereich. Der jahrelange Rückgang sexueller Gewalt insgesamt hat auch mit der Zunahme des Unrechtsbewusstseins zu tun. Das Strafrecht wurde in den letzten 25 Jahren zunehmend verschärft. Und sexuelle Gewalt ist in Gesellschaften mit hoher Gleichberechtigung der Geschlechter niedrig. Wir haben jetzt das Problem, dass mit den Gruppenvergewaltigungen im öffentlichen Raum ein spezieller Kriminalitätsbereich seit Jahren im Verhältnis deutlich ansteigt.

WELT: Woran liegt das?

Saimeh: Mit der Frage stechen Sie in ein Wespennest, bei dem es viele unterschiedliche Risikofaktoren gibt und das Menschen begreiflicherweise in Rage bringt. Gruppenvergewaltigungen bei aus dem Ruder laufenden Partys sind das eine Problem. Dann haben wir noch das Thema mit den

K.-o.-Tropfen. Ein anderes Problem sind solche Taten im öffentlichen Raum mit Tätern, die offenbar ein Problem mit einem zeitgemäßen Geschlechterrollen-Verständnis haben.

Damit hier klar ist: Risiken aufzeigen, heißt Gefahren einordnen. Nur wenn Sie Gefahren kennen, können Sie sicherheitspolitisch handeln. Mit Rechtfertigung hat das gar nichts zu tun. Wer sexuelle Gewalt rechtfertigt, begibt sich gedanklich auf die Täter-Seite. Punkt.

WELT: Die Statistik zeigt, dass rund die Hälfte der Männer, die einer Gruppenvergewaltigung verdächtigt werden, Deutsche sind. Überproportional vertreten sind bei der anderen Hälfte Syrer, Afghanen, Iraker. Sie haben in der Vergangenheit gesagt, dass ungesteuerte Migration ein „Risikofaktor“ für solche Übergriffe sein könne. Was meinen Sie damit?

Saimeh: Die Zahlen passen zu dem, was ich eben ausgeführt habe. Überall da, wo es ein Spannungsfeld von Männlichkeitsbild und Kultur gibt, nimmt sexuelle Gewalt zu. Und dann kommen hier noch weitere Faktoren hinzu. Aus der transkulturellen Psychiatrie weiß man, dass ungeordnete Migrationsbewegungen die Gefahr von Suchterkrankungen und schweren psychischen Erkrankungen erhöhen. Der Wegfall von sozialer Kontrolle und Struktur im Leben befördert Kriminalität. Und wenn man dann im Grunde unsere Gesellschaft zugleich verachtet, hat man eine brisante Mischung.

Und dann gibt es, wie bei allen Gruppen-Delikten, auch noch die Gruppendynamik selbst. Das sind Risikofaktoren, zu denen sich Politik und Gesellschaft verhalten müssen.

WELT: Wie sollen Politik und Gesellschaft reagieren, um Risiken zu minimieren?

Saimeh: Sexuelle Gewalt sind Straftaten. Ob nun als Einzeltäter oder in der Gruppe: Hier ist der Rechtsstaat gefragt. Und bei Vergewaltigern weiß man aus der Kriminologie, dass diese Männer häufig auch schon wegen anderer Straftaten wie Drogendelikten und Körperverletzungsdelikten aufgefallen sind. Vergewaltiger sind in der Regel dissoziale Straftäter. Gewaltbereite, hochgradig antisoziale Männer jeder Nationalität sind einander übrigens ähnlich und teilen mitunter auch ziemlich ähnliche Vorstellungen zum Verhältnis der Geschlechter.

Was mir Sorge macht, ist die große Wut und der Hass, der uns in so vielen Diskussionen um die Ohren fliegt. Ich halte das für eine Folge des Mangels an Selbstwirksamkeit im Leben. Jeder Mensch will ein Sinn erfüllendes, selbstwirksames Leben leben. Wir wollen alle die Erfahrung machen, unser Leben nach unseren persönlichen Wünschen weitgehend gestalten zu können, und müssen das trotzdem mit realen Rahmenbedingungen abgleichen. Wenn Selbstwirksamkeit verloren geht, entsteht große Frustration, die zu Hass und Gewalt führt. Zur Selbstwirksamkeit gehört zum Beispiel Arbeit und Wertschätzung.

Professorin unter Polizeischutz: Deutschland knickt vor dem Islamismus ein

FOCUS-online-Gastautorin Susanne Schröter

Montag, 24.06.2024

Über Susanne Schröter

Susanne Schröter ist Professorin am Institut für Ethnologie an der Frankfurter Goethe-Universität, Vorstandsmitglied des „Deutschen Orient-Instituts“ und Mitglied sowie Mitinitiatorin der Denkfabrik R21 für neue bürgerliche Politik. Sie ist im wissenschaftlichen Beirat der „Bundeszentrale für politische Bildung“ sowie im Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam).

Des Weiteren ist Schröter Mitglied der „Hessischen Integrationskonferenz“, des „Dialog Forum Islam Hessen“ sowie des „Hessischen Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“. Im November 2014 gründete sie das „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“ (FFGI) und ist seitdem Direktorin der Einrichtung.

Susanne Schröter steht seit Jahren unter Polizeischutz. Doch nach dem Attentat auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger ist die Unsicherheit mit Macht zurückgekehrt. Die Messerattacke in Mannheim offenbart einmal mehr, wie die Gesellschaft die Bedrohung ignoriert.

Als mir das hessische Landeskriminalamt im Jahr 2017 mitteilte, dass ich aufgrund einer islamistischen Bedrohungslage als gefährdete Person geführt werde, war ich schockiert. Im Forschungszentrum Globaler Islam, das ich an der Goethe-Universität Frankfurt aufgebaut hatte, befassten wir uns mit allen Spielarten des gegenwärtigen Islam, also auch mit dem Islamismus, doch ich hatte niemals damit gerechnet, dadurch ins Visier gewaltbereiter Extremisten zu geraten. Die Wissenschaft, so dachte ich bis dahin, ist gesellschaftlich zu unbedeutend, um derartige Aufmerksamkeiten zu erzeugen. Dazu kam, dass Islamisten in erster Linie liberale Muslime bedrohen, weil sie nicht zulassen wollen, dass jemand ihnen die theologische Deutungshoheit streitig macht oder weil sie Emanzipationsprozesse in orthodoxen Communities befürchten.

Bedrohungen betrafen den Politikwissenschaftler Bassam Tibi, der den Islamismus seit vielen Jahrzehnten wissenschaftlich kritisiert, oder den Theologen Mouhanad Khorchide, der sich an der Universität Münster als Vertreter eines spirituell orientierten Islam einen Namen gemacht hatte. Mehr noch gilt dies für Muslime, deren Stimmen weit in die Gesellschaft hinein reichen. Hamed Abdel-Samad, Seyran Ates und Ahmad Mansour sind auf den dauerhaften Schutz von Polizeibeamten angewiesen.

Mannheim ist Folge der Denunziation derjenigen, die vor islamischem Extremismus warnen
Als nichtmuslimische Ethnologin hatte ich mich bis dahin im akademischen Elfenbeinturm recht sicher gewöhnt. Nach den ersten Gefühlen der Verunsicherung durch den LKA-Kontakt vor nunmehr sieben Jahren beschloss ich, mich nicht einschüchtern zu lassen.

Mein Vertrauen in die Polizei war groß und ich hoffte, dass sie schon alles unter Kontrolle hatte. Nach dem Anschlag auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger kam die Unsicherheit jedoch mit Wucht zurück.

Die öffentliche Kundgebung in Mannheim stand unter Polizeischutz, und dennoch war es dem Täter möglich, Stürzenberger mit einem Messer zu verletzen und einen Polizisten zu ermorden. Eine hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben, aber es muss dennoch gefragt werden, wie es zu diesem Anschlag kommen konnte.

Die Antwort ist einfach: Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer jahrelangen Praxis des Wegsehens und der Verharmlosung – sowohl des Islamismus als auch der Schattenseiten unserer Einwanderungspolitik.

Ja, mehr noch, der Anschlag ist nicht zuletzt die Folge der Denunziation derjenigen, die seit Jahren vor islamischem Extremismus warnen. Zu dieser Gruppe von Menschen zähle ich mich auch. Für uns wurden die Begriffe des antimuslimischen Rassismus und der Islamophobie erfunden. Beide sollen Kritiker zudem in eine rechte bzw. rechtsradikale Ecke stellen. Mit solchen Zuschreibungen lassen sich selbst Mordanschläge relativieren.

Im Fall Stürzenberger erschöpfte sich die Berichterstattung in weiten Teilen folgerichtig darin zu verkünden, dass dieser früher bei Pegida aktiv war und heute in einer vom Bayerischen Verfassungsschutz beobachteten Organisation angehört. Man muss Stürzenbergers Ansichten über den Islam nicht teilen, doch eines sollte klar sein: Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist in einem Rechtsstaat nicht von den politischen Überzeugungen des Opfers abhängig.

Kritik am Islamismus wird gern als rechts abgewertet

Kritik am Islamismus wird zwar gern als rechts abgewertet, doch diese existiert genauso in linken und links-liberalen Kreisen. Die islamismuskritische Lehrerin Birgit Ebel gehört den Grünen an, die liberale Muslimin Lale Akgün ist SPD-Mitglied. Das Gleiche gilt für eine fundamentale Kritik des Islam, die keine politische Zuordnung voraussetzt und in einer freien Gesellschaft ebenso erlaubt sein sollte wie fundamentale Kritik am Christentum.

Letztere wird übrigens von denjenigen, die mit Rassismuskritik schnell zur Stelle sind, wenn es um den Islam geht, nicht beanstandet. Ganz offenbar existieren hier doppelte Standards, mit denen sich viele Menschen abgefunden haben. Schmähungen christlicher Würdenträger finden sich sowohl in historischen philosophischen Abhandlungen als auch in Satiremagazinen.

Grundsätzlich ist Religionskritik nämlich ein Baustein der europäischen Aufklärung. Wenn es um das Christentum geht, scheint das kein Problem zu sein. Beim Islam macht man allerdings eine Ausnahme, weil es lebensgefährlich ist Witze über Mohammed zu machen, wie die Karikaturen in Dänemark oder der Anschlag auf Charlie Hebdo in Paris gezeigt haben. Beide Fälle wurden übrigens niemals zum Ausgangspunkt einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Gewaltpotential des Islamismus.

Stattdessen verbreitete sich die Maxime, dass es besser sei, das Recht auf Kunst- und Meinungsfreiheit nicht in Anspruch zu nehmen, wenn es sich um den Islam handelt. Das Einknicken gegenüber dem Islamismus ist kein neues Phänomen. Bereits im Jahr 1988, als der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini ein Kopfgeld auf den britischen Autor Salman Rushdie aussetzte, war von Zivilcourage wenig zu spüren. Sowohl die British Airways als auch die Lufthansa weigerten sich den Schriftsteller mitfliegen zu lassen.

Respekt bedeutet die Anerkennung des anderen

Wer Freiheitsrechte aufgibt, wenn dies von Vertretern einer Religionsgemeinschaft mit Gewaltandrohungen gefordert wird, der ist gern bereit, dafür einen anderen Grund zu suchen, als die eigene Feigheit. Das Zauberwort Respekt, das seit einiger Zeit inflationär in politischen Programmen und Leitbildern von Unternehmen verwendet wird, bietet sich an.

Respekt soll dem Islam oder den Muslimen gezeigt werden, die man an den Universitäten passenderweise zu einer besonders schutzbedürftigen Gruppe erklärt hat. Respekt bedeutet die Anerkennung des anderen und seiner Bedürfnisse. Wenn das Bedürfnis der Muslime – und beileibe nicht nur der Islamisten – darin besteht, dass man sich nicht über ihre Religion lustig macht, dann möchte man dies anerkennen, obwohl die gleiche Sensibilität für das Christentum und die Bedürfnisse christlicher Gläubiger gewöhnlich abgelehnt wird.

Was passiert mit eigentlich denjenigen, die keinen Respekt zeigen? Rechtfertigt die von Muslimen lautstark reklamierte Anerkennung islamischer Befindlichkeiten auch islamistischen Terror? Soweit möchten diejenigen, die den Terminus des Respekts wie eine Monstranz vor sich hertragen, zwar nicht gehen, aber sie sind bereit zu relativieren und Entschuldigungen für Gewalt im Namen des Islam zu suchen.

Dies ist auch bei anderen Formen islamistischen Extremismus unübersehbar. Als der Dschihadist Abu Bakr al-Baghdadi im Sommer 2014 in Mossul einen islamischen Staat ausrief und Tausende junger Deutscher sich auf den Weg machten, um in den Reihen des IS zu foltern und zu morden, war schnell vom hausgemachten Terrorismus die Rede.

Mit den einheimischen Terroristen meinte man nicht nur die kleine Minderheit der Konvertiten, die es nach Syrien und in den Irak zog, sondern vor allem die Muslime, die seit Jahren in Deutschland lebten, vielleicht sogar hier geboren waren. **Warum sich jemand in Deutschland einer terroristischen Vereinigung anschließt, wurde gewöhnlich mit schwierigen persönlichen Umständen sowie einer vermuteten Diskriminierungserfahrung erklärt. Aus den Tätern wurden im politischen Diskurs schnell bemitleidenswerte Opfer.**

So etwas macht hilflos, weil man nicht weiß, wie man dagegen vorgehen kann
Dieser Schwenk hatte durchaus einige Vorteile, löste er doch das Problem, dass die Mehrheit der zurate gezogenen Experten weder imstande noch willens war, die Macht des religiösen Fanatismus zu verstehen. Jemand, der aus einem vermeintlich göttlichen Auftrag mordet oder ein Selbstmordattentat begeht, weil er glaubt, dafür mit himmlischen Jungfrauen belohnt zu werden, ist für einen säkular sozialisierten Menschen rational nicht begreifbar.

So etwas macht hilflos, weil man nicht weiß, wie man dagegen präventiv vorgehen kann. Durch das Fokussieren auf soziale Gründe für Radikalisierung begab sich hingegen wieder auf vermeintlich sicheres Terrain, nämlich in den Bereich eigener Versäumnisse. Dagegen kann man etwas unternehmen.

Der Ansatz versprach die Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit, die durch Sozialarbeiter, Therapeuten und Mitarbeiter antirassistischer Nichtregierungsorganisationen exekutiert werden konnten. Wenn Erfolge ausblieben, konnte man zudem die Gesellschaft verantwortlich machen, deren antimuslimischer Rassismus erst zum devianten Verhalten der Muslime geführt hatte.

Ähnlich wurde auch argumentiert, wenn es um Clankriminalität oder um migrantische Gewalt im öffentlichen Raum, Stichwort Silvesterkrawalle, ging. Stets wurde der Gesellschaft die Verantwortung zugeschrieben. Um diese Entlastungserklärung wissenschaftlich zu untermauern, entstanden Studien, die einen „Rassismus der Mitte“ als drängendes gesellschaftliches Problem beschrieben, ein Rassismus, der mit fragwürdigen Items bewiesen werden sollte.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielen die Universitäten

Um als antimuslimischer Rassist bezeichnet zu werden, reichte bereits die Erwähnung von Benachteiligungen von Frauen in muslimischen Gemeinschaften oder die Ablehnung islamischer Sonderrechte, beispielsweise im schulischen Sportunterricht. Natürlich wurden die eingesetzten Methoden solcher Studien beanstandet, aber von Medien und Politik wird dennoch unverdrossen an der Mär eines angeblichen bewiesenen „strukturellen Rassismus“ festgehalten.

Auf dieser Grundlage wiederum werden Tausende von NGOs, die sich dem Kampf gegen diesen Rassismus verschrieben haben, mit staatlichen Fördermitteln alimentiert. Die Mitarbeiter der geförderten NGOs haben, wie man sich vorstellen kann, ein genuines Interesse daran, das unbequeme Thema des Islamismus wie auch jegliche Kritik an Muslimen aus der gesellschaftlichen Debatte herauszuhalten.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielen die Universitäten, die den Begriff des antimuslimischen Rassismus einst erfanden und in ein verschlungenes Konzept theoretischer Annahmen einbanden, das unter dem Begriff „postkoloniale Theorie“ mittlerweile eine gewisse Bekanntheit bei Feuilletonisten erzielt hat. Konstitutiv ist die Vorstellung, der sogenannte „globale Süden“ sei unentrinnbar das Opfer eines imperialistisch agierenden Westens, der seine Dominanz mit einer rassistischen Abwertung nichtwestlicher Menschen begründet.

Migranten und Muslime gelten in dieser Konstruktion als das diskriminierte Andere des Westens. Postkoloniale Theorien sind in den Geisteswissenschaften fest in Lehrplänen und Leitbildern verankert. Das beeinflusst auch die Forschung, der die Aufgabe zugedacht ist, die immer gleichen Thesen durch repetitive Affirmation zu bestätigen.

Wer nicht mitspielt, wird abgestraft

Wer nicht mitspielt und die „falschen“ oder „umstrittene“ Themen bearbeitet, wird abgestraft. Rufmordkampagnen und Behinderungen der eigenen Arbeit folgen. Falsche Themen sind solche, die den eng gesteckten Rahmen des Opportunen überschreiten oder der postkolonialen Agenda widersprechen. Ich kenne diese Einschüchterungen aus eigener Erfahrung. Sie haben Erfolg.

Die übergroße Mehrheit der Wissenschaftler möchte nicht gemobbt werden und bearbeitet ausschließlich Themen, die nicht umstritten sind. Forschungen zu islamistischen Ideologien und Organisationen gehören ebenso wenig dazu wie kritische Migrationsforschungen. Im akademischen Forschungskanon entstanden dadurch Leerstellen; der systematischen Delegitimierung von Kritik wurde nichts entgegengesetzt. Teilweise werden Extremisten sogar entschuldigt oder hoffähig gemacht.

Wer die Verharmlosung antisemitischer Gruppierungen beobachtet, denen an den Universitäten zurzeit kaum noch Einhalt geboten wird, bekommt eine Ahnung davon, wo das enden kann.

Aktivisten bedrohten jüdische Studenten, verwüsteten Gebäude und forderten die Vertreibung aller Juden aus Israel. Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und sogar Universitätsleitungen stellten sich dennoch hinter die Radikalen. Sie verurteilten nicht die Täter, sondern die Polizeieinsätze und riefen dazu auf, von Strafverfolgungen abzusehen.

Mittlerweile trauen sich jüdische Studenten kaum noch auf einen Campus. Undenkbar wäre eine solche Situation, wenn die Antisemiten aus rechten Kreisen kämen. Es gäbe einen bundesweiten Aufschrei, Gewerkschaften und Kirchen würden zu Demonstrationen aufrufen und die Spitzen der Politik würden harte Maßnahmen ankündigen. Doch die Täter sind Muslime oder Unterstützer von Muslimen.

Selbst die Hamas, eine islamistische Organisation, für die die Vernichtung Israels konstitutiv ist, wird von einigen Professoren in Schutz genommen. Es handele sich um eine Widerstandsbewegung, verkündete vor einigen Monaten die linke Ikone Judith Butler. Es war eine Aussage, die in gewissen Szenen als Ritterschlag gewertet werden kann.

**Durch jahrelange Relativierungen islamistischer Gefahren ist Freiraum entstanden
Durch jahrelange Relativierungen und Ausblendungen der islamistischer Gefahren sowie die Verhinderung einer offenen Debatte zur Einwanderungspolitik ist ein Freiraum für muslimische Gewalttäter entstanden, der eifrig genutzt wird. Das Ergebnis lässt sich in Polizeilichen Kriminalstatistiken und auch im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 2023 ablesen.**

Dass die Gefahr von islamistischen Anschlägen hoch ist, liest man darin, aber auch, dass eine Bedrohung von palästinensischen Einzelpersonen ausgehe oder dass türkische Rechtsextreme sowie linksextreme Türken und Araber die gegenwärtige Krise im Nahen Osten für die Verbreitung antisemitischen Hasses nutzen.

Dieser Hass fällt auf fruchtbaren Boden und er treibt eine neue Radikalisierungsspirale an. Den Staat scheinen Islamisten nicht zu fürchten. Warum auch? Bis hinein in konservative Parteien tönt es, die Hauptgefahr für den demokratischen Rechtsstaat käme von rechts, wobei man geflissentlich den ausländischen Rechtsextremismus unter den Tisch fallen lässt.

Wenn die Realität mal wieder den schönen Schein eines gelungenen Multikulturalismus ad absurdum führt, präsentieren sich Politiker mit markigen Sprüchen der Öffentlichkeit, fordern dass Aufenthaltsrechte bei schweren Straftaten verwirkt und Antisemitismus nicht geduldet werde. Schon nach wenigen Tagen ist dann alles wieder vergessen und man kehrt zur üblichen Tagesordnung zurück, weil man Angst hat, es sich mit islamischen Verbandsfunktionären oder den Vertretern linker Flüchtlingsorganisationen zu verscherzen oder einfach, weil man der AfD nicht in die Hände arbeiten möchte.

Die einfältige Vorstellung einer bedingungslosen Weltoffenheit darf nicht erschüttert werden, denn sie würde vieles infrage stellen, was jahrelang politische Praxis war. Und so bleibt es bei wohlfeilen Sonntagsreden – bis zur nächsten Messerattacke.

[https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/pakistan-verh%C3%A4ngt-todesstrafe-gegen-christen-wegen-blasphemie/ar-](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/pakistan-verh%C3%A4ngt-todesstrafe-gegen-christen-wegen-blasphemie/ar-BB1pdT9P?ocid=msedgntp&pc=U531&cvid=8bf2c321b456499c8e47a976a809cb9b&ei=12)

BB1pdT9P?ocid=msedgntp&pc=U531&cvid=8bf2c321b456499c8e47a976a809cb9b&ei=12

Pakistan verhängt Todesstrafe gegen Christen wegen Blasphemie

Ein Christ in Pakistan soll Bilder zerrissener Koranseiten ins Netz gestellt haben. Dafür soll er nun mit dem Tode bestraft werden. Es ist nicht der erste »Blasphemie«-Vorwurf, der in Pakistan für Aufruhr sorgt.

In [Pakistan](#) hat ein Gericht einen christlichen Mann wegen des Vorwurfs der Blasphemie zum Tode verurteilt. Der Mann soll in sozialen Medien Fotos von zerrissenen Seiten des Koran hochgeladen

haben, wie ein Polizeisprecher der Nachrichtenagentur dpa am Montag mitteilte. Das Urteil wurde von einem Antiterrorgericht in der Stadt Sahiwal in der Provinz Punjab gefällt.

Die Tat soll im Zusammenhang mit einem Angriff auf ein christliches Viertel in der pakistanischen Stadt Jaranwala stehen, der landesweit für Empörung sorgte.

Vergangenen August kam es in Jaranwala zu schweren Ausschreitungen, nachdem zwei Männern vorgeworfen wurde, Seiten aus dem Koran gerissen, auf den Boden geworfen und mit beleidigenden Sprüchen versehen zu haben. Fotos genau dieser Seiten soll der nun Verurteilte anschließend ins Netz gestellt haben.

Traurige Regelmäßigkeit

Erst vor zwei Wochen war ein Mann von einer Menschenmenge erschlagen und verbrannt worden. Der Mob habe den Mann aus einer Polizeistation geholt, wo dieser zu seinem Schutz untergebracht worden war. Anwohner in der Gegend von Madyan im Swat-Tal hatten den Mann demnach zuvor festgehalten und behauptet, er habe den Koran verbrannt. Der Mob hatte laut Agenturen die Polizisten überwältigt, den Mann hinausgezerrt und ihn mit Stöcken zu Tode geprügelt. Später übergossen sie seinen Körper mit Öl und zündeten ihn an.

Vorfälle wie diese sind in Pakistan keine Seltenheit. Ende Mai wurde ein Christ, der Seiten aus dem Koran verbrannt haben soll, in der ostpakistanischen Region Punjab von einem Mob gelyncht. Ebenfalls im Punjab hatte eine Menschenmenge im Februar 2023 einen Muslim totgeschlagen, der beschuldigt wurde, den Koran geschändet zu haben.

Der Vorwurf der »Gotteslästerung« ist im mehrheitlich muslimischen Pakistan ein äußerst heikles Thema. Blasphemische Vergehen können mit der Todesstrafe geahndet werden. Nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten wird der Vorwurf auch häufig als Vorwand benutzt, um persönliche Fehden auszutragen.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/angriff-auf-den-kern-unserer-gesellschaft-emp%C3%B6rung-nach-brandanschlag-auf-gymnasium-tiergarten/ar-BB1q1p35?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=92d5ffb125b64e6489bb559a9b301b9c&ei=10>

Angriff auf den Kern unserer Gesellschaft“: Empörung nach Brandanschlag auf Gymnasium Tiergarten

Geschichte von Margarethe Gallersdörfer

Das Gymnasium Tiergarten kommt nicht zur Ruhe: Nach einem Brandanschlag mit propalästinensischen Schmierereien am Wochenende ist die Schulgemeinschaft verunsichert.

Nach einem [Brandanschlag im Kontext mit dem Gaza-Krieg](#) ist das Berliner Gymnasium Tiergarten geschlossen und weder telefonisch noch per E-Mail erreichbar. Das teilt die Schule [auf ihrer Internetseite mit](#). Von der Senatsbildungsverwaltung hieß es, man stehe in engem Kontakt und Austausch mit allen beteiligten Stellen, um zu schauen, wie der Unterricht vor und nach dem Sommer stattfinden könne. Wie die Zeugnisübergabe an diesem Mittwoch vor den Sommerferien gestaltet wird, ist nach Angaben eines Elternvertreters unklar. Aus der Bildungsverwaltung war am Montag zu hören, dass sich die Schulleitung um eine Lösung auf dem Schulgelände bemühe.

Wie berichtet, wurden an mehreren Hauswänden im Hof der Schule „frische Schriftzüge mit Bezug zum Nahost-Konflikt“ festgestellt, wie auch die Polizei in einer Mitteilung bestätigte. Zudem hatten bislang Unbekannte in der Nacht zum Sonntag einen Brand am Serverraum der Schule gelegt. Laut Polizei wurde die Technik im betroffenen Raum „erheblich beschädigt“, größere Schäden am Gebäude gab es nicht. Die Polizei geht von einem Brandanschlag aus. Der für politisch motivierte Straftaten zuständige Staatsschutz hat die Ermittlungen wegen schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung übernommen.

Die Senatsbildungsverwaltung verurteile den Brandanschlag „in aller Schärfe“, hieß es. Es sei eine rote Linie überschritten worden, sagte ein Sprecher: „Solche gewaltsamen Taten sind nicht nur Angriffe auf das Eigentum, sondern auch auf den Kern unserer Gesellschaft: unsere Schulen und damit unsere Kinder und Jugendlichen“, sagte ein Behördensprecher. „Es ist essenziell, dass unsere Schulen Orte des Dialogs und des respektvollen Austauschs bleiben.“ Das Gymnasium Tiergarten sei unter anderem in Kontakt zur zuständigen Präventionsbeauftragten der Polizei, um in Zukunft für mehr Sicherheit zu sorgen. „Schulen sind Lernräume, die eines besonderen Schutzes bedürfen, und wir werden niemals zulassen, dass Hass diese Räume einnimmt.“

Verunsicherung an der Schule

In der Schule sorge der Anschlag für große Verunsicherung, sagte Jan Krebs von der Elternvertretung der Nachrichtenagentur dpa. „Derzeit wissen wir noch nicht, inwieweit die Schule vor allem als staatliche Einrichtung gesehen worden ist, gegen die sich der Protest richtet“, meinte er. Die Situation in der Gesellschaft sei derzeit angesichts der Situation in Nahost insgesamt schwierig. „Im nächsten Schuljahr wollen wir deshalb in der Schule versuchen, noch intensiver in den Austausch zu kommen und dabei an einem Strang ziehen“, so Krebs.

Wegen der Schäden ist es für den Elternvertreter nachvollziehbar, dass die Schule zunächst zwei Tage geschlossen bleibt. Die Schulleitung habe bislang sehr gut über ihr Vorgehen informiert. „Angesichts dessen, dass die Ferien in dieser Woche beginnen, scheint die Auswirkung auf Unterrichtszeit nicht so groß“, so Krebs weiter. „Aber es gehen Bildungschancen für etwa Tausend Schülerinnen und Schüler verloren.“

Das Gymnasium schafft es nicht aus den Schlagzeilen – erst ging es um die Absage einer Abiturfeier wegen angekündigter politischer Proteste im Kontext des Gaza-Kriegs. Die Schulleitung hatte die Veranstaltung abgesagt, weil sie mit einer propalästinensischen Protestaktion von Schülern des Abiturjahrgangs rechnete. Dann kam es zu einer [Zeugnisverleihung unter Polizeibeobachtung](#) und einen Tag später zu einer [Protestkundgebung vor der Schule](#) – beide verliefen jedoch unauffällig. (mit dpa)

Hunderte IS-Kämpfer von Syrien aus auf dem Weg nach Mossul im Nordirak IGFM warnt: IS stellt sich neu auf

Türkische Regierung siedelt IS-Familien in Kurdengebieten an

Frankfurt am Main, 29. Juli 2024 – Ein hochrangiger irakischer Militär warnt irakische Sicherheitsbehörden vor einer erneuten Konfrontation mit IS-Kämpfern im Norden des Irak. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) aus sicherer Quelle erfahren hat, **sind bereits 470 IS-Kämpfer, die aus Gefängnissen und Gefangenenlagern freigelassen wurden, auf dem Weg nach Mossul.** Die Menschenrechtsorganisation sieht einen Zusammenhang mit der Ansiedlung von IS-Familien durch die türkische Regierung in den Kurdengebieten innerhalb der von der Türkei beanspruchten Sicherheitszone in Syrien. Die IGFM warnt vor der Destabilisierung der Region und einer neuen Gefahr für die dort lebenden Einwohner, insbesondere Christen und Jesiden. Am 3. August jährt sich die Flucht aus Shingal und der Genozid an den Jesiden zum 10. Mal, die Gefahr für die religiöse Gruppierung ist erneut akut.

Der Befehlshaber der irakischen Armee für die Region Ninive fordert die irakischen Sicherheits- und Militärbehörden auf, sich auf die Konfrontation mit 470 IS-Kämpfern vorzubereiten. Diese seien aus Gefängnissen und Gefangenenlagern in Syrien entlassen worden und sickerten nun in die Mossul-Gegend ein. Bisher sind die Mitglieder der islamistischen Terrororganisation hauptsächlich in der

syrischen Wüste nördlich von Deir Elzoz präsent. Die Kämpfer, auch als ISIS-K (Khorasan) bezeichnet, haben sich jedoch auch in Afghanistan, Pakistan und dem Iran ausgebreitet.

Die IGFM fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Situation nicht aus den Augen zu verlieren. Es darf keine neue Gewaltorgie, keinen erneuten Genozid durch IS-Terroristen zugelassen werden.

Die IGFM appelliert an den türkischen Präsidenten Erdogan, die Islamisierung von kurdischen Gebieten zu unterbinden und die Angriffe auf irakisches und syrisches Gebiet zu beenden. Die aggressive Expansionspolitik Erdogans führt zu einer weiteren Destabilisierung der gesamten Region, die durch den syrischen Machthaber Assad bereits massiv destabilisiert wurde.

Türkische Regierung siedelt IS-Familien an

Eine Quelle aus der syrischen Grenzstadt Ra s al-Ain hat der IGFM bestätigt, dass die östliche Seite der Stadt, die ursprünglich von Christen, Arabern und Kurden bewohnt war, nun von IS-Familien besiedelt wird. Die IGFM macht hierfür ist die türkische Regierung verantwortlich, die ehemalige IS-Familien von Deir ez-Zor nach Ra s al-Ain umgesiedelt hat. Die IGFM befürchtet, dass damit die demografische Situation verändert werden soll, um zu verhindern, dass im Zuge des syrischen Bürgerkriegs und türkischer Angriffe geflohene Christen, Araber und Kurden dorthin zurückkehren, wenn die Region sunnitisch geprägt sein wird.

Es ist eine Katastrophe für die Zukunft der Christen und Kurden, welche ihre Region nun verlieren. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) appelliert an die Vereinten Nationen und die europäischen Regierungen, die gezielte Ansiedlung von IS-Familien lautstark zu verurteilen. Der NATO-Partner Türkei darf keinen Blanko-Scheck für den Kampf gegen Minderheiten erhalten.

[Weitere Informationen zur Arbeit der IGFM in Kurdistan/ Irak](#)

[https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/londoner-gericht-verurteilt-islamistenprediger-choudary-zu-28-jahren-haft/ar-](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/londoner-gericht-verurteilt-islamistenprediger-choudary-zu-28-jahren-haft/ar-BB1qTwG5?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=5ce709c9a0d445a4bcd4ad1f01d75377&ei=20)

[BB1qTwG5?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=5ce709c9a0d445a4bcd4ad1f01d75377&ei=20](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/londoner-gericht-verurteilt-islamistenprediger-choudary-zu-28-jahren-haft/ar-BB1qTwG5?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=5ce709c9a0d445a4bcd4ad1f01d75377&ei=20)

Londoner Gericht verurteilt Islamistenprediger Choudary zu 28 Jahren Haft

Geschichte von AFP

Ein Gericht in Großbritannien hat den islamistischen Prediger Anjem Choudary zu 28 Jahren Haft verurteilt. Das Mindeststrafmaß für den 57-Jährigen belaufe sich auf 28 Jahre, da er "an vorderster Front an der Führung einer terroristischen Organisation" beteiligt gewesen sei, urteilte der zuständige Richter Mark Wall am Dienstag am Londoner Woolwich Crown Court. Er begründete die lange Haftstrafe damit, dass Choudary "junge Männer zu radikalen Aktivitäten ermutigt" habe. Zuvor war der radikalislamische Prediger bereits wegen der "Führung einer terroristischen Organisation" verurteilt worden. In dem vor einer Woche ergangenen Urteil hieß es, Choudary habe zwischenzeitlich die Al-Muhadschirun-Gruppe (ALM) angeführt, die für mehrere Anschläge in Großbritannien verantwortlich gemacht wird.

Aufgrund der bereits abgesessenen Haftzeit wird Choudary insgesamt mehr als 26 Jahre hinter Gittern verbringen. Demnach kommt er nicht vor seinem 85. Lebensjahr frei. Zudem wurden neben Choudary am Dienstag ein weiterer Angeklagter wegen der Mitgliedschaft bei ALM zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Polizeivertreter bezeichneten das Urteil gegen Choudary, der einer der bekanntesten Vertreter der als "Londonistan" bekannten Islamistszene in der britischen Hauptstadt ist, als "historisch". Der 57-Jährige sei ein "schamloser, umtriebiger Radikalisierer", sagte Rebecca Weiner von der New Yorker

Polizei (NYPD) vor Journalisten. Normalerweise werde "das Fußvolk vor Gericht gebracht - die Personen, die in das Netzwerk eingeschleust werden und dann die Anschläge verüben", sagte sie. "Es ist selten der Anführer, und deshalb ist dies ein besonders wichtiger Moment."

Choudary stand schon seit langem im Visier der Behörden. Er war bereits 2016 wegen Unterstützungsaufforderungen für die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) zu einer Haftstrafe verurteilt worden. 2018 kam er vorzeitig frei. 2023 wurde er erneut verhaftet. Die neue Anklage erfolgte nach gemeinsamen Ermittlungen der Londoner Metropolitan Police, des New York Police Department (NYPD) und der Royal Canadian Mounted Police.

Die ALM-Gruppe war 1996 von dem in London lebenden syrischen Geistlichen Omar Bakri Muhammad mit dem Ziel der Errichtung eines islamischen Kalifats in Großbritannien gegründet worden. 2010 wurde sie verboten. ALM wird für den Mord an dem britischen Soldaten Lee Rigby 2013 und Angriffe auf die London Bridge von 2017 und 2019 verantwortlich gemacht.

Trotz der Behauptung, die Gruppe sei aufgelöst worden, besteht die ALM nach Angaben der Staatsanwaltschaft unter verschiedenen Namen weiter. So gilt die in New York beheimatete Gruppe Islamic Thinkers Society (ITS) als US-Arm der ALM.

kas/lan

<https://www.gmx.net/magazine/politik/hanija-jetset-terrorist-lebte-getoetete-hamas-chef-39952060>

KolumneEr war ein Jetset-Terrorist

So lebte der getötete Hamas-Chef Ismail Hanija

Aktualisiert am 31.07.2024, 16:30 Uhr

Der Hamas-Führer Ismail Hanija ist nach Angaben der islamistischen Terrororganisation bei einem israelischen Angriff in der iranischen Hauptstadt Teheran getötet worden. Er lebte im Luxus und baute sich ein Milliardenimperium aus. Sein Hauptsponsor war Katar.

Eine Kolumne

von [Wolfram Weimer](#)

Diese Kolumne stellt die Sicht von Wolfram Weimer dar. Informieren Sie sich, [wie unsere Redaktion mit Meinungen in Texten umgeht](#).

Er hatte am 7. Oktober 2023 den Massaker-Befehl gegeben, bei dem etwa 1.400 Menschen mit großer Brutalität hingschlachtet und ein Krieg mit [Israel](#) ausgelöst wurde: Ismail Hanija, Chef der Terrororganisation Hamas. Während auf sein Geheiß in Israel ein Blutbad angerichtet wurde, lebte er selbst abgeschirmt im Emirat [Katar](#). Und er lebte blendend dort. [Der jetzt in Teheran getötete Terrorfürst](#) war ein außergewöhnlich reicher Mann.

[Mehr aktuelle News](#)

Das Vermögen seiner Familie (Hanija hat 13 Kinder) wird weithin auf mehr als eine Milliarde Dollar beziffert. Das israelische Außenministerium behauptet gar, dass Hanija mittlerweile [vier Milliarden Dollar angehäuft habe](#). In jedem Fall stand sein persönlicher Reichtum in krassem Gegensatz zu der bitteren Armut, in der die Menschen im [Gazastreifen](#) seit Jahren leben.

Hanija lebte im Luxus

Hanija flog im Privatjet zwischen Teheran, [Istanbul](#), Doha und Kairo hin und her. In Katar besaß er eine Luxusvilla in Strandnähe für die Großfamilie. Seine Söhne Maaz und Abdel Salam posierten für Instagram-Stories schon mal mit Luxusautos und in Suiten von Luxushotels. Die Hanijas gelten als Immobilien- und Korruptions-Mogule. Maaz Hanija läßt sich im Gazastreifen als "Vater der Häuser" preisen. Abdel Salam machte Schlagzeilen, weil er als Sport-Beauftragter der Hamas Geld unterschlagen haben soll.

Dem Clan ist es gelungen, sich am Waffenhandel und an den Einfuhrzöllen für Waren nach Gaza ebenso zu bereichern wie an den Hilfszahlungen aus Katar und [Iran](#). Hanija hat [Terrorismus](#) zu einem

lukrativen Geschäft gemacht und verfügt über ein Fundraising-Büro in der katarischen Hauptstadt Doha und luxuriöse Anwesen in der Türkei, die zusammen ein "riesiges Immobilienvermögen" bilden, [wie es der "Corriere della Sera" beschreibt](#).

Der Vater managt den Terror, die Söhne das Vermögen

Dieser Reichtum kommt nicht von ungefähr. Hanija betrieb neben seiner Terrorpolitik mit seinen Söhnen auch einen familieneigenen Investmentkonzern, der der Mehrung des Privatvermögens diene. Zwei Söhne sollen die Anlagespekulationen der Familie von Istanbul aus verwalten. Einem arabischen Medienbericht zufolge hat Maaz Hanija sogar einen türkischen Pass erhalten und pflegt einen dekadenten Lebensstil.

[Das Middle East Research Institute hat Details dazu publiziert](#). Die Geschichten über das Luxusleben der Hanijas sind inzwischen arabisch legendär, sodass auch allerlei Falschmeldungen im Umlauf sind. Etwa, dass Ismail Hanija in Doha eine Spa-Rechnung im Hotel Mandarin Oriental über 26.000 Dollar verursacht haben soll. [Das Dokument ist inzwischen als Fälschung enttarnt](#).

Katar war einer seiner Unterstützer

Richtig ist aber, dass Hanija die volle finanzielle und politische Rückendeckung Katars und Irans genoss. Am Tag nach dem Massaker in Israel traf er in Katars Hauptstadt Doha den [damaligen iranischen Außenminister Hossein Amirabdollahian](#) und sprach von einem "historischen Sieg" der Hamas. Immer wieder ist Hanija für Gespräche in die iranische Hauptstadt gereist. Dabei besprach er auch mit Irans Staatsoberhaupt Ajatollah Ali Chamenei die militärische Lage.

Mithilfe von Katar und Iran baute er ein globales Finanzierungsnetzwerk auf, um Unterstützung von "Wohltätigkeitsorganisationen" und befreundeten Staaten zu erhalten. Dabei spielten auch Kryptowährungen eine Rolle, um internationale Sanktionen zu umgehen, [wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet](#). "Die Hamas ist einer der erfolgreichsten Nutzer von Kryptowährungen für die Finanzierung des Terrorismus", sagt Tom Robinson, Mitbegründer des Blockchain-Forschungsunternehmens Elliptic.

Israel geht nun gegen die Kryptogeschäfte der Hamas vor. Rund 200 Krypto-Konten sind bereits beschlagnahmt worden.

Lesen Sie auch

- [Golan-Angriff: Iran weist Vorwürfe gegen Hisbollah zurück](#)
- [Falschbehauptung über Kamala Harris: Doch, sie darf laut Verfassung Präsidentin werden](#)

Die beiden Hauptsponsoren von Hanijas Hamas-Geschäften blieben jedoch Iran und Katar. Der Direktor des Center for Middle East and Global Order, Ali Fathollah-Nejad, beziffert die Zahlungen aus Teheran auf jährlich 150 Millionen US-Dollar - und das seit 30 Jahren. Hinzu kommen Waffenlieferungen und militärische Ausbildungen. Von Katar aus sind ebenfalls Milliardensummen an die Hamas geflossen. "Ihre finanzielle Unterstützung in Höhe von 30 Millionen Dollar pro Monat ist bewiesen und öffentlich", sagt Didier Billion, Vize-Direktor des französischen Instituts für internationale und strategische Angelegenheiten (IRIS).

Katar ist ein wichtiger Handelspartner Deutschlands

Die US-Regierung müht sich unterdessen um die Trockenlegung von Hanijas Finanzquellen. "Die Vereinigten Staaten ergreifen nach dem brutalen und skrupellosen Massaker an israelischen Zivilisten, darunter auch Kinder, rasche und entschlossene Maßnahmen, um die Finanziere und Vermittler der Hamas ins Visier zu nehmen", verkündete Finanzministerin Janet Yellen nach dem Massaker vom 7. Oktober.

"Das US-Finanzministerium hat eine lange Tradition in der wirksamen Unterbindung der Terrorfinanzierung, und wir werden nicht zögern, unsere Mittel gegen die Hamas einzusetzen. Dazu gehört auch, dass wir Sanktionen verhängen und uns mit Verbündeten und Partnern abstimmen, um alle mit der Hamas in Verbindung stehenden Vermögenswerte in deren Zuständigkeitsbereich zu verfolgen, einzufrieren und zu beschlagnahmen." Das Problem der westlichen Sanktionen und Drohgebärden liegt allerdings daran, dass man mit dem größten Hamas-Finanzier Katar ansonsten beste geschäftliche und politische Beziehungen pflegt.

Von der Fußballweltmeisterschaft über den Besuch Robert Habecks bis zum Empfang des Emirs in Berlin reicht die jüngste Politik der Handreichung. Zudem hält Katar direkt erhebliche Aktienpakete an deutschen Konzernen wie Volkswagen, Deutsche Bank, HapagLloyd, RWE oder Siemens. Katar gilt

als wichtiger Handelspartner Deutschlands, allein 300 deutsche Unternehmen sind in Doha ansässig. Finanzexperten halten es daher für sehr unwahrscheinlich, dass die aus Washington angedrohten Sanktionen in Doha auch nur im Ansatz realisiert würden.

[Israel wählte daher einen anderen Weg](#) und hatte schon vor Monaten angekündigt, Hanija persönlich zur Verantwortung zu ziehen und zu "eliminieren". Der Armeesprecher Daniel Hagari unterstrich, dass die Eliminierung hochrangiger Hamas-Funktionäre höchste Priorität habe.

Verwendete Quellen

- linkedin.com: [Beitrag von Ministry of Foreign Affairs of Israel](#)
- corriere.it: [Le ricchezze dei capi di Hamas: "All'estero in grattacieli di lusso". Il leader politico ha 4 miliardi di dollari](#)
- memri.org: [Saudi News Website: Hamas Leader Isma'il Haniya's Sons Are Corrupt, Have Extravagant And Hedonistic Lifestyles](#)
- reuters.com: [Who funds Hamas? A global network of crypto, cash and charities](#)
- n-tv.de: [Israels Zielpersonen: Das sind die Köpfe der Hamas](#)

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/terrorangriff-am-strand-von-mogadischu-32-tote-und-viele-verletzte/ar-AA1oa1Fj?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=e5d8df1191c24338a6642bc86254aaeb&ei=12>

Terrorangriff am Strand von Mogadischu – 32 Tote und viele Verletzte

Geschichte von RP ONLINE

Mogadischu. Ein entspannter Abend am Strand endet mit einem Blutbad. Terroristen greifen Besucher des Strandes der somalischen Hauptstadt an. Es gibt viele Opfer.



Die islamistische Terrorgruppe Al-Shabaab verübt seit Jahren immer wieder Anschläge in Somalia, dem 18-Millionen-Einwohner Land am Horn Afrikas. (Archiv)© Farah Abdi Warsameh

Islamisten haben ein Hotel und den beliebten Strand Lido Beach in der somalischen Hauptstadt Mogadischu angegriffen. Nach Angaben eines Polizeisprechers wurden mindestens 32 Menschen getötet, unter ihnen auch die fünf Terroristen. Mehr als 63 Menschen seien verletzt worden. Der Schusswechsel zwischen den Angreifern und der Polizei dauerte bis in die frühen Morgenstunden an. Die islamistische Terrormiliz Al-Shabaab bekannte sich zu dem Anschlag.

„Ich wurde durch ein Artilleriegeschoss am Arm verletzt“, sagte Shamsu Abdi, die mit Freunden den Abend im Lido Beach Hotel verbracht hatte. Einer ihrer Freunde habe Kopfverletzungen erlitten und sei in einem kritischen Zustand. In dem Hotel sei Panik ausgebrochen, sagte sie der Deutschen Presse-Agentur. „Alle rannten um ihr Leben.“

Unübersichtliche Lage

In sozialen Medien verbreiteten sich Schreckensbilder: Menschen fliehen in Panik vom Strand, andere liegen blutend und schreiend im Sand, wie Bilder und Videos von Augenzeugen zeigen. Im Hintergrund sind Schüsse zu hören. Rettungsteams konnten zunächst nicht zu den Verletzten vordringen, da weiterhin geschossen wurde.

Ein Selbstmordattentäter hatte sich am Freitagabend am Hoteleingang in die Luft gesprengt. Die übrigen Angreifer versuchten das Hotel zu stürmen, feuerten aber auch auf die Menschen am

Strand, an dem zum Zeitpunkt des Angriffs zahlreiche Einwohner spazieren gingen oder mit Freunden oder Angehörigen im Sand saßen.

Krankenhäuser riefen zu Blutspenden auf, um die zahlreichen Verletzten zu versorgen. Einige Angehörige getöteter Strand- und Hotelbesucher posteten die Bilder ihrer Liebsten in sozialen Medien, andere suchten verzweifelt nach Informationen über den Verbleib von Freunden oder Verwandten, über deren Schicksal sie nichts wussten.

Terrormiliz reklamiert Anschlag für sich

Der Lido Beach ist gerade am Wochenende ein beliebtes Ziel der Einwohner von Mogadischu. Den Schüssen ging nach Polizeiangaben eine Explosion durch einen Selbstmordattentäter voraus. Nach Jahren alltäglicher Gewalt und Anschläge hatte die Möglichkeit, wieder den Strand nutzen zu können, als Zeichen von Normalisierung in dem krisengeschüttelten Land am Horn von Afrika gegolten.

Die Terrormiliz Al-Shabaab reklamierte in ihrem Rundfunksender den Anschlag für sich. Die Islamisten kontrollieren Gebiete in Teilen Somalias, waren in den vergangenen Jahren aber aus der Hauptstadt zurückgedrängt worden.

Dennoch kommt es immer wieder auch in Mogadischu zu Anschlägen auf Regierungseinrichtungen und auf Hotels oder Restaurants, in denen ein aus der Sicht der Islamisten westlicher Lebensstil herrscht. So starben im Juli bei einem Terrorangriff auf ein Lokal während des Finales der Fußball-Europameisterschaft elf Menschen.

<https://www.n-tv.de/politik/Jihia-Sinwar-wird-neuer-Hamas-Chef-article25141217.html>

"Schlächter von Chan Junis" Jihia Sinwar wird neuer Hamas-Chef

06.08.2024, 21:17 Uhr Artikel anhören



Israel sucht den Terroristen-Chef Sinwar seit Monaten im Tunnelnetz Gazas.
(Foto: IMAGO/ZUMA Wire)

Die Hamas bestimmt Jihia al-Sinwar zu ihrem neuen Führer. Er ist Drahtzieher des Terroranschlags vom 7. Oktober im Süden Israels. Sinwar ist Nachfolger des getöteten Chefs Hanijeh. Israels Außenminister kündigt an, auch ihn "schnell beseitigen" zu wollen.

Die radikalislamische Hamas hat ihren Leiter des militärischen Flügels, Jihia al-Sinwar, zum neuen politischen Anführer bestimmt. Dies teilte die Terrorgruppe am Abend auf Telegram mit. Demnach soll Sinwar deren Politbüro als Nachfolger von Ismail Hanija leiten, der in der vergangenen Woche [bei einem Angriff in Teheran getötet](#) wurde. Der Iran und die Hamas haben Israel für die Tötung Hanijas verantwortlich gemacht und eine [harte Bestrafung angekündigt](#). Israel hüllt sich zum Fall Hanija in Schweigen.



[01:53 min](#)

Politik02.08.24

[Hamas-Führer wird in Katar beigesetztHuthi fordern Rache für getöteten Hanija](#)

Sinwar ist Drahtzieher des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023. Dabei wurden im Süden Israels rund 1200 Menschen getötet. Er steht ganz oben auf der israelischen Abschussliste und lebt an einem unbekanntem Ort im Gazastreifen. Seit dem blutigen Großangriff hat sich Sinwar nicht mehr öffentlich gezeigt. Es wird vermutet, dass er sich in den Tunnels der Organisation unter dem Küstengebiet versteckt hält. Sein Vorgänger Hanija residierte in Katars Hauptstadt Doha und galt als Chefdiplomat der Hamas.

Der israelische Außenminister Israel Katz hat den neuen Hamas-Anführer als "Erzterroristen" bezeichnet. Seine Ernennung sei ein "weiterer zwingender Grund, ihn schnell zu beseitigen und diese abscheuliche Organisation vom Antlitz der Erde zu tilgen", schrieb Katz auf X. Israels Verteidigungsminister Joav Gallant hatte bereits im vergangenen November angekündigt: "Wir werden Sinwar finden und ihn eliminieren".

Sinwar ist das letzte lebende ranghohe Führungsmittglied der Hamas. Sein früherer Stellvertreter Mohammed Deif, der Kommandeur der Al-Kassam-Brigaden und damit des militärischen Flügels der Hamas, war im Juli Ziel eines israelischen Raketenangriffs geworden. Israel hatte ihn [in der vergangenen Woche für tot erklärt](#). Hanija wiederum war vergangene Woche bei einem Attentat in der iranischen Hauptstadt Teheran getötet worden.

"Schlächter von Chan Junis"

August 1, 2024



Eliminated

Mohammed Deif

Commander of Hamas' Military Wing

- Initiated, planned, and carried out the October 7th massacre.
- Operated closely with Yahya Sinwar, the head of Hamas, and during the war, Deif managed Hamas' terrorist operations in the Gaza Strip, while issuing orders and directives to senior members of Hamas' military wing.
- Joined the Hamas terrorist organization during the First Intifada, planned and directed numerous attacks, and contributed to the organization's force build-up in Judea and Samaria.
- Directed, planned, and carried out numerous terrorist operations, including the kidnapping and murder of Sergeant Nachshon Wachsmann in October 1994 and suicide bombings inside of Israel.

[01:58 min](#)

Politik01.08.24

Gegenseitige VergeltungsdrohungenIsrael: Hamas-Militärchef Deif im Juli getötet

Sinwar gehört zur Gründergeneration der Hamas. Er wurde 1962 im Flüchtlingslager von Chan Junis im Süden des Gazastreifens geboren. Seine Familie stammt aus der Gegend der Küstenstadt Aschkelon, heute auf israelischem Staatsgebiet. Er saß mehr als zwei Jahrzehnte lang in israelischer Haft und lernte in der Zeit fließend Hebräisch. Er war einer von 1027 Palästinensern, die 2011 im Austausch gegen einen einzigen im Gazastreifen festgehaltenen israelischen Soldaten aus palästinensischer Haft entlassen wurden.

Als sich die Hamas während des ersten Palästinenseraufstands, der Intifada, Ende der 1980er-Jahre im Kampf gegen die israelische Besatzung formierte, war Sinwar auch am Aufbau des militärischen Hamas-Arms beteiligt, der Kassam-Brigaden. In den Anfangsjahren der islamistischen Bewegung war Sinwar für den Kampf gegen mutmaßliche Kollaborateure mit Israel in den eigenen Reihen zuständig. Dabei ging er so brutal vor, dass er als "Schlächter von Chan Junis" bekannt wurde.

Quelle: ntv.de, gut/dpa/rts/AP

https://www.focus.de/politik/deutschland/man-kann-machen-was-man-will-fallmanagerin-eines-jobcenters-mit-heftiger-kritik-am-buergergeld_id_260207730.html

Anschlag in Wien geplant Berliner IS-Prediger beeinflusste die Swift-Terroristen

Nach Terror-Absage verwandeln „Swifties“ Wiener Innenstadt in großes Konzert

[Freitag, 09.08.2024, 06:30](#)

Pop-Star Taylor Swift (34) musste drei ihrer Konzerte in Österreich absagen, da mehrere Personen einen Anschlag auf die Shows der Sängerin geplant hatten. Im Rahmen einer Razzia kam es bereits zu einigen Festnahmen. Laut „[Bild](#)“-Zeitung hat ein Berliner Islamist die Täter beeinflusst.

Bei dem Mann soll es sich um den 51-jährigen Abul Baraa, bürgerlich Ahmad Armih, handeln. Auf Social-Media-Plattformen hat er seine fanatische Nachricht verbreitet. Auf [Instagram](#) folgen ihm bereits 46.000 User, auf TikTok über 81.000. Er soll in Berlin zu Hause sein, betrieb dort lange eine

Moschee. Schon vor sechs Jahren wurden die Behörden auf den Prediger aufmerksam. Seine Moschee wurde wegen des Verdachts der Terrorismusfinanzierung in der Vergangenheit durchsucht und später geschlossen.

Danach nutzte er überwiegend das Internet, um sein Predigen zu teilen. „Die Schließung seiner Berliner Moschee und die [Corona](#)-Pandemie führten zu einem stärkeren Engagement in den sozialen Medien. Dort verfangen seine Rhetorik und sein Vortragsstil vor allem bei jungen Menschen“, so der Verfassungsschutz. Und weiter : „Darüber hinaus konstruiert er in seinen Predigten eine Verschwörung der westlichen Welt gegen den Islam, Muslime sind für ihn grundsätzlich Opfer.“

Enge Verbindungen zu ranghohen Islamisten

Baraa soll die Berliner Moschee genutzt haben, um Kontakt zu Mitgliedern des „Islamischen Staat“ (IS) zu pflegen. Zwischen ihm und etlichen IS-Männern habe es einen regelmäßigen Austausch gegeben. So zum Beispiel auch mit Reda Seyam und dem Rapper und späteren IS-Terrorist Denis Cuspert. Zwei der wohl ranghöchsten Deutschen beim IS.

Die Generalstaatsanwaltschaft hat Abul Baraa bereits 2021 angeklagt, weil er zusammen mit seiner Frau den Staat im Zusammenhang mit Coronahilfen betrogen haben soll. Im Juni wurde sein salafistischer Verein Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG) in Braunschweig verboten und seine Wohnung in Berlin erneut durchsucht.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/erdogans-schattenarmee-sadat-bildet-5000-syrische-k%C3%A4mpfer-in-libyen-aus/ar-AA1pDEOT?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=0e3f9985caf14c1ea025fe105f8ec2a8&ei=30>
Terrorismus

Erdogans Schattenarmee SADAT bildet 5000 syrische Kämpfer in Libyen aus

Die türkische Sicherheitsfirma hat offenbar 5.000 syrische Kämpfer in Libyen ausgebildet. Die Söldner kämpfen dann für die Interessen von Präsident Erdogan.

Ankara - Die türkische Sicherheitsfirma SADAT gilt als die Schattenarmee von Präsident [Recep Tayyip Erdogan](#). Offiziell ist sie nur eine Beratungsfirma, die auch die Gebiete Ausbildung und Logistik abdeckt. Immer wieder waren in der Vergangenheit Informationen über SADAT öffentlich geworden, wie sie syrische Dschihadisten ausbildet und auch selbst Söldner in Krisengebiete schickt.

In den vergangenen Jahren hatten türkische Oppositionspolitiker immer wieder vor der SADAT gewarnt. Die Vorsitzende der IYI Parti, Meral Akşener, hatte 2022 auf Halk TV über zwei Trainingslager der SADAT gesprochen. In Konya und Tokat würden Männer trainiert werden, die „keine Soldaten“ seien, sagte sie damals. Eine Quelle habe ihr Fotos gezeigt, die das belegten.

Vorwürfe gegen Erdogans Schattenarmee SADAT – „Unternehmen, das Terroristen ausbildet“

„Die Türkei wird niemals zur Geisel paramilitärischer Gruppen“, sagte der ehemalige Oppositionsführer [Kemal Kilicdaroglu](#) (CHP) ebenfalls bei einer Pressekonferenz vor der Zentrale der SADAT in Istanbul am 13. Mai 2023. „Die SADAT ist eine paramilitärische Organisation und hat bis gestern noch Erdogan beraten“, sagte der [CHP](#)-Politiker und stellte unmissverständlich klar: „Das ist ein Unternehmen, das Terroristen ausbildet“.

Am 17. Juni 2021 stürmte ein bewaffneter Mann das Parteibüro der pro-kurdischen HDP in Izmir und erschoss dort die Kurdin Deniz Poyraz, ein Parteimitglied. Bei dem Attentäter handele es sich um den türkischen Nationalisten Onur Gencer, der sich in den sozialen Medien mit dem Wolfsgruß zeige. Der Mörder habe zudem HDP-Mitglieder, Kurden, Aleviten und andere Oppositionelle

beleidigt und bedroht, sagte damals die ehemalige [HDP-Abgeordnete Hüda Kaya](#). „Er wurde in Syrien von der SADAT ausgebildet“, stellte Kaya klar.

Türkischer Oppositionsführer kritisiert Erdogan – mit SADAT-Gründer eng verbandelt

Und die SADAT ist offenbar mit der Regierung von Präsident Erdogan eng verbandelt. Am 18. Mai 2023 legt Oppositionsführer Kilicdaroglu in einer Nachricht auf X nach. „Erdogan, Sie haben gesagt: ‚Ich habe nichts mit SADAT zu tun.‘ Darf ich Ihnen vorstellen, die 6. Person zu Ihrer Linken bei dem Treffen, bei dem Staatsgeheimnisse besprochen wurden, ist der Gründer von SADAT. Er ist ein Waffenhändler. Er will einen neuen Staat gründen, mit Istanbul als Hauptstadt und Arabisch als Sprache. Erzählen Sie uns, was Sie von Ihrem Chefberater gehört haben, damit wir aufgeklärt werden können.“ Auf dem Foto zu dem Kommentar sieht man die engsten Vertrauten von Erdogan und einen Mann mit weißem Bart – der Gründer von SADAT und ehemalige General Mehmet Tanriverdi.

Erdogan will mit SADAT Nahen Osten neu gestalten – Schattenarmee bildet 5000 syrische Kämpfer aus

Einem Artikel des Portals [Sözcü](#) zu SADAT, der sich auf UN-Berichte stützt, zufolge, ist die [SADAT vor allem in Syrien und in Libyen aktiv](#). In einem der Berichte sei festgestellt worden, dass die SADAT etwa 5.000 syrische Kämpfer nach [Libyen](#) gebracht und ihre Gehälter gezahlt hat. Schließlich hatte die Türkei im libyschen Bürgerkrieg kräftig mitgemischt und auch Waffen in das Land geschmuggelt.

Die Aktivitäten der SADAT im Auftrag von Erdogan bestätigt auch Dr. Kamal Sido, Nahostreferent bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), im Gespräch mit *fr.de* von *IPPEN.MEDIA*. Der mächtige Mann in Ankara versuche vor allem seine Macht im Nahen Osten auszubauen. „Erdogan hat die SADAT immer wieder genutzt, um eine strategische Position bei der Neugestaltung des Nahen Ostens und des sich verändernden internationalen Gleichgewichts zu erlangen. Seit Beginn der Syrienkrise 2012 hat Erdogan über die SADAT syrische Söldner ausbilden lassen. Er hat sie in vielen Ländern eingesetzt, nicht nur in Syrien selbst, sondern später auch in Libyen, im Irak oder im Südkaukasus“, so Sido.

Erdogans Schattenarmee: SADAT rekrutiert Söldner in Syrien für Nahen Osten und Afrika

Die Söldner würden aber auch in anderen Länder eingesetzt. „Wenn diese Söldner nicht mehr in anderen Ländern gebraucht werden, werden sie wahrscheinlich nur noch gegen die Kurden in Syrien, im Irak oder in der Türkei selbst eingesetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese kriminellen Aktivitäten Erdogans ohne Wissen und Zustimmung der NATO-Partner Erdogans geschehen“, sagt Sido.

Auch die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) im Vereinigten Königreich bestätigte *fr.de*, dass die SADAT Söldner in Syrien rekrutiert. „Die Rekrutierung der Söldner durch SADAT erfolgt seit mindestens fünf Jahren für Einsätze außerhalb Syriens mithilfe der pantürkischen Milizen in Nordsyrien wie in der syrisch-kurdischen Region Afrin. Dann werden sie im Auftrag der Türkei nach Niger, in den Südkaukasus oder neuerdings in die Berge Kurdistans im Nordirak geschickt, um dort zu kämpfen“, erzählt Rami Abdulrahman, Direktor der SOHR im Gespräch mit unserer Redaktion.

Enge Verbindungen zum türkischen Präsidenten – Erdogan nimmt SADAT-Chef auf Golfreise mit SADAT sieht sich dagegen als Opfer einer Schmutzkampagne, schreibt das Unternehmen in einer Pressemitteilung am 26. Mai 2023. Darin weist es die Vorwürfe etwa des ehemaligen Oppositionsführers zurück. „Wir fordern Herrn Kilicdaroglu auf, unser Unternehmen, das eines der wenigen türkischen Unternehmen ist, die im Dienstleistungssektor der Verteidigungsindustrie tätig ist, nicht länger für seine politische Propaganda zu benutzen und die türkische Nation nicht länger zu täuschen. SADAT ist kein Akteur der türkischen Politik“.

Doch auch der türkische Präsident selbst widerspricht praktisch SADAT. Am 8. Oktober 2018 hatte Erdogan SADAT-Gründer Adnan Tanriverdi in sein Gremium für Sicherheits- und Außenpolitik einberufen. Im Juli hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan eine Golfreise angetreten. [Er hatte mehrere seiner Minister mitgenommen und auch den Vorstandsvorsitzenden der umstrittenen Privatarmee „Sadat“, Melih Tanriverdi](#), den Sohn des SADAT-Gründers. Tanriverdi hatte auf seinem X-Profil Fotos dieser Reise gepostet. (*erpe*)

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/is-spottet-%C3%BCber-messerverbot-in-deutschland-und-ruft-zu-anschl%C3%A4gen-mit-hammer-auf/ar-AA1plfjc?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=b58724561a1c41229b64b16bb874570d&ei=16>
IS spottet über Messerverbot in Deutschland – und ruft zu Anschlägen mit Hammer auf
Artikel von Constantin Weeg

Islamisten versuchen, den Anschlag von Solingen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. „Es scheint, als hätten sie die Hoffnung aufgegeben“, spotten die Dschihadisten in einem Newsletter über Deutschland. Besonders absurd erscheint ihnen die Debatte über die Klingenslänge.

Der IS fordert Anhänger auf, in der westlichen Welt blutigen Terror zu verbreiten Screenshot WELT Während Deutschland die Toten von Solingen betrauert, **feixt der Islamische Staat über die Unfähigkeit der Bundesregierung, die Bevölkerung vor Extremisten und Gewalttätern zu schützen. Ein Artikel im wöchentlichen Newsletter der Terrororganisation trägt die Überschrift „Ein Dschihad in Europa“. Der Text ruft dazu auf, weitere Bluttaten im Westen zu verüben.**

Dschihadismusexperte Peter R. Neumann und sein irakischer Kollege Aymenn al-Tamimi haben den Inhalt des hasserfüllten Artikels in Neumanns Blog „[Die Terrorlage](#)“ zusammengefasst. Neumann gilt als einer der renommiertesten Terrorexperten im deutschsprachigen Raum.

Seiner Einschätzung nach sei das Schreiben als „Warnung und Drohung zugleich“ zu verstehen.

Demnach versuchen die IS-Propagandisten, den Anschlag von Solingen als legitimes Mittel im Kampf gegen Israel zu rechtfertigen. Zwar sei der IS beim Großangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nicht beteiligt gewesen – man versuche dennoch, Kapital aus der antisemitischen Mobilisierung weltweit zu schlagen.

„Hunderte von Demonstrationen“ im Westen hätten nichts erreicht, weshalb der bewaffnete Dschihad eine effektivere Maßnahme sei, um Druck auf westliche Regierungen auszuüben. Wer den IS für Anschläge auf Zivilisten kritisiere, müsse andere Taktiken nennen, um westliche Regierungen von ihrer Unterstützung für „die Juden“ abzubringen. Kurz: Muslime sollten Anschläge ausüben, statt sich zu beschweren. „[Ganz besonders auf jüdische Ziele](#)“, wie Szenekenner Neumann und al-Tamimi das Schreiben zusammenfassen.

Bundesregierung habe „Hoffnung aufgegeben“, spotten IS-Terroristen

Der Anschlag von Solingen beweise den „Nutzen“ für den dschihadistischen Kampf. So zeige die Debatte über Messerverbote und Klingenslängen die Unfähigkeit der „Ungläubigen“, Angriffe zu verhindern.

Die Fundamentalisten spotten über die Tatsache, dass in Deutschland eine politische Diskussion um die im öffentlichen Raum erlaubte [Klingenslänge](#) entbrannt ist. „Es scheint so, als hätten sie die Hoffnung aufgegeben, die Angriffe verhindern zu können, und sich daher entschieden, sich auf deren Regulierung zu beschränken!“, zitiert „Die Terrorlage“ das Schreiben wörtlich. Weiter: „Das Problem wird sich nicht auf das Messer beschränken, denn was ist mit einem Muslim, der die ‚Geburtstagsorte‘ mit Sprengstoff präparieren kann! Seid ihr auch darauf vorbereitet, sie zu verbieten oder ihre Größe zu reduzieren?“

Der Terror-Aufruf endet mit der Aufforderung, dass Muslime auch Werkzeuge wie Hämmer für Anschläge nutzen sollen. Die Islamisten begründen dies damit, da sich Terroristen durch unauffällige Alltagsgegenstände „dem Zugriff der Sicherheitsapparate“ entziehen könnten. So ließen sich ihre Angriffe wiederholen.

Unklar ist, ob das menschenverachtende Pamphlet in der extremistischen Szene verfängt. Erst gestern hatte die Bundesregierung einen neuen Migrationspakt verabschiedet. Dieser soll die Abschiebung krimineller Ausländer erleichtern, Ermittlungsbehörden mehr Befugnisse erteilen und das Führen von Messern einschränken. Am Freitagmorgen wurden 28 Straftäter nach Afghanistan abgeschoben.

Der [mutmaßliche Mörder von Solingen](#), ein Syrer, war vor der Bluttat nicht auffällig geworden. Er hatte sich im Internet radikalisiert.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/154211/Anhaltende-Angriffe-auf-Impfteams-in-Pakistan?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Anhaltende Angriffe auf Impfteams in Pakistan

Mittwoch, 11. September 2024

Islamabad – **In Pakistan ist es innerhalb weniger Tage zu zwei Angriffen auf Impfteams im Einsatz gegen die Kinderlähmung gekommen. Wie ein Polizeisprecher vor Ort mitteilte, erschossen Angreifer in der Region Bajaur im Nordwesten des Landes nahe der afghanischen Grenze einen Impfhelfer und einen begleitenden Polizisten.**

Erst am vergangenen Montag war im Zuge einer Impfkampagne ein Auto mit Polizisten von einer Bombe ge-troffen worden. Bei dem Anschlag in der Region Südwasiristan wurden nach Angaben eines Polizeisprechers elf Menschen verletzt.

Im März dieses Jahres hatte Pakistan den ersten bekannten Fall von Kinderlähmung in diesem Jahr gemeldet. Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus sind in Pakistan von Gewalt überschattet.

Immer wieder kommt es zu Angriffen auf Impfteams. Impfungen gegen Polio werden von einigen militanten Islamisten als Mittel des Westens betrachtet, mit dem vermeintlich Muslime sterilisiert werden sollen.

Polio ist eine ansteckende Infektionskrankheit, die dauerhafte Lähmungen hervorrufen oder auch zum Tod führen kann. Verbreitet wird das Virus oft über verunreinigtes Wasser. Eine Heilung gibt es bisher nicht.

Die Krankheit konnte durch Impfkampagnen in den meisten Ländern der Welt ausgerottet werden. Pakistan zählt zu den wenigen Ländern, in denen es noch regelmäßig zu Erkrankungen mit dem Wildtyp des Erregers kommt. © dpa/aerzteblatt.de

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/154258/Sechs-Tote-bei-Anschlag-auf-Impfteam-in-Pakistan?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Sechs Tote bei Anschlag auf Impfteam in Pakistan

Freitag, 13. September 2024

Islamabad – Bei einem Terroranschlag auf ein Impfteam sind in der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunk-hwa sechs Menschen getötet worden. Der Angriff auf das Team, das Kinder gegen Polio impfen wollte, ereig-nete sich vorgestern, wie die Zeitung Dawn berichtete.

Nach Angaben der Polizei eröffneten mehrere Männer das Feuer und erschossen einen Mitarbeiter der Impf-kam-pagne sowie mehrere zum Schutz abgestellte Polizisten.

Bereits zu Wochenbeginn waren bei einem Bombenanschlag auf ein Fahrzeug mit medizinischen Fachkräften mindestens sechs Personen verletzt worden. Laut pakistanischen Medienberichten reklamierte die Terror-gruppe „Islamischer Staat“ die Tat für sich.

Pakistan hatte am vergangenen Montag eine landesweite Kampagne gestartet, um mehr als 33 Millionen Kinder zu impfen. In der Hauptstadt Islamabad war zuvor der erste Poliofall seit 16 Jahren gemeldet worden. © kna/aerzteblatt.de